

STATISTISCHES BUNDESAMT

Bevölkerung und Wirtschaft

1872

1972



VERLAG W. KOHLHAMMER

Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972



Herausgegeben
anlässlich des 100jährigen Bestehens
der zentralen amtlichen Statistik

Erschienen im Oktober 1972
Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet
Preis 15.– DM
Bestellnummer: 120600–72

Vorwort

Vor 100 Jahren wurde in Deutschland ein zentrales Statistisches Amt errichtet, an dessen Arbeiten das Statistische Bundesamt nach der Teilung des Reichs anknüpfen konnte. In ihrer langen Geschichte haben die Statistischen Ämter von Reich und Bund im Zusammenwirken mit den Ländern Stein für Stein zu dem statistischen Gebäude in seiner heutigen Gestalt zusammengefügt. Es liegt daher nahe, aus Anlaß dieses Jubiläums die wesentlichen Phasen ihrer Arbeit in großen Zügen nachzuzeichnen und die Früchte dieser Bemühungen in einigen markanten Zahlenkolonnen festzuhalten. Der Blick in die Zukunft wird klarer durch das Wissen über das Erreichte.

In einem Textbeitrag hat Dr. Gerhard Fürst es unternommen, über die Wandlungen des Arbeitsprogramms der zentralen amtlichen Statistik in den vergangenen 100 Jahren zu berichten. Er war hierzu in besonderem Maße berufen, weil er schon zwischen den Kriegen eng mit der amtlichen Statistik verbunden war und dann von 1948 bis 1964 als Präsident des Statistischen Bundesamtes die wesentlichen Grundlagen für ihren heutigen Stand schuf. Mit den — leider nicht vollständig überlieferten — Fotos der Amtsleiter und der wichtigsten Dienstgebäude erhält der Lebensweg der zentralen amtlichen Statistik eine individuelle Färbung.

Der Tabellenteil bringt lange Reihen aus vielen Gebieten der amtlichen Statistik und gibt, über den Anlaß des Jubiläums hinaus, allen an Zeitreihen interessierten Benutzern Material für spezielle Untersuchungen in die Hand. Er trägt damit zahlreichen Wünschen nach Fortführung bzw. Erweiterung einer bereits 1958 herausgegebenen ersten Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes mit »historischen« statistischen Daten Rechnung.

Diese Veröffentlichung, zu der alle Abteilungen Zahlenmaterial beigetragen haben, wurde in der Abteilung »Finanzen und Steuern, Allgemeine Öffentlichkeitsarbeit« des Ltd. Regierungsdirektors Günther von Regierungsdirektor Gerhardt zusammengestellt und bearbeitet.

Wiesbaden, im September 1972

Dr. Hildegard Bartels

Präsidentin des Statistischen Bundesamtes

Inhalt

Textteil

Wandlungen im Programm und in den Aufgaben der amtlichen Statistik in den letzten 100 Jahren

Einleitung	13
------------------	----

Erster Teil

Von der Gründung bis zum ersten Weltkrieg (1872 bis 1918)

I. Gründung und allgemeine Aufgabenstellung	15	10. Gewerbliche Betriebszählungen, Unternehmensstatistik	22
II. Die Vorbereitungsarbeiten der Kommission zur weiteren Ausbildung der Statistik des Zollvereins	15	11. Industrie und Handwerk	23
III. Der Grundstock des statistischen Programms 1872	16	12. Bautätigkeit und Wohnungen	24
IV. Die Entwicklung des statistischen Programms	16	13. Binnenhandel	24
A. Allgemeine Entwicklungstendenzen	16	14. Außenhandel	24
B. Die Entwicklung auf den einzelnen Sachgebieten	17	15. Verkehr	25
1. Volkszählungen	17	16. Geld und Kredit	26
2. Bewegung der Bevölkerung	18	17. Versicherungen (ohne Sozialversicherung)	26
3. Gesundheitswesen	18	18. Sozialversicherung und öffentliche Sozialleistungen	26
4. Unterrichtswesen	18	19. Arbeiterstatistik	26
5. Rechtspflege	18	20. Finanzen und Steuern	28
6. Kriegswesen und Schutzgebiete	19	21. Preise	28
7. Reichstagswahlen	19	22. Löhne und Gehälter	28
8. Erwerbstätigkeit (Berufszählungen)	19	23. Wirtschaftsrechnungen und Versorgung	28
9. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	21	24. Auslandsstatistik	29
		25. Internationale Zusammenarbeit	29
		26. Statistik und Forschung	29
		C. Zusammenfassung und Verschiebungen im Schwergewicht des statistischen Programms	30

Zweiter Teil

Die Zeit der Weimarer Republik (1919 bis 1932)

A. Allgemeine Entwicklungstendenzen	31	16. Geld und Kredit	37
B. Die Entwicklung auf den einzelnen Sachgebieten	31	17. Versicherungen (ohne Sozialversicherung)	37
1. Volkszählungen	32	18. Sozialversicherung und öffentliche Sozialleistungen	37
2. Bewegung der Bevölkerung	32	19. Arbeiterstatistik und Organisation des Amtes	37
3. Gesundheitswesen	32	20. Finanzen und Steuern	38
4. Unterrichtswesen	32	21. Preise	38
5. Rechtspflege	32	22. Löhne und Gehälter	39
6. Reichsheer und Reichsmarine	32	23. Wirtschaftsrechnungen und Versorgung	39
7. Wahlen und Abstimmungen	32	24. Volkswirtschaftliche Bilanzen	40
8. Erwerbstätigkeit (Berufszählung)	33	25. Auslandsstatistik	40
9. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	34	26. Internationale Zusammenarbeit	40
10. Gewerbliche Betriebszählung, Unternehmensstatistiken	34	27. Statistik und Wirtschaftsbeobachtung	41
11. Industrie und Handwerk	35		
12. Bautätigkeit und Wohnungen	36	C. Zusammenfassung und Verschiebungen im Schwergewicht des statistischen Programms	41
13. Binnenhandel	36		
14. Außenhandel	36		
15. Verkehr	37		

Dritter Teil

Die Zeit des Nationalsozialismus (1933 bis 1945)

A. Allgemeine Entwicklungstendenzen	43	15. Verkehr	48
B. Die Entwicklung auf den einzelnen Sachgebieten	43	16. Geld und Kredit	49
1. Volkszählungen	43	17. Versicherungen (ohne Sozialversicherung)	49
2. Bewegung der Bevölkerung	44	18. Sozialversicherung und öffentliche Sozialleistungen	49
3. Gesundheitswesen	44	19. Ehemalige Arbeiterstatistik	49
4. Unterrichts- und Bildungswesen	44	20. Finanzen und Steuern	49
5. Rechtspflege	44	21. Preise	49
6. Reichsheer und Reichsarbeitsdienst	45	22. Löhne und Gehälter	50
7. Wahlen und Abstimmungen	45	23. Wirtschaftsrechnungen und Versorgung	50
8. Erwerbstätigkeit (Berufszählungen)	45	24. Volkswirtschaftliche Bilanzen	50
9. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	45	25. Auslandsstatistik	50
10. Arbeitsstättenzählungen, Unternehmensstatistiken	46	26. Internationale Zusammenarbeit	51
11. Industrie und Handwerk	47	27. Statistik und Wirtschaftsbeobachtung	51
12. Bautätigkeit und Wohnungen	48	C. Zusammenfassung und Verschiebungen im Schwergewicht des statistischen Programms	51
13. Binnenhandel	48		
14. Außenhandel	48		

Vierter Teil

Die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg (1945 bis 1972)

I. Die Übergangsjahre bis zur Gründung der Bundesrepublik (1945 bis 1949)	53	10. Arbeitsstättenzählungen, Unternehmensstatistiken	63
II. Die Zeit des Statistischen Bundesamtes	55	a) Arbeitsstättenzählungen	63
A. Allgemeine Entwicklungstendenzen	55	b) Kostenstrukturstatistik	64
B. Die Entwicklung auf den einzelnen Sachgebieten	56	c) Übrige Unternehmensstatistiken	64
1. Volkszählungen und Mikrozensus	56	11. Industrie und Handwerk	64
a) Volkszählungen	56	a) Methodische Mehrgleisigkeit der bundesdeutschen Statistik	64
b) Mikrozensus	58	b) Die kurzfristigen Berichterstattungen	65
2. Bewegung der Bevölkerung	58	c) Jahresstatistiken	66
3. Gesundheitswesen	59	d) Statistiken zur Struktur des Produzierenden Gewerbes	66
4. Bildung und Kultur, Unterrichtswesen	59	12. Bautätigkeit und Wohnungen	67
5. Rechtspflege	60	a) Gebäude- und Wohnungszählungen	67
6. Bundeswehr	60	b) Bautätigkeitsstatistik	68
7. Wahlen	60	13. Binnenhandel und Handel mit der DDR	69
8. Erwerbstätigkeit	60	a) Strukturerhebungen	69
a) Berufszählungen	60	b) Monatliche Berichterstattungen der Betriebe	69
b) Mikrozensus	61	c) Statistik des Warenverkehrs zwischen Berlin (West) und dem übrigen Bundesgebiet	69
c) Sonstige Statistiken der Erwerbstätigkeit	61	d) Statistik des Warenverkehrs mit der DDR und Berlin (Ost)	70
9. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	61	14. Außenhandel	70
a) Statistiken der landwirtschaftlichen Produktionsgrundlagen	62	15. Verkehr	71
b) Statistiken, die der Feststellung der Produktion, der Verkaufserlöse und der Ertragslage in der Landwirtschaft dienen	62	16. Geld und Kredit	72
		17. Versicherungen (ohne Sozialversicherung)	72
		18. Sozialversicherung und öffentliche Sozialleistungen	72

19. Arbeiterstatistik	73	25. Auslandsstatistik	78
20. Finanzen und Steuern	73	26. Internationale Zusammenarbeit	78
a) Öffentliche Finanzen	73	27. Statistik und Beobachtung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen	79
b) Steuern	74		
21. Preise	75		
22. Löhne und Gehälter	76		
23. Wirtschaftsrechnungen und Versorgung	77		
24. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	77	C. Zusammenfassende Darstellung des in der Bundesrepublik erreichten statistischen Programms	80

Tabellenteil

Lange Reihen für das Deutsche Reich und die Bundesrepublik Deutschland

Erläuterungen	87		
Abkürzungen und Zeichenerklärung	88		
I. Gebiet und Bevölkerung	89	2. Sterbefälle nach ausgewählten Todesursachen	120
Vorbemerkung	89	3. Berufstätige Ärzte, Zahnärzte, Apotheken und Apotheker	124
1. Fläche und Bevölkerung	90	4. Hebammen, Krankenschwestern und -pfleger	124
2. Bevölkerungsentwicklung	90	5. Krankenhäuser, Betten und Kranke ..	125
3. Bevölkerungsentwicklung in den Ländern des Bundesgebietes	91	IV. Bildung	126
4. Gemeinden mit 100000 und mehr Einwohnern	92	Vorbemerkung	126
5. Gemeinden und Bevölkerung nach Gemeindegrößenklassen	94	1. Allgemeinbildende Schulen	127
6. Bevölkerung nach Altersgruppen	95	2. Studenten an Wissenschaftlichen Hochschulen	129
7. Bevölkerung nach Familienstand	96	3. Deutsche und ausländische Studenten an Wissenschaftlichen Hochschulen ..	130
8. Bevölkerung nach Religionszugehörigkeit	97	V. Rechtspflege	131
9. Haushalte nach Haushaltsgröße	98	Vorbemerkung	131
II. Bevölkerungsbewegung	99	1. Verurteilte nach Hauptdeliktsgruppen	132
Vorbemerkung	99	2. Verurteilte nach Hauptdelikts- und Altersgruppen	133
1. Eheschließungen, Geborene und Gestorbene	101	VI. Wahlen	135
2. Eheschließende nach dem bisherigen Familienstand der Ehegatten	104	Vorbemerkung	135
3. Durchschnittliches Heiratsalter nach dem bisherigen Familienstand der Ehegatten	105	1. Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe	136
4. Eheschließungen nach der Religionszugehörigkeit der Ehegatten	106	VII. Erwerbstätigkeit	139
5. Geborene nach Geschlecht und Legitimität	107	Vorbemerkung	139
6. Allgemeine Fruchtbarkeitsziffern	109	1. Bevölkerung nach Beteiligung am Erwerbsleben	140
7. Sterbetafeln in abgekürzter Form	109	2. Bevölkerung nach Beteiligung am Erwerbsleben und überwiegendem Lebensunterhalt	140
8. Sterbeziffern für fünfjährige Altersgruppen	110	3. Erwerbspersonen	142
9. Säuglingssterblichkeit nach Lebensmonaten	112	4. Erwerbspersonen und Erwerbsquoten nach Altersgruppen und Familienstand	144
10. Gestorbene Säuglinge nach Legitimität	113	5. Weibliche Erwerbspersonen	145
11. Ehescheidungen	114	6. Erwerbstätige	146
12. Auswanderer bzw. Fortzüge über die Auslandsgrenzen nach ausgewählten Zielgebieten	115	7. Durchschnittlich geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen nach Stellung im Beruf und Wirtschaftsbereichen ..	147
13. Gesamtwanderungen	116	8. Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer	148
III. Gesundheitswesen	117	9. Arbeitslose und offene Stellen	148
Vorbemerkung	117	10. Auszubildende in Lehr- und Anlernberufen	149
1. Erkrankungen an ausgewählten meldepflichtigen übertragbaren Krankheiten	118	11. Streiks	149

VIII. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ..	150	4. Ankünfte und Übernachtungen in Berberbergungsstätten	189
Vorbemerkung	150	5. Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost)	189
1. Zahl und Fläche der Betriebe bzw. Haushalte	151	XIII. Außenhandel	190
2. Land- und forstwirtschaftliche Betriebe	151	Vorbemerkung	190
3. Betriebe mit Waldfläche nach Größenklassen der Waldfläche	158	1. Ein- und Ausfuhr	191
4. Wirtschaftsfläche nach Hauptnutzungs- und Kulturarten	159	2. Einfuhr nach Warengruppen	192
5. Anbauflächen wichtiger Fruchtarten	160	3. Ausfuhr nach Warengruppen	195
6. Ernteerträge wichtiger Fruchtarten	161	4. Einfuhr nach Erdteilen und ausgewählten Ländern	198
7. Bestand an Obstbäumen	162	5. Ausfuhr nach Erdteilen und ausgewählten Ländern	200
8. Rebfläche und Weinmosternte	162	XIV. Verkehr	202
9. Düngemittellieferungen für den Verbrauch in der Landwirtschaft	163	Vorbemerkung	202
10. Viehbestand	163	1. Eisenbahnen	203
11. Erzeugung und Verwendung von Kuhmilch	164	2. Bestand an Kraftfahrzeugen	205
12. Schlachtungen und Fleischgewinnung	165	3. Straßenverkehrsunfälle	206
13. Anlandungen der Hochsee- und Küstenfischerei	165	4. Bestand an Binnenschiffen	206
IX. Unternehmen und Arbeitsstätten (ohne Landwirtschaft)	166	5. Güterverkehr auf den Binnenwasserstraßen	207
Vorbemerkung	166	6. Handelsschiffstonnage	207
1. Beschäftigte in den nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten	167	7. Güterumschlag in bedeutenden Seehäfen	208
2. Entwicklung von Zahl und Kapital der Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien	169	8. Gewerblicher Luftverkehr	208
3. Kapital- und Vermögensaufbau der Aktiengesellschaften	170	9. Güterverkehr in Rohrleitungen	208
4. Relationen der Kapitalstruktur bei Aktiengesellschaften	172	10. Deutsche Reichs- bzw. Bundespost	209
5. Entwicklung von Zahl und Kapital der Gesellschaften mit beschränkter Haftung	173	XV. Geld und Kredit	210
X. Industrie und Handwerk	174	Vorbemerkung	210
Vorbemerkung	174	1. Bargeldumlauf, Gold- und Devisenbestand	211
1. Betriebe, Beschäftigung und Umsatz der Industrie	176	2. Spareinlagen	211
2. Index der industriellen Produktion	176	3. Absatz festverzinslicher Wertpapiere und Aktien	212
3. Index der industriellen Nettoproduktion	177	4. Umlauf von Schuldverschreibungen der Boden- und Kommunalkreditinstitute	213
4. Index der industriellen Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter	179	5. Kurs, Dividende und Rendite börsennotierter Aktien und festverzinslicher Wertpapiere	214
5. Index der Arbeitsproduktivität in der Industrie	180	6. Index der Aktienkurse	214
6. Produktion ausgewählter industrieller Erzeugnisse	181	7. Diskont- und Geldmarktsätze	215
7. Beschäftigte und Umsatz des Handwerks	183	8. Konkurse, Vergleichsverfahren und Wechselproteste	215
XI. Bauwirtschaft, Bautätigkeit, Wohnungen	184	XVI. Versicherungen	216
Vorbemerkung	184	Vorbemerkung	216
1. Betriebe, Beschäftigung und Umsatz des Bauhauptgewerbes	185	1. Lebensversicherung	217
2. Baufertigstellungen	185	2. Schaden- und Unfallversicherung	217
3. Gebäude und Wohnungen	186	XVII. Öffentliche Sozialleistungen	218
XII. Groß- und Einzelhandel, Gastgewerbe, Fremdenverkehr	187	Vorbemerkung	218
Vorbemerkung	187	1. Gesetzliche Krankenversicherung	219
1. Umsatz des Großhandels	188	2. Gesetzliche Unfallversicherung	220
2. Umsatz des Einzelhandels	188	3. Rentenversicherung der Arbeiter	222
3. Umsatz des Gastgewerbes	188	4. Rentenversicherung der Angestellten	223
		5. Knappschaftliche Rentenversicherung	224
		6. Kriegsopferversorgung	225
		7. Fürsorge bzw. Sozialhilfe und Kriegsopferversorgung	225
		XVIII. Finanzen und Steuern	226
		Vorbemerkung	226
		1. Ausgaben und Einnahmen der Gebietskörperschaften nach Arten	229

Textteil

**Wandlungen
im Programm und in den Aufgaben
der amtlichen Statistik
in den letzten 100 Jahren**

von

Dr. Dr. h. c. Gerhard Fürst

Präsident des Statistischen Bundesamtes i. R.

Einleitung

Vor 100 Jahren, am 23. Juni 1872, hat der Reichskanzler des neu entstandenen Deutschen Reiches eine »Geschäfts-Instruktion für das Kaiserliche Statistische Amt« erlassen. Das neu ins Leben gerufene Amt hat einen Monat später, am 23. Juli 1872, seine Tätigkeit aufgenommen.

Die runden Gedenktage im Leben der Menschen und Institutionen geben immer Anlaß zu Rückblick und Ausblick. Der Mensch, wenn er ein Alter von 100 Jahren erreicht, kann nur auf ein abgeschlossenes Lebenswerk zurückschauen. Das Leben einer Behörde ist dagegen von größerer Dauer, auch wenn es, wie die Geschichte der letzten 100 Jahre zeigt, an die Existenz des Staates gebunden ist, dem die Behörde dient. So ist das alte Statistische Reichsamtsamt und damit die Reichsstatistik im Jahre 1945 untergegangen. Das Statistische Bundesamt als Träger der Statistik der Bundesrepublik Deutschland ist formal nicht der Rechtsnachfolger des Reichsamtes, aber es hat die gleiche Aufgabe einer Statistischen Zentralbehörde im Bundesstaate zu erfüllen.

Diese Identität in der grundsätzlichen Aufgabenstellung rechtfertigt es, die letzten 100 Jahre der amtlichen Statistik im Reich und in der Bundesrepublik im Zusammenhang zu sehen. Diesem Rückblick ist der vorliegende Beitrag gewidmet, wobei das Schwergewicht auf die sich wandelnden Aufgaben und nicht auf die organisatorischen Probleme gelegt wird. In einem lebendigen Amt ist jedoch anläßlich eines Jubiläumstages der Ausblick auf die Aufgaben der Zukunft wichtiger als der Rückblick auf das in der Vergangenheit Geleistete. Dieser Ausblick wird an anderer Stelle gegeben¹⁾.

Die Aufgaben, die die amtliche Statistik eines Staates erfüllen muß, sind eng mit dem Umfang und Inhalt der Staatstätigkeit verbunden. Je mehr sich die Einflußnahme des Staates auf die verschiedenen Gebiete des staatlichen, wirtschaftlichen, sozialen oder richtiger des gesellschaftlichen Lebens erstreckt, desto größer wird der Bedarf an statistischen Unterlagen und der Umfang des Programms der amtlichen Statistik. Entgegen einer weitverbreiteten Meinung, daß die Statistiker sich selbst die Aufgaben stellen und für das Programm verantwortlich sind, brauchte die amtliche Statistik in Deutschland stets die rechtsverbindliche Anordnung einer Statistik. Bei der Ausarbeitung des Erhebungsprogramms und vor allem bei der Darstellung der Ergebnisse besaß der Statistiker — wenn er sie zu nutzen verstand — jedoch seit jeher größere Einflußmöglichkeiten, auch wenn sie nach außen hin nicht sichtbar wurden. Dieses Problem, wie die Wissenschaftlichkeit der statistischen Arbeit gesichert werden kann, kurz gesagt, inwieweit das Statistische Amt »Verwaltungsbehörde« oder »Wissenschaftliches Institut« sein soll, tritt im Laufe der letzten 100 Jahre immer wieder in Erscheinung.

Wenn hier von »amtlicher Statistik« die Rede ist, so sind damit die Arbeiten des Statistischen Amtes gemeint, das den Gegenstand dieser Untersuchung bildet. Das

ist zweifellos etwas ungenau, denn es gibt zahlreiche andere staatliche Stellen, die ebenfalls »amtliche Statistiken« herausgeben, die sich meist auf die Geschäftstätigkeit dieser Behörden beziehen. Dieser Teil der amtlichen Statistik wird nur am Rande erwähnt werden, vor allem dann, wenn er zeitweise zur Zuständigkeit des Statistischen Amtes gehört hat.

Die vorliegende Abhandlung ist der historischen Entwicklung des fachlichen Programms der Reichs- und Bundesstatistik gewidmet. Die enge Verbindung zwischen den Staatsaufgaben und den Aufgaben der amtlichen Statistik legt es nahe, die entscheidenden Einschnitte im Staatsleben auch der zeitlichen Gliederung dieses Rückblicks auf die Aufgaben der amtlichen Statistik zugrunde zu legen. Es werden daher die folgenden Perioden unterschieden: von der Gründung bis zum ersten Weltkrieg, die Weimarer Republik von 1918 bis 1932, das nationalsozialistische Reich von 1933 bis 1945, die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg oder nach dem Zusammenbruch, also die Zeit der Bundesrepublik Deutschland.

Innerhalb jedes Zeitabschnitts wird die Entwicklung des statistischen Programms in der gleichen äußeren Anordnung gebracht, wie sie der Sachgebieteinteilung des heutigen Statistischen Jahrbuchs entspricht. Wer sich für die Entwicklung auf den einzelnen über 25 Sachgebieten weniger interessiert, kann sich auf die für jeden Zeitabschnitt dargelegten allgemeinen Entwicklungslinien und die Zusammenfassungen beschränken. Wessen Interesse jedoch einzelnen Sachgebieten gehört, kann sich durch die Lektüre der gleichen Sachgebiete über die vier unterschiedenen Zeitperioden hinweg einen Überblick über die Entwicklung während der gesamten 100 Jahre verschaffen.

Was die benutzten Quellen anbetrifft, so stützt sich die Darstellung vor allem auf die Veröffentlichungen über das Arbeitsgebiet des Statistischen Amtes, die in den Bänden der Statistik des Deutschen Reiches, Neue Folge, Band 1 (1884), Band 101 (1897) und 201 (1912) nach dem jeweiligen Stande zusammengefaßt sind. Von da an ist man auf die Veränderungen im Arbeitsgebiet angewiesen, die jedes Jahr in Heft 1 der Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reiches veröffentlicht wurden. Für die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg wurden die verschiedenen Veröffentlichungen über das Arbeitsgebiet der Bundesstatistik benutzt (letzte Ausgabe 1971) und die sogenannten »Beiratsberichte«, die seit 1957 gedruckt vorliegen und in denen das Statistische Bundesamt zur jährlichen Tagung des Statistischen Beirats über die Arbeiten im abgelaufenen Jahr berichtet. Als Quelle wurde ferner benutzt »Die Statistik in Deutschland nach dem heutigen Stand« — Ehrengabe für Friedrich Zahn — herausgegeben von Friedrich Burgdörfer, 1940, und für die Zeit nach 1949 die Aufsätze in »Wirtschaft und Statistik« über den methodischen Aufbau von Statistiken sowie das vom Verfasser im Auftrage des Bundesbeauftragten für die Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung erstattete Gutachten »Überprüfung des Programms der Bundesstatistiken« (nicht im Buchhandel). Um den Text nicht

¹⁾ Siehe »Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben der amtlichen Statistik«, Statistisches Bundesamt, 1972.

durch eine Unzahl von Quellenhinweisen unlesbar zu machen, wurden die Anmerkungen auf ein Mindestmaß beschränkt.

Benutzt wurde auch die »Kleine Chronik des Statistischen Bundesamtes«, die das Amt als Festschrift anlässlich der Einweihung seines neuen Gebäudes im Jahre 1956 herausgegeben hat. Sie war für die Mitarbeiter des Hauses bestimmt und behandelt vor allem die organisatorischen Veränderungen und die inneramtliche Aufgabenverteilung. Die Schrift ist im Buchhandel nicht erhältlich und beim Bundesamt vergriffen.

Die Arbeit jeder Behörde und ihre Qualität wird nicht nur von ihren Präsidenten bestimmt, deren Bilder dieser Abhandlung beigegeben sind, sondern von der Intelligenz, den Kenntnissen und dem Arbeitseifer aller Mitarbeiter auf allen Stufen der Amtshierarchie. Die personelle Besetzung der einzelnen Arbeitsgebiete im Laufe der letzten 100 Jahre ist jedoch nur teilweise überliefert, und die Qualifikation der Mitarbeiter kann nachträglich schon gar nicht beurteilt werden. Aus diesem Grunde sind — von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen — die Namen der jeweils handelnden Personen grundsätzlich nicht genannt worden.

Von der Gründung bis zum ersten Weltkrieg (1872 bis 1918)

I. Gründung und allgemeine Aufgabenstellung

Die Errichtung eines »Statistischen Amtes des Deutschen Reiches« — wie es in der Vorbereitungszeit genannt wurde — ist in der Thronrede bei der Eröffnung des Reichstages am 8. April 1872 in Aussicht gestellt worden. Darin hieß es über Zweck und Aufgaben des Amtes recht allgemein, »daß das Amt im Stande sein würde, der Gesetzgebung und Verwaltung sowie der wissenschaftlichen Erkenntnis der staatlichen und gesellschaftlichen Zustände durch einheitliche wissenschaftliche Bearbeitung der Ergebnisse statistischer Erhebungen im Reiche wesentliche Dienste zu leisten«³⁾.

Die bereits erwähnte »Geschäfts-Instruktion für das Kaiserliche Statistische Amt« vom 23. Juni 1872 stellte dem Amt — ebenfalls in recht allgemeiner Form — die folgenden Aufgaben:

- »1. das auf Grund von Gesetzen oder auf Anordnung des Reichskanzlers für die Reichsstatistik zu liefernde Material zu sammeln, zu prüfen, technisch und wissenschaftlich zu bearbeiten und die Ergebnisse geeignetenfalls zu veröffentlichen,
2. auf Anordnung des Reichskanzlers statistische Nachweisungen aufzustellen und über statistische Fragen gutachtlich zu berichten.«

Näheres über die dem Amt zugeordneten Aufgaben ergibt sich aus dem Nachtragshaushalt 1872, der das Amt mit einem Direktor, zwei Mitgliedern, acht Bürobeamten und einem Kanzleidiener ausstattete (insgesamt 15 960 Thlr). Dazu kamen noch 3000 Thlr »zu Remunerationen für besondere Dienstleistungen und zur Annahme von Hilfsarbeitern«. In einer beigefügten Denkschrift heißt es zu diesem Posten, daß »erfahrungsmäßig den statistischen Behörden aus den Kreisen des strebsamen Gelehrten- und Beamtentums tüchtige Kräfte zur vorübergehenden remuneratorischen Beschäftigung zuzuströmen pflegen, welche in der Teilnahme an den Arbeiten der amtlichen Statistik die Gelegenheit suchen, ihre Kenntnisse zu erweitern und fruchtbringende Gesichtspunkte für ihre spätere Wirksamkeit, sei es in der Verwaltung, sei es auf dem Lehrstuhle, sei es im Parlamentarischen Leben zu gewinnen ... «⁴⁾.

Ob diese dem statistischen Dienst hier unterstellte Anziehungskraft jemals wirksam geworden ist, wird nicht berichtet. Wer jedoch, wie der Verfasser, die Verhältnisse in der zweiten Hälfte der hier behandelten 100 Jahre aus persönlicher Anschauung kennt, hat eher ein umgekehrtes Gefälle erlebt. Die »tüchtigen und strebsamen Kräfte« des statistischen Dienstes wurden in die Ministerien geholt oder drängten wegen der besseren Bezahlung und Aufstiegsmöglichkeiten dorthin, wobei noch gelegentlich das Statistische Amt weniger geeignete Kräfte aus den Ministerien übernehmen mußte.

Bei der Errichtung des Amtes spielte jedenfalls die Besetzung der drei leitenden Stellen mit wissenschaftlich geeigneten Fachkräften eine große Rolle. Dies erhellt u. a. aus einer diesbezüglichen Petition im Reichstage, die auf schlechte Erfahrungen in den Statistischen Ämtern einiger Bundesstaaten hinweist. Der Verfasser der Petition hat später erklärt, daß die schließlich vorgenommenen Ernennungen eine Bürgschaft für die gesunde Entwicklung und Tätigkeit des neuen Amtes bieten⁵⁾.

Die Sorge um die fachliche Qualifikation der leitenden Kräfte unterstreicht, daß bei den geistigen Vätern des Amtes, als die die Mitglieder einer mit den Vorbereitungen der Reichsstatistik betrauten Kommission des Bundesrates anzusehen sind, die Vorstellung vom wissenschaftlichen Charakter der Aufgaben und von einem hohen wissenschaftlichen Niveau bei der Bewältigung dieser Aufgaben im Vordergrund stand⁶⁾. Die Kommission hat sich klar dafür ausgesprochen, daß sich das neue Amt nicht ausschließlich oder vorherrschend auf die Ermittlung und Veröffentlichung zuverlässiger Zahlen beschränken und die Verwertung und Verarbeitung des gebotenen Stoffes der freien Wissenschaft oder dem praktischen Gebrauch anheimstellen sollte — dies hatte das Centralbureau des Zollvereins getan — sondern daß die wissenschaftliche Analyse und Behandlung des statistischen Materials einen wesentlichen und unerläßlichen Teil der Aufgaben bilden sollte.

II. Die Vorbereitungsarbeiten der Kommission zur weiteren Ausbildung der Statistik des Zollvereins

Da die Statistik des Deutschen Zollvereins als nicht ausreichend und methodisch zum Teil als unzulänglich empfunden wurde, setzte der Bundesrat des Zollvereins im Jahre 1869 eine Kommission ein, die sich hauptsächlich aus verantwortlichen Persönlichkeiten aus den Statistischen Diensten der Zollvereins-Staaten zusammensetzte. Der amtliche statistische Dienst blickte damals in einigen deutschen Staaten schon auf jahrzehntelange Erfahrungen zurück. Diese Kenntnisse und Erfahrungen der damaligen »Landesämter« aus

den Pionierzeiten der Statistik bildeten eine wertvolle Basis für den Aufbau einer einheitlichen Reichsstatistik. Die Kommission hat in sehr zahlreichen Sitzungen in den Jahren 1870 und 1871 ein Programm entwickelt, das — ursprünglich für den Zollverein gedacht — praktisch zur Grundlage der Planung für die Statistik des neu erstandenen Deutschen Reiches geworden ist. Die Protokolle und Vorschläge der Kommission sind

³⁾ Das Statistische Amt des Deutschen Reichs. Annalen des Deutschen Reichs, Jahrgang 1872, S. 1547 bis 1556.

⁴⁾ Siehe a. a. O. Annalen 1872, S. 1552. — ⁵⁾ Siehe a. a. O. Annalen 1872, S. 1552. — ⁶⁾ Über Gründung und Einrichtung einer Reichsbehörde für Deutsche Statistik. Annalen des Deutschen Reichs, Jg. 1872, S. 79 bis 84.

uns erhalten geblieben. Sie füllen über 500 große Druckseiten des Bandes I der Statistik des Deutschen Reiches.

Natürlich ist nicht alles, was die Fachleute in jenen Tagen für wünschenswert oder notwendig hielten, Wirklichkeit geworden. Ein erheblicher Teil der Vor-

schläge wurde aber vom Bundesrat als der für die Anordnung von Statistiken entscheidenden Instanz im Laufe des Jahres 1872 und in den darauffolgenden Jahren akzeptiert. Die Vorschläge bildeten jedenfalls lange Zeit hindurch den wissenschaftlichen Ausgangspunkt für den Aufbau der Reichsstatistik.

III. Der Grundstock des statistischen Programms 1872

Im ersten Haushalt des Amtes waren drei Gruppen — heute würde man sagen »Abteilungen« — vorgesehen:

1. für Bevölkerungsstatistik,
2. für Statistik der Landwirtschaft und des Gewerbes,
3. für Statistik des Verkehrs, der gemeinschaftlichen Einnahmen und der Steuer- und Zollverwaltung.

Auf diese Abteilungen wurden die Arbeiten verteilt, die das Kaiserliche Statistische Amt von dem früheren Centralbureau des Zollvereins übernahm, und die zusätzlichen Aufgaben, die ihm entsprechend den Vorschlägen der Kommission von Anfang an übertragen wurden. Das so entstandene, weitgehend durch unmittelbare Verwaltungsbedürfnisse bestimmte Programm trug einen recht pragmatischen Charakter. Das Centralbureau des Zollvereins war im wesentlichen eine Abrechnungsstelle für die gemeinschaftlichen Zolleinnahmen, die nach Maßgabe der Bevölkerungszahl auf die Mitglieder verteilt wurden. Hieraus ergab sich seit den Anfangszeiten des Zollvereins die Notwendigkeit, die Ergebnisse der in den einzelnen Bundesstaaten regelmäßig durchzuführenden Volkszählung zusammenzustellen. Die Statistik des auswärtigen Handels war eine ausgesprochene Zollstatistik, die sich lange Zeit nur auf

die zollpflichtigen Waren bezog, nur Mengenangaben kannte und statt der Herkunfts- und Bestimmungsländer der Waren nur die Grenzabschnitte des Warenübergangs nachwies. Die warenmäßige Gliederung war durch den Zolltarif gegeben. Die Statistik der gemeinschaftlichen Zölle und Steuern ergab die zu verteilende Finanzmasse. Übernommen wurde ferner die seit 1860 geführte Statistik der Bergwerke, Salinen und Hütten.

In das Grundprogramm der Bevölkerungsstatistik neu aufgenommen wurden vor allem die jährliche Statistik der Bevölkerungsbewegung (Eheschließungen, Geburten, Sterbefälle), der überseeischen Auswanderung und des Erwerbs und Verlustes der Bundes- und Staatsangehörigkeit.

Die Landwirtschaftsstatistik war zunächst nur durch eine Statistik der Viehhaltung vertreten.

Größeren Umfang hatte von Anfang an die Verkehrsstatistik. Sie umfaßte den Verkehr auf den Binnenwasserstraßen, den Bestand an Binnenschiffen und ein beschreibendes Verzeichnis der Wasserstraßen. Zu den Uralt-Statistiken gehört auch der Seeverkehr mit den Nachweisungen des Schiffsbestandes, der ankommenden und abgehenden Schiffe, des Verkehrs zwischen außerdeutschen Häfen und der Schiffsunfälle.

IV. Die Entwicklung des statistischen Programms

A. Allgemeine Entwicklungstendenzen

Wenn man von der Sondersituation der Kriegsjahre 1914 bis 1918 absieht, so waren die gut 40 Jahre zwischen der Reichsgründung und dem Kriegsausbruch durch eine liberale Wirtschaftspolitik gekennzeichnet, die keine unmittelbaren Eingriffe in den Wirtschaftsprozess kannte und über ein gut funktionierendes Währungssystem verfügte. Nach außen hin wurde durch Handelsverträge ein Schutz der heimischen Wirtschaft, insbesondere der Landwirtschaft, angestrebt. Infolge der zunehmenden Industrialisierung gewann das Arbeiterproblem und die soziale Frage an Bedeutung, so daß der Staat zahlreiche Gesetze zum Schutze und zur Sicherung der Arbeiter erließ und vor allem die Sozialversicherungen einführte (1883 Kranken-, 1884 Unfall-, 1889 Invaliden- und Altersversicherung, 1911 Angestelltenversicherung).

Vor diesem Hintergrund muß die Erweiterung des statistischen Grundprogramms von 10 »Statistiken« auf rd. 60 »Statistiken« gesehen werden. Rechnet man die zahlreichen und teilweise sehr speziellen Sachgebiete der »Arbeiterstatistik« hinzu, so kommt man auf rd. 100 »Statistiken« bis zum Ende dieser Periode. Außerdem hat sich durch methodische Verbesserungen und Erweiterungen der einmal eingeführten Statistiken das

Arbeitsfeld der amtlichen Statistik erheblich vergrößert. Einen Maßstab hierfür bietet das ständig beschäftigte Personal, das von ursprünglich zwölf Köpfen im Laufe des hier behandelten Zeitraums auf über 600 Köpfe angestiegen ist, zu denen bei den großen Zählungen noch zahlreiche Zeitangestellte hinzukamen. Wenn man aus späteren Zeiten her gewöhnt ist, das statistische Programm daran zu messen, ob es ein Gesamtbild der Struktur und des Ablaufs des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens zu zeichnen erlaubt, fällt es nicht ganz leicht, die ordnenden Linien in der recht heterogen wirkenden Ausweitung des statistischen Programms in dieser Periode zu erkennen.

Grundsätzlich lassen sich drei Ansatzpunkte für die Entwicklung der Aufgabenstellung unterscheiden:

1. Statistiken über Verwaltungsvorgänge, bei denen statistisch verwertbare Unterlagen bei den Behörden anfallen,
2. Statistiken zur Vorbereitung oder zur Kontrolle gezielter Maßnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung,
3. Statistiken, die der allgemeinen Beobachtung der Bevölkerung und der Wirtschaft dienen.

Auch wenn es nicht möglich ist, die verschiedenen Statistiken stets eindeutig in die eine oder andere

Direktoren des Kaiserlichen Statistischen Amtes



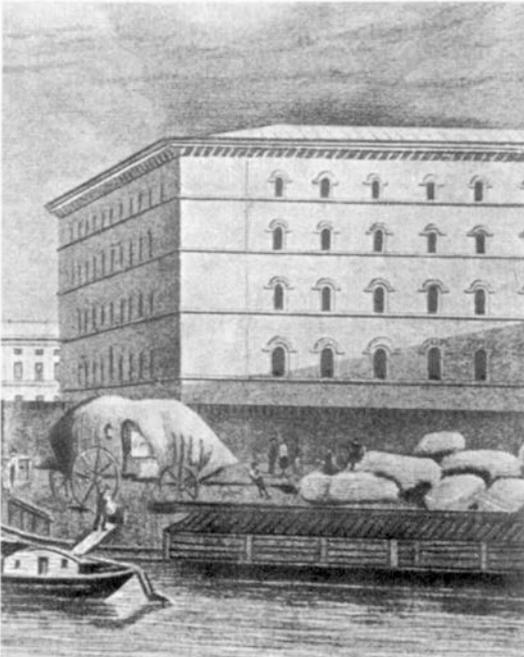
Karl Becker
1872—1891

Hans von Scheel
1891—1902

Leopold Wilhelmi
1902—1903

Richard van der Borght
1904—1912

(Porträts nicht überliefert)



Neuer Packhof, Berlin
Vorläufiger Dienstsitz des Kaiserlichen Statistischen Amtes von 1872
bis 1876



Haus Lützowufer 6–8, Berlin
Dienstgebäude des Kaiserlichen Statistischen Amtes und des Statistischen
Reichsamtes von 1876 bis 1925

dieser Gruppen einzuordnen, sollen diese Gesichtspunkte bei den folgenden Darstellungen im Auge behalten werden. Die Statistik von Verwaltungsvorgängen war oft der Ausgangspunkt, von dem aus sich ein Programm mit weiter gesteckten Zielen entwickelte. Die Kommission hat schon damals mit ihren weitblickenden Vorschlägen häufig auch die allgemeine, nicht auf besondere Verwaltungszwecke ausgerichtete Wirtschaftsbeobachtung angestrebt.

Das Statistische Amt hat sich von Anfang an bemüht, zum Teil in eigener Initiative alles erreichbare statistische Material von den Statistischen Ämtern der Bundesstaaten oder von anderen Stellen zu erhalten, zusammenzustellen und zu veröffentlichen. Dabei zeigten sich regionale Lücken und Unzulänglichkeiten, zu deren Beseitigung es manchmal zu Bundesratsbeschlüssen kam, die die fraglichen Statistiken in methodisch einheitlicher Form anordneten. Zu einer besseren »Koordination« der Statistiken — wie wir heute sagen würden — führte auch die Vereinheitlichung des Reichsrechts, z. B. auf den Gebieten des Strafrechts, der Rechtspflege und des Patentwesens. In einigen Fällen wurde das Amt auch mit der statistischen Zusammenstellung von Berichten bestimmter Behörden über ihre Geschäftstätigkeit oder mit der statistischen Auswertung von Karteien betraut.

In dieser Rückschau, die es sich zum Ziel gesetzt hat, die großen Linien im Wandel der Aufgaben der amtlichen Statistik herauszuarbeiten, ist es nicht möglich, alle Statistiken im einzelnen in ihrer Entwicklung zu verfolgen. Soweit es sich um Statistiken von Verwaltungsvorfällen handelt, wäre dies auch methodisch nicht sonderlich interessant. Es werden daher nachstehend die zu größeren Sachgebieten gehörenden Statistiken zusammengefaßt, wobei — wie schon in der Einleitung erwähnt — sich die Reihenfolge der Sachgebiete nach Möglichkeit an die systematische Ordnung der Statistiken in den heutigen Statistischen Jahrbüchern hält. Es wird hier auch darauf verzichtet, auf die Entwicklungen während des ersten Weltkrieges einzugehen, nochzumalsie keine bleibenden Wirkungen gehabt haben. Die damalige »Bewirtschaftung« hat mehr als 300 Kriegsbehörden entstehen lassen, die alle statistisch tätig wurden und dem Statistischen Amt Personal abwarben. Diese Entwicklung wurde durch die Tatsache gefördert, daß das Amt während des Krieges zahlreiche Statistiken kürzen oder einstellen mußte.

B. Die Entwicklung auf den einzelnen Sachgebieten

1. Volkszählungen

Der Zollverein hat alle 3 Jahre die für die Abrechnung des »Ertrages der in die Gemeinschaft fallenden Abgaben« erforderlichen Einwohnerzahlen festgestellt. Die von den einzelnen Bundesstaaten zu liefernden Nachweisungen beschränkten sich zunächst auf die Kopzahl der »Abrechnungsbevölkerung« — einen unserer heutigen »Wohnbevölkerung« ähnlichen Begriff — bei der die Zollanschluß- und Zollausschlußgebiete eine Rolle spielten. Die oberste Unterscheidung wurde nach dem Zivil- oder Militärstand vorgenommen. Nachgewiesen wurde ferner das Geschlecht und eine rudimentäre Altersgliederung der »Einwohner vom

Civilstand«, für die die über 14jährigen »Männer und Jünglinge« einerseits und die »Weiber und Jungfrauen« andererseits auszugliedern waren. Wie diese Zahlen methodisch gewonnen wurden, überließ man den einzelnen Staaten, die zum Teil Volkszählungen für eigene Zwecke mit einem umfangreicheren Programm durchführten.

Auch hier legen die Vorschläge der wiederholt erwähnten Kommission⁷⁾ das zum Teil auch noch heute gültige Programm der Volkszählungen fest. Die »ortsanwesende Bevölkerung«, die einfacher und sicherer zu erfassen ist, wurde für die gesamte Periode zum alleinigen Bevölkerungsbegriff, wobei scharfsinnig argumentiert wurde, daß dieser Begriff auch für die Abrechnungen der gemeinsamen Einnahmen der zweckmäßigste wäre. Zuverlässige Einwohnerzahlen wurden sehr bald auch für die Einteilung der Reichstagswahlkreise, die Höhe der Matrikularbeiträge und für eine zunehmende Zahl von Verwaltungsmaßnahmen gebraucht.

Die Zählungen sollten alle 5 Jahre stattfinden, wobei mit Blick auf die Zensustermine im Ausland, die mit 5 und 0 endenden Jahre gewählt wurden. Dieser Turnus wurde von 1875 bis 1910 auch eingehalten. Eine Verlängerung des Abstandes zwischen zwei Zählungen von 3 auf 5 Jahre sollte den Arbeitsaufwand in erträglichem Rahmen halten, vor allem aber erlauben, die Zahl der zu erfassenden Merkmale zu vergrößern, um so die Beschreibung der Bevölkerung zu vervollkommen.

In der für alle Bundesstaaten verbindlichen Haushaltsliste finden sich bereits die folgenden Merkmale:

- Stellung im Haushalt
- Geschlecht
- Geburtsort
- Geburtsjahr
- Familienstand
- Religionsbekenntnis
- Staatsangehörigkeit
- Beruf oder Erwerbszweig
- Wohnort (für die nicht ständig zum Haushalt gehörenden Personen).

Für diejenigen Bundesstaaten, die fakultativ weitere Merkmale erfassen wollten (oder in ihren Volkszählungen bereits erfaßten), wurde festgelegt, daß die nachstehenden zusätzlichen Fragen nicht überschritten werden durften:

- Geburtsdatum (an Stelle des Geburtsjahres)
- Muttersprache
- Schulbildung (»Kann lesen und schreiben«)
- Besondere Mängel (vorkommendenfalls anzugeben: blind, taubstumm, blödsinnig, irrsinnig)
- Art und Grund des Aufenthalts (der nicht ständig zum Haushalt gehörenden Personen).

Auf die meisten dieser Merkmale, so auf Geburtsort, Geburtsjahr, Religionsbekenntnis, Staatsangehörigkeit, Muttersprache, Schulbildung und »besondere Mängel« wurde im Hinblick auf Verwaltungsmaßnahmen großer Wert gelegt.

Das verbindliche Grundprogramm ist bis zur Volkszählung 1910 gelegentlich erweitert, aber auch gekürzt worden. So wurde seit 1875 die Zugehörigkeit zum

⁷⁾ Siehe vor allem Statistik des Deutschen Reichs, Bd. I, S. 67 ff und S. 419 ff.

Militärdienst erhoben, 1895 einmalig die beschäftigungslosen Arbeitnehmer ermittelt und 1900 die Muttersprache und die Blinden und Taubstummen in das obligatorische Programm aufgenommen. Ferner wurde neben dem Hauptberuf die Stellung im Beruf erfragt. Im Jahre 1910, bei der letzten »normalen« Zählung — wenn man die Kriegszählung vom 1. Dezember 1916 außer Betracht läßt — in dieser mit dem ersten Weltkrieg abschließenden Periode, mußten die folgenden Merkmale im gesamten Reich verbindlich erfragt werden:

- Stellung im Haushalt
- Geschlecht
- Familienstand
- Geburtsdatum
- Hauptberuf (Haupterwerb) und Stellung im Hauptberuf
- Ob im aktiven Militärdienst stehend
- Religionsbekenntnis (Konfession)
- Staatsangehörigkeit

In Preußen, also im größeren Teil des Reichsgebiets, wurden außerdem der Geburtsort, die Muttersprache und die Blinden, Taubstummen und Geisteskranken erfragt.

Vermerkt sei, daß auch die ersten wissenschaftlichen Weiterverarbeitungen des erhobenen Materials in diese Periode fallen, z. B. die Berechnung von Sterbetafeln, die die Kenntnis des Altersaufbaus zur Voraussetzung haben, sowie über die Beziehungen zwischen Wohn- und Beschäftigungsort, also über die »Pendler« (1900).

Die im Kriege (1. Dezember 1916) angeordnete Volkszählung sollte neben den meisten von 1910 übernommenen Fragen vor allem das Militärverhältnis mit den Musterungsergebnissen, die Kriegsbeschädigten und die Kriegs- und Zivilgefangenen erfassen. Praktisch dienten jedoch die Volkszählungen der Jahre 1916 und 1917 in erster Linie der Lebensmittelbewirtschaftung.

2. Bewegung der Bevölkerung

Die noch auf Beschlüsse des Zollvereins (1870) zurückgehende Statistik der Eheschließenden, Geburten und Sterbefälle war ursprünglich eine auf die Registrierung der Verwaltungsvorgänge beschränkte Statistik, die außer der Zahl nur den Zeitpunkt des Vorfalles und bei den Geburten und Sterbefällen das Geschlecht der Betroffenen nachwies und die unehelich Geborenen erfaßte. Das Jahr 1900 hat dann das Programm dieser Statistiken etwa bis auf den heutigen Umfang erweitert, so daß aus einer Zählung von Verwaltungsvorfällen eine über die Standesämter erhobene Statistik geworden ist. Für statistische Zwecke wurden bei der Eheschließung nach dem Geburtsjahr der Heiratenden und ihrem bisherigen Familienstand, der Zahl der früheren Ehen und dem Religionsbekenntnis gefragt sowie nach den legitimierten Kindern. Die Geburtenstatistik wurde durch Mehrlingsgeburten, Alter der Mutter und die Unterscheidung von Lebend- und Totgeborenen ergänzt. Bei den Sterbefällen kam das Geburtsjahr, der Familienstand und Religionsbekenntnis der Gestorbenen und bei Kindern unter 5 Jahren die Unehelichkeit hinzu.

Ähnlich liegt es bei den Statistiken der Ehescheidungen, der Selbstmorde und der Auswande-

rung, während die Statistiken der Ausweisung von Ausländern und des Erwerbs und Verlustes der Reichs- und Staatsangehörigkeit als reine Zusammenstellung von Verwaltungsvorgängen anzusehen sind.

3. Gesundheitswesen

Die Medizinalstatistik begann im Kaiserlichen Statistischen Amt mit Nachweisungen für 1876 über das Hilfspersonal, die wissenschaftlichen ärztlichen Vereine, die Apotheker und ihre Vereine sowie über die Heilanstalten. Diese Statistiken gingen sehr bald auf das 1876 gegründete Kaiserliche Gesundheitsamt über, das die amtliche Statistik auf die Zusammenstellung der Todesursachen (ab 1877) ausdehnte, die jedoch zunächst nur Städte mit 15 000 Einwohnern erfaßte. Es folgten Statistiken über die Ärzte und das medizinische Hilfspersonal und über die allgemeinen Krankenhäuser (ab 1887).

4. Unterrichtswesen

Die Statistik des Unterrichtswesens nach einem reichseinheitlichen Muster geht auf Vereinbarungen der Leiter der amtlichen Statistik zurück, die die erforderlichen Auskünfte von den Schulen in den einzelnen Bundesstaaten auf dem Verwaltungswege beschaffen konnten. Die erste Erhebung für das Jahr 1901 und auch die Wiederholung im Jahre 1906 beschränkte sich auf die Zahl der öffentlichen Volksschulen und die Privatschulen mit Volksschulziel, für die die Lehrkräfte, die Schüler und die Gesamtaufwendungen nachzuweisen waren und außerdem der aus Staatsmitteln gedeckte Teil. Das Religionsbekenntnis der Lehrer und Schüler nahm in den Tabellen einen breiten Raum ein.

Im Jahre 1911 wurden die Erhebungen auf die Mittelschulen und die höheren Schulen ausgedehnt. Dabei wurden die wichtigsten Typen der höheren Schulen unterschieden, für die Knabenschulen waren es neun, für die Mädchenschulen nur zwei Arten von Anstalten.

Die Ausdehnung der Statistik auf die Hochschulen, die Lehrerbildungsanstalten, die Fachschulen und Fortbildungsschulen wurde für einen späteren Zeitpunkt vorgesehen. Die Zahl der Studierenden an deutschen Hochschulen konnte jedoch auf Grund der amtlichen Verzeichnisse der Studierenden für die jeweils beiden letzten Semester seit 1909 zusammengestellt werden.

5. Rechtspflege

Die am 1. Oktober 1879 in Kraft getretene Strafprozeßordnung für das Deutsche Reich bildete den Ausgangspunkt einer Strafprozeßstatistik, die die Geschäftslast bei den Gerichten nachwies, und — ab 1882 — einer als Kriminalstatistik bezeichneten »Statistik der rechtskräftig erledigten Strafsachen wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze«. Die für alle abgeurteilten Personen auszustellenden Zählkarten wurden von den Staatsanwaltschaften unmittelbar dem Kaiserlichen Statistischen Amt übersandt. Neben Angaben über die persönlichen Verhältnisse, zu denen auch die Erfassung der Vorstrafen gehörte,

wurde die Art der strafbaren Handlungen erfaßt und in Anlehnung an die strafrechtlichen Bestimmungen nach einem ausführlichen Verzeichnis der Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze nachgewiesen. Dieses Verzeichnis ist von 142 Positionen im Anfangsjahr 1882 ständig angewachsen. Im Jahre 1910 wurden bereits 535 Positionen unterschieden.

Seit 1901 — nach dem Inkrafttreten der Militärstrafgerichtsordnung am 1. Oktober 1900 — wurde die Kriminalstatistik für die Zivilpersonen durch eine solche für das Heer und die Marine ergänzt, deren Bearbeitung jedoch bei den Militärbehörden verblieb.

Die Reichs-Konkursordnung, die seit dem 1. Oktober 1879 in Kraft war, schuf die Vorbedingung einer einheitlichen Konkursstatistik. Sie wurde von 1881 bis 1891 mit dem Charakter einer reinen Geschäftsstatistik geführt und alle 2 Jahre vom Justizamt veröffentlicht. Ab 1893 versuchte das Statistische Amt auf der Grundlage der Bekanntmachungen im Reichsanzeiger eine mehr volkswirtschaftlich ausgerichtete Konkursstatistik für die Jahre 1891 bis 1894 aufzubauen. Auch diese Statistik konnte nichts über die finanziellen Ergebnisse der Konkurse bringen. So kam es zu einem Beschluß des Bundesrats (November 1894), der es erlaubte, die Konkursstatistik auf ausführliche Zählkarten für jedes Konkursverfahren zu basieren. Diese Zählkarten einer echten konkursstatistischen Erhebung gingen von den Landgerichten unmittelbar an das Statistische Amt zur Bearbeitung.

6. Kriegswesen und Schutzgebiete

Es seien hier zwei Sachgebiete erwähnt, die von 1880 bis 1915 bearbeitet wurden, heute aber aus dem statistischen Programm verschwunden sind. Unter dem Begriff »Kriegswesen« stellte das Kaiserliche Statistische Amt die Ergebnisse des Heeres-Ergänzungsgeschäfts und über die Schulbildung der Rekruten zusammen. Diese Statistiken sind vom Verfahren her insofern interessant, als es sich dabei um Berichte — wir würden heute sagen »Geschäftsstatistiken« — der Kriegsministerien der Bundesstaaten handelt, die ihre Meldungen nach einem vom Statistischen Amt vereinheitlichten Formular unmittelbar an das Statistische Amt zur Zusammenstellung und Veröffentlichung übersandten. Ferner wurden auf Grund der Haushaltspläne Übersichten über die Etatstärke des Heeres und der Marine veröffentlicht, zu denen noch Angaben über die Kriegsschiffe kamen. Der Erwerb von Kolonien führte dazu, daß im Laufe der Zeit eine wachsende Zahl von statistischen Daten für die Schutzgebiete anfiel (Gebiet, europäische Bevölkerung, Haushalt, Außenhandel, Verkehr usw.). Nimmt man die Veröffentlichungen in den Statistischen Jahrbüchern als Maßstab, so finden sich dort in den Jahren 1894 bis 1900 jeweils etwa 6 Seiten, in den Jahren 1913 bis 1915 rd. 24 Seiten an Informationen. Diese Statistiken fanden mit dem Verlust der Kolonien ein Ende.

Die Diskussion über die Rückgabe der deutschen Kolonien in der Zeit des Nationalsozialismus spiegelt sich später auch im statistischen Programm wider. Die Berichte der Mandatsmächte für die ehemaligen deutschen Kolonien wurden ab 1936 bis zum zweiten Weltkrieg statistisch ausgewertet.

7. Reichstagswahlen

Die Ergebnisse der ersten Reichstagswahlen von 1871 und 1874 wurden von den Bundesregierungen dem Reichskanzler gemeldet. Das Statistische Amt erhielt diese Meldungen zur nachträglichen statistischen Auswertung. Bei diesem Verfahren ist es während dieser Periode im Prinzip geblieben. Das Statistische Amt konnte jedoch einen zunehmenden Einfluß auf die Form der Meldungen ausüben mit dem Ziel, eine schnellere und für die statistische Auswertung besser geeignete Berichterstattung zu erzielen. Seit 1898 wurde deshalb eine doppelte Berichterstattung eingeführt:

- a) sofort nach der Wahl telegraphisch an das Reichsamt des Inneren,
- b) spätestens 10 Tage nach der Wahl ausführliche Übersichten für jeden Wahlbezirk an das Kaiserliche Statistische Amt.

Für die Statistik war es notwendig, die Ergebnisse der ersten ordentlichen Wahl, die das Stimmenverhältnis zutreffend wiedergab, von den endgültigen Ergebnissen einschließlich der damals gegebenenfalls erforderlichen Stichwahlen, die die Mandatsverteilung bestimmten, zu trennen und auch die Nachwahlen getrennt zu zeigen.

Die ersten Ansätze zu einer soziologischen Auswertung der Wahlergebnisse sind in der Unterscheidung der Wahlberechtigten nach dem Religionsbekenntnis zu sehen. Da diese Angaben jedoch unvollständig und unsicher waren, wurden sie ab 1881 durch den Nachweis der Religionsverhältnisse in den Wahlkreisen nach den Volkszählungsergebnissen ersetzt.

8. Erwerbstätigkeit (Berufszählungen)

Das Bedürfnis, einen Einblick in die »gewerbliche Tätigkeit« der Zollgebietsländer zu gewinnen, hat sich schon sehr früh bemerkbar gemacht. Die mit den Volkszählungen 1848 und 1861 verbundenen Zusammenstellungen waren eine Mischung aus Berufsangaben und Angaben über die Betriebe.

Ähnlich wurde bei der ersten Volkszählung im Reich (1871) nach dem »Beruf oder Erwerbszweig« gefragt. Die Angaben reichten nur aus, um sechs »Haupt-Berufs- und Erwerbsklassen« zu unterscheiden. Für die damalige Zeit war die Gleichsetzung von Beruf und Erwerbszweig verständlich. Die Landwirtschaft umfaßte noch etwa die Hälfte der Erwerbspersonen und auch sonst konnte man bei der noch weitgehend handwerklichen Struktur des Gewerbes davon ausgehen, daß der Tischler zur Tischlerei, die Schlosser zur Schlosserei usw. gehörten, kurz, daß »Beruf« und »Erwerbszweig« identisch waren. Die Entwicklung ging dann auch dahin, daß 1875 eine erste Zählung der Gewerbebetriebe stattfand und die Berufsstatistik insofern etwas zurücktrat, als die Frage nach dem Beruf in den Volkszählungen von 1875 und 1880 nicht bearbeitet wurde.

Die Aufgaben, denen sich die Gesetzgebung in Zusammenhang mit der Einführung der Sozialversicherungen bald gegenübersah, verlangten jedoch dringend nach einer besseren Berufsstatistik, die mit der Berufszählung vom 5. Juni 1882 gewonnen werden sollte. Neben Geschlecht, Alter, Familienstand und Religionsbekenntnis wurde der Hauptberuf und der Nebenberuf getrennt erfragt und die Berufsstellung besser zu erfassen versucht. Es wurde so eine wesentlich feinere

Gliederung möglich. Statt der früheren sechs »Berufs- und Erwerbsklassen« wurden 153 Berufsarten unterschieden, die in 24 Berufsgruppen und zu sechs Berufsabteilungen zusammengefaßt wurden. Innerhalb jeder Berufsart wurden nach der »Stellung im Beruf« drei Gruppen unterschieden:

- a) Selbständige einschließlich Geschäftsleiter und leitende Beamte,
- b) andere (nicht leitende) Beamte, wissenschaftlich, technisch und kaufmännisch gebildetes Verwaltungs- und Aufsichtspersonal,
- c) sonstige Gehilfen, Lehrlinge, Fabrik-, Lohn- und Tagearbeiter einschließlich mithelfende Familienangehörige.

Im Hinblick auf die in der Vorbereitung befindlichen Gesetze zur Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Altersversicherung wurde auch der vormalige Beruf der wegen hohen Alters, infolge von Verletzung oder Krankheit dauernd erwerbsunfähig gewordenen Personen und der Beruf der zuletzt verstorbenen Ehemänner von Witwen erfragt.

Mit der Berufszählung 1882 war eine Erhebung der landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebe verbunden, und zwar nicht nur organisatorisch, sondern auch sachlich, denn die Angaben aus der Haushaltsliste der Berufszählung dienten zur Kontrolle der Landwirtschafts- und Gewerbebogen, und für kleinste Betriebe wurden die Angaben in der Haushaltsliste herangezogen.

Die zweite Berufszählung im Jahre 1895 folgte im Aufbau der Zählung von 1882. Die damals im Hinblick auf die Sozialversicherung gestellten Fragen fielen fort. Dafür wurden Fragen gestellt, die eine bessere Trennung der Gewerbetreibenden, Hausindustriellen und Heimarbeiter ermöglichen sollten. Die »Arbeiter, Dienstboten, Gesellen und sonstigen Arbeitnehmer« wurden gefragt, ob sie arbeitslos seien, seit wann und ob die Arbeitslosigkeit durch vorübergehende Arbeitsunfähigkeit verursacht sei. Das systematische Verzeichnis der Berufe wurde weiterhin verfeinert, es unterschied 199 Berufsarten, zu denen noch acht Positionen der Abteilung »ohne Beruf und Berufsangabe« kamen.

Bemerkenswert ist, wie weitgehend damals die Frage nach der Stellung im Beruf dazu benutzt worden ist, Gruppen zu bilden, die wir heute »sozio-ökonomisch« nennen würden. Die Vielfalt der Unterscheidungen ist deshalb interessant, weil die Entwicklung — vor allem auch in den heutigen Empfehlungen internationaler Organisationen — zu einer wesentlich knapperen Gliederung führt, in der vor allem die Selbständigen einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen der großen Gruppe der abhängig Beschäftigten gegenübergestellt werden, wobei noch die Arbeiter besonders herausgehoben werden, auch wenn die Unterscheidungsmerkmale der Angestellten von den Arbeitern immer weniger werden.

Im Jahre 1895, also in der Zeit vor der Jahrhundertwende, in der das »Standesbewußtsein« eine große Rolle spielte, wurden nach der »Stellung im Beruf« die schon 1882 unterschiedenen drei Gruppen (a, b, c) weiter unterteilt, so daß sich die folgende Klassifikation ergab:

- a) Selbständige, auch leitende Beamte und sonstige Geschäftsleiter (unter denen die Direktoren und Administratoren ausdrücklich genannt sind),

- b) nichtleitende Beamte, überhaupt das wissenschaftlich, technisch oder kaufmännisch gebildete Verwaltungs- und Aufsichts- sowie das Rechnungs- und Bureaupersonal,

- b₁) technisch gebildete Betriebsbeamte (Betriebsinspektoren, Ingenieure, Chemiker usw.), auch Volontäre,

- b₂) Aufsichtspersonal (Aufseher, Werkmeister, Obersteiger und Steiger usw.),

- b₃) kaufmännisch gebildetes Verwaltungspersonal sowie Bureau- und Rechnungspersonal (Prokuristen, Disponenten, Justitiare, Buchhalter, Korrespondenten, Rechner, Schreiber usw.), auch Volontäre und Lehrlinge,

- c) sonstige Gehilfen, Lehrlinge, Fabrik-, Lohn- und Tagearbeiter einschließlich der im Gewerbe tätigen Familienangehörigen und Dienenden,

- c₁) Familienangehörige, die im Betriebe des Haushaltsvorstandes tätig, aber nicht eigentlich Gewerbegehilfen sind,

- c₂) Gesellen, Lehrlinge und sonstige Arbeiter, zu denen in der Regel eine Vorbildung erforderlich ist (z. B. Gesteins- und Kohlenhauer usw.),

- c₃) andere Hilfspersonen (Handarbeiter, Handlanger, sonstige Arbeiter für Dienstleistungen, zu welchen in der Regel eine Vorbildung nicht erforderlich ist, sowie Maschinisten, Heizer, auch Geschäftskutscher, Fuhrleute, Hausdiener usw.).

Ob es möglich war, diese zum Teil recht subtilen Unterscheidungen auf Grund der von der Bevölkerung gewählten Eintragungen in der Spalte »Stellung im Beruf« zutreffend vorzunehmen, bleibe dahingestellt. Auffallend ist die Einbeziehung der Direktoren und Administratoren in die Gruppe der Selbständigen, offenbar auf Grund der ausgeübten Unternehmerfunktion. Andererseits wurden die mithelfenden Familienangehörigen, unter denen sich in großer Zahl die Ehefrauen und die »Kronprinzen«-Söhne im väterlichen Betrieb befinden, zur Gruppe der Arbeiter geschlagen. Interessant ist auch, daß die Bezeichnung »Angestellter« überhaupt nicht erscheint und die Beispiele stets den Bergbau betreffen.

Die nächste Berufszählung des Jahres 1907 folgt im Prinzip dem Aufbau der Zählungen von 1882 und 1895. Auch sie war mit einer Zählung der landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebe verbunden. Die Grundfragen in der Haushaltsliste blieben die gleichen. Die Fragen nach der Arbeitslosigkeit und nach den besonderen Formen des Gewerbebetriebes, die 1895 gestellt worden waren, entfielen. An ihre Stelle treten mit der Sozialversicherung in Zusammenhang stehende Fragen, so ob Beiträge zur Invalidenversicherung gezahlt werden und ob eine Invaliden- oder eine Unfallrente bezogen wird. Auch die Fragen nach dem zuletzt ausgeübten Beruf vor Bewilligung der Rente und nach dem Beruf des verstorbenen Ehemannes (für Witwen) und nach dem Beruf des verstorbenen Vaters (für eheliche Waisen unter 18 Jahren) tauchen wieder auf.

Die Klassifikation der Berufsarten ist nur an einigen Stellen erweitert worden, so daß statt 199 nunmehr 209 Berufsarten zu unterscheiden waren. Die Gliederung nach der Stellung im Beruf blieb unverändert.

Dem Verfasser sei erlaubt, hier eine, wenn auch weniger ernsthafte, persönliche Erinnerung an die Berufszählung von 1907 einzufügen, die aus der Zeit stammt, in der er Referent für die Berufszählung 1925 war. Im Rahmen der sehr ausführlichen Darstellung der Zählungsergebnisse von 1907 wurde auch ein Band der »Berufsbenennungen« herausgegeben. Hierfür waren alle überhaupt in den Haushaltslisten erschienenen Benennungen »verzettelt«, die Zettel alphabetisch geordnet und ausgezählt worden. Dieses Verfahren führte zu dem etwas seltsamen Ergebnis, daß gleichartige Tätigkeiten, für die es aber — vor allem auch regional — verschiedene Bezeichnungen gibt, z. B. Schreiner/Tischler oder Metzger/Schlächter, an verschiedenen Stellen nachgewiesen wurden, wobei nicht nur Schreiner und Tischler, sondern auch zusätzlich Möbelschreiner, Stuhltischler usw. als besondere Bezeichnung an anderer Stelle des Alphabets auftauchten. Es sollen dann — wie die Menschen so sind — hochgestellte Personen daran Anstoß genommen haben, daß die Zahl der Prostituierten viel zu gering sei — denn soweit dieser älteste Beruf der Welt überhaupt offen angegeben wurde, fanden sich die übrigen Angehörigen dieses Berufs unter den verschiedensten Benennungen wie Bordellinsassin, Dirne, Freudenmädchen usw. Jedenfalls mußte der mit Zahlen versehene Band als irreführend eingezogen und eingestampft werden, und es erschien nur ein Verzeichnis der Berufsbenennungen (ohne Zahlenangaben).

Die Tatsache, daß einer der Bearbeiter der Zählung von 1907 sein mit Zahlen versehenes Exemplar vor der Vernichtung bewahrt hatte, ermöglichte die behelfsmäßige Umrechnung der Zählungsergebnisse von 1907 auf die stark veränderte Systematik der Zählung von 1925. Die Zusammenstellung aller vorkommenden Berufsbenennungen erwies sich auch als außerordentlich nützlich für die Aufstellung der systematischen und alphabetischen Verzeichnisse, die den Bearbeitern späterer Berufszählungen für die Signierungsarbeiten an die Hand gegeben werden mußten.

In den hier untersuchten Zeitabschnitt fallen auch ab 1904 die ersten Ansätze oder Versuche, ein laufendes Bild der Erwerbstätigkeit zu gewinnen. Hierzu müssen die damals zur »Arbeitsstatistik« zählenden Arbeitsmarktmeldungen, vor allem auch der Verbände, gerechnet werden, ferner die Mitgliederbewegung und der Beschäftigungsgrad nach der Krankenkassenstatistik, die verkauften Marken für die Invalidenversicherung usw.

9. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Die Anfänge einer laufenden Statistik der landwirtschaftlichen Produktion gehen auf Vorschläge der Kommission zur weiteren Ausbildung der Statistik des Zollvereins zurück, die sich auf die Bodennutzung, die Ernteerträge und die Viehhaltung bezogen. In den »Motiven«⁸⁾ heißt es u. a.: »Erzeugung, Absatz und Konsumtion der landwirtschaftlichen Produkte gehören zu den notwendigsten Gegenständen der volkswirtschaftlichen Erkenntnis.... Wenn deshalb die Landwirtschaft nach der Kraft und Leistungsfähigkeit, die sie für Staat und Gemeinwohl entwickelt, mit vollem Recht vorsorgliche Förderung ihrer Interessen und Verkehrsbedürfnisse fordert, welche allein auf richtiger, be-

weisfähriger Erkenntnis der tatsächlichen Zustände fußen kann, so ist diese Erkenntnis nur durch eine bei den anderen Gewerben weniger notwendige, sehr mannigfache Durchdringung der Verhältnisse zu erreichen.«

Die erste reichseinheitliche Viehzählung fand am 10. Januar 1873 statt. Sie enthielt auch Rudimente einer Betriebsstatistik, denn es wurde jeder Haushalt befragt, ob vom Haushalt aus Landwirtschaft betrieben wird, und es wurde empfohlen, dabei auch die Größe der landwirtschaftlichen Nutzfläche festzustellen. Die zweite Viehzählung fand erst im Januar 1883, also nach 10 Jahren, statt. Dieser 10jährige Turnus der »großen« Viehzählungen wurde ab 1892 festgelegt, wobei wegen der vielen Schlachtungen zur Weihnachtszeit der Termin auf den 1. Dezember vorverlegt wurde. Beginnend mit dem Jahre 1897 wurden »Zwischenzählungen« mit verkleinertem Programm durchgeführt, so daß neue Informationen jeweils nach 5 Jahren zur Verfügung gestanden hätten. Tatsächlich wurden die Zeiträume verkürzt, denn es wurde bereits 1900, 1904, 1907 und ab 1912 jährlich gezählt. Dazu kamen im ersten Weltkrieg noch zahlreiche kriegs- und ernährungswirtschaftliche Viehzählungen.

Vom Verfahren her interessant sind noch zwei kleinere Statistiken: die Schlachtvieh- und Fleischbeschau und der Marktverkehr mit Vieh. Die Meldungen der von den Landesregierungen bestimmten Zentralstellen bzw. der 40 ausgewählten Schlachtviehmärkte gingen unmittelbar an das Kaiserliche Statistische Amt zur Bearbeitung.

Art und Umfang der Bodenbenutzung, also des gesamten land- und forstwirtschaftlichen Grund und Bodens sind erstmals 1878 und dann 1883, 1893, 1900 und 1913 festgestellt worden. Der ab 1893 vorgesehene 10jährige Turnus wurde nicht genau eingehalten, da wegen der Handelsvertragsverhandlungen die Zählung auf das Jahr 1900 vorverlegt wurde. Erst 1913 wurde wieder im vorgesehenen Turnus gezählt. Inzwischen hatte aber die landwirtschaftliche Betriebszählung von 1907 weitere Informationen über die Bodenbenutzung gebracht.

Die Kommission hat von Anfang an jährliche Ermittlungen des Ernteertrages vorgesehen, wobei die erforderlichen Daten über die Anbauflächen aus den Bodenbenutzungserhebungen fortgeschätzt werden sollten. Die erste gleichmäßige Ermittlung der Ernteerträge fand 1878 statt, für das die Anbauflächen bekannt waren. In der Folgezeit gingen die Bemühungen dahin, die Schätzungen über die Anbauflächenveränderungen durch jährliche Anbauerhebungen zu ersetzen, was jedoch erst allmählich und in Etappen gelang (1892, seit 1899 jährlich, 1904 verbessert). Die Saatenstandsberichterstattung und vorläufige Ernteschätzungen wurden 1893 eingeführt und später verbessert.

Der Obstbau sollte nach den Vorstellungen der Kommission in die Anbau- und Erntestatistik einbezogen werden, was aber nicht geschah. Erst im Jahre 1900 wurde eine Obstbaumzählung durchgeführt und 1913 wiederholt.

Für den Hopfenbau und den Weinbau, der ursprünglich im Rahmen der allgemeinen Anbau- und Erntestatistik erfaßt wurde, galten ab 1900 bzw. 1902/1908 besondere Bestimmungen, die vor allem eine

⁸⁾ Statistik des Deutschen Reiches, Bd. I, S. 116.

detaillierte Statistik der Weinmosternte nach Menge, Wert und Weinarten einführt.

Der erste Weltkrieg brachte zeitbedingt eine Reihe von Vorraterhebungen, vor allem für Getreide und Mehl, Kartoffeln, Heu und Stroh.

Die landwirtschaftlichen Betriebszählungen begannen 1882 in Verbindung mit der Berufszählung dieses Jahres. Die auf der vierten Seite der Haushaltsliste abgedruckten Fragen betrafen die Gesamtfläche und ihre Zusammensetzung nach a) Ackerland, Wiesen usw., b) Holzland und c) sonstige Flächen. Ferner wurde der Viehstand in sechs Positionen und die Maschinenverwendung festgelegt.

Welche Bedeutung der damalige Reichskanzler Fürst Bismarck dieser Zählung beimaß — und auch wieviel Zeit einem Reichskanzler damals noch zur Verfügung stand — zeigte sich darin, daß er den Aufbereitungsplan, der einen umfangreichen handgeschriebenen und sauber mit Fäden gehefteten Aktenband füllte, selbst durchgesehen hat. Der Band trug den Vermerk: »Die Randbemerkungen Seiner Durchlaucht sind mit einem roten Kreis versehen.« Der Verfasser, der diesen Band noch in der Hand gehabt hat, konnte u. a. feststellen, daß der Reichskanzler die vorgesehene Größenklassengliederung im Bereich der Großbetriebe eigenhändig abgeändert hatte.

Die mit der Berufs- und Gewerbezahlung 1895 verbundene Zählung der landwirtschaftlichen Betriebe erfragte zusätzlich die Besitzverhältnisse an der bewirtschafteten Gesamtfläche. Die Fragen nach Viehstand und Maschinenverwendung blieben und wurden durch einige besondere Fragen ergänzt (Rüben zur Zuckerfabrikation, Kartoffeln für Brennereizwecke, Milchhandel und Molkerei, Zugehörigkeit zu Molkereigenossenschaften).

Die Zählung von 1907 enthielt zusätzlich Fragen nach der Bodenbenutzung und Anbauflächen sowie nach beschäftigten Personen, die nach Betriebsleitern, Familienangehörigen und fremden Arbeitskräften gegliedert und in ständige und nichtständige Kräfte unterteilt waren.

Die Forststatistik begann 1878 als Teil der landwirtschaftlichen Bodenbenutzungserhebung, mit der sie auch 1883, 1893, 1900 und 1913 verbunden blieb. 1882 war sie Teil der landwirtschaftlichen Betriebszählung. Das Hauptproblem war die Erfassung aller Forstflächen, auch wenn sie nicht mit landwirtschaftlichen Betrieben verbunden waren. Das gelang bei der Betriebszählung von 1907. Ab 1900 wurden zusätzlich zu den Flächen nach dem Besitzstand die Erträge des letztverflossenen Wirtschaftsjahres, die Betriebs- und Holzarten und die Altersklassen des Hochwaldes festgestellt.

Die Seefischereistatistik besteht seit 1906 als Anhang zur Statistik des auswärtigen Handels. Erst von diesem Zeitpunkt an waren alle von deutschen Schiffen in der Küsten-, See- und Hochseefischerei gefangenen und an Land gebrachten Fische und Seetiere bei den Zollbehörden anzumelden. Alle früheren Ausnahmen fielen fort. Für eine große Zahl von Fischarten wurden Gewicht, ortsübliche Mengenangaben und Wert erfaßt. Die jährlichen Veröffentlichungen wurden ab 1909 durch eine ähnlich aufgebaute Bodenseefischereistatistik ergänzt.

10. Gewerbliche Betriebszählungen, Unternehmensstatistik

Die Vorgänger der Gewerblichen Betriebszählungen im Reich waren zwei im Zollverein 1848 und 1861 erstellte Gewerbestatistiken. Sie basierten auf den Fragen der Volkszählungen nach dem »Beruf oder Erwerbszweig« der Personen und brachten nur drei Tabellen. Diese unterschieden die »Handwerker und die vorherrschend für den örtlichen Bedarf beschäftigten Gewerbetreibenden und Künstler« von den »Fabriken und vorherrschend für den Großhandel beschäftigten Gewerbeanstalten«; die dritte Tabelle faßte zusammen, was wir heute Dienstleistungsgewerbe nennen würden.

Auch hier geht die geistige Vorarbeit für die Zählungen im Reich auf einen noch heute sehr lesenswerten Bericht der »Kommission« von 1871 zurück⁹⁾. Unter volkswirtschaftlichen, ja philosophischen Gesichtspunkten wird in eindringlicher, fast poetischer Sprache dargelegt, was zur Schilderung des Gewerbes in einem Lande an Informationen erforderlich wäre. Der Einfluß der natürlichen und geographischen, der politischen und sozialen Verhältnisse auf die Gewerbestruktur wird betont. Industrie sei Kräfteverbrauch. Ein Bild der Arten und der Menge der in der Industrie verwendeten Naturkräfte und ihrer Ausnutzung sei ein Kulturmaßstab. »Die vornehmste, wichtigste und wertvollste, indes auch ruhebedürftigste und vergänglichste Kraft ist die des Menschen. ... Der Menschenverbrauch aber entzieht sich nur zu häufig der exakten Beobachtung an gegebener Stelle und zu gegebener Zeit ... « Es wird daher für die Erfassung der sozialen Folgeerscheinungen plädiert. Die »Gewerbestatistik« darf sich nicht begnügen, lediglich die technische und tauschwirtschaftliche Seite der Produktion zu betrachten, »sie muß den sozialen und ethischen Wirkungen derselben eine ebenso große Aufmerksamkeit zuwenden«. Die Kommission ging davon aus, daß dieses weitgesteckte Ziel einer Gewerbestatistik nur durch Monographien für einzelne Industriezweige erreichbar wäre und daß die allgemeine Gewerbestatistik nur die allen Gewerben eigentümlichen Merkmale erfassen könne.

Als solche wurden vorgeschlagen:

- a) der örtliche Sitz
- b) Name und etwaige Firma des Inhabers
- c) der Gegenstand des Betriebes
- d) die Betriebsform
- e) die Zahl der Geschäftsinhaber (Arbeitgeber), unterschieden nach dem Geschlecht
- f) die Zahl der außer den Betriebsinhabern im Betriebe tätigen Personen (Arbeitnehmer) nach Geschlecht und Alter
- g) die Zahl, Art und, soweit tunlich, auch die Kraft der Motoren
- h) bei Gewerben, für welche gewisse Arbeitsmaschinen und Vorrichtungen charakteristisch sind, deren Zahl und Art.

Zu wünschen ist, daß die Aufnahme sich außerdem erstreckte auf:

- i) die Summe der jährlich gezahlten Gehalte und Löhne einschließlich des Geldwertes der Naturalleistungen
- k) die zum Besten der Arbeiter getroffenen Einrichtungen.«

⁹⁾ Abgedruckt in Statistik des Deutschen Reiches, Bd. I, S. 340ff.

Ihrer eigenen Forderung, daß eine Gewerbestatistik die Produktionsfaktoren Natur, Arbeit und Kapital beschreiben müsse, glaubt die Kommission Rechnung getragen zu haben. Der Einfluß der Natur soll durch Nachweise der Gewerbe für nicht allzu große »Räume« — wie wir heute sagen würden — deren natürliche Gegebenheiten bekannt sind, nachgewiesen werden, vor allem durch die innerhalb dieser Bezirke vorhandenen bzw. benutzten Kraftquellen. Der Produktionsfaktor Arbeit soll durch die Angaben über Arbeitgeber und Arbeitnehmer gekennzeichnet werden. Hinsichtlich des Produktionsfaktors Kapital begnügt sich die Kommission mit dem Rückschluß, welchen die Zahl der vorhandenen Arbeits- und Kraftmaschinen und Arbeitsvorrichtungen hierauf gestattet.

Maßgebend für die Vorschläge war auch die Erkenntnis, daß die Arbeitgeber sich zu Angaben über die Produktion nur sehr ausnahmsweise und auch dann nur ungern verstehen würden, andererseits aber keine Bedenken hätten, die Zahl der Arbeitnehmer und die Lohnsumme anzugeben. Für die Erfassung der Lohnsumme wird ferner geltend gemacht, daß sie die Beträge, die dem Nationalvermögen durch Lohnarbeit zufließen, wiedergäbe und daß die Lohnsumme die gewerbliche Leistung ohne Doppelzählungen messe, was bei einer Erfassung der Produktion — gedacht war wohl immer nur an die Bruttoerzeugung — nicht der Fall sei.

Die Kommission hat ihren Vorschlägen eine alphabetische Liste von über 1 000 Gewerbebenennungen beigegeben und diese zu einer Gewerbe-Systematik verarbeitet, die 17 Gruppen, 77 Klassen und 445 Ordnungen unterscheidet. Für 22 Positionen, die alle zum Bereich des Bergbaus, der Hüttenwerke, der Eisen- und Stahlerzeugung und der Salinen gehören, wurden eingehendere Erhebungen vorgesehen.

Die Vorschläge der Kommission sind vergleichsweise ausführlich geschildert worden, weil sie zumindest die Betriebszählungen der ersten Hälfte der hier untersuchten 100 Jahre entscheidend beeinflußt und auch darüber hinaus noch gewirkt haben. Sie zeigen außerdem, mit wieviel Sachverstand und intellektueller Mühe definiert worden ist, was in der Gewerbestatistik gemessen werden sollte, auch wenn man sich schließlich auf Elemente der Aufwandsseite beschränkte und das Produktionsergebnis noch nicht allgemein zu erfragen wagte.

Die erste »Gewerbestatistische Aufnahme« fand am 1. Dezember 1875 zusammen mit der Volkszählung statt. Alle in der obigen Liste unter a) bis h) genannten Merkmale wurden erfragt, wobei man sich auf die Gewerbetreibenden mit mehr als fünf Gehilfen beschränkte. Die in den einzelnen Gewerbebezügen zu erfassenden Maschinen usw. waren auf dem Fragebogen vorgegeben. Für die kleineren Betriebe begnügte man sich mit wenigen, auf der Haushaltsliste zu machenden Angaben. Die Gewerbesystematik war mit rd. 200 Positionen weit weniger detailliert als der Vorschlag der Kommission (rd. 450 Positionen).

Die Betriebszählung vom 5. Juni 1882 schloß sich eng an das Muster von 1875 an. Die Frage nach den Arbeitsmaschinen [h) der obigen Liste] wurde nicht wieder gestellt. Diesmal wurden alle Betriebe einbezogen, »in welchen mit Mitinhabern oder Gehilfen oder mit Benutzung von durch elementare Kraft

bewegten Triebwerken oder von Dampfkesseln gearbeitet wird«. Einmannbetriebe ohne Antriebsmaschinen wurden also nicht erfaßt. Die Gewerbesystematik wurde auf rd. 250 Positionen erweitert.

Die wiederum mit der Volkszählung verbundene Gewerbliche Betriebszählung 1895 blieb im Rahmen ihrer Vorgänger, nahm aber die Frage nach den Arbeitsmaschinen wieder auf und verlangte eine Unterteilung der tatsächlich Beschäftigten nach der Art der Tätigkeit, wobei in den Musterbeispielen Berufsbezeichnungen vorgegeben wurden. Die Gewerbesystematik wurde auf 220 Positionen reduziert.

Die Gewerbliche Betriebszählung 1907, die letzte hier bis zum Ende des ersten Weltkrieges, wiederholte das Programm der vorhergehenden Zählung von 1895, erweiterte jedoch die Gewerbesystematik auf fast 400 Positionen.

Ein gewisser Überblick über die Entwicklung der Zahl der Gewerbebetriebe und der in ihnen beschäftigten Arbeiter konnte mit Hilfe der Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten und Bergbehörden gewonnen werden. Die statistisch-tabellarische Bearbeitung dieser Berichte lag seit 1905 beim Kaiserlichen Statistischen Amt, das schon seit 1892 bzw. 1896 Auszüge aus den Tabellen veröffentlicht hatte. Ein Mangel dieser Statistik lag darin, daß sie sich nur auf die der Gewerbeaufsicht unterliegenden Betriebe erstreckte und dieser Kreis sich vielfach änderte. Ab 1910 waren es die Betriebe mit mindestens 10 Arbeitern. Die Statistik sollte zeigen, wieviel Betriebe vorhanden und wieviele davon im Laufe des Jahres besichtigt worden waren. Der Statistik ging daher — zu Recht oder zu Unrecht — der Ruf nach, daß die Zahlenangaben, die eine Gliederung der Arbeiter nach Geschlecht und Alter enthielten, für die im Laufe des Jahres nicht besichtigten Betriebe sehr unzuverlässig waren.

Eine Statistik der Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften, soweit sie als juristische Personen in die Handelsregister eingetragen waren, begann 1906 mit einer erstmaligen Bestandsaufnahme der deutschen Aktien-Gesellschaften. Es wurde eine Kartei entwickelt, die 1909 durch eine Erhebung bei den Amtsgerichten vervollständigt wurde und eine Fortschreibung des Bestandes und der Kapitaländerungen für AG und GmbH erlaubten. Auch die Geschäftsergebnisse der Aktiengesellschaften wurden auf Grund der veröffentlichten Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen seit 1909 auf ein einheitliches Muster gebracht und statistisch zusammengestellt.

11. Industrie und Handwerk

Abgesehen von den im Rahmen der Gewerblichen Betriebszählungen in größeren Zeitabständen anfallenden Daten über die Struktur des produzierenden Gewerbes gab es bis zum ersten Weltkrieg keine den gesamten Bereich umfassenden Statistiken. Als erster Anfang einer allgemeinen Beschäftigtenstatistik in der Industrie kann jedoch die 1903 eingeführte monatliche Berichterstattung über den Arbeitsmarkt (für das Reichsarbeitsblatt) angesehen werden. Hierdurch sollten von rd. 700 Firmen, Wirtschaftsverbänden, Handelskammern usw. Unterlagen für Situationsberichte gewonnen werden. Es wurde hauptsächlich nach der Besserung oder Verschlechterung der Verhältnisse und ihrer Ursachen gefragt. Zahlen

brachte nur die Frage nach den beschäftigten Arbeitern. Aus diesen Berichten ist später die heutige »Industrieberichterstattung« hervorgegangen.

Eingehende Produktionsstatistiken wurden für ausgewählte Industriezweige eingeführt, wobei für die Auswahl meist ausschlaggebend war, ob sich die fraglichen Industriezweige durch die Zolltarifpolitik besonders gefährdet fühlten oder ob im Zuge der technischen Entwicklung besondere wirtschaftliche und soziale Probleme auftraten. Neue Handelsvertragsverhandlungen weckten immer wieder das Bedürfnis nach Informationen über die heimische Produktion.

Die jährliche Erzeugung der Bergwerke, Salinen und Hütten geht schon auf das Jahr 1860, also auf den Zollverein zurück. Die Bestimmungen mußten vielfach geändert werden, um sie der Entwicklung der Technik anzupassen.

Schon im Jahre 1878 gab es Enquêtes über die Tabak-, Baumwolle- und Leinenindustrie, an denen das Amt wesentlich beteiligt war. Das Jahr 1895 brachte Erhebungen über Verhältnisse im Handwerk.

Ab 1912 übernahm das Kaiserliche Statistische Amt alle bisher zum Teil vom Reichsamt des Inneren geführten Produktionsstatistiken. Die Betriebe wurden unmittelbar mit Fragebogen befragt, die auf die Verhältnisse des betreffenden Industriezweiges abgestellt waren und mit den Interessenten verhandelt wurden. Sie enthielten die wesentlichen Elemente der Aufwandsseite und die Produktionsergebnisse. Die Erhebungen fanden in den einzelnen Zweigen zu wechselnden Terminen statt. Sie wurden zentral im Statistischen Amt aufbereitet. Eine Zusammenfassung war nicht beabsichtigt und auch nicht möglich. Untersucht wurden:

- 23 Betriebszweige der Montan-, Hütten- und Eisenverarbeitungsindustrie
- 23 Betriebszweige der Textilindustrie
- 5 Betriebszweige der Chemischen Industrie
- 4 Betriebszweige der Stärkeindustrie
- die Kartoffeltrocknungsindustrie
- die Kraftfahrzeugindustrie
- die Bereifungs-, Ballonstoff- und Flugzeugindustrie
- die Zementindustrie
- die Lederindustrie

Außerdem entwickelten sich im Zusammenhang mit der wachsenden Zahl von Verbrauchsteuern jährliche Angaben über die Erzeugung von Branntwein, Bier, Tabak, Salz, Zucker, Essigsäure, Schaumwein, Leuchtmittel, Zündwaren und Spielkarten.

Die Statistik der Dampfkessel, Dampfmaschinen und Dampfkessel-Explosionen geht auf die Jahre 1877 und 1879 zurück. Die Bestandsstatistik beruhte auf einer vom Statistischen Amt ausgezählten Kartei, die für die Prüfungen durch die Revisionsstellen und Dampfkesselüberwachungsvereine aufzustellen war.

12. Bautätigkeit und Wohnungen

Die ersten Versuche, die Bautätigkeit und den Wohnungsmarkt statistisch zu durchleuchten, gehen auf das Jahr 1902 zurück. Damals regte das Statistische Amt bei den Städtestatistikern Veränderungsnachweise über die Wohnungen und einen Nachweis über leerstehende Wohnungen an. Die Statistik blieb aber auf einzelne Städte beschränkt.

Das letzte Kriegsjahr brachte im Mai 1918 die erste Wohnungszählung in allen Gemeinden des Reiches mit über 5 000 Einwohnern. In den Industriebezirken konnten auch kleinere Wohngemeinden einbezogen werden. Neben der Zahl und Größe der bewohnten und leerstehenden Wohnungen wurde der voraussichtliche mit dem Kriegsende auftretende Wohnungsbedarf zu ermitteln versucht. Hierzu wurde festgestellt, ob außer der Ehefrau oder der den Haushalt führenden Frau andere verheiratete oder verwitwete Frauen anwesend waren, die nach dem Kriege mit ihrem Ehemann oder ihren Kindern oder allein eine besondere Wohnung beziehen würden. In diesen Fällen wurde auch der letzte Wohnort des Ehemanns erfragt.

13. Binnenhandel

Der Binnenhandel wurde im hier untersuchten Zeitabschnitt noch nicht zum Gegenstand besonderer Statistiken. Dies bedeutet jedoch nicht, daß keinerlei Informationen für diesen Bereich vorhanden waren. Die gewerblichen Betriebszählungen zeigten die Zahl der Betriebe und der Beschäftigten in den verschiedenen Zweigen des Groß- und Einzelhandels, und auch die Ergebnisse der Berufszählungen konnten herangezogen werden.

14. Außenhandel

Die Anfänge der Außenhandelsstatistik gehen auf den Zollverein zurück. Dieser war für seine Zwecke jedoch zunächst nur an den finanziellen Ergebnissen, also den Zolleingängen und an den Wirkungen der vereinbarten Zollgesetzgebung interessiert. Die für diese zweite Aufgabe von jedem Mitgliedsstaat aufzustellenden »Kommerzialnachweisungen« sind bis 1842 nicht einmal zusammengefaßt worden. Die Hauptmängel dieser ausgesprochenen Zollstatistik lagen darin, daß sie sich nur auf die einem Zoll unterworfenen Waren bezog, daß nur Mengen erfaßt wurden und daß Nachweise der Herkunfts- und Bestimmungsländer fehlten. Der Nachweis der Grenzstrecken für den Wareneintritt und -austritt war hierfür ein nur sehr unvollkommener Ersatz.

Da man klar erkannt hatte, daß eine solche Statistik als Grundlage für die innere und äußere Wirtschaftspolitik unbrauchbar war, hat man seit der Reichsgründung beharrlich, wenn auch schrittweise, an der Beseitigung der Mängel gearbeitet. Auch hier hat die schon wiederholt erwähnte »Kommission« mit ihren umfangreichen Vorschlägen¹⁹⁾, die fast ohne Änderung 1872 in Kraft gesetzt wurden, wichtige Grundlagen gelegt. Die weiteren Etappen sind durch die Gesetze gekennzeichnet, die 1880 und 1906 in Kraft traten. Dazu kommen noch zahlreiche ergänzende Bundesratsbeschlüsse.

Um eine für die Darstellung der wirtschaftlichen Leistungen des Reichs verwendbare Statistik zu erhalten, die die Bedeutung des Reiches als Handelspartner erkennen ließ, mußten die Nachweise zunächst auf alle Waren, ohne Rücksicht auf die Zollpflicht, ausgedehnt werden. Das wurde durch die Anmeldepflicht aller Waren, die die Zollgrenze überschritten, ab 1880 erreicht. In dem so nachgewiesenen »Spezialhandel«

¹⁹⁾ Siehe Statistik des Deutschen Reiches, Bd. I, S. 125 ff.

fehlten aber die in die Zollausschlüsse des Reichsgebietes eingebrachten und von dort wieder ausgeführten Waren. Um den »Gesamteigenhandel« des Reiches nachweisen zu können, mußte dieser Lager- und Zollausschlußverkehr einbezogen werden, was verwaltungstechnisch recht schwierig war (ab 1906).

Auch der Weg von der reinen Mengenstatistik zur Berücksichtigung der Werte war lang und mühselig. Er begann damit, daß 1872 das Reingewicht als einheitlicher Mengenmaßstab eingeführt wurde. Wertangaben wurden nur für einige Einfuhrpositionen und in zunehmendem Maße für die Ausfuhr erhoben. Die Ausdehnung der Wertanmeldung auf die gesamte Ausfuhr und auf einige weitere Einfuhrpositionen wurde erst 1911 beschlossen, nachdem — wie es damals hieß — die Bedenken gegen solche Wertangaben aus den Kreisen von Handel und Industrie fast vollständig geschwunden waren.

Um wenigstens auf dem Wege der Schätzung Werte für den Außenhandel zu gewinnen, wurde schon 1880 eine beachtlich große Kommission von 170 Sachverständigen eingesetzt, die alljährlich auf Grund der Mengen die Werte schätzte. Seit der Einführung der Wertanmeldung für die gesamte Ausfuhr erstreckte sich die Schätzung nur noch auf die Einfuhrwerte. Um diese Schätzungsarbeit zu erleichtern, wurde das Statistische Warenverzeichnis ständig verfeinert, um nicht allzu heterogene Waren in einer Position zu haben.

Ein besonderes Statistisches Warenverzeichnis — neben dem Zolltarif — ist schon 1872 nach den Vorschlägen der damaligen »Kommission« eingeführt worden mit dem Ziel, die wirtschaftspolitische Beurteilung der Handelsergebnisse zu erleichtern und, wenn auch nur im beschränkten Maße, internationale Vergleiche zu ermöglichen. Dieses ursprüngliche Verzeichnis von 457 Positionen für die Einfuhr und 403 für die Ausfuhr war 1888 auf 933 und 1900 auf 1152 Nummern angewachsen. Zu dem ausdrücklichen Zweck, die Schätzung der Werte zu verbessern, wurden zahlreiche weitere Positionen zerlegt, so daß man 1906 bei 2 030 Einfuhrpositionen und 1 879 Ausfuhrpositionen angelangt war. Mit der obligatorischen Wertanmeldung — siehe oben — wurde die Zahl der Positionen ab 1912 auf 1 875 Einfuhrpositionen und 1 639 Ausfuhrpositionen reduziert.

Für die Handelsvertragsverhandlungen waren Nachweise des Außenhandels nach Herkunfts- und Bestimmungsländern von größter Wichtigkeit. Die entsprechenden Angaben wurden seit 1880 erhoben. Auch hier bereiteten die Zollausschlüsse große Schwierigkeiten. Im Durchschnitt der Jahre 1880 bis 1888 wurden bei der Einfuhr 17%, bei der Ausfuhr 23% als Anteil der Zollausschlüsse nachgewiesen, da die eigentlichen Herkunfts- und Bestimmungsländer nicht zu ermitteln waren. Dieser Mangel wurde 1889 beseitigt. Die Angaben bezogen sich auf die »Einkaufs- und Verkaufsländer«, erst ab 1906 wurde auf die »Herstellungs- und Verbrauchsländer« umgestellt. Von da ab erschien z. B. Portugal als Herkunftsland des Portweins, während vorher das Einkaufsland England nachgewiesen worden war. Was dieser Wechsel für die Handelsvertragsverhandlungen bedeutete, liegt auf der Hand.

Die Zahl der nachzuweisenden Länder hat sich von 38 im Jahre 1880 schon bis 1905 auf 96 Länder erhöht,

so daß zu der sehr viel feineren Gliederung nach Waren auch eine feinere Gliederung nach Ländern kam.

Die Statistik der Zollerträge ist als Teil der Außenhandelsstatistik seit der Zollvereinszeit bis auf den heutigen Tag weitergeführt worden.

Die Außenhandelsstatistik für die deutschen Schutzgebiete wurde im Kaiserlichen Statistischen Amt seit 1890 bis zum ersten Weltkrieg erstellt.

15. Verkehr

Auch die dem Statistischen Amte von Anfang an zugewiesene Verkehrsstatistik geht auf die Berichte der vielfach erwähnten »Kommission« zurück, die der Schiffsfahrtsstatistik als Teil der Gewerbestatistik und als Teil der Verkehrsstatistik eine große Bedeutung zumah. Es sei daran erinnert, daß im Zeitabschnitt 1872 bis zum ersten Weltkrieg die deutsche Handelsflotte aufgebaut worden ist. Die Vorschläge der Kommission¹¹⁾ sind mit wenigen Abänderungen 1872 bzw. 1873 in Kraft gesetzt worden.

In der Seeschifffahrt wurde die Bestandsstatistik der Deutschen Seeschiffe (Bestand und Bestandsveränderungen, Verunglückungen) von der Statistik der Schiffsfahrtsbewegung unterschieden. Diese wies vor allem den Seeverkehr in den deutschen Hafenplätzen nach, also die ankommenden und abgehenden Schiffe, deren Flagge, Art (Segel- oder Dampfschiff) und Tragfähigkeit, ob mit Ladung oder leer, ferner die Zahl der Besatzungsmitglieder und die Herkunfts- bzw. Bestimmungshäfen. Ergänzend wurden die Reisen deutscher Seeschiffe zwischen außerdeutschen Hafenplätzen nachgewiesen.

Die ursprünglichen Bestimmungen sind in der Folgezeit einige Male präzisiert worden. Bis auf den erst 1925 eingeführten Nachweis des Güterverkehrs über See enthält also bereits die 1873 eingeführte Statistik alle Sachverhalte, die bis auf den heutigen Tag nachgewiesen werden.

In der Binnenschifffahrt wurden erstmals für 1872 und dann in 5jährigem Turnus Nachweise über die deutschen Wasserstraßen selbst und über den Bestand an Flußschiffen angeordnet. Dazu kamen jährliche Statistiken des Verkehrs der Fahrzeuge. Nachzuweisen waren Gattung, Heimatstaat, Tragfähigkeit, Herkunftsort, ob beladen und auch die beförderten Güter (aus- bzw. eingeladene Güter nach Gattung und Gewicht). Das erste Güterverzeichnis für die Binnenschifffahrtsstatistik ist eine Arbeit der »Kommission«, ebenso wie das beschreibende Verzeichnis der Wasserstraßen und das Verzeichnis der Wasserstände auf ihre Vorschläge zurückgeht. Auch hier gilt, daß viele wesentliche Bestandteile der heutigen Binnenschifffahrtsstatistik schon auf das Jahr 1872 zurückgehen. Die Vorschriften wurden im Jahre 1907 der technischen Entwicklung angepaßt.

Die Statistik der Güterbewegung auf den Eisenbahnen wurde in Preußen eingeführt. Nachdem sich über 70 deutsche Eisenbahnen bereit erklärt hatten, Statistiken nach einheitlichen Grundsätzen zu liefern, übernahm ab 1909 das Kaiserliche Statistische Amt die umfangreichen Zusammenstellungs- und Veröffentlichungsarbeiten. Nachgewiesen wurden die Güter-

¹¹⁾ Siehe Statistik des Deutschen Reiches, Bd. I, S. 229ff und 288ff.

mengen nach einem 76 Positionen umfassenden Güterverzeichnis und nach 41 inländischen und 17 ausländischen Verkehrsbezirken.

Die Hauptergebnisse der Eisenbahnbetriebsstatistik sowie des Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesens wurden den von den Eisenbahn- und Postbehörden herausgegebenen Statistiken entnommen, zusammengefaßt und in den Jahrbüchern veröffentlicht.

Die Kraftfahrzeuge hielten im Jahr 1907 ihren Einzug in die Statistik. Am Beginn standen die Kraftverkehrsunfälle oder wie es damals hieß: »Statistik über schädigende Ereignisse beim Betriebe mit Kraftfahrzeugen«. Jeweils zum 1. Januar — also einmal jährlich — wurde ab 1907 der Bestand an Kraftfahrzeugen festgestellt. Außerdem wurden einmal im Jahr, aber nach Monaten unterteilt, die Grenzübertreite außerdeutscher Kraftfahrzeuge nachgewiesen.

16. Geld und Kredit

Das Kaiserliche Statistische Amt hat sich seit dem Erscheinen des ersten Jahrbuchs 1880 bemüht, Angaben zum Geld- und Kreditwesen aus den verfügbaren Veröffentlichungen zusammenzustellen. Sie erstreckten sich auf die Münzausprägung, die Tätigkeit der Notenbanken, den Privatdiskont, die Wechselkurse und die Durchschnittskurse der Reichsanleihen.

Dazu trat ab 1900 die Sparkassenstatistik, die vor allem über Zahl der Kassen und Konten, die Gesamthaben der Einleger und die Veränderungen durch neue Einlagen, Zinsgutschriften und Abhebungen unterrichtete.

Die Zulassung von Wertpapieren an deutschen Börsen (ab 1897), eine Statistik der Hypothekendarlehen (ab 1904) und Statistiken der Schuldverschreibungen der Aktiengesellschaften und sonstigen privatrechtlichen Schuldner einerseits und der Bodenkreditinstitute andererseits vervollständigten das Programm. Für die Statistiken der Schuldverschreibungen (ab 1910) hatten die Aussteller besondere Zählkarten unmittelbar an das Kaiserliche Statistische Amt einzusenden.

17. Versicherungen (ohne Sozialversicherung)

Bis zur Errichtung des Kaiserlichen Aufsichtsamtes für Privatversicherungen im Jahre 1901, das von da ab alle statistischen Arbeiten über die ihm unterstellten Versicherungen übernahm, hat das Statistische Amt ab 1896 die Statistik der Lebensversicherungsgesellschaften und der Privat-Feuerversicherungsgesellschaften bearbeitet. Die Grundlage bildeten die Bilanzen und Geschäftsberichte dieser Versicherungen.

18. Sozialversicherung und öffentliche Sozialleistungen

Im Jahre 1881 — also vor der Sozialversicherungsgesetzgebung und zu ihrer Vorbereitung — wurde versucht, den Umfang der öffentlichen Armenpflege zu erheben. Da nicht genügend zuverlässige Nachweisungen geliefert werden konnten, blieben die Ergebnisse unveröffentlicht. Die Erhebung wurde 1885 mit guten Ergebnissen wiederholt. Nachgewiesen wurden die Zahl der unterstützten Personen und die Ursachen

der Unterstützungsbedürftigkeit. Bei Tod und Krankheit wurde zusätzlich unterschieden, ob sie auf einen Unfall zurückgingen. Die Ausgaben, die Erstattungen zwischen den Armenverbänden und die Armen-Strafsachen wurden ebenfalls festgestellt.

Im Jahre 1896 wurden Erhebungen über die Einwirkung der Arbeiterversicherung auf die Armenpflege durchgeführt. Für den 10jährigen Zeitraum von 1884 bis 1893 waren die Gesamtzahl der jährlich unterstützten und die aufgewendeten Beträge nachzuweisen. Das Schwergewicht lag jedoch bei dem verbal zu beantwortenden Teil dieser Erhebung, der nach Entlastungen durch die Versicherungen fragte.

Im Jahre 1885 begann die durch das Gesetz über die Krankenversicherung angeordnete und seitdem jährlich bearbeitete Krankenversicherungsstatistik, die — wie es damals hieß — ein größeres Büro innerhalb des Amtes beanspruchte. Die einzelnen Orts- und Betriebskrankenkassen usw. sandten ihre Meldungen unmittelbar an das Statistische Amt. Die Zusammenstellungen bringen die Mitgliederzahlen, Erkrankungen, Krankheitstage, Todesfälle, Einnahmen und Ausgaben, die nach 13 bzw. 15 Positionen zu untergliedern waren. Die Vorschriften sind im Laufe der Jahre vielfach ergänzt und neuen gesetzlichen Regelungen angepaßt worden. Interessant ist, daß die Statistik zu der Anordnung von einheitlichen Regeln für die Buchführung der Kassen führte.

Die Statistiken der Unfall- und der Invalidenversicherung wurden nicht vom Statistischen Amt, sondern vom Reichsversicherungsamt bearbeitet.

19. Arbeiterstatistik

Im Zusammenhang mit der zunehmenden Industrialisierung und ihren gesellschaftlichen Folgewirkungen ergab sich ein großer Bedarf nach Untersuchungen über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse und die Lage der Arbeiterschaft in bestimmten Gewerbebezügen. Außer der Berufszählung von 1882, die eine umfassende Untersuchung zu diesem Thema darstellte, sind zur Vorbereitung von Reichsgesetzen Erhebungen veranstaltet worden, z. B. 1876 über die Verhältnisse der Lehrlinge, Gesellen und Fabrikarbeiter, 1877 über Frauen- und Kinderarbeit in Fabriken, 1878 über die Tabak-, Eisen-, Baumwoll- und Leinenindustrie, 1885 über die Sonntagsarbeit u. a. m.

Für diese Erhebungen, die wir heute wohl als »Enquêtes« bezeichnen würden, mit denen aber auch viel Zahlenmaterial gewonnen wurde, ist 1892 die Kommission für Arbeiterstatistik errichtet worden, und zwar nach § 1 des Regulativs: »Zur Mitwirkung bei den statistischen Erhebungen, welche bei der Vorbereitung und Ausführung der die Verhältnisse der gewerblichen Arbeiter (Titel VII der Gewerbeordnung) betreffenden Gesetzgebung notwendig werden ...«. Der Vorsitzende wurde vom Reichskanzler ernannt, sechs Mitglieder wurden vom Bundesrat, sieben vom Reichstag gewählt, dazu kam ein Beamter des Statistischen Amtes. Im Jahre 1902 wurde durch das Reichshaushaltsgesetz eine »Abteilung für Arbeiterstatistik« innerhalb des Statistischen Amtes errichtet, die an Stelle der Kommission als neue ständige Einrichtung die Pflege der gewerblichen Arbeiterstatistik gewährleisten sollte. Gleichzeitig wurde die Kommission in einen Beirat für Arbeiterstatistik umge-

wandelt, in dem der Präsident des Kaiserlichen Statistischen Amtes den Vorsitz erhielt. An der Zusammensetzung (jetzt je sieben vom Reichstag und vom Bundesrat Gewählte) und den Aufgaben änderte sich nichts, sie behielten ihren gutachterlichen Charakter.

Der neuen Abteilung oblag erstens die Sammlung, Zusammenstellung und periodische Veröffentlichung arbeitsstatistischer Daten und sonstiger für die Arbeitsverhältnisse bedeutsamer Mitteilungen sowie zweitens die Vornahme besonderer Untersuchungen mit Hilfe schriftlicher und mündlicher Erhebungen sowie die Erstattung von Gutachten.

Diese Abteilung hatte damit erheblich größere Rechte (z. B. bei der Materialbeschaffung) als sie dem Amte sonst zustanden. Im Verein mit dem Beirat waren es praktisch die Rechte einer »Enquêtékommision«, die in erster Linie Gutachten zu erstatten hatte, wobei die Aufträge unter Angabe der hauptsächlich interessierenden Probleme vom Reichsamte des Inneren kamen. Da die Gewerbeordnung die Möglichkeit bot, die Arbeitszeit gesetzlich zu regeln, betrafen die Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse vor allem die Arbeitsdauer, Beginn und Ende der Arbeitszeit, Pausen, Überstunden, Sonntagsruhe, daneben wurden aber auch zahlreiche andere die Arbeitsbedingungen und die Lohnverhältnisse beleuchtenden Fragen gestellt. Als ein Beispiel, das Licht auf die damaligen Arbeitsbedingungen der Kellner wirft, seien hier die Fragen 18 bis 21 des 26 Fragen umfassenden Fragebogens für Gast- und Schankwirtschaften (1894) zitiert:

- »18. Wie viele von den Kellnern (einschließlich Oberkellner und Kellnerinnen) und Lehrlinge haben beim Prinzipal
- a) Wohnung?
 - b) volle Beköstigung?
 - c) teilweise Beköstigung?
19. Erhalten die Kellner (Oberkellner) und Kellnerinnen von dem Prinzipal ein bestimmtes Gehalt und wieviel beträgt dasselbe monatlich?
20. Welche Ausgaben für das Geschäft (für Bruch, für Putzen, für Unterkellner, für Vertretung, für Beschaffung von Zeitungen, Streichhölzern, Zahnstochern usw.) hat jeder Kellner (Oberkellner, Kellnerin) monatlich zu machen bzw. wieviel wird ihm für die bezeichneten Zwecke monatlich vom Gehalt abgezogen?
21. Welche Beträge hat jeder Kellner (Oberkellner) und Kellnerin monatlich als Pacht für die Stelle an den Prinzipal zu entrichten?»

Von der Kommission für Arbeiterstatistik bzw. unter Mitwirkung des Beirats wurden die folgenden Berufs- bzw. Gewerbebezüge untersucht:

- Bäckereien und Konditoreien (Arbeitszeit)
- Handelsgewerbe (Arbeitszeit, Kündigungsfristen, Lehrlingsverhältnisse)
- Getreidemühlen (Arbeitszeit)
- Kellner und Kellnerin (Arbeits- und Gehaltsverhältnisse)
- Binnenschiffahrts- und Flößereibetriebe (Sonntagsarbeit)
- Kleider- und Wäschekonfektion (Arbeitsverhältnisse)
- Handelsgewerbe ohne offene Verkaufsstellen (Arbeitszeit)

- Fleischergewerbe (Arbeitszeit)
- Fuhrwerksgewerbe (Arbeitszeit)
- Binnenschiffahrt (Arbeitszeit und Pausen an Werktagen)
- Plätt- und Waschanstalten (Arbeitszeit)
- Fischindustrie (Arbeitszeit).

Die Untersuchungen wurden durch ähnliche Arbeiten ergänzt, die ohne Mitwirkung des Beirats durchgeführt wurden, z. B.

- Notstandsarbeiten in deutschen Städten
- Vergebung öffentlicher Arbeiten (Arbeitsverhältnisse)
- Gemeindearbeiter (Arbeitsverhältnisse)
- Angestellte von Rechtsanwälten (Arbeitsverhältnisse).

Als wichtigere Untersuchungen seien noch genannt die zur Vorbereitung des Handwerkergesetzes (vom 26. Juli 1897) im Jahre 1895 und zur Kontrolle seiner Wirkungen in den Jahren 1905 und 1907 durchgeführten Erhebungen über die Verhältnisse im Handwerk.

In der größten Zahl der Fälle wurden die erforderlichen Informationen als Stichprobe (meist 10% der vorhandenen Einrichtungen) erhoben.

Daß die »Abteilung für Arbeiterstatistik« im gewissen Sinne ein Amt innerhalb des Amtes war, zeigt sich auch darin, daß die Ergebnisse ihrer Arbeit nicht in der »Statistik des Deutschen Reiches«, sondern in einer Sonderreihe: »Erhebungen der Abteilung für Arbeiterstatistik« veröffentlicht wurden. Für die periodische Veröffentlichung der gesammelten arbeitsstatistischen Daten wurde das »Reichsarbeitsblatt« herausgegeben. Es brachte teils originale, teils sekundärstatistische Ergebnisse vor allem über folgende Gebiete:

- Der Arbeitsmarkt nach monatlichen Berichten der Industrie
- Der Beschäftigungsgrad nach den Nachweisen der Krankenkassen
- Arbeitsvermittlung
- Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden
- Erlös aus dem Verkauf von Versicherungsmarken
- Stellenvermittlung und Arbeitslosigkeit in Angestelltenverbänden
- Lohnstatistiken nach Aufzeichnungen der Ortskrankenkassen
- Bergarbeiterlöhne.

Dazu kamen eine Fülle von jährlichen oder unregelmäßig erscheinenden Berichten über Organisationen, Gewerbe und Kaufmannsgerichte, Arbeiterversicherung und vieles andere.

Das Kaiserliche Statistische Amt hatte vor dem ersten Weltkrieg auf dem Gebiet der Arbeiterstatistik auch Aufgaben zu erfüllen, die über die eigentliche Statistik hinausgingen und später auf damals noch nicht bestehende Behörden wie das Reichsarbeitsministerium und die Reichsarbeitsverwaltung übergeleitet wurden. Am damaligen Arbeitsprogramm hatten diese Arbeiten einen erheblichen Anteil. Nimmt man die im Band 201 der Statistik des Deutschen Reiches abgedruckten Anweisungen und Formulare für alle Statistiken als Maßstab, so entfällt von den 656 Seiten dieses Bandes ein reichliches Drittel auf die »Arbeiterstatistik«.

20. Finanzen und Steuern

Die Statistik der öffentlichen Finanzen nahm mit der Veröffentlichung über die Einnahmen und Ausgaben des Reiches ihren Anfang (seit 1872 bzw. 1880). Später kamen die Überweisungen an die Bundesstaaten, die Schulden und Matrikularbeiträge hinzu. Entsprechende Angaben nach einheitlich vereinbarten Formularen sind ab Haushaltsvoranschlag 1901 und Haushaltsrechnung 1899 jährlich von den Bundesstaaten geliefert und vom Statistischen Amt zusammengestellt worden. Eine Schuldenstatistik gibt es für das Reich seit 1895 und die Länder seit 1902. Eine Statistik der Inhaber-Schuldverschreibungen der Stadt- und Landgemeinden und sonstiger öffentlich-rechtlicher Schuldner wurde 1909 aufgenommen.

Die Statistik der Zölle und Steuern geht auf den Beginn des Zollvereins zurück. Auch hier hat die zur weiteren Ausbildung der Statistik des Zollvereins gebildete Kommission wertvolle Arbeit geleistet. Sie hat die Statistik der Zoll- und Steuereinnahmen einerseits von der Statistik des Warenverkehrs und andererseits von den Abrechnungen getrennt. Damit war eine besondere Zoll- und Steuerstatistik geboren.

Nach Artikel 35 der Reichsverfassung hatte das Reich die Gesetzgebung über das Zollwesen und über die Besteuerung des im Bundesgebiete gewonnenen Salzes, Tabaks, Branntweins und Bieres sowie des Zuckers. Die statistische Bearbeitung der über die Zollbehörden gemeldeten Daten übernahm das Statistische Amt. Diese Verbrauchssteuern wurden im Laufe der Zeit auf weitere Waren ausgedehnt. Es kamen hinzu: Spielkarten (1878), Schaumwein (1902), Zigaretten (1906), Essigsäure (1909), Leuchtmittel (1909) und Zündwaren (1909). Im Jahre 1917 kam eine Kohlensteuer hinzu. Für jede dieser steuerpflichtigen Waren gab es umfangreiche Meldungen, die auch die Produktions- und Betriebsverhältnisse, Zahl der Betriebe, Betriebseinrichtungen, Anbauflächen usw. einbezogen.

Vom Mai 1908 an wurden die Einnahmen aus der Reichstempelabgabe für Wertpapiere monatlich veröffentlicht. Maßgebend hierfür waren volkswirtschaftliche Gesichtspunkte (Bewegungen auf dem inländischen Geldmarkt, Umfang der Kapitalanlagen, vor allem auch in ausländischen Wertpapieren).

Mit dem Erbschaftssteuergesetz von 1906 wurde die erste direkte Reichssteuer eingeführt. Um die finanziellen Wirkungen dieses Gesetzes in seinen Einzelvorschriften übersehen zu können und eine brauchbare Grundlage für etwaige Gesetzesänderungen zu gewinnen, wurde eine Erbschaftsteuerstatistik beschlossen, die sich in ihrer Gliederung eng an die Gesetzesvorschriften hielt.

Das Jahr 1913 brachte den einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrag, der vom Vermögen und den höheren Einkommen zu entrichten war. Die Veranlagung wurde statistisch aufbereitet mit dem Ziel, Grundlagen für eine Vermögens- und Einkommensteuerstatistik für das Reich zu gewinnen.

21. Preise

Die Großhandelspreise wurden seit dem Januar 1879 auf Grund besonderer Vereinbarungen zwischen dem Statistischen Amt und den geeigneten Handelskörperschaften monatlich eingesandt und veröffentlicht.

Einbezogen waren wichtige Nahrungs- und Genussmittel (22 Reihen), einige industrielle Rohstoffe und Halbfabrikate (16 Reihen, davon 9 Textilien, 5 Metalle, Häute und Felle sowie Kautschuk), ferner Steinkohlen und Petroleum. Bei der Auswahl dieser 40 Reihen war entscheidend, ob regelmäßige und fortlaufende Notierungen zu erhalten waren. Die Getreidepreise wurden im Rahmen einer »Fruchtmarktstatistik« besonders intensiv beobachtet. Hierfür erfolgten von Märkten außerhalb des Großverkehrs der Produktenbörsen tägliche telegraphische Meldungen, die auch täglich im Reichsanzeiger veröffentlicht wurden.

Die Statistik der Einzelhandelspreise begann mit der Sammlung von Lebensmittelpreisen, die aus landes- und gemeindestatistischen Veröffentlichungen entnommen wurden und die teilweise bis auf das Jahr 1816 zurückreichen. Seit 1883 wurden die Preisangaben für Lebensmittel, die von 34 Gemeinden gemeldet wurden, erst jährlich, ab 1892 auch monatlich zusammengestellt.

Das Kaiserliche Statistische Amt beschränkte sich in der Preisstatistik dieser Periode bis zum ersten Weltkrieg auf den Nachweis der Preise einzelner ausgewählter Waren. Zusammenfassungen oder Preisindexberechnungen gab es für das Reich noch nicht.

22. Löhne und Gehälter

Die Lohnstatistik begann mit dem Bemühen, das bei anderen Stellen anfallende Material zu sammeln und zu veröffentlichen. So wurden seit 1892 die »ortsüblichen Tagelöhne gewöhnlicher Tagearbeiter«, die auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes festgestellt werden mußten, an Hand der Amtsblätter und ab 1903 die Verdienste und Arbeitszeiten im Bergbau nach den Berichten der oberen Bergbehörden zusammengestellt. Einer Initiative des Statistischen Amtes gelang es, zumindest sechs Städtestatistische Ämter zur Lieferung einer Lohnklassenstatistik nach den Aufzeichnungen der Ortskrankenkassen zu bewegen. Außerdem enthalten die im Abschnitt 18. Arbeiterstatistik erwähnten Enquêtes sporadisches lohnstatistisches Material. In der ersten Hälfte der hier untersuchten 100 Jahre gab es also noch keinen allgemeinen statistischen Überblick über die Lohnkosten bzw. die Lohnneinkommen. Als erster Versuch hierzu könnte die einmalige Erhebung über die Lohnverhältnisse in den Kriegsjahren 1914, 1915 und 1916 angesehen werden, bei der eine breite fachliche Streuung und eine freiwillige Beantwortung der Fragebogen angestrebt wurde. Es kamen aber nur 377 brauchbare Fragebogen wieder herein.

23. Wirtschaftsrechnungen und Versorgung

Das Kaiserliche Statistische Amt hat auf der Tagung des Verbandes Deutscher Städtestatistiker im Jahre 1906 einen Beschluß über gemeinsame Erhebungen von Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien (bis 3000 Mark Jahreseinkommen) erreichen können. Die vom Statistischen Amt gelieferten Haushaltsbücher wurden im Jahre 1907 von 852 Haushalten geführt.

Mehr als Kuriosum sei erwähnt, daß nach der Veröffentlichung der Ergebnisse für die minderbemittelten Familien zwei höhere Beamte dem Statistischen Amt

ihre seit 12 bzw. 15 Jahren geführten Haushaltsbücher spontan zur Verfügung stellten. Auch diese Ergebnisse wurden veröffentlicht. Die Erhebungen sollten ab 1915 laufend durchgeführt werden. Diese Pläne wurden jedoch durch den Ausbruch des Krieges vereitelt.

Versorgungsberechnungen auf Grund der Produktion und des Außenhandels oder der Besteuerung wichtiger Waren — vor allem Lebens- und Genußmittel — wurden seit 1880 in den Statistischen Jahrbüchern veröffentlicht.

24. Auslandsstatistik

Die Sammlung und Auswertung der Statistiken des Auslandes wurde frühzeitig begonnen, insbesondere im Hinblick auf die Außenhandelsbeziehungen der Handelsvertragspartner. Seit dem Jahre 1903, in dem das Internationale Statistische Institut in Berlin tagte, wurde dem Statistischen Jahrbuch ein Internationaler Teil angefügt. Er begann mit 31 Seiten und erreichte vor dem Kriege einen Umfang von rd. 100 Seiten.

25. Internationale Zusammenarbeit

Der Hinweis, daß viele Statistiken erst Leben und zusätzliche Aussagekraft gewinnen, wenn sie mit den Ergebnissen anderer Länder verglichen werden können, findet sich schon in den Berichten der oft zitierten »Kommission«. Mit dem Ziele, die statistischen Methoden zu vereinheitlichen, fanden schon seit 1851 Internationale Statistische Kongresse statt. Es gelang jedoch nicht, ihre Beschlüsse für die Regierungen verbindlich zu machen. Im Jahre 1885 wurde das »Internationale Statistische Institut« gegründet, zu dessen Gründungsmitgliedern auch eine Reihe deutscher Statistiker gehörten. Das »Institut« trägt den Charakter einer Akademie, die ihre Mitglieder wählt. Es war anfangs eine Vereinigung »amtlicher Statistiker«, denen es um einheitliche Verfahren bei den Regierungsstatistiken ging. Die erste und bisher einzige Institutstagung auf deutschem Boden fand im Jahre 1903 im Reichstagsgebäude in Berlin statt.

Außer den Diskussionen über die Methoden strebte das Institut die Sammlung und Veröffentlichung statistischer Ergebnisse an. Im internationalen Vergleich steht die Außenhandelsstatistik, bei der ja die gleichen Güterströme von zwei verschiedenen Ländern erfaßt werden, stets im Vordergrund des Interesses. Es kam 1913 so zur Brüsseler Konvention über die Außenhandelsstatistik mit der Gründung einer besonderen Stelle im Haag, dem Sitz des ständigen Bureaus des Internationalen Statistischen Instituts. Von ihr wurden die von den einzelnen Ländern gelieferten Außenhandelsstatistiken nach dem »Internationalen Warenverzeichnis« veröffentlicht. Dieses Verzeichnis enthielt den Versuch einer Gruppierung der Waren nach dem Verarbeitungsgrad. Entsprechende Ergebnisse finden sich in den deutschen Statistischen Jahrbüchern der Jahrgänge 1913 bis 1936. Als weitere internationale Organisation mit deutscher Beteiligung wurde das Internationale Landwirtschaftsinstitut in Rom gegründet (1905) — der Vorläufer der heutigen FAO. Auch hier spielte die Vereinheitlichung der Statistiken eine große Rolle.

26. Statistik und Forschung

Die wissenschaftliche Analyse und Behandlung des statistischen Materials ist bereits von der »Kommission« als ein wesentlicher und unerläßlicher Teil der Aufgaben des Statistischen Amtes angesehen worden. Das Amt hat diese Aufgabe offenbar sehr gern übernommen. Jede »deskriptive Statistik« — um einen heute gängigen und manchmal etwas von oben herab gebrauchten Ausdruck zu verwenden — ist ihrem Wesen nach »analytisch«. Die Auswahl der nachzuweisenden Sachverhalte und ihrer Merkmale, ihre Definition und ihre Klassifikation, also die Frage »was« statistisch gemessen werden soll, kann immer nur von den Substanzwissenschaften her beantwortet werden, also von der Bevölkerungswissenschaft, der Soziologie, den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften usw. Auch die statistischen Anforderungen der Regierung oder der Politiker gehen letzten Endes auf solche substanzwissenschaftlichen Überlegungen zurück. Erst wenn es gilt, zu entscheiden »wie« statistisch gemessen werden soll, kann der Statistiker allein über die formalen Methoden des Messens und Zählens entscheiden.

Bei den auf die Vorbereitung, Erfassung oder Kontrolle von Verwaltungsvorgängen ausgerichteten Statistiken sind die zu bearbeitenden Sachverhalte in ihren Definitionen und Gruppierungen oft bereits durch die gesetzlichen Bestimmungen vorgegeben, und die Auswertung der Ergebnisse für die speziellen Verwaltungszwecke wird in den entsprechenden Regierungsstellen vorgenommen. Das Amt hat sich aber stets bemüht, auch diese Statistiken für eine breitere wissenschaftliche Auswertung verwendbar zu machen. Als Beispiel seien nur die Statistiken der natürlichen Bevölkerungsbewegung genannt (Sterbefafeln).

Mit der Gründung der Abteilung für Arbeiterstatistik (1902) sind dem Kaiserlichen Statistischen Amt enquêterartige Aufgaben zugewiesen worden und damit ein starker Einfluß auf die statistische Erfassung und Darstellung der Verhältnisse der gewerblichen Arbeiter.

Das Hauptgebiet freier wissenschaftlicher Forschung bildeten jedoch die damaligen »Großzählungen«, also die Volks-, Berufs- und Gewerbezahlungen, deren Ergebnisse außerordentlich sorgfältig und umfassend dargestellt wurden. So lagen Ende 1899 18 Bände mit den Ergebnissen der Berufs- und Gewerbezahlung von Juni 1895 vor. Um zu zeigen, welcher Beachtung sich die Statistik damals erfreuen konnte, sei folgendes zitiert: »Zu diesem Werke haben seine Majestät der Kaiser, unter Übermittlung des Ausdrucks der vollsten Anerkennung für die hervorragende Leistung zu äußern geruht, daß es sich, wie auch im Reichstag angeregt, empfehlen würde, die wichtigsten Resultate der Arbeit in einer kürzeren, gemeinverständlichen Form zusammenzufassen und zu veröffentlichen, um sie so der Allgemeinheit in weiterem Umfange nutzbar zu machen, als dies bei der jetzt vorliegenden umfangreichen Publikation möglich sei«¹²⁾. Daraufhin verfaßte der damalige Direktor des Amtes Hans von Scheel, der sich große Verdienste um eine weitblickende wissenschaftliche Auswertung aller Statistiken erworben hat, die Schrift: »Die Deutsche Volkswirtschaft am Schlusse des 19. Jahrhunderts«.

¹²⁾ Zitiert aus dem Nachruf für den 1902 verstorbenen Hans von Scheel.

C. Zusammenfassung und Verschiebungen im Schwergewicht des statistischen Programms

Die Hintergründe wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und rechtlicher Art, die von der Reichsgründung bis zum Ende des ersten Weltkrieges das Arbeitsprogramm des Kaiserlichen Statistischen Amtes bestimmten, sind schon einleitend im Abschnitt A. Allgemeine Entwicklungstendenzen dargelegt worden.

Um zusammenfassend zu zeigen, wie sich das Programm ausgedehnt und die Schwergewichte im Laufe der Zeit verschoben haben, ist hier der den einzelnen Sachgebieten in den Statistischen Jahrbüchern eingeräumte Platz als Maßstab genommen worden. Hierfür muß die vielleicht etwas kühne Annahme gemacht werden, daß die jeweiligen Bearbeiter der Jahrbücher stets darauf geachtet haben, alle Sachgebiete durch etwa gleichgewichtige Angaben zu repräsentieren. Dies scheint allerdings für die Ergebnisse der Großzählungen nicht zuzutreffen. Diese erschienen in umfangreichen Bänden der Statistik des Deutschen Reiches und nur sehr sporadisch in den Jahrbüchern. Trotz aller Mängel erlaubt ein Vergleich auf dieser Basis einige interessante Feststellungen. Um die Übersicht zu erleichtern, sind die Jahre von 1880 bis 1914 zu fünfjährigen Gruppen zusammengefaßt, die Kriegsjahre 1915 bis 1918, in denen zwar regelmäßig, aber inhalt-

lich sehr geschrumpfte Jahrbücher erschienen, sind außer Betracht gelassen worden.

Das Schwergewicht lag während des ganzen Zeitraums bei der Außenhandels- und der Verkehrsstatistik, auch wenn deren Anteil von rd. 40% im Jahrfünft 1880 bis 1984 auf knapp 35% im Zeitraum 1910/14 zurückging. Auch die inhaltlich noch nicht sehr breit gefächerte Finanz- und Steuerstatistik nimmt in den Veröffentlichungen anfangs einen wesentlich größeren Raum ein; der Anteil ist von 16% auf 5% gesunken. Es zeigt sich ferner, welche Sachgebiete in dieser Periode erst sehr spät oder noch gar nicht aufgenommen werden konnten. Hierzu gehören z. B. die Bildungsstatistik (ab 1903), die Sozialversicherung (ab 1887) und Löhne und Gehälter (ab 1910), während Bautätigkeit und Wohnungen, der Groß- und Einzelhandel und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen überhaupt nicht erscheinen.

Zusammenfassend läßt sich ferner sagen, daß die Bevölkerungsstatistik relativ gut ausgebaut war. Für die allgemeine Beobachtung der wirtschaftlichen Verhältnisse mußte man sich hauptsächlich auf die in großen zeitlichen Abständen erfolgenden »Struktur-Erhebungen«, also die Berufszählungen, die landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebszählungen stützen. Reihen für eine kontinuierliche Beobachtung — wenn auch teilweise noch recht mageren Inhalts — gab es vornehmlich in der Landwirtschaft, im Außenhandel und Verkehr, im Geld- und Kreditwesen, bei den Finanzen und Steuern und bei den Preisen.

Die Zeit der Weimarer Republik (1919 bis 1932)

A. Allgemeine Entwicklungstendenzen

Es wurde eingangs gesagt, daß die Staatsaufgaben weitgehend die Aufgaben der amtlichen Statistik bestimmen. Die Weimarer Republik hatte im Osten große Gebietsverluste hinzunehmen, die einen Zustrom des für Deutschland optierenden Bevölkerungsteils zur Folge hatten. Dazu kamen die Kriegsverluste an Menschenleben und der große Geburtenausfall während des ersten Weltkrieges. All dies führte zu erheblichen Wandlungen in der Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur. In den Rückwirkungen auf die Statistik kamen dadurch bevölkerungspolitische und familienpolitische Gesichtspunkte zum ersten Male zum Durchbruch.

Erwähnt sei auch, daß die Neuorganisation des Regierungsaufbaus zu Beginn des hier untersuchten Zeitabschnitts nicht ohne Rückwirkung auf das Arbeitsprogramm des Statistischen Reichsamtes blieb. Neben dem Reichswirtschaftsministerium, das die vorgesetzte Behörde des Reichsamtes wurde, entstanden das Reichsernährungsministerium, das Reichsarbeitsministerium und die Reichsarbeitsverwaltung, auf die ein erheblicher Teil der Aufgaben der »Abteilung für Arbeiterstatistik« überging.

Sieht man von den Nachwehen der Kriegswirtschaft ab, so gilt auch für den Zeitabschnitt der Weimarer Republik im großen und ganzen eine liberale Wirtschaftsordnung bis zu den durch die Weltwirtschaftskrise erzwungenen Beschränkungen. Die liberale Ordnung wurde allerdings stark durch das ökonomisch kaum lösbare Problem der Reparationsverpflichtungen des Versailler Vertrages belastet. Diese führten, vor allem im Zusammenhang mit der Ruhrbesetzung und dem dort geleisteten passiven Widerstand, von einer ständigen Geldentwertung zur galoppierenden Inflation des Jahres 1923, die erst Ende 1923 mit der Einführung der Rentenmark ein Ende fand. In dieser Zeit bestand ein dringendes Interesse an der sich überstürzenden Preisentwicklung; die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten wurde schließlich wöchentlich zweimal berechnet.

Die Teuerung hatte ihre Rückwirkung auf die Löhne, was zur Einführung einer monatlichen Tariflohnstatistik führte. Auch die Geld- und Kreditstatistiken besaßen im Hinblick auf den Geldumlauf und die Situation auf den Kreditmärkten eine große Aktualität. Die Versuche, das Reparationsproblem durch den Dawesplan (1924) und den Youngplan (1929) zu lösen, verlangten Statistiken über die Leistungskraft der deutschen Volkswirtschaft. Zusammenfassende Statistiken dieser Art waren damals noch nicht vorhanden. Eine der ersten Aufgaben, an denen der 1923 in das Statistische Reichsamt eingetretene Verfasser mitzuarbeiten hatte, war die Zusammenstellung von Unterlagen für die Dawesplan-Verhandlungen. Da es keine Sozialprodukts- oder Volkseinkommensberechnungen gab, konnten nur, so gut es ging, einschlägige »Indikatoren« zusammengestellt werden. Die Reparationsfrage war aber die Triebfeder, die die Berechnung

des Volkseinkommens und der Zahlungsbilanz in Gang setzte. Da Reparationsleistungen nur aus Zahlungsbilanzüberschüssen ökonomisch möglich waren und die Handelsbilanz den wichtigsten Posten der Zahlungsbilanz bildete, gewann die Genauigkeit der Außenhandelsstatistik ein großes Gewicht.

Die enormen finanziellen Ansprüche an das Reich waren mit ein Grund für die Steuerreform Erzbergers, durch die es zu einheitlichen Reichssteuern und einer Verteilung der Finanzmasse im Wege des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden kam. Hieraus ergab sich eine erhebliche Erweiterung der Finanz- und Steuerstatistik im Reichsamt.

Mit den Fortschritten der nationalökonomischen Theorie in der Welt, vor allem in den angelsächsischen Ländern, wuchs überall das Interesse an der laufenden Beobachtung des Wirtschaftsablaufs. Der Träger dieses Gedankens in Deutschland war Ernst Wagemann, der Präsident des Statistischen Reichsamtes während des größten Teils der Weimarer Zeit sowie Gründer und Leiter des Deutschen Instituts für Konjunkturforschung (1924). Sein Hauptinteresse galt — neben Fragen des Geldwesens — der Erforschung der Wellenbewegungen im Wirtschaftsablauf, woraus sich Impulse für alle laufenden Statistiken ergaben, die als »Konjunkturbarometer« verwendbar waren.

Im Frühjahr 1924 — also kurz nach dem Amtsantritt Wagemanns — wurde ein besonderes Referat zur Konjunkturbeobachtung eingerichtet mit der Aufgabe, alle für die Darstellung des Wirtschaftsablaufs wichtigen Wirtschaftsvorgänge zahlenmäßig zu verfolgen und das laufend gesammelte Material für eine Analyse des Konjunkturverlaufs auszuwerten. Die Unterlagen für diese Arbeiten (Bewegungen auf den Geld-, Effekten- und Warenmärkten, Studium der Preisrelationen, aber auch Produktion, Verteilung und Verbrauch) flossen aus den verschiedenen Arbeitsgebieten des Reichsamtes hier zusammen, und im Laufe der Zeit wurde ein regelmäßiges Berichterstattungssystem ausgebaut. Das gleiche gilt für die ebenfalls eingeführte regionale Marktstatistik.

Dem Studium der Verhältnisse im Ausland wurde große Bedeutung beigemessen. Neben einer Ausländischen Länderstatistik wurde eine Internationale Handels- und Marktstatistik eingerichtet, und ein Wirtschaftsstatistisches Archiv sammelte in Form einer Wirtschaftskartei alle bedeutenden Vorgänge des wirtschaftlichen und sozialen Lebens des In- und Auslandes seit Anfang des 19. Jahrhunderts.

B. Die Entwicklung auf den einzelnen Sachgebieten

Da die Reichsgesetze und Bundesratsanordnungen aus der kaiserlichen Zeit weiterhin gültig waren, wurde das vor dem Kriege erreichte Programm fortgesetzt. Die Währungsreform 1923/24 war aber mit sehr einschneidenden Abbaumaßnahmen und Einstellungssperren im öffentlichen Dienst verbunden, von denen auch die Statistik nicht verschont blieb. Es kam so im

Juni 1924 zu einer generellen Überprüfung des Programms im Hinblick auf Einsparungsmöglichkeiten. Sie wurden weniger in einer Kürzung des sachlichen Programms als in einer Zurückstellung von Erweiterungsplänen, in der Verlängerung von Periodizitäten, vor allem aber in einer organisatorischen Konzentration der statistischen Arbeiten beim Statistischen Reichsamt und einer Auflösung der statistischen »Kröpfe« bei anderen Dienststellen gefunden.

1. Volkszählungen

Wenn man von der Volkszählung 1919 absieht, die allzu nahe am Kriegsende mit seinen noch nicht wieder konsolidierten Verhältnissen lag und deshalb — abgesehen für Zwecke der Lebensmittelbewirtschaftung — wenig verwendbar war, hat es im ganzen Zeitraum nur eine Volkszählung (am 16. Juni 1925) gegeben. Neben der ortsanwesenden Bevölkerung wurde die Wohnbevölkerung festgestellt und dem Tabellenwerk zugrunde gelegt. Die Standardfragen der Volkszählung 1910 (Stellung im Haushalt, Geschlecht, Familienstand, Geburtsdatum, Religionszugehörigkeit, Staatsangehörigkeit) wurden wieder aufgenommen. Neu hinzu kam die bereits 1900 einmal gestellte Frage nach der Muttersprache. Die damaligen Ergebnisse, vor allem ihre auf Durchschnittswerten für Verwaltungsbezirke beruhende kartographische Darstellung, waren eine der wesentlichsten Unterlagen für die Abgrenzung der abzutretenden Gebiete. Im Jahre 1925 wurde die Muttersprache vor allem im Hinblick auf den Schutz sprachlicher Minderheiten im verbliebenen Reichsgebiet erhoben. Bei der kartographischen Darstellung gab man sich große Mühe, die tatsächlichen Verhältnisse: deutsche Bevölkerung in den Städten, polnische Bevölkerung auf den Dörfern richtiger darzustellen. Mit Hilfe der Frage nach dem letzten Wohnsitz vor dem Kriege wurden die durch die Kriegsverhältnisse und Gebietsabtretungen hervorgerufenen Wanderungen nachgewiesen.

Die Kriegsverluste, der Geburtenausfall im Kriege und der Geburtenrückgang nach dem Kriege, die auf eine Periode ständig wachsender Geburtenüberschüsse folgten, rückten bevölkerungspolitische Überlegungen in das Blickfeld, die zu den ersten Vorberechnungen der Bevölkerung auf Grund neuer Sterbetafeln führten.

Auf Grund des bei der Volkszählung gewonnenen Materials wurden auch zum ersten Male die Haushalte und Familien unter eingehender Berücksichtigung der beruflichen und sozialen Stellung der Familienvorstände dargestellt. Dem durch die Wohnungsnot bedingten Zusammenleben mehrerer Familien in einem Haushalt und den kinderreichen Familien wurde besondere Beachtung geschenkt. Das Material erlaubte nur die Verwendung eines eingeschränkten Familienbegriffs, der nur die zusammen im Haushalt lebenden Familienmitglieder erfaßte, die nicht oder nicht mehr im Haushalt lebenden Kinder der (biologischen) Familie aber außer Betracht lassen mußte.

2. Bewegung der Bevölkerung

An der Statistik der Geburten und Sterbefälle wurde — abgesehen von der organisatorischen Rückführung dieser Statistiken einschließlich der Todesur-

sachenstatistik vom Reichsgesundheitsamt in das Statistische Reichsamt — wenig geändert. Die Kriegsfolgen verlangten eine Ergänzung der Sterbefälle durch eine Statistik der Todeserklärungen.

Die Statistik der Wanderungen blieb, wenn man von den Volkszählungsergebnissen über den Wohnsitz vor dem Kriege absieht, auf die überseeische Aus- und Einwanderung beschränkt, die man methodisch besser zu erfassen suchte.

3. Gesundheitswesen

Die mit der Statistik der Sterbefälle verbundene Todesursachenstatistik wurde fortgeführt. Die Statistik der Krankenanstalten wurde sachlich eingeschränkt und ab 1925 wieder vom Reichsgesundheitsamt auf das Statistische Reichsamt übergeleitet. Das früher nur für einzelne ausgewählte Jahre festgestellte Heil- und Pflegepersonal wurde seit 1927 jährlich nachgewiesen.

Neu war eine im Jahre 1925/26 durchgeführte, recht umfangreiche Gebrechlichenzählung, für die die Fürsorgeanstalten und Fürsorgepersonen die Erhebungsbogen ausfüllten.

Auch die Statistik der Leibesübungen wurde auf Grund von Meldungen der Verbände ab 1923 aufgenommen.

4. Unterrichtswesen

Die durch den Krieg unterbrochenen Erhebungen über die Volksschulen, Mittelschulen und höheren Schulen wurden unter Einbeziehung der Fortbildungsschulen und beruflichen Fachschulen als »Reichsschulstatistik« wieder aufgenommen. Die Erhebungen erfolgten in fünfjährigen Abständen für die Jahre 1921, 1926 und 1931.

Die ursprünglich an Hand der Personalverzeichnisse aufgestellte Hochschulstatistik wurde auf Individualzählkarten für jeden immatrikulierten Studenten umgestellt und damit sachlich wesentlich erweitert, vor allem durch Fragen über die soziale Herkunft der Studenten, ihre Vorbildung, Berufsziele usw.

5. Rechtspflege

Die Kriminalstatistik, also die Statistik der rechtskräftig abgeurteilten Personen, wurde schon während des Krieges stark eingeschränkt. Ab 1924 wurde eine vereinfachte Zählkarte eingeführt, die allerdings die auf Grund des Jugendgerichtsgesetzes von 1923 neu erforderlich gewordenen Fragen zusätzlich aufnahm.

6. Reichsheer und Reichsmarine

Die im Kriege eingestellten Nachweisungen über das Heeresergänzungsgeschäft und die Schulbildung der Rekruten wurden zur Zeit der Reichswehr als Berufsheer nicht wieder aufgenommen. Zahlen über die Haushaltsstärke und die Kriegsschiffe wurden seit 1921 wieder veröffentlicht.

7. Wahlen und Abstimmungen

Die Wahlstatistik wurde umfangreicher, da zu den Reichstagswahlen die Reichspräsidentenwahlen von 1925 und 1932 hinzukamen sowie verschiedene

Präsidenten des Statistischen Reichsamtes



Ernst Delbrück
1912—1924



Ernst Wagemann
1924—1933



Haus Kurfürstendamm 193/194, Berlin
Dienstgebäude des Statistischen Reichsamtes von 1925 bis 1935

Volksbegehren und Volksentscheide. In diesem Zeitabschnitt wurde der Präsident des Statistischen Reichsamtes als Reichswahlleiter eingesetzt, der für die amtliche Feststellung der Wahlergebnisse verantwortlich war, eine Funktion, die früher beim Reichsamt des Innern lag.

8. Erwerbstätigkeit (Berufszählung)

Die Berufszählung des Jahres 1925 war mit einer Volkszählung und einer landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebszählung sachlich und organisatorisch verbunden, so daß man damals gern von der »Inventuraufnahme der deutschen Volkswirtschaft nach dem Kriege« sprach. Der wichtigste methodische Fortschritt lag darin, daß man von der Gleichsetzung Beruf = Erwerbszweig abging, die in einer sehr viel stärker industrialisierten Wirtschaft nicht mehr zutrifft. An die Stelle der bisherigen Berufsverzeichnisse traten sachlich zwei Systematiken: eine Systematik der Wirtschaftszweige (mit 166 Positionen) und eine Berufsordnung ausgewählter, meist gelernter, Berufe (mit 193 Positionen).

Auf Grund der zum ersten Mal gestellten Frage nach der Art des Betriebes oder des Unternehmens (unter Angabe des Namens der Firma und deren Anschrift), in dem der Erwerbstätige arbeitete, wurde er zunächst einem Wirtschaftszweig zugeordnet. Innerhalb jedes Wirtschaftszweiges blieb es bei einer auch früher üblichen Aufgliederung nach der Stellung im Beruf, die 1925 die folgenden Positionen unterschied:

- a) Selbständige
 - a1) Eigentümer, Inhaber, Handwerksmeister, Unternehmer
 - a2) Pächter
 - a3) Administratoren, Direktoren, Geschäftsführer, leitende Beamte
 - afr. Hausgewerbetreibende
- b) Angestellte und Beamte
 - b1) Technische Angestellte und Beamte, Fachpersonal
 - b2) Werkmeister und Aufsichtspersonal
 - b3) Kaufmännische Angestellte und Verwaltungsbeamte, Büropersonal
- c) Arbeiter
 - c1) Arbeiter in den für den Wirtschaftszweig charakteristischen Berufen
 - c2) Betriebshandwerker und wichtige Hilfsberufe
 - c3) Alle übrigen Arbeiter
 - m Mithelfende Familienangehörige
 - mfr. Mithelfende von Hausgewerbetreibenden, Hausangestellte

Im Vergleich zu den in den Jahren 1895 und 1907 verwendeten Gliederungen (siehe oben) ergaben sich einige wichtige Verbesserungen. Die Gruppe der »Selbständigen« ist in einer Weise aufgeteilt worden, welche es erlaubt, die eine Unternehmerfunktion ausübenden Geschäftsführer usw. (a₃), die rechtlich einen Anstellungsvertrag besitzen, je nach Bedarf auch der Gruppe der »Arbeitnehmer« (b + c) hinzuzurechnen. Dem gleichen Zwecke dient der gesonderte Nachweis der Hausgewerbetreibenden (afr.). Die »Mithelfenden Familienangehörigen« (m) können als besondere Gruppe, je nach dem Untersuchungsziel auch den Selbständigen oder den Arbeit-

nehmern zugeordnet werden. Die Arbeiter der früheren Gruppe c₂ »Gesellen etc. und Arbeiter, für die in der Regel eine Vorbildung erforderlich ist ... « wurden unter dem Gesichtspunkt aufgeteilt, ob sie einem für den Wirtschaftszweig charakteristischen oder einem anderen (ausgewählten) Beruf angehören.

Im Prinzip sah man die sich aus der Kombination von Wirtschaftszweig und Stellung im Beruf ergebenden Gruppen als eine ausreichende Beschreibung der Berufs- und Erwerbstätigkeit an, also z. B. Selbständige in der Landwirtschaft, Inhaber eines Betriebes der Papiererzeugung, Geschäftsführer eines Tabakwaren-Geschäftes usw., oder technische Angestellte im Maschinenbau, der Chemischen Industrie und vor allem auch die Masse der ungelerten und angelernten Arbeiter in den einzelnen Wirtschaftszweigen. Eine Ausnahme bildeten vor allem die Positionen c₁ und c₂ der gelernten Arbeiter. Hier wurden innerhalb der Wirtschaftszweige alle in der Berufsordnung aufgeführten Berufe besonders ausgezählt. Auf diese Weise war es möglich, zu zeigen, wie sich die Arbeiterschaft eines Wirtschaftszweiges berufsmäßig zusammensetzte und ferner, wie sich die gelernten Berufe auf die einzelnen Wirtschaftszweige verteilten. Für die Fragen der Berufsausbildung und der Berufsaussichten war das so gewonnene Bild wesentlich aufschlußreicher als die bis 1907 übliche Zuweisung aller Schlosser zur Schlosserei, aller Tischler zur Tischlerei usw.

Der Übergang von einer rein beruflichen Gliederung auf eine betriebliche Gliederung der Erwerbstätigen nach Wirtschaftszweigen entsprach auch den Entwicklungstendenzen in den Organisationen der Wirtschaft. Während sich die Unternehmer stets »branchenmäßig« zusammengeschlossen hatten, waren die Arbeitervereine und Gewerkschaften zunächst beruflich organisiert. Das führte, wie zum Teil heute noch in Großbritannien oder den USA, dazu, daß innerhalb des gleichen Unternehmens verschiedene Tarifverträge gelten. In Deutschland war der Verband der Maschinenisten und Heizer lange Zeit ein Beispiel für eine Berufsgruppe, die in vielen Wirtschaftszweigen tätig war. Die Tarifverträge regelten dann aber in zunehmendem Maße die Arbeitsverhältnisse aller in einem Wirtschaftszweig beschäftigten Personen, eine Regelung, die uns heute selbstverständlich erscheint. Die Berufszählung von 1925 hat also zum ersten Male einen methodisch sauberen Überblick über die Verteilung der Erwerbstätigen und auch ihrer nicht berufstätigen Angehörigen auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche gebracht. Da die Zuteilung nach dem »Hauptberuf« angesichts der zahlreichen Fälle von nebenberuflicher Tätigkeit vor allem in der Landwirtschaft nicht voll befriedigen konnte, wurde auf ergänzende Nachweise über die »Nebenberufe« großer Wert gelegt.

Der Nachweis der Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur gegenüber der Zeit vor dem ersten Weltkriege mußte sich infolge der einschneidenden Veränderungen in der systematischen Zuordnung auf die großen Wirtschaftsbereiche beschränken. Jeder Schritt vorwärts zu einer den Zeitverhältnissen besser angepaßten Systematik muß nun einmal mit Verzicht auf den rückwärtigen Zeitvergleich bezahlt werden. Für detailliertere Untersuchungen standen außerdem die zeitlich besser vergleichbaren Ergebnisse der gewerblichen Betriebszählungen zur Verfügung.

Auf der Basis der Vorausberechnung der Bevölkerung (siehe oben) und der Berufszählungsergebnisse wurde zum ersten Mal die voraussichtliche Zahl und Altersgliederung der Erwerbstätigen, nach Geschlechtern getrennt, für die Jahre 1925 bis 1940 berechnet.

Einen laufenden Überblick über die Beschäftigung in der gesamten Wirtschaft gab es auch in dem hier untersuchten Zeitabschnitt noch nicht. Man mußte sich weiterhin mit der Statistik der Mitgliederbewegung und des Beschäftigungsgrades nach der Krankenkassenstatistik behelfen und mit den nicht mehr zum Arbeitsgebiet des Reichsamtes gehörenden Statistiken des Arbeitsmarktes (Arbeitseinsatz, Arbeitslosigkeit usw.).

9. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Die der Beobachtung und Schätzung der landwirtschaftlichen Produktion dienenden Statistiken hatten im großen und ganzen schon vor dem ersten Weltkrieg ihre Form gefunden, auch wenn in dem jetzt diskutierten Zeitabschnitt vieles verbessert wurde.

Bei der Bodenbenutzung hatte man sich seit 1913 mit der Erfassung der Veränderungen beholfen. Nachdem die Betriebszählung von 1925 Angaben über die Bodennutzung gebracht hatte, wurde 1927 wieder eine genaue Bodenbenutzungserhebung unter Vorgabe der katastermäßigen Vermessungsergebnisse für jeden Erhebungsbezirk vorgenommen. Die Erhebungen der Anbauflächen, des Saatenstandes und die Ernteermittlungen mit Hilfe der Saatenstandsberichtersteller wurden laufend fortgesetzt, ebenso die Sonderstatistiken über den Hopfen- und Tabakanbau. Neu eingeführt wurden ab 1923 eine Statistik des Handelsdüngerverbrauchs und ab 1932 die Statistik der Getreidevorräte in Mühlen und Lagerhäusern. Die Nachweise über die Weinmosterte werden durch Berichte über den Rebstand ergänzt. Eine Obstbaumzählung (letzte 1913) wurde in diesem Zeitabschnitt nicht wiederholt, aber ab 1932 eine Obstertragsstatistik in den Hauptobstbaugebieten eingeführt.

Bei den allgemeinen Viehzählungen ging man, nachdem zwischen dem 1. Oktober 1915 und dem 1. September 1920 14 kriegswirtschaftliche Zählungen stattgefunden hatten, wieder auf die jährlichen Dezemberzählungen über. Seit 1931 wurde außerdem im Juni und September der Bestand an Weidefettvieh erhoben. Die Schweinezwischenzählungen wurden im Juni 1928 und 1929 wieder aufgenommen und in verfeinerter Form ab September 1929 vierteljährlich durchgeführt. Ihr erklärtes Ziel war eine bessere Erforschung der Marktverhältnisse und eine zweckmäßige Marktgestaltung. Es sei daran erinnert, daß in dieser Zeit im Institut für Konjunkturforschung die erste Arbeit über den »Schweinezyklus« erschien. Auch die Statistik der Schlachtgewichte, also des Fleischanfalls, wurde auf eine vierteljährliche Periodizität umgestellt.

Die Statistik der Milchproduktion begann 1929 mit Schätzungen durch besondere Kommissionen und ab 1930 mit einer monatlichen Berichterstattung der Molkereibetriebe.

Erwähnt seien auch einige kleinere neue Zählungen, so die Hundezählung (1928), die Edelpelztierzählung (1931) und eine Erhebung über die Pferderassen (1932). An der ab März 1920 wieder monatlichen Seefischerei- und Bodenseefischereistatistik wurde methodisch nichts geändert. Für die Forsten und Holzungen brachten die Betriebszählung 1925 und die Bodenbenutzungserhebung neues Material.

Als eine der Folgen des Krieges und des Zustroms von Landwirten aus den abgetretenen Gebieten wurde 1919 das Reichssiedlungsgesetz erlassen. Die Meldungen über die auf Grund dieses Gesetzes getroffenen Maßnahmen lagen statistisch unbearbeitet bei dem Reichsarbeitsministerium unterstehenden Forschungsinstitut für Siedlungswesen. Der Initiative der Statistiker gelang es, mit Hilfe des Reichssparkommissars das Material zu übernehmen und ab 1925 die Reichssiedlungsstatistik aufzubauen, wobei die Jahre ab 1919 nachträglich bearbeitet wurden. Auch hier handelt es sich um eine Statistik von Verwaltungsmaßnahmen auf Grund eines Reichsgesetzes, bei der Landeskulturämter, Siedlungsämter usw. ihre Meldungen unmittelbar dem Statistischen Reichsamte zur zentralen Aufbereitung zuleiteten.

Die landwirtschaftliche Betriebszählung von 1925 — die einzige im Zeitabschnitt 1919 bis 1932 — war ein Teil des großen Zählungswerkes der Volks-, Berufs- und Betriebszählung 1925. Die Methode, die Flächenbewirtschaftung über die Haushaltsliste zu erfragen und Kleinstbetriebe damit abzudecken, wurde beibehalten. Der Land- und Forstwirtschaftsbogen wuchs von zwei Seiten im Jahre 1907 auf den doppelten Umfang an. Es blieben die Fragen nach den Flächen und dem Besitzverhältnis, Bodenbenutzung, Personal, Maschinenverwendung, Viehstand und landwirtschaftliche Nebengewerbe, wobei die Bodenbenutzung und die Maschinenverwendung einen sehr erweiterten Katalog erhielten. Neu erfragte Sachverhalte waren die Eigentums- und Besitzwechselerhältnisse, verwendete Antriebsmaschinen und Kraftfahrzeuge, besondere technische Einrichtungen (u. a. Futtersilos, Trocknungsanlagen, Beregnungsanlagen, Feldeisenbahnen). Die Fortschritte in der Technisierung der Landwirtschaft sollten mit diesen erweiterten Befragungen erfaßt werden.

10. Gewerbliche Betriebszählung, Unternehmensstatistiken

Die Statistik der Gewerbeaufsichtsbehörden wurde nach Möglichkeit verbessert, so vor allem durch eine Größenklassengliederung der Betriebe und die Einbeziehung der Angestellten. Da die Ergebnisse der gewerblichen Betriebszählung 1907 kaum mehr verwendbar waren, mußte diese Statistik u. a. auch im Hinblick auf die Reparationspolitik als Notbehelf herangezogen werden.

Die Gewerbliche Betriebszählung 1925 erweiterte den von ihr erfaßten Bereich durch die Einbeziehung des gewerblichen Unterrichtswesens sowie der Post und der Reichsbahn. Die Umwälzungen, die auf allen Gebieten der Wirtschaft und der Technik seit der letzten Zählung vor knapp 20 Jahren stattgefunden hatten, zwangen zu einem Neuaufbau der »Ordnung der Gewerbearten«. Für die »örtlichen und Wirtschaftseinheiten« wurden 467 nicht kombinierte und

88 kombinierte, insgesamt also 555 Gewerbearten unterschieden. Für den Nachweis der »technischen Einheiten« wurden 477 nicht kombinierte Gewerbearten und 90 Arten von Hilfsbetrieben, zusammen 567 Positionen, unterschieden, gegen knapp 400 im Jahre 1907.

Der methodisch interessanteste Fortschritt lag in der Definition der Erhebungs- und Darstellungseinheiten. Diese Frage war bei den früheren Zählungen nicht eindeutig geklärt. Erfaßt wurden auch früher wohl hauptsächlich örtliche Einheiten. Die über die Haushaltsliste erfaßten Gewerbetreibenden sollten allerdings, wenn sie mehrere Gewerbe nebeneinander betrieben, für jedes Gewerbe einen gesonderten Gewerbebogen ausfüllen. Was unter »verschiedenen Gewerben« zu verstehen war, ist 1907 nur durch eine einzige Erläuterung auf dem Gewerbebogen, »z. B. Gastwirtschaft und Fleischerei, Bäckerei und Weinausschank usw.«, definiert worden. Da beide Beispiele eine Kombination von handwerklicher Produktion und dem zum Handel zuzurechnenden Gastwirtsgewerbe darstellen, ist wohl kaum zu erwarten, daß größere horizontal oder vertikal kombinierte »örtliche Einheiten« auf diese Anweisung hin Aufteilungen ihrer Betriebe vorgenommen haben.

Bei der Zählung 1925 wurde für jede örtliche Niederlassung die Ausfüllung des Gewerbebogens verlangt. Nur bei wesensverschiedenen Gewerbe- zweigen in der Hand eines Gewerbetreibenden sollten getrennte Bogen ausgefüllt werden. Als Beispiel für die Wesensverschiedenheit wurde nur die »Schlosserei und Kolonialwarenhandlung« genannt und der Hinweis gegeben, daß eine Verbindung mit einem landwirtschaftlichen Betrieb immer als wesensverschieden zu gelten habe.

Um Angaben für das Unternehmen — damals als »Wirtschaftseinheit« bezeichnet — zusammenstellen zu können, mußten die Hauptniederlassungen eine Liste ihrer Zweigniederlassungen beifügen und die Zweigniederlassungen Sitz und Adresse ihrer Hauptniederlassung angeben. Für die Aufbereitung mußte das Material über die Zweigniederlassungen dann an das für die Hauptniederlassung zuständige Landesamt weitergeleitet werden.

Als dritte Darstellungseinheit wurden die »Teilbetriebe« erfragt. Was als »Teilbetriebe« anzusehen ist, wurde nur recht vage durch einzelne in Klammern gesetzte Musterbeispiele definiert, die sich auf die Worte »Gewerbezüge, Bestandteile, Produktionsstufen, Werke« beschränkten. Eindeutig war, daß offene Verkaufsstellen, Läden, Annahmestellen als besondere Teilbetriebe zu gelten hatten. Es ist verständlich, daß bei dieser Fragestellung keine einheitliche Aufteilung der örtlichen Einheiten auf das, was wir heute »fachliche Unternehmensteile an einem Ort« nennen würden, zu erreichen war. Dem Verfasser ist bekannt, daß das Preußische Statistische Landesamt damals bei allen größeren Betrieben mit Hilfe einer vorgegebenen möglichen Aufteilung zurückgefragt hat, um einigermaßen verwertbare Ergebnisse zu erhalten.

Die einzelnen Fragen bezogen sich auf die betriebene Gewerbeart, Hausgewerbebetriebe, die Feststellung ob Haupt- oder Zweigniederlassung, die Rechtsform des Unternehmens (mit einer neuen Zusatzfrage nach der finanziellen Beteiligung der öffentlichen Hand an

Gewerbebetrieben), den Personalstand (in einer gegenüber 1907 vereinfachten Form), Zugtiere (neu), Kraftmaschinen, Kraftfahrzeuge und die schon erwähnten Listen der Zweigniederlassungen und der Teilbetriebe, wobei für diese nur eine restlose Aufteilung des Personals verlangt wurde. Die Frage nach der Verwendung motorischer Kraft war besonders eingehend ausgestaltet worden. Die bei allen früheren Zählungen erfragten Arbeitsmaschinen wurden in Anbetracht der weit fortgeschrittenen Spezialisierung nicht mehr erfragt.

Alles in allem ergab sich so ein recht überlasteter Fragebogen, der als Einheitsbogen von allen großen und kleinen Betrieben auszufüllen war. Dem Verfasser ist in Erinnerung, daß eine sich offenbar überfordert führende Töpfersfrau die Frage nach den Kraftmaschinen (acht Arten mit jeweils sechs Spalten) und die Frage, ob Pferde, Esel und Maultiere oder Rindvieh als Zugtiere verwendet werden, mit dem Hinweis beantwortete: »Mein Mann tritt seine Töpferscheibe mit dem Fuß, mal mit dem rechten, mal mit dem linken, und er ist im Betrieb auch der einzige Esel«.

Die Statistik der Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften, die als juristische Personen im Handelsregister eingetragen sind, wurde regelmäßig fortgeschrieben. Die damit zusammenhängende Statistik der Bilanzen der Aktiengesellschaften wurde mit den Goldmark-Eröffnungsbilanzen 1925 wieder aufgenommen. Ergänzend wurden auch die Geschäftsergebnisse der Genossenschaften zusammengestellt. Auch eine einzelne Einzelschrift über die Konzernbildung (Ende 1926) wurde herausgegeben.

11. Industrie und Handwerk

Die Produktion der bergbaulichen Betriebe und der Kohlen-, Eisen- und Hüttenindustrie wurde unter vielfachen Anpassungen an veränderte Verhältnisse weiterhin jährlich erfaßt und ein Teil der Ergebnisse ab 1924 im Interesse einer schnelleren Wirtschaftsbeobachtung monatlich veröffentlicht.

Auch die Produktionsserhebungen in ausgewählten Industriezweigen wurden fortgesetzt und auf weitere Branchen ausgedehnt. Im Jahre 1932 wurden laufend, d. h. jährlich, zum Teil auch monatlich bearbeitet: einzelne Zweige der Chemischen Industrie, Ledergerberei, Schuhindustrie, Konservenindustrie, Kunstseiden-, Kraftfahrzeug-, Bereifungs-, Kalkindustrie, Elektrizitätswirtschaft. Dazu kamen Erhebungen in größeren zeitlichen Abständen. Die Methode spezieller Fragebogen für jeden erfaßten Industriezweig wurde beibehalten, wobei es oft sehr enge Abgrenzungen gab (z. B. Herstellung von Rheinisch-Kraut, von Stearin oder von Kerzen usw.), so daß diese Statistik gesamtwirtschaftlich gesehen wenig hergab.

Die Statistik über die Erzeugung verbrauchsteuerpflichtiger Gegenstände wurde dem jeweiligen Verbrauchsteuerrecht angepaßt, wodurch teils einige Waren fortfielen, teils neue hinzukamen.

Die im Kriege eingestellte Statistik des Dampfkesselbestandes wurde ab 1930 wieder aufgenommen. Die seit 1877 jährlich erfaßten Dampfkesselexplosionen gehörten auch weiterhin zum Programm.

Die im Rahmen der »Arbeiterstatistik« ab 1903 eingerichtete Berichterstattung ausgewählter industrieller Betriebe über die Beschäftigungslage war 1920 mit anderen Teilen der »Arbeiterstatistik« zur Reichsarbeitsverwaltung gekommen. Ab 1928 kehrte diese Industrieberichterstattung in das Reichsamt zurück, wo sie zu einem wichtigen Konjunkturindikator ausgebaut wurde. 1932 berichteten rd. 6.000 Firmen über die im Durchschnitt des Monats beschäftigten Arbeiter und Angestellten, über die bei voller Ausnutzung aller Einrichtungen vorhandene Arbeitsplatzkapazität und über die tatsächlich geleisteten Arbeiterstunden. Da es sich um eine freiwillige Beteiligung der Firmen handelte, waren die einzelnen Industriezweige ungleich repräsentiert, so daß das Material nur für die Darstellung der Bewegung in Relativzahlen ausgenutzt werden konnte. Die Kapazitätsausnutzung im Saison- und Konjunkturverlauf aufzuzeigen, war aber das wichtigste Ziel dieser Statistik. Die sich beteiligenden Firmen erhielten die Ergebnisse mit Streubildern zurück, aus denen sie die Lage ihres Unternehmens im Rahmen der Branche erkennen konnten. Die Industrieberichterstattung wurde auf diese Weise bewußt nicht nur der allgemeinen Wirtschaftsbeobachtung, sondern auch der vergleichenden Betriebskontrolle und der Marktanalyse nutzbar gemacht.

In den hier erörterten Zeitraum fällt auch die erste allgemeine Bestandsaufnahme des deutschen Handwerks, allerdings nicht als eine Statistik des Reichsamtes, sondern als eine Arbeit des Enquêteausschusses von 1926 in Zusammenarbeit mit den Handwerksorganisationen.

12. Bautätigkeit und Wohnungen

Die Zeit vor dem ersten Weltkrieg hatte nur Wohnungsmarktmeldungen einzelner Städte gekannt. Um den Zugang an Wohnungen nach dem ersten Weltkrieg zu erfassen, wurde 1923 eine Bautätigkeitsstatistik eingeführt, die auch die Zeit von 1919 bis 1922 nachträglich einbezog. Diese jährliche Statistik brachte für das gesamte Reichsgebiet die Neubauten, Umbauten und Abgänge von Gebäuden und Wohnungen nach den baupolizeilichen Abnahmen. Für die Gemeinden über 50 000 Einwohner wurden monatlich die Wohnungen nach der Größe unterteilt und zusätzlich die erteilten Baugenehmigungen erfragt, ab 1930 wurde auch die Art der Bauherren festgestellt. Das Jahr 1927 brachte nach neun Jahren eine neue Reichswohnungszählung, die mit der Feststellung der Zahl der Wohnungssuchenden verbunden war. Ausgangspunkt war der bauliche Wohnungsbegriff — also nicht das Hauptmieterverhältnis zum Hauseigentümer. Erfragt wurden die Art und Zahl der Räume, die Belegung der Wohnungen mit mehreren Haushalten (Untermieter und Mitbewohnern), wobei auf die Verwandtschaftsverhältnisse der verschiedenen Haushalte zueinander Wert gelegt wurde.

13. Binnenhandel

Der Binnenhandel — also der Verteilungs- und Einzelhandel — wurde auch in diesem Zeitabschnitt nur in begrenztem Maße Gegenstand besonderer Statistiken. Der Umfang des Handels nach der Zahl

der Betriebe und der Beschäftigten war nach wie vor den gewerblichen Betriebszählungen zu entnehmen. Dazu lieferte die Umsatzsteuerstatistik, allerdings auch in größeren zeitlichen Abständen, Angaben über die Umsätze.

Da diese nur in längeren Abständen vorliegenden Informationen für die Konjunkturbeobachtung nicht genügten, wurden 1925/26 in Zusammenarbeit mit dem Institut für Konjunkturforschung eine Großhandels- und Einzelhandelsberichterstattung aufgebaut, die auf repräsentativer Grundlage monatlich den Verlauf der Umsätze nachwies.

14. Außenhandel

Die Kriegsverhältnisse und die nachfolgenden Inflationsjahre haben dazu geführt, daß für die Jahre 1914 bis 1924 keine oder nur unvollständige Ergebnisse vorliegen. Die Außenhandelsstatistik, die früher in der Hauptsache dazu bestimmt war, mit ihren Einzelheiten Unterlagen für den Zolltarif und für Handelsvertragsverhandlungen zu liefern, wurde nach dem Kriege zu einem Politikum ersten Ranges. Bei den Erörterungen über die Leistungskraft der deutschen Volkswirtschaft, sei es für Reparationszahlungen, sei es für die Sicherheit der Verzinsung und Rückzahlung von Auslandskrediten, waren Einfuhr und Ausfuhr und vor allem der Außenhandelsaldo als wichtiger Teil der Zahlungsbilanz entscheidende volkswirtschaftliche Daten. Daß sie einige Jahre sehr ungenau, wenn nicht unbrauchbar waren, lag einmal daran, daß die Addition von Werten eines Jahres bei rapider Geldentwertung keine sinnvollen Größen ergab, statistisch-methodisch aber auch in den Schwierigkeiten und Mängeln der Wertermittlung.

Vor dem Kriege war nur der Wert der Ausfuhr anzumelden, für die Einfuhr gab es noch keine individuellen Anmeldescheine, sondern nur von den Zollstellen gelieferte Übersichten, die mit Ausnahme für wenige Waren, nur Mengenangaben enthielten. Im Jahre 1921 wurde zwar die Anmeldung der Werte für alle Einfuhrwaren vorgeschrieben, aber die rasch fortschreitende Inflation zwang, zur Methode der Schätzung der Werte durch die Sachverständigenkommission zurückzukehren. Die Schätzungen wurden nicht mehr jährlich, sondern monatlich vorgenommen, und zwar in fester Auslandswährung.

Nach der Stabilisierung der Währung traten die Mängel dieses Verfahrens, insbesondere für Positionen mit sehr heterogenem Inhalt, immer stärker hervor, so daß man für diese Positionen wieder auf die Angabe der Werte zurückgriff. Große Schwierigkeiten bereiteten auch die Einfuhren aus Zolllagern, für die keine Wertangaben zu erhalten waren und bei denen man schließlich die Durchschnittswerte der unmittelbaren Einfuhr aus dem Auslande verwendete.

Das ganze Verfahren der Außenhandelsstatistik wurde 1928 durch Gesetz neu und eingehend geregelt. Ein wichtiger Fortschritt lag darin, daß das Statistische Reichsamt nunmehr auch für die Einfuhr Anmeldescheine mit Wertangaben erhielt, aus denen der Name des Importeurs ersichtlich war und damit klärende Rückfragen möglich wurden. Darüber hinaus wurden die Begriffe des Importeurs und Exporteurs genau definiert und nur diesen erlaubt, die Wertangaben zu machen. Dabei ging es vor allem darum, daß

der Handelsgewinn der Exporteure in den Ausfuhrwerten enthalten war. Das Statistische Warenverzeichnis und die Liste der nachzuweisenden Herkunfts- und Bestimmungsländer wurden häufiger neuen Verhältnissen angepaßt. Auch die Statistik der Zollerträge wurde nach einer Unterbrechung für die Jahre 1914 bis 1925 wieder aufgenommen.

Die internationale Beobachtung wurde ausgedehnt. Die Außenhandelsergebnisse des Reichs wurden denen seiner Handelspartner gegenübergestellt, wodurch sich nicht nur für die Handelsvertragsverhandlungen, sondern auch für markanalytische Zwecke der Importeure und Exporteure wichtige Unterlagen ergaben. Auch die seit 1924 begonnene Allgemeine Statistik der Weltwirtschaft und des Auslandes ist in diesem Zusammenhang zu nennen.

15. Verkehr

Am Programm der Verkehrsstatistik ist im Zeitabschnitt 1919 bis 1932 wenig geändert worden. Sie hatte als Statistik der Verkehrsmittel und der Verkehrsleistungen schon vor dem ersten Weltkrieg ein beachtliches Niveau erreicht. Die Gebietsabtretungen zwangen zu einer Überarbeitung des Verzeichnisses der Verkehrsbezirke. Die wichtigste Erweiterung war die Aufnahme der Güterverkehrsstatistik über See, so daß nunmehr der Güterverkehr für die Eisenbahnen, die Binnenschifffahrt und den Seeverkehr nachgewiesen werden konnte. Die ersten Angaben über den Luftverkehr wurden nicht im Reichsamt zusammengestellt. Eine statistische Beobachtung des Straßenverkehrs gab es noch nicht.

Das größere Interesse an der Wirtschaftsbeobachtung führte auch bei einigen Verkehrsstatistiken zum Übergang auf monatliche Nachweisungen (Binnenschiffsverkehr, Schiffsverkehr und Güterverkehr über See).

16. Geld und Kredit

In den Inflationsjahren beanspruchten alle Vorgänge auf dem Gebiete des Geldwesens verständlicherweise ein großes Interesse. Die verfügbaren Reihen wurden, soweit es ging, im Interesse der laufenden Wirtschaftsbeobachtung auf eine monatliche Periodizität gebracht. Ab 1921 wurde die Beobachtung der Geld-, Devisen- und Effektenmärkte an Hand der Kurszettel statistisch intensiviert. Ab 1923 wurden die Ausweise der Notenbanken im Hinblick auf die Entwicklung des Geldumlaufs ausgewertet. Die Bilanzstatistik der Banken und der Bodenkreditinstitute wurden seit 1928 monatlich nachgewiesen. Auch die Sparkassenstatistik wurde ab 1925 auf eine monatliche Berichterstattung umgestellt. Die Statistik der Ausgabe von Wertpapieren und der Aufnahme von Auslandsanleihen gewann Mitte der 20er Jahre eine große Aktualität; auch hier gibt es seit 1924 monatliche Nachweise. Ab 1927 wurden die Kapitalanlagen der Lebens- und Sozialversicherungen statistisch zusammengestellt und monatlich veröffentlicht. Auch die 1910 eingeführte Statistik des Umlaufs von Schuldverschreibungen, die im Kriege eingestellt worden war, wurde ab 1927 wieder aufgenommen.

17. Versicherungen (ohne Sozialversicherung)

Auf dem Gebiete des privaten Versicherungswesens blieb es, wie vor dem Kriege, nur bei der Veröffentlichung von Ergebnissen, die im Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung bearbeitet wurden.

18. Sozialversicherung und öffentliche Sozialleistungen

Die Geschäfts- und Rechnungsergebnisse der Krankenversicherung, die seit 1885 zusammengestellt wurden, erschienen weiterhin Jahr für Jahr. Statistiken aus dem Bereich der übrigen Sozialversicherung wurden von den sie bearbeitenden Trägern der Sozialversicherung bzw. vom Reichsversicherungsamt für Veröffentlichungszwecke übernommen.

Um einen Indikator für die Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung zu gewinnen, wurde auf Grund von Meldungen der Postämter, die die Versicherungsmarken verkauften, ab 1929 eine vierteljährliche Statistik der Beiträge zur Invaliden- und Angestelltenversicherung aufgebaut.

Auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege wurde durch die Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924 die öffentliche Fürsorge für die Opfer des Krieges und der Inflation, die hilfsbedürftigen Jugendlichen, ferner die Wochenfürsorge und die allgemeine Armenfürsorge zusammenfassend geregelt. Dies führte ab 1927 zu einer umfangreichen Statistik der öffentlichen Fürsorge. Die Bezirks- bzw. Landesfürsorgeverbände hatten zu berichten über den gesamten Personenkreis und die Fürsorgekosten, die Unterbringung in geschlossenen Fürsorgeeinrichtungen und in Familien sowie über die Ausgaben und Einnahmen für die Fürsorge und Jugendhilfe. Diese Jahresstatistik wurde ab Mitte 1932 durch einen vierteljährlichen Schnelldienst ergänzt.

Die Statistik der öffentlichen Jugendhilfe, für die die Jugendämter Fragebogen auszufüllen hatten, wurde ebenfalls ab 1927 begonnen, konnte aber nicht auf alle Länder ausgedehnt werden.

In der Zeit der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise wurde ab 1930 eine Statistik der Wohlfahrtserwerbslosen eingeführt.

19. Arbeiterstatistik und Organisation des Amtes

Im Jahre 1920 wurden diejenigen Arbeitsgebiete der »Abteilung für Arbeiterstatistik«, die nicht rein statistischer Art waren, vor allem die Berichterstattung über den Arbeitsmarkt und die Arbeitsvermittlung und damit auch die Herausgabe des Reichsarbeitsblatts, vom Statistischen Reichsamt abgezweigt und dem neu gegründeten »Reichsamt für Arbeitsvermittlung« übertragen. Diese Trennung ging nicht ganz schmerzlos vonstatten, nochzumal das neue Reichsamt eine gewisse Tendenz hatte, auf Gebiete der allgemeinen Statistik übergreifen. Es bestand die Neigung, als »Geschäftsstatistiken« alles zu deklarieren, was man zur Durchführung der Geschäfte brauchte, während die Statistiker diesen Begriff auf die im Geschäftsablauf gewissermaßen als Nebenprodukt anfallenden statistischen Unterlagen beschränken. Es kam so zu einigen Kompetenzstreitigkeiten, die jedoch mit Hilfe des

Reichssparkommissars erlaubten, einige Aufgaben »zurückzuerobern« (z. B. Statistik der Tarifverträge, der Arbeitskämpfe, des Schlichtungswesens und der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände). Die beim Statistischen Reichsamt verbliebenen Aufgaben der Abteilung für Arbeiterstatistik, die als solche mit ihren besonderen Kompetenzen fortfiel, wurden einer neuen Abteilung III für Wirtschafts- und Sozialstatistik zugewiesen.

Am Tage seines 50jährigen Bestehens im Jahre 1922 bestand das Amt noch immer aus drei Abteilungen, die allerdings durch Unterteilung der Abteilungen I und II praktisch auf fünf Abteilungen angewachsen waren. Die Geschäftsverteilung erscheint uns heute wenig systematisch:

Abteilung IA Verwaltung und allgemeine Angelegenheiten

Abteilung IB Allgemeine Statistik (Bevölkerung, Geld und Kredit, Finanzen, Landwirtschaft, industrielle Produktion, Wahlstatistik, Kriminalstatistik, Wohnungszählungen, Schulstatistik, Dampfkessel)

Abteilung IIA Auswärtiger Handel, Fischereistatistik
Abteilung IIB Steuerstatistik, Verkehrsstatistik

Abteilung III Wirtschafts- und Sozialstatistik (Berufs- und Betriebszählungen, Preise, Lebenshaltung, Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern, Bau-tätigkeit, Löhne und Gehälter, Krankenversicherung etc., Herausgabe von »Wirtschaft und Statistik«).

20. Finanzen und Steuern

Die schon längere Zeit vor dem ersten Weltkrieg geführte, nach Umfang und Aufbau recht begrenzte und unter mangelnder Vergleichbarkeit leidende Finanzstatistik für das Reich und die Länder konnte den Anforderungen der Weimarer Zeit nicht genügen. Die Weimarer Verfassung hatte die zentrale Reichsgewalt gestärkt und die alten Staatsaufgaben neu verteilt. Durch die Reichsabgabenordnung und das Finanzausgleichsgesetz aus dem Winter 1919/20 wurde ein einheitliches Verfahren und eine reichseigene Finanzverwaltung geschaffen. Mit Ausnahme der sogenannten Realsteuern (Grund-, Hauszins- und Gewerbesteuern) wurden alle großen Steuern vom Reich verwaltet und von ihm anteilmäßig an Länder und Gemeinden überwiesen. Die Einführung der Reichshaushaltsordnung (31. Dezember 1922) regelte auch das Haushaltsrecht der Länder und schuf eine einheitliche Systematik und Gliederung der Haushalte von Reich und Ländern, was der Statistik sehr zugute kam.

Die Folgen des Krieges brachten dem Reich vollkommen neue Aufgaben und damit finanzielle Lasten, die von einer geschwächten Volkswirtschaft aufzubringen waren. Der auf Grund der Neuverteilung der wichtigsten Einnahmen eingeführte Finanzausgleich zwischen dem Reich, den Ländern und den Gemeinden und Gemeindeverbänden konnte zunächst nur ohne genügende zahlenmäßige Unterlagen durchgeführt werden. Der Aufbau einer umfassenden Finanzstatistik wurde daher notwendig. Die wesentlichste Neuerung bestand in der Einbeziehung der Gemeinden und Gemeindeverbände in die Rechnungsstatistik (seit 1925/26)

und in die Haushaltsplanstatistik (seit 1929/30) und in die Schuldenstatistik (für 1928 und 1929). Der Inhalt der Nachweisungen der Einnahmen und Ausgaben wurde für alle Gebietskörperschaften nach Arten und Aufgabengebieten (Verwendungszwecken) weitgehend unterteilt. Dazu kam eine Personalstandsstatistik (von 1925/26 bis 1930/31 jährlich, dann dreijährlich). Ab 1926/27 wurden die Rechnungs- und die Haushaltsplanstatistik durch eine Kassenstatistik ergänzt. Die Schuldenstatistik für das Reich wurde seit 1928 auf einen monatlichen Turnus, für die Länder und größeren Gemeinden auf vierteljährliche Meldungen umgestellt.

Sehr beachtlich sind auch die auf der Finanzstatistik aufbauenden Untersuchungen, die über eine Darstellung der statistischen Ergebnisse weit hinausgehen. So wurde versucht, die Zusammenhänge zwischen dem Verwaltungsaufbau und den Finanzen zu klären und damit Beiträge zur Verwaltungs- und Finanzreform zu liefern. Auch die Zusammenhänge zwischen den öffentlichen Haushalten und der Wirtschaft wurden analysiert, wobei auch das Ausland einbezogen wurde. Über die internationalen Finanzen wurden Zusammenstellungen für die Jahre 1925 bis 1932 veröffentlicht, eine internationale Schuldenstatistik wurde für die Zeit von 1927 bis 1932 herausgebracht.

Die Neuordnung des Steuersystems führte zu einer erheblichen Erweiterung und Verbesserung der Steuerstatistiken. Die Veranlagung zur Einkommens- und Körperschaftsteuer wurde für das Jahr 1920 und wegen der Geldverhältnisse erst wieder ab 1925 im Reichsamt statistisch aufbereitet. Die Lohnsteuer wurde für 1926 und 1928 bearbeitet. Hinzu kam die Umsatzsteuerstatistik (ab 1918), die Vermögensteuer- und die Einheitswertstatistik, die ab 1924/25 für ausgewählte Jahre erstellt wurde, und ab 1922 die Kapitalverkehrsteuer. Die Erbschaftsteuerstatistik wurde 1924 wieder aufgenommen.

Der Umfang der Verbrauchsteuern wechselte mit der Art und Zahl der Verbrauchsbesteuerung unterworfenen Waren. Der wichtigste Zugang war die 1930 eingeführte Mineralölsteuer.

Auch auf dem Gebiete der Steuern wurden eine Reihe von Sonderuntersuchungen durchgeführt, so über die Steuerkraft der Finanzamtsbezirke und Steuerbelastungsuntersuchungen für die gewerbliche Wirtschaft, die Wohnungswirtschaft, die Landwirtschaft, der öffentlichen Versorgungs- und Verkehrsunternehmen und der Verbrauchswirtschaft. Dazu kamen internationale Steuerbelastungsvergleiche.

Diese Arbeiten waren nur möglich, weil die Finanz- und Steuerstatistik in der hier erörterten Periode großzügig mit Mitteln und Personal ausgestattet war und die Arbeitsmarktsituation für Akademiker nach der Inflation die Einstellung zahlreicher »billiger« akademisch gebildeter Kräfte erlaubte, die nicht gleich — wie heute — als Angestellte des höheren Dienstes bezahlt wurden.

21. Preise

Die Geldentwertung in den ersten Jahren nach dem ersten Weltkrieg und die Teuerung als ihr Spiegelbild rückten den statistischen Nachweis der Preisentwicklung in den Mittelpunkt des Interesses. Die Sammlung

einzelner Großhandelspreise, die um verschiedene Waren erweitert wurde, und die Sammlung von Lebensmittelpreisen konnte den gestiegenen Anforderungen, die sich vor allem in den Lohnverhandlungen zeigten, nicht mehr gerecht werden. So wurde im Dezember 1919 eine Erhebung der Kleinhandelspreise für die wichtigsten Lebensbedürfnisse eingeführt, verbunden mit einer Feststellung der amtlich zuge teilten Lebensmittelmengen. Dabei wurde versucht, auch im Schwarzmarkt umgesetzte Mengen und Preise zu ermitteln. Der Zweck dieser gemeindeweisen Erhebung war die Berechnung von Teuerungszahlen, die vor allem auch regionale Unterschiede in der Teuerung erkennen lassen sollten. Auf diesem Material wurde die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten einer fünfköpfigen Familie aufgebaut, zu der die Meldungen von 72 sogenannten Eildienstgemeinden die Grundlage bildeten. Diese, die Preisentwicklung in einer Zahl ausdrückende Reichsindexziffer wurde seit 1920 monatlich, auf dem Höhepunkt der Inflation im Herbst 1923 wöchentlich oder sogar zweimal wöchentlich berechnet.

Auch die Großhandelspreise wurden seit 1921 in einer Preisindexziffer zusammengefaßt. Sie umfaßte ursprünglich nur 38 Rohstoffe und Halbwaren, deren Zahl allmählich erhöht wurde. Im Dezember 1926 wurde die Waren- und Preisgrundlage erheblich erweitert, nämlich auf rd. 400 Waren und 800 Preismeldungen, wobei im Laufe der Jahre die Zahl der Preismeldungen auf rd. 1 000 erhöht wurde. Die wichtigste Erweiterung lag in der Einbeziehung von 230 industriellen Fertigwaren. Auch das Wägungsschema wurde auf Grund des jahresdurchschnittlichen volkswirtschaftlichen Verbrauchs je Kopf der Bevölkerung neu berechnet. Es ergab sich so die folgende Gruppierung:

Indexgruppe	Zahl der		Wägung in %
	Waren	Preise	
Agrarstoffe	43	70	35
Kolonialwaren	10	17	3
Industrielle Rohstoffe und Halbwaren	117	176	38
Industrielle Fertigwaren	230	740	24
	zusammen rd. 400	rd. 1000	100

Als Basisjahr wurde trotz der Schwierigkeiten, die erforderlichen Vorkriegspreise festzustellen, das Jahr 1913 gewählt.

Die Preisbeobachtung wurde 1921 auf die Frachten der Binnen- und Seeschifffahrt und 1922 auf die Baukosten ausgedehnt. Im Jahre 1932 kam eine Preisindexziffer der aus der Landwirtschaft zum Verkauf gelangenden Erzeugnisse hinzu. Dies war der erste Ansatz zu der heute üblichen »sektoralen« Preisbeobachtung von »Erzeugerpreisen«. Unter »Großhandelspreisen« wurden damals die Preise der »en gros« gehandelten Waren verstanden, so daß — um die heutige Terminologie zu verwenden — im Großhandelspreisindex Erzeugerabsatzpreise ab Hof oder Fabrik mit Großhändler-Einkaufs- und -verkaufspreisen gemischt waren. Die Intensivierung der Auslandsbeobachtung gilt auch für die Preise, für die ab 1920 monatliche Veröffentlichungen vorliegen.

22. Löhne und Gehälter

Das Jahr 1920 brachte die erste, weitgreifende Erhebung der Löhne und Gehälter. In der Anleitung hieß es: »Sie soll der Erkenntnis der tatsächlichen Zustände auf diesem vielumstrittenen Gebiete dienen und in Verbindung mit der gleichzeitig wiederholten Erhebung über die Teuerungsverhältnisse die dringend notwendigen Unterlagen für eine gesunde Lohn- und Gehaltspolitik bieten«. Es wurden etwa 25 000 Betriebe befragt. Die Betriebe hatten u. a. Angaben über die Zahl der Beschäftigten, die Arbeitszeit, die Lohn- bzw. Gehaltssumme und über Sonderleistungen zu machen. Sie mußten ferner für jeden Arbeiter und Angestellten eine Individualkarte ausfüllen, die persönliche Angaben und den Arbeitsverdienst für jede der 4 Wochen vom 2. bis 29. Februar 1920 ermittelte, wobei Arbeitszeit, Zeitlohn, Stücklohn und Überstundenzuschläge erfaßt wurden. Die Ergebnisse dieser großangelegten Statistik haben das Schicksal aller in Geldwerten ausgedrückten Feststellungen jener Zeit geteilt, nämlich durch die rasch fortschreitende Geldentwertung ihre Aussagekraft größtenteils sehr schnell zu verlieren.

Für die laufende Beobachtung der Lohn- und Gehaltsentwicklung wurden die Tarifgehälter für die Zeit ab 1920 jährlich und die Tariflöhne ab 1922 monatlich zusammengestellt und zu mit den Beschäftigtenzahlen gewogenen Durchschnitten zusammengefaßt. Diese Daten wurden seit 1922 durch Nachweise über die Gehälter der Reichsbeamten ergänzt. Die Tariflohnstatistik wurde an Hand der Ergebnisse der Berufs- und Betriebszählung 1925 ab 1931 neubearbeitet und dabei erheblich verbessert und erweitert. Die erforderlichen Unterlagen gingen dem beim Statistischen Reichsamte geführten Tarifarchiv auf Grund gesetzlicher Bestimmungen zu.

Die Beobachtung der Effektivverdienste, also das Ziel der Lohn- und Gehalterhebung 1920, für die das Gesetz über Lohnstatistik vom Jahre 1922 bereits die Ermächtigung gab, wurde erst 1927 wieder aufgenommen. Die Erhebungen für ausgewählte Industriezweige wurden zeitlich über die Jahre verteilt und nach jeweils drei Jahren wiederholt. Die für alle wichtigen Industrien vorliegenden Daten schließen sich methodisch und inhaltlich an das Muster der Erhebung von 1920 an. Die laufenden Verdienstnachweisungen für die Bergarbeiter (Meldungen der oberen Bergbehörden) wurden durch Nachweise der Zechenverbände für den Stein- und Braunkohlenbergbau ergänzt. Auch die Ortslöhne wurden weiterhin zusammengestellt.

Die Weimarer Zeit, in der sich das Tarifvertragswesen und die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen durch das Reichsarbeitsministerium stark entwickelte, brachte also eine erhebliche Ausweitung des lohn- und gehaltsstatistischen Programms. Dabei lieferte jedoch nur die Tariflohnstatistik einen gleichzeitigen Überblick über zahlreiche Wirtschaftszweige, während ein solcher Überblick durch die zeitlich gestaffelten Verdiensterhebungen noch nicht zu gewinnen war.

23. Wirtschaftsrechnungen und Versorgung

Besonders bei der Aufstellung des Verbrauchsschemas für den Lebenshaltungspreisindex wurde es als großer Mangel empfunden, daß die letzten Erhebungen über

Wirtschaftsrechnungen aus dem Jahre 1907 stammten. Vorschläge der internationalen Konferenz der Arbeiterstatistiker in Genf im Jahre 1925 führten mit dazu, daß für das Jahr 1927 eine neue Erhebung über die Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien durchgeführt wurde, bei der auch die Wohnverhältnisse erfragt wurden. Etwa 2 000 Haushaltsbücher konnten verwendet werden. Besonders intensiv wurde der Nahrungsmittelverbrauch aufbereitet (Mengen, Werte, Kaloriengehalt, Eiweißgehalt). Die Ergebnisse wurden auf »Vollpersonen« schlüsselmäßig umgerechnet.

Die Verbrauchsberechnungen pro Kopf der Bevölkerung wurden fortgesetzt, sie beschränkten sich weiterhin auf landwirtschaftliche und auf verbrauchsbesteuerte Erzeugnisse.

24. Volkswirtschaftliche Bilanzen

Das Bedürfnis, im Zusammenhang mit den Reparationsforderungen die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft statistisch fundiert in einer Zahl ausdrücken zu können, hat zur Aufnahme amtlicher Volkseinkommensberechnungen im Statistischen Reichsamt geführt. Es war u. a. notwendig, bessere Meßinstrumente der Leistungsfähigkeit zu finden als den von der Dawes-Kommission konstruierten, recht zweifelhaften »Wohlstandsindex«, der zur Anpassung der Reparationen an die Leistungskraft dienen sollte. Einen weiteren Anstoß gab der 1926 eingesetzte Enquête-Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft und insbesondere deren Wandlungen seit der Vorkriegszeit. Dieser erteilte dem Reichsamt den Auftrag, die Größe des deutschen Volkseinkommens in der Vorkriegszeit zu ermitteln und ein ausführliches Gutachten darüber vorzulegen. Die Frucht dieser Arbeit, bei der auch die Methoden des Auslandes sorgfältig untersucht wurden, ist in der 1932 erschienenen Einzelschrift Nr. 24 zur Statistik des Deutschen Reiches niedergelegt. Sie trägt den Titel: »Das deutsche Volkseinkommen vor und nach dem Kriege.«

Von den drei Wegen, das Sozialprodukt — wie wir heute sagen würden — zu berechnen, ist damals im Hinblick auf das vorhandene statistische Ausgangsmaterial die sogenannte »personale Methode« angewendet worden, also die Summierung aller an natürliche und nichtnatürliche Personen fließenden Einkommen. Die tragende Säule bildete die Einkommensteuerstatistik, die allerdings in vieler Hinsicht (z. B. Landwirtschaft, kleine Einkommen) der Ergänzung durch Schätzungen bedurfte. Für die Berechnung über die Entstehungsseite, also als Summe der erzeugten Güter und Dienstleistungen fehlten die erforderlichen Produktionsstatistiken. Auch eine Berechnung von der Verwendungsseite her, also als Summe von Verbrauch und Kapitalbildung, scheiterte am Materialmangel.

Hinsichtlich des Volksvermögens, für das eine Reihe von privaten Schätzungen aus der Vor- und Nachkriegszeit vorlag, ist es im Reichsamt bei methodischen Vorstudien geblieben.

Auch der Aufbau einer Zahlungsbilanz-Statistik geht auf Wünsche des Enquête-Ausschusses und damit auf das Jahr 1926 zurück. Als Folge des ersten Weltkrieges hatten sich Ausmaß und Richtung der internationalen Kapital- und Güterströme erheblich ge-

wandelt. Über die außenwirtschaftlichen Beziehungen und das Ergebnis des Leistungsaustauschs im Warenhandel, im Dienstleistungsverkehr, den Zins- und Dividendenzahlungen, der Geld- und Devisenbewegung und im Kapitalverkehr sollte die üblicherweise als »Zahlungsbilanz« bezeichnete Statistik Rechnung legen.

Die 1928 errichtete »Abteilung für allgemeine Wirtschaftsstatistik«, der die Untersuchung volkswirtschaftlicher Struktur- und Konjunkturprobleme oblag, hatte schon damals ihre Ziele hochgespannt¹³⁾. Die Arbeiten sollten zur Aufstellung einer »realen Wirtschaftsbilanz« führen, also in die quantitative Darstellung der Verflechtung und des Zusammenwirkens der großen wirtschaftlichen und sozialen Gruppen der deutschen Volkswirtschaft, ein Ziel, das wir heute als volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen bezeichnen.

25. Auslandsstatistik

Die Ansätze zur Beobachtung des Auslandes wurden seit dem Jahre 1924, in dem ein besonderes Referat »Ausländische Wirtschaftsstatistik« geschaffen wurde, systematisch ausgebaut. Es erhielt vom Reichswirtschaftsministerium den Auftrag, Material für die Aufgaben der deutschen Wirtschafts- und Handelspolitik zu liefern und Berichte über die weltwirtschaftliche Lage anzufertigen. Insbesondere setzten die neu zu schließenden Handelsverträge eine genaue Kenntnis der Wirtschaft der Partnerländer voraus. Zu nennen sind hier auch die das Ausland einbeziehenden Steuerbelastungsvergleiche, die im Zusammenhang mit dem Reparationsproblem angestellt wurden, und die Zusammenstellungen über die internationalen Finanzen. Die Hauptaufgabe der Auslandsstatistik blieb die Berichterstattung an die Ministerien und andere amtliche Stellen, vielfach in der Form von Länderberichten. Die regelmäßige Veröffentlichung des rechhaltigen Materials lag bis 1925 beim Reichswirtschaftsministerium, von 1926 bis 1933 bei dem mit dem Reichsamt in Personalunion verbundenen Institut für Konjunkturforschung. Im Jahre 1928 wurde ein Text- und Tabellenwerk »Die Wirtschaft des Auslandes 1900 bis 1927« herausgebracht, in dem die Wirtschaftsstruktur und ihre Entwicklung für die 45 wichtigsten Länder der Welt dargestellt wurde. Im Jahre 1929 folgte eine Ergänzung um weitere 16 Länder.

Der wachsende Umfang der auslandsstatistischen Arbeiten findet sein Spiegelbild im internationalen Teil des Statistischen Jahrbuchs, der von 46 Seiten im Jahre 1920 auf 200 Seiten im Jahre 1932 vergrößert wurde.

26. Internationale Zusammenarbeit

Das Ende des ersten Weltkrieges brachte die Gründung des »Völkerbundes« mit Sitz in Genf, dem das Deutsche Reich im Jahre 1926 beitrug. Diese neuartige Organisation der Regierungen eines sehr großen Teiles der Welt hatte sich die internationale Zusammenarbeit auf nahezu allen Gebieten des staatlichen Lebens zum Ziel gesetzt. Der Ausgangspunkt bildete stets das statistische Bild der jeweils in Angriff genommenen Probleme. Der Völkerbund nahm sich daher der Sammlung und Veröffentlichung statistischer Daten an und in Zusammenhang damit auch der Vereinheitlichung

¹³⁾ Nach W. Reichardt: Der Statistische Dienst in Deutschland. Extrait de la Revue Internationale des Sciences administratives, année 1935, No. 1 Brüssel 1935.

der Wirtschafts- und Finanzstatistiken. Die sogenannte »Arbeitsstatistik« fiel in die Zuständigkeit des als Unterorganisation des Völkerbundes gegründeten »Internationalen Arbeitsamtes«. Die Gesundheitsstatistiken wurden von der Weltgesundheitsorganisation betreut. Daneben war das Internationale Landwirtschaftsinstitut in Rom weiter tätig. Die neuen Organisationen, denen die Regierungen der Mitgliedsstaaten angehörten, übernahmen den halbamtlichen Teil der bisherigen Arbeiten des privaten Internationalen Statistischen Instituts, dessen Stellung als internationales Zentrum für die Vereinheitlichung von Regierungsstatistiken an Bedeutung einbüßte.

Die Bemühungen des Völkerbundes führten zur »Internationalen Konvention über Wirtschaftsstatistik« vom Jahre 1928. An der Ausarbeitung dieser Konvention und an ihrer Unterzeichnung waren Vertreter des Statistischen Reichsamtes beteiligt. Zu einer Ratifizierung durch den Reichstag ist es wegen des Zeitalters der Regierung mit Notverordnungen unter dem Reichskanzler Brüning nicht mehr gekommen.

Die Konvention enthielt reichlich allgemein gehaltene Verpflichtungen zur Aufstellung und Veröffentlichung von Wirtschaftsstatistiken vor allem auf dem Gebiet des Außenhandels und der industriellen Produktion. Behandelt wurde ferner die Berufstätigkeit, die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und die Preisindexziffern. Zur genaueren Ausarbeitung der Methoden wurde durch die Konvention ein kleiner »Ausschuß Statistischer Sachverständiger« eingesetzt, dem auch der Präsident des Statistischen Reichsamtes angehörte. Der Verfasser dieser Abhandlung war von Ende 1930 bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges Sekretär dieses Ausschusses.

Der Ausschuß hat mit deutscher Beteiligung in den Jahren 1931 und 1933 getagt, ohne daß wegen der politischen Entwicklung die Ergebnisse seiner Arbeit noch Einfluß auf die deutsche Statistik nehmen konnten. In den ersten Jahren wurde an der Außenhandelsstatistik gearbeitet, vornehmlich an einer Mindest-Länderliste und an einer Mindest-Warenliste für den Außenhandel, der Vorläuferin der heutigen Warenklassifikation der Vereinten Nationen für die Außenhandelsstatistik. Eine weitere Arbeit galt dem Nachweis der internationalen Warenströme für Nahrungsmittel und Rohstoffe auf der Grundlage der Einfuhranschreibungen aller Länder.

Beim Internationalen Arbeitsamt wurden Konferenzen der »Arbeitsstatistiker« abgehalten. Auch hier gab es einen Ausschuß Statistischer Sachverständiger mit deutscher Beteiligung. Das Arbeitsgebiet umfaßte die Sammlung und Vereinheitlichung von Statistiken über Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Löhne, Verbraucherpreise und Lebenshaltungskosten, Sozialversicherung, Betriebsunfälle, Streiks usw.

Mit dem Austritt des Deutschen Reichs aus dem Völkerbund und seinen Sonderorganisationen im Jahre 1933 fand diese internationale Zusammenarbeit ein vorläufiges Ende.

27. Statistik und Wirtschaftsbeobachtung

In der Weimarer Zeit hat das Statistische Reichsamt die wissenschaftliche Darstellung der Ergebnisse aller Statistiken im erreichten Rahmen weitergeführt. Zur

Aktualisierung trug vor allem auch die neue Zeitschrift »Wirtschaft und Statistik« bei.

Die Reparationsfrage gab darüber hinaus den Anstoß, die wirtschafts- und finanzwissenschaftlichen Arbeiten zu intensivieren und damit von der traditionellen Darstellung, die stets auch der Wirtschaftsanalyse diente, in das Gebiet der Wirtschaftsforschung vorzudringen. Als Beispiele seien nur die Entwicklung der Volkseinkommensberechnungen und die Steuerbelastungsvergleiche genannt.

Die stärksten Impulse zur Konjunkturbeobachtung gingen von der Persönlichkeit Ernst Wagemanns aus. Die Personalunion in der Leitung des Reichsamtes und des Deutschen Instituts für Konjunkturforschung, die räumliche Verbindung und die engen personellen Kontakte, die bis zur Mitarbeit von Angehörigen des Reichsamtes im Konjunkturinstitut gingen, machen es nicht leicht, die Leistungen des Reichsamtes von denen des Konjunkturinstituts zu trennen. Jedenfalls waren erhebliche Teile des Amtes und nicht nur die für die inländische und ausländische Wirtschaftsbeobachtung eingerichteten Referate (siehe S. 31) an diesen auch wirtschaftstheoretisch fundierten Arbeiten beteiligt.

C. Zusammenfassung und Verschiebungen im Schwergewicht des statistischen Programms

Die zum Teil schon im Abschnitt A. Allgemeine Entwicklungslinien dargelegten Tendenzen und die aus der Entwicklung der einzelnen Sachgebiete zu ziehenden Schlüsse seien hier kurz zusammengefaßt:

Das vor dem ersten Weltkrieg erreichte Arbeitsprogramm ist zwar teilweise durch den Krieg unterbrochen, aber nach dem Kriege in vollem Umfang weitergeführt worden, wobei auf vielen Gebieten methodische Verbesserungen und sachliche Erweiterungen stattfanden.

In der Bevölkerungsstatistik ist das Interesse an der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung und die Familien- und Haushaltsstatistik als neues Element hervorzuheben. Der Nachweis der Erwerbstätigkeit blieb auf eine, allerdings methodisch sehr modernisierte Berufszählung beschränkt. Zu nennen ist auch der Ausbau der Industrieberichterstattung zu einem Instrument der Beobachtung der Beschäftigungslage.

Die Landwirtschaftsstatistik wurde vor allem durch die Milchproduktion erweitert und die Untersuchung der Eigentums- und Besitzverhältnisse, zu denen im weiteren Sinne auch die Reichsiedlungsstatistik zu rechnen ist, gewannen an Bedeutung.

In der Gewerbestatistik blieb es bei der — erheblich verbesserten — Darstellung der Zahl und Größe der Betriebe und Unternehmen. Die Produktionsstatistik blieb weiterhin auf ausgewählte Industriezweige beschränkt, sie wurde allerdings durch die Bautätigkeitsstatistik ergänzt. In diesem Zusammenhang sei auch die Reichswohnungszählung genannt.

In der Außenhandelsstatistik war die Verbesserung der Werterfassung, in der Verkehrsstatistik die Erfassung des Güterverkehrs in der Seeschifffahrt das hervorstechendste Ereignis.

Da das Reich die Wohlfahrtspflege vereinheitlichte, entstand eine umfassende Fürsorge- und Jugendhilfestatistik.

Der Ausbau der Statistik der öffentlichen Finanzen und der Steuern, der Preisstatistik, der Lohn- und Gehaltsstatistik und die Aufnahme von Volkseinkommens- und Zahlungsbilanzberechnungen stellen bedeutende Vervollständigungen des statistischen Programms dar.

Auf sehr vielen Sachgebieten wurde zu einer monatlichen Periodizität der Statistiken übergegangen, um die Wirtschaftsbeobachtung zu erleichtern.

Wichtig ist ferner, daß das Statistische Reichsamt umfangreiches Material zur Wirtschaftsbeobachtung des Inlandes und vor allem auch des Auslandes sammelte und veröffentlichte und wirtschaftswissenschaftliche Untersuchungen auf verschiedenen Gebieten durchführte, z. B. die Steuerbelastungsuntersuchungen.

Greift man auch für diesen Zeitraum zur Beurteilung von Verschiebungen im Schwergewicht des Arbeitsprogramms auf die Veröffentlichungen im Jahrbuch zurück, so zeigt sich folgendes Bild:

Die Ausdehnung des Arbeitsprogramms spiegelt sich im Umfang der Jahrbücher (ohne den internationalen Teil) wider. Er ist von rd. 350 Seiten im Durchschnitt der Jahre 1919/23 über 472 Seiten 1924/28 auf 524 Seiten 1929/32 gestiegen.

Zum umfangreichsten Sachgebiet sind die Finanzen und Steuern aufgerückt, auf sie entfielen 1932 17% des Jahrbuchinhalts, der Außenhandel, der 1910/14 noch knapp 25% beanspruchte, ist auf 15% zurückgefallen. Am Ende der Periode sind bereits alle Sachgebiete vertreten, die auch heute in den Jahrbüchern erscheinen.

Die Zeit des Nationalsozialismus (1933 bis 1945)

A. Allgemeine Entwicklungstendenzen

Die Zeit des Nationalsozialismus zeigt besonders deutlich, wie stark Inhalt und Organisation der Statistik von den Aufgaben abhängig sind, die sich der Staat setzt. Anders als unter der liberalen Ordnung der vorangegangenen Jahrzehnte brachte der Nationalsozialismus eine weitgehende Regelung und Beaufsichtigung des Gemeinschaftslebens durch den Staat und eine Vielfalt neu geschaffener Organe. Die Autarkie, also die Unabhängigkeit in der Ernährung und Rohstoffversorgung vom Ausland, und die Aufrüstung waren die erklärten wirtschaftlichen Ziele. Der »Neue Plan« Schachts regelte 1935 den Außenwirtschaftsverkehr auf der Basis, daß nicht mehr importiert werden darf, als durch die Ausfuhr bezahlt werden kann mit allen sich daraus ergebenden Genehmigungs- und Kontrollverfahren. Der zweite »Vierjahresplan« Görings hat innerwirtschaftlich die Produktions-, Absatz- und Verbrauchlenkung ständig erweitert und verfeinert und hierfür zahlreiche amtliche und halbamtliche Überwachungsstellen geschaffen, von denen der Reichskommissar für die Preisbildung eine der wichtigsten war. Es entstanden die weitverzweigten »Organisationen des ständischen Aufbaus der Wirtschaft« und auf allen anderen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens oder — um die damalige Ausdrucksweise zu gebrauchen — des Gemeinschaftslebens. Zu den Reichsgruppen der gewerblichen Wirtschaft und dem Reichsnährstand kamen die Arbeitsfrontorganisation, jeweils mit regionalem und fachlichem Unterbau, ferner die Reichskulturkammer, der Reichsbund der Beamten, der Rechtswahrerbund und viele andere.

Alle diese Organisationen hatten das Bedürfnis, sich zunächst einmal über den ihnen zugewiesenen Bereich zu orientieren, so daß es zu einer Unzahl statistischer Erhebungen kam, die nicht miteinander koordiniert waren. Doppelbefragungen und methodisch-technische Unzulänglichkeiten belasteten schließlich die Wirtschaft so stark, daß es zur Errichtung des »Statistischen Zentralausschusses« kam. Dieser Zentralausschuß sollte die erforderliche Koordinierung der statistischen Bedürfnisse und der dafür notwendigen Erhebungen vornehmen. Ohne die Genehmigung des Zentralausschusses durften keine Erhebungen mehr durchgeführt werden. Auf längere Sicht hätte sich daraus ein dem Inhalt nach koordiniertes wirtschaftsstatistisches Gesamtprogramm ergeben sollen.

Der grundlegende Wandel ist von dem damaligen Präsidenten W. Reichardt¹⁴⁾ auf die Formel gebracht worden: Von der Wirtschaftsstatistik zur Bewirtschaftungsstatistik. Während es bisher Aufgabe der Statistik war, die von den Einzelnen erhobenen Daten als Massenerscheinungen zu gruppieren und auszuwerten, also der Feststellung und Beobachtung von allgemeinen Wirtschaftsvorgängen zu dienen, sollten jetzt die Einzelangaben für die Verwaltung und Bewirtschaftung, die Zuteilungen und Genehmigungen an den einzelnen

Betrieb und der Kontrolle seiner Leistungen dienstbar gemacht werden. Wollte man Doppelbefragungen vermeiden, so mußten die Statistiken zwangsläufig zu denjenigen Stellen abwandern, die mit der Bewirtschaftung und Überwachung betraut waren.

Die sich daraus ergebenden tiefgreifenden Folgen des nationalsozialistischen Systems auf das amtliche statistische Programm, die sich vielfach außerhalb der Arbeiten des Reichsamts manifestierten, sollen hier nicht näher dargelegt werden. Die 12 Jahre des Regimes, so schicksalsschwer sie waren, bedeuten doch nur einen vorübergehenden Abschnitt in den hier erörterten 100 Jahren der statistischen Entwicklung, und die Methoden der Planwirtschaft haben, wenn man von den allerersten Übergangsjahren nach dem Zusammenbruch absieht, mit dem Regime ein Ende gefunden. Die Darstellung dieses Zeitabschnitts beschränkt sich daher auf Entwicklungen, die das Arbeitsprogramm des Reichsamtes betrafen und die, wie sich später gezeigt hat, einen Dauerwert besaßen.

B. Die Entwicklung auf den einzelnen Sachgebieten

1. Volkszählungen

Im Zeitabschnitt 1933 bis 1945 haben zwei Volkszählungen stattgefunden, 1933 und 1939, die beide mit Berufs- und Betriebszählungen verbunden waren. Im überschwenglichen Stil der damaligen Zeit wurde die erste als die Eröffnungsbilanz des nationalsozialistischen Reiches, die zweite — nach dem Anschluß Österreichs — als die des neuen Großdeutschen Reiches bezeichnet.

Methodisch schließensich, was den Standardfragenkreis anbelangt, beide Zählungen dem Programm von 1925 an. Statt des »Wohnsitzes vor dem Kriege« wurde wieder der Geburtsort erfragt. Die Frage nach der Muttersprache wurde nur für die östlichen Grenzgebiete und für Mittelschleswig ausgewertet und auf die in diesen Gebieten heimischen nichtdeutschen Muttersprachen beschränkt.

Den Stempel »nationalsozialistischen Gedankengutes« trug die 1939 erstmals gestellte Frage nach der »Volkszugehörigkeit«, d. h. nach dem Volk »zu dem der einzelne sich innerlich« bekennt. Die Antwort auf diese Frage hat später bei der Vertreibung der Sudetendeutschen eine unerwartete Rolle gespielt. Die »Rassezugehörigkeit«, die auf eine Erfassung der Juden und der »jüdisch Versippten« hinauslief, wurde mit einer Ergänzungskarte über Abstammung erfragt. Auf diesen Ergänzungskarten, die den Zählern im verschlossenen Umschlag zu übergeben waren, standen auch die Fragen nach dem Geburtsort und nach einem abgeschlossenen Hochschul- und Fachschulstudium. Dabei sollte die Frage nach der Vorbildung vor allem der Adressensammlung dienen.

Die methodisch wichtigste Erweiterung von allgemeiner Bedeutung lag bei beiden Zählungen auf dem Gebiet der Familienstatistik. Die Frage nach dem Eheschließungsjahr und nach allen in der jetz-

¹⁴⁾ W. Reichardt: Die Reichsstatistik in: Die Statistik in Deutschland nach dem heutigen Stand. Herausgegeben von Friedrich Burgdörfer, Berlin 1940, Erster Band, S. 77 ff.

gen Ehe geborenen Kindern, also einschließlich der verstorbenen und der nicht mehr im Familienhaushalt lebenden Kinder erlaubte die Verwendung eines biologischen Familienbegriffs. Ohne einen solchen Begriff sind Untersuchungen zur Geburtenfrage kaum möglich. Die sonst vorhandenen Angaben über das Lebensalter, Beruf und soziale Stellung des Ehemannes und der Ehefrau erlaubten wertvolle Kombinationen.

Die Tatsache, daß diese familienstatistischen Feststellungen unter dem Nationalsozialismus eingeführt und mit der etwas bombastischen Terminologie jener Zeit behängt waren, hat die Wiederaufnahme familienstatistischer Untersuchungen nach dem Kriege sehr erschwert, obgleich sachliche Feststellungen zum Problem der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung mit ihren weitreichenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen zu jeder Zeit ihre Bedeutung haben. Bei der Auswertung der Volkszählung erhielt das Problem »Volk und Raum«, also Untersuchungen über die Siedlungsweise und die Bevölkerungsdichte, ein großes Gewicht. Die Stärkung der Zentralgewalt erlaubte es 1933 zum ersten Male, ein das ganze Reich umfassendes amtliches Gemeindeverzeichnis herauszubringen.

2. Bewegung der Bevölkerung

Die familienstatistischen Feststellungen der Volkszählung über Bestand, die Dauer und die Kinderzahl der bestehenden Ehen fanden ihre logische Ergänzung in einem entsprechenden Ausbau der Geburtenstatistik (die damals den Namen »Fortpflanzungsstatistik« erhielt). Auf den standesamtlichen Geburtenmeldungen wurde nach dem Geburtsjahr und dem Eheschließungsjahr der Mutter und der Ordnungsnummer der Geburt gefragt. Entsprechend wurden auch die Sterbefallstatistik und die Statistik der Ehescheidungen ausgebaut und damit eine Fortschreibung der Familienstatistik von Jahr zu Jahr ermöglicht.

Zeitbedingt waren bei der Eheschließung Fragen nach einem Ehestandsdarlehen, nach der rassistischen Einordnung und nach der etwaigen Blutsverwandtschaft der Eheschließenden aufgenommen worden. Das für die Fortschreibung der Familienstatistik erforderliche Datum der Eheschließung war seit jeher bekannt.

Die Einführung einer reichseinheitlichen polizeilichen Meldeordnung 1938 machte es möglich, auf Grund der polizeilichen An- und Abmeldungen eine Binnenwanderungsstatistik für das gesamte Reich aufzubauen. Bis dahin bestand sie nur für Preußen.

Die Vorausberechnung der Bevölkerungsentwicklung wurde intensiviert und die gesamte Bevölkerungsstatistik bewußt auf die Ziele der Bevölkerungspolitik (Geburtenförderung, Schutz der Kinderreichen usw.) ausgerichtet. Hierzu gehört auch die Statistik der Ehestandsdarlehen, die eine frühzeitige Eheschließung fördern sollte.

3. Gesundheitswesen

Die wichtigste gesundheitsstatistische Quelle blieb auch im untersuchten Zeitabschnitt die Todesursachenstatistik, die seit 1934 mit einer reichseinheitlichen

Zählkarte erhoben wurde. Die ärztliche Bescheinigung der Todesursache konnte verbessert und auf die größte Zahl der Todesfälle ausgedehnt werden. Das internationale Todesursachenverzeichnis, das schon 1932 übernommen worden war, wurde in der revidierten Fassung von 1938 beibehalten.

Die Statistik der Krankheiten blieb zunächst auf die meldepflichtigen und gesundheitspolitisch zu überwachenden übertragbaren Krankheiten beschränkt, zu denen eine einmalige Reichszählung der Geschlechtskranken (1934) kam. Neuentwickelt wurde seit 1937 unter freiwilliger Mitarbeit einer größeren Zahl von Krankenkassen eine im Statistischen Reichsamt aufbereitete Statistik der Krankheitsfälle nach Krankheitsarten (53 Positionen auf Grund des internationalen Verzeichnisses), gegliedert nach Altersgruppen der Kranken und der Dauer der Arbeitsunfähigkeit.

Die Statistik der Krankenanstalten wurde kaum verändert weitergeführt.

Das große Interesse des Nationalsozialismus an der körperlichen Ertüchtigung, vor allem auch der Jugend, führte zur Einrichtung einer in ihren Zielen weitgespannten amtlichen Sportstatistik. Angestrebt wurde die Beantwortung der folgenden Fragen: Wer treibt Sport? Wo wird Sport getrieben? Wie wird Sport getrieben? Auswirkungen auf den Gesundheitszustand? Woviel Geld wird aufgewendet? Wie sieht es mit der Sportstatistik im Ausland aus? Noch vor den Olympischen Spielen 1936 in Berlin lag eine Statistik der Sportstätten vor. Die Sporttreibenden wurden aus den Mitgliederstatistiken der sporttreibenden Organisationen gewonnen, deren es viele gab. Die Sportfinanzstatistik begann mit den Aufwendungen der öffentlichen Hand. Auch die seit 1935 geführte Statistik der Jugendherbergen ist hier zu nennen.

4. Unterrichts- und Bildungswesen

Die vom Reichsamt mit fünfjährlichen Zeitabständen geführte Reichsschulstatistik wurde ab 1935 jährlich erhoben. Dabei rückte die Volksschulstatistik in den Vordergrund, denn ab 1937 wurden die anderen Schulzweige nicht mehr im Reichsamt bearbeitet, sondern anderen Organisationen zugewiesen.

Neu eingerichtet wurde für die Jahre 1933/34 und 1936/37 eine Statistik der Landwirtschaftsschulen und Wirtschaftsberatungsstellen, die jedoch ebenfalls an andere Stellen abgegeben werden mußte.

Im Jahre 1934 ist — erstmalig und einmalig — eine umfassende Erhebung über das öffentliche Volksbüchereiwesen im ganzen Reichsgebiet durchgeführt worden.

Das Jahr 1935 brachte eine einmalige amtliche Erhebung über Lichtspieltheater.

5. Rechtspflege

Auf dem Gebiet der vom Reichsamt bearbeiteten Rechtspflegestatistiken, insbesondere der Statistik der abgeurteilten Personen, hat sich, abgesehen von Anpassungen der Zählkarte an die Zeitumstände und der Umstellung auf eine vierteljährliche Periodizität (seit 1936), nichts geändert.

Im Jahre 1935 wurde eine »Polizeiliche Kriminalstatistik« für die der Polizei zur Kenntnis gekommenen

Vergehen und Verbrechen eingeführt. Ihre Bearbeitung wurde jedoch dem Reichskriminalpolizeiamt übertragen.

6. Reichsheer und Reichsarbeitsdienst

Die Veröffentlichungen über die Haushaltsstärke von Heer und Marine wurden ab 1935 eingestellt. Nachweise der Reichsleitung des Reichsarbeitsdienstes wurden für die Zeit ab 1933 in »Wirtschaft und Statistik« veröffentlicht.

7. Wahlen und Abstimmungen

Die Wahlstatistik wurde durch die Zusammenstellung der Ergebnisse der Volksabstimmungen von 1933, 1934 und 1938 ergänzt.

8. Erwerbstätigkeit (Berufszählungen)

Das vom Statistischen Reichsamt bearbeitete statistische Bild der Erwerbstätigkeit der gesamten Bevölkerung beschränkte sich auch in diesem Zeitraum auf die Berufszählungen der Jahre 1933 und 1939. Methodisch blieben diese Zählungen in dem für die Berufszählung 1925 gültigen Rahmen. Die Systematik der Wirtschaftszweige für die betriebliche Zuordnung der Erwerbstätigen (und ihrer Angehörigen) wurde nur wenig verändert (145 Positionen). Die soziale Gliederung wurde vereinfacht, indem 1939 nur noch unterschieden wurden:

- Selbständige
- Mithelfende Familienangehörige
- Beamte
- Angestellte
- Arbeiter.

Die wichtigsten Veränderungen gegenüber 1925 liegen darin, daß die früher zu den Selbständigen gerechneten Geschäftsführer, Direktoren usw. auf Grund ihres Vertragsverhältnisses zu den Angestellten gezählt wurden und die Hausgewerbetreibenden zu den Arbeitern. Die »Mithelfenden« wurden in die Nähe der Selbständigen gerückt, Beamte und Angestellte getrennt nachgewiesen. Die Hausgehilfen wurden den Arbeitern zugerechnet. Um die Unterscheidung der Arbeiter von den Angestellten zu erleichtern, wurde nach der Versicherungspflicht (Angestellten- oder Invalidenversicherung) gefragt.

Die Berufsordnung, die der Gliederung nach der individuellen Tätigkeit zugrunde liegt, wurde 1933 hinsichtlich der Zahl der auszuwählenden Berufe von 193 auf 236 Positionen erweitert. Im Jahre 1939 wurden zunächst 262 wichtige, meist gelernte Berufe unterschieden. Zusätzlich wurden dann, um eine Gliederung aller Erwerbstätigen nach der individuellen Tätigkeit zu ermöglichen, die nur durch ihre Betriebszugehörigkeit charakterisierten Erwerbstätigen in »Berufsarten« umgewandelt. Aus den nicht zu den besonders ausgewählten Berufen gehörenden Selbständigen der Schlosserei wurden so Schlossereibesitzer (ohne Schlosser), aus den »sonstigen Arbeitern« des Steinkohlenbergbaus usw. die Kokerei-, Schwelerei- und Brikettarbeiter. In anderen Wirtschaftszweigen wurden entsprechend aus den »sonstigen Arbeitern« die Berufsarten der Chemiewerker, der Textilwerker, der Papierwerker, der Lederwerker usw. geschaffen.

Wenn sich durch diese Manipulation auch der Erkenntniswert der Ergebnisse gegenüber 1925 nicht verändert hat, so besitzt die konsequente Gliederung aller Erwerbstätigen nach den drei Gliederungsprinzipien: Betriebszugehörigkeit, soziale Stellung und individuelle Berufstätigkeit mancherlei praktische Vorteile (z. B. bei der Anwendung der Berufsordnung auf die Statistik der Arbeitsvermittlung).

Während 1933 wegen der noch nicht überwundenen Wirtschaftskrise nach der Arbeitslosigkeit gefragt wurde (mit einer Unterscheidung von Fürsorge-, Pflicht-, Notstandsarbeitern und Arbeitsdienst), fiel diese Frage im Jahre 1939 fort.

Außerhalb der Berufszählungen brachte nach wie vor von den im Reichsamt bearbeiteten Statistiken nur die Krankenkassenstatistik einen gewissen allgemeinen Überblick über die Beschäftigungslage, der seit 1932 monatlich gegeben wurde.

Die wichtigste Quelle für die Beschäftigungsstatistik, jetzt Arbeitseinsatzstatistik genannt, wurde die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, die ihrerseits in Zusammenhang mit der Einziehung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung über die Krankenkassen eine Mitgliederstatistik dieser Kassen einrichtete. Nach der Einführung der Arbeitsbuchpflicht im Jahre 1935 entstand eine umfassende Kartei aller arbeitsbuchpflichtigen Personen, in die sehr viele Merkmale aufgenommen waren. Sie sollte mit großem Aufwand auf dem laufenden gehalten werden, was nur in Zeiten einer sehr strengen Lenkung des Arbeitseinsatzes und der Meldung jedes Arbeitsplatzwechsels an das Arbeitsamt Erfolg versprach.

9. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Die nationalsozialistische Agrarpolitik versuchte, die deutsche Volksernährung durch Mehrerzeugung und landwirtschaftliche Marktordnungen zu sichern. Propagandistisch sprach man von der »landwirtschaftlichen Erzeugungsschlacht«. Hierfür wurden zuverlässige Angaben über die landwirtschaftliche Produktion gebraucht, die nach wie vor nicht unmittelbar erfragt, sondern aus Anbauflächen und Ernteerträgen je Hektar errechnet wurde. Das bereits vorhandene statistische Arbeitsprogramm wurde ergänzt und methodisch verbessert.

Die Statistik der Bodennutzung und der Anbauflächen wurde ab 1935 auf einen jährlichen Turnus gebracht. Das Verfahren der (unkontrollierten) Individualerhebung, das im ersten Weltkrieg und auch bei der Betriebszählung 1933 angewendet wurde, hatte im Endergebnis stets zu geringe Nutzflächen gebracht (1933: 7,4% zu wenig). Andererseits führte dieses System zu besseren Resultaten für die Aufteilung nach Fruchtarten als die Erhebungen bei der Gemeindebehörde. Man hat dann ab 1938 die Vorteile beider Verfahren zu vereinigen versucht, was zu Vorerhebungen wegen der Katasterflächen und zu Haupterhebungen für die Bodenbenutzung zwang. Es wurde ferner vom »Belegheitsprinzip« auf das »Betriebsprinzip« übergegangen, d. h. der Betriebsinhaber meldete für seinen ganzen Betrieb, gleichgültig in welcher Gemeinde seine Nutzflächen lagen.

Im Rahmen der Autarkiebestrebungen, die insbesondere hinsichtlich der Eiweißversorgung schwierig zu realisieren waren, wurden Bodenbenutzungs-Nach-

erhebungen für die landwirtschaftlichen Zwischenfrüchte (vielfach Futterfrüchte) als die wichtigsten Eiweißlieferanten (hauptsächlich über den Viehmagen) eingeführt. Sondererhebungen zur Bodenbenutzung gab es für das Rebland, für die Arznei-, Gewürz- und Duftpflanzen und für die ablaßbaren Fischteiche. Auch die Erhebung über den geplanten Anbau von Gemüse (1939) ist hier zu nennen, ebenso wie die Erhebungen über die Baumschulen (ab 1938).

Am Verfahren der Ernteermittlung durch die Saatenstandsberichterstattung wurde im Prinzip nichts geändert. Man gab sich jedoch große Mühe, die Leistungsfähigkeit des Berichterstattes durch Schulungen usw. zu verbessern. Die Berichterstattung wurde seit 1933 in den Hauptgemüsegebieten auf die Gemüseernte ausgedehnt. Auch für die Obsternte lagen seit 1933 Ergebnisse vor, die durch drei Obstbaumzählungen (1932/33, 1934, 1938) gestützt wurden.

Die landwirtschaftliche Produktionsstatistik wurde durch einen Ausbau der Statistik der Lagerräume und der Getreidevorräte ergänzt, in die vor allem die Vorräte der zweiten Hand (Mühlengewebe) und der dritten Hand (Brauereien, Mälzereien usw.) einbezogen wurden. Auch der Verbrauch und die Vorräte an industriellen Erzeugnissen in der Landwirtschaft wurde für die Wirtschaftsjahre 1935/36 und 1938/39 festgestellt.

Die bereits vorhandenen und recht vollständigen Statistiken der Viehwirtschaft wurden weiterhin ergänzt. So wurden ab 1934 monatlich die Kälbergeburten, seit 1935 jeweils Anfang Juni die Schafe gezählt, seit 1939 die Milchkühe und Färsen zum gleichen Zeitpunkt festgestellt und 1936 einmalig die Rassenzugehörigkeit der Rinder, Schweine, Schafe und Ziegen erhoben.

Die Seefischerei- und Bodenseefischereistatistik wurde ab 1939 auf die sonstigen Binnenseefischereigewässer ausgedehnt und auch durch die schon erwähnte einmalige Erhebung der ablaßbaren Fischteiche ergänzt.

Die Forststatistik wurde zeitweilig durch Holzeinschlags- und Verkaufsnachweisungen und durch Meldungen ausgewählter Sägewerke und Holzhandlungen über die Holzvorräte vervollständigt.

Im Rahmen der allgemeinen Agrarpolitik des Nationalsozialismus spielte die Beobachtung der Eigentumsverhältnisse eine wichtige Rolle. Die Siedlungsstatistik, nunmehr als Bauernsiedlung bezeichnet, wird seit 1933 jährlich geführt und seit 1935 durch eine Statistik der Kleinsiedlung (Bewilligungsbescheide und Anwärterlisten) erweitert. Die Erbhöfe und die Umlegungen werden erfaßt, dazu kam 1938 eine allgemeine Statistik des Land- und forstwirtschaftlichen Grundeigentums.

Landwirtschaftliche Betriebszählungen haben 1933 und 1939 in Verbindung mit der Volks- und Berufszählung stattgefunden. Die Zählung von 1933 kam mit einem zweiseitigen Fragebogen aus gegenüber vier Seiten im Jahre 1925. Der Fragenkreis blieb im Prinzip der gleiche wie 1925, jedoch wurden die Fragen nach den Eigentums- und Besitzverhältnissen eingeschränkt, da damals schon andere Pläne zur Feststellung des Grundeigentums schwebten. Auch die

Erfassung des Viehstandes wurde gekürzt. Die damalige Arbeitslosigkeit in der Industrie erforderte eine besondere Erfassung in der in ihrem Beruf arbeitslosen Familienangehörigen, um die nicht betriebsnotwendigen »Mithelfenden« auszuschalten.

Die Betriebszählung des Jahres 1939 brachte wieder eine erhebliche Erweiterung des Fragebogens. Dies war zum Teil durch die Verbindung mit der Bodenbenutzungserhebung des gleichen Jahres bedingt. Für die Bodenbenutzung und den Anbau auf dem Ackerland wurden 62 Positionen gebraucht gegen nur 24 im Jahre 1933. Um den vollständigen Nachweis der Gesamfläche zu sichern, ist auf Grund der Bodenbenutzungsvorerhebung (Katasterunterlagen) die Gesamfläche in jeden Bogen vor der Austeilung eingetragen worden. Auch die Kataloge der Viehhaltung und der landwirtschaftlichen Maschinen wurden erweitert, Fragen über die Deputatentlohnung und die Unterbringung von Arbeiterfamilien in Werkwohnungen neu aufgenommen.

10. Arbeitsstättenzählungen, Unternehmensstatistiken

Von den beiden »Betriebszählungen« der Jahre 1933 und 1939 ist nur die letztere methodisch interessant. Die »Gewerbliche Betriebszählung 1933« war eine Wiederholung der Zählung von 1925 in stark vereinfachter Form. Man kam mit einer zweiseitigen Fragekarte statt eines vierseitigen Fragebogens aus. Verzichtet wurde auf eine Erhebung der »Wirtschaftseinheiten« (Unternehmen), so daß die dafür erforderlichen Fragen (Haupt- und Zweigniederlassungen, Rechtsform) fortfallen konnten. Auch die Aufbereitung nach Teilbetrieben wurde auf wichtigere Gewerbezweige beschränkt. Der Katalog der Maschinenverwendung wurde gekürzt. Dagegen wurden bei den Personalfragen die Arbeiter in gelernte, angelernte und ungelernete aufgliedert und besondere Fragen über das Personal der Kleinbetriebe gestellt.

Die Zählung des Jahres 1939 umfaßte zum erstenmal nicht mehr allein die »Gewerblichen Betriebe«, sondern alle Arbeitsstätten (mit Ausnahme der Landwirtschaft). Hinzu kamen auf diese Weise alle Büros, Behörden, Parteidienststellen, öffentliche Betriebe und Verwaltungen und die freien Berufe. Die Zählung wurde bewußt als eine Generalstatistik für alle Zweige des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens angesehen, die den allgemeinen Rahmen für die Abgrenzung von Spezialstatistiken für einzelne Bereiche liefern sollte. Solche Spezialstatistiken waren die mit der Zählung verbundene Handwerksbetriebszählung und die Einzelhandelsbetriebszählung (siehe unten).

Die Arbeitsstättenzählung 1939 nahm die Dreigliederung der Zählung von 1925 wieder auf. Erhoben wurde die örtliche Einheit, die im Hinblick auf die angestrebte Raumordnung und die Siedlungsziele im Osten auch die wichtigste Bearbeitungseinheit blieb. Die Wirtschaftseinheiten wurden wiederum im Sinne von Unternehmen — also nicht von Konzernen — nach der Rechtsform zusammengestellt und räumliche und sachliche Verflechtungen aufgezeigt. Im Bereich des Einzelhandels konnte so die Verbreitung des Filialsystems nachgewiesen werden. Für die Aufteilung nach technischen Betriebseinheiten konnte diesmal auf die für Bewirtschaftungs- und Lenkungs-

zwecke sehr straffe Organisation der gewerblichen Wirtschaft zurückgegriffen werden. Wer mit seinem Produktionsprogramm in mehrere »Fachuntergruppen« fiel, mußte eine entsprechende Aufteilung vornehmen.

Das systematische Verzeichnis der Arbeitsstätten war mit dem Organisationsschema der Wirtschaftsprüfung, Fachgruppen und Fachuntergruppen in Einklang gebracht worden, so daß im Grunde die Tiefengliederung der Systematik über die Art der Aufteilung nach Teilbetrieben oder technischen Einheiten entschied. Die Systematik unterschied 4 Abteilungen, 34 Gruppen, 259 Klassen und 820 Arten, insgesamt 917 kleinste Positionen. Diese weitgehende Untergliederung wurde nur beim Nachweis der technischen Einheiten verwendet. Bei den örtlichen Einheiten begnügte man sich wegen der örtlich vielfach vorhandenen horizontalen und vertikalen Kombinationen mit einem Nachweis nach Gruppen und Klassen, die durch besondere Kombinationspositionen (17 kombinierte Klassen und 71 kombinierte Arten) ergänzt wurden. Sinngemäß wurde beim Nachweis der Unternehmen verfahren.

Die erfragten Merkmale deckten sich weitgehend mit dem Fragenkatalog von 1925 (also Beschäftigte, Kraftmaschinen, Kraftfahrzeuge, Haupt- und Zweigniederlassungen, Rechtsform). Die Kennzeichnung der Art der Arbeitsstätte war durch eine Frage nach der Organisationszugehörigkeit erleichtert. Die Kraftfahrzeuge wurden eingehender erfragt. Einen breiten Raum nahmen die Sonderfragen für Handwerksbetriebe und Betriebe des Einzelhandels ein, deren Ergebnisse an anderer Stelle behandelt werden (siehe Abschnitt B. 11. und B. 13a).

Die übrigen, sich über den ganzen Bereich der Wirtschaft erstreckenden Statistiken wurden fortgeführt und erweitert. So wurde der Bestand an Unternehmen seit 1935 jährlich nachgewiesen, nachdem die Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften durch die offenen Handelsgesellschaften und Einzelfirmen ergänzt worden waren. Die Geschäftsergebnisse der Aktiengesellschaften und Genossenschaften wurden weiterhin teils vierteljährlich, teils jährlich zusammengestellt und auch die Konzernbildung weiterverfolgt.

11. Industrie und Handwerk

Die größten Umstellungen und methodischen Fortentwicklungen sind in der nationalsozialistischen Zeit auf dem Gebiete der Industriestatistik zu verzeichnen. Diese Entwicklungen vollzogen sich allerdings zum Teil außerhalb des Statistischen Reichsamts, das seine bisherigen produktionsstatistischen Arbeiten mit dem dazugehörenden Personal zeitweilig an das Reichsamt für wehrwirtschaftliche Planung abgeben mußte. Der Grundgedanke hierfür war, daß die statistische Erfassung der Planungsunterlagen und die Planung selbst in einer Hand liegen sollten und die wehrwirtschaftliche Planung als solche keine statistische Aufgabe darstellte.

Die bis 1933 durchgeführten Produktionsstatistiken für ausgewählte Industriezweige, für deren Auswahl jeweils konkrete handelsvertragliche oder zolltarifliche Probleme maßgebend gewesen waren, gingen dem Reichsamt zeitweilig verloren. Es

verblieben nur die im Zusammenhang mit der Verbrauchsbesteuerung erhobenen Produktionsverhältnisse. Auch der seltene Fall, daß im allein gefahrenen Programm der Statistik einmal etwas gestrichen wird, soll hier vermerkt werden. Er betrifft allerdings nur die Einstellung der Statistik der Dampfkesselexplosionen.

Die Vorarbeiten für einen umfassenden Produktionszensus nach angelsächsischem Vorbild hatten bereits nach der gewerblichen Betriebszählung von 1925 eingesetzt. Die Beschränkung der Informationen auf die Beschäftigten — neben den Angaben über Kraftmaschinen und Kraftfahrzeuge — wurde als unbefriedigend empfunden und eine Einbeziehung der Produktionsleistung (brutto und netto) angestrebt. Im Anschluß an die Betriebszählung 1933, die das Adressenmaterial lieferte, wurde dann auch eine Nacherhebung angeordnet, die die Produktion aller wichtigen Industriezweige gleichzeitig erheben sollte. In einem Aufsatz¹⁵⁾ über »Statistik der Industriewirtschaft« hat Direktor Dr. Bramstedt vom Statistischen Reichsamt einen umfassenden und hochfliegenden Plan einer industriewirtschaftlichen Gesamtrechnung als Zielvorstellung entwickelt, der viele Elemente unserer heutigen »Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen« für den »Sektor Industrie« enthielt.

In die Tat umgesetzt wurde allerdings nur, was für die wehrwirtschaftliche Planung als notwendig erachtet wurde. Dazu gehörte zunächst ein umfassendes Bild der gesamten Industrie, denn von der zu planenden Umverteilung der Arbeitskräfte und Rohstoffe im Kriegsfall wurden alle Industriezweige als Gebende oder Nehmende betroffen. Im Mittelpunkt standen die erwarteten Schwierigkeiten in der Rohstoffversorgung, die zu Darstellungen des Rohstoffflusses in Form von »Industriestammbäumen« oder »Fließbildern« führten, also zu produktionstechnischen Verflechtungsbildern, die wir heute als Input/Output-Tabellen aufbauen würden. Rohstoffbilanzen und ihre mutmaßliche Entwicklung und Planung für den Kriegsfall sind für mehrere Hundert Roh- und Halbstoffe aufgestellt worden. Alle diese Daten sind natürlich nicht veröffentlicht worden. Immerhin ist aus allem der erste deutsche Industriezensus entstanden, dessen volkswirtschaftlich wichtige Daten in der Schrift »Die deutsche Industrie. Gesamtergebnisse der amtlichen Produktionsstatistik« bekanntgegeben worden sind. Diese meist als »Industriezensus 1936« bezeichnete Schrift hat in der Nachkriegszeit sowohl bei den Besatzungsmächten wie für den Aufbau der Bundesstatistik eine gewisse Berühmtheit erlangt.

Statistisch-methodisch waren Generalerhebungen in mehrjährigen Abständen als Totalerhebungen vorgesehen, deren Ergebnisse durch Jahreserhebungen oder kurzfristigere Statistiken auf repräsentativer Grundlage fortgeschrieben werden sollten. Diese kurzfristigen Statistiken wurden in die Hand der Fachgruppen der Reichsgruppe Industrie gelegt. Das Reichsamt mußte in diesem Zusammenhang auch die seit langen Jahren entwickelte Industrieberichterstattung, die durch Angaben über den nach Inland und Ausland unterteilten Absatz erweitert worden war, an die Reichsgruppe Industrie abgeben.

¹⁵⁾ Paul Bramstedt: Statistik der Industriewirtschaft in: Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand. Herausgegeben von Friedrich Burgdörfer, Berlin 1940.

Wenn die nationalsozialistische Periode weitgehend durch methodische Fortschritte in der Industriestatistik — zeitweilig außerhalb der Reichsamtstatistik — gekennzeichnet ist, so sind auch auf dem Gebiet der Handwerksstatistik im Reichsamt Fortschritte erzielt worden. Ab April 1936 wurde eine monatliche Handwerksberichterstattung aufgebaut. Die Möglichkeit hierzu bot die Einführung des Befähigungsnachweises und die schon seit 1929 errichtete Handwerksrolle. Die berichtenden Betriebe, deren Zahl sich von anfänglich 15 000 auf rd. 20 000 erhöhte, wurden von den Handwerkskammern aus- gesucht, die auch die Meldungen sammelten und an das Reichsamt weiterleiteten. Erfragt wurden Beschäftigte (7 Positionen), Lohnsumme, Gesamtwert der Einkäufe, Umsatz.

Die eingehenden Sonderfragen bei der Arbeitsstättenzählung führten zu einer speziellen Handwerkszählung 1939. Die Handwerksbetriebe konnten auf Grund der allgemeinen Fragen nach der Organisationsform ausgegliedert werden. Außer den für alle Arbeitsstätten erhobenen Sachverhalten gaben die Sonderfragen Auskunft über die persönlichen Verhältnisse der selbständigen Handwerker. Sie dienten, wie die Erfragung des Alters und Familienstandes, des Eheschließungsjahres und der Kinderzahl dazu, Unterlagen für die Bevölkerungspolitik und die Mittelstandspolitik zu beschaffen. Ferner wurde nach der Ausbildung und der Berechtigung zur Lehrlingsan- leitung gefragt. Durch Fragen nach dem Haus- und Grundbesitz, durch Verbindung mit der Landwirt- schaft, offenen Ladengeschäften oder anderen ge- werblichen Tätigkeiten sollten die wirtschaftlichen Verhältnisse der Handwerker durchleuchtet werden.

12. Bautätigkeit und Wohnungen

Die Bautätigkeitstatistik wurde zum Teil sachlich erweitert und die Programme für die kleineren Ge- meinden vervollständigt. Ab 1936 wurde eine monatliche Periodizität eingeführt, die mit Beginn des Krieges in eine vierteljährliche umgewandelt wurde.

Eine Wohnungszählung fand im Zeitraum 1933 bis 1945 nicht statt.

13. Binnenhandel

Zu der laufenden Großhandels- und Einzelhandels- berichterstattung brachte die Arbeitsstättenzählung 1939 die erste Bereichszählung für den Einzel- handel. Die für alle Arbeitsstätten vorliegenden Daten wurden durch Sonderfragen ergänzt, die der näheren Darstellung der Betriebsstruktur dienen sol- len. Vor allem wurden sämtliche Betriebsformen vom Warenhaus bis zum Straßenhandel unterschieden. Fragen nach Versandhandel und Teilzahlungsgeschäf- ten gestellt und die Verbindung mit landwirtschaft- licher oder gewerblicher Tätigkeit erkundet.

14. Außenhandel

Die wichtigsten, auf die Außenhandelsstatistik zurück- wirkenden Wandlungen lagen nicht in Mängeln der statistischen Methodik, sondern in den zahlreichen staatlichen Eingriffen in die Ordnung des Außenhandels selbst. Der Außenhandel wurde devisenpolitisch, preis-

politisch, handelspolitisch und unter Autarkiegesichts- punkten überwacht, und alle mit diesen Aufgaben betrauten Dienststellen waren auf die Außenhandels- statistik angewiesen. Die Aufgabe, die Nahrungsmittel- und Rohstoffversorgung zu sichern, erzwang vielfach eine Verlagerung auf andere Bezugsländer. Das Prin- zip der Gegenseitigkeit im Außenhandelsverkehr ver- langte schnelle und zeitgerechte Nachweise für die einzelnen Partnerländer.

Die Aufgabe, den länderweisen Außenhandelsverkehr nach Art, Menge und Wert nachzuweisen, hatte die Außenhandelsstatistik nach ihrer Neuordnung im Jahre 1928 auch bisher erfüllt. An der grundsätzlichen Metho- dik wurde daher durch die neue gesetzliche Regelung von 1939 nichts geändert, aber zahlreiche Verfeine- rungen wurden eingeführt. Sie betrafen einmal das Warenverzeichnis, das feiner untergliedert und der Systematik der Produktions- und Lagerstatistiken, aber auch der Organisationsform der Wirtschaft angepaßt wurde. Auch das Länderverzeichnis wurde wegen der Gegenseitigkeit des Handels ausführlicher gestaltet und Ländergruppen aufgelöst. Auf die Vollständigkeit und Richtigkeit der Anmeldungen wurde größter Wert gelegt und Kontrollen eingerichtet. Die Schnellig- keit wurde gefördert und das Ziel angestrebt, zeit- getreue Monatsberichte 14 Tage nach Ablauf des Monats vorzulegen. Hierzu mußte insbesondere das Anmeldeverfahren des über die Freihäfen Hamburg und Bremen laufenden Außenhandels neu geregelt werden.

Aber nicht nur der Staat, sondern auch die Wirtschaft war an einer verfeinerten Außenhandelsstatistik äußerst interessiert. Das Prinzip der Gegenseitigkeit, bei dem das Empfangsland deutscher Exporte noch mit staat- lich erwünschten Nahrungsmitteln oder Rohstoffen zahlen mußte, drohte das Außenhandelsgeschäft stark zu reduzieren. Es galt also, auf der Basis der in- und ausländischen Außenhandelsstatistik Möglichkeiten für Dreiecksgeschäfte zu finden, bei denen der Ausgleich der Handels- und Devisenbilanz dadurch gesichert wurde, daß Deutschland in das Land A exportierte und den Gegenwert aus dem Land B einfuhrte, nachdem die Länder A und B durch entsprechende mit deutscher Hilfe zustandegekommene Handelsgeschäfte unter sich hierfür die Voraussetzungen geschaffen hatten.

15. Verkehr

Die Verkehrsstatistik wurde in allen ihren bisher vor- handenen Zweigen weitergeführt und vielfach ergänzt. Beim schienenengebundenen Verkehr wurde ab 1937 der Personenverkehr der Straßenbahnen und ab 1939 der Personen- und Güterverkehr der Privat- und Kleinbahnen einbezogen und monatliche Ergeb- nisse gebracht. Für die Binnenschiffahrt kam es 1934 zu einer Zählung der Betriebe, ferner wurde die Statistik des Umladeverkehrs, die es seit 1902 für Um- ladungen zwischen Bahn und Schiff gab, auf alle Um- ladungen von und zu den Binnenwasserstraßen aus- gedehnt.

Die wichtigsten Neuerungen betrafen jedoch den Straßenverkehr. Die vor allem durch militärische Gesichtspunkte bestimmte Einführung des Kraftfahr- zeugbriefes ab 1934 erlaubte es, die schon seit 1907 geführte Statistik des Kraftfahrzeugbestandes zu verbessern und eine laufende Statistik der Neuzu-

Präsidenten des Statistischen Reichsamtes



Wolfgang Reichardt
1933—1940



Curt Godlewski
1940—1945



Neue Königstraße, Berlin

Dienstgebäude des Statistischen Reichsamtes von 1935 bis 1945

lassungen einzurichten. Auch die Straßen und die Reichsautobahnen wurden ab 1936 in das statistische Programm aufgenommen. Die Güterverkehrsstatistik, die für die Eisenbahnen und die See- und Binnenschifffahrt bereits bestand, wurde seit 1937 durch den Güterfernverkehr mit Kraftfahrzeugen vervollständigt. Auch die Personenverkehrsstatistik wurde durch den Linienverkehr mit Kraftfahrzeugen ergänzt. Schließlich wurde 1935 die Statistik der Straßenverkehrsunfälle wieder eingeführt. Die erste, 1906 begonnene Statistik dieser Art war im ersten Weltkrieg eingestellt worden. Nachrichten über den Luftverkehr wurden zwar im Statistischen Jahrbuch gebracht, aber im Reichsluftfahrtministerium bearbeitet.

16. Geld und Kredit

Die im Reichsamt geführten Geld- und Kreditstatistiken traten in der Zeit des Nationalsozialismus an Bedeutung etwas zurück, da sich die Wirtschaftspolitik unmittelbaren Eingriffen in den Wirtschaftsablauf zuwandte. Das Instrumentarium ist hauptsächlich 1933 durch eine Statistik der Tätigkeit der Bausparkassen bereichert worden. Die Entwicklung bei der Postsparkasse wurde aus Nachweisungen des Postsparkassenamtes übernommen.

17. Versicherungen (ohne Sozialversicherung)

Auf diesem Sachgebiet blieb es auch im Zeitraum 1933 bis 1945 bei Jahrbuchveröffentlichungen der schon 1901 an das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherungen übergebenen Statistik.

18. Sozialversicherung und öffentliche Sozialleistungen

Auch auf diesem Sachgebiet brachte die nationalsozialistische Zeit keine nennenswerten Änderungen des im Statistischen Reichsamt bearbeiteten Programms, mit Ausnahme der Tatsache, daß die Statistik der öffentlichen Jugendhilfe ab 1937 auf das gesamte Reichsgebiet ausgedehnt wurde. Die Tätigkeiten des Regimes auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege (z. B. NS-Volkswohlfahrt, Winterhilfswerk) fanden keinen statistischen Niederschlag im Reichsamt.

19. Ehemalige Arbeiterstatistik

Dieser Bereich, der vor dem ersten Weltkrieg eine große Bedeutung hatte und nach dem Weltkrieg an die Reichsarbeitsverwaltung abgegeben wurde, ist hier nur aufgeführt, um die Kontinuität der Darstellung mit den früheren Zeitabschnitten zu sichern. An der Aufgabenverteilung hat sich auch im Zeitraum 1933 bis 1945 nichts mehr geändert.

20. Finanzen und Steuern

Die nach dem ersten Weltkrieg systematisch auf- und ausgebauten Statistik der öffentlichen Finanzen und Steuern wurde in all ihren Teilen aufrechterhalten und weiter vervollständigt. In der nationalsozialistischen Zeit hat sich vor allem die Finanzpolitik mit ihren neuen Zielen der Arbeitsbeschaffung und der Aufrüstung gegenüber der Weimarer Zeit geändert.

Auch für diese Ziele reichte das statistische Bild der Haushaltslage der öffentlichen Hand und ihrer Verschuldung aus, so daß an der Methodik nichts geändert zu werden brauchte.

Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß die Gebietskörperschaften weiterhin den wichtigsten Teil der öffentlichen Finanzgebarung repräsentierten. Daneben entstanden aber zahlreiche Parteistellen und politische, soziale und wirtschaftliche Organisationen, die öffentliche Zwecke erfüllten. Ihre Finanzgebarung blieb im dunkeln.

Die wichtigste Erweiterung des Arbeitsprogramms lag in den Schritten zum Aufbau einer Vermögensstatistik, die das Bild der Einnahmen und Ausgaben, der Verschuldung und des Personalstandes der Gebietskörperschaften durch Nachweise über ihr Vermögen ergänzen sollte. So wurde 1936 die Statistik des öffentlichen Vermögens der Gemeinden und Gemeindeverbände eingeführt und diese 1937 auf die Länder ausgedehnt. Die Personalstandsstatistik sollte für bevölkerungspolitische Ziele und einen Familienlastenausgleich nutzbar gemacht werden. Sie wurde daher mit erweiterter Fragestellung verselbständigt.

Die reichseinheitliche Regelung des Steuerrechts machte weitere Fortschritte. Auch wenn die Realsteuern, also die Grundsteuer und die Gewerbesteuer, Gemeindesteuern blieben, wurden diese Steuern einheitlich geregelt und den Gemeinden nur die Höhe der Hebesätze überlassen. Damit war die Grundlage für die Gewerbesteuerstatistik geschaffen, deren Ergebnisse für die Neuregelung des Gemeindefinanzausgleichs gebraucht wurden. Die Hauptstatistik wurde für 1937 und 1938, die Statistik der Meßbeträge laufend ab 1937 erstellt. Im Jahre 1938 wurde auch die Grundsteuerstatistik als Reichsstatistik aufgenommen.

Die Verbrauchsteuern wurden in Anpassung an die Gesetzgebung 1933 durch die Fettsteuer und 1934 durch die Schlachtsteuer ergänzt.

Die Berechnungen über die steuerliche Belastung wurden von 1934 bis 1939 für die gewerbliche Wirtschaft und 1937 und 1938 für die Landwirtschaft weitergeführt.

21. Preise

Die nationalsozialistische Preispolitik führte vielfach zu einem Übergang von freien, am Markte gebildeten Preisen zu einem System »geordneter« — also staatlich festgesetzter — Preise. So sind z. B. mit der Einführung der landwirtschaftlichen Marktordnung seit 1934 an die Stelle der Getreidebörsen- und Schlachtviehmarkt-Notierungen die vom Reichsnährstand festgesetzten Preise getreten. Zu den festgesetzten Grundpreisen kamen meist Auf- und Abschläge je nach Art und Güte der Ware, nach dem Gebiet und der Jahreszeit des Verkaufs. Die Auswirkungen dieser Preispolitik schufen daher hauptsächlich Probleme in der Sammlung der Ausgangsmaterials, besonders weil man auf die Vergleichbarkeit mit früheren Preisreihen großen Wert legte.

Die Zahl der in die monatlichen Nachweise der Großhandelspreise einbezogenen Waren und Preisreihen wurde erhöht. Hinzugekommen sind vor allem Preise für Baustoffe, die Erlöse für Rundholz der staatlichen

Forstverwaltungen, die Erlöse für versteigerungsfähiges Holz in Gemeinde- und Privat-Forsten und für Schnittholz. Bei den Einzelhandelspreisen wurden zusätzlich die Preise für Fleisch und Fettwaren in 48 Gemeinden mit Schlachtviehmärkten seit 1934 monatlich erhoben. Das Programm der Indexberechnungen, das bereits die Indexziffern der Großhandels- und Fertigwarenpreise, der Verkaufspreise landwirtschaftlicher Produkte, der Baukosten und der Lebenshaltungskosten umfaßte, wurde durch einen Preisindex der sächlichen Betriebsmittel der Landwirtschaft und einen Index der Weltmarktpreise vervollständigt.

22. Löhne und Gehälter

Durch die Schaffung der »Arbeitsfront« und die gesetzliche »Ordnung der nationalen Arbeit« verlor die Tariflohnstatistik zugunsten der Statistik der Effektivverdienste an Bedeutung.

Die vorhandene Statistik der Effektivverdienste in ausgewählten Gewerbezeigen in jeweils 3jährigem Turnus wurde als Grundlage für eine straff geführte Lohnpolitik nicht als ausreichend angesehen. Es kam daher im Jahre 1935 zu einer Umstellung des Erhebungsverfahrens. Ein gleichzeitiger Überblick über eine möglichst große Zahl von Gewerbezeigen wurde durch die Ausdehnung auf 21 Gewerbezeige erreicht, zu denen — aus anderer Quelle — noch die Bergarbeiterlöhne kamen. Erfasst wurde damit etwa die Hälfte der in Industrie und Bergbau überhaupt beschäftigten Arbeiter. Auf dieser breiteren Grundlage fanden vierteljährliche Erhebungen statt, bei denen das Repräsentativverfahren beibehalten wurde. Zur Vereinfachung ging man jedoch von der Einzelerhebung für jeden Arbeiter zur Erhebung von Lohnsummen für mehrere Leistungsgruppen von Arbeitern und Arbeiterinnen über. Anzugeben waren im Prinzip die Wochenlöhne und die Arbeitsstunden, so daß Stunden- und Wochenverdienste nachgewiesen werden konnten. Eine Trennung nach Lohnformen unterblieb, es wurde nur noch die Zahl der Zeit- bzw. Stücklöhner erfragt. Das so gewonnene Material wurde zusätzlich (nach dem Kettenverfahren) zu Lohnindexziffern verarbeitet, die die Veränderungen des Lohnniveaus unter Ausschaltung der sich ändernden Zahl der Arbeiter wiedergeben.

Zu dieser laufenden vierteljährlichen Statistik der Arbeitervdienste, deren Ergebnisse jeweils vor Beginn der nächsten Erhebung vorlagen, kam 1934 noch eine Gehaltserhebung im Bankgewerbe. Die sich auf Lohnsummen stützende Verdienststatistik konnte naturgemäß keine Streuung der Individualverdienste aufzeigen. Diese zusätzliche Information sollte durch Einzellöhnerhebungen in längeren Zeitabständen gewonnen werden. Es kam jedoch nur im Jahre 1938 zu einer solchen Erhebung in der Landwirtschaft und in der metallverarbeitenden Industrie.

23. Wirtschaftsrechnungen und Versorgung

Im Jahre 1937 wurde eine neue Erhebung von Wirtschaftsrechnungen, diesmal für gewerbliche Arbeiter, durchgeführt, an der sich 2 600 Familien beteiligten. Dabei wurden die ernährungswissenschaftlichen Unterlagen weiter verfeinert. Zu den schon 1927 erfragten und berechneten Angaben wurden

noch das Körpergewicht und die Körpergröße und die Art der Berufstätigkeit der Haushaltsmitglieder ermittelt, wodurch vor allem die Umrechnungsmodalitäten auf »Vollpersonen« verfeinert werden sollten.

Im Jahre 1938 wurden ergänzend die Wirtschaftsrechnungen von 600 Familien landwirtschaftlicher Arbeiter erhoben, bei denen die Naturaleinkommen, sei es aus empfangenen Deputaten oder eigener Landwirtschaft und Viehhaltung, besonders schwierige Probleme aufwarfen.

Die Verbrauchsberechnungen pro Kopf der Gesamtbevölkerung wurden erweitert, sie blieben aber nach wie vor auf Nahrungs- und Genußmittel und verbrauchsbesteuerte Waren beschränkt.

24. Volkswirtschaftliche Bilanzen

Für die nationalsozialistische Staatsführung, deren Ziel es war, die gesamte Volkswirtschaft »zu ordnen« und Höchstleistungen der Eigenproduktion und der Selbstversorgung zu erreichen, waren zusammenfassende Daten für bestimmte volkswirtschaftliche Vorgänge ein wichtiges Hilfsmittel der Wirtschaftslenkung. Für die bereits in der Weimarer Zeit entwickelten Instrumente hatte sich die Bezeichnung »Volkswirtschaftliche Bilanzen« eingebürgert, obgleich dieser Ausdruck für den statistischen Nachweis von Bewegungsvorgängen — und nicht von Bestandsveränderungen wie in der kaufmännischen Bilanz — etwas unglücklich war. Diese »Volkswirtschaftlichen Bilanzen« sind als Teile einer auch im Konzept noch nicht vorhandenen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung anzusehen. Ihr Gegenstand war die Zusammenfassung wertmäßig zu erfassender Vorgänge, die möglichst die gesamte Volkswirtschaft betrafen.

Sachlich blieb es bei den Volkseinkommensberechnungen, der Zahlungsbilanz sowie der in Zusammenarbeit mit dem Institut für Konjunkturforschung berechneten und geschätzten Statistik der Kapitalbildung und der Investitionen. Im Jahre 1934 erschien eine zusammenfassende Darstellung über die Geldkapitalbildung und Kreditverschuldung. Zu nennen sind hier ferner die 1934 begonnenen Schätzungen der Betriebsausgaben der Landwirtschaft, die mit Hilfe von Schätzungen des Konjunkturinstitutes über die Verkaufserlöse der Landwirtschaft zu einer »Geldbilanz der Landwirtschaft« zusammengestellt werden konnten.

25. Auslandsstatistik

Auch unter dem Nationalsozialismus wurde die Beobachtung der Wirtschaft des Auslandes intensiv fortgesetzt. Nach der Trennung des Reichsamtes vom Konjunkturinstitut erschienen die Halbjahresberichte unter dem Titel »Die Weltwirtschaftslage« als Sonderbeilagen zu »Wirtschaft und Statistik«. Das im Reichsamt zur Verfügung stehende umfangreiche Material wurde 1936 in einem »Handbuch der Weltwirtschaft« veröffentlicht. Der Stoff blieb nach Ländern gegliedert und brachte für 80 Länder Jahreszahlen für 1913 und ab 1920, für die Jahre seit 1925 außerdem Monatszahlen. Der publizistische Erfolg dieses Handbuchs war beachtlich.

Auch der Internationale Teil des Jahrbuchs nahm weiterhin an Umfang zu, und zwar von 225 Seiten

im Jahre 1933 auf 336 Seiten im letzten Jahrbuch 1941/42. Mehr als ein Drittel des Jahrbuchs war damit den internationalen Übersichten gewidmet. Der Internationale Teil des deutschen Jahrbuchs war auch im Ausland ein beliebtes Nachschlagewerk. Gegenüber den Jahrbüchern, die vom Völkerbund und seinen Unterorganisationen nach dem ersten Weltkrieg herausgegeben wurden, hatte das deutsche Jahrbuch den Vorteil, die wichtigsten Ergebnisse auf allen Sachgebieten der Statistik an einer Stelle zusammenzufassen.

26. Internationale Zusammenarbeit

Nachdem das Deutsche Reich im Oktober 1933 aus dem Völkerbund ausgetreten war, beschränkten sich die internationalen Kontakte auf die Mitarbeit im Internationalen Statistischen Institut, als dessen gewählter Präsident in den Jahren 1931 bis 1936 Friedrich Zahn, der damalige Präsident des Bayerischen Statistischen Landesamtes, fungierte.

Der Verfasser hat sich als Sekretär des Genfer Ausschusses Statistischer Sachverständiger bemüht, das Statistische Reichsamt intern über den Fortgang der internationalen Arbeiten zu informieren. Der damit zu erreichende Einfluß auf die Weiterentwicklung der deutschen Statistik war verständlicherweise sehr gering.

Die Genfer Arbeiten jener Zeit betrafen außer der schon früher erwähnten Außenhandelsstatistik die folgenden Sachgebiete, für die Berichte und Empfehlungen veröffentlicht wurden: Klassifikation der Wirtschaftszweige (für Zwecke der Berufszählungen), Holzstatistik, Kapitalbildung und Investitionen, Wohnungsstatistik, Indices der industriellen Produktion, Bankenstatistik, Fremdenverkehr, Zahlungsbilanzen.

Im Internationalen Arbeitsamt wurde 1938 eine Konvention über die Statistik der Löhne und der Arbeitszeiten abgeschlossen. Die Bundesrepublik ist diesem internationalen Abkommen im Jahre 1954 beigetreten.

27. Statistik und Wirtschaftsbeobachtung

Die enge Verquickung des Reichsamtes mit dem Konjunkturinstitut, die zu manchen Doppeltätigkeiten führte, hatte neben ihren sachlichen Vorteilen auch Nachteile vor allem personalrechtlicher Art. Es kam so im Jahre 1933 zu einer Trennung beider Einrichtungen und zur Entlassung des Präsidenten Wagemann aus dem Reichsamt, wobei sich der damalige Reichswirtschaftsminister Hugenberg auf die Bestimmungen des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums berief. Die Leitung des bald in »Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung« umbenannten Konjunkturinstituts blieb weiter in den bewährten Händen Wagemanns.

Die wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen Reichsamt und Konjunkturinstitut blieb weitgehend erhalten, vor allem bei den »Volkswirtschaftlichen Bilanzen«. Die Wirtschaftsbeobachtung des Auslandes verblieb beim Reichsamt, das Halbjahresberichte zur Weltwirtschaftslage veröffentlichte und das »Handbuch der Weltwirtschaft« herausgab. Das Schwergewicht analytischer Arbeiten des Reichsamtes lag weiterhin bei den Darstellungen der statistischen Ergebnisse in »Wirtschaft und Statistik«.

C. Zusammenfassung und Veränderungen im Schwergewicht des statistischen Programms

Die enge Bindung des Programms der amtlichen Statistik an die Aufgaben, die der Staat sich stellte, zeigt sich auch in der nationalsozialistischen Zeit. Vor allem reichte das statistisch unterentwickelte Instrumentarium auf dem Gebiete der industriellen Produktionsstatistik für die Planung und Lenkung der Produktion und der Versorgung nicht aus und wurde erweitert. Andererseits zeigte sich, daß andere Ziele der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik nicht grundsätzlich auch ein anderes statistisches Programm verlangen. Die Sachverhalte, die statistisch gemessen werden müssen, bleiben vielfach die gleichen und unbeeinflußt von der Politik, für die die Statistik die Ausgangsdaten liefert. So ist auch im Zeitraum 1933 bis 1945, wenn man von den Wirren der letzten Kriegsjahre absieht, das gesamte erreichte statistische Instrumentarium beibehalten und verbessert worden. Die starke Zentralgewalt erreichte auch leichter die Vereinheitlichung statistischer Programme und ihre Ausdehnung auf das gesamte Reichsgebiet.

Die bevölkerungspolitischen Ziele einer Geburtenförderung durch Ehestandsdarlehen und des Familienlastenausgleichs führten im Verein mit dem Rassenwahn zu entsprechenden Ergänzungen der Volkszählung und der übrigen Bevölkerungsstatistik, aber auch der Bereichszählung im Handwerk.

Der Aufbau der Statistik der Erwerbstätigkeit vollzog sich, abgesehen von den Berufszählungen, außerhalb des Reichsamtes auf der Basis der Arbeitsbuchkartei der Arbeitsämter.

Die Statistik der landwirtschaftlichen Produktion wurde vor allem durch ein methodisch sicherer fundiertes System von Bodenbenutzungserhebungen (Vor-, Haupt- und Nacherhebungen) verbessert.

Die industrielle Produktionsstatistik wurde — zeitweilig außerhalb des Reichsamtes — für Zwecke der wehrwirtschaftlichen Planung auf eine breite Grundlage gestellt. Die Erfassung des Rohstoffverbrauchs und der Bruttoproduktion lieferte auch für volkswirtschaftliche Betrachtungen alles Material, was man normalerweise in einem Industriezensus erhebt. Auch die Industrieberberichterstattung wurde von einer reinen Beschäftigtenstatistik mit Hilfe der Fragen nach dem Absatz im Inland und Ausland zu einer Art Produktionsstatistik, die jedoch ebenfalls aus dem Arbeitsgebiet des Reichsamtes ausschied.

Die allgemeine Arbeitsstättenzählung erfaßte zum ersten Mal alle Bereiche der Erwerbstätigkeit. Sie wurde durch Bereichszählungen ergänzt, und zwar für das Handwerk und den Einzelhandel. Auch der schon erwähnte Industriezensus 1936 kann als eine solche, auf der Arbeitsstättenzählung aufbauende Bereichszählung angesehen werden. Die Handwerkserberichterstattung wurde ergänzend zur Industrieberberichterstattung aufgenommen.

In der Außenhandelsstatistik kam es zu einer stärkeren Aufgliederung nach Waren und Ländern, die Genauigkeit und die Schnelligkeit der Nachweise wurden erhöht.

In der Verkehrsstatistik ist die Einbeziehung der Straße neben Schienen- und Wasserwegen das wichtigste Ereignis.

Die Statistik der öffentlichen Finanzen wurde in Richtung auf eine Vermögensstatistik der öffentlichen Hand erweitert. Die Realsteuern der Gemeinden wurden in die Steuerstatistik einbezogen.

Die Preisstatistik wurde durch einen Preisindex für die sächlichen Betriebsmittel der Landwirtschaft und einen Index der Weltmarktpreise erweitert. Neue Erhebungen von Wirtschaftsrechnungen für gewerbliche und landwirtschaftliche Arbeiter fanden statt.

Die Statistik der Effektivverdienste der Arbeiter wurde in einer großen Zahl von Industriezweigen gleichzeitig, und zwar vierteljährlich, durchgeführt.

Die Volkswirtschaftlichen Bilanzen wurden durch eine

Sektorenstudie über die Betriebsausgaben und Erlöse der Landwirtschaft bereichert.

Mißt man auch für diesen Zeitraum die Gewichtsveränderungen der einzelnen Sachgebiete am Inhalt der Jahrbücher, so zeigt sich ein weiterer Ausgleich. Der Umfang der Jahrbücher, der sich mit 527 Seiten im Durchschnitt der Jahre 1933 bis 1935 noch auf der Höhe der Vorperiode 1929/32 hielt, wuchs weiterhin rasch an und überschritt seit 1938 die Zahl von 600 Seiten (ohne den internationalen Teil).

Auch wenn das Sachgebiet Außenhandel auf etwa 12% der Seitenzahl zurückfiel, nahm es erneut den ersten Platz ein, dicht gefolgt von der Landwirtschaft mit 11% und den vom ersten auf den dritten Platz zurückgefallenen Finanzen und Steuern mit knapp 10%. Stärkere Zunahmen — immer am Platzanteil im Jahrbuch gemessen — weisen ferner die Statistik der Erwerbstätigkeit, die Bevölkerungsstatistik, die Preise und die Wirtschaftsrechnungen auf.

Die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg (1945 bis 1972)

I. Die Übergangsjahre bis zur Gründung der Bundesrepublik (1945 bis 1949)

Die Entwicklung der Statistik in den ersten Nachkriegsjahren ist nur auf dem Hintergrund der neu entstehenden staatlichen Organisation verständlich. Die Reichsgewalt hatte zu existieren aufgehört. Am Ende des Krieges gab es außer den Gemeinde- und Kreisverwaltungen überhaupt keine deutschen staatlichen Regierungsstellen mehr. Das Reich war in Besatzungszonen aufgeteilt. Die zentrale Gewalt stellte der in Berlin residierende Kontrollrat der vier Besatzungsmächte dar. In den westlichen Zonen entstanden — mehr oder weniger rasch — die heutigen Länder mit deutschen Landesregierungen, die jedoch nur unter der allmählich milder werdenden Kontrolle der Militärregierungen arbeiten konnten.

Die vier Länder der amerikanischen Zone (Bayern, Baden-Württemberg, Großhessen und Bremen) besaßen im Stuttgarter Länderrat eine Koordinierungsstelle, die jedoch keine Regierungsbefugnisse hatte. Alle Reichszuständigkeiten waren hier auf die Länder übergegangen.

In der britischen Zone wurden die Reichszuständigkeiten von besonderen Zonenbehörden wahrgenommen. Eine von ihnen war das Statistische Amt für die britische Besatzungszone in Hamburg. Die Offiziere der Militärregierung saßen im gleichen Hause wie die Deutschen, denen mehr eine Beraterfunktion zukam. Die Länder dieser Zone (Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg) wurden erst allmählich neugebildet, größtenteils aus ehemals preußischen Gebietsteilen, für die es — anders als in der amerikanischen Zone — keine überkommene Verwaltungsorganisation gab.

Am längsten dauerte die Konsolidierung in der französischen Zone, in der — für die Statistik — alle Entscheidungen noch sehr lange bei verschiedenen Dienststellen der Besatzungsmacht verblieben. Die Neubildung von Ländern war hier besonders erschwert, da Südwürttemberg und Südbaden abgetrennte Teile ehemaliger Länder waren und auch die Neubildung des Landes Rheinland-Pfalz ehemals preußische, bayerische und hessische Gebiete zusammenschloß. Für das Saargebiet galt noch lange ein Sonderstatus.

Die sowjetische Besatzungszone wurde zunächst ebenfalls in fünf Länder bzw. Verwaltungseinheiten gegliedert, ging aber mit der Schaffung von zentralen Zonenbehörden sehr bald eigene Wege. Über die weitere politische Gestaltung des verbliebenen Reichsgebietes kam es im Kontrollrat sehr bald zur Uneinigkeit. Die Meinungsverschiedenheiten betrafen vor allem das Verhältnis einer zukünftigen Zentralgewalt zu den Ländern. Die Sowjets plädierten für eine starke Zentralgewalt, die Franzosen hätten am liebsten gar keine neue Zentralgewalt gesehen. Die Amerikaner befürworteten einen sehr weitgehenden Föderalismus, während die Briten eine Mittelstellung zwischen den

Russen und Amerikanern einnahmen¹⁵⁾. Bei dieser Sachlage kam es, vor allem wegen der französischen Haltung, nie zum Schwur, und es wurden keine neuen gesamtdeutschen Zentralbehörden geschaffen.

Daraufhin schlossen im Dezember 1946 die beiden angelsächsischen Militärregierungen die britische und die amerikanische Zone zur »Bizone« zusammen und übertrugen ab 1. Januar 1947 deren wirtschaftliche Aufgaben einer deutschen »Verwaltung für Wirtschaft« mit Sitz in Minden. Daneben wurden Verwaltungen für Ernährung und Landwirtschaft, für Verkehr, für Finanzen und für die Post und das Fernmeldewesen eingerichtet, die alle in verschiedenen Städten ihren Sitz hatten.

Die ziemlich verworrenen Organisationsprobleme der Bizone sollen hier nicht näher dargelegt werden. Das wichtigste ist, daß ein »Wirtschaftsrat« gewissermaßen als Parlament und ein »Exekutivrat« aus je einem Vertreter der Länder geschaffen wurde. Dieser Exekutivrat hat damals den Verfasser zum Leiter des Statistischen Amtes ernannt und damit freie Bahn für den Aufbau des Amtes gegeben. Die Besetzung und Zusammenfassung der »Verwaltungen« bot die meisten Schwierigkeiten. Den Abschluß bildete das sogenannte Frankfurter Statut. Es verdoppelte die Mitglieder des »Wirtschaftsrats«, und eines der ersten Gesetze dieses Wirtschaftsrats war das Gesetz über die Errichtung eines Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vom 21. Januar 1948. Der Exekutivrat wurde durch einen »Länderrat« ersetzt und ein »Verwaltungsrat« unter einem Oberdirektor als echtes Exekutivorgan eingesetzt. Im Aufbau entsprach der Verwaltungsrat einem »Kabinettk«, dem die Direktoren der einzelnen Verwaltungen angehörten und in dem auch die Leiter des Rechtsamtes, des Personalamtes und des Statistischen Amtes Sitz, aber kein Stimmrecht hatten.

Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland wurden die Behörden des Vereinigten Wirtschaftsgebietes in die Behördenorganisation des Bundes überleitet.

In diesen Übergangsjahren gingen die Verwaltungs- und Regierungsbefugnisse nach und nach immer stärker in deutsche Hände über. Es bestanden zwar bis in die ersten Jahre der Bundesrepublik hinein für alle Behörden entsprechende Kontroll- oder Aufsichtsinstanzen der Militärregierung, die anfangs noch Befehle erteilten, im Laufe der Zeit von der Uniform zur Zivilkleidung übergingen und am Schluß, wenigstens soweit es die Statistik betraf, nur noch an der Information über die Tätigkeiten interessiert waren. Sie haben sich, alles in allem, als kollegiale Helfer beim Wiederaufbau der Statistik erwiesen.

Der etwas schwierige staatsrechtliche Hintergrund ist hier relativ ausführlich dargestellt worden, da der Wiederaufbau der deutschen Statistik sich ständig

¹⁵⁾ Tilman Pünder: Das bizonale Interregnum. Grotosche Verlagsbuchhandlung KG 1966, S. 32ff.

diesen sich wandelnden Verwaltungszuständigkeiten anpassen mußte, und zwar nicht nur organisatorisch, sondern auch sachlich.

Es wird hier darauf verzichtet, für die Zeit, in der es noch keine dem Statistischen Reichsamt vergleichbare Zentralstelle gab, dem Wiederaufbau der Statistik in den einzelnen Zonen nachzugehen. Was vom alten Reichsamt an Personal, zerbombten Räumen und nicht ausgelagertem Material in Berlin übriggeblieben war, befand sich im sowjetischen Sektor und bildete, soweit es nicht wie in allen Zonen von der Militärregierung beschlagnahmt wurde, den Grundstock des Statistischen Amtes für die sowjetische Besatzungszone. Auch das Statistische Amt der britischen Besatzungszone ist aus einer Verlagerungsstelle des Reichsamtes hervorgegangen. Innerhalb der amerikanischen Zone befand sich nur die nach Bad Nauheim verlagerte Industrieberichterstattung der ehemaligen Reichsgruppe Industrie. Die Landwirtschaftsstatistik war nach Wildbad ausgelagert worden und damit in französischen Händen.

Auch wenn der Gedanke verlockend war, frei von allen traditionellen Bindungen die deutsche Statistik neu aufzubauen, so bestand dazu nicht allzuviel Gelegenheit. Was auf statistischem Gebiet zu geschehen hatte, befahlen zunächst die Militärregierungen, zum Teil noch auf Grund von Vereinbarungen im Kontrollrat. So kam es am 29. Oktober 1946 zur ersten — und einzigen — vierzonalen Volkszählung, die jedoch in den ersten unruhigen Zeiten und durch Übersetzungsfehler in den Zählpapieren zu wenig brauchbaren und bald überholten Ergebnissen führte. Einige Länder hatten mit der Volkszählung eine Wohnungszählung verbunden, die wegen der Einweisung der Flüchtlinge und Vertriebenen als vordringlich angesehen wurde. Eine Koordinierung der Programme hat jedoch nicht stattgefunden.

Die Ernährung und Versorgung der Bevölkerung mit industriellen Gütern und die Rohstoffversorgung des produzierenden Gewerbes mußten zunächst mit den kriegswirtschaftlichen Bewirtschaftungsmethoden gesichert werden. Hierfür mußten die überall wieder in Gang gesetzten landwirtschaftlichen Produktionsstatistiken und die Industrieberichterstattung einschließlich der Produktionsmeldungen die erforderlichen Zahlenunterlagen liefern. Hierzu kam bald auch die Bauberichterstattung. Die Übersicht über die Versorgungslage mußte durch die Außenhandelsstatistik ergänzt werden. Hier stellten die Organisation des Außenhandels, die Währungsprobleme, vor allem aber das zu den anderen Zonen nicht durch eine Zollgrenze abgeschlossene Wirtschaftsgebiet ziemlich unüberwindliche Schwierigkeiten. Um diese, wenn auch unvollkommen, zu beheben, wurde die Interzonenhandelsstatistik auf Grund von Warenbegleitscheinen eingeführt. Die Verkehrsstatistik lag und blieb zunächst bei den Verkehrsträgern, nur die Binnenschiffahrtsstatistik wurde wieder durch die Statistischen Ämter aufgenommen.

Die Geldwertverhältnisse in der Zeit vor der Währungsreform im Juni 1948, in der der Schwarzmarkt und der Tauschhandel eine wichtige Rolle spielten, nahmen allen auf Geldwerten basierenden Statistiken meist ihren Sinn. Trotzdem waren einige Statistiken schon sehr früh durch Kontrollratsbeschluß wieder in Gang

gesetzt worden, z. B. die Berechnung von Preisindexziffern der Lebenshaltung und die Statistik der Arbeitsverdienste. Auf Wunsch des Länderrates wurde auch die Gemeindefinanzstatistik und die kommunale Verschuldungsstatistik für die Etatjahre 1946/47 sowie die Länderfinanzstatistik für 1947/48 wieder aufgenommen. Nach der Währungsreform wurden die Einzelhandelsumsätze, die Statistik der Großhandelspreise, der Preisindex der sächlichen Betriebsmittel der Landwirtschaft und die Bilanzstatistik wieder aufgenommen. Bei den Steuerstatistiken mußte es bei der Planung bleiben, da wegen der Währungsreform Mitte 1948 erst das Finanzjahr 1949/50 die erste mögliche Grundlage bildete. Für die Berechnung des Volkseinkommens und des Sozialprodukts fehlten die meisten der früher verwendeten Berechnungsunterlagen, insbesondere die Steuerstatistiken. Es mußte daher nach neuen, mit den erreichbaren Statistiken zu bewältigenden Methoden gesucht werden.

Die Bevölkerungsstatistik gehörte ursprünglich nicht in die Zuständigkeit des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, dem nur wirtschaftliche Aufgaben zugedacht waren. Da jedoch der Bedarf an Bevölkerungszahlen groß war, wurde ab Januar 1949 dem Statistischen Amt auch diese Zuständigkeit übertragen. Die Bevölkerungsstatistik, sonst Grundlage und Beginn aller statistischen Arbeit, steht als »Nachkömmling« deshalb im Organisationsplan des Amtes auch heute noch an letzter Stelle¹⁶⁾.

Die Übergangsjahre haben viele organisatorische Probleme gebracht, vor allem galt es, die Statistik wieder aus den Verwaltungen herauszulösen und bei den Statistischen Ämtern zu zentralisieren. Hierfür hatten die angelsächsischen Militärregierungen, die von ihren Heimatverhältnissen an »unausgelöste« Statistiken bei den einzelnen Ministerien gewöhnt waren, wenig Verständnis. Besonders zäh wurde um sogenannte Bewirtschaftungsstatistiken gekämpft. So verblieben bei der vom Verwaltungsrat beschlossenen Kompetenzverteilung zwischen dem Statistischen Amt und den Verwaltungen z. B. der Produktionsbericht, die Berechnung einer Produktionsindexziffer, die sogenannten Fachstatistiken im gewerblichen Bereich bei der Verwaltung für Wirtschaft.

Dem Statistischen Amt sind jedoch sowohl bei seiner Errichtung wie durch den eben genannten Verwaltungsratsbeschluß erhebliche Koordinierungsbefugnisse bei den Bewirtschaftungs- und den Geschäftsstatistiken übertragen worden. Das Amt hat hierauf großen Wert gelegt, denn es hat als fernes Ziel stets vor Augen gehabt, mit dem Neuaufbau der deutschen Statistik zu einem Gesamtbild der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur und des Wirtschaftsablaufs zu kommen. Es hat daher jede neue Statistik als einen Baustein betrachtet, der sich möglichst gut in das Gesamtgebäude einpassen und damit die Voraussetzung für die Aufstellung Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen schaffen sollte. Dazu gehörten auf der Basis theoretischer Vorstellungen über den Wirtschaftskreislauf vor allem eine möglichst einheitliche Begriffsbildung für alle einschlägigen Statistiken, einheitliche Systematiken, aufeinander abgestimmte Termine usw.

¹⁶⁾ Zum Stand der Statistik in der Bizone siehe die Schrift: Das Statistische Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes. Aufbau — Aufgabengebiet — Tätigkeitsbericht 1948, Wiesbaden 1949.

Alles in allem läßt sich sagen, daß trotz des erzwungenermaßen pragmatischen Vorgehens und trotz des Vorherrschens des Dringlichkeitsprinzips bei der

Anordnung von Statistiken die Grundlagen für den systematischen Aufbau des statistischen Programms bereits in diesen Übergangsjahren gelegt worden sind.

II. Die Zeit des Statistischen Bundesamtes

A. Allgemeine Entwicklungstendenzen

Nachdem die erste Regierung der Bundesrepublik Deutschland sich im Herbst 1949 unter Konrad Adenauer konstituiert hatte, wurde die Statistik dem Bundesinnenministerium unterstellt. Das Amt arbeitete weiter unter dem etwas schwerfälligen Titel »Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, mit der Führung der Statistik für Bundeszwecke beauftragt«. Erst ein Jahr später erhielt es die Bezeichnung »Statistisches Bundesamt« in Anlehnung an die traditionellen Namen des »Statistischen Reichsamtes« und der »Statistischen Landesämter«, obgleich sprachlich wohl ein Bundesamt für Statistik richtiger gewesen wäre.

Der geographische Bereich, für den das neue Bundesamt zuständig war, lag nicht von Anfang an fest. Die besondere Situation Berlins hatte auch ihre Auswirkungen auf die Statistik. Zunächst konnten aus technischen Gründen keine Zahlen Berlins einbezogen werden, da die vom Vereinigten Wirtschaftsgebiet übernommenen Statistiken erst nach und nach in Berlin eingeführt werden konnten. Anfangs sprachen auch manche politischen Gründe für eine Sonderbehandlung der geteilten Stadt. Im Laufe der Zeit sind jedoch alle statistischen Ergebnisse vom Bundesgebiet ohne Berlin (West) auf das Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) umgestellt worden. Daß diese Frage ein Politikum darstellte, zeigte sich auch darin, daß das Statistische Amt der Vereinten Nationen — auf Druck der Sowjetunion — in seine Veröffentlichungen nur Zahlen ohne Berlin (West) aufnehmen wollte. Eine weitere Änderung des geographischen Bereichs brachte die Rückgliederung des Saarlandes am 1. Januar 1957. Auch hier verging einige Zeit, bis das Saarland Ergebnisse für alle Bundesstatistiken liefern konnte.

Die politische und wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik konsolidierte sich in Anbetracht der mehr als schwierigen Anfangssituation überraschend schnell. Wirtschaftlich waren die Weichen schon 1948 gestellt worden, als nach der Währungsreform die meisten Bewirtschaftungsvorschriften kurzerhand aufgehoben wurden. Die »soziale Marktwirtschaft« wurde seitdem unter Ludwig Erhard zu der zunächst noch politisch umstrittenen — einer der ersten Direktoren der Verwaltung für Wirtschaft in Minden, Dr. Agartz, war überzeugter Planwirtschaftler gewesen — nach der Annahme des Godesberger Programms durch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zur allgemein anerkannten Wirtschaftsordnung. Auf die Bedürfnisse dieser Wirtschaftsordnung eines freien Wettbewerbs, die jedoch auf soziale Ziele Rücksicht nehmen sollte, mußte sich die amtliche Statistik ausrichten. Trotz der im Grundsatz geltenden Ordnung der Wettbewerbswirtschaft verblieben Bereiche mit stärkeren unmittelbaren Staatseingriffen, meist in der Form von Subventionen und Steuervorteilen. Hierzu gehörten vor allem die Landwirtschaft, der Kohlenbergbau, das Wohnungswesen und das Verkehrswesen.

Das Statistische Bundesamt hat stets die Überzeugung vertreten, daß in einer marktwirtschaftlichen Ordnung, in der verhältnismäßig wenig unmittelbar »verwaltet« wird, die Statistik nicht nur unmittelbaren Verwaltungszwecken zu dienen habe, sondern ein fundiertes Gesamtbild der wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Entwicklung und Zusammenhänge liefern müsse. Abgesehen von den hierfür erforderlichen Darstellungen der Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur gehörte hierzu auch der Aufbau kurzfristiger, der Konjunktur- oder Wirtschaftsbeobachtung dienender Indikatoren, die die wichtigsten Aggregate, z. B. die Entwicklung der Beschäftigung, der Produktion, der Umsätze, des Außenhandels, der Löhne und Preise und möglichst auch der Investitionen, für die bedeutendsten Sektoren der Wirtschaft nachweisen sollten. Alle diese laufenden Wirtschaftsvorgänge sollten in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zusammengefaßt werden.

Es kam diesen Plänen der Statistiker zu Hilfe, daß die zunehmende Beteiligung der Bundesrepublik an zahlreichen internationalen Organisationen solche Sozialproduktsberechnungen erzwang. Es begann mit der Marshallplan-Hilfe, dem sogenannten European Recovery Program (ERP), aus dem die OEEC in Paris hervorging, und die die Berechnung eines Maßstabes der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit verlangte. Hierfür galt im Ausland überall das »Gross National Product«, das wir mit Bruttosozialprodukt bezeichnen. Dieser Maßstab spielt z. B. für die Beiträge zu den internationalen Einrichtungen eine Rolle und hätte höchste Bedeutung erlangt, wenn die Europäische Verteidigungsgemeinschaft in der ursprünglich geplanten Form zustande gekommen wäre. Die Bundesrepublik hätte dann einen bestimmten Prozentsatz ihres Sozialprodukts in Geld an die gemeinsame Kasse einzahlen müssen.

Das Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. September 1953 hatte jede Tätigkeit des Bundesamtes an förmliche, rechtsverbindliche Anordnungen (Gesetze oder Rechtsverordnungen) gebunden. Das Bundesamt konnte also seine Ziele hinsichtlich des statistischen Programms nur erreichen, wenn es jeweils ein Bundesministerium fand, das bereit war, diese auf allgemeine Zwecke der Wirtschaftsbeobachtung zielenden Wünsche in der Gesetzesvorlage für eine bestimmte, meist den Verwaltungsbedürfnissen des betreffenden Hauses dienende Statistik zu berücksichtigen. Das war nicht immer leicht, aber alles in allem doch erfolgreich. Auf diese Weise konnte Stein für Stein für das Gesamtbild zusammengetragen und das Gebäude der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen errichtet werden.

Die Aufstellung Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen hatte sehr erwünschte Nebenwirkungen auf das statistische Programm, denn es zeigten sich die Lücken im Material, das notwendig war, um die Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts statistisch nachzuweisen. Wenn die Ergebnisse verschiede-

ner Statistiken zusammengebaut werden müssen, treten die Abweichungen in den Begriffen der gezählten Sachverhalte zu Tage und können nach Möglichkeit bereinigt werden. Die Verwendung einheitlicher Klassifikationen sowie eine klare Abgrenzung der verschiedenen Wirtschaftsbereiche ohne Doppelerfassungen und ohne das Weglassen unbequemer Randerscheinungen drängt sich auf. All dies erforderte eine Fülle von Koordinierungsarbeiten, die manchmal von denen, die in »ihrer« Statistik etwas ändern sollten, nicht gern gesehen wurden. Im großen und ganzen aber hat das Bundesamt bei diesen Arbeiten, die von Anfang an besonderen Referaten für die methodische Koordination und die Systematiken übertragen worden sind, Unterstützung gefunden.

Als das Instrument der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen einmal vorlag, wurde es auch für innerdeutsche Zwecke in zunehmendem Maße benutzt. Für die Aufstellung des Bundeshaushaltsplans und die dafür erforderlichen Schätzungen der Einnahmen und Ausgaben bildeten sie eine unentbehrliche Grundlage. Die Wirtschaftsbeobachtung durch die Ministerien, die Bundesbank und die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute bediente sich der Kategorien und der Größen der Gesamtrechnungen. Das gleiche gilt für den im Jahre 1964 errichteten »Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung«, für den das Bundesamt als Geschäftsstelle fungiert. Die Beteiligung des Statistischen Bundesamtes an der Wirtschaftsbeobachtung wird noch näher untersucht werden.

Seit 1969, unter dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller, wurde die Statistik sehr viel stärker zur Fundierung wirtschaftspolitischer Entscheidungen herangezogen. Die Politik der Globalsteuerung ist ohne die Grundlage Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen nicht denkbar. Auch das Stabilitätsgesetz verlangt eine ständige statistische Beobachtung der Beschäftigung, des Wirtschaftswachstums, der Preise, der Außenwirtschaft, der Einkommen usw.

Ansätze zur zusammenfassenden und auswertenden Statistik zeigen sich auch auf anderen Gebieten. So ist ein Institut für Bevölkerungsforschung in der Gründung begriffen, das in Verwaltungsgemeinschaft mit dem Statistischen Bundesamt, hauptsächlich auf die Statistik gestützt, die Bevölkerungsfragen wissenschaftlich analysieren soll. Ein weiteres Beispiel bildet der Umweltschutz, für den ein Sachverständigenrat eingesetzt worden ist, dessen Geschäftsführung dem Statistischen Bundesamt übertragen wurde.

Der bisher überschaubare Zeitabschnitt der Tätigkeit des Statistischen Bundesamtes ist dadurch gekennzeichnet, daß zu der Arbeit an den einzelnen Statistiken auf allen Sachgebieten, die an Bedeutung keinesfalls verloren, sondern ebenfalls erheblich gewonnen haben, die Gesamtschau und die Darstellung der Zusammenhänge getreten ist. Daneben hat die sich ständig verstärkende internationale Zusammenarbeit, die an anderer Stelle noch näher dargelegt wird, die Aufgaben des Amtes erweitert und das Programm der Statistik in zunehmendem Maße beeinflußt.

Schließlich hat in den letzten Jahren die technische Entwicklung der elektronischen Datenverarbeitung und die damit eröffneten Möglichkeiten der Automatisierung von Verwaltungsvorgängen, wie z. B.

die Führung automatisierter Register usw., auch neue Möglichkeiten für die Erweiterung des allgemeinen statistischen Programms geschaffen. Mit Hilfe der EDV läßt sich ferner die Bereitstellung und Auswertung von Statistiken erheblich verbessern. Dies soll durch den Aufbau einer Statistischen Datenbank geschehen, die Teil eines allgemeinen Informationssystems der öffentlichen Verwaltung sein wird. Die neuen Möglichkeiten der Automation außerhalb und innerhalb des statistischen Dienstes haben allerdings auch erhebliche Probleme und Schwierigkeiten geschaffen. Ihre Lösung ist eine Zukunftsaufgabe, die in dieser der Vergangenheit gewidmeten Abhandlung nicht erörtert werden soll.

B. Die Entwicklung auf den einzelnen Sachgebieten

1. Volkszählungen und Mikrozensus

a) Volkszählungen

Sieht man von der — vierzonalen — Volkszählung 1946 ab, die schon im Abschnitt »Übergangsjahre« erwähnt wurde, so haben bisher im Bundesgebiet in Einklang mit dem international empfohlenen Rhythmus Volkszählungen in den Jahren 1950, 1961 und 1970 stattgefunden. Das Bestreben, von dem 10jährigen Turnus durch Zwischenzählungen zu einem Abstand von fünf Jahren zu kommen, wurde bisher nur durch die Verbindung der Wohnungszählung 1956 mit einer Bevölkerungsfeststellung erreicht. Alle Nachkriegszählungen sind mit einer Berufszählung und einer Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten verbunden gewesen, die Zählung 1950 außerdem mit einer Gebäude- und Wohnungszählung. Die landwirtschaftlichen Betriebe wurden getrennt zu etwas anderen Terminen gezählt.

Bei der Volkszählung 1970 sind zum ersten Male aus Gründen der Arbeits- und Kostenersparnis nicht alle Merkmale bei der gesamten Bevölkerung, sondern nur bei einer Stichprobe von 10% erhoben worden. Dazu gehören vor allem die Zuzugs- und Vertriebenenfragen, die Geburtenstatistik, Teile der Bildungsstatistik und die Ermittlung des Berufs.

Die Volkszählungen sollen vor allem regional sehr tief gegliederte Einwohnerzahlen bringen. Im Prinzip stehen auch alle persönlichen Merkmale einschließlich des Berufs zur Verfügung, sie können jedoch nur in beschränktem Umfange ausgezählt werden. Der Bedarf an amtlichen Einwohnerzahlen, die nur mit Totalzählungen festgestellt werden können, war stets groß und ist noch gewachsen, da immer mehr gesetzliche Vorschriften — es sind beinahe 100 — an die Einwohnerzahlen anknüpfen oder an sie gebunden sind, z. B. der Finanzausgleich, die Wahlkreiseinteilung, die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft, um nur diese zu nennen. Trotz der großen Fortschritte in der Methodik der Fortschreibung der Einwohnerzahlen kann mangels erforderlicher Kontrollen und der nicht fortschreibbaren Merkmale (z. B. über die Erwerbstätigkeit) auf Volkszählungen nicht verzichtet werden.

Präsidenten des Statistischen Bundesamtes



Gerhard Fürst
1948—1964



Patrick Schmidt
1964—1972



Hildegard Bartels
seit Februar 1972

Da die Fortschreibung der Bevölkerung vor allem wegen fehlender polizeilicher Abmeldungen und wegen der mit der Möglichkeit eines zweiten Wohnsitzes verbundenen Probleme erfahrungsgemäß im Laufe der Zeit zu überhöhten Zahlen führt, können aus den genannten und auch aus weiteren Gründen bei den Volkszählungen Über- und Untererfassungen vorkommen. Die Volkszählung 1950 hat, wie die Zählung von 1956 ergab, zweifellos eine Übererfassung gebracht. Die noch ungeklärten Schicksale der Gefangenen und Vermißten, die Tatsache, daß der Ernährer der Familie schon einen neuen Arbeitsplatz gefunden hatte, die Familie aber noch auf dem Lande saß, und das allgemeine Bestreben, im Hinblick auf die Wohnungsbewirtschaftung die Wohnung in der Haushaltsliste möglichst stark belegt erscheinen zu lassen, dürften die Hauptgründe der Übererfassung gewesen sein.

Wegen der Erfahrungen des Jahres 1950 wurden bei den Zählungen von 1961 und 1970 der zweite Wohnsitz bzw. eine weitere Wohnung oder Nebenwohnung erfragt. Großer Wert wurde auf Vollständigkeitskontrolle gelegt, für die verschiedene, zum Teil auch wissenschaftlich recht interessante Methoden entwickelt wurden. Leider haben diese Kontrollarbeiten die Aufbereitungsarbeiten verzögert, denn Genauigkeit und Schnelligkeit sind nun einmal zwei schwer miteinander in Einklang zu bringende Forderungen an eine Statistik.

Die zunehmende Bedeutung der Raumordnung, für die die Volkszählungen regional tiefgegliederte Ergebnisse bereitstellen müssen, hat im Verein mit den Plänen zur Sanierung der Städte dazu geführt, daß bei der Zählung 1970 Vorkehrungen getroffen wurden, um sehr kleine regionale Bausteine unabhängig von den Verwaltungsgrenzen zu jeder gewünschten »Region« zusammenstellen zu können.

Für alle Volkszählungen ist der schon früh eingeführte Begriff der »Wohnbevölkerung« beibehalten worden. Im Hinblick auf die Bedürfnisse der Wohnbaupolitik und der Wohnungswirtschaft wurden 1950 die auseinandergerissenen Familien besonders ausgezählt. Neben den Begriff der Wohnbevölkerung trat die Auszählung der Wohnberechtigten.

Zum Standardprogramm aller drei Volkszählungen im Bundesgebiet gehörten die Fragen nach dem Geschlecht, dem Geburtsdatum, dem Familienstand, dem Eheschließungsjahr und der Religionszugehörigkeit, zu denen noch die Frage nach der Vertriebenen- bzw. Flüchtlingseigenschaft getreten ist. 1950 wurde zusätzlich noch der Wohnsitz am 1. September 1939 und die Muttersprache erfragt. Mit Hilfe dieser Fragen konnten nicht nur die Vertriebenen und Flüchtlinge besser abgegrenzt, sondern auch die umfangreichen innerdeutschen Wanderungen, die während und nach dem Kriege stattgefunden hatten, sichtbar gemacht werden. Zu ähnlichen Zwecken wurde 1961 der Zeitpunkt des Zuzugs in die Bundesrepublik festgestellt und 1970 erneut der Wohnsitz vor dem Kriege und die Tatsache des Zuzugs erfragt.

Die ersten Nachkriegsverhältnisse machten 1950 selbst die Erfassung des Familienstandes schwierig. Die verheirateten Frauen, deren Ehemann in Kriegsgefangenschaft oder vermißt war, mußten besonders ausgezählt werden. Das Nichtzusammenleben von

Ehepartnern aus wirtschaftlichen Gründen mußte ebenfalls beobachtet werden. Auch in der Zählung von 1961 zeigen die Fragen an ehemalige Kriegsgefangene und Internierte, daß die Kriegsfolgen noch nicht überwunden waren.

Die Frage nach der Staatsangehörigkeit konnte wegen der ungeklärten Staatsangehörigkeitsverhältnisse der großen Zahl von Heimatvertriebenen und ausländischen Flüchtlingen 1950 noch nicht gestellt werden. Von 1961 an gehörte die Feststellung der Ausländer wieder zum Programm. 1970 hatte die Zählung der Ausländer wegen der inzwischen stark angewachsenen Zahl der ausländischen Arbeitskräfte und der von diesen nachgezogenen Familien und wegen der Freizügigkeit im Raum der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) erhöhte Bedeutung.

Bei der Zählung 1950 war die Zahl der in der bestehenden Ehe geborenen Kinder erfragt worden. Die Kombination dieser Angaben mit dem Geburtsjahr und Eheschließungsjahr erbrachten Zahlen über die Fruchtbarkeit der bestehenden Ehen. Der Versuch, bei der Zählung von 1961 die Fragen nach der Zahl und dem Geburtsdatum der ehelich geborenen Kinder und nach der Ordnungszahl der Ehen wieder einzuführen, um wichtige Unterlagen für die langfristige Bevölkerungsvorausschätzung zu gewinnen, scheiterte am Veto des Bundestages. Diese Fragen waren nun einmal zu stark mit dem bevölkerungspolitischen Odium des Nationalsozialismus belastet.

Bei der Zählung 1970 konnten die auch von allen internationalen Gremien empfohlenen Fragen zur Geburtenstatistik wieder aufgenommen werden, d. h. die Frage nach einer früheren Ehe und nach der Ordnungszahl und dem Geburtsjahr aller ehelich geborenen Kinder einer Frau. Besonders die Kombination mit den übrigen Merkmalen ermöglichte viele soziologisch und familienpolitisch wichtige Einsichten.

Die bildungspolitisch relevanten Fragen nach der Ausbildung wurden 1950 überhaupt nicht gestellt. 1961 wurde nach der Hochschul- und Fachschulausbildung gefragt, während 1970 auch alle allgemeinbildenden Schulen einbezogen wurden. Es ist so möglich, das Ausbildungsniveau der gesamten Bevölkerung darzustellen und Fragen des Ersatzbedarfs und des Nachwuchsproblems zu klären.

Die Pendelwanderung, also die Wanderung zwischen Wohnort und Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte, ist bei allen drei Volkszählungen ausgezählt worden. 1961 und 1970 wurden im Hinblick auf die verkehrspolitischen Probleme auch die benutzten Verkehrsmittel und der Zeitaufwand festgestellt.

Die Statistik der Haushalte und der in einer Haushaltsgemeinschaft lebenden Familien wurde ab 1950 auf eine neue Grundlage gestellt. Während früher zur Definition des Haushaltes neben der Wohngemeinschaft die schwer festzustellende Verpflegungs- oder Wirtschaftsgemeinschaft herangezogen worden war, wurde nur noch das einzige Merkmal der Wohngemeinschaft als entscheidend angesehen. Damit deckte sich der Begriff des »Haushalts« mit dem in der gleichzeitigen Wohnungszählung verwendeten Begriff der »Wohnpartei«. Untermieter galten als eigener Haushalt.

Voraussetzung für die statistische Darstellung der Haushalts- und Familienstruktur war 1961 und

1970 die Typisierung der Haushalte und Familien (z. B. Zahl der Generationen im Haushalt, »Normalfamilie«, Elternteile mit oder ohne Kinder, Ehepaare ohne Kinder usw.).

Die typisierten Familien wurden aus den Haushalten herausgeschält und nach der Zahl der Kinder, nach der Zahl der Verdienere und in Verbindung mit sozio-ökonomischen Merkmalen aus der Berufszählung gegliedert.

Die Familie ist in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg mehr und mehr zum Objekt sozial- und familienpolitischer Maßnahmen geworden. Ein besonderes Familienministerium wurde errichtet, und verschiedene Berichte müssen auf Grund gesetzlicher Anordnungen (z. B. Jugendwohlfahrtsgesetz) oder Anforderungen des Bundestages erstattet werden (z. B. Frauenquote, Lage der Familien). Die Volks- und Berufszählungen und der nachstehend behandelte Mikrozensus sind die wichtigsten Lieferanten des für diese Berichte erforderlichen statistischen Materials.

b) Mikrozensus

Einen sehr großen Fortschritt in der Statistik des Bevölkerungsstandes brachte im Oktober 1957 der sogenannte »Mikrozensus«, d. h. die Einführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens. Die mit diesem neuen Instrument erarbeiteten bevölkerungstatistischen Erkenntnisse werden hier, die übrigen im Abschnitt »Erwerbstätigkeit« behandelt. Befragt werden jährlich 1%, vierteljährlich 0,1% der Haushalte, das waren zum Beginn 210 000 bzw. 21 000 Haushalte und etwa die dreifache Zahl von Personen. Im Vergleich zu den meist nur 2 000 Personen erfassenden Meinungsbefragungen privater Meinungsforschungsinstitute ist dies eine recht beachtliche Grundlage. Sie erlaubte in regionaler Sicht immerhin noch die Feststellung von Ergebnissen für die Bundesländer und die Regierungsbezirke. Das kostensparende Repräsentativverfahren muß nun einmal mit dem Verzicht auf regional tiefgegliederte Ergebnisse bezahlt werden.

In einer wachsenden Volkswirtschaft, in der die Bevölkerung zunahm und vor allem der Wohlstand sich in ungeahnter Schnelligkeit ausbreitete, nahmen auch die Strukturwandlungen in Gesellschaft und Wirtschaft ein schnelleres Tempo an. Strukturhebungen im Abstand von 10 Jahren genügten nicht mehr, um die Probleme zu überschauen. Der Mikrozensus bot die neue Möglichkeit, Jahr für Jahr die Bevölkerung nach den wichtigsten, bei den Volkszählungen erfaßten Merkmalen zu gliedern. Zusatzerhebungen erlaubten es, besondere Probleme statistisch zu klären. So wurden z. B. die Herkunftsgebiete der Vertriebenen (1964) festgestellt und die Religionszugehörigkeit (1966) mit zahlreichen sonstigen Merkmalen der Bevölkerung in Verbindung gebracht. Vielfach fielen die untersuchten Probleme außerhalb des Rahmens der Bevölkerungsstatistik. Auf dem Gebiet des Gesundheitswesens wurde z. B. die Ausbildung in erster Hilfe, Unfälle und Vergiftungen von Jugendlichen, körperliche und geistige Behinderung, Erkrankungen und Unfälle mit Hilfe des Mikrozensus erfragt. Dazu kommen sieben erwerbsstatistische Sachverhalte, die an anderer Stelle genannt sind, ferner die Nutzungsarten von Bodenflächen, Urlaubs- und Erholungsreisen, die dabei benutzten

Verkehrsmittel und eine Erhebung über Führerscheininhaber und die Ausnutzung der Fahrerlaubnisse. Diese bunte Palette zeigt, daß der Mikrozensus zu einem beweglichen Instrument für die Untersuchung aktueller Probleme geworden ist.

Da in der Bundesrepublik jede statistische Arbeit einer rechtsverbindlichen Anordnung bedarf, sei hier die zur Darstellung des Bevölkerungsstandes unerläßliche Feststellung des Gebietsstandes genannt, die 1957 gesetzlich angeordnet wurde. Außer Namens- und Grenzänderungen gehören hierzu die Feststellungen der Bevölkerung für die Verwaltungsbezirke verschiedener Art (z. B. Amtsgerichte, Wahlkreise, Arbeitsämter, Finanzämter, Zollämter, Kammerbezirke usw.).

2. Bewegung der Bevölkerung

Die Statistik der Sterbefälle litt auch in den ersten Jahren der Bundesrepublik noch unter den Nachwirkungen des Krieges. Um zu einer zeitgerechten Statistik zu kommen, mußten Sonderregelungen für die nachträglich bekannt gewordenen und damit nachträglich beurkundeten Sterbefälle und für die Todeserklärungen von Kriegsvermißten getroffen werden. Die gesamte Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung, also Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle, wurde dann 1957 durch Gesetz geregelt, wobei im Prinzip der vor dem zweiten Weltkrieg erreichte Stand beibehalten wurde, einschließlich der Fragen nach der Ordnungsnummer der Geburten. Auch die Statistik der gerichtlichen Ehelösungen wurde in früher üblichem Umfang wieder aufgenommen. Das Gesetz legalisierte auch die Berechnung von Geburtentafeln, Heiratstafeln, allgemeinen und nach dem Familienstand gegliederten Sterbetafeln, Ehedauertafeln.

Die Wanderungsstatistik wurde frühzeitig wieder in Gang gesetzt und auf Grund der bei der Fortschreibung der Bevölkerung gemachten, manchmal enttäuschenden Erfahrungen verbessert. Die wichtigste Reform bestand darin, daß für die Binnenwanderungen nur die Zuzüge erfaßt und von der Zuzugsgemeinde der Herkunftsgemeinde gemeldet wurden. Da die polizeilichen Anmeldungen sich als sicherer erwiesen als die Abmeldungen, die vor allem bei der Begründung eines zweiten Wohnsitzes (durch Studierende usw.) oft unterlassen wurden, brauchten die Abmeldungen nur für den Wegzug über die Grenzen der Bundesrepublik herangezogen zu werden.

Daß dabei nicht alle Probleme völlig bewältigt werden konnten, zeigt die schon erwähnte Diskrepanz zwischen den Ergebnissen der Fortschreibung der Bevölkerung (mit Hilfe der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderungen) und denen der Volkszählungen. Trotz dieser noch nicht ganz beseitigten Mängel liefert die auch in der regionalen Tiefengliederung verbesserte Fortschreibung den unentbehrlichen, aktuellen Überblick über den Bevölkerungsstand.

Auch die Vorausberechnungen der Bevölkerungsentwicklung sind auf der Grundlage verbesserter Ausgangsdaten ausgebaut worden. Die starke und konjunkturabhängige Zu- und Abwanderung über die Bundesgrenzen, also das Gastarbeiterproblem, hat die stets schwierigen Annahmen über die Wanderungen

zusätzlich erschwert. Auch die Frage der vorausschätzenden Geburten ist in den allerletzten Jahren problematischer geworden. Schnellen Veränderungen in der Ausgangssituation wurde durch eine häufigere Revision der Vorausberechnungen begegnet.

Auf die Zusammenschau aller Bevölkerungsfragen und die Intensivierung der bevölkerungswissenschaftlichen Analysen wurde bereits hingewiesen.

3. Gesundheitswesen

Auf dem Gebiet der Statistik des Gesundheitswesens ist es in der Bundesrepublik zu einer Neuverteilung der Aufgaben zwischen dem Statistischen Bundesamt, dem Bundesgesundheitsamt und dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung gekommen. Von den Krankheitsstatistiken läuft die Statistik der meldepflichtigen Krankheiten weiterhin über den statistischen Dienst der Länder und dann parallel zum Statistischen Bundesamt und zum Bundesgesundheitsamt, das das Material hauptsächlich unter seuchenpolizeilichen Gesichtspunkten auswertet. Die Statistik der Geschlechtskrankheiten ist dem Bundesamt verblieben. Die weit wichtigere, 1937 eingeführte Statistik der Krankheitsarten der gesetzlichen Krankenversicherung ging an das Arbeitsministerium.

Die Todesursachenstatistik wurde im früheren Umfang wieder aufgenommen und vor allem durch einen Ausbau der ärztlichen Todesbescheinigungen verbessert.

Die Statistik der Berufe des Gesundheitswesens und die Krankenhausstatistik wurden ohne nennenswerte inhaltliche Veränderungen auch in der Bundesrepublik weitergeführt.

Die Sonderuntersuchungen mit Hilfe des Mikrozensus sind bereits an anderer Stelle genannt worden.

Die vom Statistischen Bundesamt zum Abschnitt »Bildung und Kultur« gerechnete Sportstatistik (die in den früheren Zeitperioden zum Gesundheitswesen zählte) ist in der Nachkriegszeit durch eine bisher einmalige, 1965 durchgeführte Zählung der Turn- und Sportstätten vertreten, die auch die Mitglieder der Turn- und Sportvereine erfaßt hat.

4. Bildung und Kultur, Unterrichtswesen

Da nach dem Grundgesetz das Schulwesen zunächst unter die ausschließliche Kompetenz der Länder fiel, war eine Bundesgesetzgebung für die Schulstatistik nicht zulässig. Die Einheitlichkeit der Schulstatistik konnte dennoch so weit als möglich erhalten werden, denn die Kultusministerkonferenz der Länder hat schon sehr frühzeitig im Mai 1950 das neu errichtete Bundesamt mit der Koordinierung und Zusammenfassung der Schulstatistiken der Länder beauftragt. Es war nicht leicht, die Einheitlichkeit zu sichern, denn Statistiken können nur durch einstimmige Beschlüsse der Kultusminister und der das Geld bereitstellenden Finanzminister der Länder angeordnet werden. Darüber hinaus hatte sich das Schulwesen in den einzelnen Ländern recht unterschiedlich entwickelt, was einheitliche statistische Zusammenstellungen erschwerte. Nur für die Hochschulstatistik wurde eine bundesgesetzliche Regelung möglich, nachdem Hochschulfragen durch

eine Änderung des Grundgesetzes zu »Gemeinschaftsaufgaben« des Bundes und der Länder erklärt wurden. Die Statistik der allgemeinbildenden Schulen, von der unter dem Nationalsozialismus nur die Volksschulstatistik dem Reichsamt verblieben war, wurde wieder auf alle Schularten ausgedehnt. Unterschieden werden z. Z. Volks-, Sonder- und Realschulen, Gymnasien, Schulen mit neu organisiertem Schulaufbau und Freie Waldorfschulen. Für diese liegen gleichartige und reichhaltig gegliederte Angaben vor über die Schulen, die Schüler und die Lehrer. Entsprechende Angaben werden auch für die Einrichtungen des zweiten Bildungsweges erhoben, der zunehmend an Bedeutung gewonnen hat.

Die Statistik der berufsbildenden Schulen, zu denen die Berufsschulen, Berufsaufbauschulen, Berufsfachschulen, Fachschulen und Schulen des Gesundheitswesens gehören, bringt, ähnlich wie für die allgemeinbildenden Schulen, Angaben über Schulen, Schüler und Lehrer, die den besonderen Problemen dieser Schulgattung angepaßt sind.

Besondere statistische Programme wurden festgelegt für die Ingenieurschulen, für die (nicht den Universitäten eingegliederten) Pädagogischen Hochschulen und lehrerbildenden Einrichtungen. Auch die Studienseminare für das Lehramt wurden statistisch durchleuchtet.

Die Hochschulstatistik wurde ab 1950 wieder aufgenommen. Die Fragestellung wurde erweitert und die Periodizität auf halbjährliche Statistiken verkürzt. Auf diese Weise entwickelte sich die sogenannte Große Hochschulstatistik, die auf der Individualbefragung der Studierenden beruht und eine Gliederung nach zahlreichen persönlichen Merkmalen zuläßt, darunter z. B. auch die Finanzierung des Studiums oder die berufliche Stellung und Schulbildung der Eltern. Die sogenannte Kleine Hochschulstatistik beruht auf den Berichten der Hochschulen über den Hochschulbesuch, wobei u. a. Inländer und Ausländer sowie Studienanfänger besonders nachgewiesen werden. Dazu kommen Statistiken der Hochschullehrer und des wissenschaftlichen Personals, der Habilitationen und der Hochschulprüfungen.

Das Bundesgesetz über die Hochschulstatistik von 1971 konsolidiert weitgehend den erreichten Stand, ordnet zahlreiche weitere Hochschulstatistiken, z. B. über den Baubestand, das Personal, die Lehrveranstaltungen und die Kosten an und sichert vor allem den Aufbau von »Verlaufsstatistiken« für den Studienablauf jedes Studierenden auch für die Fälle des Hochschulwechsels, so daß die Semesterzahl, ein Wechsel der Fachrichtung, eine vorzeitige Beendigung des Studiums ohne Abschluß und der Abschluß statistisch sichtbar gemacht werden kann. Die Grundvoraussetzung hierfür ist die Führung eines zentralen Registers der Studierenden beim Statistischen Bundesamt in automatisierter Form, das die elektronische Verarbeitung erlaubt.

Die Bedeutung einer guten Schul-, Berufsschul-, Fachschul- oder Hochschulbildung für die zukünftige Leistungsfähigkeit der Bevölkerung wurde in den beiden letzten Jahrzehnten zunehmend erkannt. Dazu kamen die vielfachen Pläne zur Bildungsreform, die sich über alle Stufen erstrecken und zum Teil Gesamtschulen und Gesamthochschulen, die Umwandlung von Fach-

schulen in Fachhochschulen und ähnliches zum Ziele haben, von der inneren Reform des Hochschulwesens mit ihren mannigfachen und unterschiedlichen Zielen ganz zu schweigen. Allen diesen Entwicklungen mußte sich die Statistik des Bildungswesens anpassen.

5. Rechtspflege

Von den Statistiken über die Organisation, das Personal und den Geschäftsanfall der Gerichte gehören nur die ordentlichen Gerichte zum Arbeitsgebiet des Bundesamtes. Für die Verwaltungs-, die Arbeits- und die Sozialgerichte beschränkt sich seine Tätigkeit auf die Veröffentlichung der Ergebnisse.

Die polizeiliche Kriminalstatistik wurde wieder aufgenommen, blieb aber beim Bundeskriminalamt. Die Strafverfolgungsstatistik über die abgeurteilten Personen wurde den Veränderungen des Strafrechts angepaßt und auf Grund von Vereinbarungen mit den Ländern im Bundesamt zusammengestellt. Im Jahre 1959 kam eine Strafvollzugsstatistik hinzu, die Auskunft über die Anstalten und über die Gefangenen und Verwahrten gibt. Im Zuge der Modernisierung des Strafvollzugs wird ab 1962 auch eine Bewährungshilfestatistik geführt, bei der die Bewährungshelfer über die ihnen unterstellten Personen berichten.

6. Bundeswehr

Dieser Bereich ist hier nur wegen der Parallelität zu den übrigen Zeitabschnitten aufgeführt. Das Statistische Bundesamt hat keinerlei Zahlen über die Bundeswehr zusammengestellt oder veröffentlicht.

7. Wahlen

Der Präsident des Statistischen Bundesamtes hat bei allen Bundestagswahlen als Bundeswahlleiter fungiert. Die Wahlstatistik wurde den Neuerungen im Wahlverfahren (Erst- und Zweitstimmen, Briefwahl) angepaßt.

Durch eine repräsentative Wahlstatistik, die etwa 2% der Wahlberechtigten erfaßt, konnte die Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Geschlecht und Alter und die Art der Kombination von Erst- und Zweitstimmen festgestellt werden. Das Wahlgeheimnis wird dadurch gesichert, daß in ausgewählten größeren Wahlbezirken Stimmzettel ausgegeben werden, aus denen das Geschlecht und die Altersgruppe der Wähler ersichtlich ist. Diese Statistik liefert sehr interessante Einblicke in das Wahlverhalten der jüngeren und älteren Wähler beider Geschlechter.

8. Erwerbstätigkeit

Das Statistische Bundesamt hat sich in den letzten Jahrzehnten bemüht, einen laufenden Überblick über die Zahl der Erwerbstätigen zu schaffen. Auch hierfür kamen vielfache Impulse aus der »Gesamtschau«, die es erlauben soll zu zeigen, welche Teile der Bevölkerung sich vor oder in der schulischen und beruflichen Ausbildung befinden, in welchem Alter und Umfang die Bevölkerung in das Erwerbsleben eintritt, wann und in welchem Alter die Menschen aus dem Erwerbsleben ausscheiden und wie groß die Zahl der »Alten« ist. Wenn auch das Ideal einer Verlaufsstatistik, die nicht nur den Bestand am Ende eines Zeitraums für jeden Jahrgang und jede Bevölkerungsgruppe aufzeigt, sondern auch die Zu- und

Abgänge während dieses Zeitraums erkennbar macht, noch nicht erreicht ist, so sind doch zahlreiche Schritte in der angedeuteten Richtung getan oder vorbereitet worden, vor allem, um die Grundlagen für eine Vorausschätzung der Erwerbstätigen zu verbessern.

Auch die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gewinnen an Aussagekraft, wenn die Zahl der Erwerbstätigen, der Einkommensbezieher und der Verbraucher bekannt ist. Besonders vordringlich ist es, die Zahl der Erwerbstätigen zu kennen, da die gesamtwirtschaftliche »Produktivität«, also das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Erwerbstätigen, zu einem äußerst wichtigen Orientierungsdatum für die Wirtschafts- und Sozialpolitik geworden ist. Die Statistik der Erwerbstätigkeit wird nachstehend in drei Unterabschnitten behandelt, die nach den wichtigsten statistischen Quellen unterschieden sind.

a) Berufszählungen

Die drei mit den Volkszählungen verbundenen Berufszählungen der Jahre 1950, 1961 und 1970 bauten auf den Modellen der Jahre 1925 und 1939 auf und haben sie verschiedentlich weiterentwickelt.

Im Jahre 1961 wurde die in früheren Zählungen stets gleichgesetzte hauptberufliche Tätigkeit oder Haupterwerbsquelle durch getrennte Fragen nach der Beteiligung am Erwerbsleben und nach der überwiegenden Quelle für den Lebensunterhalt ersetzt. Die Kombination beider Merkmale hat 1961 und 1970 wesentlich sinnvollere Abgrenzungen der Erwerbstätigen und der übrigen Bevölkerungsgruppen erlaubt. Unter dem Einfluß international empfohlener bzw. vereinbarter Erwerbstätigkeitskonzepte wurde seit 1961 auch nach der Wochenarbeitszeit gefragt, wobei nur jeweils eine von vier vorgegebenen Gruppen anzukreuzen war (1970: unter 15, 15 bis 24, 25 bis 36, über 36 Stunden). Diese Angaben erlaubten auch einen Nachweis der Teilzeitarbeit, die zunehmend an Bedeutung gewonnen hat. Auch die Abgrenzung zwischen Haupt- und Nebenberuf wurde erleichtert. Die 1925 eingeführte und 1939 weiterentwickelte Doppelgruppierung nach dem persönlichen, individuellen Beruf und nach der Betriebszugehörigkeit wurde beibehalten. Die Grundsystematik der Wirtschaftszweige wurde für Berufszählungszwecke 1961 in 118 Positionen zusammengefaßt. Die Klassifizierung der ausgeübten Berufe unterschied 1961 insgesamt 437, im Jahre 1970 zusammen 1 672 Positionen.

Die Zählung von 1970 ergänzte die Fragen über den ausgeübten Beruf durch Angaben über eine praktische Berufsausbildung und damit den erlernten Beruf. Diese Fragen sollen im Verein mit der Feststellung, ob eine voll- oder halbautomatische oder eine sonstige Maschine bedient wird, dazu dienen, die Zusammenhänge von erlerntem und ausgeübtem Beruf in der Abhängigkeit vom Alter zu untersuchen und Aufschlüsse über die Zweckmäßigkeit der gegenwärtigen Ausbildungsgänge bringen.

Die 1939 vorgenommene Reduzierung der »Stellung im Beruf« auf fünf Hauptgruppen (Selbständige, Mithelfende, Beamte, Angestellte, Arbeiter) wurde im Prinzip beibehalten, aber nach sozio-ökonomischen Merkmalen weiter unterteilt. Hierzu dienen bei den Selbständigen die in allen drei Zählungen ge-

stellten Fragen nach der Größe der landwirtschaftlich genutzten Fläche bzw. nach der Zahl der von ihnen beschäftigten Arbeitnehmer. Bei den Beamten wurde nach Laufbahngruppen unterschieden. Bei der Zählung 1970 wurde zum ersten Male eines der wichtigsten Merkmale einer sozialen Gliederung, nämlich das Einkommen aus Erwerbstätigkeit erfragt, wobei eine von sieben vorgegebenen Einkommensgruppen anzukreuzen war. Ob der Versuch, die Führungskräfte in Wirtschaft und Verwaltung auf den verschiedenen Ebenen (d. h. vom Vorarbeiter über die Werkmeister u. dgl. bis zu den Leitern, Geschäftsführern u. dgl. eines Unternehmens) festzustellen, zu brauchbaren Ergebnissen geführt hat, kann im Zeitpunkt der Abfassung dieser Untersuchung noch nicht beurteilt werden.

Es sei daran erinnert, daß die Verbindung mit der Volkszählung eine Kombination der berufsstatistischen Merkmale mit allen sonst für jede Person erhobenen Merkmalen, insbesondere auch den bildungsstatistischen Merkmalen, erlaubt. Die Fülle der Kombinationsmöglichkeiten gilt auch für die schon im Abschnitt »Volkszählungen« erwähnte Haushalts- und Familienstatistik.

Die Möglichkeiten einer regionalen Auswertung der Berufszählung sind dadurch etwas eingeschränkt worden, daß die Fragen nach dem individuellen Beruf und die sozio-ökonomischen Merkmale für eine verfeinerte Gliederung nach der Stellung im Beruf nur in einer Stichprobe von 10% der Bevölkerung gestellt wurden.

b) Mikrozensus

Der mit seinem bevölkerungsstatistischen Teil bereits im Abschnitt B. 1 dargestellte Mikrozensus ist seit 1957 als eine Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens angeordnet worden. Insbesondere die vierteljährlichen Erhebungen sollten einen laufenden Überblick über die Entwicklung der Erwerbstätigkeit bringen. Die Mikrozensusbefragungen boten alle Möglichkeiten einer »kleinen Berufszählung«. Das Verfahren einer Befragung durch Interviewer erlaubte darüber hinaus Fragestellungen, die bei einer Selbsteintragung der Bevölkerung in Haushaltslisten ohne eine seriöse Kontrolle kaum möglich sind. Der Mikrozensus hat auf diese Weise auch als Pionier für die Fragestellungen der Berufszählung 1970 gedient. Er erlaubte es, nach »Erwerbstätigen« und »Tätigkeitsfällen« zu unterscheiden und damit die Nebenberufsaufgaben sauber und gründlich zu klären. Die Fragen des Krankenversicherungsschutzes und der Beitragszahlung zur Rentenversicherung konnten einbezogen, die Arbeitszeit und ihre Verteilung auf die Wochentage, die Gründe von Arbeitsausfällen u. dgl. oder die mit der Erwerbstätigkeit der Frauen zusammenhängenden Fragen näher untersucht werden. Die für die EWG erforderlichen Auskünfte über die Arbeitskräfte und die Gründe und Dauer der Arbeitssuche konnten ebenfalls mit diesem Instrument erhoben werden.

Zum allgemeinen Programm des Mikrozensus haben eine Reihe von Zusatzerhebungen mit besonderen Fragezielen stattgefunden. Untersucht wurden die berufliche Ausbildung, die Sonntags- und Nachtarbeit, die Erwerbstätigkeit der Frauen (insbesondere Zeitpunkt und Gründe einer Beendigung oder Wiederaufnahme), die Merkmale der von den Erwerbstätigen ausgeübten Tätigkeiten (eine Art Probeerhebung zur

Berufszählung 1970), die Betreuung der Kinder erwerbstätiger Mütter, der Umfang des Urlaubsanspruchs, Ausbildung und berufliche Fortbildung. Der Mikrozensus ist in den letzten 10 Jahren also nicht nur eine Quelle für Erwerbstätigen-Zahlen für die allgemeine Wirtschaftsbeobachtung geworden, sondern darüber hinaus ein bewegliches Instrument zur Klärung von Sonderproblemen in Verbindung mit gesetzgeberischen Überlegungen und Maßnahmen.

c) Sonstige Statistiken der Erwerbstätigkeit

Die vor dem Kriege auf der Grundlage der Arbeitsbücher und der Meldepflicht für jeden Arbeitsplatzwechsel entstandene Kartei der Arbeitsämter hat auch in den ersten Jahren nach dem Kriege noch als wichtigste Quelle der Beschäftigtenstatistik gedient. Zunehmende Diskrepanzen mit den Ergebnissen der Berufszählung 1961 und des Mikrozensus haben zu Überprüfungen der Kartei und schließlich zur Einstellung ihrer statistischen Auswertung geführt. Große Karteien leiden nun einmal unter den Schwierigkeiten der Fortschreibung, wenn die dafür erforderlichen Meldungen der Zu- und vor allem der Abgänge nicht vollständig zu erreichen sind.

Im Zusammenhang mit der Automatisierung der Rentenversicherung, bei der die Versicherten selbst ein großes Interesse an der Vollständigkeit der für sie gebuchten Angaben haben, ist geplant, eine neue Statistik der (versicherungspflichtigen) Arbeitnehmer aufzubauen, die auch Auskünfte über das versicherungspflichtige Einkommen bringen soll. Das Statistische Bundesamt hat die Zahl der Erwerbstätigen Jahr für Jahr auf Grund aller verfügbaren Quellen berechnet, wobei für kleinere Bereiche Schätzungen stattfinden mußten. Für einige größere Bereiche stehen außer den Berufszählungen und dem Mikrozensus Beschäftigtenzahlen aus der Landwirtschaftsstatistik, der Industrie- und Bauberichterstattung, der Handwerksberichterstattung usw. zur Verfügung, die mit mancherlei Schwierigkeiten ein Gesamtbild der Erwerbstätigen ergeben.

9. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

In keinem Wirtschaftsbereich sind in den gut zwei Jahrzehnten des Bestehens der Bundesrepublik die Strukturwandlungen so nachhaltig gewesen wie in der Landwirtschaft. Der rasche technische Fortschritt innerhalb und außerhalb der Landwirtschaft, der Arbeitskräftebedarf und die kräftig wachsenden Einkommen in den anderen Wirtschaftsbereichen führten zur zum Teil erwünschten Abwanderung von Arbeitskräften und zur Auflösung insbesondere kleinerer landwirtschaftlicher Betriebe, von denen viele betriebswirtschaftlich nicht mehr rationell arbeiten konnten. Dies alles führte zu umfangreichen, vielfältigen und kostspieligen staatlichen Förderungsmaßnahmen. Die mit dem Landwirtschaftsgesetz vom 5. September 1955 und dem darin geforderten jährlichen »Grünen Bericht« und dem Grünen Plan eingeleiteten innerdeutschen Stützungsmaßnahmen (Marktordnung und Einkommensausgleich) wurden durch die gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) mit ihrem gemeinsamen Agrarfonds teils übernommen, teils ergänzt und erweitert. Um kontrollieren zu können, ob all diese Maßnahmen sinnvoll und erfolgreich

angesetzt sind, muß man die Struktur der Betriebe, deren Zahl und Arbeitskräfte ständig abgenommen haben, erkennen können. Die Produktion pflanzlicher und tierischer Erzeugnisse mußte erfaßt oder berechnet werden, um Verkaufserlöse und Betriebsausgaben berechnen und die Ertragslage der verschiedenen Betriebsgrößen und Produktionsrichtungen beurteilen zu können. Hierzu kam noch die dornenvolle Aufgabe des Einkommensvergleichs mit anderen Wirtschaftszweigen. Für die Landwirtschaft zeigte sich in diesem Zeitabschnitt deutlich, daß jedes Abweichen vom System der freien Wettbewerbswirtschaft einen größeren Zahlenbedarf zur Folge hat, denn auf eine statistische Kontrolle der Wirkung von Hilfsmaßnahmen kann nicht verzichtet werden.

Die deutsche Landwirtschaftsstatistik konnte auf ein methodisch gut entwickeltes Instrumentarium und auf eine eingespielte Zusammenarbeit mit den Gemeindebehörden aus früheren Zeiten zurückgreifen. Es mußte allerdings die »Berichtsunwilligkeit« aus der Bewirtschaftungs- und Schwarzmarktzeit überwunden werden. Es wird von Fällen berichtet, daß damals in den Dörfern die Bauern mit Glockengeläut gewarnt wurden, die Viehzähler sind da, und daß daraufhin manche für den Schwarzmarkt reservierten Schweine schnell aus den Ställen in die Schlafzimmer getrieben wurden, um sie den Augen der Viehzähler zu entziehen. Heute weiß demgegenüber jeder Landwirt, daß er bei unvollständigen oder falschen Angaben u. U. die staatlichen Hilfen für seinen Betrieb vermindert.

Dem systematischen Ausbau der Landwirtschaftsstatistik in der Bundesrepublik soll hier durch eine etwas andere Anordnung der Statistiken als in den früheren Zeitabschnitten Rechnung getragen werden.

a) Statistiken der landwirtschaftlichen Produktionsgrundlagen

Die wichtigsten Erhebungen über die Zahl und Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe sind die landwirtschaftlichen Betriebszählungen geblieben, auch wenn seit einiger Zeit die Entwicklung der Betriebszahl in Zusammenhang mit laufenden Erhebungen (Bodennutzung, Viehzählung, Arbeitskräftestatistik) festgestellt werden kann. Betriebszählungen haben in den Jahren 1949, 1960 und 1971, also in etwa 10jährigen Abständen, aber losgelöst von den Volks- und Berufszählungen stattgefunden; dazu kommt noch eine EWG-Strukturserhebung in der Landwirtschaft von 1966/67.

Organisatorisch wurden die Zählungen 1960 und 1971 in Haupterhebungen und Nacherhebungen getrennt. 1960 gab es eine Nacherhebung über die Arbeitskräfte, die inzwischen zu einer laufenden Erhebung geworden ist. Besondere Erhebungen über den Gartenbau und die Binnenfischerei gab es im Anschluß an beide Zählungen. Anstelle der umfassenden Forsterhebung 1961 wird 1972 eine Repräsentativerhebung in der Forstwirtschaft mit wenigen, 1961 nicht erhobenen Merkmalen durchgeführt. Für den Winter 1972/73 ist eine Weinbauerhebung vorgesehen.

Die Zählung 1971 brachte mit einer Erweiterung und Ausrichtung des Programms auf moderne Problemstellungen auch eine Zerlegung der Haupterhebung in Vollerhebungen und eine Repräsentativerhebung bei rd. 20% der Betriebe. Bei den Vollerhe-

bungen wurden für alle Betriebe wie bei früheren Betriebszählungen die Rechtsform, die Besitzverhältnisse, die Betriebsfläche nach Nutzungsarten, Kulturarten, Pflanzenarten, die Viehhaltung, die Arbeitskräfte, die Arbeitszeiten und die Maschinenverwendung erfragt. Dazu kamen Fragen nach den Erwerbs- und Unterhaltsquellen der Betriebsinhaber sowie der mit-helfenden Familienangehörigen und nach der überbetrieblichen Zusammenarbeit. Besonders eingehend wurden die Pachtverhältnisse und die Art vertraglicher Bindungen (Anbaufläche, Liefermenge, Preis usw.) ergründet.

Das Frageprogramm der Repräsentativerhebung in der Landwirtschaft diente der Klärung der sozialen Sicherung der Betriebsinhaber und ihrer Familienangehörigen, erfragte außerbetriebliche Einkünfte, fachliche Vorbildung, Absatzverhältnisse, bauliche und technische Verhältnisse usw., kurz, Fragen, die mit der Leistungsfähigkeit der Betriebe in Zusammenhang stehen. Mit Sondererhebungen sollte Material über die betrieblichen Zusammenschlüsse in der Land- und Forstwirtschaft und über den Einsatz landwirtschaftlicher Maschinen gegen Entlohnung gewonnen werden. Zum ersten Male werden die Ergebnisse für die gesamte Land- und Forstwirtschaft nach einer einheitlich auf dem geschätzten Betriebseinkommen basierenden Systematik nachgewiesen.

Die EWG-Strukturserhebung 1966/67 hatte das Ziel, für die gemeinsame Agrarpolitik, die beträchtliche finanzielle Folgen für die Mitgliedstaaten hat, einheitliche statistische Grundlagen im gesamten Bereich der EWG zu schaffen. Dabei wurde ein Teil der 1971 neu in die landwirtschaftliche Betriebszählung aufgenommenen Fragen bereits vorweggenommen, so z. B. die Merkmale Buchführung und vertragliche Bindungen.

Auf Grund einer Verordnung des EWG-Ministerrats ist seit Ende 1964 ein Weinbaukataster eingerichtet worden, das, zumindest bei der ersten Auszählung 1965/66, eine genaue statistische Durchleuchtung der Betriebsverhältnisse im Weinbau erlaubt hat. In Abständen von etwa 10 Jahren, erstmalig 1977, ist eine vollständige Neuaufstellung des Katasters vorgesehen, da die laufende Fortschreibung aller Merkmale nicht durchführbar ist.

Die menschliche Arbeitskraft als eine der wichtigsten Produktionsgrundlagen der Landwirtschaft wird auf Grund eines Gesetzes von 1964 für jedes zweite Wirtschaftsjahr erhoben. Sie basiert im Erhebungsjahr auf vierteljährlichen Feststellungen.

Auch für die Ausrüstung mit Schleppern und Mähreschern gibt es in Ergänzung zu den Betriebszählungen Jahresauszählungen, die technisch an die Anträge für Gasölverbilligung geknüpft sind.

b) Statistiken, die der Feststellung der Produktion, der Verkaufserlöse und der Ertragslage in der Landwirtschaft dienen

In allen Bereichen außerhalb der Landwirtschaft wird der Produktionserfolg, also die produzierten bzw. abgesetzten Mengen und ihre Werte unmittelbar bei den Unternehmen erfragt. Zu einer direkten Erfragung der Verkaufserlöse, zu der die Frage nach der Buchführung in der EWG-Erhebung erstmals den Weg ebnete, ist es aber noch nicht gekommen. Es gibt nur eine Buchführungsstatistik für ausgewählte land-

wirtschaftliche Betriebe mit Hilfe der Buchstellen. Sie wird jedoch nicht im Bundesamt bearbeitet. Das Produktionsergebnis in der Landwirtschaft ist also in der Zeit der Bundesrepublik weiterhin »global« berechnet worden. Es wurden, wie früher üblich, Anbauflächen und Viehbestände festgestellt und mit der Leistung je Einheit (z. B. Hektarerträge) multipliziert, wobei einige wichtige methodische Verbesserungen eingeführt wurden.

Die Bodennutzungserhebungen sind nach dem zweiten Weltkrieg wieder jährlich im alten Umfang eingeführt und 1964 gesetzlich in die bis heute nur wenig veränderte Form gebracht worden. Es blieb bei einer Vorerhebung, mit der die volle Erfassung der Betriebsflächen nach Hauptnutzungsarten gesichert wurde. Auf dieser Grundlage werden die jährlichen Veränderungen in der Zahl der Betriebe festgestellt. Die Haupterhebung im Mai bringt die Anbauflächen und eine Nacherhebung im Oktober erfaßt den Anbau von Zwischenfrüchten. Für den Gemüseanbau und die Baumschulen finden entsprechende Erhebungen statt. Neu eingeführt wurden stichprobenweise Nachprüfungen durch besondere Feldbegehungen. Diese Kontrollergebnisse werden gegebenenfalls zur Berichtigung der Hauptergebnisse herangezogen. Auch die Obstbaumzählungen sind durch das Gesetz von 1964 zum gesicherten Bestandteil des Programms geworden. Der Zeitpunkt wird jeweils festgesetzt, die letzte Zählung hat 1965 stattgefunden.

Für die Ernteermittlung haben sich in den Jahren der Bundesrepublik zwei grundsätzlich verschiedene Verfahren herausgebildet. Die Ertragsschätzungen durch Sachverständige, also das frühere System der Berichterstattung über den Wachstumsstand und die Erträge an Feldfrüchten und des Grünlandes, für Gemüse und Obst, Reben und Weinmosterträge sind wieder eingeführt und nach Möglichkeit verbessert worden. Als zweites Verfahren, unter dem Stichwort »Besondere Ernteermittlung«, sind schon seit 1948 objektive Messungen getreten, bei denen nach einem ausgeklügelten Stichprobenverfahren ein Teil der Felder abgeerntet und Probedrüschel vorgenommen werden. In der ersten Nachkriegszeit brachten die üblichen Ertragsschätzungen meist zu niedrige Ergebnisse, so daß die Versorgungslage und der Einfuhrbedarf nicht zutreffend beurteilt werden konnten. Die Militärregierungen haben daher auf das objektive Messungsverfahren gedrungen und Fahrzeuge für die Meßtrupps zur Verfügung gestellt. Das ursprünglich nur für Winterroggen, Winterweizen und Kartoffeln angewendete Verfahren ist im Laufe der Zeit auf weitere Feldfrüchte ausgedehnt worden. Das Verfahren hat allerdings auch seine Mängel, da die Stichproben eine »Vollernte« ergeben und die Ausfälle, die bei einem normalen Ernteverfahren nicht vermieden werden können, berücksichtigt werden müssen, bevor aus der Berichterstattung und der besonderen Ernteermittlung auf die tatsächliche Ernte geschlossen werden kann.

Die statistische Erfassung der Produktion tierischen Ursprungs stützt sich nach wie vor auf die allgemeine Viehzählung im Dezember jedes Jahres und auf die auf Stichprobenbasis durchgeführten Viehzwischenzählungen, die im März und September nur die Schweinehalter, im Juni außerdem auch Rindvieh- und Schafhalter einbeziehen.

Das Aufkommen großer Brutereien und Geflügelschlachtereien und der damit einhergehende wachsende Anteil des Geflügels am Fleischverbrauch der Bevölkerung hat unter dem Einfluß der EWG zu einer besonderen Geflügelstatistik ab 1967 geführt, die es erlaubt, die Lage am Geflügelmarkt von den in die Brutschränke eingelagerten Eiern, die Zahl der geschlüpften Küken bis zur Menge des geschlachteten Geflügels zu verfolgen.

Die Statistik der Schlachtungen und der Schlachtgewichte, die Ergebnisse der Schlachtier- und Fleischschau sowie die Milcherzeugungs- und -verwendungsstatistik und die Fischereistatistik wurden ohne wesentliche Änderungen gegenüber dem vor dem Kriege erreichten Stand wieder in das Programm der kurzfristigen Agrarstatistiken der Bundesrepublik aufgenommen.

10. Arbeitsstättenzählungen, Unternehmensstatistiken

a) Arbeitsstättenzählungen

Die Arbeitsstättenzählung 1950, die mit der Volkszählung verbunden war, bot die erste Möglichkeit, einen Überblick über die durch die Kriegsfolgen stark erschütterte Wirtschaftsstruktur zu gewinnen. Viele Betriebe waren zerstört und eingegangen, andererseits sind mit dem Zustrom an Flüchtlingen auch viele Betriebe neu entstanden. Die Abtrennung der sowjetischen Besatzungszone hat alte Wirtschaftsverflechtungen zerrissen und den Aufbau mancher im Westen kaum vertretenen Industriezweige erzwungen. Die Notwendigkeit, überhaupt erst einmal einen Überblick zu gewinnen, hat das Programm der Zählung von 1950 bestimmt.

Gegenüber der letzten Zählung von 1939 beschränkte man sich auf nur zwei Erhebungs- und Darstellungseinheiten, nämlich die Arbeitsstätte als örtliche Einheit und das Unternehmen als wirtschaftliche Einheit. Auf die Teilbetriebe oder technischen Einheiten wurde verzichtet. Es wurde festgestellt, ob die Arbeitsstätte nach dem 31. Dezember 1944 gegründet wurde und ob und wo sie eventuell früher gelegen hatte.

Auszählungsmerkmale waren die Rechtsform der Unternehmen, die Beschäftigten und zum ersten Male bei einer Arbeitsstättenzählung der Umsatz als Maßstab für die wirtschaftliche Leistung. Dazu kamen Sonderfragen für den Einzel- und Großhandel, die auf die Betriebsformen abgestellt waren (z. B. Fachgeschäft, Warenhaus, Kleinpreisgeschäft usw.). Auch die Kraftfahrzeuge wurden erhoben. Alles in allem war das Zählungsprogramm 1950 gegenüber 1939 stark verkürzt, nur um den Umsatz erweitert.

Die Arbeitsstättenzählung 1961 erhielt bewußt den Charakter einer Rahmencählung mit wenigen Auszählungsmerkmalen. Die Arbeitsstätten- oder Betriebszählungen waren anfänglich die einzigen Quellen über die Wirtschaftsstruktur. Nachdem es für eine ganze Reihe von Wirtschaftsbereichen Sonder-Bereichszählungen laufender Art oder auch in größeren zeitlichen Abständen gibt, haben die Arbeitsstättenzählungen ihren Monopolcharakter verloren. Ihnen ist einmal die Aufgabe des unerläßlichen Gesamtüberblicks über die Zahl der Arbeitsstätten und vor allem die Beschäftigten geblieben. Wo es keine Bereichszählungen gibt, vor allem in kleineren Randbereichen, bleibt die Arbeitsstättenzählung die einzige Informationsquelle. Die

Vollständigkeit der Erhebung erlaubt eine weitgehende regionale Aufgliederung der Ergebnisse. Diese ist ein wichtiges Orientierungsmittel für die Raumordnung, aber auch für die Abgrenzung von Verkaufsbezirken oder des Wirkungsbereichs von Verbänden. Für die fachliche Gliederung diente die aus der Grundsystematik der Wirtschaftszweige abgeleitete Arbeitsstätten-systematik, in der rd. 600 kleinste Einheiten unterschieden wurden.

Die zweite Aufgabe besteht in der Abgrenzung der Bereiche und in der Adressensammlung für die sich anschließenden Bereichszählungen und in der Kontrolle der Vollständigkeit der laufenden Bereichszählungen. Hierzu dienen z. B. Fragen nach der Eintragung in die Handwerksrolle, der Zugehörigkeit zu Kammern, der Beteiligung am Industriebericht oder am Baubericht. Die Hauptmerkmale blieben die Rechtsform und die Beschäftigten (auch Teilzeitbeschäftigten), außerdem wurden die Unternehmen von Vertriebenen und Flüchtlingen ermittelt. Da die Umsatzsteuerstatistik inzwischen den Verlauf der Umsatzentwicklung erkennen ließ, wurde auf die Frage nach dem Umsatz verzichtet.

Die Arbeitsstättenzählung 1970 blieb in ihrer Zielsetzung und den erhobenen Merkmalen dem 1961 entwickelten Rahmen treu. Den Entwicklungen der Zeit folgend, wurden bei den Beschäftigten die ausländischen Arbeitnehmer gesondert erfragt. Die Lohn- und Gehaltssumme ist 1970 erstmalig in das Merkmalsprogramm aufgenommen worden.

b) Kostenstrukturstatistik

Eine wesentliche Bereicherung des statistischen Programms im Hinblick auf die Gesamtdarstellung des Wirtschaftsablaufs bildet die Kostenstrukturstatistik. Sie wurde in der Bundesrepublik erstmalig 1950 in Verbindung mit der Arbeitsstättenzählung durchgeführt und 1959 durch ein besonderes Gesetz geregelt. Aufgabe der Kostenstrukturstatistik ist es, auf repräsentativer und freiwilliger Basis ein Bild des »Aufwandes« für die Produktion von Waren und Leistungen und seiner Zusammensetzung zu liefern und damit die Produktions- und Umsatzstatistiken, die das Produktionsergebnis, also den »Ertrag«, darstellen, zu ergänzen. Die Statistik erfaßt in einem vierjährlichen Turnus nacheinander a) Industrie und Handwerk, b) Großhandel (einschließlich Verlagswesen), c) Einzelhandel, Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe und d) Verkehrsgewerbe und Freie Berufe. Auf diese Weise werden über alle Wirtschaftsbereiche hinweg Angaben über die Kostenrelationen gewonnen, wobei — je nach Bereich — bis zu 20 Kostenfaktoren nachgewiesen werden. Die Ergebnisse sind in vieler Hinsicht, vor allem für den Vergleich der Kostenstruktur des eigenen Unternehmens mit der der Branche, für die Unternehmen selbst interessant, was sich im Ausmaß der freiwilligen Beteiligung zeigt. Die Kostenstrukturstatistik erlaubt aber vor allem die Aufstellung vollständiger »Produktionskonten« für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

c) Übrige Unternehmensstatistiken

Die vor dem Kriege geführte Bestandsstatistik aller Wirtschaftsunternehmen wurde nur für die Kapitalgesellschaften wieder aufgenommen. Veränderungen der Zahl und des Nominalkapitals von rd.

90000 Kapitalgesellschaften werden jährlich zusammengestellt. Die Bilanzstatistik wurde nur für die zur Veröffentlichung ihrer Jahresabschlüsse verpflichteten Aktiengesellschaften wieder in Gang gesetzt. Da das Statistische Bundesamt die Möglichkeit hatte, bei der Aufstellung des gesetzlichen Veröffentlichungsschemas mitzuwirken, ist die Bilanzstatistik, insbesondere auch für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, eine zusätzliche Quelle geworden. Die Bilanzstatistik wurde seit 1953 durch die Statistik der Jahresabschlüsse der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen ergänzt. Die Zusammenstellung des statistischen Teils der Gewerbeaufsicht blieb im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und gehört damit nicht mehr zum Programm des Bundesamtes.

11. Industrie und Handwerk

a) Methodische Mehrgleisigkeit der bundesdeutschen Statistik

Für den wichtigen Bereich des »Warenproduzierenden Gewerbes«, das im Jahre 1971 rd. 54% des Sozialprodukts erzeugte, ist in der Bundesrepublik in den letzten Jahrzehnten zäh am Aufbau eines systematisch vollständigen und klarer übersehbaren statistischen Instrumentariums gearbeitet worden. Dieser Prozeß ist am Ende der hier untersuchten 100 Jahre noch nicht abgeschlossen, denn die seit längerem diskutierte »Reform der Industriestatistik« hat sich noch nicht in einer neuen gesetzlichen Regelung niedergeschlagen. Das Ziel und die Aufgabe war von Anfang an klar. Es galt, ein statistisches Bild der Industriestruktur und des Produktionsablaufs zu zeichnen.

Die Schwierigkeiten begannen mit der Zweiteilung, ja eigentlich Dreiteilung des darzustellenden Bereichs. Unterschieden wurde die »Industrie« vom »Handwerk«, wobei beide Teile nicht betriebswirtschaftlich definiert werden konnten. Als »Handwerk« gilt, wer in die Handwerksrolle eingetragen ist und damit unter die Bestimmungen der Handwerksordnung fällt, die als Instrument der Mittelstandspolitik in den ersten Nachkriegsjahrzehnten von einiger Bedeutung war. Wer nicht zum Handwerk gehörte, wurde als »Industrie« angesehen und wurde — bis hinunter zum Einmannbetrieb — zur Industrieberichterstattung herangezogen. Es blieb allerdings, wie die Arbeitsstättenzählung von 1961 zeigt, ein nicht ganz zu unterschätzender Rest von »Kleingewerbe« als dritter Teil des Produzierenden Gewerbes, auf den rd. 10% aller Arbeitsstätten, aber nur 1,2% der Beschäftigten entfielen.

Die Aufteilung der Statistiken nach »Industrie« und »Handwerk«, an der, um es einmal übertrieben auszudrücken, aus nahezu weltanschaulichen Gründen festgehalten werden mußte, hat in einigen Wirtschaftszweigen recht unliebsame Folgen. Es seien hier nur die Möbelherstellung oder das Baugewerbe genannt, in denen betriebswirtschaftlich gleichartig organisierte Betriebe zum Teil zur »Industrie«, zum Teil zum »Handwerk« gerechnet werden müssen, wodurch z. B. das Bild der Möbelproduktion nach Arten, das nur für die Industrie gegeben werden kann, unvollständig bleibt und vielleicht sogar irreführt.

Da diese Zweiteilung in der Statistik eine bundesdeutsche Besonderheit ist, die die übrigen EWG-Länder nicht kennen, wurde es im Zuge der Integration der EWG-Statistiken erforderlich, zu einem Bilde des



Gustav-Stresemann-Ring 11, Wiesbaden
Dienstgebäude des Statistischen Bundesamtes seit 1955

gesamten warenproduzierenden Gewerbes zu kommen. Diese Notwendigkeit wird auch von den deutschen Spitzenverbänden durchaus anerkannt, noch zumal nichts im Wege steht, die in die Handwerksrolle eingetragenen Unternehmen im Rahmen einer einheitlichen Statistik für bestimmte Zwecke gesondert nachzuweisen.

Eine weitere methodische Mehrgleisigkeit ergibt sich daraus, daß die Statistiken dieses Bereichs meist auf der örtlichen Einheit aufbauen, teils aber auch für Unternehmen erhoben werden. In der Industrieberichterstattung finden sich außerdem Ansätze zur fachlichen oder technischen Einheit (nach sogenannten »beteiligten Industriegruppen« im Gegensatz zur »hauptbeteiligten Industriegruppe«). Darüber hinaus gibt es noch zahlreiche störende Varianten bei der Definition der Darstellungseinheiten, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann.

Auch ein weiteres Problem soll hier nur angedeutet werden, da es zwar seit längerem diskutiert wird, aber noch keinen konkreten Niederschlag in der Industriestatistik gefunden hat. Die »örtliche Einheit« ist für Regionaluntersuchungen und das »Unternehmen« für die Analyse von Aufwand und Ertrag die am besten geeignete Darstellungseinheit. Beide haben jedoch den Nachteil, daß sie nur nach dem Schwerpunkt ihrer Tätigkeit klassifiziert werden können und dabei »branchenfremde« Teile mit sich ziehen. Je häufiger die Unternehmen verschiedene Produktionszweige umfassen, desto wichtiger wird der Nachweis »fachlicher Unternehmensteile«. Auch das industriestatistische Programm der EWG sieht diese dritte Darstellungseinheit vor, die auf der Produktion möglichst homogener Waren beruht. Nachweise für die aus fachlichen Unternehmensteilen gebildeten »Branchen« sind für die Darstellung produktionswirtschaftlicher Verflechtungen wichtig, aber auch für einen genaueren Nachweis der Investitionen. Wenn ein als Lederfabrik klassifiziertes Unternehmen (oder örtliche Einheit) die Herstellung von Kunstleder aufnimmt, so sollten die dafür erforderlichen Investitionen nicht in der Lederherstellung, sondern in der Kunststoffverarbeitung erscheinen.

Bisher mußte das Statistische Bundesamt mit diesen Mehrgleisigkeiten leben, wobei neben den unterschiedlichen Definitionen der Unternehmens- oder Betriebs-einheit vor allem unterschiedliche Klassifikationen zusätzliche Probleme schufen. Der Statistiker konnte diese Ungleichheiten allein nicht überwinden, da sie zum Teil gesetzlich, u. a. durch die Handwerksordnung, fundiert sind.

b) Die kurzfristigen Berichterstattungen

Es ist weiter oben (Abschnitt I) dargelegt worden, daß die in den Übergangsjahren nach dem Kriege noch in Kraft befindlichen Bewirtschaftungsmaßnahmen dazu führten, die Industrieberichterstattung, den monatlichen Produktions-Eilbericht und die zunächst monatlichen, dann vierteljährlichen Produktionsmeldungen schnell wieder in Gang zu setzen. Die mit diesen Statistiken gewonnenen Unterlagen erwiesen sich auch nach der Aufhebung der Bewirtschaftung als äußerst nützliche Instrumente für die Konjunkturbeobachtung, und zwar nicht nur für staatliche Zwecke, sondern auch für die Marktbeobachtung durch die Wirtschaft selbst. Diese Statistiken

wurden daher nach der Währungsreform auch auf ausdrücklichen Wunsch der Industrie beibehalten. Am Inhalt und Aufbau dieser Berichte, wie sie 1957 gesetzlich konsolidiert wurden, hat sich in den letzten 25 Jahren kaum etwas geändert. Nachgewiesen werden im monatlichen Industriebericht die Betriebe (mit 10 und mehr Beschäftigten), die Beschäftigten nach der Stellung im Betrieb, die geleisteten Arbeiterstunden, die Bruttosummen der Löhne und Gehälter sowie der Inlands- und Auslandsumsatz. Selbst die aus der Bewirtschaftungszeit stammenden detaillierten Fragen nach dem Energieverbrauch sind bis heute beibehalten worden. Zusatzerhebungen bringen alle zwei Jahre eine genauere Unterteilung der Beschäftigten, vor allem die Unterteilung nach den beiden Geschlechtern. Auch Fragen der Wasserversorgung, die für die Probleme des Umweltschutzes große Bedeutung haben, werden geklärt.

Der monatliche Produktions-Eilbericht, der nur die Produktionsmengen von rd. 600 Erzeugnissen und Erzeugnisgruppen erhebt, liefert wichtige Ausgangsdaten für den Produktionsindex.

Die vierteljährliche Produktionsstatistik erfaßt für rd. 5 500 Waren und Warengruppen Menge und Werte der zum Absatz bestimmten Produktion. Für zahlreiche, zur Weiterverarbeitung bestimmte Waren wird außerdem die Menge der »Gesamtproduktion«, also einschließlich der im eigenen Betrieb weiterverarbeiteten Mengen, erfragt (z. B. Papierzellstoff in einer Zellstoff-Fabrik, die nur einen Teil des Papierzellstoffs absetzt, den anderen Teil in der örtlich verbundenen Papierfabrik oder in einem anderen, zum gleichen Unternehmen gehörenden Betrieb selbst verarbeitet).

In diesem Zusammenhang ist auch die Statistik der Auftragseingänge und der Auftragsbestände zu nennen, die mit ihrer Auskunft über zukünftig zu erwartende Umsätze einen sehr wichtigen, in die Zukunft weisenden Indikator für die Konjunkturbeobachtung liefert. Sie wurde seit 1951 zunächst im Wirtschaftsministerium geführt und ab 1964 vom Statistischen Bundesamt übernommen.

Die vorstehend genannten Berichte liefern das erforderliche Material für den Index der industriellen Nettoproduktion, den Index der industriellen Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter, den Index der Arbeitsproduktivität und die Auftragsindices. Auf die mit diesen Berechnungen verbundene vielfältige Problematik kann hier nicht eingegangen werden. Die Indices haben sich aber als handliche Instrumente zur Wirtschaftsbeobachtung bewährt.

Für den Bereich des Handwerks wurde 1960 eine vierteljährliche Handwerksberichterstattung auf Stichprobenbasis (rd. 6% aller Handwerksunternehmen) eingeführt. Sie bringt Daten über die Beschäftigten und den Umsatz, getrennt für den Handwerks- und den Handelsumsatz.

Die Trennung nach »Industrie« und »Handwerk« ist im Baugewerbe besonders problematisch. Die Bauberichterstattung erfaßt daher monatlich alle Betriebe des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten, im Juni einmalig alle Betriebe ohne Rücksicht auf die Größe. Erfaßt werden, wie bei der

Industrieberichterstattung, Beschäftigte, Lohn- und Gehaltssumme, Arbeitsstunden, Umsätze, die beiden letzten Merkmale jeweils nach Art der Bauten gegliedert. Das vorwiegend handwerklich organisierte Ausbaugewerbe wird im Rahmen der Handwerksberichterstattung erfaßt. In die industriellen Produktionsindices wird die Bauindustrie einbezogen. Daneben werden auch besondere Produktionsindices für das Bauhauptgewerbe, das Ausbaugewerbe und das gesamte Baugewerbe berechnet. Die Auftragseingänge und -bestände werden seit 1971 erfaßt. Erste Ergebnisse in Form von Indices liegen bereits vor.

Da die Energie- und Wasserwirtschaft, die weitgehend in öffentlichen Händen liegt, nach der deutschen Abgrenzung nicht zur »Industrie« gerechnet, von der EWG aber in den Industriezensus für 1962 einbezogen wurde, sind 1963 besondere Rechtsanordnungen für diesen Bereich erlassen worden. Die Statistiken bringen monatliche — und mit erweitertem Programm jährliche — Daten über Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung und auch über das öffentliche Abwasserwesen.

Die kurzfristige, also monatliche bzw. vierteljährliche Beobachtung der Vorgänge im Produzierenden Gewerbe, der das Hauptinteresse des Wirtschaftsministeriums galt, ist durch die verschiedenen Berichterstattungen weitgehend gesichert.

Monatliche bzw. vierteljährliche Ergebnisse liefern auch eine Reihe von Sonderstatistiken für einzelne Industriezweige. Es handelt sich dabei teils um Industriezweige, die schon seit der Zeit vor dem ersten Weltkrieg besonders intensiv beobachtet wurden oder die im Hinblick auf die Außenhandelspolitik eine Sonderstellung beanspruchen. In der nationalsozialistischen Zeit waren diese Statistiken auf die Reichsgruppen übergeführt und zum Teil nach dem Kriege von den Verbänden wieder aufgenommen worden. Es hat hier einiges Hin und Her über die Zuständigkeiten zwischen den Verbänden, dem Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft und dem Statistischen Bundesamt gegeben. Im Verlaufe der Zeit sind dabei einige Statistiken wieder zur Statistischen Zentralstelle zurückgekehrt.

Zu diesen Sonderstatistiken gehören die Eisen- und Stahlstatistik, für die das Bundesamt eine Zweigstelle in Düsseldorf unterhält, die Lederstatistik, die Textilstatistik, die Holzstatistik und die Düngemittelstatistik.

Beim Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft wird die Nichteisen- und Edelmetallstatistik, die Mineralölstatistik und Rohtabakstatistik geführt. Aus der amtlichen Statistik ausgeschieden ist eine der ältesten Statistiken, nämlich über den Kohlenbergbau, die einem besonderen Verein für die Statistik der Kohlewirtschaft übertragen wurde.

c) Jahresstatistiken

Die kurzfristigen Berichterstattungen zur Konjunkturbeobachtung waren mit ihren Daten über Beschäftigte, Produktion und Umsatz in erster Linie auf das Produktionsergebnis, also auf die Ertragsseite, ausgerichtet. Von der Aufwandsseite wird nur die Lohn- und Gehaltssumme und der Energieverbrauch laufend beobachtet. Es fehlten Tatbestände, die wegen der Schwierigkeiten

der zeitgerechten Abgrenzung für kürzere Perioden nur jährlich erhoben werden können, nämlich der Materialverbrauch, die sonstigen Vorleistungen u. dgl. Der wichtige Posten des Materialverbrauchs, der für die Berechnung der Nettoproduktion und die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gebraucht wird, konnte nur schwer in die Statistik eingeführt werden. Im Abstand von vier Jahren fallen auf verhältnismäßig schmalere repräsentativer Grundlage nur Daten aus der Kostenstrukturstatistik an (siehe Ziffer 10b). Erstmals nach dem Krieg wurde der Materialverbrauch insgesamt im Rahmen der Nettoleistungserhebung 1950 auf breiter Grundlage erhoben. Der Wareneingang (als der leichteste Weg zur Erfassung des Materialverbrauchs) konnte zum ersten Male in seiner Zusammensetzung nach Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen für das Jahr 1954 festgestellt werden.

Die nächste Gelegenheit bot der erste gemeinsame EWG-Industriezensus für 1962 und der Zensus 1967, in denen sowohl die Material- und Wareneingänge als auch die entsprechenden Vorräte erfaßt wurden, so daß der Materialverbrauch errechnet werden konnte. Die Wareneingänge, Warenvorräte und der Materialverbrauch im Handwerk werden jeweils für ein Jahr, aber nur in vierjährlichem Turnus erhoben (1960, 1964, 1968). Auch für das Baugewerbe und die öffentliche Energie- und Wasserversorgung wird der Materialverbrauch erhoben, so daß hier Informationen für den gesamten Bereich des Produzierenden Gewerbes vorliegen.

Der für das schnelle wirtschaftliche Wachstum entscheidende Faktor der Investitionen, und zwar der Zugang und Abgang von Sachanlagen, ist erst seit 1964 als regelmäßige, jährliche Statistik in das Arbeitsprogramm des Bundesamtes aufgenommen worden. Die Investitionserhebung erfaßt ebenfalls den gesamten Bereich des Produzierenden Gewerbes. Neben den Bauten und Ausrüstungsinvestitionen wird — allerdings zur Zeit nur für den Bereich der Industrie — auch der Wert der Material- und Warenbestände und der Bestände an selbsthergestellten fertigen und unfertigen Erzeugnissen, also der Vorräte, jährlich erhoben.

Unter den Jahresstatistiken ist auch die sogenannte Unternehmenserhebung zu erwähnen. Sie wurde 1963 eingeführt, um jährliche Daten über die Beschäftigung und die Umsätze für aus Unternehmen gebildete Wirtschaftszweige zu erhalten. Dies war erforderlich, da in den monatlichen Berichterstattungen diese Angaben nur für Wirtschaftszweige vorhanden sind, die aus einer Addition von Betrieben (= örtlicher Einheiten) hervorgehen. Das Unternehmen bildet aber die Ausgangseinheit für die Statistiken des Materialverbrauchs (und damit der Nettoproduktionswerte), der Investitionen sowie vor allem für die Sektorenabgrenzung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Auch die weitere Aufteilungen des Produktionsaufwandes erlaubende Kostenstrukturstatistik geht von den Unternehmen aus, desgleichen die Bilanzstatistiken und auch die Steuerstatistiken. Ein Zusammenbau von Ergebnissen aus verschiedenen Statistiken ist nur möglich, wenn sie auf der gleichen Darstellungseinheit beruhen. Es war daher erforderlich, das vor allem für regionale Zwecke brauchbare Bild auf der Basis der örtlichen Einheiten konsequent durch Unternehmensstatistiken zu ergänzen.

Eingewisser Zwang zum Ausbau der Jahreserhebungen in der Industrie geht auch von den Integrationsbemühungen der EWG aus. Während in der Bundesrepublik bei den Schwergewicht bei den kurzfristigen Konjunkturindikatoren lag, waren andere Partnerländer in erster Linie an Jahresstatistiken interessiert, die die Ausgangsdaten für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen liefern.

d) Statistiken zur Struktur des

Produzierenden Gewerbes

Da die monatlichen, vierteljährlichen und jährlichen Statistiken in den letzten Jahrzehnten zunehmend auch Material geliefert haben, das eine Beurteilung der Strukturveränderungen möglich macht, haben die Strukturhebungen alten Stils etwas an Gewicht eingebüßt. Die historisch älteste Strukturstatistik, die Arbeitsstättenzählungen (siehe Ziffer 10a) wird nach wie vor gebraucht, um die Bereichsabgrenzung des »Produzierenden Gewerbes« vornehmen und um kontrollieren zu können, welcher Teil des Bereiches durch die detaillierten Bereichsstatistiken erfaßt wird. Alle in den vorhergehenden Abschnitten behandelten Statistiken sind — mit Ausnahme der jährlichen Erhebungen im Bauhauptgewerbe — keine »Totalzählungen« im wörtlichen Sinne, denn sie schließen teils die Betriebe bzw. Unternehmen mit weniger als 10 bzw. 20 oder 50 Beschäftigten aus Gründen der Arbeits- und Kostenersparnis aus den Erhebungen aus. Zum Teil stellen sie auch echte Stichproben dar, die auf die Gesamtmasse hochgerechnet werden müssen. Wenn man für die Zwecke der Konjunkturbeobachtung auch auf die kleinen Betriebe verzichten kann, so müssen die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen doch stets den gesamten Bereich im Auge haben, so daß schon allein für diesen Zweck Totalerhebungen aller vorhandenen Einheiten zumindest von Zeit zu Zeit notwendig sind.

Der Anstoß, einen regelrechten Industriezensus durchzuführen, ging für das Jahr 1962 von der EWG aus. Der Industriezensus, genauer der Zensus des Produzierenden Gewerbes, wurde 1967 wiederholt, und die Rechtsgrundlage sieht Wiederholungen in drei- bis fünfjährlichen Abständen vor. Dargestellt werden Unternehmen und Betriebe (sowie die Zusammenhänge zwischen Unternehmens- und Betriebsstruktur), Rechtsform, Beschäftigte, Lohn- und Gehaltssumme, Investitionen, Vorräte, Materialverbrauch, Umsätze, Brutto- und Nettoproduktionswerte. Die wichtigeren Tatbestände werden nach Größenklassen gegliedert, wobei als Merkmal für die Größengliederung neben den seit langem üblichen Beschäftigten auch die Umsätze und die Nettoproduktionswerte herangezogen werden.

Das von den Bedürfnissen der EWG an vergleichbaren Industriestatistiken bestimmte Programm konnte 1962 und 1967 zum Teil aus anderen vorhandenen Statistiken erfüllt werden. So hatten schon 1956 und 1963 Handwerkszählungen stattgefunden, die alle Handwerkszweige, also auch das Dienstleistungshandwerk, umfaßten. Bei der gesetzlichen Anordnung der Handwerkszählung 1968 wurde die Notwendigkeit, die Ergebnisse in den Industriezensus (im EWG-Sinne) einbauen zu können, berücksichtigt. Das sachliche Programm deckt sich nahezu mit dem des Industriezensus. Es wird durch einzelne, speziell für das Hand-

werk wichtige Fragen ergänzt (z. B. Vertriebenen-eigenschaft des Eigentümers, Absatzrichtungen, Export-erlöse).

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß diese in größeren zeitlichen Abständen stattfindenden sogenannten »Strukturerhebungen« Angaben über die Zahl der Einheiten, ihre Zugehörigkeit zu den Wirtschaftszweigen und die Rechtsform als eigentliche Strukturmerkmale bringen. Der Faktor »Arbeit« wird nicht durch die vorhandenen Arbeitsplätze (und ihre Kapazitätsausnutzung) dargestellt, sondern nach wie vor durch die Zahl der Beschäftigten. Der Faktor »Kapital« wird nicht durch die vorhandenen Sachanlagen repräsentiert, sondern nur durch die jährlichen Zu- und Abgänge. Das Strukturbild wird hauptsächlich durch den Nachweis der Produktionsvorgänge und des Produktionsergebnisses bestimmt, also nicht durch »Bestandsdaten«, sondern durch »Strömungsdaten«, die jedoch viele Rückschlüsse auf die Industriestruktur zulassen.

12. Bautätigkeit und Wohnungen

Die umfangreichen Zerstörungen von Wohnungen durch die Kriegereignisse im Verein mit dem gewaltigen Zustrom von Vertriebenen und Flüchtlingen hat die Unterbringung der Bevölkerung zu einem vordringlichen Problem gemacht. Die Zwangswirtschaft auf dem Wohnungsmarkt wurde beibehalten und nur allmählich gelockert. Der Staat hat durch Finanzierungsmaßnahmen verschiedener Art (z. B. Zuschüsse zum sozialen Wohnungsbau, Steuererleichterungen, Zinsverbilligungen) den Wohnungsbau nachhaltig gefördert. Für die Statistik stellte sich dadurch die Aufgabe, den Wohnungsbestand und seine Nutzung zu erfassen, ihn durch den Zugang und Abgang von Gebäuden und Wohnungen auf den jeweils neuesten Stand fortzuschreiben und den noch verbliebenen und zukünftigen Wohnungsbedarf zu ermitteln oder zumindest die statistischen Grundlagen für Schätzungen bereitzustellen. Im vorliegenden Abschnitt werden nur die Informationen behandelt, die aus Wohnungszählungen stammen, und aus der sogenannten Bautätigkeitsstatistik, die auf Meldungen der Baubehörden beruht. Die Tätigkeit der Bauwirtschaft ist bereits als Teil des Produzierenden Gewerbes im vorhergehenden Abschnitt 11. behandelt worden.

a) Gebäude- und Wohnungszählungen

Die Wohnungszählungen des Jahres 1946, die in den Ländern im Zusammenhang mit der Volkszählung, aber ohne Abstimmung der Methoden und Definitionen durchgeführt worden waren, lieferten keine brauchbaren Unterlagen für das in der Bundesrepublik neu geschaffene Wohnungsbauministerium. Trotz mancherlei Bedenken wurde daher eine Wohnungszählung im Jahre 1950 mit der Volkszählung verbunden. Der Bestand an Wohnraum und die Art und Weise seiner Nutzung sollten festgestellt werden, auch wenn in Anbetracht des vorgesehenen Flüchtlingsaustausches zwischen den Ländern und der vielfach noch auseinandergerissenen Familien — der Mann hatte oft schon an einem neuen Ort Arbeit gefunden, konnte aber seine auf dem Dorfe lebende Familie noch nicht nachziehen — es von Anfang an klar war, daß das statistische Bild vielfach vorläufige Zustände zeigen würde. Insbesondere war es gefährlich, aus der Zahl

der Wohnparteien ohne eigene Wohnung auf den Wohnungsbedarf zu schließen. Die Gebäude wurden nach dem Baujahr unterschieden, Notwohngebäude ausgegliedert und die Ausstattung der Wohnungen und die Mietpreise bei den Gebäudeeigentümern erfragt. Die Zeitverhältnisse hatten dazu geführt, daß eine als bauliche Einheit zu definierende Wohnung an mehrere Wohnparteien (als Hauptmieter) vergeben worden war, so daß die Probleme der gemeinsamen Küchenbenutzung usw. erfaßt werden mußten. Auch die Dach- und Kellerwohnungen oder sonstige Notwohnungen wurden unterschieden. Die Verbindung mit der Volks- und Berufszählung erlaubte es, die Belegung der Wohnungen auch nach sozialen Gruppen zu untersuchen.

Schon im Jahre 1956 erwies es sich als notwendig, eine neue Statistik der Wohn- und Mietverhältnisse und des Wohnungsbedarfs durchzuführen. Die Wohnungen wurden nach der Wohnwürdigkeit unterschieden, das Wohnverhältnis (Eigentums-, Mietwohnung usw.), Größe und Belegung festgestellt, jeweils für die verschiedenen Geschädigtengruppen. Eine Stichprobe von 10% aller Wohnungen ermittelte zusätzlich die soziale Stellung und die Einkommensquelle des Haushaltsvorstandes sowie die Mieten nach Baualtersjahren. Diese Unterscheidung war für die Mietpolitik wichtig.

Im Jahre 1957 wurde eine repräsentative (1%) Wohnungsstichprobe vorgenommen, die vor allem der Klärung des Wohnungsbedarfs dienen sollte. Interviewer ermittelten in Ergänzung der aus der Zählung von 1956 bekannten Tatbestände die Wohnfläche und Ausstattung der Wohnungen und die Einkommen der Wohnparteien, die für die Beurteilung der Realisierbarkeit von Wohnwünschen wesentlich sind. Bei den Wohnwünschen wurde nach Größe, Lage, Ausstattung der gewünschten Wohnung gefragt, aber auch nach der angestrebten Wohnform (Eigentum, Miete), den Finanzierungsmöglichkeiten und der Mietzahlungsbereitschaft. Die 1%-Erhebung wurde mit annähernd gleichem Programm im Jahre 1960 wiederholt.

Die Gebäudezählung 1961 als Teil der Volkszählung 1961 bot die nächste Gelegenheit, die Gebäudeeigentümer über die Wohnverhältnisse in ihren Häusern zu befragen. Neu war die Typisierung der Wohngebäude an Hand des Baualters und des baulichen Zustandes, der Wasserversorgung und der Abwasser- und Fäkalienbeseitigung. Hiermit sollten vor allem die Sanierungsgebiete in den Städten und der Ersatzbedarf an Wohnungen festgestellt werden.

Das Jahr 1965 brachte eine neue 1%-Wohnungsstichprobe, bei der neben den auch früher erfragten Merkmalen die Förderung mit öffentlichen Mitteln und besonders die Ausstattung der Wohnungen nach der Art der Heizanlagen und geplanter Umstellungen sowie der Zustand der sanitären Einrichtungen und hierfür geplante Einbauten, die Ausstattung der Küchen und die Abstellmöglichkeiten für private Kraftwagen festgestellt wurden.

Drei Jahre später fand wieder eine totale Gebäude- und Wohnungszählung (1968) statt. Der umfangreiche Katalog der Merkmale, der sich bei früheren Zählungen herausgebildet hatte, wurde auch diesmal nahezu vollständig wieder erfragt. Den Zeitverhält-

nissen folgend wurden zusätzlich die Wohnparteien ausländischer Arbeitnehmer, die Unterbringung junger Ehepaare und die leerstehenden Wohnungen besonders untersucht.

Aus der Entwicklung des Programms der bisherigen Wohnungszählungen und Wohnungsstichproben zeigt sich, daß zu den quantitativen Versorgungsproblemen der ersten Nachkriegsjahre qualitative Gesichtspunkte getreten sind. Auch die schrittweise Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft, die gesetzlich an vielleicht nicht ganz befriedigende statistische Kriterien gebunden wurde, ist in diesem Zusammenhang zu nennen. Die 1%-Wohnungsstichprobe 1972 führt die Entwicklung weiter und erfaßt daher nicht nur die klassischen Merkmale früherer Erhebungen, sondern sucht soweit als möglich auch statistische Unterlagen für das Modernisierungsprogramm des Altwohnungsbestandes und für die Ziele des Städtebauförderungsgesetzes und des Bundesbaugesetzes zu liefern. Dazu kommt, daß dem Sofortprogramm der Bundesregierung über den Umweltschutz Rechnung getragen werden muß.

Die vier allgemeinen Wohnungszählungen und vier Wohnungsstichproben in der Bundesrepublik innerhalb von 22 Jahren — nachdem die letzte Vorkriegs-Wohnungszählung 1939 stattgefunden hatte — sind ein Musterbeispiel dafür, wie die unmittelbare staatliche Einflußnahme auf einen Wirtschaftssektor, hier den Wohnungs- und Städtebau, zur Erweiterung des statistischen Programms führt, sei es für die Vorbereitung, sei es für die Wirkungskontrolle gesetzlicher Maßnahmen. Besondere Beispiele hierfür sind die Statistik der Wohnraumvergaben im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau, die 1960 eingestellt wurde, und die 1963 eingeführte Wohngeldstatistik, die beide mit dem allmählichen Abbau der Wohnungszwangswirtschaft in Zusammenhang stehen.

b) Bautätigkeitsstatistik

Die schon vor dem zweiten Weltkrieg bestehende Bautätigkeitsstatistik wurde als monatliche Statistik auf Grund von Anordnungen der Länder schon 1950 wieder aufgenommen und ab 1960 durch Bundesgesetz geregelt.

Bauherren bzw. Bauaufsichtsbehörden berichten über die erteilten Baugenehmigungen, wobei die wichtigsten Größenmerkmale der Bauten erhoben werden, u. a. auch der umbaute Raum und die veranschlagten reinen Baukosten. Unterschieden werden auch die Bauherrengruppen und die Bauten aus Fertigteilen. Die Statistik der Baufertigstellungen erhebt die gleichen und einige zusätzliche Merkmale (z. B. Ausstattung von Wohnungen, Förderung mit öffentlichen Mitteln). Auch der Abgang von Wohngebäuden, Wohnungen und Wohnräumen wird festgestellt.

Eine wichtige Kontrolle bietet die an jedem Jahresende vorgenommene Statistik des Bauüberhanges. Sie erfaßt alle genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Baumaßnahmen und den jeweiligen Zustand der Bauten.

Die Wohnungszählungen und die Bautätigkeitsstatistik ermöglichen eine jährliche Fortschreibung des Wohnungsbestandes. Sie wird durch Veränderungen ergänzt, die sich aus der Freigabe bzw. Inanspruchnahme von Wohnungen durch die ausländischen Streitkräfte ergeben. Problematisch bleibt die Erfassung

des für gewerbliche Zwecke zweckentfremdeten Wohnraums.

Die Informationen über die Bautätigkeit werden durch verschiedene Sonderstatistiken ergänzt, z. B. über den Tiefbau, die Finanzierung durch Kapitalsammelstellen und die Bewilligung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau.

13. Binnenhandel und Handel mit der DDR

a) Strukturerhebungen

Zur Kennzeichnung der Struktur der Betriebe und Unternehmen im Einzel- und Großhandel nahm man bei der Arbeitsstättenzählung 1950 das im Jahre 1939 eingeführte Verfahren wieder auf. Die für alle Betriebe vorhandenen Merkmale wurden durch Sonderfragen über die Betriebsform im Einzelhandel (zehn Positionen) und im Großhandel (vier Typen) ergänzt. Dazu kamen Feststellungen über den Lagerraum.

Die Erkenntnis von der wachsenden Bedeutung des Dienstleistungssektors und die als Folge von Rationalisierungsmaßnahmen im Handelsbereich einsetzenden tiefgreifenden Strukturwandlungen führten dazu, daß in den Jahren 1960 und 1968/70 besondere, von der Arbeitsstättenzählung losgelöste Handels- und Gaststättenzählungen stattgefunden haben. Aufbau und Programm beider Zählungen ähneln sich sehr. Zu einer Totalerhebung aller Unternehmen des Bereichs, unter Einbeziehung der offenen Verkaufsstellen von Industrieunternehmen, kam in ein- bzw. zweijährlichem Abstand eine repräsentative Ergänzungserhebung mit eingehenderem Programm. Die Hauptaufgabe dieser Zählungen war es, Unterlagen für eingehende Analysen der Betriebs- und Beschäftigtenstruktur sowie der regionalen Verteilung dieser Wirtschaftsbereiche bereitzustellen. Ferner sollten die Auswirkungen der verschiedenen Betriebsformen und modernen Verkaufsmethoden auf die Zahl, Art und Größe der Betriebe nachgewiesen werden.

Erfragt wurden die Rechtsform des Unternehmens und die Vertriebenen- bzw. Flüchtlingseigenschaft des Inhabers, ferner die Art der Bindung beim Warenbezug. Die Beschäftigten wurden nach Voll- und Teilbeschäftigten und der Stellung im Betrieb unterschieden, da die Teilbeschäftigung im Einzelhandel ganz besondere Bedeutung gewonnen hat. Diese Unterscheidung ist auch für die Produktivitätsberechnungen wichtig. Zu den schon 1950 getroffenen Unterscheidungen nach der Betriebsform (z. B. Einzelgeschäfte, Filialbetriebe, Warenhäuser usw.) kamen Nachweise der Bedienungsform (z. B. Selbstbedienung, Cash and Carry usw.). Die Erfassung der Verkaufsfläche im Einzelhandel ist neben den Beschäftigten und dem Umsatz ein wichtiges Merkmal der Betriebsgröße und eine betriebswirtschaftlich wichtige Bezugszahl.

Neben dem Umsatz wurden der Wareneingang und die Warenbestände und damit der Rohertrag erhoben sowie die Löhne und Gehälter als einer der wichtigsten Kostenfaktoren.

Der besonderen Struktur des Gastgewerbes wurde durch Fragen nach der Betriebsart (z. B. Hotel, Gasthof, Café usw.), der Ausstattung, den Öffnungszeiten und der Beherbergungskapazität Rechnung getragen.

Dieses schon recht umfangreiche Programm der Totalerhebung (1968) wurde durch die repräsentative Ergänzungserhebung (1970) um die folgenden Merkmale ergänzt. Vermögen und Schulden sind im Hinblick auf die Mittelstandspolitik ein wichtiges Merkmal für Einzelunternehmen, die oft über eine zu schmale Kapitalbasis klagen. Die Anschaffung und der Verkauf von Anlagevermögen, also die Investitionen, wurden u. a. auch für die Zwecke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gebraucht. Der Wareneingang wurde nach den Warenarten erfragt, woraus sich auch das Verkaufssortiment ergab. Neben der betriebswirtschaftlichen Bedeutung dieser Zahlen dienen sie ebenfalls den Gesamtrechnungen, z. B. für die Berechnung des privaten Verbrauchs oder der Marktverflechtungen. Sie werden ferner als Wägungsunterlage für Preisindizes gebraucht. Der Wareneingang wurde ferner nach Bezugsquellen und Bezugsgebieten, der Umsatz teilweise auch nach Kundenkreisen und Absatzgebieten gegliedert.

Der Überblick über die Vielfältigkeit des Programms der Handels- und Gaststättenzählung zeigt, daß hier in der Bundesrepublik nach dem Kriege Neuland beschritten wurde. Während es früher nur Bereichszählungen für die Landwirtschaft, die Industrie und das Handwerk gab, wurde damit ein Bereich statistisch näher durchleuchtet, dessen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt etwa fünfmal so groß ist wie der der Landwirtschaft und der nahezu ein Drittel des Beitrages des warenproduzierenden Gewerbes erreicht.

b) Monatliche Berichterstattungen der Betriebe

Die laufende monatliche Statistik der Einzelhandelsumsätze ist auf repräsentativer Grundlage schon im Vereinigten Wirtschaftsgebiet wieder aufgenommen worden. Ab 1951 folgten die Umsätze im Großhandel. Durch ein Bundesgesetz von 1960 wurde festgelegt, daß monatliche Meßzahlen des Umsatzes und der Beschäftigten für den Einzelhandel, den Großhandel, aber auch für das Gastgewerbe zu erstellen sind. Im Groß- und Einzelhandel werden jährlich außerdem der Wareneingang und die Lagerbestände erhoben.

Alle diese Statistiken dienen der Konjunkturbeobachtung und liefern sehr wichtige Ausgangsdaten für eine schnelle, vorläufige Berechnung des Sozialprodukts. Sie sind auch unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten für die Unternehmen selbst von Bedeutung, denn sie erlauben es, Veränderungen der »Handelsspannen« und der Schnelligkeit des Warenumschlages zu berechnen.

Es sei hier auch die mit dem gleichen Gesetz von 1960 geregelte, auch schon früher geführte Fremdenverkehrsstatistik erwähnt. Zusatzerhebungen des Mikrozensus haben eingehend gegliederte Informationen über Urlaubs- und Erholungsreisen gebracht.

c) Statistik des Warenverkehrs zwischen Berlin (West) und dem übrigen Bundesgebiet

Während es für die innerdeutschen Warenströme nur die nach Verkehrsbezirken gegliederte Güterverkehrs-

statistik gibt, wird der Warenverkehr mit Berlin an Hand der Warenbegleitscheine, die für das Passieren der DDR erforderlich sind, festgestellt. Die besondere Situation Berlins erfordert einen Überblick über die wirtschaftliche Verflechtung mit dem übrigen Bundesgebiet und die Kenntnis des Transportvolumens nach Verkehrsmitteln.

d) Statistik des Warenverkehrs mit der DDR und Berlin (Ost)

Der Warenverkehr mit der sowjetischen Besatzungszone ist schon im Vereinigten Wirtschaftsgebiet statistisch erfaßt worden. Grundlage sind bis heute die Warenbegleitscheine geblieben. Die Statistik hat ein doppeltes Gesicht. Der Warenaustausch mit der heutigen DDR gilt als innerdeutscher Handel. Er unterliegt nicht den Zollbestimmungen. Die vereinbarten Kontingente werden über diese Statistik abgerechnet, die damit unmittelbar Verwaltungszwecken dient. Volkswirtschaftlich gesehen ist dieser Warenaustausch für die Bundesrepublik Handel mit einem anderen Währungsgebiet. Er ergänzt damit die Außenhandelsstatistik, und der Handel mit der DDR geht in den »Außenbeitrag« der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ein.

Die Statistik des Warenverkehrs mit der DDR unterscheidet rd. 6 500 Warenpositionen, die sich aus dem Warenverzeichnis für die industrielle Produktionsstatistik und der Erzeugnisgliederung für die Landwirtschaft ergeben. Die Zusammenfassung mit dem Außenhandel ist nur über Umrechnungen möglich. Auch hier zeigt sich, wie die Politik in die Statistik eingreift. Wenn die DDR nicht als »Ausland« gilt, können die Handelsbeziehungen auch kein »Außenhandel« sein.

14. Außenhandel

Die Außenhandelsstatistik konnte auf erprobte Verfahren früherer Zeiten zurückgreifen. Die Ein- und Ausfuhr der Waren nach Menge, Wert in DM und in US-Dollar und nach Herstellungs- und Verbrauchsländern wurde bereits im Vereinigten Wirtschaftsgebiet nachgewiesen. Das Verfahren ist verbessert und den Empfehlungen der Vereinten Nationen sowie den internationalen Erfordernissen, besonders der OECD und später der EWG angepaßt worden. Die Zahl der nachgewiesenen Merkmale wurde erhöht. Da an den Innengrenzen der EWG die zollamtlichen Kontrollen bisher aufrechterhalten wurden, konnte auch der Erhebungsweg über die Zollanmeldestellen weiterhin beschränkt werden. Mit der starken Entwicklung des Außenhandels ist die Außenhandelsstatistik vor allem auch ein quantitatives Problem geworden. Während 1950 rd. 250 000 Anmeldebescheine monatlich bearbeitet werden mußten, ist diese Zahl bis 1971 auf rd. 1,8 Millionen angewachsen.

Der Nachweis des Warenaustausches mit anderen Volkswirtschaften, der für handels- und zollpolitische Zwecke, aber auch für die Aufstellung der Zahlungsbilanz sowie für die Konjunkturbeobachtung seit jeher erforderlich war, hat in der Bundesrepublik noch an Bedeutung gewonnen, vor allem im Hinblick auf die Währungspolitik, die Regionalpolitik und die private Marktforschung.

Die Unterscheidung der Ein- und Ausfuhr in das Wirtschaftsgebiet (Generalhandel) und in das Zoll-

gebiet (Spezialhandel) wurde aufrechterhalten. Hierfür muß der Lagerverkehr erfaßt werden, und es können so die verschiedenen Formen des Zollverkehrs nachgewiesen und die Zollerträge berechnet werden. Dazu tritt die Statistik der Durchfuhr.

Nach dem Einfuhrverfahren werden kontingentierte und liberalisierte Einfuhren unterschieden, wobei der Anteil der Liberalisierung ständig zugenommen hat. Die Erfragung der Lieferbedingungen, also ob cif- oder fob-Werte, dient einer besseren Aufgliederung der Zahlungsbilanz nach dem Waren- bzw. Dienstleistungsverkehr. Für die Zwecke der Bundesbank wird die Ausfuhr auch nach der Währung und der Fälligkeit der Ausfuhrforderungen gegliedert.

Das »Woher« und »Wohin« der Waren ist einer der Grundpfeiler der Außenhandelsstatistik geblieben. Neben dem Ursprungsland der Einfuhr und dem Verbrauchsland der Ausfuhr werden auch die Einkaufs- bzw. Käuferländer nachgewiesen und damit ein besserer Einblick in die Handelswege gewonnen. Die länderweise Gliederung des Außenhandels orientiert sich am harmonisierten Länderverzeichnis der EWG. Unterschieden wurden Anfang 1972 rd. 180 Positionen.

Den zweiten Grundpfeiler bildet der Nachweis der Art, der Menge und des Gewichts der gehandelten Waren. Mit der zunehmenden Differenziertheit des Sortiments der produzierten und gehandelten Waren besteht eine klare Tendenz zu einer immer feineren Gliederung, an der besonders die Unternehmen der Wirtschaft interessiert sind. Das deutsche Warenverzeichnis weist über 8 000 Positionen auf, von denen rd. 4 000 auf den Zolltarif zurückgehen. Die restlichen Aufteilungen sind erforderlich, um den Außenhandel auch nach dem Warenverzeichnis für die industrielle Produktionsstatistik, nach dem EWG- und nach dem internationalen Warenverzeichnis für den Außenhandel sowie nach Investitions- und Verbrauchsgütern umzugruppieren zu können. Für alle Versorgungsüberlegungen und Marktbeobachtungen ist die Kenntnis der aus der heimischen Produktion + Einfuhr – Ausfuhr im Inland zur Verfügung stehenden Güter unentbehrlich.

Um die innerdeutsche regionale Analyse des Außenhandels möglich zu machen, wurde schon Anfang der 50er Jahre das innerdeutsche Herstellungsland der ausgeführten Waren festgestellt. Ab 1970 wird auch das Zielland erfaßt, wobei allerdings größere Ungenauigkeiten in Kauf genommen werden müssen, denn der Importeur kann den endgültigen Verbleib der eingeführten Waren häufiger nicht mit Genauigkeit angeben. Immerhin wird wertvolles Material über die Beteiligung der Bundesländer am deutschen Außenhandel gewonnen. Diese Informationen werden ergänzt durch den Nachweis des Außenhandels von Firmen mit Sitz in den Hansestädten Hamburg, Bremen und Lübeck, in Berlin und im Saarland (Abrechnung der besonderen Saarkontingente).

Eine weitere Verbesserung der Außenhandelsstatistik liegt in dem seit 1968 vorgenommenen Nachweis der Grenzabschnitte und der beteiligten Verkehrszweige bei der Einfuhr. Inwieweit die Einfuhr im Schiffs-, Bahn-, Straßen- oder Luftverkehr erfolgt, kann aus der Anmeldestelle abgeleitet werden. Es werden auf diese Weise verkehrspolitisch sehr wichtige Fragen beantwortet.

15. Verkehr

Die zu den ältesten Zweigen der amtlichen Statistik gehörende Verkehrsstatistik wurde im Zuge der technischen Entwicklung weiter ausgebaut. Mit der See- und Binnenschifffahrt hatte es begonnen, dazu kam der Eisenbahnverkehr und ab 1937 der Straßenverkehr. Alle diese Statistiken wurden in der Bundesrepublik wieder aufgenommen. Zu ihnen trat der Luftverkehr und als jüngster Verkehrsträger die Rohrfernleitungen. Die Verkehrsstatistiken wurden weiterhin stark unter »funktionalen« Gesichtspunkten gesehen, sie brachten vor allem Fahr- und Beförderungsleistungen nach Verkehrszweigen. Diese Daten waren schwer in das Bild der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen einzufügen, da die in den übrigen wichtigen Wirtschaftsbereichen vorhandenen Angaben der Unternehmen und Betriebe über Beschäftigte und Umsätze fehlten. Hierfür gab es nur Teilmaterial aus den Arbeitsstättenzählungen und der Kostenstrukturstatistik, bis der Verkehrszensus 1962 zum erstenmal »institutionell« gegliederte Ergebnisse brachte. Das Statistische Bundesamt hat sich bei jeder neuen Anordnung von Statistiken bemüht, auch Angaben nach Unternehmen in das Programm aufnehmen zu lassen.

Die starke Einflußnahme des Staates auf das Verkehrsgeschehen, z. B. durch die monopolartige Stellung öffentlicher Verkehrsunternehmen, durch Konzessionierung, Registrierungs- und Sicherheitsvorschriften, Bau und Unterhaltung von Verkehrswegen und die damit zusammenhängende Tarif- und Steuerpolitik, internationale Verkehrsabkommen usw., hatte zur Folge, daß unmittelbare Verwaltungsbedürfnisse bei den Verkehrsstatistiken eine ungleich größere Rolle spielten als bei anderen Wirtschaftsstatistiken.

Hiermit in Zusammenhang steht die sonst in keinem Bereich anzutreffende organisatorische Zersplitterung der Verkehrsstatistiken. Wenn dem Statistischen Bundesamt nach dem Kriege auch der wichtigste Teil der Verkehrsstatistiken übertragen wurde, so stehen daneben als erhebende und aufbereitende Stellen vor allem das Kraftfahrt-Bundesamt und die Bundesanstalt für den Güterfernverkehr, aber auch das Bundesverkehrsministerium selbst, das Luftfahrtbundesamt, das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft und die Seeberufsgenossenschaft. Dem Statistischen Bundesamt fiel damit die recht dornenvolle Aufgabe zu, ohne starke Koordinierungsbefugnisse aus den zahlreichen, methodisch vielfach voneinander abweichenden Quellen Informationen über den Personen- und Güterverkehr für alle Verkehrswege zusammenzustellen. Eine der Voraussetzungen hierfür war die einheitliche Anwendung des »Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik«.

Die einzelnen Verkehrswege werden nachstehend in der Reihenfolge ihrer Einführung abgehandelt.

Von der Seeschiffahrtstatistik gehören die Statistik des Bestandes an Seeschiffen, die Seemannsstatistik und die Unfälle auf See nicht mehr zum Bundesamt. Dieses veröffentlicht nur die Ergebnisse. Die Seeverkehrsstatistik, also der Schiffs- und Güterverkehr über See und im Nord-Ostsee-Kanal und der Personenverkehr über See mit dem Ausland, ist wieder im früheren Umfang aufgenommen worden (Schiffs- und Güterverkehr nach Häfen, Flaggen, Verkehrsbeziehungen, Verkehrsbezirken, Gütergruppen usw.).

Bei der Binnenschifffahrt ist die schon früher geführte Statistik des Bestandes an Binnenschiffen 1969 durch eine Unternehmensstatistik vervollständigt worden, die für alle in der Binnenschifffahrt tätigen Unternehmen Angaben über die Zahl und Kapazität ihrer Schiffe, die Beschäftigten und zum Teil auch Umsätze bringt. Die Statistik des Schiffs- und Güterverkehrs und der Unfälle auf den Binnenwasserstraßen wurde im früher üblichen Umfang im Statistischen Bundesamt weitergeführt.

Die Eisenbahnstatistik, zu der die Deutsche Bundesbahn und die nichtbundeseigenen Eisenbahnen eine Fülle von Angaben liefern, ist 1965 rechtsverbindlich geregelt und dem Statistischen Bundesamt übertragen worden. Nachgewiesen werden zahlreiche Bestandszahlen und betriebsstatistische Daten, Unfälle, vor allem aber die Personen- und Gepäckbeförderung und der Güterverkehr (nach Gütergruppen, Tonnenkilometern, Verkehrsbezirken usw.) und die Einnahmen aus diesen Leistungen.

Von den Straßenverkehrsstatistiken gehören nur einige Teile zum Aufgabengebiet des Bundesamtes. Die Statistik der überörtlichen Straßen (nach Länge, Breite, Art der Fahrbahndecke usw.) liegt beim Bundesverkehrsminister. Die Gemeindestraßenstatistik folgt dem Berichtsweg über die Landesämter zum Bundesamt.

Der Kraftfahrzeugbestand und die erteilten Fahr- und Fahrerlaubnisbescheinigungen werden im Kraftfahrt-Bundesamt bearbeitet. Der Mikrozensus hat 1963 einmalig die Führerscheininhaber und die Ausnutzung der Fahrerlaubnisse repräsentativ erhoben.

Eine 1968 gesetzlich angeordnete Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr ist als Unternehmenserhebung konzipiert, aus der neben der Art, Kapazität und Tätigkeit der Unternehmen auch Angaben über Beschäftigte und Umsätze gewonnen werden.

Der Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen wird hinsichtlich des Fahrzeugbestandes und der monatlichen Leistungen, einschließlich des Werkverkehrs, von der Bundesanstalt für Güterfernverkehr und dem Kraftfahrt-Bundesamt statistisch betreut. Auch hier gibt es seit 1970 eine Unternehmensstatistik im Güterkraftverkehr, die in mehrjährigen Abständen durchgeführt werden soll. Sie bringt vor allem auch Daten über den Güternahverkehr.

Der grenzüberschreitende Verkehr mit Kraftfahrzeugen und der Berlinverkehr werden außerhalb des Statistischen Bundesamtes bearbeitet.

Die Kraftfahrzeugfahrleistungen werden seit 1966 im Stichprobenverfahren in mehrjährlichem Turnus vom Statistischen Bundesamt erhoben.

Die seit 1948 wieder aufgenommene Statistik der Straßenverkehrsunfälle hat sich mit dem zunehmenden Straßenverkehr zu einer umfangreichen, nach zahlreichen Merkmalen gegliederten monatlichen Statistik mit zusätzlichen Jahresaufbereitungen entwickelt.

Der Luftverkehr hat nach dem Kriege sich schnell zu einem bedeutenden Verkehrszweig entwickelt. Statistiken wurden bereits seit 1951 geführt, auch wenn die deutsche Lufthoheit erst 1954 zurückgewonnen wurde. Da Bund, Länder und Gemeinden große Mittel

in den Wiederaufbau der Lufthansa und in den Bau von Flughäfen investiert haben, wurden statistische Unterlagen für den Ausbau des Verkehrsnetzes und die damit zusammenhängenden Finanzierungs- und Tariffragen gebraucht. Es galt ferner, die Vorrechte ausländischer Fluggesellschaften auf der Basis von Gegenseitigkeitsverträgen zu beseitigen, wozu die Kenntnis des Verkehrsaufkommens unerlässlich war. Auch der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) mußten vertragsgemäß Angaben geliefert werden. Die Luftverkehrsstatistik ist so zu einer 1967 durch Gesetz geregelten und im Statistischen Bundesamt zentral bearbeiteten Statistik geworden, die Angaben über die Unternehmen bringt (Zahl und Art der Luftfahrzeuge, Beschäftigte, Umsätze) und ferner das Verkehrsaufkommen eingehend analysiert (Personen, Fracht und Post, ein- und ausgeladene Mengen, Durchgangsverkehr, Flüge, Flugkilometer, Personenkilometer, Kapazitätsauslastung, Tonnenkilometer usw., nach Verkehrsbeziehungen und Gütergruppen). Die Luftverkehrsunfälle vervollständigen das Bild.

Die jüngste Form des Transportes, der Rohrfernleitungsverkehr, stellt vielfach einen Teil des grenzüberschreitenden Warenverkehrs dar. Art und Menge des Durchsatzes (Rohöl, Mineralölprodukte usw.) und die tonnenkilometrische Leistung werden festgestellt. Der eingangs bereits erwähnte Verkehrszensus 1962, für den die Arbeitsstättenzählung 1961 das Adressenmaterial geliefert hatte, brachte zum ersten und bisher einzigen Male Daten über die gewerblichen Verkehrsunternehmen und ihre örtlichen Arbeitsstätten. Seine Aufgabe war, Zahl und Größe dieser Unternehmen, gemessen an der Zahl der Beschäftigten, der Verkehrsmittel und -einrichtungen (Ladekapazitäten) und des Umsatzes festzustellen. Ferner wurden außer diesen gewerblichen Verkehrsunternehmen alle übrigen Unternehmen nach dem von ihnen betriebenen Werkverkehr befragt, wobei die Transportmittel und die Beschäftigten im Vordergrund standen. Dabei wurde ersichtlich, in welchen Wirtschaftszweigen und für welche Verkehrsaufgaben (An- oder Abtransport von Waren) der Werkverkehr eine größere Rolle spielt. Die Zusammenfassung beider Erhebungsteile zeigte, von wem das gesamte volkswirtschaftliche Verkehrsaufkommen bewältigt wird.

16. Geld und Kredit

Der größte Teil der Statistiken des Geld- und Kreditwesens ist durch das Bundesbankgesetz in die Zuständigkeit der Deutschen Bundesbank gekommen und von dieser nach dem Kriege erheblich ausgebaut und systematisiert worden. Die wichtigsten Unterlagen hierfür lieferten die laufend einzureichenden Zwischenbilanzen der Banken. Es wurde so eine konsolidierte Bilanz des Bankensystems aufgebaut, das Geldvolumen und die Bankenliquidität berechnet. Dazu kamen die Ausweise der Bundesbank selbst, Angaben zur zentralen Währungsposition und die Statistik der Mindestreserven. Auch die Statistik der Devisenkurse, der Geld- und Zinssätze und der Ausgleichsforderungen wird in der Bundesbank geführt.

Von den zahlreichen Statistiken über die Kreditinstitute blieb der gesamte Bankensektor bei der Bundesbank. Nur die Statistik der Boden- und Kommunalkreditinstitute und die Statistik der Hypothekenbewegung — letztere seit 1962 beschränkt auf

die Erfassung des »organisierten Hypothekarkredits« — wurde im Statistischen Bundesamt wieder aufgenommen. Die seit 1933 im Reichsamt geführte Statistik der Bausparkassen ging an das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen über.

Von den Statistiken der Wertpapiermärkte, also der Emissionsstatistik, der Investmentstatistik, der Börsenumsätze, gingen diese früher zum Bereich des zentralen Statistischen Amtes gehörenden Teile an die Deutsche Bundesbank. Auch die Renditen festverzinslicher Wertpapiere werden dort berechnet. Nur die Statistik der Effektenkurse (Aktienindex) ist dem Bundesamt verblieben.

Die Statistik der Konkurse und Vergleichsverfahren ist schon 1950 im alten Umfange wieder aufgenommen worden.

17. Versicherungen (ohne Sozialversicherungen)

Auf dem Gebiet des privaten Versicherungswesens blieb es auch in der Bundesrepublik bei der schon früher durchgeführten Zuständigkeitsverteilung. Alle hierzu gehörenden Statistiken werden im Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen geführt. Der Hauptgrund hierfür ist, daß die für Aufsichtszwecke einzureichenden Unterlagen gleichzeitig für die statistische Auswertung dienen. Im Statistischen Bundesamt wird jedoch für Zwecke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eine Aufbereitung der Bilanzen und Erfolgsrechnungen der Versicherungsunternehmen vorgenommen.

18. Sozialversicherung und öffentliche Sozialleistungen

Von den Statistiken der Sozialversicherung ging die seit der Einführung der gesetzlichen Krankenversicherung im Statistischen Reichsamt geführte Krankenkassenstatistik nach dem Kriege an das Bundesarbeitsministerium über. Dort werden auch die Statistiken der gesetzlichen Rentenversicherungen und der Unfallversicherung geführt. Die Statistiken der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenhilfe liegen als echte Geschäftsstatistiken bei der Bundesanstalt für Arbeit, die auch die Statistik über Kindergeld bearbeitet.

Auch die Statistiken der Kriegsopferversorgung werden im Arbeitsministerium geführt. In die Statistik über die Leistungen an Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte auf Grund des Lastenausgleichsgesetzes ist das Statistische Bundesamt bei der Aufbereitung der Schadensberechnung eingeschaltet. Andere Statistiken von »Verwaltungsvorgängen« liegen bei den Lastenausgleichsämtern.

Von den Fürsorgestatistiken wurde die Statistik der offenen und geschlossenen Fürsorge und der öffentlichen Jugendhilfe schon 1950 auf Grund von Anordnungen der Länder wieder aufgenommen. Dazu kamen zeitbedingte Sondererhebungen, z. B. über die Lager und Lagerinsassen, über die unterstützten Staatenlosen usw. Die methodisch interessanteste Erhebung war die Stichprobenstatistik über die sozialen Verhältnisse der Renten- und Unterstützungsempfänger (1953/54). Hierbei wurden Informationen aus den verschiedensten Quellen zusammengeführt, so daß der Bezug mehrerer Renten und Unterstützungen, die Wirkung von Kürzungsvorschriften usw. kontrolliert werden konnten.

Der gesamte Bereich der Fürsorgestatistiken, also die Sozialhilfe, die Kriegsofferfürsorge und die Jugendhilfe, ist 1960 durch Verordnung, 1963 durch Gesetz zusammenfassend geregelt worden. Diese vielfach gegliederten Statistiken sind auf die gesetzlichen Bestimmungen ausgerichtet, um deren Wirkung in personeller und finanzieller Hinsicht überblicken zu können. Auch hier werden »Verwaltungsvorgänge« statistisch ausgewertet.

19. Arbeiterstatistik

Dieser im Kaiserlichen Statistischen Amt einmal bedeutende Bereich ist hier wegen der Parallelität der Darstellung für die unterschiedenen Zeitabschnitte erneut aufgeführt. Wie die vorangehende Ziffer 18 zeigt, ist von den Resten der dem Reichsamt verbliebenen »Arbeiterstatistik« im weitesten (ehemaligen) Sinne dem Statistischen Bundesamt nichts mehr verblieben.

20. Finanzen und Steuern

a) Öffentliche Finanzen

Die Statistik der Bundes- und Länderfinanzen auf Grund der jährlichen Rechnungsabschlüsse und die Statistik der Gemeindefinanzen, ebenfalls nach den Jahresabschlüssen, aber mit einer zusätzlichen Vierteljahresstatistik, und die Statistik der Schulden der öffentlichen Hand sind bereits mit der »Gemeinsamen Anordnung vom 1. Juni 1949« im Vereinigten Wirtschaftsgebiet wieder in Gang gesetzt worden. Die methodischen Grundlagen wurden im wesentlichen aus der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg übernommen. Die Ergebnisse wurden im Statistischen Bundesamt für alle Gebietskörperschaften zu einem »Gesamtbudget« zusammengefaßt.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik hat die verschiedenen Träger der öffentlichen Aufgaben festgelegt. Durch diese Verteilung und Verquickung der Aufgaben und Zuständigkeiten, durch die Gemeinsamkeit der Ansprüche aller Gebietskörperschaften an den »Steuerzahler« und durch das System wechselseitiger Zuweisungen (Finanzausgleich) wurde das öffentliche Finanzgebahren zu einer inneren Einheit verknüpft, die einen statistischen Überblick über die Gesamtheit der Einnahmen und Ausgaben erforderte.

Die Bedeutung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben für die gesamte Volkswirtschaft ist durch die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, für die die Finanzstatistiken eine wichtige Quelle sind, zunehmend herausgestellt worden. Das öffentliche Finanzgebahren mit seinem unvermeidlichen Einfluß auf das Wirtschaftswachstum, den Konjunkturverlauf und die Preisentwicklung ist daher im Laufe der Jahre immer bewußter für die Steuerung der Wirtschaftsentwicklung eingesetzt worden. Hierzu war es notwendig, neben der traditionellen rein fiskalischen Betrachtungsweise zunehmend ökonomische Gesichtspunkte in der Finanzstatistik zur Geltung zu bringen, eine Entwicklung, die noch längst nicht abgeschlossen ist. Das Prinzip der Wirtschaftssteuerung mit Hilfe der öffentlichen Haushalte zwang außerdem zu möglichst zeitnahen Ergebnissen, die durch die Einführung einer Statistik der Haushaltsansätze erreicht worden ist. Auch wenn »Soll« und »Ist« manchmal auseinanderklaffen, so liefert eine solche Statistik doch Einblick in die finanzwirtschaftlichen Planungen und die zu erwartenden

Einflüsse auf die Wirtschaft durch die Art der geplanten Ausgaben. Die »Eventualhaushalte«, die als zusätzliche Investitionshaushalte in der Rezession 1966/67 verausgabt worden sind, machen, ebenso wie die mittelfristige Vorausplanung des Finanzgebahrens, diese Tendenz deutlich.

Die Bearbeitung des umfangreichen Sektors der Gemeindefinanzen mit seiner großen Zahl von Meldepflichtigen wurde dadurch erleichtert, daß eine auf die Gliederung der Finanzstatistik ausgerichtete Haushaltsordnung für die Gemeinden verbindlich eingeführt werden konnte. Im Rahmen der staatlichen Haushaltsreform wurden im Jahre 1969 auch für Bund und Länder einheitliche Grundsätze des Haushaltsrechts beschlossen und ein Gruppierungs- und Funktionsplan geschaffen.

Der im Laufe des ersten Nachkriegsjahrzehnts erreichte Stand der Statistik ist im Jahre 1960 im Gesetz über die Finanzstatistik kodifiziert worden. Dieses Gesetz enthält — mit wenigen Ergänzungen — das heute gültige Programm.

Die Statistik der Haushaltswirtschaft von Bund, Ländern und Gemeinden umfaßt einmal die schon erwähnte jährliche Statistik der Haushaltsansätze. Hierfür werden nur die größeren Gemeinden (mit 10 000 und mehr Einwohnern) herangezogen. Die Jahresrechnungstatistik wird umfassend geführt, sie bezieht den Lastenausgleichsfonds und das ERP-Sondervermögen des Bundes, die Länder und alle Gemeinden und Gemeindeverbände ein. Die Einnahmen und Ausgaben werden nach etwa 30 »Arten« (z. B. Personalausgaben, laufende Sachausgaben, Kapitalrechnung, besondere Finanzierungsvorgänge usw.) und nach rd. 80 funktional abgegrenzten »Aufgabenbereichen« untergliedert (z. B. Schulwesen, Verkehrswesen usw.). Die Jahresstatistik wird für ausgewählte Sachverhalte ergänzt durch eine Vierteljahresstatistik der Finanzwirtschaft, die außer Bund und Ländern wiederum nur die größeren Gemeinden einbezieht und sich auf ausgewählte Sachverhalte (z. B. Bauinvestitionen und Schuldenbewegung bei den Gemeinden) beschränkt.

Die Statistik über den Steuerhaushalt stellt die kassenmäßigen Steuereinnahmen des Bundes und der Länder monatlich, die der Gemeinden vierteljährlich zusammen. Sie bietet ein zusammenfassendes Bild des Aufkommens aus allen Steuerarten. Hier sei auch der jährliche Realsteuervergleich genannt, der vielfach auch als Teil der Steuerstatistik angesehen wird.

Die Statistik der öffentlichen Schulden umfaßt alle Gebietskörperschaften, was im kommunalen Bereich rd. 20 000 Gemeinden und Gemeindeverbände bedeutet. Inländische Alt- und Neuschulden, Auslandsschulden, Bürgschaften, Laufzeiten u. a. werden unterschieden. Eine vierteljährliche Schuldenstatistik, die nur die größeren Gemeinden einbezieht, unterscheidet vor allem schwebende und fundierte Schulden, Schuldenaufnahmen und -tilgungen.

Auch die Personalstandsstatistik wurde ausgebaut. Anfang 1950 wurde einmalig zur Vorbereitung gesetzgeberischer Maßnahmen der unter den Artikel 131 des Grundgesetzes fallende Personenkreis (verdrängte Berufsbeamte, langjährige Angestellte und

Arbeiter, berufsmäßige Wehrmatsangehörige usw.) statistisch erhoben. Die jährliche Personalstandsstatistik erhebt jeweils am 2. Oktober das vorhandene Personal der Hoheits- und Kämmererverwaltungen und der Wirtschaftsunternehmen einschließlich Bundesbahn und Bundespost und gliedert es vor allem nach Aufgabenbereichen, Geschlecht, Dienstverhältnis und Laufbahngruppen. Diese Unterlagen, die die Entstehung und Zusammensetzung des Personalaufwandes erkennen lassen, reichten jedoch für die Beurteilung besoldungspolitischer Maßnahmen nicht aus. Für den öffentlichen Dienst konnte die Einkommensentwicklung nur mit Hilfe von Annahmen berechnet werden (Durchschnittsgehälter für bestimmte Dienstaltersstufen jeder Besoldungsgruppe, Familienstand, Kinderzahl), während für die Einkommensentwicklung in der Wirtschaft Statistiken über die effektiven Verdienste zur Verfügung standen. Um diese Lücke zu füllen, wurde für 1968 eine Personalstrukturerhebung durchgeführt, die auf der Grundlage von Individualzählblättern umfassende Daten über die Zusammensetzung des Personals nach Alter, Geschlecht, Vor- und Ausbildung usw. sowie nach besoldungspolitisch wichtigen Merkmalen gegliederte Angaben über die Effektivverdienste im öffentlichen Bereich geliefert hat (siehe auch Ziffer 22).

b) Steuern

Die gemeinsame Aufgabe aller Steuerstatistiken ist es, die Struktur der Quellen laufend zu beobachten, aus denen die für den Staat lebenswichtigen Steuererträge fließen, die rd. Dreiviertel aller Einnahmen bringen. Während die Statistik der kassenmäßigen Steuereinnahmen zur »Finanzstatistik« gerechnet wird, geht es hier um die statistische Auswertung aller Angaben über die einzelnen Steuerpflichtigen, die aus den vorliegenden steuerlichen Unterlagen (Erklärungen, Veranlagungsbescheide, Überwachungslisten usw.) gewonnen werden können. In der Bundesrepublik wurde — wie in jedem Staatswesen — eine »Steuergerechtigkeit« angestrebt. Die steuerlichen Belastungen sollen in wirtschaftlich und sozial tragbaren Grenzen bleiben, auch wenn oder gerade weil die Steuerpolitik als wichtiges Instrument der Wirtschaftspolitik eingesetzt wird. Diese allgemeinen Ziele haben zu einem sehr komplizierten Steuerrecht geführt, das Sondervergünstigungen verschiedenster Art, Freibeträge, Berücksichtigung des Familienstandes und der Kinderzahl kennt. Die Steuerstatistiken sollen die Wirkungen dieser Regelungen auf die betroffenen Gruppen von Steuerpflichtigen sichtbar machen und es ferner erlauben, die finanziellen Auswirkungen getroffener oder geplanter gesetzlicher Maßnahmen abzuschätzen. Das Programm der Steuerstatistiken wird daher stark vom Steuerrecht bestimmt.

Die Steuerstatistiken sind über ihre eigentlichen steuerpolitischen Zwecke hinaus eine sehr wichtige Informationsquelle für die Wirtschafts- und Sozialpolitik (z. B. mittelstands-, agrar- und familienpolitische Fragen). Die Steuerstatistiken liefern mit den aus ihnen abzuleitenden Daten über die Steuerbemessungsgrundlagen — wie Einkommen, Gewinne und Umsätze, Verbrauch — unentbehrliche Ergebnisse für die Aufstellung volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Das Bundesamt hat sich daher mit Erfolg bemüht, die Steuerstatistiken auch für die Wirtschaftsanalyse nutzbar zu machen. Als Beispiel hierfür seien

nur die tiefgehenden Gliederungen nach Wirtschaftszweigen genannt, die für steuerliche Zwecke allein nicht erforderlich wären.

Infolge der Währungsverhältnisse sind die Steuerstatistiken — abgesehen von einer vierteljährlichen Umsatzsteuerstatistik und einigen Verbrauchsteuerstatistiken — bundeseinheitlich erstmalig für das Jahr 1950 wieder in Gang gesetzt worden, und zwar die Einkommensteuerstatistiken (Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftsteuer), die Einheitswertfortschreibungen des Grundbesitzes auf den 21. 6. 1948, die Statistik der Umsatzsteuerveranlagung und alle Verbrauchsteuern. Die vierteljährliche Umsatzsteuerstatistik wurde als Schnellstatistik einige Jahre weitergeführt. Die Steuerstatistiken haben dann 1966 eine einheitliche gesetzliche Grundlage erhalten, die das zur Zeit gültige Programm festgelegt hat.

Die Einkommensteuerstatistik wird für die »veranlagten Einkommen« in dreijährlichem Turnus durchgeführt (1968, 1971). Sie bringt alle steuerrechtlich relevanten Ergebnisse nach Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte und nach Wirtschaftszweigen gegliedert. Um eine von Lücken und Doppelzählungen freie Zusammenfassung mit der Lohnsteuerstatistik zu sichern, werden die veranlagten Lohnsteuerpflichtigen gesondert ausgewiesen.

Die Körperschaftsteuerstatistik, die ebenfalls dreijährlich zu den gleichen Zeitpunkten durchgeführt wird, bringt die entsprechenden Angaben für die juristischen Personen.

Die Lohnsteuerstatistik erfaßt alle Einkommensbezieher mit Einkünften aus unselbständiger Arbeit und Versorgungsbezügen, soweit sie nicht unter den gesetzlich fixierten Einkommensgrenzen bleiben oder andererseits diese Grenzen nach oben überschreiten und damit veranlagungspflichtig werden. Für diese im gleichen dreijährlichen Rhythmus wie die übrigen Einkommenstatistiken durchgeführte Lohnsteuerstatistik ist ein Stichprobenverfahren entwickelt worden, das die Zahl der zu bearbeitenden Lohnsteuerkarten auf rd. 67 000 reduziert.

Die im Jahre 1953 wieder aufgenommene Vermögensteuerstatistik wird zur Zeit ebenfalls in dreijährlichen Abständen, zuletzt für 1969, bearbeitet. Sie bezieht alle natürlichen und nichtnatürlichen Personen mit unbeschränkter und beschränkter Vermögensteuerpflicht ein und gliedert die Vermögen nach Vermögensarten, wobei — wie bei allen Steuerstatistiken — die gesetzlichen Regelungen die auszuählenden Merkmale bestimmen.

Die Statistik der Einheitswerte wird getrennt für die gewerblichen Betriebe (alle drei Jahre, zuletzt 1969) und für den Grundbesitz (Stichtag 1. Januar 1964) durchgeführt.

Die Erbschaftsteuerstatistik wird seit 1953 — mit Unterbrechung in den Jahren 1963 bis 1966 — jährlich durchgeführt. Die Ergebnisse sollen jedoch ab 1967 nur alle sechs Jahre zugleich für die vorhergehenden fünf Jahre — erstmals für 1972 — zusammengestellt werden.

Die Umsatzsteuerstatistik erfaßt in zweijährlichem Turnus — zuletzt für 1970 — alle Unternehmen mit Jahresumsätzen über 12 000 DM. Seit dem Jahre 1968 beruht die Erhebung auf dem ab 1. Januar 1968

geltenden Umsatzsteuerrecht, mit dem der Übergang von der kumulativen Allphasen-Umsatzsteuer zur Mehrwertsteuer vollzogen wurde. Sie umfaßt primär die aus steuerpolitischer Sicht wichtigen Tatbestände, liefert aber mit ihrer tiefen Gliederung der Umsätze nach Wirtschaftszweigen zum Teil in Kombination mit Umsatzgrößenklassen zugleich wichtige Unterlagen für wirtschaftsstatistische Analysen.

Die Verbrauchsteuerstatistiken, denen wir in allen Perioden der untersuchten 100 Jahre begegnet sind, werden in der auch früher üblichen Art aufgestellt. Sie bringen meist auch Angaben über die Herstellungsbetriebe. Die Liste der statistisch erfaßten Verbrauchsteuern enthält zur Zeit die folgenden Waren: Tabak, Bier, Mineralöl, Branntwein (Monopol), Schaumwein, Zucker, Salz, Leuchtmittel, Zündwaren (Monopol), Essigsäure, Spielkarten.

Die erstmalig für 1958 durchgeführte Gewerbesteuerstatistik einschließlich Lohnsummensteuerstatistik beschränkt sich zur Zeit auf die Jahre 1966 und 1970.

21. Preise

Jede marktwirtschaftlich orientierte Volkswirtschaft, in der der Ausgleich von Angebot und Nachfrage sich über die Preise vollzieht, ist auf eine schnelle, zuverlässige und regelmäßig dargebotene Orientierungsmöglichkeit über die Preise oder zumindest über die Preisbewegungen angewiesen. Dies gilt insbesondere für die Bundesrepublik, da hier die Stabilität der Preise als eines der hervorragenden, wenn nicht gar als wichtigstes Ziel der Wirtschaftspolitik angesehen wird. Die Kenntnis der Preisentwicklung ist nicht nur für die laufende Wirtschaftsanalyse wesentlich, sondern auch in Zusammenhang mit der Kostenanalyse und Lohnpolitik, ganz zu schweigen von ihrer großen sozialpolitischen Bedeutung. Schließlich sind vielfach auch privatrechtlich vereinbarte Leistungen oft mit Gleitklauseln an die Preisentwicklung gebunden.

In den früheren Zeitabschnitten war der Nachweis der durchschnittlichen Preisentwicklung für verschiedene Waren und Dienstleistungen das alleinige Ziel der Preisstatistik. Es wurde mit Preisindices (nach der Laspeyres-Formel) gelöst, die aussagten, wie sich die Preise eines »Warenkorbes« des Basisjahres in den darauffolgenden Zeiträumen entwickeln. Nach dem Kriege kam, vor allem unter dem Einfluß der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, eine zweite wichtige Aufgabe hinzu, nämlich die Deflationierung von Wertgrößen. Es galt, Wertgrößen der verschiedensten Art von mengen- und qualitätsmäßig wechselnder Zusammensetzung von den Preiseinflüssen zu befreien (mit Hilfe von Preisindices nach der Paasche-Formel). Als Beispiel sei die Berechnung des »realen« Wachstums des Sozialprodukts — also zu konstanten Preisen — genannt oder die Berechnung von »Reallöhnen«. Die Vorstellungen über diese »realen« Entwicklungen und ihr Vergleich mit den »Nominal«-Entwicklungen und dadurch mit der Preisentwicklung sind aus der Wirtschaftsanalyse und aus der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik nicht mehr wegzudenken. Schließlich kam — vor allem auch unter dem Einfluß der Wiedergutmachungsgesetzgebung, nach der die Begünstigten wählen konnten, ob die ihnen zustehende Wiedergutmachungsleistung nach dem Wechselkurs oder nach der »Kaufkraftparität« in die

Währung ihres Landes umgerechnet werden soll — eine dritte Aufgabe hinzu: der internationale Niveauvergleich der Preise.

Um alle diese sich nach dem zweiten Weltkrieg stellenden Aufgaben lösen zu können, wurde frühzeitig ein an die Sozialproduktberechnungen anknüpfendes System für die gesamte Preisstatistik entwickelt¹⁷⁾. Es sieht Indices der Verkaufspreise für alle produzierenden Wirtschaftssektoren vor, um die Preisentwicklung auf jeder Stufe des Wirtschaftskreislaufs verfolgen und die Bruttoleistung jedes Sektors deflationieren zu können. Für die gleichen Sektoren wurden Indices der Einkaufspreise gebraucht, um zu einer Deflationierung der Nettoleistung jedes Bereichs zu kommen und die unterschiedliche Entwicklung der Einkaufs- und der Verkaufspreise jedes Wirtschaftsbereiches nachweisen zu können. Einkaufspreisindices wurden ferner gebraucht für die Sektoren der endgültigen Verwendung der Güter, also für die Investitionen, den privaten Verbrauch und den Staatsverbrauch, zu denen noch der Nachweis der Import- und Exportpreise kommt.

Für die angedeuteten Berechnungen ist es erforderlich, über eine möglichst große Sammlung von Preisreihen zu verfügen, damit Gruppierungen unter den verschiedensten Gesichtspunkten möglich sind, z. B. nach der Herkunft der Waren aus den einzelnen Wirtschaftszweigen, nach dem produktionstechnischen Zusammenhang, nach dem Stadium der Verarbeitung, der Dauerhaftigkeit, dem Verwendungszweck usw.

Das angestrebte Gesamtsystem der Preisstatistik konnte natürlich nicht mit einem Schlage verwirklicht werden. Es ist jedoch im Laufe der Jahre gelungen, einen Stein nach dem anderen in das vorgesehene Gebäude einzubauen. Die ersten Preisstatistiken sind schon im Vereinigten Wirtschaftsgebiet wieder angeordnet worden. Dabei handelt es sich um die Wiederaufnahme der Vorkriegsstatistiken, für die allerdings von vornherein neue, mit dem Gesamtkonzept übereinstimmende Methoden angewendet wurden. Zu diesen frühen Statistiken gehören die Erzeuger- und Großhandelspreise des Inlands, die Preise der sächlichen Betriebsmittel der Landwirtschaft, Baustoffe und Bauleistungen, Einzelhandelspreise und Preise der Lebenshaltung sowie die Sammlung von Auslandspreisen.

Bis zum Ende des hier untersuchten Zeitraums, also im Jahre 1972, lagen die folgenden Teile des Gesamtsystems vor:

Verkaufspreise der produzierenden Sektoren

Das umfangreiche, gesammelte Preismaterial wird zu folgenden meist weitgehend untergliederten Indices verarbeitet:

- Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte
- Erzeugerpreise für Schnittblumen und Topfpflanzen
- Erzeugerpreise forstwirtschaftlicher Produkte
- Erzeugerpreise industrieller Produkte
- Baupreise
- Großhandelsverkaufspreise
- Einzelhandelsverkaufspreise
- Frachtraten

¹⁷⁾ Siehe G. Fürst u. H. Bartels: Preisindices im volkswirtschaftlichen Güterkreislauf, Wirtschaft und Statistik, Heft 9/1949.

Postgebühren
Preise für Leistungen des Beherbergungs- und
Gaststättengewerbes
Verkaufspreise für Ausfuhr Güter

Einkaufspreise der produzierenden und
der verwendenden Sektoren

Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel
(Einkaufspreisindizes für alle übrigen Sektoren
müssen z. Z. für Deflationierungszwecke des
Sozialprodukts behelfsmäßig aus der vorliegen-
den Sammlung der Verkaufspreise berechnet
werden. Da dieses Verfahren methodisch nicht
ganz einwandfrei ist, werden diese Indizes nicht
veröffentlicht.)

Einkaufspreise für Auslandsgüter

Einkaufspreise für Grundstoffe

(Einkaufspreise für Investitionsgüter werden aus
den Verkaufspreisen industrieller Produkte und
von Bauwerken behelfsmäßig berechnet.)
Preise der Lebenshaltung.

Alle vorstehend genannten Preisindizes beziehen sich
auf die laufende Produktion und den laufenden Ver-
brauch. Preise für vorhandene Vermögensobjekte
werden nur für Bauland gesammelt und verarbeitet.

Der hier verfügbare Raum erlaubt es nicht, auf die
vielfachen Erweiterungen des Umfangs innerhalb aller
aufgeführten Kategorien und auf die mannigfachen
methodischen Verbesserungen, vor allem auch der
Klassifizierungen, einzugehen. Neue Wege wurden vor
allem bei den Baupreisen beschritten. Die Preisindizes
der Lebenshaltung, die es früher nur für die fünf-
köpfige Arbeiterfamilie gab, werden jetzt berechnet für:

alle privaten Haushalte
Angestellten- und Beamtenhaushalte mit höherem
Einkommen (4-Personen-Haushalte)
Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen
des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes
(4-Personen-Haushalte)
Renten- und Sozialhilfeempfänger-Haushalte
(2-Personen-Haushalte)
einfache Lebenshaltung eines Kindes

Die Erkenntnis, daß der Familientyp der Arbeiterfamilie
von vier Personen mit nur einem Verdienere nur einen
geringen Bruchteil aller Familien darstellte und daß
die Lebenshaltung stark durch das Zusammenfließen
mehrerer Einkommen in einer Familie erhöht wird,
hat dazu geführt, daß der Preisindex für die Lebens-
haltung aller privaten Haushalte in den Vordergrund
gerückt worden ist.

Die Berechnung von »Kaufkraftparitäten« mußte
in Ermangelung anderer Vergleichsunterlagen auf
den Verbrauch von Arbeiterfamilien gegründet werden.
Der internationale Niveauvergleich der Preise ist
nicht nur durch die Wiedergutmachungsleistungen
stimuliert worden, sondern auch die Frage der Besol-
dung der deutschen Auslandsvertretungen spielte eine
große Rolle. Das gesammelte Preismaterial hat es ferner
erlaubt, Kaufkraftparitäten für Touristen zu errechnen.

22. Löhne und Gehälter

Die Lohn- und Gehaltsstatistik wurde vor dem Kriege
und wird auch heute noch vielfach nur als Statistik der
Lohneinkommen gesehen. In der Nachkriegszeit

hat jedoch der Gesichtspunkt der Lohnkosten paral-
lel an Bedeutung gewonnen. Die Entwicklungen auf
dem Lohngebiet sind gekennzeichnet durch bezahlte
Feiertage, längeren bezahlten Urlaub, Lohnfortzahlung
im Krankheitsfall und vor allem durch gesetzliche und
tarifliche sowie freiwillige Sozialleistungen (z. B. zu-
sätzliche Altersversorgung, Wohnungen, Kantinen,
Sportplätze, Kindergärten usw.) und Maßnahmen zur
Vermögensbildung. Diese Entwicklung hat dazu ge-
führt, daß den Arbeitgebern höhere Personalkosten
erwachsen, ohne daß die Arbeitnehmer diese Beträge,
die auch nicht immer dem einzelnen Arbeitnehmer zu-
gerechnet werden können, als Erhöhung ihres Lohn-
einkommens empfinden. Die unterschiedlichen Perso-
nalkosten spielen für die Wettbewerbsfähigkeit vor
allem innerhalb der EWG eine große Rolle. Dies hat
dazu geführt, daß das Programm der Lohn- und Ge-
haltsstatistik zunehmend durch EWG-Verordnungen
bestimmt worden ist.

Die Lohn- und Gehaltsstatistiken sind noch durch ein
Gesetz des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschafts-
gebietes vom 22. August 1949, also kurz vor der Er-
richtung der Bundesrepublik, ungefähr in der vor dem
Kriege geltenden Form wieder in Gang gesetzt worden.
Das bedeutet, daß eine laufende Statistik der Tarif-
löhne, eine vierteljährliche Statistik der Effektivver-
dienste (Lohnsummen für Leistungsgruppen), und in
mehrfährlichem Turnus Statistiken der Löhne in der
gewerblichen Wirtschaft und in der Land- und Forst-
wirtschaft wiederauflebten. Das zur Zeit gültige Pro-
gramm ist weitgehend durch das Gesetz über die
Lohnstatistik von 1956 festgelegt worden.

Die laufenden Statistiken der Effektivverdienste
werden jährlich für die Landwirtschaft erhoben, und
zwar für alle in die Hausgemeinschaft aufgenommenen
männlichen familienfremden Arbeitskräfte. Von den
außerhalb der Hausgemeinschaft lebenden Arbeits-
kräften werden nur drei Gruppen männlicher Arbei-
ter und eine Gruppe weiblicher Arbeiter in größeren
Betrieben erfaßt. Die vierteljährliche Verdienster-
hebung in Industrie und Handel erfaßt im Stich-
probenverfahren die Arbeiter in der Industrie und die
Angestellten in der Industrie, im Handel, bei den
Banken und Versicherungen. Erhoben werden Brutto-
Wochen- und Stundenverdienste, bezahlte und geleistete
Wochenstunden, Mehrarbeitsstunden, gegliedert nach
Wirtschaftszweigen, Leistungsgruppen und Geschlecht.
Eine halbjährliche Verdiensterhebung im Hand-
werk vervollständigt das Bild.

Die Statistiken der effektiven Verdienste werden er-
gänzt durch die Tariflohnstatistik. Diese Statistik
stellt neben den vierteljährlich berechneten Indices
die tariflich vereinbarten Leistungen, vor allem auch
Familienzulagen, Urlaubsdauer, Urlaubsbezahlung,
Bezahlung bei Krankheit und ähnliches zusammen.
Sie liefert immerhin auch gewisse Anhaltspunkte zu
dem konjunktur- und lohnpolitisch wichtigen, statistisch
allerdings sehr schwer zu fassenden Problem der über-
tariflichen Bezahlung (Lohnriff).

Die vor dem Kriege nicht mehr recht zum Zuge ge-
kommenen Lohnstrukturserhebungen auf der Ba-
sis von Individualzählblättern wurden Teil des z. Z.
gültigen Programms. In der Landwirtschaft werden sie
unregelmäßig, in der gewerblichen Wirtschaft und im
Dienstleistungsbereich etwa drei- bis sechsjährlich

durchgeführt. Für den öffentlichen Dienst war eine solche Erhebung 1968 Teil der Personalstrukturstatistik. Diese Strukturhebungen erlauben, in Verbindung mit persönlichen Merkmalen der Beschäftigten, den Nachweis der Schichtung der Verdienste, was z. B. für die Festlegung der Versicherungsgrenzen wichtig ist.

Die schon eingangs kurz gekennzeichneten Aufwendungen der Arbeitgeber für Personalkosten werden auf Grund von EWG-Verordnungen auf Stichprobenbasis im Produzierenden Gewerbe, im Straßenverkehrsgewerbe und im Handel und Dienstleistungsgewerbe erhoben. Außer dem Entgelt für die geleistete Arbeit werden alle »Nebenkosten« in weiter Aufklärung erfragt.

Über die für die Vermögensbildung der Arbeitnehmer angebotenen und tatsächlich in Anspruch genommenen Leistungen ist 1964 eine besondere Statistik geführt worden.

23. Wirtschaftsrechnungen und Versorgung

Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte wurden in den früheren Zeitabschnitten vor allem mit dem Ziel erhoben, Wägungsunterlagen für die Preisindexziffer der Lebenshaltung zu gewinnen. Für den gleichen Zweck wurden die Wirtschaftsrechnungen schon im Vereinigten Wirtschaftsgebiet wieder in das Programm aufgenommen. Zu den Arbeitnehmerhaushalten der mittleren Verbrauchergruppe, den »Indexhaushalten«, traten bald die »Rentnerhaushalte« als untere Verbrauchergruppe, die beide laufend, Monat für Monat, beobachtet wurden. Im Jahre 1953 wurden zum ersten Mal für ein Jahr bäuerliche Haushalte einbezogen, die wegen des Naturalverbrauchs aus eigener Erzeugung oder der Deputatentlohnung besondere Schwierigkeiten boten. Im Auftrag der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl wurden die Verbrauchsausgaben im Steinkohlenbergbau, dem Eisenerzbergbau und der eisenschaffenden Industrie untersucht. Dazu kamen in der Zeit von 1957 bis 1959 Sondererhebungen für andere Zweige des Bergbaus (Kali, Steinsalz, Braunkohle). Ab 1964 wurde der Überblick über die »Indexhaushalte« und die »Rentnerhaushalte« durch einen weiteren Haushaltstyp »Beamte und Angestellte mit höherem Einkommen« vermehrt.

Alle genannten Untersuchungen erfaßten nur eine sehr geringe Zahl von Haushalten (zwischen 150 bis 400 je Haushaltstyp). Die gewonnenen Aussagen über die Verbrauchsveränderungen reichten zwar zur Kontrolle der Preisindexberechnungen aus, sie erlaubten aber wegen der geringen Zahl und der Auswahl einiger weniger Haushaltstypen keinerlei »Hochrechnung« auf den gesamten privaten Verbrauch.

Es war daher ein sehr großer Fortschritt, daß für das Jahr 1962/63 zum ersten Mal eine Einkommens- und Verbrauchsstichprobe gesetzlich angeordnet wurde, die auf einer echten Stichprobenbasis rd. 50 000, also etwa 0,25% aller Haushalte aller Kategorien erfaßte. Diese Statistik wurde für 1969 wiederholt. Dieses Material erlaubte es, den privaten Verbrauch, auf den etwas mehr als die Hälfte des Sozialprodukts entfällt, unter zahlreichen Gesichtspunkten zu gliedern. Die für diesen Zweck entwickelte Systematik

des privaten Verbrauchs unterscheidet die Art der verbrauchten Waren und Dienstleistungen, die Herkunftsbereiche, die Dauerhaftigkeit und den letzten Verwendungszweck. Außerdem war eine Gliederung nach Käufergruppen möglich, z. B. nach der Familiengröße, der Zahl der Verdienere im Haushalt (die für einen höheren Lebensstandard oft entscheidend ist), nach der Einkommenshöhe und nach sozialen und beruflichen Merkmalen. Bei der Erhebung für 1969 wurden außerdem die Relationen zwischen Einkommen, Verbrauch und Ersparnis und die Formen der Vermögensbildung näher untersucht. Die Ergebnisse der Wirtschaftsrechnungen haben neben ihrer Funktion, der staatlichen Wirtschaftsbeobachtung zu dienen, große Bedeutung für die Produktions- und Absatzplanung der Unternehmen erlangt.

Die Wirtschaftsrechnungen haben es ferner erlaubt, das statistische Bild der Versorgung zu erweitern. So konnte die Ausrüstung der einzelnen Haushaltstypen mit dauerhaften Gebrauchsgütern, wie z. B. Staubsauger, Waschmaschinen, Rundfunk- und Fernsehgeräten, Kraftfahrzeugen und viele andere, nachgewiesen werden. Die Versorgung (pro Kopf der Bevölkerung) kann dank der aufeinander abgestimmten Warenverzeichnisse der heimischen Produkte und des Außenhandels (Versorgung = Produktion + Einfuhr – Ausfuhr) für eine große Zahl von Waren berechnet werden. Die früheren Berechnungen für Nahrungsmittel und verbrauchsteuerpflichtige Erzeugnisse wurden fortgesetzt.

24. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bringen mit Hilfe eines Kontensystems, in dem alle Wirtschaftsvorgänge doppelt verbucht werden, ein zusammenhängendes und in sich geschlossenes Bild des Wirtschaftsablaufs. Die Aufstellung dieses Systems stellt zweifellos eine der größten wissenschaftlichen Leistungen der amtlichen Statistik in der Nachkriegszeit dar¹⁰⁾. Gezeigt werden können zur Zeit die Entstehung des Sozialprodukts und seine Verwendung, die im Wirtschaftsprozess entstehenden Einkommen, ihre Verteilung und Umverteilung (hauptsächlich durch den Staat und die Sozialversicherungen), der letzte Verbrauch und die Ersparnis, die Vermögensveränderungen und die Veränderungen der Forderungen und Verbindlichkeiten für die großen Sektoren der Volkswirtschaft. Unterschieden werden dabei die Sektoren: Unternehmen, Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Ergänzt werden die Konten durch eine größere Zahl von Tabellen, in denen die wirtschaftlichen Vorgänge für die Zwecke der Analyse weiter unterteilt oder anders zusammengefaßt werden. Als Beispiele seien hier nur die eingehende Aufgliederung der Beiträge der einzelnen Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt und die Input-Output-Tabellen genannt. Nachdem die Berechnung der Investitionen für rd. 20 Jahre vorlagen, konnte 1971 eine Schätzung des reproduzierbaren Anlagevermögens gewagt werden.

¹⁰⁾ Siehe Hildegard Bartels und Mitarbeiter: Das Kontensystem für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Bundesrepublik Deutschland.

1. Teil: Das angestrebte Kontensystem, Wirtschaft und Statistik, Heft 6/1960.

2. Teil: Das ausgefüllte, vereinfachte Kontensystem, Wirtschaft und Statistik, Heft 10/1960.

Der koordinierende Einfluß, der von den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf alle Statistiken ausgegangen ist, die als ihr Ausgangsmaterial dienen, ist schon im Zusammenhang mit den allgemeinen Entwicklungstendenzen in der Zeit der Bundesrepublik dargelegt worden (siehe Seite 55f.). Trotz aller Bemühungen um einheitliche Abgrenzungen, Begriffe, Gliederungen usw. sind umfangreiche Umrechnungen und ergänzende Schätzungen erforderlich.

Über die Kräfte, die sehr frühzeitig zu einer Aufstellung Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen zwangen, ist ebenfalls schon im Abschnitt über die allgemeinen Entwicklungstendenzen berichtet worden (siehe Seite 55). Das Bundesamt stand vor der äußerst schwierigen Aufgabe, gewissermaßen das Dach des statistischen Gebäudes zu errichten, bevor die Grundmauern und Verstreben vorhanden waren. Die Militärregierung bediente sich dabei des probaten Mittels, sehr behelfsmäßige, eigene Schätzungen vorzunehmen, von denen sie nur abzugehen gewillt war, wenn das Bundesamt eigene, besser fundierte Zahlen vorlegte.

Da infolge der Geldverhältnisse das Rückgrat der früheren Volkseinkommensberechnungen, die Einkommensteuerstatistiken, zunächst nicht vorhanden waren, wurde die Schätzung des Sozialprodukts von der Entstehungsseite, also mit Hilfe der Produktionsstatistiken in Angriff genommen. Dazu war es erforderlich, den Anteil der neugeschaffenen Bundesrepublik an den Ergebnissen für das frühere Reichsgebiet zu ermitteln. Eine der wichtigsten Quellen hierfür war der Industriezensus 1936. Die so für 1936 gewonnenen Zahlen wurden so lange mit den verschiedenen Indices fortgeschrieben, bis der Anfall statistischer Ergebnisse — vor allem aus den Zählungen um das Jahr 1950 — eine Neuberechnung auf der Basis von Nachkriegsstatistiken erlaubte.

Die konsequente Weiterentwicklung des statistischen Programms im Hinblick auf besseres Ausgangsmaterial für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen — so z. B. der Ausbau der Einkommensstatistiken und der Verbrauchs- und Investitionsstatistiken — lieferte ständig neues Baumaterial und neue Verstreben, die in das vorläufig errichtete Gebäude eingepaßt werden mußten, um seine Stabilität zu sichern. Daß dies nicht ohne gelegentliche Revisionen der vorläufigen Zahlen möglich war, liegt auf der Hand. Anlaß zu solchen Revisionen ergab sich auch aus den internationalen Vereinbarungen, z. B. aus dem »System of National Accounts« (SNA) der Vereinten Nationen, vor allem aber aus dem daran anknüpfenden gemeinsamen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen der EG (ESVG), das als Variante des SNA zu betrachten ist.

Die Aufstellung der Gesamtrechnungen erfolgte ständig in enger Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesbank, die das Material für die Finanzierungskonten beitrug. Auch die Statistik der Zahlungsbilanz ist nach dem Kriege auf die Bundesbank übergegangen.

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die auf ihnen aufbauenden gesamtwirtschaftlichen Voraussetzungen, die hauptsächlich das Bundeswirtschafts- und -finanzministerium vornimmt und die in einem interministeriellen Ausschuß unter Vorsitz des Präsidenten des Statistischen Bundesamtes verabschiedet werden, haben sich als ein modernes und mittlerweile

unentbehrliches Hilfsmittel der Wirtschaftsbeobachtung und als Orientierungsmittel für die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik durchgesetzt.

25. Auslandsstatistik

Die Bevölkerungs- und Wirtschaftsbeobachtung des Auslandes konnte bei der stets zu knappen Ausstattung des Bundesamtes mit Personal und Sachmitteln nicht wieder in dem vor dem zweiten Weltkrieg üblichen Rahmen aufgenommen werden. Der Wiederaufbau der bundesdeutschen Statistik mußte oft Vorrang beanspruchen vor der Zusammenstellung von Zahlen aus den Veröffentlichungen des Auslandes. Im Rahmen des Möglichen wurde — schon wegen der Schwierigkeiten der Sprachen und der schweren Zugänglichkeit des verstreuten statistischen Auslandsmaterials — die Auslandsstatistik wieder aufgenommen. Soweit als möglich wurde dabei die Wahrung einheitlicher Gesichtspunkte angestrebt und das Material auf die der deutschen Statistik entsprechenden systematischen Gliederungen umgerechnet. Eines der Ziele war ferner, Umfang und Qualität der »Internationalen Übersichten« des Statistischen Jahrbuchs aufrechtzuerhalten. Hierzu kamen laufende Veröffentlichungen in den »Internationalen Monatszahlen«.

Einen weiteren Schwerpunkt bilden die Länderberichte und unter diesen die über Entwicklungs- und sozialistisch-kommunistische Länder, weil für diese der Bedarf besonders groß und das Material methodisch und sprachlich schwer zugänglich ist. Ferner werden Länderkurzberichte veröffentlicht, um wichtiges Material für ausgewählte Länder kurzfristig und konzentriert zur Verfügung stellen zu können.

Zu diesen Länderberichten treten Veröffentlichungen für einige ausgewählte Fachgebiete.

26. Internationale Zusammenarbeit

Nach dem zweiten Weltkrieg erreichte die internationale Zusammenarbeit ein in früheren Epochen ungeahntes Ausmaß, das aus Raumgründen hier nur mit ganz flüchtigen Strichen skizziert werden kann. Die Zahl der weltweit arbeitenden internationalen Organisationen — vielfach Sonderorganisationen der Vereinten Nationen — und der regionalen Organisationen, die mehr oder weniger stark an der Sammlung, Weiterentwicklung und Vereinheitlichung der Statistiken ihres Aufgabenbereiches interessiert sind, schwoh auf über 30 an. Dazu kamen noch rd. ein Dutzend regionale Organisationen. Diese internationale Zusammenarbeit stellt eine früher kaum vorhandene neue Aufgabe für die Bundesstatistik dar, die erhebliche Ansprüche an die Zeit und Kraft der leitenden Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes stellt. Andererseits bedeutet der internationale kollegiale und persönliche Erfahrungsaustausch einen großen Vorteil für die Weiterentwicklung des deutschen statistischen Programms. Im Ausland bereits erprobte Methoden können übernommen und auf diese Weise manche Umwege und Kosten erspart werden. Andererseits sind auch deutsche Erfahrungen und methodische Neuerungen in die internationalen Programme eingegangen. Die kurze Darstellung dieser Zusammenarbeit soll hier — in historischer Reihenfolge — auf die allerwichtigsten Organisationen beschränkt werden.

Die ersten internationalen Kontakte standen unter dem Zeichen einer starken Reserviertheit gegenüber

uns Deutschen. Wir mußten zeigen, daß die Führungskräfte im neuen Deutschland nicht dem Bilde entsprachen, das sich vielen unserer Nachbarn auf Grund des Auftretens der Deutschen als Besatzungsmacht im Kriege eingeprägt hatte. Daß dies gelungen ist, zeigen die freundschaftlichen Beziehungen, die sich im Laufe der Zeit zu den Kollegen in West und Ost herausgebildet haben.

Im Zusammenhang mit der Marshallplan-Hilfe begann 1948 die organisierte Zusammenarbeit bei der OEEC in Paris. Diese inzwischen zur Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gewordene Einrichtung hat sich auf dem Gebiet der Konvertibilität der europäischen Währungen und der größeren Freizügigkeit im westlichen Europa große Verdienste erworben. Im Jahre 1949 wurde hier das erste vereinfachte System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen erarbeitet, das später in das System der Vereinten Nationen übergeleitet wurde. Die statistische Aktivität dieser Organisation ist klugerweise eingeschränkt worden, nachdem die Arbeiten der Konferenz Europäischer Statistiker bei der ECE in Genf größere Bedeutung gewannen. Die Produktivitätsstatistik hat von der OEEC zahlreiche Anregungen empfangen. In letzter Zeit stehen Voraussetzungen des Angebots und der Nachfrage von Arbeitskräften, die Entwicklung eines integrierten Systems bevölkerungs- und sozialstatistischer Daten, Bildungs- und Forschungsausgaben und der Fremdenverkehr auf dem Programm.

Die früheren Arbeiten des Völkerbundes sind auf die Vereinten Nationen übergegangen. Der Ausschuß statistischer Sachverständiger ist geblieben, aber aus dem Sekretariat dieses Ausschusses wurde das Statistische Amt der Vereinten Nationen. Dieses Amt arbeitet weitgehend über die regionalen Unterorganisationen. Im Rahmen der »Economic Commission for Europe« (ECE) in Genf, der die Bundesrepublik als Vollmitglied angehört, wurde die ständige »Konferenz Europäischer Statistiker« gegründet. In ihr arbeiten alle europäischen Staaten aus West und Ost, zu denen die Sowjetunion gehört, die USA, Kanada, Japan und Israel, zusammen. In diesem Gremium sind also alle hochentwickelten Industriestaaten vertreten, die sich als erste an den oft recht ehrgeizigen Plänen des Statistischen Amtes der Vereinten Nationen versuchen können.

Die Konferenz Europäischer Statistiker arbeitet praktisch auf allen Gebieten der amtlichen Statistik und hat eher zuviel als zuwenig Probleme in Angriff genommen. Die Entwicklung des Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen unter Berücksichtigung des Vergleichs zwischen den west- und osteuropäischen Staaten mit unterschiedlichem Wirtschaftssystem, gemeinsame Empfehlungen für die großen Volks- und Berufszählungen, die Wohnungszählungen und laufenden Wohnungsstatistiken, die Statistiken des Produzierenden Gewerbes, Binnenhandels, Gaststättengewerbes, Verkehrsgewerbes, die dazugehörigen Systematiken und die Probleme der elektronischen Datenverarbeitung standen neben zahlreichen anderen Fragen auf dem Programm; neuerdings auch die Entwicklung eines integrierten Systems der Bevölkerungs- und Sozialstatistik und in diesem Zusammenhang auch die Erarbeitung sozialer Indikatoren.

Die statistischen Arbeiten bei den Sonderorganisationen nahmen in ähnlichem Maße an Umfang zu. Genannt seien nur die wichtigsten: die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), die Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO), die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) und die Internationale Zivillufffahrtorganisation (ICAO). In diesen und den übrigen hier nicht genannten Sonderorganisationen ist die Bundesrepublik Mitglied. Der Europarat hat sich insbesondere demographischer Probleme angenommen.

Mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaften für Kohle und Stahl (1953) und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft — EWG — (1958) trat das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften auf den Plan. Während es bei allen übrigen internationalen Organisationen letzten Endes immer nur zu »Empfehlungen« kam, für deren Annahme nur eine Art moralische Verpflichtung, aber kein rechtlicher Zwang bestand, wurde die Zusammenarbeit in der EWG sehr viel enger und vielfach rechtsverbindlich. Auf einigen Gebieten, z. B. der Lohnstatistik, wurden »Verordnungen« des Rates erlassen, die unmittelbar geltendes Recht für alle Mitgliedsstaaten schufen. Daneben wurden vom Rat »Richtlinien« verabschiedet, nach denen die nationale Gesetzgebung handeln muß. Das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften ist ähnlich wie ein nationales Statistisches Amt aufgebaut. Es ist bemüht, die nationalen Statistiken zu harmonisieren und zu ergänzen, um nicht nur zu vergleichbaren und für die Gemeinschaft addierbaren Ergebnissen zu kommen, sondern darüber hinaus zu einem einheitlichen statistischen Programm für die Zwecke der Gemeinschaft. Auf dem Gebiet der Wirtschaftsstatistik im weitesten Sinne wird hier nahezu das gesamte Programm der Bundesstatistik behandelt.

Um die ganze Breite der internationalen Zusammenarbeit in der Statistik anzudeuten, seien hier noch die Zentralkommission für die Rheinschifffahrt, die Donaukommission, der Europarat in Straßburg, der Brüsseler Zollrat und die Europäische Verkehrsministerkonferenz (CEMT) genannt.

Nachdem die »amtlichen Statistiker« so zahlreiche Stellen der Begegnung und Zusammenarbeit gefunden haben, sind die Probleme der amtlichen Statistik beim Internationalen Statistischen Institut etwas in den Hintergrund geraten. Hier beherrscht die Entwicklung der mathematischen Methoden auf allen statistischen Sachgebieten das Programm.

Erwähnt sei noch die nach dem Kriege gegründete, aus gewählten Mitgliedern bestehende Internationale Organisation zum Studium des Volkseinkommens und des Volksvermögens, die viele Anregungen auf dem Gebiet der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gebracht hat.

27. Statistik und Beobachtung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen

Ähnlich wie die amtliche Statistik mußten auch die Institutionen der Wirtschaftsforschung nach dem Kriege neu aufgebaut werden. Das früher beherrschende Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin, das eine zu-

nehmende Zahl von regionalen Zweigstellen eröffnet hatte, verlor diese nahezu monopolartige Stellung, behauptete sich aber als eines der führenden Institute. Die wichtigste Zweigstelle in Essen verselbständigte sich. In München entstand das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft, der Weltwirtschaftsdienst in Hamburg und eine Reihe anderer wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute nahmen ihre Tätigkeit wieder auf.

Der Vorschlag des damaligen Bundeswirtschaftsministers Ludwig Erhard, wieder wie in den Zeiten Wagemanns ein zentrales Institut für Wirtschaftsbeobachtung in Personalunion mit dem Leiter des Statistischen Bundesamtes zu errichten, wurde nicht verwirklicht. Der Verfasser als der damalige Präsident des Bundesamtes hielt eine solche Verbindung nicht für glücklich. Ein Wirtschaftsforschungsinstitut muß unabhängig und in der Lage sein, auch die Wirtschaftspolitik der Regierung zu kritisieren, was bei einer Behörde immer zu Schwierigkeiten führen würde. Auch die haushalts- und personalrechtlichen Probleme, die früher zur Trennung geführt hatten und die in ähnlicher Art beim Ifo-Institut auftraten, solange eine enge Verquickung mit dem Bayerischen Statistischen Landesamt bestand, ließen die Verbindung nicht für zweckmäßig erscheinen.

Um den entstandenen Pluralismus der Institute etwas zu überbrücken, wurde die »Arbeitsgemeinschaft wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute« gegründet, der auch das Statistische Bundesamt angehört. Als wichtigste Leistung der Arbeitsgemeinschaft ist die sogenannte »Gemeinschaftsdiagnose« der Wirtschaftslage durch die wichtigsten Institute anzusehen. Ferner wurde beim Statistischen Bundesamt ein Arbeitskreis der Institute eingerichtet, in dem die Fortentwicklung des statistischen Instrumentariums für die Zwecke der Wirtschaftsbeobachtung erörtert wird.

Neben den privaten Instituten beobachten und analysieren nach dem Kriege auch die wichtigsten Bundesministerien und die Deutsche Bundesbank die Entwicklung auf ihren Gebieten und geben Lageberichte heraus. Als Beispiele seien hier der Jahreswirtschaftsbericht, der Finanzbericht, der Grüne Bericht, der Sozialbericht, der Raumordnungsbericht, der Bericht über die Lage der Frauen genannt. Daneben arbeiten Bundesinstitute, z. B. auf dem Gebiet der Arbeitsmarktforschung, der Raumordnung, über Agrarfragen usw. Für alle diese Arbeiten liefert das Statistische Bundesamt wesentliches Tatsachenmaterial und führt Sonderberechnungen durch. Sehr eng ist auch die Mitarbeit beim 1964 gegründeten »Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung«, dessen Geschäftsführung beim Statistischen Bundesamt liegt.

Alle mit der Wirtschafts- und Gesellschaftsbeobachtung befaßten Stellen bemühen sich um die Prognose zukünftiger Entwicklungen. Die Statistik liefert hierfür das Ausgangsmaterial und die Kenntnis der Entwicklungen in der Vergangenheit. Vorausschätzungen der Entwicklung des Sozialprodukts mußten bereits für den Marshallplan geliefert werden. Seit jener Zeit führt der Präsident des Statistischen Bundesamtes den Vorsitz in einem interministeriellen Arbeitskreis für gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen, in dem auch die Bundesbank und einige Institute mitwirken. In diesem Arbeitskreis werden die Vorausschätzungen, die das Bundeswirtschafts- und Finanzministerium vorlegt, dis-

kutiert und verabschiedet. Vorausschätzungen der Bevölkerungsentwicklung führt das Statistische Bundesamt weitgehend in eigener Regie durch, an anderen, z. B. der Vorausschätzung der Erwerbspersonen oder Vorausschätzungen für Zwecke der Bildungsplanung, ist es weitgehend beteiligt.

Zukünftige Entwicklungen können nur unter bestimmten hypothetischen Annahmen vorausgeschätzt werden. Die Festlegung dieser Hypothesen oder politischer Zielvorstellungen ist jedoch keine Aufgabe des Statistikers mehr, sondern der politisch geprägten Instanzen. Dem Statistiker fällt dabei die Rolle zu, darauf zu achten, daß die politisch bedingten Wunsch- und Zielvorstellungen im Rahmen des möglich Erscheinenden bleiben.

Neben der Beobachtung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse hat die wissenschaftliche Durchdringung der Bevölkerungsentwicklung an Bedeutung gewonnen. Ein eigenes mit dem Bundesamt in Verwaltungsgemeinschaft verbundenes Institut für Bevölkerungsforschung ist in der Gründung begriffen.

C. Zusammenfassende Darstellung des in der Bundesrepublik erreichten statistischen Programms

Da es von Anfang an das erklärte Ziel des Statistischen Bundesamtes war, zu einem statistischen Gesamtbild der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur und des Wirtschaftsablaufs zu kommen (vgl. S. 54), soll in der zusammenfassenden Darstellung des Zeitabschnittes nach dem zweiten Weltkrieg kurz gezeigt werden, inwieweit dieses Ziel eines Gesamtbildes bisher verwirklicht werden konnte. Abweichend von den Zusammenfassungen für die früheren Zeitabschnitte soll dabei von den zu messenden Sachverhalten und nicht von den einzelnen statistischen Sachgebieten ausgegangen werden.

Jedes Gesamtbild der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur muß von den Menschen, also von der Bevölkerung ausgehen. Die durch mehrere Volkszählungen ermittelte Bevölkerungszahl konnte durch Verbesserungen der Statistiken der Geburten und Sterbefälle und vor allem der Wanderungsstatistik laufend fortgeschrieben werden. Fortschreibungsdaten im Verein mit dem Mikrozensus erlaubten es, auch die Altersstruktur der Bevölkerung, gegliedert nach dem Geschlecht und dem Familienstand, evident zu halten. Der Altersaufbau der Bevölkerung ist ein sehr bedeutendes Merkmal der Gesellschaftsstruktur. Der laufende statistische Nachweis der Altersstruktur erlaubt es, drei wichtige Bevölkerungsgruppen zu unterscheiden:

- a) die Kinder, Jugendlichen und noch in der Ausbildung befindlichen Personen,
- b) die Erwerbstätigen und die im erwerbsfähigen Alter stehenden Personen,
- c) die alten Leute.

Das statistische Bild der ersten Gruppe ist in vieler Hinsicht verbessert und vervollständigt worden. Der Zugang, also vor allem die Geburtenstatistik, wurde durch Daten über das Heiratsalter der Eltern und die Geburtenfolge intensiviert, wodurch bessere Unterlagen für die Vorausschätzung der Bevölkerungsentwicklung gewonnen wurden, zu denen auch die Sterbetafeln, Heiratstafeln usw. gehören.

Der Mikrozensus hat einige Sonderprobleme dieser Altersgruppe klären helfen (z. B. die sogenannten Schlüsselkinder). In gleicher Richtung wirkte der Einbau von Altersgliederungen in zahlreiche Statistiken.

Die erheblich verbesserte Schulstatistik im weitesten Sinne gibt Auskunft, wie viele Jugendliche sich in den allgemeinbildenden Schulen und in den Schulen zur Berufsausbildung befinden. Die Hochschulstatistik ist dabei als erste zu einer »Verlaufsstatistik« geworden, die nicht nur Veränderungen durch den statischen Vergleich zweier Zeitpunkte messen kann (Saldo-Veränderungen), sondern die Zugänge und Abgänge und die Gründe hierfür über den ganzen Zeitraum hinweg nachweisen kann. Damit ist der erste Schritt in Hinblick auf ein integriertes System der Bevölkerungs- und Sozialstatistik, das zu einem wesentlichen Teil auch aus Verlaufsstatistiken bestehen wird, getan.

Die zweite Bevölkerungsgruppe der im erwerbsfähigen Alter stehenden Personen steht im Brennpunkt der Berufszählungen, die über die Art der wirtschaftlichen Tätigkeit, die soziale Stellung und die individuelle Berufstätigkeit Auskunft geben. Auch hier hat der Mikrozensus erlaubt, das früher nur in großen Zeitabständen vorliegende Bild in den großen Linien auf dem laufenden zu erhalten. Erwähnt sei auch die allgemeine Arbeitsstättenzählung mit ihrem Gesamtüberblick über die Beschäftigten. Die Statistiken über die Erwerbstätigkeit aus den genannten Quellen werden durch zahlreiche kurzfristige Statistiken über die Beschäftigung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen und im öffentlichen Bereich ergänzt.

Die dritte Bevölkerungsgruppe der »alten Leute«, also der Rentener Empfänger und Pensionäre, der Sozialhilfeempfänger usw. ist gleichfalls auf den verschiedensten Wegen statistisch dargestellt worden.

Bei den hier kurz skizzierten statistischen Nachweisungen zur Bevölkerungsstruktur liegt das Schwergewicht auf der Ausbildung, der Erwerbstätigkeit und den Unterhaltsquellen. Hierfür liegt zweifellos das reichhaltigste statistische Material vor, besonders wenn man die zahlreichen, wenn auch immer noch unvollständigen statistischen Informationen über die Einkommens- und Verbrauchsverhältnisse der Bevölkerung mit heranzieht. Daneben dürfen aber andere Aspekte der Gesellschaftsstruktur nicht übersehen werden. Die Statistik der Bundestagswahlen gibt Einblick in die politische Denkweise der Bevölkerung. Die Strafverfolgungsstatistik und zum Teil auch die Fürsorgestatistik beleuchtet asoziale Verhaltensweisen. Die Lebensgewohnheiten der Bevölkerung ergeben sich teils aus den Wohnungsstatistiken, teils aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe; Sonderprobleme, wie z. B. Urlaubs- und Erholungsreisen sind vom Mikrozensus untersucht worden. All dies sind zweifellos nur Bruchstücke, aber die generelle Untersuchung der Freizeitgestaltung gehört — es sei erlaubt zu sagen glücklicherweise — nicht oder noch nicht zum Aufgabenbereich der amtlichen Statistik. Schließlich liegen schon umfassende Informationen über die Alterssicherung und die Sicherung gegen Krankheit, Unfall und bei Frühinvalidität vor.

Wenden wir uns nun vom statistischen Bild der Bevölkerung den Nachweisen über die Wirtschaftsvorgänge zu. Das Bild der Bevölkerung ist immer eng mit der Wirtschaftsstatistik verknüpft, denn während

langer Jahre seines Lebens steht für den einzelnen Menschen die Erwerbstätigkeit im Vordergrund. In Anlehnung an die von den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen geschaffenen Denkkategorien läßt sich das statistische Bild der Wirtschaftsstruktur und des Wirtschaftsablaufs in drei Komplexe gliedern:

- a) die Produktionsgrundlagen, die Produktionsvorgänge und die Produktionsergebnisse¹⁹⁾ (oder das Angebot an Gütern),
- b) die Entstehung, Verteilung und Verwendung der Einkommen,
- c) Verbrauch, Investitionen und der Außenbeitrag (oder die Nachfrage nach Gütern).

Als vierter Komplex, der besonders in die Gruppen a) und c) hinübergreift, sei hier aufgeführt

- d) Preise.

Zu den statistischen Daten über die Produktionsgrundlagen gehört von alters her der alle 10 Jahre durch die Arbeitsstättenzählungen gewonnene Überblick über die Arbeitsstätten (als örtliche Einheiten), die Unternehmen und in zunehmendem Maße auch über fachliche Unternehmensteile. Ergänzend hierzu sind laufende Statistiken, insbesondere in der Landwirtschaft, in Industrie und Handwerk so ausgebaut worden, daß sie Veränderungen in der Zahl der wirtschaftenden Einheiten kurzfristiger erkennen lassen. Konsequenz ist das »Unternehmen« als Erhebungs- und Darstellungseinheit neben den »Betrieben« oder neben reinen Leistungsnachweisen (z. B. im Verkehrswesen) zur Geltung gebracht worden. Die »Unternehmen« bilden gewissermaßen die Zellen des Wirtschaftskörpers, für die alle Vorgänge nachgewiesen werden können. Auch die »Sektoren« der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind als Summen von Unternehmen gebildet.

Der Zahl der wirtschaftenden Einheiten wird durch weitere Merkmale, wie Rechtsform oder Betriebsform und vor allem durch Gliederungen nach der Größe ein stärkerer Aussagegewert verliehen. In dieser Richtung ist manches geschehen. So sind z. B. im Produzierenden Gewerbe zu der überkommenen Größengliederung nach der Zahl der Beschäftigten Größenklassen nach dem Umsatz und dem Nettoproduktionswert gebildet worden.

Zu den Produktionsgrundlagen gehören die Produktionsfaktoren »Kapital« und »Arbeit«. Die unternehmerische Leistung entzieht sich der unmittelbaren statistischen Erfassung. Die zahlreichen Statistiken der Beschäftigung — also des Faktors »Arbeit« — sind schon im Zusammenhang mit der Bevölkerungs- und Erwerbstätigkeitsstatistik genannt worden. Die Erfassung des »Kapitals«, also der Sachanlagen und der Vorräte, ist weit schwieriger, sie ist aber nach dem Kriege auf vielen Gebieten vorangekommen. Wenn man von den wertmäßigen Nachweisen in den Bilanz-, Einheitswert- und Steuerstatistiken absieht, konnten die Bestände an Sachanlagen nur auf Teilgebieten erhoben werden (Gebäude, Maschinenbestände in der Landwirtschaft, im Baugewerbe, Kraftfahrzeuge und andere Verkehrsmittel usw.). Große Fortschritte wurden jedoch bei den Zugängen und Abgängen von Sachanlagen erzielt, also bei der Statistik der Investitionen (einschließlich

¹⁹⁾ Vgl. hierzu: Die statistische Erfassung der Produktionsgrundlagen — Vorgänge und Ergebnisse in den Bereichen der Wirtschaft, Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 233, Stand 1959. Verlag W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart und Mainz.

der Vorräte). Auf dieser Basis konnte der Wert des gesamten reproduzierbaren Anlagevermögens schätzungsweise berechnet werden.

Die statistisch zu erfassenden Produktionsvorgänge entsprechen der Aufwandsseite eines Produktionskontos, wie es in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nachgewiesen wird. Das vollständigste und am tiefsten gegliederte Bild aller Aufwandsposten liefert — auf Stichprobenbasis — die Kostenstrukturstatistik. Die beiden größten Aufwandsposten bilden zunächst der Materialverbrauch und die Löhne und Gehälter, also die Kosten des Faktors »Arbeit«. Die Material- und Wareneinkäufe, die vor allem auch für den Nachweis des Nettoproduktionswertes gebraucht werden, sind in der Industrie zuerst in sehr großen Zeitabständen erhoben worden, dann in Zusammenhang mit Anforderungen der EWG mit dem sogenannten Industrie-Zensus verbunden und auf kürzere Intervalle gebracht worden. Für den Handel konnten jährliche Meßzahlen des Wareneingangs eingeführt werden.

Die Löhne, Gehälter und sonstigen Personalkosten, also der zweite große Aufwandsposten, konnte — als Lohnsumme — über zahlreiche Bereichsstatistiken, neuerdings auch über die Arbeitsstättenzählung und über laufende Berichterstattungen statistisch erfaßt und durch Angaben über geleistete oder bezahlte Arbeitszeiten ergänzt werden. Die Lohnstatistiken (Effektivlöhne und -gehälter, Tariflöhne, Nebenkosten) vervollständigen das Bild.

Der statistische Nachweis des Produktionsergebnisses, also der mengen- und wertmäßigen Produktion von Waren und Dienstleistungen, wurde für eine wachsende Zahl von Wirtschaftsbereichen erbracht. Zu diesen Produktionsstatistiken sind auch die Umsatzstatistiken zu zählen, in denen die an andere Unternehmen oder Verbraucher verkauften Waren und Leistungen sichtbar werden. Die Unterlagen für die Schätzung der landwirtschaftlichen Produktion wurden verbessert. Die kurzfristigen Berichterstattungen für die Industrie, das Baugewerbe, das Handwerk, das Verkehrswesen, den Einzelhandel und Großhandel, das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe bringen laufend Umsatz- und Produktionsmeldungen, wozu z. B. auch der Rohertrag im Handel, die tonnenkilometrischen Leistungen aller Verkehrsträger, die Fremdenmeldungen und Übernachtungen oder auch das Mietaufkommen im Wohnungswesen gehören. Die Umsatzsteuerstatistik kann in diesem Sinne als die umfassendste Statistik der »Produktionsergebnisse« angesehen werden. Für den Bereich des Produzierenden Gewerbes kann mit Hilfe des »Industriezensus« im Rahmen der EWG neben der Bruttoproduktion durch Abzug des Materialverbrauchs auch die Nettoproduktion nachgewiesen werden. Mit Hilfe dieses Begriffs sind die wirtschaftspolitisch wichtigen Berechnungen der Produktivität, d. h. der Produktionsergebnisse (netto) je Beschäftigten, je Arbeiter und je Arbeiterstunde aufgenommen worden, die im Nachweis der gesamtwirtschaftlichen Produktivität in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gipfeln.

Die ständig verbesserten und erweiterten Statistiken des Auftragseingangs und neuerdings auch der Auftragsbestände — also der zukünftigen Umsätze — sind ein wichtiger Konjunkturindikator geworden.

Die Statistiken der Produktionsgrundlagen, Produktionsvorgänge und Produktionsergebnisse waren schon in früheren Zeitabschnitten der deutschen Statistik relativ gut entwickelt. Neben der Erweiterung dieser Statistiken auf möglichst viele Wirtschaftsbereiche verlangte das angestrebte Gesamtbild des Wirtschaftsablaufs vor allem eine bessere statistische Durchleuchtung der übrigen weiter oben genannten statistischen Komplexe.

Die Statistik der Einkommen beschränkte sich früher auf die Einkommen- und Lohnsteuerstatistiken, aus denen die personelle Verteilung der Einkommen — soweit sie steuerpflichtig waren — und gewisse Hinweise auf die Herkunft der Einkommen ersehen werden konnten. Die unter Benützung aller Produktionsstatistiken aufgebauten Nachweise der Entstehung des Sozialprodukts liefern nunmehr einen besseren Überblick über die in den einzelnen Wirtschaftsbereichen entstehenden Einkommen (aus unselbständiger Arbeit und aus Unternehmertätigkeit und Vermögen). Das Bild der Umverteilung der Einkommen (vor allem durch den Staat und die Sozialversicherungen) wurde systematisch ausgebaut. Hier helfen die Finanz- und Steuerstatistiken.

Als wichtigster Fortschritt hinsichtlich der personellen Einkommensverteilung und der Verwendung der Einkommen für den Verbrauch und die Ersparnis ist die Tatsache anzusehen, daß das Tabu der Frage nach den Einkommen in Zusammenhang mit statistischen Erhebungen gebrochen werden konnte. Den Einkommen- und Lohnsteuerstatistiken fehlten die kleinen, ein großer Teil der landwirtschaftlichen und die nicht steuerpflichtigen Einkommen (Sozialversicherungsrenten), und sie konnten keine Aussagen über das Haushalts- und Familieneinkommen machen, das oft für die Lebenshaltung entscheidend ist. Auch wenn man sich zunächst mit der Zuordnung zu vorgegebenen Einkommensgruppen zufriedengeben mußte, ist es über Mikrozensusbefragungen, Wohnungsstichproben bis hin zur Volkszählung 1970 doch gelungen, die Einkommenshöhe als eines der wichtigsten Merkmale der sozialen Gliederung zu erfassen. Die Einkommens- und Verbrauchsstichproben haben darüber hinausgehende genauere Angaben über das Einkommen und die Ersparnis gebracht.

Im Gesamtbild der Einkommen werden die Einkommen aus unselbständiger Arbeit, also die Löhne und Gehälter, sehr viel genauer durchleuchtet als die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, was zu dem Wort von den »gläsernen Taschen der Arbeitnehmer« geführt hat. Man darf allerdings nicht übersehen, daß die Erfassung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen methodisch sehr viel schwierigere Probleme aufwirft und zumindest die größeren Einkommen dieser Art vollständig in den Steuerstatistiken erscheinen. Die laufenden Verdienststatistiken sind durch Berechnungen der tariflichen Löhne und Gehälter ergänzt worden, und die in mehrjährigen Abständen vorgenommenen Lohnstrukturerhebungen erlauben den Nachweis der Streuung oder Schichtung der Lohn- und Gehaltseinkommen. Auch wenn auf dem Wege zum Gesamtbild der Einkommen manche Fortschritte gemacht worden sind, so blieben doch noch gewichtige Lücken, z. B. die Aufteilung der dem Gesamtbetrag nach bekannten Ren-

ten- und Sozialleistungen in ihrer Zuordnung auf einzelne Empfänger oder Haushalte. Eine einmalige Stichprobenerhebung hat gezeigt, wie komplex dieses Problem ist, da nicht nur Renten aus verschiedenen Quellen bei einer Person oder einem Haushalt zusammenfließen, sondern diese Renteneinkommen auch vielfach mit Arbeitseinkommen usw. zusammenfallen. Der Mikrozensus, die Wohnungsstichproben und die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe haben mit der Erfassung der Haushaltseinkommen aus allen Quellen einen Teil dieser Problematik gelöst.

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß das vielfach im Brennpunkt der sozialpolitischen Wünsche und Interessen stehende statistische Bild der Vermögensbildung und Vermögensverteilung über Anfänge noch nicht hinausgekommen ist. Die Vermögensteuerstatistik bleibt wegen der Bewertungsfragen und der relativ hohen Freigrenzen unbefriedigend, da die naturgemäß verhältnismäßig bescheidenen angesparten Vermögen der Arbeitnehmer, um die es sozialpolitisch geht, unter diese Freigrenzen fallen. Erhebliche Fortschritte in der Vermögenserfragung sind mit der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe eingeleitet worden. Alle diese Versuche haben das Eigentum an materiellen Gütern im Auge. Das Problem des statistischen Nachweises des »geistigen Kapitals« ist bisher nur über Fragen nach dem Ausbildungsstand berührt worden.

Die Statistiken der Nachfrage, also der letzten Verwendung aller Güter und Dienstleistungen durch die privaten Haushalte, die Organisationen ohne Erwerbscharakter, den Staat und die Investoren, sind systematisch ausgebaut worden. Zu nennen sind die Einkommens- und Verbrauchsstichproben, die Wohnungszählungen, die Statistik der öffentlichen Haushalte, der Verbrauchssteuern und die Statistik der Investitionen. Der zweite Weg, den Verbrauch global aus Produktion + Einfuhr – Ausfuhr zu berechnen, ist insbesondere durch eine bessere Vergleichbarkeit und bessere Möglichkeiten der Zusammenfügung der in den einschlägigen Warensystematiken nachgewiesenen Positionen geebnet worden.

Hierbei die Statistik des Außenhandels erwähnt. Die Einfuhr ergänzt das Angebot aus der inländischen Produktion und rückt damit in die Nähe der Produk-

tionsstatistiken. Die Ausfuhr spiegelt die Nachfrage aus dem Ausland wider und stellt damit vom Standpunkt der deutschen Volkswirtschaft eine Form der letzten Verwendung von Gütern dar. Ein wichtiger Beitrag der Außenhandelsstatistik zum Gesamtbild sind die Bemühungen um den Ausbau der Warensystematiken in einer Weise, die die Zusammenfügung mit den Produktionsstatistiken erlaubt.

Daß beim Aufbau der Preisstatistik der Blick stets auf das Gesamtbild gerichtet war, ist im Abschnitt über die Preisstatistik (II. B. 24) zusammenfassend dargelegt worden und braucht hier nicht wiederholt zu werden.

Auch die Krönung des angestrebten Gesamtbildes des Wirtschaftsablaufs durch die Aufstellung Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, deren Aufbau im Abschnitt II. B. 24 beschrieben wurde, sei hier nur noch einmal hervorgehoben.

Wenn für den letzten Zeitabschnitt der hier behandelten 100 Jahre die Entwicklung der Gesamtschau als das wesentlich Neue in den Vordergrund gerückt wurde, so darf darüber nicht vergessen werden, daß die alten Aufgaben der amtlichen Statistik ihre Bedeutung nicht verloren haben. In allen Zeitabschnitten mußte die amtliche Statistik Unterlagen für die Vorbereitung oder die Kontrolle gesetzlicher Maßnahmen liefern. Die großen Strukturerhebungen der Volks-, Berufs-, Betriebs- und Arbeitsstättenzählungen, die vor dem ersten Weltkrieg das Programm der Reichsstatistik weitgehend bestimmten, werden heute ebenso gebraucht wie alle in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen entwickelten Indikatoren zur kurzfristigen Beobachtung der Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung. In der Zeit nach dem zweiten Weltkriege ist die Wirtschafts- und Währungspolitik sehr viel stärker als früher auf wirtschaftstheoretische Überlegungen gestützt worden. Das Stabilitätsgesetz verlangt schließlich eine Globalsteuerung, also die Beeinflussung der wichtigsten globalen Größen wie Beschäftigung, Wachstum, Einkommensentwicklung, Zahlungsbilanz, Preise usw. Für diesen neuen Stil der Politik hat die amtliche Statistik mit dem Blick auf das Gesamtbild die adäquaten statistischen Instrumente geliefert.

Tabellenteil

**Lange Reihen
für das Deutsche Reich
und die Bundesrepublik Deutschland**

Erläuterungen

A. Auswahl

Die Tabellen sollen einen möglichst langfristigen Überblick über die zahlenmäßig erfaßten Tatbestände aus dem wirtschaftlichen und sozialen Leben vermitteln. Es sind deshalb vor allem Angaben aus statistischen Erhebungen zusammengestellt worden, die schon seit mehreren Jahrzehnten zum Arbeitsprogramm der amtlichen Statistik gehören. In verschiedenen Fällen reichen die Daten über einen Zeitraum von 100 und mehr Jahren zurück.

Ergänzend hierzu wurden auch einige Übersichten mit Angaben aufgenommen, für die nur Material aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges vorliegt. Es handelt sich um eine begrenzte Zahl von Nachweisungen, die als Unterlage für die allgemeine Bevölkerungs- und Wirtschaftsbeobachtung von Interesse sind, und die immerhin auch schon eine Spanne bis zu 20 Jahren umfassen.

Der Beginn der Reihen deckt sich nicht immer mit dem Einführungsjahr der jeweiligen Erhebung, weil manche Statistiken bis zur »Veröffentlichungsreife« eine gewisse Anlaufzeit benötigen.

Bei jährlichen Erhebungen sind für die Zeit der beiden Weltkriege und die darauffolgenden Jahre bis zur jeweiligen Währungsstabilisierung meist keine brauchbaren Zahlen vorhanden. Es treten deshalb Lücken in den Reihen auf. Bei Zählungen, die nur in größeren Zeitabständen durchgeführt werden, liegen zwischen den Angaben mehr oder minder regelmäßige Intervalle.

B. Gliederung

Die Tabellen sind in die aus den Statistischen Jahrbüchern und sonstigen Querschnittsveröffentlichungen gewohnten Sachkapitel eingeordnet worden. Der Umfang der Kapitel hängt davon ab, wieviel Angaben aus zurückliegender Zeit zusammengetragen werden konnten. Für bereits seit langem eingeführte statistische Erhebungen, wie z. B. aus den Bereichen Bevölkerung, Landwirtschaft oder Außenhandel, ist das Material naturgemäß reichhaltiger als bei vielen Wirtschaftsstatistiken, weil letztere zumeist erst in neuerer Zeit in das Arbeitsprogramm der amtlichen Statistik aufgenommen wurden.

Den Kapiteln sind kurzgefaßte Vorbemerkungen vorangestellt, in denen zunächst einige allgemeine Erläuterungen über den Beginn der statistischen Nachweisungen, ihre methodischen Grundlagen sowie über Änderungen in den Erhebungskonzepten gegeben werden. Darüber hinaus werden die wichtigsten Begriffe erläutert.

C. Vergleichbarkeit

Lange Reihen können nur mit Vorbehalten und Einschränkungen gebildet werden. Bei der Beurteilung der hier nachgewiesenen Zahlen ist deshalb insbesondere folgendes zu beachten:

1. Gebiet

Die in den Tabellen enthaltenen Angaben beziehen sich bis 1945 im allgemeinen auf das Deutsche Reich und danach auf die Bundesrepublik Deutschland. Die absoluten Zahlen sind somit wegen der unterschiedlichen regionalen Abgrenzung nicht miteinander vergleichbar. Selbst wenn frühere Zahlen auf das Gebiet

der heutigen Bundesrepublik umgerechnet werden können (was bei einigen regional aufgegliederten Zählungsergebnissen möglich ist), so ist immer noch kein voller Vergleich möglich, da die Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur der Bundesrepublik durch die großen Verschiebungen nach dem Zweiten Weltkrieg eine wesentlich andere als die der entsprechenden Gebiete des früheren Deutschen Reiches ist. Durch die Bildung von Gliederungs- und Beziehungszahlen (Prozentangaben, Pro-Kopf-Berechnungen usw.) lassen sich jedoch wertvolle Erkenntnisse über langfristige Entwicklungen aus den dargebotenen Reihen gewinnen. Beim Nachweis von Zahlen für das Reichsgebiet handelt es sich immer um den jeweiligen Gebietsstand, mit Ausnahme der Jahre ab 1938, für die — wie in den Fußnoten ausdrücklich vermerkt — stets der Stand vom 31. 12. 1937 zugrunde gelegt ist.

Falls in den Angaben für das Bundesgebiet — vor allem in der Zeit von 1946 bis 1959 — das Saarland und Berlin (West) wegen fehlender statistischer Unterlagen nicht enthalten sind, so ist dies ebenfalls in Fußnoten vermerkt. Die Tabelle auf Seite 90 enthält ausführliche Bevölkerungszahlen, darunter auch solche für das Bundesgebiet ohne Saarland und/oder ohne Berlin (West), mit denen die Berechnung von Bezugsgrößen erleichtert wird.

2. Methoden

Störungen im Zeitvergleich ergeben sich auch in sachlicher Hinsicht. Bei vielen Statistiken haben sich im Laufe der Jahrzehnte Fragestellung, Begriffsabgrenzung, systematische Gruppierungen, Erhebungstechnik usw. so geändert, daß die Ergebnisse oft nur bedingt vergleichbar sind.

Bei der Auswahl des Materials wurde zwar darauf geachtet, inhaltlich voll oder zumindest annähernd übereinstimmendes Zahlenmaterial zusammenzustellen. In vielen Fällen, die in den Vorbemerkungen zu den einzelnen Kapiteln oder in Anmerkungen zu den Tabellen näher erläutert sind, mußte jedoch ein mehr oder minder großer methodischer Bruch in Kauf genommen werden.

3. Wertangaben

Eine weitere Beeinträchtigung des Vergleichs resultiert aus den Veränderungen im Geldwert. Die in den Tabellen vorkommenden Wertangaben können zumindest auf einigen wichtigen Gebieten mit Hilfe der nachgewiesenen Preisindices deflationiert und damit in ihrer Aussage korrigiert werden. Anhaltspunkte für die allgemeine Preisentwicklung lassen sich — wenn auch mit Einschränkungen — außerdem aus dem Vergleich der nominalen mit der realen Sozialproduktentwicklung gewinnen.

D. Quellen

Die Angaben stammen zum größten Teil aus den Erhebungen der Statistischen Ämter. In verschiedenen Fällen sind auch Unterlagen anderer amtlicher oder nichtamtlicher Stellen herangezogen worden. Es handelt sich grundsätzlich um bereits gedruckt vorliegende Ergebnisse. Nur ausnahmsweise sind in einzelnen Tabellen Gruppierungen vorgenommen worden, die in dieser Form noch nicht veröffentlicht vorliegen.

Näheres über das verwendete Material ergibt sich aus dem Quellennachweis auf Seite 271.

Abkürzungen

Maßeinheiten

St = Stück
Mill = Million
Mrd = Milliarde
M = Mark
RM = Reichsmark
DM = Deutsche Mark
Rpf = Reichspfennig
Pf = Pfennig
ha = Hektar
km = Kilometer
qkm = Quadratkilometer
cbm = Kubikmeter

l = Liter
hl = Hektoliter
BRT = Bruttoregistertonne
NRT = Nettoregistertonne
g = Gramm
kg = Kilogramm
dz = Doppelzentner
t = Tonne
Std = Stunde
tkm = Tonnenkilometer
kW = Kilowatt
kWh = Kilowattstunde

Sonstige Abkürzungen

Vj. = Vierteljahr
Hj. = Halbjahr
Rj. = Rechnungsjahr
D = Durchschnitt
MD = Monatsdurchschnitt
JD = Jahresdurchschnitt

a.n.g. = anderweitig nicht genannt
cif = cost, insurance, freight; Kosten,
Versicherungen und Fracht inbegriffen
fob = free on board; frei an Bord

Zeichenerklärung

– = nichts vorhanden
0 = mehr als nichts, aber weniger als
die Hälfte der kleinsten Einheit, die
in der Tabelle zur Darstellung
gebracht werden kann
. = kein Nachweis vorhanden
... = Angaben fallen später an

I. Gebiet und Bevölkerung

Vorbemerkung

Allgemeines

Nach der territorialen Neuordnung der Nachfolgestaaten des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation auf dem Wiener Kongreß wurde 1816 erstmals in Preußen innerhalb der neuen Grenzen eine Volkszählung durchgeführt. Die anderen Länder des Deutschen Bundes führten in der Folgezeit Volkszählungen durch, deren Ergebnisse jedoch wegen der unterschiedlichen Erhebungszeitpunkte und der unterschiedlichen Abgrenzung der Merkmale kaum untereinander vergleichbar sind. Erst mit der Schaffung des Norddeutschen Zollvereins 1834 wurde im größten Teil des späteren Deutschen Reichs eine größere Einheitlichkeit des Vorgehens erreicht. Von da an fand bis 1867 alle drei Jahre Anfang Dezember eine Volkszählung in den Mitgliedsländern des Zollvereins statt. Die übrigen deutschen Länder schlossen sich diesem Verfahren erst 1867 an, so daß am 3. Dezember dieses Jahres erstmals in allen deutschen Ländern zum gleichen Zeitpunkt gezählt wurde. Die nächste Volkszählung erfolgte dann nach der Reichsgründung, am 1. Dezember 1871. Vom 1. Dezember 1875 an wurden Volkszählungen im Fünf-Jahres-Turnus durchgeführt. Die letzte Zählung vor dem Ersten Weltkrieg war am 1. Dezember 1910. Danach vergingen fast 15 Jahre, bis am 16. Juni 1925 wieder eine das gesamte damalige Reichsgebiet umfassende Volkszählung stattfinden konnte. Eine vorher — im Oktober 1919 — durchgeführte Zählung hatte, da die Verhältnisse noch nicht wieder konsolidiert waren, nur behelfsmäßigen Charakter. Der mit der Zählung 1925 wieder angestrebte Fünf-Jahres-Rhythmus konnte infolge der Weltwirtschaftskrise nicht eingehalten werden. So fand die nächste Zählung erst acht Jahre später am 16. Juni 1933 statt, der im Abstand von sechs Jahren am 19. Mai 1939 die letzte Zählung vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges folgte. Die nächste Volkszählung, die am 29. Oktober 1946 auf Anordnung der Besatzungsmächte durchgeführt wurde, konnte aus den gleichen Gründen wie die von 1919 die normalerweise geforderten Ansprüche nicht erfüllen, war aber für die Bewältigung der damaligen Notsituation von großer Bedeutung. Es war die letzte Zählung, die mit einem einheitlichen Erhebungsprogramm in den vier Besatzungszonen gleichzeitig stattfand. Ihr folgte am 13. September 1950 die erste Volkszählung im Bundesgebiet. Weitere Volkszählungen im Abstand von etwa zehn Jahren fanden am 6. Juni 1961 und am 27. Mai 1970 statt.

Erläuterungen zu den Tabellen

Die Zählungen vor dem 3. Dezember 1867 hatten nicht immer einen einheitlichen Bevölkerungsbegriff. In den durch Zollverträge miteinander verbundenen Ländern wurde zwischen 1834 und 1867 die sog. Zollabrechnungsbevölkerung festgestellt. Es handelt sich hierbei im wesentlichen um die dauernd wohnhafte Bevölkerung. Dieser Bevölkerungsbegriff wurde 1863 dahingehend präzisiert, daß Personen, die länger als ein Jahr abwesend waren, nicht zur Zollabrechnungsbevölkerung gezählt wurden. Bei der Zählung 1867 wurde daneben erstmals auch die ortsanwesende Bevölkerung festgestellt, d. h. alle Personen, die sich zum Stichtag der Zählung im Zählungsgebiet aufhielten. Dieser Bevölkerungsbegriff stand in der Folgezeit im Vordergrund. Im Kaiserreich wurde die ortsanwesende Bevölkerung allein als maßgeblich nachgewiesen. Bei der Zählung 1925 wurde erstmals der Begriff der Wohnbevölkerung verwendet, der in etwa an den Bevölkerungsbegriff zwischen 1834 und 1867 anschließt. Zur Wohnbevölkerung zählten alle Personen, die am Zählungsstichtag im Zählungsgebiet ihren ständigen Wohnsitz hatten, einschl. der vorübergehend Abwesenden sowie ausschließlich der vorübergehend Anwesenden. Personen mit mehreren Wohnsitzen wurden an dem Ort zur Bevölkerung gezählt, an dem sie sich am Stichtag der Zählung befanden. Davon abweichend wurden Untermieter (einschl. Hausangestellte, Schüler und Studierende mit zweitem Wohnsitz) stets an ihrem Arbeits- bzw. Studienort zur Wohnbevölkerung gerechnet. Dieser Bevölkerungsbegriff liegt, mit nur unwesentlichen Abweichungen, allen seitherigen Volkszählungen sowie der Bevölkerungsentwicklung zugrunde, wobei im einzelnen folgende Zuordnungsregeln gelten:

Personen mit nur einer Wohnung gehören zur Wohnbevölkerung der Gemeinde, in der sich diese Wohnung befindet. Personen mit mehr als einer Wohnung oder Unterkunft werden der Wohnbevölkerung derjenigen Gemeinde zugeordnet, von der aus sie ihrer Arbeit oder Ausbildung nachgehen. Soweit sie weder berufstätig sind noch sich in Ausbildung befinden, ist die Wohnung oder Unterkunft maßgebend, in der sie sich überwiegend aufhalten.

Personen mit weiterer Wohnung im Ausland (z. B. Arbeiter auf Montage, Deutsche, die im Ausland studieren) werden der Wohnbevölkerung ihrer im Bundesgebiet liegenden Heimatgemeinde zugerechnet.

Soldaten im Grundwehrdienst oder auf Wehrübung werden der Wohnbevölkerung vor ihrer Einberufung, Patienten in Krankenhäusern sowie Personen in Untersuchungshaft ihrer Wohnbevölkerung zugeordnet.

Berufssoldaten, Soldaten auf Zeit, Angehörige des Bundesgrenzschutzes und der Bereitschaftspolizei in Gemeinschaftsunterkünften gehören ebenso wie Strafgefangene sowie alle sonstigen Dauerinsassen von Anstalten und das in Anstalten wohnende Personal zur Wohnbevölkerung der Anstaltsgemeinde.

Zur Wohnbevölkerung gehören auch die in der Bundesrepublik wohnenden Ausländer und Staatenlosen. Nicht zur Wohnbevölkerung gehören hingegen die Angehörigen der ausländischen Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen.

I. Gebiet und Bevölkerung

1. Fläche und Bevölkerung

Stichtag der Volkszählung	Fläche ¹⁾	Bevölkerung			Einwohner je qkm
		insgesamt	männlich	weiblich	
	1 000 qkm	1 000			Anzahl
Reichsgebiet					
1. 12. 1871	540,6	41 058,8	20 152,1	20 906,7	76
1. 12. 1875	539,8	42 727,4	20 986,7	21 740,7	79
1. 12. 1880	540,5	45 234,1	22 185,4	23 048,6	84
1. 12. 1885	540,6	46 855,7	22 933,7	23 922,0	87
1. 12. 1890	540,5	49 428,5	24 230,8	25 197,6	91
2. 12. 1895	540,7	52 279,9	25 661,3	26 618,7	97
1. 12. 1900	540,7	56 367,2	27 737,2	28 629,9	104
1. 12. 1905	540,8	60 641,5	29 884,9	30 756,6	112
1. 12. 1910	540,9	64 926,0	32 040,2	32 885,8	120
16. 6. 1925	468,7	62 410,6	30 196,8	32 213,8	133
16. 6. 1933	468,8	65 218,5	31 685,6	33 532,9	139
17. 5. 1939 ²⁾	470,4	69 314,1	33 910,9	35 403,2	147
Bundesgebiet					
17. 5. 1939	248,6	43 008,3	21 038,0	21 970,3	173
29. 10. 1946	248,6	46 544,4	20 796,9	25 747,5	187
13. 9. 1950	248,6	50 808,9	23 722,9	27 086,0	204
6. 6. 1961	248,6	56 184,9	26 418,3	29 766,7	226
27. 5. 1970	248,6	60 650,6	28 866,7	31 783,9	244

¹⁾ Flächenänderungen ohne Grenzänderungen gehen auf Neuvermessungen zurück. — ²⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937.

2. Bevölkerungsentwicklung

Jahr ¹⁾	Bevölkerung		Jahr ¹⁾	Bevölkerung		Jahr ¹⁾	Bevölkerung		Jahr ¹⁾	Bevölkerung	
	1 000	je qkm		1 000	je qkm		1 000	je qkm		1 000	je qkm
Reichsgebiet											
1816	24 831	46	1846	34 733	64	1890	49 241	91	1932	65 716	140
1819	25 917	48	1849	35 128	65	1900	56 046	104	1933	66 027	140
1822	27 041	50	1852	35 930	66	1910	64 568	119	1934	66 409	141
1825	28 111	52	1855	36 112	67	1925	63 166	134	1935	66 871	142
1828	29 019	54	1858	36 961	68	1926	63 630	135	1936	67 349	143
1831	29 768	55	1861	38 137	70	1927	64 023	136	1937	67 831	144
1834	30 609	57	1864	39 390	73	1928	64 393	137	1938 ²⁾	68 558	146
1837	31 590	58	1867	40 089	74	1929	64 739	138	1939 ²⁾	69 314	147
1840	32 785	61	1871	40 997	76	1930	65 084	138			
1843	33 722	62	1880	45 095	83	1931	65 429	139			
Bundesgebiet											
1816	13 726	55	1864	19 600	79	1934	41 168	166	1956	53 008	213
1819	14 150	57	1867	19 950	80	1935	41 457	167	1957	53 656	216
1822	14 580	59	1871	20 410	82	1936	41 781	168	1958	54 292	218
1825	15 130	61	1880	22 820	92	1937	42 118	169	1959	54 876	221
1828	15 270	61	1890	25 433	102	1938	42 576	171	1960	55 433	223
1831	15 860	64	1900	29 838	120	1939	43 008	173	1961	56 175	226
1834	16 170	65	1910	35 590	143	1946 ³⁾	46 190	186	1962	56 938	229
1837	16 570	67	1925	39 017	157	1947	46 992	189	1963	57 587	232
1840	17 010	68	1926	39 351	158	1948	48 251	194	1964	58 266	235
1843	17 440	70	1927	39 592	159	1949	49 198	198	1965	59 012	238
1846	17 780	72	1928	39 861	160	1950	50 173	201	1966	59 638	240
1849	17 970	72	1929	40 107	161	1951	50 528	203	1967	59 873	241
1852	18 230	73	1930	40 334	162	1952	50 859	205	1968	60 184	242
1855	18 230	73	1931	40 527	163	1953	51 350	207	1969	60 848	245
1858	18 600	75	1932	40 737	164	1954	51 880	209	1970	60 651	244
1861	19 050	77	1933	40 956	165	1955	52 382	211	1971	61 284	247

¹⁾ 1816 bis 1910 im Dezember, 1925 und 1933 im Juni, 1939 im Mai, 1946 im Oktober, 1950 im September, 1961 im Juni, 1970 im Mai, 1926 bis 1932 und 1934 bis 1938 Jahresmitte; ab 1947 Jahresdurchschnitte. — ²⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ³⁾ Einschl. Personen in Kriegsgefangenen-, Zivilinternierten- und Flüchtlingslagern, mit Ausnahme von Hamburg, Bremen, Saarland und Berlin (West), jedoch ohne Ausländer in IRO-Lagern.

Anmerkung: Da verschiedene Tabellen dieses Bandes für die Jahre von 1946 bis 1959 nur Angaben für das Bundesgebiet ohne Saarland oder für das Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin) enthalten, wird nachstehend die entsprechende Bevölkerung wiedergegeben:

Bundesgebiet ohne Saarland				Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)			
Jahr ¹⁾	Bevölkerung	Jahr ¹⁾	Bevölkerung	Jahr ¹⁾	Bevölkerung	Jahr ¹⁾	Bevölkerung
1946	45 336	1953	50 380	1946	43 323	1953	48 172
1947	46 117	1954	50 902	1947	44 067	1954	48 710
1948	47 349	1955	51 398	1948	45 247	1955	49 203
1949	48 274	1956	52 018	1949	46 169	1956	49 797
1950	49 228	1957	52 658	1950	47 081	1957	50 434
1951	49 576	1958	53 279	1951	47 413	1958	51 056
1952	49 897	1959	53 845	1952	47 728	1959	51 634

¹⁾ 1946 im Oktober, 1950 im September, übrige Jahre Jahresdurchschnitte.

I. Gebiet und Bevölkerung

3. Bevölkerungsentwicklung in den Ländern des Bundesgebietes

Stichtag der Volkszählung bzw. Jahresende	Bundesgebiet	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
Bevölkerung in 1 000												
1. 12. 1871	20 410	865	475	2 497	155	4 264	1 871	1 832	3 349	4 303	327	472
1. 12. 1880	22 820	.	634	.	198	4 926	2 071	.	3 613	4 668	.	713
1. 12. 1890	25 433	.	869	.	236	5 865	2 209	.	3 763	4 930	.	1 131
1. 12. 1900	29 838	.	1 073	.	303	7 507	2 516	2 304	4 107	5 415	.	1 638
1. 12. 1910	35 590	1 333	1 378	.	408	9 575	2 960	2 542	4 654	6 029	703	2 312
16. 6. 1925	39 017	1 378	1 568	3 958	459	10 964	3 198	2 690	4 964	6 451	835 ¹⁾	2 545
16. 6. 1933	40 956	1 420	1 676	4 128	502	11 587	3 355	2 841	5 186	6 700	881 ²⁾	2 683
17. 5. 1939	43 008	1 589	1 712	4 540	563	11 945	3 479	2 960	5 476	7 084	910	2 750
31. 12. 1950	50 336	2 543	1 583	6 730	553	13 075	4 275	2 987	6 375	9 111	949	2 155
31. 12. 1951	50 726	2 469	1 614	6 655	567	13 366	4 314	3 043	6 469	9 100	957	2 172
31. 12. 1952	51 052	2 405	1 637	6 588	578	13 612	4 341	3 092	6 562	9 084	966	2 187
31. 12. 1953	51 640	2 325	1 673	6 542	592	14 003	4 388	3 147	6 728	9 071	974	2 198
31. 12. 1954	52 127	2 284	1 702	6 506	607	14 295	4 431	3 189	6 873	9 067	981	2 192
31. 12. 1955	52 698	2 257	1 732	6 485	623	14 590	4 487	3 227	7 022	9 085	987	2 203
31. 12. 1956	53 319	2 251	1 760	6 480	644	14 877	4 541	3 266	7 161	9 122	993	2 223
31. 12. 1957	53 994	2 263	1 785	6 507	663	15 180	4 596	3 307	7 284	9 179	1 004	2 227
31. 12. 1958	54 606	2 273	1 804	6 535	676	15 430	4 645	3 346	7 400	9 253	1 021	2 223
31. 12. 1959	55 123	2 286	1 818	6 566	690	15 612	4 693	3 366	7 513	9 335	1 040	2 204
31. 12. 1960	55 785	2 304	1 829	6 612	702	15 799	4 771	3 398	7 664	9 448	1 061	2 197
31. 12. 1961	56 589	2 329	1 841	6 675	712	16 029	4 861	3 439	7 839	9 594	1 083	2 189
31. 12. 1962	57 247	2 351	1 847	6 732	718	16 195	4 937	3 474	7 991	9 731	1 097	2 174
31. 12. 1963	57 865	2 376	1 855	6 786	725	16 361	5 005	3 510	8 108	9 847	1 106	2 186
31. 12. 1964	58 587	2 406	1 857	6 854	733	16 554	5 087	3 545	8 257	9 976	1 117	2 200
31. 12. 1965	59 297	2 439	1 854	6 921	742	16 736	5 170	3 582	8 426	10 101	1 127	2 197
31. 12. 1966	59 793	2 473	1 847	6 967	750	16 835	5 240	3 613	8 534	10 217	1 132	2 185
31. 12. 1967	59 948	2 500	1 833	6 993	752	16 843	5 263	3 625	8 565	10 280	1 131	2 163
31. 12. 1968	60 463	2 529	1 823	7 039	754	16 951	5 333	3 645	8 714	10 406	1 129	2 141
31. 12. 1969	61 195	2 557	1 817	7 100	756	17 130	5 423	3 671	8 910	10 569	1 127	2 134
31. 12. 1970	61 001	2 511	1 794	7 122	735	17 005	5 425	3 659	8 954	10 561	1 121	2 115
31. 12. 1971	61 503	2 543	1 782	7 181	739	17 138	5 490	3 679	9 055	10 691	1 122	2 084
Einwohner je qkm												
1. 12. 1871	82	55	631	53	385	125	89	92	94	61	127	983
1. 12. 1880	92	.	842	.	490	145	98	.	101	66	.	1 485
1. 12. 1890	102	.	1 154	.	584	172	105	.	105	70	.	2 356
1. 12. 1900	120	.	1 425	.	751	220	119	116	115	77	.	3 412
1. 12. 1910	143	85	1 830	.	1 011	281	140	128	130	85	273	4 817
16. 6. 1925	157	88	2 082	83	1 136	322	151	136	139	91	325 ¹⁾	5 300
16. 6. 1933	165	91	2 225	87	1 244	340	159	143	145	95	343 ²⁾	5 589
17. 5. 1939	173	101	2 273	96	1 394	351	165	149	153	100	354	5 729
31. 12. 1950	202	162	2 102	142	1 369	384	203	151	178	129	370	4 488
31. 12. 1951	204	158	2 143	140	1 404	393	204	153	181	129	373	4 525
31. 12. 1952	205	153	2 174	139	1 431	400	206	156	184	129	376	4 556
31. 12. 1953	208	148	2 221	138	1 466	411	208	159	188	129	379	4 578
31. 12. 1954	210	146	2 260	137	1 503	420	210	161	192	129	382	4 566
31. 12. 1955	212	144	2 299	137	1 544	429	213	163	196	129	384	4 589
31. 12. 1956	217	144	2 336	137	1 595	437	215	165	200	129	387	4 631
31. 12. 1957	217	144	2 369	137	1 643	446	218	167	204	130	391	4 639
31. 12. 1958	226	145	2 395	138	1 675	453	220	169	207	131	398	4 631
31. 12. 1959	222	146	2 414	139	1 709	459	222	170	210	132	405	4 591
31. 12. 1960	227	147	2 429	139	1 238	464	226	171	214	134	413	4 576
31. 12. 1961	228	149	2 444	141	1 764	471	230	173	219	136	422	4 559
31. 12. 1962	230	150	2 453	142	1 779	476	234	175	224	138	427	4 528
31. 12. 1963	233	152	2 463	143	1 795	481	237	177	227	140	431	4 554
31. 12. 1964	236	153	2 466	145	1 814	486	241	179	231	141	435	4 583
31. 12. 1965	239	156	2 463	146	1 839	492	245	181	236	143	439	4 577
31. 12. 1966	241	158	2 453	147	1 857	495	248	182	239	145	441	4 552
31. 12. 1967	241	159	2 433	148	1 862	495	249	183	240	146	441	4 506
31. 12. 1968	243	161	2 420	148	1 868	498	253	184	244	147	440	4 461
31. 12. 1969	246	163	2 413	150	1 872	503	257	185	249	150	439	4 446
31. 12. 1970	245	160	2 382	150	1 820	499	257	184	250	150	437	4 406
31. 12. 1971	247	162	2 366	151	1 830	503	260	185	253	152	437	4 341

¹⁾ 19. 7. 1927. — ²⁾ 25. 6. 1935.

4. Gemeinden mit 100 000

Gemeinde	Bevölkerung					
	um 1819	um 1852	1. 12. 1871	1. 12. 1890	1. 12. 1900	1. 12. 1910
Aachen	33 626	52 687	74 146	103 470	135 245	156 143
Augsburg	29 809	39 340	51 220	75 629	89 170	102 487
Berlin (West)	472 000	1 131 000	1 638 000	2 312 365
Bielefeld	6 617	11 290	21 834	39 950	63 046	78 380
Bochum	2 122	5 833	21 192	47 601	65 551	136 931
Bonn	10 565	18 439	26 030	39 805	50 736	87 978
Bottrop	360	.	5 396	13 595	24 847	47 162
Braunschweig	32 645	39 410	57 883	101 047	128 226	143 552
Bremen	38 408	57 055	82 807	125 684	163 297	247 437
Bremerhaven	241	4 563	10 596	16 414	20 315	24 165
Darmstadt	18 200	30 465	33 537	55 883	72 381	89 807
Dortmund	4 453	13 546	44 420	89 663	142 733	214 226
Düsseldorf	26 655	28 411	69 365	144 642	213 711	358 728
Duisburg	229 483
Essen	4 751	10 552	51 513	78 706	118 862	294 653
Frankfurt am Main	41 458	67 332	91 040	179 985	288 989	414 576
Freiburg im Breisgau	9 432	16 441	24 668	48 909	61 504	83 324
Gelsenkirchen	505	844	7 825	28 057	36 935	169 513
Göttingen	8 379	11 099	15 847	23 689	30 234	37 594
Hagen	2 609	6 106	20 070	35 428	50 612	88 605
Hamburg	127 985	179 594	239 107	323 923	705 738	931 035
Hannover	25 134	31 876	87 626	163 593	235 649	302 375
Heidelberg	9 717	14 564	19 983	31 739	40 121	56 016
Heilbronn	6 885	13 687	18 955	29 941	37 891	42 688
Herne	843	.	4 417	13 920	27 863	57 147
Karlsruhe	16 841	24 299	36 582	73 684	97 185	134 313
Kassel	23 296	36 654	46 362	72 477	106 034	153 196
Kiel	7 075	16 274	31 764	69 172	107 977	211 627
Koblenz	14 888	25 380	28 748	32 664	45 147	56 487
Köln	56 420	101 091	129 233	281 681	372 529	516 527
Krefeld	105 376	106 893	129 406
Leverkusen	1 441	2 512	5 815	15 363
Ludwigshafen am Rhein	—	2 296	7 874	28 768	61 914	83 301
Lübeck	24 143	26 098	39 743	63 590	82 098	98 656
Mainz	25 400	36 741	53 282	71 395	84 251	110 634
Mannheim	18 714	24 316	39 606	79 058	141 131	193 902
Mönchengladbach	1 588	4 083	26 354	49 628	58 023	66 414
Mülheim a. d. Ruhr	5 456	11 112	14 267	27 903	38 280	112 580
München	53 672	106 715	169 693	349 024	499 932	596 467
Münster (Westf.)	17 972	25 222	34 730	49 340	63 754	90 254
Neuss	6 458	9 384	13 996	22 635	28 472	37 224
Nürnberg	26 854	53 638	83 214	142 590	261 081	333 142
Oberhausen	—	—	12 805	25 249	42 148	89 900
Offenbach am Main	6 600	13 087	22 622	35 064	50 468	75 583
Oldenburg (Oldenburg)	5 955	10 872	13 574	21 310	26 797	30 242
Osnabrück	9 037	13 718	23 308	39 929	51 573	65 957
Recklinghausen	2 223	4 040	4 858	14 041	34 019	53 701
Regensburg	18 933	25 898	29 185	37 934	45 429	52 624
Remscheid	7 145	13 232	22 003	40 371	58 103	72 159
Rheydt	2 331	4 831	13 766	26 830	34 036	43 999
Saarbrücken	105 089
Salzgitter
Solingen	3 515	7 949	14 040	36 540	45 260	50 536
Stuttgart	22 686	50 003	91 623	139 817	176 699	286 218
Trier	15 318	19 762	21 442	36 166	43 506	49 112
Wiesbaden	5 466	16 151	35 450	64 670	86 111	109 002
Wilhelmshaven	108	5 838	15 471	22 682	35 044
Würzburg	26 465	29 848	40 005	61 039	75 499	84 496
Wuppertal

*) Gemeinden im heutigen Bundesgebiet.

I. Gebiet und Bevölkerung

und mehr Einwohnern*)

Bevölkerung						Gemeinde
16. 6. 1925	16. 6. 1933	17. 5. 1939	13. 9. 1950	6. 6. 1961	27. 5. 1970	
155 816	162 774	162 164	130 278	169 769	173 475	Aachen
165 522	176 575	185 369	185 183	208 659	211 566	Augsburg
2 544 619	2 683 099	2 750 494	2 146 952	2 197 408	2 122 346	Berlin (West)
86 062	121 031	129 958	154 277	175 517	168 937	Bielefeld
211 249	314 546	305 485	289 804	361 382	343 968	Bochum
90 249	98 659	166 495	201 829	270 874	274 518	Bonn
77 315	86 218	83 385	93 268	111 548	106 657	Bottrop
146 725	156 840	196 068	223 760	246 085	223 700	Braunschweig
294 966	323 331	450 084	444 549	564 517	582 277	Bremen
23 896	25 779	112 831	114 070	141 849	140 455	Bremerhaven
89 465	93 222	115 171	94 723	136 412	141 224	Darmstadt
321 743	540 875	542 352	507 349	641 480	639 634	Dortmund
432 633	498 600	541 410	500 516	702 596	663 586	Düsseldorf
272 798	440 419	434 646	410 783	502 993	454 839	Duisburg
470 524	654 461	670 801	610 632	732 484	698 434	Essen
467 520	555 857	553 464	532 037	683 081	669 635	Frankfurt am Main
90 475	99 122	110 110	109 702	145 027	162 222	Freiburg im Breisgau
208 512	332 545	317 704	315 583	382 842	348 292	Gelsenkirchen
41 514	47 149	64 524	94 983	103 742	108 991	Göttingen
99 736	148 314	151 847	146 525	195 690	200 909	Hagen
1 079 126	1 129 307	1 711 936	1 605 690	1 832 427	1 793 823	Hamburg
422 745	443 920	471 020	444 581	573 282	523 941	Hannover
73 034	84 641	86 467	116 488	125 264	121 023	Heidelberg
45 520	60 308	78 330	65 596	90 191	101 660	Heilbronn
68 249	98 595	94 649	111 591	113 207	104 077	Herne
145 694	154 902	190 081	198 842	241 929	259 245	Karlsruhe
171 234	175 179	216 141	162 132	207 507	214 156	Kassel
213 881	218 335	279 000	264 600	280 290	271 719	Kiel
58 322	65 257	92 908	68 593	101 452	119 434	Koblenz
700 222	756 605	772 221	594 941	809 247	848 352	Köln
131 098	165 305	171 553	172 660	213 965	222 250	Krefeld
30 178	43 586	50 137	65 556	94 194	107 546	Leverkusen
101 869	107 344	144 425	123 869	165 761	176 031	Ludwigshafen am Rhein
120 788	129 427	155 321	239 274	236 060	239 339	Lübeck
108 537	142 627	137 480	103 508	151 907	172 195	Mainz
247 486	275 162	285 753	245 634	313 890	332 163	Mannheim
115 302	126 631	128 306	124 879	152 185	151 090	Mönchengladbach
127 400	133 279	137 540	149 589	185 708	191 468	Mülheim a. d. Ruhr
680 704	735 388	840 188	830 810	1 085 053	1 293 590	München
106 418	122 210	114 304	118 889	182 721	198 371	Münster (Westf.)
44 890	55 771	59 654	63 478	92 916	114 613	Neuss
392 494	410 438	423 383	364 717	454 520	473 555	Nürnberg
105 436	192 345	191 842	202 808	256 773	246 736	Oberhausen
79 362	81 329	87 058	89 023	116 202	117 306	Offenbach am Main
52 723	66 951	79 020	122 809	125 198	130 852	Oldenburg (Oldenburg)
89 079	94 277	108 466	111 631	141 855	143 905	Osnabrück
84 518	87 411	86 313	104 791	130 581	125 237	Recklinghausen
76 948	81 106	95 631	117 291	125 047	129 589	Regensburg
76 827	101 188	103 915	103 276	126 892	136 419	Remscheid
45 124	77 261	77 339	78 302	94 004	100 077	Rheydt
.	.	133 580	111 696	130 705	127 989	Saarbrücken
.	.	45 598	100 667	110 276	118 201	Salzgitter
51 929	140 162	140 466	147 845	169 930	176 420	Solingen
341 967	415 028	496 490	497 677	637 539	633 158	Stuttgart
58 140	76 692	102 867	90 777	105 735	103 724	Trier
102 737	159 755	191 955	220 730	253 280	250 122	Wiesbaden
25 403	28 016	113 686	101 229	100 197	102 732	Wilhelmshaven
89 910	101 003	107 515	78 443	116 883	117 147	Würzburg
.	408 602	402 119	363 803	421 349	418 459	Wuppertal

I. Gebiet und Bevölkerung

5. Gemeinden und Bevölkerung nach Gemeindegrößenklassen

Stichtag der Volkszählung	Gemeinden insgesamt	Davon mit ... bis unter ... Einwohnern						
		weniger als 2 000	2 000 — 5 000	5 000 — 10 000	10 000 — 20 000	20 000 — 50 000	50 000 — 100 000	100 000 und mehr
Reichsgebiet								
Zahl der Gemeinden								
1. 12. 1910	75 939	72 199	2 441	702	326	172	51	48
16. 6. 1925	63 556	60 126	2 249	637	283	166	50	45
16. 6. 1933	50 881	47 362	2 290	682	284	164	47	52
17. 5. 1939 ¹⁾	48 595	44 772	2 456	750	318	188	52	59
Bevölkerung 1 000								
1. 12. 1871	41 059	26 219	5 093	2 562	2 020	1 459	1 689	1 969
1. 12. 1890	49 428	26 185	9 427		2 989	3 389	1 442	5 996
1. 12. 1910	64 926	25 955	7 298	4 939	4 233	5 152	3 526	13 823
16. 6. 1925	62 411	22 219	6 753	4 307	3 889	4 984	3 547	16 711
16. 6. 1933	65 218	21 479	6 909	4 651	3 930	5 028	3 418	19 802
17. 5. 1939 ¹⁾	69 314	20 873	7 490	5 156	4 417	5 792	3 664	21 922
Prozent								
1. 12. 1871	100	63,9	12,4	6,2	4,9	3,6	4,1	4,8
1. 12. 1890	100	53,0	19,1		6,0	6,9	2,9	12,1
1. 12. 1910	100	40,0	11,2	7,6	6,5	7,9	5,4	21,3
16. 6. 1925	100	35,6	10,8	6,9	6,2	8,0	5,7	26,8
16. 6. 1933	100	32,9	10,6	7,1	6,2	7,7	5,2	30,4
17. 5. 1939 ¹⁾	100	30,1	10,8	7,4	6,4	8,4	5,3	31,6
Bundesgebiet								
Zahl der Gemeinden								
1. 12. 1871	942	174	67	29	15	4
1. 12. 1890	1 116	241	106	54	13	16
1. 12. 1910	27 699	25 623	1 414	367	144	87	32	32
16. 6. 1925 ²⁾	27 000	24 773	1 500	396	161	100	34	36
16. 6. 1933 ³⁾	25 398	23 161	1 492	421	160	93	31	40
17. 5. 1939	24 716	22 419	1 509	439	171	104	31	43
13. 9. 1950 ⁴⁾	24 164	20 918	2 156	617	248	139	38	48
6. 6. 1961	24 503	20 994	2 201	725	299	181	50	53
27. 5. 1970	22 510	18 704	2 211	829	417	229	61	59
Bevölkerung 1 000								
1. 12. 1871	20 410	12 662	2 715	1 198	912	916	997	1 010
1. 12. 1890	25 433	12 523	3 303	1 619	1 450	1 659	917	3 962
1. 12. 1910	35 590	12 513	4 164	2 520	2 007	2 604	2 163	9 619
16. 6. 1925 ²⁾	39 017	12 460	4 489	2 674	2 188	2 862	2 444	11 900
16. 6. 1933 ³⁾	40 956	12 163	4 448	2 812	2 168	2 727	2 301	14 337
17. 5. 1939	43 008	11 826	4 581	2 999	2 354	3 154	2 265	15 829
13. 9. 1950 ⁴⁾	50 809	12 969	5 948	4 558	3 793	4 656	2 968	15 917
6. 6. 1961	56 185	11 636	6 447	5 196	4 468	5 613	3 632	19 193
27. 5. 1970	60 651	11 353	6 772	5 783	5 683	7 179	4 238	19 643
Prozent								
1. 12. 1871	100	62,0	13,3	5,9	4,5	4,5	4,9	4,9
1. 12. 1890	100	49,2	13,0	6,4	5,7	6,5	3,6	15,6
1. 12. 1910	100	35,2	11,7	7,1	5,6	7,3	6,1	27,0
16. 6. 1925 ²⁾	100	31,9	11,5	6,9	5,6	7,3	6,3	30,5
16. 6. 1933 ³⁾	100	29,7	10,9	6,9	5,3	6,7	5,6	35,0
17. 5. 1939	100	27,5	10,7	7,0	5,5	7,3	5,3	36,8
13. 9. 1950 ⁴⁾	100	25,5	11,7	9,0	7,5	9,2	5,8	31,3
6. 6. 1961	100	20,7	11,5	9,2	8,0	10,0	6,5	34,2
27. 5. 1970	100	18,7	11,2	9,5	9,4	11,8	7,0	32,4

¹⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ²⁾ Saarland: 19. 7. 1927. — ³⁾ Saarland: 25. 6. 1935. — ⁴⁾ Saarland: 14. 11. 1951.

6. Bevölkerung nach Altersgruppen

Stichtag der Volkszählung	Bevölkerung insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren											
		unter 6		6 — 15		15 — 20		20 — 45		45 — 65		65 und mehr	
		1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Reichsgebiet													
Insgesamt													
1. 12. 1871	41 059 ^{a)}	6 190	15,1	7 899	19,2	3 746	9,1	14 482	35,3	6 821	16,6	1 891	4,6
1. 12. 1880	45 234 ^{a)}	7 316	16,2	8 700	19,2	4 227	9,3	15 631	34,6	7 169	15,8	2 130	4,7
1. 12. 1885	46 856	7 136	15,2	9 434	20,1	4 438	9,5	16 092	34,3	7 408	15,8	2 348	5,0
1. 12. 1890	49 428	7 595	15,4	9 777	19,8	4 803	9,7	16 999	34,4	7 733	15,6	2 521	5,1
1. 12. 1900	56 367	8 713	15,5	10 902	19,3	5 319	9,4	20 057	35,6	8 625	15,3	2 750	4,9
1. 1. 1911	64 992	9 408	14,5	12 824	19,7	6 285	9,7	23 312	35,9	9 924	15,3	3 239	5,0
16. 6. 1925	62 411	7 135	11,4	8 937	14,3	6 543	10,5	24 228	38,8	11 974	19,2	3 594	5,8
1. 1. 1934	65 362	5 797	8,9	9 997	15,3	4 086	6,3	27 250	41,7	13 596	20,8	4 637	7,1
17. 5. 1939 ^{b)}	69 314	6 947	10,0	9 207	13,3	6 045	8,7	27 105	39,1	14 620	21,1	5 390	7,8
Männlich													
1. 12. 1871	20 152 ^{a)}	3 101	15,4	3 958	19,6	1 852	9,2	7 037	34,9	3 294	16,3	892	4,4
1. 12. 1880	22 185 ^{a)}	3 665	16,5	4 353	19,6	2 101	9,5	7 630	34,4	3 420	15,4	988	4,5
1. 12. 1885	22 934	3 576	15,6	4 719	20,6	2 203	9,6	7 850	34,2	3 508	15,3	1 077	4,7
1. 12. 1890	24 231	3 808	15,7	4 898	20,2	2 392	9,9	8 334	34,4	3 655	15,1	1 143	4,7
1. 12. 1900	27 737	4 369	15,8	5 462	19,7	2 666	9,6	9 945	35,9	4 069	14,7	1 227	4,4
1. 1. 1911	32 075	4 737	14,8	6 434	20,1	3 148	9,8	11 625	36,2	4 711	14,7	1 421	4,4
16. 6. 1925	30 197	3 627	12,0	4 515	15,0	3 285	10,9	11 378	37,7	5 804	19,2	1 588	5,3
1. 1. 1934	31 764	2 949	9,3	5 078	16,0	2 067	6,5	13 121	41,3	6 445	20,3	2 104	6,6
17. 5. 1939 ^{b)}	33 911	3 548	10,5	4 677	13,8	3 077	9,1	13 400	39,5	6 729	19,8	2 479	7,3
Weiblich													
1. 12. 1871	20 907 ^{a)}	3 089	14,8	3 941	18,8	1 893	9,1	7 445	35,6	3 527	16,9	998	4,8
1. 12. 1880	23 049 ^{a)}	3 651	15,8	4 348	18,9	2 126	9,2	8 001	34,7	3 750	16,3	1 142	5,0
1. 12. 1885	23 922	3 560	14,9	4 715	19,7	2 234	9,3	8 241	34,5	3 900	16,3	1 271	5,3
1. 12. 1890	25 198	3 787	15,0	4 879	19,4	2 410	9,6	8 665	34,4	4 078	16,2	1 379	5,5
1. 12. 1900	28 630	4 344	15,2	5 440	19,0	2 653	9,3	10 113	35,3	4 556	15,9	1 524	5,3
1. 1. 1911	32 917	4 671	14,2	6 390	19,4	3 137	9,5	11 688	35,5	5 213	15,8	1 818	5,5
16. 6. 1925	32 214	3 508	10,9	4 422	13,7	3 258	10,1	12 851	39,9	6 170	19,2	2 006	6,2
1. 1. 1934	33 598	2 848	8,5	4 919	14,6	2 019	6,0	14 129	42,1	7 152	21,3	2 533	7,5
17. 5. 1939 ^{b)}	35 403	3 399	9,6	4 530	12,8	2 968	8,4	13 705	38,7	7 890	22,3	2 911	8,2
Bundesgebiet													
Insgesamt													
17. 5. 1939 ^{b)}	40 258	4 089	10,2	5 497	13,7	3 586	8,9	15 848	39,4	8 300	20,6	2 938	7,3
13. 9. 1950 ^{c)}	50 809	4 121	8,1	7 730	15,2	3 659	7,2	18 099	35,6	12 437	24,5	4 763	9,4
6. 6. 1961	56 185 ^{d)}	5 282	9,4	6 905	12,3	3 683	6,6	19 257	34,3	14 802	26,3	6 221	11,1
27. 5. 1970	60 651 ^{d)}	5 737	9,5	8 321	13,7	4 820 ^{e)}	7,9	20 002 ^{d)}	33,0	13 779	22,7	7 992	13,2
Männlich													
17. 5. 1939 ^{b)}	19 794	2 088	10,5	2 790	14,1	1 830	9,2	7 831	39,6	3 864	19,5	1 391	7,0
13. 9. 1950 ^{c)}	23 723	2 110	8,9	3 941	16,6	1 863	7,9	8 085	34,1	5 595	23,6	2 129	9,0
6. 6. 1961	26 418 ^{d)}	2 708	10,3	3 537	13,4	1 883	7,1	9 270	35,1	6 521	24,7	2 483	9,4
27. 5. 1970	28 867	2 940	10,2	4 267	14,8	2 465 ^{e)}	8,5	10 293 ^{d)}	35,7	5 815	20,1	3 087	10,7
Weiblich													
17. 5. 1939 ^{b)}	20 464	2 001	9,8	2 707	13,2	1 756	8,6	8 017	39,2	4 436	21,7	1 546	7,6
13. 9. 1950 ^{c)}	27 086	2 012	7,4	3 789	14,0	1 797	6,6	10 013	37,0	6 842	25,3	2 633	9,7
6. 6. 1961	29 767 ^{d)}	2 574	8,6	3 367	11,3	1 800	6,0	9 987	33,6	8 281	27,8	3 738	12,6
27. 5. 1970	31 784	2 798	8,8	4 054	12,8	2 355 ^{e)}	7,4	9 709 ^{d)}	30,5	7 964	25,1	4 904	15,4

¹⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ²⁾ Bundesgebiet ohne Berlin. — ³⁾ Saarland: 14. 11. 1951. — ⁴⁾ Einschl. Personen ohne Altersangabe. — ⁵⁾ Altersgruppe von 15 bis unter 21 Jahren. — ⁶⁾ Altersgruppe von 21 bis unter 45 Jahren.

7. Bevölkerung nach Familienstand

Stichtag der Volkszählung	Bevölkerung insgesamt	Davon							
		Ledig		Verheiratet		Verwitwet		Geschieden	
		1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Reichsgebiet									
Insgesamt									
1. 12. 1871	41 059 ²⁾	24 860	60,6	13 770	33,5	2 355	5,7	70	0,2
1. 12. 1880	45 234	27 152	60,0	15 377	34,0	2 643	5,8	62	0,1
1. 12. 1885	46 856	28 145	60,1	15 855	33,8	2 788	6,0	68	0,1
1. 12. 1890	49 428	29 650	60,0	16 771	33,9	2 933	5,9	75	0,2
1. 12. 1900	56 367	33 520	59,5	19 593	34,8	3 162	5,6	92	0,2
1. 12. 1910	64 926	38 108	58,7	23 230	35,8	3 451	5,3	138	0,2
16. 6. 1925	62 411	33 009	52,9	25 437	40,8	3 681	5,9	283	0,4
16. 6. 1933	65 218	32 091	49,2	28 628	43,9	4 005	6,1	495	0,8
17. 5. 1939 ¹⁾	69 314	31 989	46,2	32 335	46,6	4 324	6,2	667	1,0
Männlich									
1. 12. 1871	20 152 ²⁾	12 570	62,4	6 868	34,1	687	3,4	24	0,1
1. 12. 1880	22 185	13 767	62,1	7 671	34,6	727	3,3	21	0,1
1. 12. 1885	22 934	14 249	62,1	7 911	34,5	751	3,3	23	0,1
1. 12. 1890	24 231	15 058	62,2	8 372	34,6	775	3,2	25	0,1
1. 12. 1900	27 737	17 099	61,7	9 798	35,3	809	2,9	31	0,1
1. 12. 1910	32 040	19 516	60,9	11 608	36,2	867	2,8	49	0,2
16. 6. 1925	30 197	16 492	54,6	12 727	42,2	876	2,9	101	0,3
16. 6. 1933	31 686	16 213	51,2	14 311	45,1	979	3,1	183	0,6
17. 5. 1939 ¹⁾	33 911	16 395	48,3	16 212	47,8	1 052	3,1	252	0,7
Weiblich									
1. 12. 1871	20 907 ²⁾	12 290	58,8	6 903	33,0	1 668	8,0	46	0,2
1. 12. 1880	23 049	13 385	58,1	7 706	33,4	1 916	8,3	41	0,2
1. 12. 1885	23 922	13 895	58,1	7 944	33,2	2 037	8,5	45	0,2
1. 12. 1890	25 198	14 592	57,9	8 399	33,3	2 158	8,6	50	0,2
1. 12. 1900	28 630	16 421	57,4	9 795	34,2	2 353	8,2	61	0,2
1. 12. 1910	32 886	18 592	56,5	11 622	35,3	2 584	7,9	89	0,3
16. 6. 1925	32 214	16 517	51,3	12 710	39,4	2 804	8,7	183	0,6
16. 6. 1933	33 533	15 878	47,4	14 317	42,7	3 026	9,0	312	0,9
17. 5. 1939 ¹⁾	35 403	15 594	44,0	16 123	45,5	3 272	9,2	415	1,2
Bundesgebiet									
Insgesamt									
17. 5. 1939	43 008	20 230	47,0	19 809	46,1	2 573	6,0	396	0,9
13. 9. 1950 ²⁾	50 809	22 734	44,7	23 264	45,8	4 111	8,1	700	1,4
6. 6. 1961	56 185	23 002	40,9	27 425	48,8	4 830	8,6	915	1,6
27. 5. 1970	60 651	24 039	39,6	30 290	49,9	5 197	8,6	1 125	1,9
Männlich									
17. 5. 1939	21 038	10 309	49,0	9 928	47,2	648	3,1	153	0,7
13. 9. 1950 ²⁾	23 723	11 224	47,3	11 452	48,3	803	3,4	244	1,0
6. 6. 1961	26 418	11 653	44,1	13 680	51,8	783	3,0	295	1,1
27. 5. 1970	28 867	12 470	43,2	15 247	52,8	767	2,7	384	1,3
Weiblich									
17. 5. 1939	21 970	9 921	45,2	9 881	45,0	1 925	8,8	243	1,1
13. 9. 1950 ²⁾	27 086	11 510	42,5	11 812	43,6	3 308	12,2	456	1,7
6. 6. 1961	29 767	11 349	38,1	13 745	46,2	4 047	13,6	620	2,1
27. 5. 1970	31 784	11 569	36,4	15 043	47,3	4 430	13,9	742	2,3

¹⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ²⁾ Saarland: 14. 11. 1951. — ³⁾ Einschl. Personen ohne Angabe des Familienstandes.

8. Bevölkerung nach Religionszugehörigkeit

Stichtag der Volkszählung	Bevölkerung insgesamt	Davon							
		Angehörige der				Sonstige			
		Evangelischen Kirche		Römisch-Katholischen Kirche		Zusammen		dar. jüdische Religions- gemeinschaft	
		1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Reichsgebiet									
Insgesamt									
1. 12. 1871	41 059	25 582	62,3	14 869	36,2	608	1,5	512	1,3
1. 12. 1880	45 234	28 331	62,6	16 233	35,9	670	1,5	562	1,2
1. 12. 1885	46 856	29 370	62,7	16 786	35,8	700	1,5	563	1,2
1. 12. 1890	49 428	31 027	62,8	17 675	35,8	727	1,4	568	1,1
1. 12. 1900	56 367	35 231	62,5	20 328	36,1	808	1,4	587	1,0
1. 12. 1905	60 641	37 647	62,1	22 110	36,5	885	1,4	608	1,0
1. 12. 1910	64 926	39 991	61,6	23 821	36,7	1 113	1,7	615	1,0
16. 6. 1925	62 411	40 015	64,1	20 193	32,4	2 203	3,5	564	0,9
16. 6. 1933	65 218	40 865	62,7	21 172	32,5	3 181	4,8	500	0,8
17. 5. 1939 ¹⁾	69 314	42 103	60,8	23 024	33,2	4 188	6,0	222	0,3
Männlich									
16. 6. 1925	30 197	19 170	63,5	9 798	32,4	1 229	4,1	274	0,9
16. 6. 1933	31 686	19 545	61,7	10 287	32,5	1 853	5,8	239	0,8
17. 5. 1939 ¹⁾	33 911	20 143	59,4	11 258	33,2	2 511	7,4	94	0,3
Weiblich									
16. 6. 1925	32 214	20 845	64,7	10 395	32,3	973	3,0	290	0,9
16. 6. 1933	33 533	21 320	63,6	10 885	32,5	1 328	4,0	261	0,8
17. 5. 1939 ¹⁾	35 403	21 960	62,0	11 766	33,2	1 677	4,7	128	0,4
Bundesgebiet									
Insgesamt									
1. 12. 1871 ²⁾	19 938	10 182	51,1	9 469	47,5	286	1,4	.	.
1. 12. 1890 ²⁾	24 302	12 553	51,7	11 399	46,9	350	1,4	.	.
1. 12. 1910 ²⁾	33 277	17 110	51,4	15 625	47,0	542	1,6	.	.
16. 6. 1925 ²⁾	36 473	18 518	50,8	17 006	46,6	949	2,6	287	0,8
16. 6. 1933 ²⁾	38 273	19 137	50,0	17 848	46,6	1 288	3,4	250	0,7
17. 5. 1939 ²⁾	40 258	19 568	48,6	18 681	46,4	2 009	5,0	104	0,3
13. 9. 1950 ²⁾	50 809	26 173	51,5	22 529	44,3	2 108	4,1	22	0,0
6. 6. 1961	56 185	28 726	51,1	24 796	44,1	2 663	4,7	23	0,0
27. 5. 1970	60 651	29 697	49,0	27 061	44,6	3 893	6,4	32	0,1
Männlich									
16. 6. 1925 ²⁾	17 820	9 000	50,5	8 289	46,5	531	3,0	139	0,8
16. 6. 1933 ²⁾	18 720	9 260	49,5	8 699	46,5	761	4,1	119	0,6
17. 5. 1939 ²⁾	19 794	9 460	47,8	9 118	46,1	1 216	6,1	44	0,2
13. 9. 1950 ²⁾	23 723	12 016	50,6	10 458	44,1	1 249	5,3	12	0,1
6. 6. 1961	26 418	13 274	50,2	11 665	44,2	1 480	5,6	12	0,1
27. 5. 1970	28 867	13 778	47,7	12 880	44,6	2 209	7,7	17	0,1
Weiblich									
16. 6. 1925 ²⁾	18 652	9 518	51,0	8 717	46,7	418	2,2	148	0,8
16. 6. 1933 ²⁾	19 553	9 876	50,5	9 149	46,8	527	2,7	131	0,7
17. 5. 1939 ²⁾	20 464	10 108	49,4	9 563	46,7	792	3,9	60	0,3
13. 9. 1950 ²⁾	27 086	14 157	52,3	12 070	44,6	859	3,2	10	0,0
6. 6. 1961	29 767	15 452	51,9	13 131	44,1	1 184	4,0	10	0,0
27. 5. 1970	31 784	15 919	50,1	14 181	44,6	1 684	5,3	14	0,1

1) Gebietsstand: 31. 12. 1937. — 2) Bundesgebiet ohne Berlin. — 3) Saarland: 14. 11. 1951.

9. Haushalte nach Haushaltsgröße*)

1 000

Stichtag bzw. Monat	Haushalte					Bevölkerung		
	insgesamt	Anstalts- haushalte	Privathaushalte			insgesamt	davon in	
			zusammen	davon			Anstalts- haushalten ²⁾	Privat-
				Ein-	Mehr-			
personenhaushalte		haushalten ³⁾						

Reichsgebiet

1. 12. 1871	8 731,9	35,1	8 696,8	535,5	8 161,3	41 058,8	749,1	40 309,7
1. 12. 1875	9 199,8	33,3	9 166,5	572,8	8 593,6	42 727,4	855,4	41 872,0
1. 12. 1880	9 652,0	43,2	9 608,9	604,2	9 004,7	45 234,1	1 010,1	44 224,0
1. 12. 1885	9 999,6	33,1	9 966,5	677,7	9 288,7	46 855,7	1 164,7	45 691,0
1. 12. 1890	10 617,9	33,7	10 584,2	747,7	9 836,6	49 428,5	1 320,5	48 108,0
1. 12. 1895	11 256,2	49,6	11 206,6	788,8	10 417,8	52 279,9	1 474,9	50 805,0
1. 12. 1900	12 260,0	81,3	12 178,7	870,6	11 308,1	56 367,2	1 630,2	54 737,0
1. 12. 1905	13 274,5	61,1	13 213,5	965,8	12 247,7	60 641,5	1 864,2	58 777,3
1. 12. 1910	14 346,7	63,3	14 283,4	1 045,1	13 238,2	64 926,0	2 115,8	62 810,2
16. 6. 1925	15 349,2	74,4	15 274,9	1 026,0	14 248,8	62 410,6	1 549,6	60 861,0
16. 6. 1933	17 735,6	40,7	17 694,9	1 482,3	16 212,6	65 218,5	1 272,8	63 945,7
17. 5. 1939 ¹⁾	20 411,5	76,7	20 334,8	1 983,7	18 351,1	69 314,1	2 858,2	66 455,9

Bundesgebiet

13. 9. 1950	16 681,9	32,3	16 649,6	3 228,6	13 421,0	50 798,0	948,3	49 849,8
25. 9. 1956 ²⁾	17 576,6	3 370,0	14 206,6	.	.	51 936,2
Okt. 1957	18 318,0	3 353,0	14 965,0	.	.	53 860,0
6. 6. 1961	19 429,9	31,1	19 398,8	4 125,6	15 273,3	56 174,8	1 441,9	54 733,0
Okt. 1962	20 179,0	4 510,0	15 669,0	56 747,0	1 619,0	55 128,0
April 1963	20 269,0	4 591,0	15 678,0	57 040,0	1 621,0	55 419,0
April 1964	20 720,0	4 959,0	15 761,0	57 686,0	1 843,0	55 843,0
Mai 1965	21 211,0	5 143,0	16 068,0	58 897,0	1 685,0	57 212,0
April 1966	21 542,0	5 295,0	16 247,0	59 551,0	1 507,0	58 044,0
April 1967	21 670,0	5 411,0	16 259,0	59 832,0	1 461,0	58 371,0
April 1968	21 976,0	5 614,0	16 362,0	60 067,0	1 369,0	58 698,0
April 1969	22 234,0	5 821,0	16 413,0	60 709,0	1 579,0	59 130,0
27. 5. 1970	21 990,5	5 527,1	16 463,4	60 650,6	1 526,3	60 175,9 ³⁾
April 1971	22 777,0	6 169,0	16 608,0	61 180,0	1 240,0	59 940,0

*) Bis 1939, 1950, 1961 und 1970 Ergebnisse der Volkszählungen; 1956 Ergebnisse der Wohnungszählung; im übrigen Ergebnisse des Mikrozensus.

¹⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ²⁾ Bundesgebiet ohne Saarland. — ³⁾ Für 1875 bis 1895 geschätzt. — ⁴⁾ Einschl. mehrfach gezahlter Haushaltsmitglieder.

II. Bevölkerungsbewegung

Allgemeines

Vorbemerkung

Seit 1841 wurde in allen deutschen Staaten des späteren Deutschen Reiches die natürliche Bevölkerungsbewegung (Zahl der Eheschließungen, Geburten- und Sterbefälle) durch amtliche statistische Anschreibungen regelmäßig festgestellt. Diese Erhebungen beruhen ursprünglich auf den Eintragungen in den Kirchenbüchern, seit dem Erlaß des Personenstandsgesetzes im Jahre 1875 auf den Aufzeichnungen der Standesbeamten. Gerichtliche Ehelösungen wurden in einigen deutschen Staaten ebenfalls schon frühzeitig registriert, doch nur im Rahmen der Geschäftsstatistik der Gerichte. Auch nach der Einführung der Zivilehe durch das Personenstandsgesetz änderte sich daran wenig. Gesamtergebnisse für das Deutsche Reich werden ab 1888 nachgewiesen. Wurden vor 1872 weitgehend nur Gesamtzahlen ermittelt, enthielt das Minimalprogramm für die Bundesstaaten seitdem auch Angaben über Lebend- und Totgeborene nach dem Geschlecht und der Legitimität sowie über Gestorbene nach dem Geschlecht. Obwohl in den Zählkarten schon ab 1875 in allen Bundesstaaten eine Reihe weiterer Merkmale erfragt wurde, z. B. Alter, Konfession, Familienstand und Beruf der Eheschließenden, Tag und Stunde der Geburt bzw. des Todes, Familienstand und Beruf der Gestorbenen und einzelne Bundesstaaten noch darüber hinausgingen, liegen Ergebnisse für das gesamte Deutsche Reich in tieferer Gliederung erst seit 1901 vor. Neben der Auszählung der meisten der oben genannten Merkmale wurden erstmals auch die Mehrlingsgeburten und die Gestorbenen nach dem Alter und nach Todesursachen nachgewiesen, die gestorbenen Säuglinge auch nach dem Geschlecht und der Legitimität. Mit der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches wurden 1900 auch die gerichtlichen Ehelösungen auf eine gemeinsame rechtliche Grundlage gestellt und diese Statistik verbessert. Eine einheitliche Scheidungsstatistik im Deutschen Reich gibt es allerdings erst seit 1934.

Eine Statistik der überseeischen Wanderungen (d. h. der Aus- und Einwanderungen über Seehäfen) wurde 1871 eingeführt. Sie basierte auf den Verzeichnissen der Einschiffungshäfen. Als Auswanderer wurden alle im Deutschen Reich ansässigen Personen gezählt, die das Reichsgebiet dauernd (auf mindestens ein Jahr) über reichsdeutsche Häfen verließen sowie die bisher im Ausland ansässigen Personen, die über reichsdeutsche Häfen ausreisten, um sich im Ausland niederzulassen (Durchwanderer). Ergänzend hierzu wurde auch in gewissem Umfang die Auswanderung deutscher über fremde Häfen erfaßt. 1937 wurden einheitliche Aus- und Einreiselisten eingeführt. Im Jahre 1938 wurde für das Reichsgebiet eine Statistik der gesamten Aus- und Einwanderung über die Reichsgrenzen (einschl. derjenigen auf dem Landwege) aufgenommen. Erhebungsgrundlage waren reichseinheitlich die aufgrund der Reichsmeldeordnung von 1938 erforderlichen polizeilichen An- und Abmeldungen. Von 1953 bis 1958 wurde im Bundesgebiet eine Ein- und Auswanderungsstatistik durchgeführt, die auf Kontrollen an den Grenzübergangsstellen beruhte. Als Erhebungspapiere dienten besondere Ein- und Auswanderungskarten. Diese Statistik war jedoch wegen Erfassungsschwierigkeiten unvollständig und wurde deshalb 1959 eingestellt. An ihre Stelle trat die Statistik der Zu- und Fortzüge über die Auslandsgrenzen des Bundesgebietes, die ebenso wie die Statistik der Wanderungen innerhalb des Bundesgebietes auf den polizeilichen An- und Abmeldungen beruht.

Erläuterungen zu den Tabellen

Die Eheschließungen werden nach dem Registrierort ausgezählt. Es werden grundsätzlich sowohl Deutsche als auch Ausländer, die im Bundesgebiet heiraten, erfaßt. Eine Ausnahme gilt nur für Fälle, in denen beide Ehegatten Mitglieder der im Bundesgebiet stationierten ausländischen Streitkräfte sind.

Ebenso wie die Eheschließungen wurden früher auch die Geborenen und die Gestorbenen an dem Ort registriert, wo sich der Personenstandsfall ereignete. Wegen der zunehmenden Inanspruchnahme der in den Städten befindlichen Entbindungsanstalten und Krankenhäuser durch die ländliche Bevölkerung wurde 1933 das Wohnortprinzip in die amtliche Statistik eingeführt. Nach Feststellung der vorläufigen monatlichen Ergebnisse nach dem Ereignis- bzw. Registrierort erfolgte deshalb eine Umsortierung der Geburtszählkarten nach dem Wohnort der Mutter und der Sterbefallzählkarten nach dem Wohnort des Gestorbenen.

Die Unterscheidung der Kinder nach ehelich und nichtehelich Geborenen richtet sich nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches (§ 1591 ff). Die Bezeichnung »nichtehelich« wurde aufgrund des Gesetzes über die rechtliche Stellung der nichtehelichen Kinder von 1969 anstelle der bisherigen Bezeichnung »unehelich« eingeführt. Ein Kind, das nach Eingehen der Ehe oder bis zu 302 Tagen nach Auflösung der Ehe geboren wird, gilt, unbeschadet der Möglichkeit einer späteren Anfechtung der Ehelichkeit, als ehelich.

Für die Unterscheidung von Lebend- und Totgeborenen gilt ab 1958 die Definition, daß eine Lebendgeburt vorliegt, wenn bei einem Kind nach der Scheidung vom Mutterleib entweder das Herz geschlagen oder die Nabelschnur pulsiert oder die natürliche Lungenatmung eingesetzt hat. Hat sich keines der genannten Merkmale des Lebens gezeigt und ist die Leibesfrucht mindestens 35 cm lang, so gilt sie als totgeboren; ist sie weniger als 35 cm lang, handelt es sich um eine Fehlgeburt. Fehlgeburten werden in den Personenstandsbüchern nicht beurkundet. Vor 1958 galt ein Kind als lebend geboren, wenn die natürliche Lungenatmung eingesetzt hatte. Totgeborene zählen in der Statistik als Geborene und sind daher in den Zahlen der Gestorbenen nicht enthalten, obwohl sie vom Standesbeamten in das Sterbebuch eingetragen werden.

Bei den Sterbefällen handelt es sich nur um die im Berichtszeitraum Gestorbenen. Nachträglich beurkundete Sterbefälle aus früheren Jahren, insbesondere Kriegssterbefälle, sind in den Zahlen nicht enthalten. Für sie wird eine besondere Statistik geführt. Dasselbe gilt für die gerichtlichen Todeserklärungen.

Die Säuglingssterblichkeit, ausgedrückt als Verhältnis der im ersten Lebensjahr gestorbenen Kinder auf 1 000 Lebendgeborene, wird im allgemeinen unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung berechnet. Störende Einflüsse durch Schwankungen der Geborenenzahlen sind dadurch ausgeschaltet. Berechnungen nach Geschlecht und Altersmonaten auf der Grundlage der Sterbejahrmethode von Rahts werden ab 1952 jährlich nachgewiesen. Bei der Ermittlung der Säuglingssterblichkeit ehelicher und nichtehelicher Kinder können die nachträglich erfolgten Legitimierungen nichtehelicher Kinder nicht berücksichtigt werden. Die Zahl der Legitimierungen nichtehelich geborener Kinder dürfte die Zahl der erfolgreichen Anfechtungen der Ehelichkeit von Kindern übersteigen. Die Sterblichkeit der ehelichen Säuglinge ist daher geringfügig zu hoch, die der nichtehelichen dagegen etwas zu niedrig berechnet.

Grundlage für die gerichtlichen Ehelösungen sind für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg die Vorschriften des Ehegesetzes. Die nachstehenden Tabellen beziehen sich ausschließlich auf die Ehescheidungen, da die beiden anderen im Gesetz unterschiedenen Arten der Ehelösung, nämlich die Nichtigkeit und die Aufhebung der Ehe, zahlenmäßig nur eine ganz untergeordnete Rolle spielen.

Die in Tabelle 12 enthaltenen Angaben über die Auswanderung nach ausgewählten Zielgebieten weisen erhebliche Erfassungsunterschiede auf und sind deshalb nicht durchgehend vergleichbar. In der Zeit bis zum Zweiten Weltkrieg wurden nur die Auswanderungen über die Seehäfen mehr oder weniger vollständig erfaßt (siehe oben). Entsprechende Angaben für die Zeit von 1946 bis 1953 beruhen auf einer Zusammenstellung der OECD unter Mitwirkung der Vereinten Nationen, des Internationalen Arbeitsamtes und des Zwischenstaatlichen Komitees für Europäische Auswanderung. Ab 1954 handelt es sich um die Fortzüge über die Auslandsgrenzen des Bundesgebietes aufgrund der polizeilichen Abmeldescheine. Nach den bisherigen Erfahrungen geben die Zahlen über die Fortzüge von Deutschen nach dem außereuropäischen Ausland ein ungefähres Bild vom Umfang der »Auswanderung« nach Übersee. Dabei muß hingenommen werden, daß die Zahlen auch Personen umfassen, die beispielsweise als Entwicklungshelfer, Ärzte, Techniker, Kaufleute und Studenten zwar für längere Zeit ins Ausland gehen, im strengen Sinne jedoch nicht als Auswanderer anzusehen sind, weil sie nach einiger Zeit wieder zurückkehren. Bei den Wanderungen zwischen dem Bundesgebiet und dem europäischen Ausland handelt es sich nur zu einem kleinen Teil um Aus- und Einwanderung im eigentlichen Sinne. Diese Wanderungen spiegeln in der Hauptsache das Ausmaß der Fluktuation ausländischer Arbeitnehmer wider.

In Tabelle 13 ist die Gesamtwanderung seit 1950 dargestellt. Die Zahlen über die Wanderungen über die Grenzen des Bundesgebietes enthalten nicht nur Angaben über die Wanderungen aus dem bzw. nach dem Ausland, sondern auch über die Wanderungsbewegung zwischen der Bundesrepublik und der DDR, Berlin (Ost) sowie den früheren Ostgebieten des Deutschen Reiches. Bei den Wanderungen innerhalb des Bundesgebietes (Binnenwanderung) entspricht jedem Zuzug in der einen ein Fortzug in einer anderen Gemeinde. Zur Erfassung dieser Wanderungen genügt demnach die Bearbeitung lediglich eines Meldescheins. Seit 1953 werden dazu im allgemeinen die Anmeldescheine herangezogen.

II. Bevölkerungsbewegung

1. Eheschließungen, Geborene und Gestorbene

Jahr	Mittlere Bevölkerung	Eheschließungen	Lebendgeborene	Gestorbene (ohne Totgeb.)	Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Eheschließungen	Lebendgeborene	Gestorbene (ohne Totgeb.)	Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)
	1 000	Anzahl				auf 1 000 Einwohner			
Reichsgebiet									
1841	32 979	270 713	1 201 587	864 075	+337 512	8,2	36,4	26,2	+10,2
1842	33 298	278 023	1 251 102	902 529	+348 573	8,3	37,6	27,1	+10,5
1843	33 605	275 363	1 209 762	905 608	+304 154	8,2	36,0	26,9	+ 9,1
1844	33 922	278 355	1 216 429	830 345	+386 084	8,2	35,9	24,5	+11,4
1845	34 284	278 899	1 278 286	867 729	+410 557	8,1	37,3	25,3	+12,0
1846	34 610	273 129	1 244 369	939 436	+304 933	7,9	36,0	27,1	+ 8,8
1847	34 784	250 689	1 156 820	983 981	+172 839	7,2	33,3	28,3	+ 5,0
1848	34 839	265 151	1 160 533	1 011 954	+148 579	7,6	33,3	29,0	+ 4,3
1849	35 004	287 389	1 333 379	947 476	+385 903	8,2	38,1	27,1	+11,0
1850	35 303	299 916	1 311 724	903 521	+408 203	8,5	37,2	25,6	+11,6
1851	35 620	296 753	1 306 877	889 601	+417 276	8,3	36,7	25,0	+11,7
1852	35 858	274 404	1 271 446	1 018 135	+253 311	7,7	35,5	28,4	+ 7,1
1853	35 989	274 580	1 244 192	978 650	+265 542	7,6	34,6	27,2	+ 7,4
1854	36 923	255 278	1 226 769	972 726	+254 043	7,1	34,0	27,0	+ 7,0
1855	36 136	252 503	1 162 945	1 016 284	+146 661	7,0	32,2	28,1	+ 4,1
1856	36 257	272 853	1 215 390	913 913	+301 477	7,5	33,5	25,2	+ 8,3
1857	36 524	304 558	1 315 034	991 753	+323 281	8,3	36,0	27,2	+ 8,9
1858	36 828	313 652	1 354 817	985 176	+369 641	8,5	36,8	26,8	+10,0
1859	37 188	298 639	1 393 339	956 924	+436 415	8,0	37,5	25,7	+11,7
1860	37 609	302 397	1 367 012	873 364	+493 648	8,0	36,3	23,2	+13,1
1861	38 001	295 434	1 357 355	972 989	+384 366	7,8	35,7	25,6	+10,1
1862	38 360	312 247	1 358 896	945 530	+413 366	8,1	35,4	24,6	+10,8
1863	38.763	330 335	1 454 340	996 193	+458 147	8,5	37,5	25,7	+11,8
1864	39 187	334 613	1 481 778	1 027 756	+454 022	8,5	37,8	26,2	+11,6
1865	39 545	353 807	1 488 620	1 091 419	+397 201	8,9	37,6	27,6	+10,0
1866	32 765	314 202	1 505 287	1 217 591	+287 696	8,0	37,8	30,6	+ 7,2
1867	40 031	363 491	1 471 747	1 045 534	+426 213	9,1	36,8	26,1	+10,6
1868	40 223	357 916	1 481 727	1 110 620	+371 107	8,9	36,8	27,6	+ 9,2
1869	40 493	384 267	1 529 387	1 089 503	+439 884	9,5	37,8	26,9	+10,9
1870	40 804	313 961	1 569 206	1 117 875	+451 331	7,7	38,5	27,4	+11,1
1871	40 995	336 745	1 414 248	1 212 869	+201 379	8,2	34,5	24,6	+ 4,9
1872	41 185	423 900	1 626 037	1 194 732	+431 305	10,3	39,5	29,0	+10,5
1873	41 532	416 049	1 648 117	1 174 293	+473 824	10,0	39,7	28,3	+11,4
1874	41 983	400 282	1 683 440	1 122 396	+561 044	9,5	40,1	26,7	+13,4
1875	42 510	386 746	1 724 412	1 172 393	+552 019	9,1	40,6	27,6	+13,0
1876	43 057	366 930	1 761 046	1 134 452	+626 594	8,5	40,9	26,3	+14,6
1877	43 608	347 792	1 744 659	1 152 023	+592 636	8,0	40,0	26,4	+13,6
1878	44 127	340 016	1 714 433	1 157 960	+556 473	7,7	38,9	26,2	+12,6
1879	44 639	335 113	1 735 871	1 143 773	+592 098	7,5	38,9	25,6	+13,3
1880	45 093	337 342	1 696 175	1 173 205	+522 970	7,5	37,6	26,0	+11,6

II. Bevölkerungsbewegung

1. Eheschließungen, Geborene und Gestorbene

Jahr	Mittlere Bevölkerung	Eheschließungen	Lebendgeborene	Gestorbene (ohne Totgeb.)	Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Eheschließungen	Lebendgeborene	Gestorbene (ohne Totgeb.)	Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)
	1 000	Anzahl				auf 1 000 Einwohner			
Reichsgebiet									
1881	45 426	338 909	1 682 149	1 156 391	+525 758	7,5	37,0	25,5	+11,6
1882	45 717	350 457	1 702 348	1 176 853	+525 495	7,7	37,2	25,7	+11,5
1883	46 014	352 999	1 683 699	1 190 002	+493 697	7,7	36,6	25,9	+10,7
1884	46 335	362 596	1 725 583	1 203 500	+522 083	7,8	37,2	26,0	+11,3
1885	46 705	368 619	1 729 927	1 199 742	+530 185	7,9	37,0	25,7	+11,4
1886	47 103	372 326	1 746 133	1 233 737	+512 396	7,9	37,1	26,2	+10,9
1887	47 540	370 659	1 757 079	1 151 924	+605 155	7,8	36,9	24,2	+12,7
1888	48 020	376 654	1 761 407	1 142 826	+618 581	7,8	36,6	23,7	+12,8
1889	48 512	389 339	1 772 570	1 153 087	+619 483	8,0	36,4	23,7	+12,7
1890	49 239	395 356	1 759 253	1 199 006	+560 247	8,0	35,7	24,4	+11,4
1891	49 767	399 398	1 840 172	1 164 421	+675 751	8,0	37,0	23,4	+13,6
1892	50 279	398 775	1 795 971	1 211 402	+584 569	7,9	35,7	24,1	+11,6
1893	50 778	401 234	1 865 715	1 248 201	+617 514	7,9	36,8	24,6	+12,2
1894	51 339	408 066	1 841 205	1 144 331	+696 874	7,9	35,9	22,3	+13,6
1895	52 001	414 218	1 877 278	1 151 488	+725 790	8,0	36,1	22,1	+13,9
1896	52 753	432 107	1 914 749	1 098 966	+815 783	8,2	36,3	20,8	+15,5
1897	53 569	447 770	1 926 690	1 142 056	+784 634	8,4	36,1	21,3	+14,6
1898	54 406	458 877	1 964 731	1 117 860	+846 871	8,4	36,1	20,5	+15,6
1899	55 248	471 519	1 980 304	1 185 197	+795 107	8,5	35,9	21,5	+14,4
1900	56 046	476 491	1 996 139	1 236 382	+759 757	8,5	35,6	22,1	+13,6
1901	56 874	468 329	2 032 313	1 174 489	+857 824	8,2	35,7	20,7	+15,1
1902	57 767	457 208	2 024 735	1 122 492	+902 243	7,9	35,1	19,4	+15,6
1903	58 629	463 150	1 983 078	1 170 905	+812 173	7,9	33,8	20,0	+13,9
1904	59 475	477 822	2 025 847	1 163 183	+862 664	8,0	34,0	19,6	+14,5
1905	60 314	485 906	1 987 153	1 194 314	+792 839	8,1	33,0	19,8	+13,2
1906	61 153	498 990	2 022 477	1 112 202	+910 275	8,2	33,1	18,2	+14,9
1907	62 013	503 964	1 999 933	1 117 309	+882 624	8,1	32,3	18,0	+14,2
1908	62 863	500 620	2 015 052	1 135 490	+879 562	8,0	32,1	18,1	+14,0
1909	63 717	494 127	1 978 278	1 094 217	+884 061	7,8	31,0	17,2	+13,9
1910	64 568	496 396	1 924 778	1 045 665	+879 113	7,7	29,8	16,2	+13,6
1911	65 359	512 819	1 870 729	1 130 784	+739 945	7,8	28,6	17,3	+11,3
1912	66 146	523 491	1 869 636	1 029 749	+839 887	7,9	28,3	15,6	+12,7
1913	66 978	513 283	1 838 750	1 004 950	+833 800	7,7	27,5	15,0	+12,4
1914	67 790	460 608	1 818 596	1 291 310	+527 286	6,8	26,8	19,0	+ 7,8
1915	67 883	278 208	1 382 546	1 450 420	- 67 874	4,1	20,4	21,4	- 1,0
1916	67 715	279 076	1 029 484	1 298 054	-268 570	4,1	15,2	19,2	- 4,0
1917	67 368	308 446	912 109	1 345 424	-433 315	4,7	13,9	20,6	- 6,6
1918	66 811	352 543	926 813	1 606 475	-679 662	5,4	14,3	24,8	-10,5
1919	62 897	844 339	1 260 500	978 380	+282 120	13,4	20,0	15,6	+ 4,5
1920	61 794	894 978	1 599 287	932 929	+666 358	14,5	25,9	15,1	+10,8
1921	62 473	740 330	1 581 130	869 555	+711 575	11,9	25,3	13,9	+11,4
1922	61 185	681 891	1 404 215	880 626	+523 589	11,1	23,0	14,4	+ 8,6
1923	61 577	581 277	1 297 449	857 898	+439 551	9,4	21,1	13,9	+ 7,1
1924	61 953	440 039	1 270 820	759 075	+511 745	7,1	20,5	12,3	+ 8,3
1925	62 411	482 792	1 292 499	744 691	+547 808	7,7	20,7	11,9	+ 8,8
1926	62 866	483 198	1 227 900	734 359	+493 541	7,7	19,5	11,7	+ 7,9
1927	63 252	538 463	1 161 719	757 020	+404 699	8,5	18,4	12,0	+ 6,4
1928	63 618	587 175	1 182 815	739 520	+443 295	9,2	18,6	11,6	+ 7,0
1929	63 957	589 611	1 147 458	805 962	+341 496	9,2	17,9	12,6	+ 5,3
1930	64 294	562 648	1 127 450	710 850	+416 600	8,8	17,5	11,1	+ 6,5

II. Bevölkerungsbewegung

1. Eheschließungen, Geborene und Gestorbene

Jahr	Mittlere Bevölkerung	Eheschließungen	Lebendgeborene	Gestorbene ²⁾ (ohne Totgeb.)	Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Eheschließungen	Lebendgeborene	Gestorbene (ohne Totgeb.)	Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)
	1 000	Anzahl			auf 1 000 Einwohner				
Reichsgebiet									
1931	64 631	515 403	1 031 770	725 816	+305 954	8,0	16,0	11,2	+4,7
1932	64 911	509 597	978 210	699 620	+278 590	7,9	15,1	10,8	+4,3
1933	65 218	631 152	956 971	729 499	+227 472	9,7	14,7	11,2	+3,5
1934	65 595	732 147	1 182 789	716 957	+465 832	11,2	18,0	10,9	+7,1
1935	66 871	651 435	1 263 976	792 018	+471 958	9,7	18,9	11,8	+7,1
1936	67 349	609 770	1 278 583	795 793	+482 790	9,1	19,0	11,8	+7,2
1937	67 831	670 265	1 277 046	794 367	+482 679	9,1	18,8	11,7	+7,1
1938 ¹⁾	68 424	645 062	1 348 534	799 220	+549 314	9,4	19,6	11,6	+7,9
1939 ¹⁾	69 314	774 163	1 413 230	854 348 ³⁾	+558 882	11,2	20,4	12,3	+8,1
1940 ¹⁾	69 838	613 103	1 402 258	885 591 ³⁾	+516 667	8,8	20,0	12,7	+7,3
1941 ¹⁾	70 244	504 200	1 308 232	844 435 ³⁾	+463 797	7,2	18,6	12,0	+6,6
1942 ¹⁾	70 834	525 459	1 055 915	847 861 ³⁾	+208 054	7,4	14,9	12,0	+2,9
1943 ¹⁾	70 411	514 095	1 124 718	853 246 ³⁾	+271 472	7,3	16,0	12,1	+3,9
Bundesgebiet									
1938	42 576	405 432	828 173	485 537	+342 638	9,5	19,5	11,4	+8,0
1946	45 346	400 399	732 998	588 331	+144 667	8,8	16,1	13,0	+3,2
1947	47 555	482 193	781 421	574 628	+206 793	10,1	16,4	12,1	+4,3
1948	48 914	525 160	806 074	515 092	+290 982	10,7	16,5	10,5	+6,0
1949	49 802	506 199	832 803	517 194	+315 609	10,2	16,8	10,4	+6,4
1950	50 601	535 708	812 835	528 747	+284 088	10,7	16,2	10,5	+5,7
1951	51 194	522 946	795 608	543 897	+251 711	10,3	15,7	10,8	+5,0
1952	51 603	483 358	799 080	545 963	+253 117	9,5	15,7	10,7	+5,0
1953	52 196	462 101	796 096	578 027	+218 069	9,0	15,5	11,3	+4,2
1954	52 685	453 168	816 028	555 459	+260 569	8,7	15,7	10,7	+5,0
1955	53 174	461 818	820 128	581 872	+238 256	8,8	15,7	11,1	+4,5
1956	53 800	478 352	855 887	599 413	+256 474	9,0	16,1	11,3	+4,8
1957	53 692	482 590	892 228	615 016	+277 212	9,0	16,6	11,5	+5,2
1958	54 373	494 110	904 465	597 305	+307 160	9,1	16,7	11,0	+5,7
1959	55 015	503 981	951 942	605 504	+346 438	9,2	17,3	11,0	+6,3
1960	55 577	521 445	968 629	642 962	+325 667	9,4	17,4	11,6	+5,9
1961	56 173	529 901	1 012 687	627 561	+385 126	9,4	18,0	11,2	+6,9
1962	56 947	530 640	1 018 552	644 819	+373 733	9,3	17,9	11,3	+6,6
1963	57 606	507 644	1 054 123	673 069	+381 054	8,8	18,3	11,7	+6,6
1964	58 290	506 182	1 065 437	644 128	+421 309	8,7	18,2	11,0	+7,2
1965	59 041	492 128	1 044 328	677 628	+366 700	8,3	17,7	11,5	+6,2
1966	59 676	484 562	1 050 345	686 321	+364 024	8,1	17,6	11,5	+6,1
1967	59 872	483 101	1 019 459	687 349	+332 110	8,1	17,0	11,5	+5,5
1968	60 165	444 150	969 825	734 048	+235 777	7,4	16,1	12,2	+3,9
1969	60 842	446 586	903 456	744 360	+159 096	7,3	14,8	12,2	+2,6
1970	60 651 ⁴⁾	444 510	810 808	734 843	+ 75 965	7,3	13,4	12,1	+1,3
1971 ⁵⁾	61 713	431 823	778 531	730 671	+ 47 860	7,0	12,6	11,8	+0,8

¹⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ²⁾ Ab 1946 ohne nachträglich beurkundete Kriegssterbefälle und gerichtliche Todeserklärungen. — ³⁾ Ab 1. 9. 1939 ohne Sterbefälle von Wehrmichtsangehörigen. — ⁴⁾ Stand: 27. 5. — ⁵⁾ Vorläufige Ergebnisse.

II. Bevölkerungsbewegung

2. Eheschließende nach dem bisherigen Familienstand der Ehegatten

Jahr	Eheschließungen insgesamt	Von 100 eheschließenden Männern bzw. Frauen waren vor der Eheschließung					
		ledig	verwitwet	geschieden	ledig	verwitwet	geschieden
		Männer			Frauen		
Reichsgebiet							
1901	468 329	89,9	9,3	0,8	93,7	5,5	0,8
1902	457 208	89,9	9,3	0,8	93,7	5,4	0,9
1903	463 150	89,9	9,2	0,9	93,7	5,3	1,0
1904	477 822	89,9	9,2	0,9	93,7	5,3	1,0
1905	485 906	89,7	9,3	1,0	93,7	5,3	1,0
1906	498 990	90,0	8,9	1,1	93,7	5,2	1,1
1907	503 964	90,0	8,8	1,2	93,7	5,2	1,1
1908	500 620	90,0	8,9	1,1	93,6	5,2	1,2
1909	494 127	89,9	8,9	1,2	93,5	5,2	1,3
1910	496 396	89,8	8,9	1,3	93,5	5,2	1,3
1911	512 819	90,0	8,6	1,4	93,6	5,0	1,4
1912	523 491	90,0	8,6	1,4	93,5	5,0	1,5
1913	513 283	90,0	8,5	1,5	93,5	5,0	1,5
1914	460 608	90,1	8,0	1,9	93,0	4,8	2,2
1915	278 208	87,8	9,6	2,6	91,2	5,9	2,9
1916	279 076	86,7	10,9	2,4	91,0	6,7	2,3
1917	308 446	86,8	11,0	2,2	90,1	8,0	1,9
1918	352 543	84,5	13,1	2,4	87,7	10,5	1,8
1919	844 339	86,3	11,8	1,9	86,2	12,5	1,3
1920	894 978	88,4	9,2	2,4	87,8	10,5	1,7
1921	740 330	87,7	9,0	3,3	88,3	9,4	2,3
1922	681 891	87,8	8,6	3,6	89,7	7,7	2,6
1923	581 277	87,2	8,9	3,9	90,4	6,7	2,9
1924	440 039	85,8	10,0	4,2	90,3	6,5	3,2
1925	482 792	87,0	8,9	4,1	91,8	5,0	3,2
1926	483 198	87,4	8,6	4,1	92,4	4,3	3,3
1927	538 463	88,1	7,9	4,0	93,1	3,7	3,2
1928	587 175	88,7	7,4	3,9	93,6	3,3	3,1
1929	589 611	88,8	7,2	4,0	93,8	3,1	3,1
1930	562 648	88,5	7,4	4,1	93,7	3,0	3,3
1931	515 403	88,5	7,3	4,2	93,9	2,9	3,2
1932	509 597	88,7	7,0	4,3	94,1	2,7	3,2
1933	631 152	90,1	5,9	4,0	94,7	2,3	3,0
1934	732 147	90,5	5,3	4,2	94,4	2,3	3,3
1935	651 435	89,2	6,1	4,7	93,5	2,7	3,8
1936	609 770	88,9	6,3	4,8	93,2	2,9	3,9
1937	620 265	88,3	6,4	5,2	92,5	3,2	4,3
1938 ¹⁾	645 062	87,7	6,7	5,6	91,7	3,4	4,9
Bundesgebiet							
1947	482 193	80,9	8,8	10,2	80,3	13,8	5,9
1948	525 160	79,7	8,2	12,1	79,9	12,5	7,6
1949	506 199	80,5	7,4	12,1	81,5	10,4	8,0
1950	535 708	80,7	6,6	12,7	80,7	11,0	8,3
1951	522 946	82,4	5,8	11,8	82,9	9,2	7,9
1952	483 358	83,5	5,5	11,0	85,1	7,4	7,6
1953	462 101	84,0	5,4	10,5	86,5	5,9	7,6
1954	453 168	84,1	5,4	10,6	87,1	5,1	7,8
1955	461 818	84,4	5,2	10,4	87,6	4,4	7,9
1956	478 352	85,3	4,9	9,8	88,8	3,5	7,7
1957	482 590	85,4	5,0	9,5	88,9	3,7	7,5
1958	494 110	86,0	5,0	9,0	89,5	3,4	7,1
1959	503 981	86,5	4,8	8,7	90,0	3,1	6,8
1960	521 445	87,1	4,6	8,3	90,2	3,0	6,7
1961	529 901	87,3	4,5	8,3	90,4	3,0	6,6
1962	530 640	87,4	4,4	8,1	90,3	3,0	6,7
1963	507 644	87,2	4,6	8,2	89,9	3,0	7,1
1964	506 182	87,0	4,5	8,5	89,5	3,0	7,5
1965	492 128	86,6	4,6	8,9	88,8	3,0	8,2
1966	484 562	86,4	4,6	9,0	88,4	3,1	8,5
1967	483 101	86,2	4,7	9,0	88,0	3,3	8,7
1968	444 150	85,6	4,7	9,7	87,3	3,0	9,8
1969	446 586	85,6	4,6	9,7	87,2	3,0	9,9
1970	444 510	85,4	4,5	10,2	86,8	2,9	10,3

¹⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937.

II. Bevölkerungsbewegung

3. Durchschnittliches Heiratsalter nach dem bisherigen Familienstand der Ehegatten

Jahr	Durchschnittliches Heiratsalter in Jahren							
	Männer				Frauen			
	insgesamt	Familienstand vor der Eheschließung			insgesamt	Familienstand vor der Eheschließung		
Ledig		Verwitwet ¹⁾	Geschieden	Ledig		Verwitwet	Geschieden	
Reichsgebiet								
1911	28,9	27,4	42,9	39,4	25,7	24,8	40,2	36,0
1912	29,0	27,4	43,1	39,5	25,7	24,7	40,4	36,1
1913	29,0	27,5	43,2	39,4	25,7	24,7	40,4	35,9
1920	30,3	28,6	44,2	39,1	26,9	25,7	35,7	35,7
1921	30,1	28,3	45,1	39,2	26,8	25,5	37,0	35,4
1922	29,8	27,9	45,2	39,4	26,5	25,3	38,1	35,2
1923	29,6	27,6	45,1	39,7	26,3	25,1	38,9	35,4
1924	29,9	27,6	45,1	39,9	26,5	25,3	39,3	35,5
1925	29,6	27,5	45,4	39,7	26,4	25,3	40,0	35,6
1926	29,5	27,4	45,7	39,5	26,3	25,3	40,4	35,6
1927	29,3	27,4	46,0	39,1	26,2	25,3	40,6	35,4
1928	29,2	27,4	46,1	39,2	26,1	25,3	40,8	35,6
1929	29,2	27,4	46,2	39,5	26,1	25,3	40,8	35,7
1930	29,3	27,5	46,4	39,4	26,1	25,3	41,0	35,9
1931	29,3	27,5	46,4	39,3	26,1	25,3	41,0	35,7
1932	29,3	27,5	46,4	39,1	26,1	25,3	41,0	35,5
1933	29,1	27,5	46,5	38,9	26,0	25,4	40,7	35,2
1934	29,0	27,5	46,6	39,1	26,1	25,4	40,4	35,3
1938 ¹⁾	30,6	28,8	47,5	39,7	27,2	26,2	41,0	35,9
Bundesgebiet								
1947 ²⁾	31,1	28,4	46,7	38,2	27,1	25,1	35,2	34,4
1948 ²⁾	31,1	28,3	47,6	38,5	27,3	25,3	36,0	34,2
1949 ²⁾	30,3	27,6	47,1	38,3	26,7	24,7	36,1	34,0
1950 ²⁾	30,1	28,1	48,7	39,5	27,4	25,4	36,3	34,8
1951 ³⁾	30,5	27,8	50,0	39,9	27,1	25,2	36,9	35,2
1952 ³⁾	30,5	27,6	51,0	40,3	26,9	25,1	38,4	35,8
1953 ³⁾	30,1	27,4	51,8	40,6	26,8	25,0	39,7	36,2
1954 ³⁾	29,5	26,7	51,6	40,2	26,1	24,4	40,4	35,9
1955 ³⁾	29,8	27,0	52,5	40,7	26,2	24,4	41,7	36,5
1956	29,4	26,8	52,7	40,6	26,0	24,4	42,3	36,8
1957	29,3	26,6	53,8	40,9	25,8	24,1	43,8	37,1
1958	29,0	26,3	54,1	40,9	25,6	23,9	44,6	37,0
1959	28,7	26,0	54,5	40,7	25,3	23,8	45,2	37,0
1960	28,5	25,9	54,7	40,7	25,2	23,7	45,6	36,7
1961	28,4	25,9	54,9	40,4	25,2	23,7	46,1	36,6
1962	28,3	25,8	55,1	40,1	25,2	23,7	46,4	36,2
1963	28,4	25,9	55,4	39,9	25,3	23,7	46,9	36,0
1964	28,5	25,9	56,0	39,4	25,3	23,7	47,0	35,6
1965	28,5	26,0	56,1	39,3	25,4	23,7	47,1	35,4
1966	28,6	26,0	56,3	39,1	25,3	23,6	47,3	35,3
1967	28,6	26,0	56,9	39,1	25,3	23,5	47,9	35,3
1968	28,5	25,8	56,8	38,8	25,2	23,3	47,5	35,3
1969	28,4	25,7	57,0	38,7	25,0	23,1	47,8	35,2
1970	28,3	25,6	57,1	38,4	24,9	23,0	48,1	35,0

¹⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ²⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — ³⁾ Bundesgebiet ohne Saarland.

4. Eheschließungen nach der Religionszugehörigkeit der Ehegatten

Jahr	Eheschließungen insgesamt	Von den Eheschließungen entfielen auf					
		konfessionell einheitliche Ehen			konfessionell gemischte Ehen		
		zusammen ²⁾	darunter		zusammen ²⁾	darunter	
			Mann u. Frau evangelisch	Mann u. Frau röm.-kath.		Mann evangelisch Frau röm.-kath.	Mann röm.-kath. Frau evangelisch
Anzahl	%						
Reichsgebiet							
1901	468 329	91,2	59,2	31,0	8,8	3,9	4,4
1902	457 208	91,3	59,6	30,7	8,7	3,9	4,4
1903	463 150	91,2	59,7	30,4	8,8	4,0	4,4
1904	477 822	90,9	59,4	30,5	9,1	4,2	4,5
1905	485 906	90,9	59,5	30,4	9,1	4,1	4,5
1906	498 990	90,7	59,6	30,1	9,3	4,2	4,6
1907	503 964	90,5	59,1	30,5	9,5	4,3	4,7
1908	500 620	90,5	59,2	30,4	9,5	4,2	4,7
1909	494 127	90,4	59,4	30,1	9,6	4,3	4,6
1910	496 396	90,1	59,2	30,0	9,9	4,4	4,8
1911	512 819	90,0	59,3	29,8	9,9	4,5	4,8
1912	523 491	89,7	59,2	29,6	10,3	4,6	4,9
1913	513 283	89,6	58,8	29,9	10,4	4,7	4,9
1914	460 608	88,0	60,3	26,9	12,0	5,3	5,6
1915	278 208	85,1	59,4	25,1	14,9	6,9	6,8
1916	279 076	85,7	57,3	27,7	14,3	6,4	6,8
1917	308 446	86,4	56,9	28,8	13,6	6,0	6,6
1918	352 543	86,5	55,3	30,4	13,5	5,8	6,7
1919	844 339	89,4	59,1	29,3	10,6	4,5	5,2
1920	894 977	88,8	60,1	27,4	11,2	4,7	5,3
1921	731 157	88,2	59,7	27,1	11,8	4,7	5,3
1922	681 891	87,1	60,4	25,2	12,9	5,2	5,5
1923	581 277	86,7	59,9	25,1	13,3	5,3	5,6
1924	440 039	86,4	59,8	24,8	13,5	5,4	5,6
1925	482 792	86,2	59,0	25,3	13,8	5,4	5,6
1926	483 198	85,7	58,4	25,3	14,3	5,5	5,6
1927	538 463	85,2	57,9	25,1	14,8	5,5	5,6
1928	587 175	84,6	57,3	25,0	15,4	5,5	5,7
1929	589 611	84,2	56,6	25,2	15,8	5,7	5,7
1930	562 648	84,1	56,4	25,2	15,9	5,7	5,6
1931	515 403	83,9	56,1	25,3	16,1	5,8	5,6
1932	509 597	83,5	55,9	24,9	16,5	5,8	5,6
1933	631 152	84,2	56,2	25,5	15,8	5,8	5,7
1934	732 147	84,8	57,9	24,9	15,2	5,8	5,7
1935	651 435	85,0	57,4	26,0	15,0	5,9	5,7
1936	609 770	84,9	56,6	26,6	15,1	5,9	5,7
1937	620 265	83,5	54,9	26,7	16,5	5,9	5,8
1938 ¹⁾	645 062	81,1	51,5	26,9	18,9	6,1	6,1
Bundesgebiet							
1951 ²⁾	493 563	74,5	39,0	34,7	25,5	10,8	10,0
1952 ²⁾	455 410	74,8	39,0	34,9	25,2	10,9	10,0
1953 ²⁾	435 250	74,9	38,9	35,2	25,1	10,9	10,0
1954 ²⁾	427 408	74,6	38,6	34,7	25,4	10,9	10,1
1955 ²⁾	435 516	74,4	38,7	34,4	25,6	10,9	10,3
1956	478 352	74,5	39,5	33,7	25,5	10,7	10,2
1957	482 590	74,4	39,7	33,4	25,6	10,7	10,4
1958	494 110	74,5	40,1	33,2	25,5	10,7	10,4
1959	503 981	74,3	40,6	32,6	25,7	10,6	10,6
1960	521 445	74,1	40,3	32,7	25,9	10,8	10,7
1961	529 901	73,9	40,2	32,6	26,1	10,8	10,8
1962	530 640	73,6	40,2	32,2	26,4	10,9	10,9
1963	507 644	72,9	39,6	32,1	27,1	11,3	11,2
1964	506 182	72,3	39,2	31,8	27,7	11,5	11,3
1965	492 128	71,6	38,9	31,2	28,4	11,8	11,6
1966	484 562	71,1	38,4	30,7	28,9	12,0	11,7
1967	483 101	70,7	37,4	31,5	29,3	12,2	12,0
1968	444 150	69,9	38,4	29,8	30,1	12,5	12,2
1969	446 586	69,6	37,1	30,6	30,4	12,7	12,2
1970	444 510	68,8	35,6	30,7	31,2	12,8	12,3

¹⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ²⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — ³⁾ Ohne Eheschließungen zwischen Ehegatten mit in den Quellen nicht namentlich aufgeführter Religionszugehörigkeit und Ehegatten ohne Angabe der Religionszugehörigkeit.

II. Bevölkerungsbewegung

5. Geborene nach Geschlecht und Legitimität

Jahr	Geborene insgesamt	Lebendgeborene			Totgeborene		Nicht-ehelich Lebendgeborene auf 1 000 Lebendgeborene	Totgeborene auf 1 000 Lebend- und Totgeborene	Knaben auf 1 000 lebendgeborene Mädchen
		zusammen	und zwar		zusammen	darunter nicht-ehelich			
			weiblich	nichtehelich					
Reichsgebiet									
1872	1 692 227	1 626 037	791 979	142 675	66 190	7 970	88	39,1	1 053
1873	1 711 283	1 648 117	802 998	150 440	67 166	7 828	91	39,2	1 052
1874	1 752 976	1 683 440	819 560	144 154	69 536	7 926	86	39,7	1 054
1875	1 798 591	1 724 412	837 612	147 607	74 179	7 966	86	41,2	1 059
1876	1 834 605	1 761 046	857 022	.	73 559	.	.	40,1	1 055
1877	1 815 792	1 744 659	850 468	149 690	71 133	7 464	86	39,2	1 051
1878	1 785 080	1 714 433	835 773	147 027	70 647	7 602	86	39,6	1 051
1879	1 806 741	1 735 871	845 707	151 957	70 870	7 864	88	39,2	1 053
1880	1 764 096	1 696 175	825 809	.	67 921	.	.	38,5	1 054
1881	1 748 686	1 682 149	820 465	150 883	66 537	7 571	90	38,0	1 050
1882	1 769 501	1 702 348	828 567	156 526	67 153	7 931	92	38,0	1 055
1883	1 749 874	1 683 699	820 105	153 684	66 175	7 610	91	37,8	1 053
1884	1 793 942	1 725 583	839 882	162 640	68 359	8 048	94	38,1	1 055
1885	1 798 637	1 729 927	842 553	162 024	68 710	8 233	94	38,2	1 053
1886	1 814 499	1 746 133	850 832	163 837	68 366	7 981	94	37,7	1 052
1887	1 825 561	1 757 079	857 023	164 162	68 482	7 956	93	37,5	1 050
1888	1 828 379	1 761 407	858 197	.	66 972	.	.	36,6	1 052
1889	1 838 439	1 772 570	864 120	.	65 869	.	.	35,8	1 051
1890	1 820 264	1 759 253	856 208	.	61 011	.	.	33,5	1 055
1891	1 903 160	1 840 172	895 286	.	62 988	.	.	33,1	1 055
1892	1 856 999	1 795 971	873 262	.	61 028	.	.	32,9	1 057
1893	1 928 270	1 865 715	908 364	168 919	62 555	7 433	91	32,4	1 054
1894	1 904 297	1 841 205	897 559	170 555	63 092	7 743	93	33,1	1 051
1895	1 941 644	1 877 278	914 668	168 575	64 366	7 696	90	33,2	1 052
1896	1 979 747	1 914 749	933 095	177 422	64 998	7 937	93	32,8	1 052
1897	1 991 126	1 926 690	938 576	176 043	64 436	7 991	91	32,4	1 053
1898	2 029 891	1 964 731	957 599	177 395	65 160	7 825	90	32,1	1 052
1899	2 045 286	1 980 304	964 584	175 843	64 982	7 661	89	31,8	1 053
1900	2 060 657	1 996 139	971 191	172 207	64 518	7 437	86	31,3	1 055
1901	2 097 838	2 032 313	989 107	172 320	65 525	7 363	85	31,2	1 055
1902	2 089 414	2 024 735	986 664	169 786	64 679	7 297	84	31,0	1 052
1903	2 046 206	1 983 078	966 624	163 362	63 128	7 172	82	30,9	1 052
1904	2 089 347	2 025 847	985 888	168 439	63 500	7 281	83	30,4	1 055
1905	2 048 453	1 987 153	966 281	167 501	61 300	6 993	84	29,9	1 056
1906	2 084 739	2 022 477	984 558	170 020	62 262	7 040	84	29,9	1 054
1907	2 060 973	1 999 933	972 471	171 906	61 040	7 272	86	29,6	1 057
1908	2 076 660	2 015 052	980 879	176 685	61 608	7 427	88	29,7	1 054
1909	2 038 357	1 978 278	963 548	176 383	60 079	7 317	89	29,5	1 053
1910	1 982 836	1 924 778	937 642	172 384	58 058	7 200	90	29,3	1 053
1911	1 927 039	1 870 729	910 164	169 914	56 310	7 142	91	29,2	1 055
1912	1 925 883	1 869 636	907 859	176 515	56 247	7 342	94	29,2	1 059
1913	1 894 598	1 838 750	895 015	176 579	55 848	7 398	96	29,5	1 054
1914	1 874 389	1 818 596	884 368	176 270	55 793	7 644	97	29,8	1 056
1915	1 425 596	1 382 546	672 717	153 143	43 050	6 279	111	30,2	1 055
1916	1 062 287	1 029 484	498 430	112 703	32 803	4 974	109	30,9	1 065
1917	939 938	912 109	440 812	104 066	27 829	4 267	114	29,6	1 069
1918	956 251	926 813	447 161	120 122	29 438	5 131	130	30,8	1 073
1919	1 299 404	1 260 500	606 136	138 990	38 904	6 313	110	29,9	1 080
1920	1 651 593	1 599 287	771 932	179 422	52 306	8 628	112	31,7	1 072

II. Bevölkerungsbewegung

5. Geborene nach Geschlecht und Legitimität

Jahr	Geborene insgesamt	Lebendgeborene			Totgeborene		Nicht-ehelich Lebendgeborene auf 1 000 Lebendgeborene	Totgeborene auf 1 000 Lebend- und Totgeborene	Knaben auf 1 000 lebendgeborene Mädchen
		zusammen	und zwar		zusammen	darunter nicht-ehelich			
			weiblich	nichtehelich					
Reichsgebiet									
1921	1 611 490	1 560 447	767 973	164 804	50 973	8 365	106	31,6	1 073
1922	1 450 893	1 404 215	678 528	149 238	46 678	.	106	32,2	1 075
1923	1 340 154	1 297 449	627 425	133 670	42 705	.	103	31,9	1 073
1924	1 313 625	1 270 820	614 548	132 332	42 805	.	104	32,6	1 073
1925	1 336 327	1 292 499	625 832	152 667	43 828	7 785	118	33,0	1 065
1926	1 269 419	1 227 900	595 530	151 928	41 519	7 644	124	32,7	1 062
1927	1 200 029	1 161 719	563 954	142 745	38 310	6 682	123	31,9	1 060
1928	1 220 777	1 182 815	573 763	144 381	37 962	6 577	122	31,1	1 062
1929	1 183 728	1 147 458	556 299	138 531	36 270	6 064	121	30,6	1 063
1930	1 163 381	1 127 450	547 122	135 292	35 931	5 901	120	30,9	1 061
1931	1 063 921	1 031 770	500 269	121 225	32 151	5 158	118	30,2	1 062
1932	1 007 798	978 210	474 110	113 831	29 588	4 615	116	29,4	1 063
1933	985 067	956 971	463 498	102 117	28 096	4 121	107	28,5	1 065
1934	1 214 936	1 182 789	571 762	100 894	32 147	3 906	85	26,5	1 069
1935	1 297 075	1 263 976	611 636	98 194	33 099	3 622	78	25,5	1 067
1936	1 312 053	1 278 583	619 537	98 385	33 470	3 646	77	25,5	1 064
1937	1 308 607	1 277 046	619 044	97 768	31 561	3 326	77	24,0	1 063
1938 ¹⁾	1 380 267	1 348 534	652 401	102 493	31 733	3 216	76	23,0	1 067
Bundesgebiet									
1938	847 316	828 175	.	54 698	19 141	.	66,0	22,6	.
1945	.	520 000 ²⁾
1946	750 289	732 998	352 589	120 084	17 291	3 866	163,8	23,0	1 079
1947	798 431	781 421	376 662	92 602	17 010	3 042	118,5	21,3	1 075
1948	823 927	806 074	387 457	82 448	17 853	2 836	102,3	21,7	1 080
1949	851 511	832 803	401 389	77 503	18 708	2 741	93,1	22,0	1 075
1950	830 953	812 835	391 891	79 075	18 118	2 723	97,3	21,8	1 074
1951	813 398	795 608	385 026	76 703	17 790	2 529	96,4	21,9	1 066
1952	816 225	799 080	386 037	72 140	17 145	2 351	90,3	21,0	1 070
1953	812 552	796 096	385 912	69 055	16 456	2 048	86,7	20,3	1 063
1954	832 807	816 028	395 162	68 733	16 779	2 040	84,2	20,1	1 065
1955	836 686	820 128	396 893	64 427	16 558	1 912	78,6	19,8	1 066
1956	872 016	855 887	414 772	63 954	16 129	1 791	74,7	18,5	1 064
1957	908 139	892 228	431 408	64 172	15 911	1 607	71,9	17,5	1 068
1958	919 547	904 465	437 604	61 914	15 082	1 463	68,5	16,4	1 057
1959	966 893	951 942	461 151	63 716	14 951	1 429	66,9	15,5	1 064
1960	983 678	968 629	470 447	61 330	15 049	1 343	63,3	15,3	1 059
1961	1 027 391	1 012 687	492 097	60 269	14 704	1 238	59,5	14,3	1 058
1962	1 032 913	1 018 552	494 751	56 648	14 361	1 178	55,6	13,9	1 059
1963	1 068 114	1 054 123	512 311	55 120	13 991	1 106	52,3	13,1	1 058
1964	1 079 027	1 065 437	517 458	53 131	13 590	1 024	49,9	12,6	1 059
1965	1 057 229	1 044 328	507 398	48 977	12 901	956	46,9	12,2	1 058
1966	1 062 519	1 050 345	510 853	47 854	12 174	819	45,6	11,5	1 056
1967	1 030 881	1 019 459	495 825	46 964	11 422	802	46,1	11,1	1 056
1968	980 527	969 825	471 623	46 209	10 702	708	47,6	10,9	1 056
1969	913 149	903 456	439 026	45 498	9 693	746	50,4	10,6	1 058
1970	819 159	810 808	394 487	44 280	8 351	703	54,6	10,2	1 055
1971 ³⁾	786 206	778 531	378 105	45 263	7 675	...	58,1	9,8	1 059

¹⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ²⁾ Geschätzte Zahl. — ³⁾ Vorläufige Ergebnisse.

6. Allgemeine Fruchtbarkeitsziffern*)

Jahresdurchschnitt bzw. Jahr	Ziffer	Jahr	Ziffer	Jahr	Ziffer	Jahr	Ziffer
Reichsgebiet				Bundesgebiet			
1871/72	163	1925	80	1946 ¹⁾	65	1960	82
1876	164	1926	75	1947 ¹⁾	67	1961	86
1880/81	167	1927	71	1948 ¹⁾	69	1962	85
1885/86	166	1928	71	1949 ¹⁾	71	1963	87
1890	160	1929	69	1950 ¹⁾	70	1964	87
1890/91	163	1930	67	1951 ¹⁾	68	1965	85
1900/01	158	1931	62	1952 ¹⁾	68	1966	86
1909/11	130	1932	59	1953 ¹⁾	68	1967	84
1912/13	117	1933	60	1954 ¹⁾	69	1968	80
1920	100	1934	73	1955 ¹⁾	69	1969	74
1921	90	1935	78	1956 ¹⁾	73		
1922	89	1936	78	1957 ¹⁾	76		
1923	81	1937	77	1958	76		
1924	79	1938	81	1959	80		

*) Lebendgeborene auf 1 000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren.

1) Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin).

7. Sterbetafeln in abgekürzter Form

Vollendetes Altersjahr	m = männlich w = weiblich	Reichsgebiet					Bundesgebiet				
		1871/80	1881/90	1901/10	1924/26	1932/34	1946/47 ¹⁾	1949/51 ¹⁾	1960/62	1967/69 ²⁾	

Von 100 000 Lebendgeborenen erreichten nebenstehendes Alter

(Absterbeordnung)

0	m	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000
	w	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000
1	m	74 727	75 831	79 766	88 462	91 465	89 840	93 823	96 467	97 423
	w	78 260	79 311	82 952	90 608	93 161	91 938	95 091	97 222	98 023
2	m	69 876	70 998	76 585	87 030	90 618	88 919	93 433	96 244	97 248
	w	73 280	74 404	79 761	89 255	92 394	91 059	94 749	97 027	97 877
5	m	64 871	66 127	74 211	85 855	89 654	87 770	92 880	95 929	96 983
	w	68 126	69 377	77 334	88 169	91 535	90 087	94 270	96 782	97 671
10	m	62 089	63 526	72 827	85 070	88 793	87 001	92 444	95 620	96 678
	w	65 237	66 601	75 845	87 452	90 753	89 519	93 937	96 579	97 470
15	m	60 892	62 441	72 007	84 469	88 244	86 391	92 097	95 388	96 442
	w	63 878	65 306	74 887	86 877	90 270	89 093	93 701	96 434	97 329
20	m	59 287	60 970	70 647	83 268	87 298	85 266	91 466	94 812	95 794
	w	62 324	63 838	73 564	85 808	89 490	88 308	93 295	96 188	97 067
25	m	56 892	58 897	68 881	81 429	86 032	83 270	90 531	93 948	95 029
	w	60 174	61 937	71 849	84 275	88 390	87 210	92 711	95 884	96 781
30	m	54 454	56 713	67 092	79 726	84 715	81 460	89 518	93 166	94 313
	w	57 566	59 584	69 848	82 597	87 139	86 060	92 039	95 485	96 451
35	m	51 815	54 168	65 104	78 111	83 234	79 638	88 428	92 322	93 496
	w	54 685	56 921	67 679	80 847	85 754	84 885	91 221	94 949	96 000
40	m	48 775	51 148	62 598	76 313	81 481	77 655	87 102	91 218	92 366
	w	51 576	54 054	65 283	78 917	84 135	83 634	90 225	94 184	95 310
45	m	45 272	47 668	59 405	74 032	79 285	75 396	85 342	89 659	90 723
	w	48 481	51 146	62 717	76 704	82 211	82 071	88 901	93 081	94 254
50	m	41 228	43 684	55 340	71 006	76 322	72 455	82 648	87 230	88 145
	w	45 245	48 110	59 812	73 943	79 620	79 979	86 991	91 442	92 601
55	m	36 544	38 989	50 186	66 818	72 147	68 586	78 562	83 221	84 173
	w	41 308	44 293	55 984	70 236	76 038	77 038	84 255	89 063	90 206
60	m	31 124	33 456	43 807	60 883	66 293	63 276	72 852	76 652	77 808
	w	36 293	39 287	50 780	65 076	70 984	72 945	80 166	85 484	86 723
65	m	24 802	26 940	36 079	52 715	58 106	55 844	64 999	66 941	67 929
	w	29 703	32 628	43 540	57 671	63 712	66 813	73 875	79 839	81 174
70	m	17 550	19 665	27 136	41 906	47 059	45 901	54 394	54 461	54 191
	w	21 901	24 546	34 078	47 255	53 184	57 563	63 994	70 840	72 318
75	m	10 743	12 188	17 586	28 998	33 479	33 039	40 700	39 784	38 355
	w	13 677	15 645	23 006	34 028	39 132	44 147	49 605	57 076	58 811
80	m	5 035	5 833	8 987	16 066	19 122	18 294	25 106	24 156	22 889
	w	6 570	7 815	12 348	19 711	23 500	27 509	31 787	38 507	40 685
85	m	1 635	1 909	3 212	6 371	7 732	6 622	11 321	10 861	10 278
	w	2 232	2 756	4 752	8 372	10 373	12 193	15 225	19 500	21 272
90	m	330	360	683	1 599	1 966	1 202	3 175	3 092	2 987
	w	471	612	1 131	2 356	2 868	3 180	4 815	6 480	7 391

II. Bevölkerungsbewegung

7. Sterbetafeln in abgekürzter Form

Vollendetes Altersjahr	m = männlich w = weiblich	Reichsgebiet					Bundesgebiet			
		1871/80	1881/90	1901/10	1924/26	1932/34	1946/47 ¹⁾	1949/51 ¹⁾	1960/62	1967/69 ²⁾
Lebenserwartung in Jahren										
0	m	35,58	37,17	44,82	55,97	59,86	57,72	64,56	66,86	67,39
	w	38,45	40,25	48,33	58,82	62,81	63,44	68,48	72,39	73,51
1	m	46,52	47,92	55,12	62,24	64,43	63,22	67,80	68,31	68,17
	w	48,06	49,67	57,20	63,89	66,41	67,99	71,01	73,46	73,99
2	m	48,72	50,15	56,39	62,26	64,03	62,87	67,08	67,46	67,29
	w	50,30	51,91	58,47	63,85	65,96	67,64	70,26	72,60	73,10
5	m	49,39	50,76	55,15	60,09	61,70	60,68	64,47	64,68	64,47
	w	51,01	52,58	57,27	61,62	63,56	65,36	67,61	69,78	70,25
10	m	46,51	47,75	51,16	55,63	57,28	56,20	59,76	59,88	59,67
	w	48,18	49,69	53,35	57,11	59,09	60,76	62,84	64,93	65,39
15	m	42,38	43,54	46,71	51,00	52,62	51,58	54,98	55,02	54,80
	w	44,15	45,63	49,00	52,47	54,39	56,03	57,99	60,02	60,48
20	m	38,45	39,52	42,56	46,70	48,16	47,22	50,34	50,34	50,16
	w	40,19	41,62	44,84	48,09	49,84	51,51	53,24	55,17	55,64
25	m	34,96	35,83	38,59	42,70	43,83	43,29	45,83	45,78	45,54
	w	36,53	37,81	40,84	43,92	45,43	47,12	48,55	50,33	50,80
30	m	31,41	32,11	34,55	38,56	39,47	39,20	41,32	41,14	40,87
	w	33,07	34,21	36,94	39,76	41,05	42,72	43,89	45,53	45,96
35	m	27,88	28,49	30,53	34,30	35,13	35,04	36,80	36,50	36,20
	w	29,68	30,69	33,04	35,56	36,67	38,28	39,26	40,78	41,16
40	m	24,46	25,03	26,64	30,05	30,83	30,86	32,32	31,91	31,61
	w	26,32	27,16	29,16	31,37	32,33	33,81	34,67	36,09	36,44
45	m	21,16	21,67	22,94	25,90	26,61	26,71	27,93	27,41	27,14
	w	22,84	23,57	25,25	27,20	28,02	29,41	30,14	31,48	31,82
50	m	17,98	18,41	19,43	21,89	22,54	22,69	23,75	23,10	22,85
	w	19,29	19,89	21,35	23,12	23,85	25,11	25,75	27,00	27,34
55	m	14,96	15,32	16,16	18,09	18,69	18,82	19,85	19,08	18,80
	w	15,88	16,38	17,64	19,20	19,85	20,96	21,50	22,65	23,00
60	m	12,11	12,43	13,14	14,60	15,11	15,18	16,20	15,49	15,12
	w	12,71	13,14	14,17	15,51	16,07	16,99	17,46	18,48	18,81
65	m	9,55	9,82	10,40	11,46	11,87	11,85	12,84	12,36	11,93
	w	9,96	10,29	11,09	12,17	12,60	13,31	13,72	14,60	14,92
70	m	7,34	7,51	7,99	8,74	9,05	8,85	9,84	9,60	9,30
	w	7,60	7,84	8,45	9,27	9,58	10,02	10,42	11,12	11,42
75	m	5,51	5,60	5,97	6,50	6,68	6,29	7,28	7,20	7,10
	w	5,66	5,87	6,30	6,87	7,09	7,26	7,68	8,16	8,43
80	m	4,10	4,11	4,38	4,77	4,84	4,34	5,24	5,24	5,25
	w	4,22	4,37	4,65	5,06	5,15	5,11	5,57	5,85	6,04
85	m	3,06	2,99	3,18	3,50	3,52	2,93	3,72	3,76	3,78
	w	3,14	3,26	3,40	3,76	3,70	3,53	4,02	4,17	4,30
90	m	2,34	2,20	2,35	2,68	2,63	1,95	2,66	2,69	2,72
	w	2,37	2,49	2,59	2,92	2,72	2,37	2,89	3,03	3,15

¹⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — ²⁾ 1967/69 abgekürzte Berechnung.

8. Sterbeziffern für fünfjährige Altersgruppen

Alter von ... bis unter ... Jahren	Gestorbene auf 1 000 Lebende vorstehenden Alters					
	1913	1920	1925	1930	1935	1939 ¹⁾
Reichsgebiet						
Männlich						
1 — 5	13,5	14,3	7,7	5,7	5,3	5,1
5 — 10	2,9	3,2	1,9	2,1	2,3	2,1
10 — 15	1,9	2,3	1,4	1,3	1,5	1,4
15 — 20	3,4	5,3	2,8	2,5	2,3	2,3
20 — 25	4,4	7,1	4,4	3,6	3,2	3,0
25 — 30	4,6	6,7	4,2	3,6	3,1	3,1
30 — 35	5,1	6,3	4,2	3,9	3,6	3,5
35 — 40	6,4	6,5	4,7	4,6	4,5	4,4
40 — 45	8,6	7,4	6,0	5,7	5,7	5,9
45 — 50	11,6	9,6	8,4	7,9	7,9	8,2
50 — 55	16,6	13,9	12,2	11,5	11,6	12,1
55 — 60	24,1	20,6	18,5	17,5	17,5	18,5
60 — 65	35,8	32,0	28,3	26,9	26,4	28,1
65 — 70	52,8	50,8	44,5	42,1	42,6	44,4
70 — 75	80,2	79,6	70,9	66,9	68,8	71,0
75 — 80	123,9	126,5	112,3	106,2	111,7	116,3
80 — 85	189,2	195,6	171,5	166,6	181,2	189,0
85 — 90	273,6	285,0	258,7	247,9	281,1	294,7
90 und mehr	386,6	376,0	297,8	328,2	385,4	447,4

Fußnoten siehe S. 111.

II. Bevölkerungsbewegung

8. Sterbeziffern für fünfjährige Altersgruppen

Alter von ... bis unter ... Jahren	Gestorbene auf 1 000 Lebende vorstehenden Alters					
	1913	1920	1925	1930	1935	1939 ¹⁾
Reichsgebiet						
Weiblich						
1 — 5	12,8	13,4	7,1	5,0	4,6	4,2
5 — 10	3,0	3,2	1,7	1,9	2,1	1,8
10 — 15	2,0	2,3	1,3	1,2	1,3	1,2
15 — 20	3,1	4,1	2,4	1,9	1,7	1,6
20 — 25	4,0	5,8	3,5	2,8	2,7	2,2
25 — 30	4,7	6,8	3,9	3,2	2,9	2,6
30 — 35	5,3	7,0	4,3	3,5	3,4	2,9
35 — 40	6,1	7,2	4,8	4,0	3,9	3,6
40 — 45	6,9	7,6	5,7	4,9	4,8	4,5
45 — 50	8,5	9,1	7,3	6,6	6,4	6,2
50 — 55	11,8	12,5	10,1	9,5	9,2	9,2
55 — 60	17,4	18,0	15,2	13,9	13,9	13,8
60 — 65	27,9	27,7	23,7	22,2	22,4	22,1
65 — 70	44,5	45,9	39,0	36,0	37,0	36,8
70 — 75	72,0	75,4	63,7	59,3	61,9	62,3
75 — 80	113,1	121,5	103,5	97,8	103,5	104,1
80 — 85	176,1	190,5	161,8	156,1	167,0	170,6
85 — 90	258,0	267,0	236,4	229,4	261,7	267,2
90 und mehr	371,1	395,4	285,9	302,3	392,3	414,2

Alter von ... bis unter ... Jahren	Gestorbene auf 1 000 Lebende vorstehenden Alters					
	1946 ²⁾	1950 ²⁾	1955 ²⁾	1960	1965	1969
Bundesgebiet						
Männlich						
1 — 5	6,0	2,6	1,8	1,5	1,2	1,2
5 — 10	1,9	0,9	0,7	0,6	0,6	0,6
10 — 15	1,5	0,8	0,5	0,5	0,5	0,5
15 — 20	3,0	1,4	1,3	1,3	1,2	1,4
20 — 25	5,6	2,0	2,1	1,8	1,6	1,6
25 — 30	4,9	2,2	1,9	1,8	1,5	1,5
30 — 35	5,5	2,4	2,0	1,8	1,8	1,8
35 — 40	5,5	3,0	2,4	2,5	2,3	2,5
40 — 45	6,4	4,1	3,5	3,5	3,5	3,7
45 — 50	8,2	6,3	5,8	5,5	5,3	5,9
50 — 55	11,2	10,1	9,7	9,6	9,4	9,6
55 — 60	16,1	15,0	16,0	16,5	16,1	15,8
60 — 65	24,7	22,4	24,5	27,1	27,0	27,8
65 — 70	38,6	35,4	37,4	41,5	42,8	46,6
70 — 75	63,1	56,8	60,3	64,0	64,2	71,1
75 — 80	110,8	92,8	99,8	101,4	97,9	104,4
80 — 85	184,3	151,2	162,1	162,7	152,3	154,8
85 — 90	290,0	233,1	260,5	253,4	232,4	237,8
90 und mehr	415,9	366,4	368,2	405,0	344,9	360,5
Weiblich						
1 — 5	5,3	2,2	1,4	1,2	1,0	0,9
5 — 10	1,4	0,7	0,5	0,4	0,4	0,4
10 — 15	1,0	0,5	0,3	0,3	0,3	0,3
15 — 20	2,0	0,9	0,6	0,5	0,5	0,6
20 — 25	2,9	1,2	0,8	0,6	0,6	0,6
25 — 30	2,8	1,5	1,1	0,9	0,7	0,7
30 — 35	3,0	1,8	1,4	1,2	1,0	0,9
35 — 40	3,1	2,2	1,9	1,7	1,5	1,5
40 — 45	3,9	2,9	2,5	2,3	2,3	2,3
45 — 50	5,3	4,4	3,8	3,7	3,4	3,7
50 — 55	7,4	6,5	5,7	5,3	5,3	5,4
55 — 60	11,1	10,0	8,8	8,4	7,9	8,0
60 — 65	17,8	16,3	14,5	14,0	13,5	13,4
65 — 70	29,8	28,7	26,0	24,7	22,9	23,6
70 — 75	50,7	50,2	48,2	44,6	40,8	41,5
75 — 80	89,3	85,2	86,4	81,2	71,9	72,8
80 — 85	146,1	140,6	145,5	139,5	124,3	123,8
85 — 90	237,2	215,7	227,1	227,6	198,4	204,1
90 und mehr	365,5	338,1	343,0	363,3	303,8	304,7

¹⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ²⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin).

II. Bevölkerungsbewegung

9. Säuglingssterblichkeit nach Lebensmonaten

Lebensmonat	Von je 100 000 in den nebenstehenden Lebensmonat eintretenden Kindern starben innerhalb dieses Monats					
	1881/90	1891/1900	1901/10	1924/26	1932/34	1938 ¹⁾
Reichsgebiet						
Knaben						
1. Monat	7 938	7 372	6 539	4 969	4 444	3 567
2. Monat	3 143	3 111	2 590	1 242	788	624
3. Monat	2 714	2 711	2 280	1 105	688	544
4. Monat	2 386	2 359	1 951	915	545	457
5. Monat	1 988	1 981	1 654	739	460	382
6. Monat	1 692	1 668	1 416	615	378	311
7. Monat	1 540	1 504	1 259	543	336	270
8. Monat	1 342	1 313	1 099	494	291	223
9. Monat	1 232	1 202	1 006	446	263	193
10. Monat	1 181	1 108	929	395	232	166
11. Monat	1 030	963	806	338	205	132
12. Monat	951	870	722	301	180	124
1. Lebensjahr	24 169	23 386	20 234	11 538	8 535	6 821
Mädchen						
1. Monat	6 268	5 782	5 129	3 940	3 544	2 792
2. Monat	2 649	2 583	2 109	964	596	445
3. Monat	2 275	2 247	1 845	873	515	405
4. Monat	2 016	1 967	1 620	716	433	318
5. Monat	1 670	1 662	1 363	590	337	271
6. Monat	1 430	1 411	1 180	502	310	219
7. Monat	1 317	1 289	1 081	445	277	198
8. Monat	1 175	1 142	963	411	245	182
9. Monat	1 102	1 059	894	390	229	156
10. Monat	1 079	1 002	850	343	194	129
11. Monat	954	877	746	312	174	121
12. Monat	896	811	683	279	160	109
1. Lebensjahr	20 698	19 862	17 048	9 392	6 839	5 244

Lebensmonat	Von je 100 000 in den nebenstehenden Lebensmonat eintretenden Kindern starben innerhalb dieses Monats					
	1949/51 ²⁾	1956/58	1960/62	1963/65	1966/68	1968/70
Bundesgebiet						
Knaben						
1. Monat	3 768	2 798	2 551	2 139	2 025	2 044
2. Monat	523	275	196	128	107	109
3. Monat	479	259	170	108	84	82
4. Monat	391	213	148	91	66	69
5. Monat	295	155	107	76	59	60
6. Monat	226	108	84	63	55	48
7. Monat	159	89	71	52	52	46
8. Monat	131	77	61	47	41	41
9. Monat	107	64	54	45	36	34
10. Monat	84	57	48	37	33	30
11. Monat	69	44	39	32	26	27
12. Monat	66	42	34	29	24	23
1. Lebensjahr	6 177	4 134	3 539	2 830	2 594	2 612
Mädchen						
1. Monat	3 045	2 201	2 001	1 682	1 542	1 543
2. Monat	374	211	139	96	80	80
3. Monat	371	196	132	81	61	66
4. Monat	292	162	108	73	51	53
5. Monat	222	116	87	59	45	40
6. Monat	172	86	69	47	40	37
7. Monat	141	74	58	45	37	35
8. Monat	104	62	52	41	33	32
9. Monat	92	54	45	38	33	32
10. Monat	77	51	37	33	29	24
11. Monat	58	39	35	26	27	24
12. Monat	56	38	33	23	21	19
1. Lebensjahr	4 909	3 262	2 778	2 234	1 989	1 987

¹⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ²⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin).

II. Bevölkerungsbewegung

10. Gestorbene Säuglinge nach Legitimität

Jahr	Im ersten Lebensjahr Gestorbene (ohne Totgeborene)								
	Ehelich und nichtehelich			Ehelich			Nichtehelich		
	insgesamt ¹⁾	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
Reichsgebiet									
1901.....	420 223	232 416	187 806	361 745	200 568	161 177	58 477	31 848	26 629
1902.....	370 799	206 679	164 120	321 055	179 459	141 596	49 744	27 220	22 524
1903.....	404 529	223 903	180 618	351 085	194 712	156 373	53 436	29 191	24 245
1904.....	397 781	220 393	177 388	344 972	191 490	153 482	52 809	28 903	23 906
1905.....	407 999	226 273	181 725	353 344	196 196	157 148	54 654	30 077	24 577
1906.....	374 636	208 622	166 014	324 592	181 088	143 504	50 044	27 534	22 510
1907.....	351 046	195 761	155 284	302 920	169 217	133 703	48 125	26 544	21 581
1908.....	359 022	200 260	158 761	308 680	172 624	136 056	50 341	27 636	22 705
1909.....	335 436	186 673	148 761	288 202	160 674	127 528	47 232	25 999	21 233
1910.....	311 462	173 417	138 045	267 171	149 039	118 132	44 291	24 378	19 913
1911.....	359 522	198 816	160 706	308 765	171 036	137 729	50 757	27 780	22 977
1912.....	275 571	154 209	121 362	234 544	131 512	103 032	41 027	22 697	18 330
1913.....	277 196	154 673	122 523	235 272	131 521	103 751	41 924	23 152	18 772
1914.....	297 382	165 465	131 917	252 824	140 783	112 041	44 558	24 682	19 876
1919.....	152 242	86 078	66 164	120 759	68 484	52 275	31 483	17 594	13 889
1920.....	209 723	119 009	90 714	168 414	96 083	72 331	41 309	22 926	18 383
1921.....	208 833	118 314	90 519	170 141	96 675	73 466	38 692	21 639	17 053
1922.....	182 160	103 395	78 765	146 928	83 723	63 205	35 232	19 672	15 560
1923.....	171 016	96 520	74 496	139 410	79 003	60 407	31 606	17 517	14 089
1924.....	138 012	78 109	59 903	112 648	64 076	48 572	25 364	14 033	11 331
1925.....	135 989	77 232	58 757	109 588	62 567	47 021	26 401	14 665	11 736
1926.....	124 765	70 721	54 044	100 796	57 300	43 496	23 969	13 421	10 548
1927.....	112 721	64 056	48 665	91 636	52 181	39 455	21 085	11 875	9 210
1928.....	105 578	60 311	45 267	85 864	49 280	36 584	19 714	11 031	8 683
1929.....	110 654	63 091	47 563	90 634	51 863	38 771	20 020	11 228	8 792
1930.....	95 354	54 263	41 091	78 544	44 789	33 755	16 810	9 474	7 336
1931.....	85 628	49 066	36 562	70 668	40 703	29 965	14 960	8 363	6 597
1932.....	77 451	43 899	33 552	64 216	36 544	27 672	13 235	7 355	5 880
1933.....	73 283	41 921	31 362	61 599	35 308	26 291	11 684	6 613	5 071
1934.....	77 848	44 867	32 981	67 199	38 774	28 425	10 649	6 093	4 556
1935.....	86 649	49 948	36 701	75 699	43 729	31 970	10 950	6 219	4 731
1936.....	84 602	48 747	35 855	74 425	42 960	31 465	10 177	5 787	4 390
1937.....	82 194	46 849	33 767	70 786	41 123	29 663	9 830	5 726	4 104
1938 ²⁾	80 616	46 849	33 767	70 786	41 123	29 663	9 830	5 726	4 104
Bundesgebiet									
1949.....	49 120	28 160	20 960	40 642	23 359	17 283	8 478	4 801	3 677
1950.....	45 252	26 092	19 160	37 253	21 539	15 714	7 999	4 553	3 446
1951.....	42 372	24 359	18 013	35 220	20 283	14 937	7 152	4 076	3 076
1952.....	38 624	22 175	16 449	32 541	18 727	13 814	6 083	3 448	2 635
1953.....	37 069	21 192	15 877	31 571	18 111	13 460	5 498	3 081	2 417
1954.....	35 171	20 086	15 085	30 069	17 225	12 844	5 102	2 861	2 241
1955.....	34 284	19 540	14 744	29 489	16 910	12 579	4 795	2 630	2 165
1956.....	33 098	18 894	14 204	28 778	16 463	12 315	4 320	2 431	1 889
1957.....	32 479	18 837	13 642	28 258	16 415	11 843	4 221	2 422	1 799
1958.....	32 589	18 708	13 881	28 581	16 453	12 128	4 008	2 255	1 753
1959.....	32 642	18 637	14 005	28 699	16 421	12 278	3 943	2 216	1 727
1960.....	32 724	18 761	13 963	28 914	16 655	12 259	3 810	2 106	1 704
1961.....	32 108	18 434	13 674	28 825	16 585	12 240	3 283	1 849	1 434
1962.....	29 807	17 139	12 668	26 710	15 398	11 312	3 097	1 741	1 356
1963.....	28 473	16 292	12 181	25 641	14 709	10 932	2 832	1 583	1 249
1964.....	26 948	15 429	11 519	24 373	13 984	10 389	2 575	1 445	1 130
1965.....	24 947	14 304	10 643	22 695	13 049	9 646	2 252	1 255	997
1966.....	24 803	14 352	10 451	22 618	13 080	9 538	2 185	1 272	913
1967.....	23 303	13 480	9 823	21 233	12 335	8 898	2 070	1 145	925
1968.....	22 110	12 832	9 278	20 147	11 742	8 405	1 963	1 090	873
1969.....	21 162	12 249	8 913	19 191	11 092	8 099	1 971	1 157	814
1970.....	19 165	11 201	7 964	17 314	10 140	7 174	1 851	1 061	790

¹⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ²⁾ Einschl. der Fälle unbekanntes Geschlechts und unbekannter Legitimität.

II. Bevölkerungsbewegung

12. Auswanderer bzw. Fortzüge über die Auslandsgrenzen nach ausgewählten Zielgebieten*)

Jahr	Auswanderer		davon nach								
	insgesamt	auf 100 000 Einwohner	Europa	Amerika	darunter				Afrika	Asien	Australien
					Argentinien	Brasilien	Kanada	Vereinigte Staaten			
Reichsgebiet											
1871	76 224	186	.	75 066	62	920	9	73 816	18	11	817
1872	128 152	311	.	124 464	160	3 508	690	119 780	2	12	1 172
1873	110 438	265	.	102 294	232	5 048	49	96 641	4	9	1 331
1874	47 671	114	.	44 174	165	1 019	138	42 492	5	33	900
1875	32 329	76	.	29 709	126	1 387	38	27 834	1	37	1 026
1876	29 644	69	.	27 057	104	3 432	11	22 767	54	31	1 226
1877	22 898	53	.	19 877	87	1 069	11	18 240	750	31	1 306
1878	25 627	58	.	22 055	201	1 048	89	20 373	394	50	1 718
1879	35 888	80	.	32 999	216	1 630	44	30 808	23	31	274
1880	117 097	260	.	105 995	189	2 119	222	103 115	27	36	132
1881	220 902	487	.	209 453	362	2 102	286	206 189	314	35	745
1882	203 585	445	.	192 247	599	1 286	383	189 373	335	40	1 247
1883	173 616	377	.	163 193	668	1 583	591	159 894	772	50	2 104
1884	149 065	322	.	142 655	692	1 253	728	139 339	230	35	666
1885	110 119	236	.	106 268	726	1 713	692	102 224	294	72	604
1886	83 225	177	.	79 034	637	2 045	330	75 591	191	116	534
1887	104 787	220	.	98 683	908	1 152	270	95 976	302	227	500
1888	103 951	216	.	97 415	1 225	1 129	199	94 364	331	230	539
1889	96 070	197	.	89 079	1 519	2 412	88	84 424	422	262	496
1890	97 103	197	.	95 993	1 033	4 148	307	89 765	471	165	474
1891	120 089	241	.	118 955	665	3 779	976	113 046	599	97	438
1892	116 339	231	.	115 376	699	796	1 577	111 806	476	120	376
1893	87 677	173	.	86.684	684	1 173	6 136	78 249	586	146	261
1894	40 964	80	.	39 828	751	1 288	1 490	35 902	760	151	225
1895	37 498	72	.	36 267	795	1 405	1 100	32 503	886	134	211
1896	33 824	64	.	32 160	745	1 001	634	29 007	1 346	144	174
1897	24 631	46	.	23 047	642	936	539	20 346	1 115	145	324
1898	22 221	41	.	20 731	629	821	208	18 563	1 104	223	163
1899	24 323	44	1 626	21 824	521	896	126	19 805	554	178	141
1900	22 309	40	1 388	20 541	275	364	144	19 703	183	1	196
1901	22 073	39	1 199	20 596	231	402	11	19 912	55	6	217
1902	32 098	56	1 183	30 564	316	807	183	29 211	114	2	235
1903	36 310	62	857	35 074	232	693	480	33 649	226	—	153
1904	27 984	47	719	27 088	312	355	332	26 085	78	2	97
1905	28 075	47	672	27 262	674	333	243	26 005	57	—	84
1906	31 074	51	310	30 645	686	182	540	29 226	33	—	86
1907	31 696	51	153	31 343	404	167	333	30 431	37	—	163
1908	19 883	32	157	19 517	515	326	260	17 951	33	1	175
1909	24 921	39	164	24 553	448	367	367	19 930	26	—	178
1910	25 531	40	77	25 310	793	353	460	22 773	16	—	128
1911	22 690	35	98	22 328	990	363	511	18 900	18	—	246
1912	18 545	28	90	18 129	1 278	225	891	13 706	4	—	322
1913	25 843	39	68	25 384	1 085	140	1 306	19 124	32	—	359
1914	11 803	17	51	11 512	281	77	589	9 614	8	—	232
1919	3 144	5	—	3 144	—	71	—	213	—	—	—
1920	8 458	14	1	8 457	588	798	—	1 429	—	—	—
1921	24 173	39	770	23 012	2 056	7 538	—	9 112	391	—	—
1922	36 623	59	57	35 944	4 996	5 261	3	24 677	607	15	—
1923	115 431	185	328	114 292	9 640	8 920	768	92 819	635	125	51
1924	58 328	93	—	57 265	8 125	21 016	2 221	22 475	1 000	60	3
1925	62 705	99	92	61 019	3 767	4 017	994	48 084	1 524	70	—
1926	65 280	103	616	62 660	3 975	3 302	1 388	51 144	1 883	72	49
1927	61 379	96	518	58 870	3 605	2 212	4 515	47 151	1 617	20	354
1928	57 241	89	675	55 279	2 920	1 506	4 144	45 504	1 188	19	80
1929	48 734	75	293	48 014	2 799	1 324	4 625	38 188	347	34	46
1930	37 399	57	200	35 789	2 933	1 167	4 631	25 427	1 323	29	58
1931	13 644	21	131	12 851	1 682	765	440	8 796	632	12	18
1932	10 325	16	70	10 136	1 256	646	261	7 258	85	6	28
1933	12 866	19	133	12 511	821	829	.	10 037	187	10	25
1934	14 232	21	138	13 273	764	890	.	10 717	783	18	20
1935	12 226	18	70	11 953	1 019	940	127	9 104	51	111	41
1936	15 190	23	33	14 335	1 487	1 625	60	10 190	669	141	12
1937	14 203	21	123	13 247	1 437	688	120	9 291	605	181	47
1938	22 986	34	294	20 992	2 414	618	93	12 997	1 054	298	348
1939	25 311	37	4 634	16 179	1 096	1 552	260	7 079	1 408	2 677	481

Fußnoten siehe S. 116.

II. Bevölkerungsbewegung

12. Auswanderer bzw. Fortzüge über die Auslandsgrenzen nach ausgewählten Zielgebieten*)

Jahr	Auswanderer		davon nach								
	insgesamt	auf 100 000 Einwohner	Europa	Amerika	darunter				Afrika	Asien	Australien
					Argentinien	Brasilien	Kanada	Vereinigte Staaten			
Bundesgebiet											
1946 ¹⁾	8 800	20		7 800	—	—	500	7 300	—	900	100
1947 ¹⁾	44 600	101		34 500	100	2 400	6 800	23 300	500	8 600	1 000
1948 ¹⁾	125 900	278		79 400	2 500	6 000	36 100	25 800	300	33 300	12 700
1949 ¹⁾	270 700	586		164 900	3 100	12 100	27 600	120 300	400	34 400	70 300
1950 ²⁾	167 800	358		115 100	2 600	3 000	16 200	91 300	2 200	2 200	47 400
1951 ¹⁾	159 600	337		148 200	2 100	3 900	41 600	98 400	2 500	1 100	6 900
1952 ¹⁾	106 100	222		96 200	1 300	2 700	27 300	63 600	3 000	900	5 900
1953 ¹⁾	80 000	166		67 900	700	2 500	34 200	29 200	2 900	1 200	7 900
1954 ¹⁾	128 456	262	54 040	56 405	776	1 906	21 692	30 262	3 137	2 265	11 449
1955 ¹⁾	129 543	262	62 496	54 512	899	1 305	13 887	36 579	3 031	2 596	6 184
1956 ¹⁾	160 239	320	73 743	74 038	673	1 128	19 201	50 792	2 960	3 317	5 616
1957 ²⁾	165 295	326	87 274	66 262	543	1 101	21 855	40 607	2 953	4 179	4 145
1958 ²⁾	154 514	295	94 441	47 952	582	1 310	12 176	31 886	3 276	4 128	4 365
1959 ²⁾	170 087	321	109 073	43 788	615	1 301	9 268	30 470	3 313	4 021	8 206
1960 ²⁾	209 978	392	148 847	43 016	723	1 233	9 752	29 017	4 280	4 171	9 361
1961 ²⁾	258 870	476	207 509	36 333	954	1 335	6 786	25 203	5 075	4 835	5 020
1962 ²⁾	319 701	581	269 896	34 118	773	1 215	5 931	23 953	7 071	5 726	2 786
1963 ²⁾	420 092	754	363 780	36 733	698	1 176	6 612	26 104	8 745	7 211	3 499
1964	457 767	781	388 698	44 736	802	1 198	7 040	32 889	9 890	9 102	4 551
1965	489 503	826	419 817	44 693	972	1 177	8 984	30 649	10 079	9 748	4 344
1966	608 775	1 018	534 686	45 959	994	1 432	9 351	30 661	10 933	11 723	4 651
1967	604 211	1 008	523 766	48 926	959	1 677	10 922	31 542	11 005	13 599	5 943
1968	404 301	669	333 705	43 081	999	1 655	8 234	28 602	9 505	11 380	5 721
1969	436 685	714	371 945	38 434	1 022	1 781	6 410	25 729	9 189	10 892	5 438
1970	495 675	801	433 774	34 881	934	1 752	5 321	23 444	10 123	10 900	5 284

*) Bis 1939 überseeische Wanderungen reichsdeutscher Auswanderer (für die bis 1890 über französische Häfen Ausgewanderten sind Angaben über die Zielgebiete nicht vorhanden). — 1946 bis 1953 Schätzungen. Näheres siehe Vorbemerkung.

¹⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — ²⁾ Bundesgebiet ohne Berlin.

13. Gesamtwanderungen

1 000

Jahr	Wanderungen					
	über die Grenzen des Bundesgebietes			nach einer anderen Gemeinde im Bundesgebiet		
	Zuzüge	Fortzüge	Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (—)	insgesamt	nach einem anderen Land	innerhalb der Länder
1950 ¹⁾	550,7	172,7	+378,0	2 931,4	814,2	2 117,3
1951 ¹⁾	386,2	248,6	+137,6	3 068,7	854,4	2 214,3
1952 ¹⁾	312,4	247,5	+ 64,9	2 987,0	855,5	2 131,5
1953 ¹⁾	500,3	151,4	+348,9	3 180,2	927,6	2 252,6
1954 ¹⁾	410,4	189,2	+221,2	3 201,3	879,3	2 322,0
1955 ¹⁾	501,7	190,9	+310,8	3 226,5	875,4	2 351,1
1956 ¹⁾	561,9	222,5	+339,5	3 270,7	906,3	2 364,5
1957 ²⁾	648,2	231,5	+416,6	3 270,6	957,8	2 312,7
1958 ²⁾	539,6	210,7	+329,0	3 243,2	956,0	2 287,2
1959 ²⁾	434,8	224,1	+210,7	3 289,2	950,1	2 339,1
1960 ²⁾	623,9	259,9	+364,0	3 241,5	948,4	2 293,1
1961 ²⁾	732,7	301,6	+431,1	3 286,4	958,7	2 327,7
1962 ²⁾	649,2	364,6	+284,5	3 266,6	964,7	2 302,0
1963 ²⁾	665,6	467,1	+198,5	3 306,2	957,4	2 348,8
1964 ²⁾	775,4	498,9	+276,5	3 475,1	992,4	2 482,7
1965	839,9	496,2	+343,8	3 600,0	1 099,0	2 500,9
1966	745,7	614,1	+131,6	3 691,5	1 099,9	2 591,6
1967	431,8	608,7	—176,9	3 612,7	1 041,8	2 570,8
1968	686,1	407,9	+278,1	3 617,6	1 049,8	2 567,8
1969	1 012,2	439,9	+572,3	3 666,4	1 093,0	2 573,4
1970	1 072,4	498,4	+574,0	3 661,5	1 117,6	2 544,0

¹⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — ²⁾ Bundesgebiet ohne Berlin.

III. Gesundheitswesen

Vorbemerkung

Allgemeines

Die statistische Erfassung einer Reihe von übertragbaren Krankheiten begann im Jahre 1900. Sie beruhte zunächst auf der Meldepflicht gemäß Reichsseuchengesetz von 1900, jetzt auf dem Bundesseuchengesetz von 1961. Grundlage sind in erster Linie die Meldungen der Ärzte, im Sonderfall der Tuberkulose die Meldungen der Tuberkulosefürsorgestellen bei den Gesundheitsämtern.

Eine allgemeine Todesursachenstatistik wurde 1892 unter Anschluß an das Personenstandsgesetz 1875 eingeführt, ein einheitliches ausführliches Verzeichnis der Todesursachen wurde aber erst seit dem Jahre 1905 angewandt. Dieses Verzeichnis wurde bis 1931 benutzt. 1932 erfolgte die Umstellung der deutschen Todesursachenstatistik in Anlehnung an die Internationale Systematik der Krankheiten und Todesursachen. Die damals eingeführte Systematik wurde entsprechend den internationalen Revisionen, die in den Jahren 1938, 1948 und 1958 in Kraft traten, überarbeitet. Ab 1968 übernahm die Bundesrepublik Deutschland die stark revidierte und erweiterte Internationale Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (ICD) in der Fassung der 8. Revision für die Bereiche der medizinischen Statistik.

Die erste Zählung von Berufen des Gesundheitswesens fand 1876 statt. Die Zählungen wurden zunächst in mehrjährigen Abständen und dann jährlich wiederholt. Seit 1935 obliegt es den Gesundheitsämtern, über die in ihrem Bezirk in Berufen des Gesundheitswesens tätigen Personen Listen zu führen. Hierdurch wurde der Kreis der erfaßten Personen wesentlich erweitert. Hebammen, Krankenschwestern und Krankenpfleger, die früher nur bei Volkszählungen ermittelt wurden, werden seit 1928 laufend erfaßt.

Die jährliche Statistik der Krankenhäuser und Krankbetten begann im Jahre 1877. Während die ältere Krankenhausstatistik auch über die Art der Krankheiten der Patienten Auskunft gibt, beschränken sich die Nachweisungen seit 1931 auf den Betten- und Personalbestand am Jahresende sowie die Krankenbewegung (Patientenbestand am Anfang und Ende des Jahres, Zu- und Abgänge, Pflorgetage).

Erläuterungen zu den Tabellen

Die Vergleichbarkeit der in Tabelle 2 nachgewiesenen Sterbefälle nach Todesursachen unterliegt zahlreichen Einschränkungen. Da die Leichenschauer in früheren Jahren häufig Laien waren, war die Feststellung der Todesursachen oft unsicher. Auch die immer wieder praktischen Bedürfnissen und wissenschaftlicher nntnissen angepaßten systematischen Verzeichnisse machen Vergleiche über längere Zeiträume schwierig. .Inzu kommt, daß sich die Sterblichkeit, nicht zuletzt durch das Zurückdrängen der Frühsterblichkeit und den erfolgreichen Kampf gegen die Infektionskrankheiten, völlig gewandelt hat. Dies führte mit dem nach der Jahrhundertwende einsetzenden Rückgang der Geburtenhäufigkeit zu einer starken altersmäßigen Umschichtung der Bevölkerung. Die allgemeinen Sterbeziffern lassen nicht erkennen, inwieweit die Sterblichkeit von dem größeren Anteil älterer Menschen, die z. B. besonders häufig an bösartigen Neubildungen sterben, herrührt. Die hier veröffentlichten Ergebnisse sind deshalb nur noch historisch interessant, besonders bezüglich des Wandels als Folge der höheren Lebenserwartung. Bei den einzelnen Todesursachen umfaßt die Position »Bösartige Neubildungen« nicht die Neubildungen der lymphatischen und blutbildenden Organe; in der Position »Krankheiten des Kreislaufsystems« sind auch die Hirngefäßkrankheiten (Gehirnblutung und sonstige Gefäßstörungen des Zentralnervensystems, Zerebralsklerose) enthalten.

Bei der Beurteilung der Arztdichte (Ärzte auf 10'000 Einwohner) in Tabelle 3 ist zu berücksichtigen, daß der Bedarf an ärztlichen Dienstleistungen schon wegen des geänderten Altersaufbaus der Bevölkerung, aber auch wegen geringer therapeutischer Möglichkeiten sowie einer anderen Einstellung zu Fragen der Gesundheit früher wesentlich geringer gewesen ist als heute.

Die Abgrenzung des Begriffs »Krankenhaus« (Tabelle 5) war nicht immer einheitlich. Psychiatrische und neurologische Anstalten wurden früher zeitweise nicht hinzugerechnet. Auch blieben in der Reichsstatistik die Kleinkrankenhäuser mit weniger als 10 Betten unberücksichtigt, die heute in der Bundesstatistik mitenthalten sind.

1. Erkrankungen an ausgewählten meldepflichtigen übertragbaren Krankheiten

a) Grundzahlen

Jahr	Enteritis infectiosa ³⁾		Typhus abdominalis	Paratyphus	Ruhr	Übertragbare Hirnhautentzündung		Diphtherie	Scharlach	Übertragbare Kinderlähmung	Tuberkulose ⁶⁾	
	Salmonellose	übrige Formen				Meningokokken-Meningitis	übrige Formen				insgesamt	darunter der Atmungsorgane
Reichsgebiet												
1914	276		17 298		6 235		313	126 056	103 676	242		
1915	249		21 339		8 210		1 221	171 897	149 537	151		
1916	847		14 580		9 894		1 146	197 471	94 668	158		
1917	1 031		30 245		69 157		644	175 417	48 779	108		
1918	701		24 535		31 205		440	161 466	39 320	100		
1919	765		27 346		25 886		634	114 915	51 175	38		
1920	1 499		22 206		26 047		525	83 377	46 002	56		
1921	2 182		20 974		32 384		700	64 021	48 735	339		
1922	2 824		13 318		5 138		1 422	38 545	32 436	601		
1923	3 418		15 932		8 685		1 135	32 509	27 775	525		
1924	1 682		17 721		5 856		750	37 804	33 048	541		
1925	1 607		12 475	4 918	4 706		758	36 769	40 557	395		
1926	2 542		11 630	5 331	4 366		730	30 299	56 146	1 592		
1927	3 765		7 505	3 931	3 161		830	33 890	91 883	2 840		
1928	1 361		6 935	4 946	3 395		823	46 905	122 225	996		
1929	1 609		6 439	5 845	3 472		959	50 536	95 909	1 157		
1930	1 446		4 856	4 979	2 425		663	70 552	70 650	1 363		
1931	1 715		4 261	2 990	2 674		574	57 822	47 746	1 623		
1932	2 875		4 609	4 147	5 058		494	65 414	55 923	3 869		
1933	2 916		3 466	2 722	2 685		617	77 340	79 830	1 318		
1934	3 405		3 701	3 404	3 513		1 100	119 103	114 923	1 768		
1935	3 526		3 193	2 725	3 430		1 362	133 843	112 509	2 143		
1936	3 675		2 953	3 136	5 055		1 355	148 279	124 570	2 241		
1937	2 354		3 081	3 558	7 706		1 595	147 110	116 618	2 722		
1938 ¹⁾	2 572		2 957	3 296	5 422		1 790	148 676	113 555	5 363	65 866	60 782
1939 ¹⁾	2 063		2 733	3 072	6 306		1 120	143 228	128 848	3 703	80 798	72 700
1940 ¹⁾	2 784		4 492	3 237	13 324		5 816	143 505	140 111	1 570	109 508	98 062
1941 ¹⁾	2 521		3 773	3 774	8 694		3 674	176 310	250 528	4 175	134 979	117 558
1942 ¹⁾	1 898		7 799	5 124	12 652		2 236	244 500	356 582	3 422	146 121	127 248
1943 ¹⁾	1 544		10 246	3 722	5 922		2 046	245 067	320 740	2 494	143 171	124 993
1944 ¹⁾	2 000		6 698	2 272	5 604		2 075	239 614	229 390	2 031		
Bundesgebiet												
1946 ²⁾	1 352		22 406 ⁷⁾	6 102	3 244		989	142 788	23 754	947		
1947 ³⁾	3 711		19 827	12 361	4 141		1 238	91 718	22 704	3 296		
1948 ⁴⁾	2 071		12 581	6 196	2 076		1 070	62 616	39 080	5 826		
1949 ⁴⁾	3 059		8 606	5 943	1 280		958	50 050	60 987	2 152	157 352 ⁸⁾	136 285 ⁸⁾
1950	2 016		5 735	5 704	1 299		801	42 888	95 793	2 911	130 080 ⁸⁾	113 876 ⁸⁾
1951	2 473		4 268	5 557	1 514		957	28 411	71 699	1 603	124 761 ⁸⁾	108 269 ⁸⁾
1952	1 580		3 535	4 050	1 697		969	21 789	54 328	9 750	117 282	101 741
1953	3 484		3 760	4 068	2 571		969	19 037	76 507	2 418	115 613	100 169
1954	2 682		2 788	3 221	2 444		862	14 787	83 219	2 829	103 348	88 926
1955	3 907		3 223	3 940	5 994		1 081	12 236	57 725	3 155	98 643	84 230
1956	4 566		2 210	3 169	3 210		1 381	8 399	41 094	4 237	92 187	79 127
1957	2 838		2 141	2 926	3 530		848	6 744	33 078	2 402	87 719	75 543
1958	2 503		1 762	2 167	2 580		856	5 410	32 200	1 750	84 744	72 520
1959	3 481		1 864	2 792	5 461		709	3 526	36 915	2 114	77 926	66 945
1960	3 047		1 548	2 406	3 251		859	1 965	28 908	4 198	70 325	60 173
1961	2 889		1 355	2 263	2 805		960	1 317	23 630	4 673	65 040	55 256
1962	2 254	242	1 157	994	1 681	1 075	797 ⁹⁾	813	25 289	296	58 968	49 449
1963	5 118	321	1 112	1 147	1 930	1 835	1 560 ⁴⁾	662	32 585	241	57 305	48 503
1964	4 020	382	997	1 095	4 291	1 473	2 205	637	49 293	54	55 204	46 509
1965	5 913	428	744	640	1 408	1 177	1 637	307	40 627	48	55 010	46 513
1966	7 189	418	1 015	739	1 142	1 285	2 731	201	39 956	17	55 023	47 008
1967	8 240	509	636	938	1 070	1 331	7 859	117	38 767	54	54 671	46 266
1968	6 926	191	601	527	966	1 065	3 900	367	31 431	59	51 786	44 116
1969	6 213	252	530	501	642	1 151	3 879	147	32 266	25	49 695	42 476
1970	12 410	437	477	540	542	1 800	4 987	57	28 955	15	48 262	41 459
1971	10 817	478	381	422	598	1 638	4 609	38	31 368	17	36 019 ⁹⁾	30 157 ⁹⁾

Fußnoten siehe S. 119.

1. Erkrankungen an ausgewählten meldepflichtigen übertragbaren Krankheiten

b) Auf 100 000 Einwohner

Jahr	Enteritis infectiosa ¹⁾		Typhus abdominalis	Paratyphus	Ruhr	Übertragbare Hirnhautentzündung		Diphtherie	Scharlach	Übertragbare Kinderlähmung	Tuberkulose ⁶⁾	
	Salmonellose	übrige Formen				Meningokokken-Meningitis	übrige Formen				insgesamt	darunter der Atmungsorgane
Reichsgebiet												
1914	0,4		26,4		9,5	0,5		192,1	158,0	0,4		
1915	0,4		32,5		12,5	1,9		261,5	227,5	0,2		
1916	1,3		22,1		15,0	1,7		299,0	143,3	0,2		
1917	1,6		46,0		105,3	1,0		267,0	74,2	0,2		
1918	1,1		37,7		47,9	0,7		247,8	60,4	0,2		
1919	1,2		44,7		42,3	1,0		187,6	83,6	0,1		
1920	2,5		36,9		43,3	0,9		138,6	76,5	0,1		
1921	3,5		34,0		52,5	1,1		103,8	79,0	0,5		
1922	4,6		21,5		8,3	2,3		62,1	52,3	1,0		
1923	5,5		25,5		13,9	1,8		52,1	44,5	0,8		
1924	2,7		28,2		9,3	1,2		60,2	52,6	0,9		
1925	2,6		20,0	7,9	7,5	1,2		58,9	65,0	0,6		
1926	4,0		18,5	8,5	6,9	1,2		48,2	89,3	2,5		
1927	6,0		11,9	6,2	5,0	1,3		53,6	145,3	4,5		
1928	2,1		10,9	7,8	5,3	1,3		73,7	192,1	1,6		
1929	2,5		10,1	9,1	5,4	1,5		79,0	150,0	1,8		
1930	2,2		7,6	7,7	3,8	1,0		109,7	109,9	2,1		
1931	2,7		6,6	4,6	4,1	0,9		89,5	73,9	2,5		
1932	4,4		7,1	6,4	7,8	0,8		100,8	86,2	6,0		
1933	4,4		5,2	4,1	4,1	0,9		117,1	120,9	2,0		
1934	5,1		5,6	5,1	5,3	1,7		179,4	173,1	2,7		
1935	5,3		4,8	4,1	5,1	2,0		200,2	168,2	3,2		
1936	5,5		4,4	4,7	7,5	2,0		220,2	185,0	3,3		
1937	3,5		4,5	5,2	11,4	2,4		216,9	171,9	4,0		
1938 ¹⁾	3,8		4,3	4,8	7,9	2,6		217,5	166,1	7,8	96,4	88,9
1939 ¹⁾	3,0		3,9	4,4	9,1	7,4		206,2	185,5	5,3	116,3	104,7
1940 ¹⁾	3,8		6,1	4,4	18,2	8,0		196,2	191,6	2,1	149,7	134,1
1941 ¹⁾	3,4		5,2	5,2	11,9	5,0		241,1	342,6	5,7	184,6	160,7
1942 ¹⁾	2,6		10,7	7,0	17,3	3,1		334,3	487,6	4,7	199,8	174,0
1943 ¹⁾	2,1		14,0	5,1	8,1	2,8		335,1	438,6	3,4	195,8	170,9
1944 ¹⁾	2,8		9,4	3,2	7,9	2,9		335,9	321,6	2,8		
Bundesgebiet												
1946 ²⁾	3,1		51,8 ³⁾	14,1	7,5	2,3		330,2	54,9	2,2		
1947 ³⁾	8,4		45,0	28,1	9,4	2,8		208,1	51,5	7,5		
1948 ⁴⁾	4,4		26,6	13,1	4,4	2,3		132,2	82,5	12,3		
1949 ⁴⁾	6,3		17,8	12,3	2,7	2,0		103,7	126,3	4,5	343,6 ⁶⁾	297,6 ⁶⁾
1950	4,0		11,5	11,4	2,6	1,6		85,8	191,6	5,8	279,8 ⁶⁾	245,0 ⁶⁾
1951	4,9		8,4	11,0	3,0	1,9		56,2	141,9	3,2	265,5 ⁶⁾	230,4 ⁶⁾
1952	3,1		7,0	8,0	3,3	1,9		42,8	106,8	19,2	247,5	214,7
1953	6,8		7,3	7,9	5,0	1,9		37,1	149,0	4,7	229,5	198,8
1954	5,2		5,4	6,2	4,7	1,7		28,5	160,4	5,5	203,0	174,7
1955	7,5		6,2	7,5	11,4	2,1		23,4	110,2	6,0	191,9	163,9
1956	8,6		4,2	6,0	6,1	2,6		15,8	77,5	8,0	176,7	151,7
1957	5,3		4,0	5,5	6,6	1,6		12,6	61,6	4,5	163,4	140,8
1958	4,6		3,2	4,0	4,8	1,6		10,0	59,3	3,2	156,1	133,6
1959	6,3		3,4	5,1	10,0	1,3		6,4	67,3	3,9	142,0	122,0
1960	5,5		2,8	4,3	5,8	1,5		3,5	51,9	7,5	126,5	108,3
1961	5,1		2,4	4,0	5,0	1,7		2,3	42,1	8,3	115,7	98,3
1962	4,0	0,4	2,0	1,7	3,0	1,9	1,4 ⁴⁾	1,4	44,4	0,5	103,6	86,8
1963	8,9	0,6	1,9	2,0	3,4	3,2	2,8 ⁴⁾	1,1	56,6	0,4	99,5	84,2
1964	6,9	0,7	1,7	1,9	7,4	2,5	3,8	1,1	84,4	0,1	94,4	79,6
1965	10,0	0,7	1,3	1,1	2,4	2,0	2,8	0,5	68,8	0,1	93,2	78,8
1966	12,1	0,7	1,7	1,2	1,9	2,2	4,6	0,3	67,0	0,0	101,1	86,4
1967	13,8	0,9	1,1	1,6	1,8	2,2	13,1	0,2	64,7	0,1	91,3	77,3
1968	11,5	0,3	1,0	0,9	1,6	1,8	6,5	0,6	52,2	0,1	85,8	73,1
1969	10,2	0,4	0,9	0,8	1,1	1,9	6,4	0,2	53,0	0,0	81,7	69,8
1970	20,3	0,7	0,8	0,9	0,9	2,9	8,1	0,1	47,3	0,0	79,3	68,1
1971	17,8	0,8	0,6	0,7	1,0	2,7	7,6	0,1	51,7	0,0	71,1 ⁵⁾	59,5 ⁵⁾

¹⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ²⁾ Bundesgebiet (ohne Lindau, Saarland und Berlin). — ³⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — ⁴⁾ Bundesgebiet ohne Saarland. — ⁵⁾ Bis einschl. 1961: Bakterielle Lebensmittelvergiftung (einschl. Botulismus). — ⁶⁾ Zugänge im Berichtsjahr. — ⁷⁾ Einschl. Paratyphuserkrankungen im Regierungsbezirk Südbaden. — ⁸⁾ Ohne Regierungsbezirk Südbaden, Südwürttemberg-Hohenzollern (einschl. Lindau) und Saarland. — ⁹⁾ Vorläufiges Ergebnis; ohne Bayern.

2. Sterbefälle nach ausgewählten Todesursachen

a) Grundzahlen
Insgesamt

Jahr	Ge- storbene insgesamt	Darunter Gestorbene an nachstehenden Todesursachen									
		Tuber- kulose	Bösartige Neubil- dungen	Krankheiten des Kreislaufsystems ¹⁾		Lungen- ent- zündung	Krank- heiten der Ver- dauungs- organe	Mütter- sterbe- fälle	Alters- schwäche	Selbst- mord	Unfälle einschl. Vergif- tungen
				insgesamt	dar. Hirn- gefäß- krank- heiten ²⁾						
Reichsgebiet											
1892	1 143 411	122 152	.	.	.	69 846	.	7 350	109 658	9 681	17 824
1893	1 177 213	124 075	.	.	.	77 514	.	8 839	114 243	9 864	17 750
1894	1 088 623	123 904	.	.	.	63 618	.	7 223	100 226	10 316	18 176
1895	1 101 971	123 159	.	.	.	60 602	.	6 505	105 071	9 791	18 570
1896	1 062 082	119 111	.	.	.	67 558	.	6 513	106 038	10 365	19 677
1897	1 109 383	120 324	.	.	.	65 934	.	6 167	110 016	10 563	20 289
1898	1 087 662	113 561	.	.	.	67 490	.	6 270	107 260	10 459	20 450
1899	1 152 057	117 419	.	.	.	76 764	.	6 669	116 100	10 303	21 504
1900	1 201 579	122 048	.	.	.	76 497	.	6 455	120 246	10 936	22 326
1901	1 148 572	117 596	.	.	.	73 373	.	6 668	111 914	11 496	22 217
1902	1 098 525	116 316	.	.	.	78 310	.	6 663	114 759	11 959	21 017
1903	1 153 791	119 439	.	.	.	77 196	.	6 843	115 199	12 516	21 586
1904	1 147 139	118 946	.	.	.	77 601	.	7 152	111 955	12 229	22 282
1905	1 177 843	121 992	43 334	122 701	38 170	89 317	182 455	6 802	114 848	12 625	23 077
1906	1 099 771	113 432	44 213	122 021	36 992	82 794	165 049	6 316	104 492	12 348	23 087
1907	1 104 647	112 690	45 750	130 935	38 373	88 924	146 576	6 326	112 926	12 674	23 757
1908	1 121 913	110 602	46 727	135 952	39 386	89 532	153 019	6 576	110 657	13 640	24 234
1909	1 081 440	105 910	47 924	137 283	39 170	89 290	142 171	6 595	106 617	14 091	22 425
1910	1 033 229	104 322	50 419	137 121	38 426	81 076	130 880	6 243	104 044	13 847	22 978
1911	1 117 292	103 470	51 850	143 785	39 832	85 908	187 602	6 584	108 181	14 064	25 832
1912	1 016 500	100 302	52 865	147 784	40 381	85 579	111 103	6 510	109 194	14 645	25 365
1913	992 645	94 927	54 253	146 657	40 244	75 550	119 462	6 314	101 748	15 494	25 247
1914	1 241 103	92 916	52 205	150 032	40 333	74 195	134 160	6 373	107 770	14 376	.
1915	1 399 087	96 661	50 368	148 191	40 635	80 366	98 591	5 332	114 534	11 294	.
1916	1 253 511	105 258	51 535	145 337	38 790	83 763	77 209	4 477	124 596	11 849	.
1917	1 317 441	133 227	51 071	163 227	41 131	95 567	91 409	4 120	150 214	10 819	.
1918	1 584 509	147 740	51 872	154 062	37 322	157 809	65 894	4 545	140 899	10 247	.
1919	966 974	131 264	52 414	142 102	36 355	83 385	63 279	6 455	120 698	11 501	34 768
1920	909 420	92 902	52 525	135 688	34 696	76 488	76 342	7 865	98 736	13 143	28 513
1921	857 843	83 783	55 056	139 081	35 826	72 206	85 116	7 690	93 990	12 729	26 885
1922	878 294	86 713	57 502	149 805	39 295	77 886	66 569	7 054	103 404	13 317	24 353
1923	856 004	93 074	58 291	145 813	36 214	67 112	70 294	6 745	104 414	13 149	24 447
1924	759 075	74 484	60 664	149 731	40 329	55 863	58 372	6 711	87 740	14 338	22 759
1925	744 691	66 505	63 564	151 030	41 061	58 283	58 402	6 414	79 726	15 273	23 601
1926	734 359	61 408	66 255	151 397	39 388	55 548	56 980	6 041	80 904	16 480	23 384
1927	757 020	59 037	68 945	160 662	40 803	60 414	52 703	6 081	81 499	15 974	24 943
1928	739 520	55 672	72 529	167 881	41 416	59 438	52 659	6 532	75 341	16 036	26 403
1929	805 962	55 544	74 641	178 995	42 723	69 886	55 776	6 347	80 704	16 665	27 679
1930	710 850	50 646	76 567	167 639	40 608	52 895	50 443	6 050	66 327	17 880	25 720
1931	725 816	50 863	79 018	177 452	41 874	52 331	47 683	5 250	72 365	18 625	22 835
1932	699 620	48 688	87 131	164 816	57 552	45 735	46 508	5 165	71 633	18 934	22 512
1933	729 499	47 676	90 379	171 498	58 178	51 829	43 897	5 216	72 636	18 723	22 192
1934	716 957	47 179	92 907	172 261	57 750	50 201	46 877	5 916	65 417	18 801	22 870
1935	792 018	48 679	97 077	190 935	61 678	59 975	49 204	6 135	74 600	18 422	27 400
1936	795 793	47 507	98 693	197 776	64 722	59 368	50 032	6 074	71 542	19 288	28 916
1937	794 367	46 922	95 539	203 823	65 262	57 077	50 928	5 412	68 731	19 614	31 427
1938 ¹⁾	799 220	42 697	100 546	212 376	68 676	57 643	52 431	4 934	67 799	19 415	33 219
Bundesgebiet											
1949 ²⁾	550 049	25 345	85 473	159 439	57 850	29 387	32 344	1 929	43 492	10 383	26 021
1950 ²⁾	519 636	19 934	85 325	171 618	62 928	23 833	31 691	1 633	36 577	9 943	21 413
1951 ²⁾	534 482	18 926	88 208	183 656	67 705	24 518	30 844	1 430	34 716	9 498	24 305
1952 ²⁾	536 398	14 168	90 796	195 690	78 391	21 561	28 638	1 468	35 037	9 264	24 529
1953 ²⁾	567 785	11 313	91 302	205 700	81 866	26 098	29 397	1 312	34 860	9 555	27 261
1954 ²⁾	546 029	10 796	93 274	212 847	85 762	20 016	28 992	1 209	32 395	10 211	27 452
1955 ²⁾	571 850	10 792	95 765	224 969	89 927	21 153	29 819	1 257	33 164	10 335	29 637
1956	599 413	10 620	101 501	240 167	95 378	22 617	31 352	1 191	32 292	10 226	31 190
1957	615 016	10 340	105 033	244 686	96 197	24 183	33 381	1 136	29 483	10 136	30 798
1958	597 305	9 423	105 099	238 493	94 158	21 639	32 799	1 071	27 792	10 670	29 150
1959	605 504	9 216	108 686	243 158	95 845	20 345	34 328	1 034	28 562	10 639	30 866
1960	642 962	9 223	112 005	256 173	98 286	22 665	36 042	1 030	29 995	10 832	31 174
1961	627 561	8 200	114 012	259 531	99 209	17 235	36 519	989	28 439	10 928	32 419
1962	644 819	8 005	116 867	267 182	100 227	18 498	36 995	887	28 999	10 509	33 442
1963	673 069	8 239	120 751	273 688	102 676	22 432	37 821	873	27 156	11 141	33 425
1964	644 128	7 390	123 773	269 473	101 311	16 095	38 358	739	22 859	11 707	35 295
1965	677 628	7 574	127 310	288 897	107 716	16 261	40 448	724	23 646	11 779	35 044
1966	686 321	7 138	129 770	293 796	108 663	15 611	41 113	684	23 850	12 201	36 056
1967	687 349	6 424	129 935	297 485	104 869	14 970	41 529	593	21 088	12 743	36 931
1968	734 049	6 298	133 577	317 030	107 865	18 945	41 126	500	18 034	12 393	36 118
1969	744 359	5 850	134 084	328 916	108 958	18 527	41 055	480	14 178	12 705	36 378
1970	734 843	5 047	134 301	324 095	106 740	19 658	40 074	420	12 480	13 046	38 997
1971 ³⁾	730 672	4 363	136 893	333 433	108 577	16 013	40 071	393	11 742	12 756	38 416

Fußnoten siehe S. 123.

III. Gesundheitswesen

2. Sterbefälle nach ausgewählten Todesursachen

b) Auf 100 000 Einwohner

Insgesamt

Jahr	Gestorbene insgesamt	Darunter Gestorbene an nachstehenden Todesursachen									
		Tuberkulose	Bösartige Neubildungen	Krankheiten des Kreislaufsystems ²⁾		Lungenentzündung	Krankheiten der Verdauungsorgane	Müttersterbefälle ¹⁾	Alterschwäche	Selbstmord	Unfälle einschl. Vergiftungen
				insgesamt	dar. Hirngefäßkrankheiten ³⁾						
Reichsgebiet											
1892	2 425,4	259,1	.	.	.	148,2	.	409,2	232,6	20,5	37,8
1893	2 472,9	260,6	.	.	.	162,8	.	473,8	240,0	20,7	37,3
1894	2 240,9	255,1	.	.	.	131,0	.	392,3	206,3	21,2	37,4
1895	2 226,9	248,9	.	.	.	122,5	.	346,5	212,3	19,8	37,5
1896	2 091,0	234,5	.	.	.	133,0	.	340,2	208,8	20,4	38,7
1897	2 137,0	231,8	.	.	.	127,0	.	320,1	211,9	20,3	39,1
1898	2 062,5	215,3	.	.	.	128,0	.	319,1	203,4	19,8	38,8
1899	2 150,9	219,2	.	.	.	143,3	.	336,8	216,8	19,2	40,1
1900	2 211,0	224,6	.	.	.	140,8	.	323,4	221,3	20,1	41,1
1901	2 067,2	211,6	.	.	.	132,1	.	328,1	201,4	20,7	40,0
1902	1 946,3	206,1	.	.	.	138,7	.	329,1	205,3	21,2	37,2
1903	1 997,4	206,8	.	.	.	133,6	.	345,1	199,4	21,7	37,4
1904	1 957,3	203,0	.	.	.	132,4	.	353,0	191,0	20,9	38,0
1905	1 981,5	205,2	72,9	206,4	64,2	150,3	306,9	342,3	193,2	21,2	38,8
1906	1 820,1	187,7	73,2	201,9	61,2	137,0	273,2	312,3	172,9	20,4	38,2
1907	1 802,7	183,9	74,7	213,7	62,6	145,1	239,2	316,3	184,3	20,7	38,8
1908	1 805,9	178,0	75,2	218,8	63,4	144,1	246,3	326,3	178,1	22,0	39,0
1909	1 717,2	168,2	76,1	218,0	62,2	141,8	225,8	333,4	169,3	22,4	35,6
1910	1 618,9	163,5	79,0	214,8	60,2	127,0	205,1	324,3	163,0	21,7	36,0
1911	1 729,2	160,1	80,2	222,5	61,6	133,0	290,4	351,9	167,4	21,8	40,0
1912	1 554,4	153,4	80,8	226,0	61,7	130,9	169,9	348,2	167,0	22,4	38,8
1913	1 498,9	143,3	81,9	221,4	60,8	118,6	180,4	343,4	153,6	23,4	38,1
1914	1 906,0	142,7	80,2	230,4	61,9	113,9	206,0	350,4	165,5	22,1	.
1915	2 145,4	148,2	77,2	227,2	62,3	123,2	151,2	385,7	175,6	17,3	.
1916	1 926,8	161,8	79,2	223,4	59,6	128,8	118,7	434,9	191,5	18,2	.
1917	2 035,7	205,9	78,9	252,2	63,6	147,7	141,2	451,7	232,1	16,7	.
1918	2 469,3	230,2	80,8	240,1	58,2	245,9	102,7	490,4	219,6	16,0	.
1919	1 556,4	211,3	84,4	228,7	58,5	134,2	101,8	512,1	194,3	18,5	56,0
1920	1 509,2	154,2	87,2	225,2	57,6	126,9	126,7	491,8	163,9	21,8	47,3
1921	1 391,2	135,9	89,3	225,6	58,1	117,1	138,0	486,4	152,4	20,6	43,6
1922	1 434,7	141,6	93,9	244,3	64,2	127,2	108,7	495,1	168,9	21,8	39,8
1923	1 389,1	151,0	94,6	236,2	58,8	108,9	114,1	511,6	169,4	21,3	39,7
1924	1 221,9	119,9	97,7	241,0	64,9	89,9	94,0	519,9	141,2	23,1	36,6
1925	1 193,2	106,6	101,9	242,0	65,8	93,4	93,6	489,1	127,7	24,5	37,8
1926	1 168,1	97,7	105,4	240,8	62,7	88,4	90,6	485,0	128,7	26,2	37,2
1927	1 196,8	93,3	109,0	254,0	64,5	95,5	83,3	515,8	128,8	25,3	39,4
1928	1 162,4	87,5	114,0	263,9	65,1	93,4	82,8	544,3	118,4	25,2	41,5
1929	1 244,9	86,8	115,3	279,9	66,0	108,1	86,2	545,2	124,7	25,7	42,8
1930	1 092,2	78,8	117,6	260,7	62,4	81,3	77,5	528,8	101,9	27,5	39,5
1931	1 109,3	78,7	120,8	274,6	64,0	80,0	72,9	501,1	110,6	28,5	34,9
1932	1 064,6	75,0	132,6	253,9	87,6	69,6	70,8	520,1	109,0	28,8	34,3
1933	1 104,8	73,1	136,9	263,0	88,1	78,5	66,5	537,1	110,0	28,4	33,6
1934	1 079,6	71,9	139,9	262,6	87,0	75,6	70,6	493,7	98,5	28,3	37,4
1935	1 184,4	72,8	145,2	285,5	92,2	89,7	73,6	483,4	111,6	27,5	41,0
1936	1 181,6	70,5	146,5	293,7	96,1	88,1	74,3	475,1	106,2	28,6	42,9
1937	1 171,1	69,2	140,8	300,5	96,2	84,1	75,1	423,8	101,3	28,9	46,3
1938 ¹⁾	1 165,8	62,3	146,7	309,8	100,2	84,1	76,5	365,9	98,9	28,3	48,5
Bundesgebiet											
1949 ²⁾	1 139,4	52,5	177,1	330,3	119,8	60,9	67,0	237,1	90,1	21,5	53,9
1950 ²⁾	1 059,5	40,6	174,0	349,9	128,3	48,6	64,6	205,5	74,6	20,3	43,7
1951 ²⁾	1 078,1	38,2	177,9	370,5	136,6	49,5	62,2	183,8	70,0	19,6	49,0
1952 ²⁾	1 056,0	27,9	178,8	392,2	157,1	43,2	56,4	188,1	69,0	18,2	48,3
1953 ²⁾	1 109,2	22,1	178,4	408,3	162,5	51,8	57,4	168,7	68,1	18,7	53,3
1954 ²⁾	1 055,9	20,9	180,4	418,1	168,5	39,3	56,1	151,6	62,6	19,7	53,1
1955 ²⁾	1 095,3	20,7	183,4	437,7	175,0	41,2	57,1	156,7	63,5	19,8	56,8
1956	1 127,4	20,0	190,9	453,1	179,9	42,7	59,0	139,2	60,7	19,2	58,7
1957	1 145,2	19,3	195,6	456,0	179,3	45,1	62,2	127,3	54,9	18,9	57,3
1958	1 098,3	17,3	193,3	439,3	173,4	39,9	60,3	118,4	51,1	19,6	53,6
1959	1 101,1	16,8	197,6	443,1	174,7	37,1	62,4	108,6	51,9	19,3	56,1
1960	1 153,6	16,5	201,0	462,1	177,3	40,9	64,7	106,3	53,8	19,4	55,9
1961	1 117,2	14,6	203,0	462,0	176,6	30,7	65,0	97,7	50,6	19,5	57,7
1962	1 132,5	14,1	205,3	469,3	176,0	32,5	65,0	87,1	50,9	18,5	58,7
1963	1 168,8	14,3	209,7	475,3	178,3	39,0	65,7	82,8	47,2	19,4	58,0
1964	1 102,5	12,7	211,8	462,5	173,9	27,6	65,7	69,4	39,1	20,0	60,4
1965	1 148,3	12,8	215,7	489,6	182,5	27,6	68,5	69,3	40,1	20,0	59,4
1966	1 150,8	12,0	217,6	492,6	182,2	26,2	68,9	65,1	40,0	20,5	60,5
1967	1 148,0	10,7	217,0	496,9	175,2	25,0	69,4	58,2	35,2	21,3	61,7
1968	1 216,4	10,4	221,4	526,8	178,7	31,5	68,1	51,6	32,2	20,5	59,9
1969	1 223,3	9,6	220,4	540,6	179,1	30,4	67,5	53,1	24,8	20,9	59,8
1970	1 211,6	8,3	221,4	534,4	176,0	32,4	66,1	51,8	20,6	21,5	64,3
1971 ¹⁾	1 191,9	7,2	223,3	543,9	177,1	26,1	65,4	50,5	19,2	20,8	62,7

Fußnoten siehe S. 123.

III. Gesundheitswesen

2. Sterbefälle nach ausgewählten Todesursachen

b) Auf 100 000 Einwohner

Männlich

Jahr	Männliche Gestorbene	Darunter Gestorbene an nachstehenden Todesursachen								
		Tuberkulose	Bösartige Neubildungen	Krankheiten des Kreislaufsystems ³⁾		Lungenentzündung	Krankheiten der Verdauungsorgane	Altersschwäche	Selbstmord	Unfälle einschl. Vergiftungen
				insgesamt	dar. Hirngefäßkrankheiten ³⁾					
Reichsgebiet										
1920	1 550,3	149,2	78,5	216,8	55,8	134,2	137,1	136,7	29,3	78,0
1921	1 453,6	135,6	81,3	221,0	57,1	126,6	151,4	129,3	29,1	71,8
1922	1 495,4	143,7	86,3	242,8	62,7	139,5	118,5	144,1	30,9	63,7
1923	1 445,6	154,5	86,3	232,3	56,8	119,0	123,7	144,5	30,0	63,5
1924	1 269,0	120,7	89,9	235,6	62,8	97,1	101,3	120,5	34,8	58,6
1925	1 241,7	107,3	92,6	237,0	64,3	101,7	101,5	108,1	36,4	61,0
1926	1 216,2	98,3	96,1	238,5	60,5	96,7	97,7	109,5	38,9	59,5
1927	1 241,6	94,3	99,5	251,1	62,7	104,4	90,4	108,9	37,0	62,4
1928	1 212,7	89,7	105,7	261,3	64,1	102,4	89,3	99,9	36,4	66,2
1929	1 309,0	91,4	107,5	276,0	65,0	119,1	94,6	105,4	38,2	68,6
1930	1 156,2	85,2	109,7	256,8	61,6	90,0	84,8	86,1	40,6	63,0
1931	1 156,9	84,5	113,3	269,2	62,6	85,7	79,7	94,3	41,9	53,5
1932	1 111,8	79,8	125,9	248,2	86,4	74,5	78,0	92,0	41,6	52,7
1933	1 149,6	79,4	130,1	255,9	86,9	85,0	73,1	92,4	41,4	50,4
1934	1 138,0	77,9	133,3	257,1	86,2	84,4	78,5	82,4	41,8	56,7
1935	1 225,2	79,5	136,7	279,1	89,4	97,3	80,6	92,2	39,6	61,4
1936	1 219,7	77,2	136,8	284,6	91,7	96,3	81,7	87,3	40,8	64,1
1937	1 217,9	76,7	124,7	293,5	92,1	92,1	82,7	83,9	41,3	69,3
1938 ¹⁾	1 228,2	70,4	138,5	305,6	96,8	77,1	85,0	82,3	40,0	73,1
Bundesgebiet										
1949 ²⁾	1 127,9	68,7	159,5	310,0	106,1	64,6	70,1	64,7	26,7	70,6
1950 ²⁾	1 151,4	53,9	172,9	352,8	122,1	52,0	72,5	64,2	28,6	66,2
1951 ²⁾	1 180,7	50,9	180,5	376,1	130,0	52,0	70,2	60,4	26,6	75,0
1952 ²⁾	1 151,0	37,3	180,8	402,5	150,2	47,1	62,8	60,5	25,1	73,5
1953 ³⁾	1 211,3	30,8	181,4	418,9	155,2	56,5	64,2	60,3	26,1	81,0
1954 ⁴⁾	1 156,5	29,6	185,1	428,4	158,7	43,4	63,7	55,2	27,0	80,0
1955 ⁵⁾	1 200,3	29,9	187,7	453,6	167,2	45,4	64,3	55,6	26,7	83,6
1956	1 248,7	29,6	198,8	472,1	170,6	46,2	66,8	53,6	26,4	85,9
1957	1 270,5	28,7	204,6	474,1	168,0	49,7	70,1	48,5	25,6	83,8
1958	1 214,4	26,0	201,4	458,1	163,6	44,5	68,7	44,7	27,2	76,5
1959	1 217,1	25,5	206,3	463,0	163,5	40,5	71,3	44,7	26,4	81,6
1960	1 270,0	25,8	210,0	481,5	167,4	44,9	73,6	45,4	26,3	79,5
1961	1 227,8	22,8	211,6	481,4	164,5	33,4	73,3	42,6	25,9	80,4
1962	1 247,6	22,5	214,6	492,4	164,4	34,9	74,7	43,0	25,0	80,9
1963	1 277,2	22,9	217,9	492,7	164,9	42,2	74,5	38,9	26,3	78,3
1964	1 206,6	19,9	220,4	482,2	160,3	29,3	75,0	31,0	26,9	81,8
1965	1 241,3	20,4	223,0	504,3	165,3	29,4	77,7	31,9	26,8	77,1
1966	1 238,4	19,0	225,7	509,5	164,4	27,0	77,6	31,3	27,5	78,4
1967	1 233,7	17,1	224,6	509,1	158,3	26,2	77,5	27,3	29,5	78,7
1968	1 297,0	16,3	230,8	534,1	160,0	32,0	76,9	23,7	27,6	74,8
1969	1 302,4	15,0	229,8	544,1	158,9	31,2	76,9	18,0	29,7	75,8
1970	1 281,7	12,9	230,2	531,6	155,5	33,0	75,9	14,3	28,5	81,8
1971 ⁵⁾	1 253,2	11,2	232,0	538,0	154,6	26,1	74,1	14,1	27,4	79,8

Fußnoten siehe S. 123.

III. Gesundheitswesen

2. Sterbefälle nach ausgewählten Todesursachen

b) Auf 100 000 Einwohner

Weiblich

Jahr	Weibliche Gestorbene	Darunter Gestorbene an nachstehenden Todesursachen									
		Tuberkulose	Bösartige Neubildungen	Krankheiten des Kreislaufsystems ¹⁾		Lungenentzündung	Krankheiten der Verdauungsorgane	Müttersterbefälle ²⁾	Altersschwäche	Selbstmord	Unfälle einschl. Vergiftungen
				insgesamt	dar. Hirngefäßkrankheiten ³⁾						
Reichsgebiet											
1920	1 470,9	158,9	95,3	233,0	59,3	120,1	116,9	491,8	189,2	14,8	18,7
1921	1 333,4	136,1	96,7	229,8	59,0	108,3	125,7	486,4	173,9	12,8	17,5
1922	1 373,5	139,3	100,6	245,6	65,3	115,4	99,3	495,1	191,3	13,2	17,4
1923	1 331,9	147,3	102,0	239,9	60,4	99,1	104,7	511,6	192,1	13,3	17,4
1924	1 178,1	119,2	104,8	246,1	66,9	83,3	87,1	519,9	160,5	12,2	16,2
1925	1 147,8	105,9	110,5	246,7	67,2	85,6	86,1	489,1	146,2	13,3	16,1
1926	1 123,0	97,1	114,1	243,0	64,6	80,5	84,0	485,0	146,7	14,3	16,2
1927	1 154,7	92,5	118,0	256,7	66,2	87,2	76,6	515,8	147,6	14,3	17,8
1928	1 115,1	85,4	121,9	266,3	66,0	84,9	76,6	544,3	135,9	14,6	18,2
1929	1 214,1	82,5	125,3	283,5	68,5	100,3	80,2	545,2	145,8	14,7	19,4
1930	1 057,9	72,7	128,0	264,5	64,6	75,0	72,5	528,8	119,3	15,7	18,3
1931	1 091,1	73,2	130,7	279,6	66,9	76,5	68,2	501,1	131,6	16,5	18,2
1932	1 045,8	70,5	142,1	259,3	90,8	66,7	65,7	520,1	127,6	17,4	17,7
1933	1 089,2	67,2	146,6	269,6	91,4	74,2	61,8	537,1	129,3	16,8	18,6
1934	1 050,4	66,2	149,5	267,8	89,7	69,1	64,8	493,7	116,2	16,2	20,1
1935	1 145,8	66,5	153,2	291,6	94,9	82,5	66,9	485,4	129,8	16,1	21,6
1936	1 145,1	64,2	155,8	302,3	100,3	80,4	67,1	475,1	124,3	17,0	22,7
1937	1 126,4	62,0	156,3	307,1	100,2	76,5	67,8	423,8	118,0	17,1	24,4
1938 ¹⁾	1 106,5	54,6	154,4	313,7	103,4	90,7	68,4	365,9	114,6	17,2	25,0
Bundesgebiet											
1949 ²⁾	1 149,3	38,6	192,2	347,7	131,6	57,7	64,4	237,1	111,8	17,1	39,6
1950 ²⁾	979,8	29,2	174,9	347,4	133,7	45,6	57,8	205,5	83,6	13,1	24,1
1951 ²⁾	992,8	27,2	175,7	365,5	142,3	47,2	55,3	183,8	78,4	12,7	26,4
1952 ²⁾	972,7	19,6	177,0	383,2	163,1	39,8	50,7	188,1	76,4	12,2	26,2
1953 ²⁾	1 019,3	14,4	175,6	399,1	168,8	47,7	51,5	168,7	75,0	12,1	28,8
1954 ²⁾	967,2	13,2	176,2	409,2	177,0	35,8	49,4	151,6	69,2	13,3	29,4
1955 ²⁾	1 002,7	12,5	179,6	423,8	181,8	37,5	50,7	156,7	70,5	13,7	33,1
1956	1 021,2	11,5	184,0	436,4	188,1	39,6	52,1	139,2	67,0	13,0	34,8
1957	1 035,2	11,0	187,7	440,2	189,2	41,0	55,1	127,3	60,6	13,0	34,1
1958	996,2	9,7	186,1	422,7	182,1	35,8	52,9	118,4	56,8	13,0	33,4
1959	998,7	9,0	190,0	425,6	184,4	34,0	54,6	108,6	58,4	13,1	33,7
1960	1 050,5	8,3	193,0	445,1	186,0	37,4	56,8	106,3	61,3	13,3	35,1
1961	1 019,0	7,3	195,3	444,8	187,4	28,3	57,6	97,7	57,8	13,7	37,6
1962	1 029,7	6,6	196,9	448,6	186,4	30,3	56,3	87,1	58,0	12,6	38,9
1963	1 071,6	6,6	202,3	459,6	190,3	36,0	57,8	82,8	54,5	13,1	39,9
1964	1 008,8	6,1	204,2	444,8	186,1	26,1	57,2	69,4	46,5	13,8	41,2
1965	1 064,1	6,0	209,2	476,2	198,1	25,9	60,2	69,3	47,5	13,8	43,4
1966	1 071,4	5,6	210,2	481,8	198,4	25,4	61,1	65,1	47,8	14,1	44,2
1967	1 070,7	5,0	210,1	485,8	190,3	24,0	62,0	58,2	42,3	13,9	46,3
1968	1 143,6	5,1	212,8	520,2	195,7	30,9	60,2	51,6	39,8	14,2	46,3
1969	1 151,4	4,7	211,8	537,4	197,4	29,8	58,9	53,1	31,1	14,7	45,3
1970	1 148,0	4,2	213,5	536,9	194,6	31,9	57,2	51,8	26,2	15,2	48,4
1971 ³⁾	1 136,7	3,3	215,5	549,7	197,8	26,2	56,9	50,5	23,8	14,8	47,1

¹⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ²⁾ Bundesgebiet ohne Saarland. — ³⁾ Bis 1952: Ohne generalisierte ischämische Hirngefäßkrankheiten (Zerebralklerose). — ⁴⁾ Müttersterbefälle auf 100 000 Lebendgeborene. — ⁵⁾ Vorläufige Ergebnisse.

3. Berufstätige Ärzte, Zahnärzte, Apotheken und Apotheker

Jahresende	Ärzte		Zahnärzte einschl. Dentisten		Apotheken		Apotheker in Apotheken	
	Anzahl	auf 10 000 Einwohner	Anzahl	auf 10 000 Einwohner	Anzahl	auf 10 000 Einwohner	Anzahl	auf 10 000 Einwohner
Reichsgebiet								
1876	13 728	3,2	498	0,1	4 465	1,0	6 261	1,5
1887	15 824	3,4	548	0,1	4 694	1,0	6 353	1,3
1891	19 630	3,9	806	0,2	4 892	1,0	.	.
1896	23 910	4,5	1 154	0,2	5 201	1,0	.	.
1899	26 689	4,8	5 798	1,0	5 384	1,0	.	.
1900	27 374	4,9	1 583	0,3	5 437	1,0	.	.
1905	31 041	5,1	2 192	0,4	5 703	0,9	.	.
1909	30 558	4,8	11 213	1,8	6 189	1,0	9 934	1,6
1924	40 139	6,4	7 494	1,2
1927	43 717	6,9	23 517	3,7	6 558	1,0	10 573	1,7
1928	46 137	7,1	25 477	4,0	6 733	1,1	10 958	1,7
1929	47 805	7,5	26 343	4,1	6 864	1,1	11 164	1,7
1930	47 527	7,4	27 160	4,2	6 952	1,1	11 144	1,7
1931	48 223	7,4	28 068	4,3	7 053	1,1	11 070	1,7
1934	47 484	7,3	31 245	4,8	7 131	1,1	10 845	1,7
1935	47 624	7,2	32 377	4,8	7 151	1,1	10 981	1,6
1936	48 056	7,2	33 926	5,0	7 303	1,1	11 461	1,7
1937	49 035	7,3	35 001	5,2	7 426	1,1	11 549	1,7
1938 ¹⁾	49 907	7,3	35 565	5,2	7 367	1,1	11 819	1,7
1939 ²⁾	47 832	7,0	35 891	5,2	7 511	1,1	12 432	1,8
Bundesgebiet								
1952 ²⁾	68 135	13,6	27 979	5,6	6 418	1,3	11 414	2,3
1953 ²⁾	69 411	13,7	28 499	5,6	6 569	1,3	11 861	2,3
1954 ²⁾	71 005	13,9	29 847	5,8	6 669	1,3	12 238	2,4
1955 ²⁾	71 967	13,9	31 134	6,0	6 744	1,3	12 968	2,5
1956	73 843	13,8	31 595	5,9	6 962	1,3	13 653	2,6
1957	75 138	13,9	32 055	5,9	7 442	1,4	14 105	2,6
1958	75 717	13,9	32 234	5,9	8 173	1,5	14 626	2,7
1959	77 644	14,1	32 560	5,9	8 794	1,6	15 283	2,8
1960	79 350	14,2	32 509	5,8	9 171	1,6	15 803	2,8
1961	80 825	14,3	32 979	5,8	9 510	1,7	16 148	2,9
1962	82 097	14,3	32 649	5,7	9 792	1,7	16 468	2,9
1963	83 025	14,3	32 364	5,6	9 995	1,7	16 879	2,9
1964	84 203	14,4	32 047	5,5	10 228	1,7	17 201	2,9
1965	85 801	14,5	31 660	5,3	10 336	1,7	17 725	3,0
1966	86 700	14,5	31 599	5,3	10 530	1,8	18 268	3,1
1967	88 559	14,5	31 370	5,2	10 744	1,8	18 794	3,1
1968	90 882	15,0	31 413	5,2	10 999	1,8	19 669	3,3
1969	93 934	15,4	31 300	5,1	11 259	1,8	20 151	3,3
1970	99 654	16,1	31 299	5,1	11 526	1,9	25 866	3,4

¹⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ²⁾ Bundesgebiet ohne Saarland.

4. Hebammen, Krankenschwestern und -pfleger

Jahresende	Hebammen			Krankenschwestern und -pfleger			Jahresende	Hebammen			Krankenschwestern und -pfleger		
				insgesamt		weiblich					insgesamt		weiblich
	Anzahl	auf 10 000 Einwohner	Geburten je Hebamme	Anzahl	auf 10 000 Einwohner	Anzahl		Anzahl	auf 10 000 Einwohner	Geburten je Hebamme	Anzahl	auf 10 000 Einwohner	Anzahl
Reichsgebiet						Bundesgebiet							
1876	33 134	7,7	55,4	.	.	8 681	1952 ²⁾	11 524	2,3	69,2	100 186	20,0	
1887	36 046	7,6	50,6	14 585	3,1	12 971	1953 ²⁾	11 240	2,2	70,6	99 515	19,6	
1898	37 025	6,8	54,8	29 577	5,5	26 427	1954 ²⁾	11 003	2,1	74,0	100 833	19,7	
1909	37 736	6,9	54,8	68 818	10,8	55 937	1955 ²⁾	10 743	2,0	76,2	100 419	19,4	
1927	29 348	4,6	40,8	88 872	14,1	74 839	1956	10 692	2,0	81,6	103 851	19,5	
1928	28 102	4,4	43,4	101 668	16,0	85 081	1957	10 454	1,9	86,9	106 750	19,8	
1929	27 424	4,3	43,0	111 678	17,4	91 529	1958	10 142	1,9	90,7	101 586	18,6	
1930	26 843	4,2	43,3	110 491	17,1	91 082	1959	9 829	1,8	98,4	103 791	18,8	
1931	26 583	4,2	40,0	115 048	17,8	93 952	1960	9 442	1,7	104,2	105 187	18,9	
1934	25 911	4,0	42,4	120 216	18,4	99 598	1961	9 294	1,6	110,5	106 968	18,9	
1935	25 737	3,9	48,4	126 008	19,2	104 822	1962	8 973	1,6	115,1	108 898	19,0	
1936	25 765	3,8	50,6	131 259	20,0	109 246	1963	8 719	1,5	122,5	109 376	18,9	
1937	25 143	3,7	52,1	131 407	19,4	110 153	1964	8 503	1,5	126,9	109 703	18,7	
1938 ¹⁾	24 377	3,6	56,5	132 288	19,4	111 603	1965	8 230	1,4	128,5	110 059	18,6	
							1966	7 948	1,3	133,7	112 828	18,9	
							1967	7 746	1,3	133,1	114 499	19,1	
							1968	7 481	1,2	131,1	116 367	19,2	
							1969	7 182	1,2	127,1	118 613	19,4	
							1970	6 857	1,1	119,5	123 340	19,9	

¹⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ²⁾ Bundesgebiet ohne Saarland.

5. Krankenhäuser, Betten und Kranke

Jahr	Kranken- häuser ¹⁾	Planmäßige Betten ²⁾		Stationär behandelte Kranke			Jahr	Kranken- häuser ¹⁾	Planmäßige Betten ²⁾		Stationär behandelte Kranke		
		Anzahl	auf 10 000 Ein- wohner	1 000	auf 10 000 Ein- wohner	1 000			Anzahl	auf 10 000 Ein- wohner	1 000	auf 10 000 Ein- wohner	1 000
	Kranke							Pflegetage					
Reichsgebiet							Reichsgebiet						
1877 ...	2 357	107 337	24,6	472,3	108,3	24 364 ³⁾	1921 ...	4 502	471 211	75,4	3 029,9	485,0	117 617
1878 ...	2 509	112 926	25,6	537,6	121,8	25 258 ³⁾	1922 ...	4 501	476 102	76,9	3 030,2	489,5	119 975
1879 ...	2 539	117 138	26,2	589,2	132,0	26 502 ³⁾	1923 ...	4 429	469 765	75,4	2 646,7	424,8	111 590
1880 ...	2 544	119 172	26,4	611,0	135,5	27 039 ³⁾	1924 ...	4 402	471 716	75,2	2 877,2	458,9	119 706
1881 ...	2 559	123 132	27,1	623,0	137,1	28 596 ³⁾	1925 ...	4 418	489 389	77,5	3 360,0	531,9	135 111
1882 ...	2 521	127 692	27,9	631,8	138,2	29 609 ³⁾	1926 ...	4 489	506 538	79,6	3 511,6	551,9	141 579
1883 ...	2 617	133 945	29,1	650,1	141,3	.	1927 ...	4 546	526 469	82,2	3 817,3	596,2	149 082
1884 ...	2 655	137 777	29,7	660,7	142,6	.	1928 ...	4 646	551 121	85,7	4 107,0	637,8	156 643
1885 ...	2 717	144 246	30,9	693,2	148,4	.	1929 ...	4 728	573 478	88,6	4 351,0	672,1	162 624
1886 ...	2 817	152 038	32,3	727,4	154,3	35 642 ³⁾	1930 ...	4 774	591 920	90,9	4 273,5	656,6	165 752
1887 ...	2 780 ⁴⁾	.	.	721,8 ⁴⁾	151,5	.	1931 ...	4 951	595 103	91,0	4 290,9	655,8	165 511
1888 ...	2 936	165 555	34,4	751,4 ⁴⁾	156,0	.	1932 ...	4 958	594 002	90,4	3 961,7	602,9	155 731
1889 ...	2 992	172 609	35,4	815,9 ⁴⁾	167,5	.	1933 ...	4 938	599 037	90,7	4 311,6	653,0	161 219
1890 ...	3 053	.	.	865,7 ⁴⁾	175,9	.	1934 ...	4 921	604 447	91,0	4 628,6	697,0	168 591
1891 ...	3 121	188 518	37,9	951,9	191,3	45 851 ³⁾	1935 ...	4 864	614 888	92,0	4 994,0	746,8	175 624
1892 ...	3 184	198 068	39,4	982,6 ⁴⁾	195,5	.	1936 ...	4 792	620 751	92,2	5 176,8	768,7	180 552
1893 ...	3 253	.	.	1 048,3 ⁴⁾	206,5	.	1937 ...	4 745	628 684	92,7	5 421,9	799,3	.
1894 ...	3 329	213 525	41,6	1 030,2 ⁴⁾	200,7	.	1938 ¹⁾	4 673	637 090	92,9	5 808,3	847,2	193 294
1895 ...	3 357	218 040	41,9	1 106,4	212,8	.	1939 ¹⁾	4 608	603 497	87,1	5 751,7	829,8	.
1896 ...	3 417	224 454	42,5	1 132,0	214,6	54 378 ³⁾	Bundesgebiet						
1897 ...	3 524	232 970	43,5	1 184,2	221,1	.	1949 ²⁾	3 233	502 843	108,0	.	.	.
1898 ...	3 631	242 398	44,6	1 239,5	227,8	.	1950 ²⁾	3 395	538 569	109,0	.	.	.
1899 ...	3 714	246 726 ⁴⁾	44,7	1 341,7	242,8	.	1951 ³⁾	3 400	544 037	109,3	.	.	.
1900 ...	3 816	255 957 ⁴⁾	45,7	1 374,6	245,3	.	1952 ³⁾	3 433	533 718	106,6	.	.	.
1901 ...	4 060	274 526	48,3	1 452,1	255,3	69 755 ³⁾	1953 ³⁾	3 450	540 400	106,7	5 216,5 ³⁾	1 263,0	149 618 ³⁾
1902 ...	4 116	301 115	52,1	1 548,0	268,0	76 536 ³⁾	1954 ³⁾	3 472	551 713	107,9	6 311,8	1 240,0	179 597
1903 ...	4 213	306 396 ³⁾	52,3	1 681,5	286,8	81 441 ³⁾	1955 ³⁾	3 502	558 340	108,0	6 474,9	1 259,8	183 195
1904 ...	4 334	328 983	55,3	1 756,9	295,4	85 785 ³⁾	1956 ...	3 555	575 311	107,9	6 724,9	1 268,6	190 060
1905 ...	4 478	343 659	57,0	1 851,0	306,9	89 799 ³⁾	1957 ...	3 556	582 871	108,0	6 925,8	1 290,8	190 668
1906 ...	4 566	358 695	58,7	1 911,5	312,6	92 724 ³⁾	1958 ...	3 594	588 293	107,7	7 060,4	1 300,5	193 885
1907 ...	4 644	373 354	60,2	2 024,8	326,5	97 567 ³⁾	1959 ...	3 614	597 148	108,3	7 287,0	1 327,9	197 514
1908 ...	4 653	384 800	61,2	2 146,7	341,5	102 115 ³⁾	1960 ...	3 604	583 513	104,6	7 350,2	1 326,0	198 595
1909 ...	4 617	390 315 ³⁾	61,3	2 277,9	357,5	106 592 ³⁾	1961 ...	3 627	594 642	105,1	7 481,8	1 331,9	200 677
1910 ...	4 805	407 576	63,1	2 419,7	374,7	110 867 ³⁾	1962 ...	3 651	604 932	105,7	7 533,2	1 323,0	203 524
1911 ...	4 871	426 934	65,3	2 608,7	399,1	116 276	1963 ...	3 644	615 685	106,4	7 718,1	1 340,2	205 660
1912 ...	4 921	444 035	67,1	2 678,4	404,9	119 483	1964 ...	3 609	619 388	105,7	7 952,7	1 364,9	207 944
1913 ...	4 930	462 203	69,0	2 808,7	419,3	123 627	1065 ...	3 619	631 447	106,5	8 121,2	1 376,2	210 475
1914 ...	4 718	466 525	68,8	2 591,5	382,3	119 632	1966 ...	3 617	640 372	107,1	8 372,0	1 403,8	212 089
1915 ...	4 556	463 854	68,3	2 162,7	318,6	110 740	1967 ...	3 609	649 590	108,4	8 565,5	1 430,6	214 311
1916 ...	4 528	473 517	69,9	2 343,4	346,1	114 501	1968 ...	3 618	665 546	110,1	8 874,2	1 474,5	218 036
1917 ...	4 436	468 880	69,6	2 481,0	368,3	112 192	1969 ...	3 601	677 695	110,7	9 148,5	1 503,5	219 994
1918 ...	4 430	473 185	70,8	2 639,1	395,0	109 212	1970 ...	3 587	683 254	112,0	9 337,7	1 539,6	220 826
1919 ...	4 512	474 669	75,5	2 767,5	440,0	112 904							
1920 ...	4 512	475 183	76,9	3 009,0	486,9	116 184							

¹⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ²⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — ³⁾ Bundesgebiet ohne Saarland. — ⁴⁾ Stand am Jahresende. — ⁵⁾ Ohne Entbindungskrankenhäuser. — ⁶⁾ Ohne Krankenhäuser für Augenkrankheiten. — ⁷⁾ Bundesgebiet ohne Bayern.

IV. Bildung

Vorbemerkung

Allgemeines

Die Anfänge der Schulstatistik reichen bis in das 18. Jahrhundert zurück. Eine einheitliche Erhebung an den öffentlichen Volksschulen über die Zahl der Schulen, Schüler und Lehrer kam jedoch erst 1901 zustande. Die zweite Erhebung dieser Art fand 1906 statt. Fünf Jahre später — im Jahre 1911 — wurden auch die Mittelschulen (Realschulen) und Höheren Schulen (Gymnasien) in die statistischen Erhebungen einbezogen. Infolge des Ersten Weltkrieges konnten neue Erhebungen erst wieder im Jahre 1921/22 durchgeführt werden. Vor dem Zweiten Weltkrieg fand die letzte Erhebung 1936 statt. Danach stehen Ergebnisse für das Bundesgebiet seit 1951 zur Verfügung.

Die Hochschulstatistik wurde zu Beginn des 19. Jahrhunderts entwickelt, jedoch erst allmählich ausgebaut. Das Bedürfnis nach einer reichseinheitlichen Hochschulstatistik führte dazu, daß nach den amtlichen Verzeichnissen der Studenten der betreffenden Hochschulen ab 1909 Ergebnisse über die Studenten vom SS 1907 veröffentlicht wurden. Nach der Unterbrechung durch den 1. Weltkrieg wurde die Reichshochschulstatistik 1924 wieder aufgenommen.

Ab WS 1949/50 entstand die sog. »Kleine Hochschulstatistik«, die auf Meldungen der Hochschulverwaltungen beruht. Mit einem für alle Bundesländer einheitlichen Erhebungsbogen, der den Hochschulverwaltungen von den Statistischen Landesämtern übersendet wird, werden alle Wissenschaftlichen, aber auch die nichtwissenschaftlichen Hochschulen, wie Kunst-, Musik- und Sporthochschulen erfaßt. Die geforderten Angaben erstrecken sich seit dem WS 1954/55 auf deutsche und ausländische Studenten, die unter anderem nach Geschlecht und rd. 30 Fachrichtungen sowie nach einzelnen Hochschulen nachgewiesen werden. Darüber hinaus werden auch die Beurlaubten und Gasthörer nach Hochschulen angegeben. Parallel zur »Kleinen Hochschulstatistik« wird als Individualerhebung die »Große Hochschulstatistik« mit wesentlich detaillierterem Frageprogramm geführt.

Erläuterungen zu den Tabellen

Die unter staatlicher Schulaufsicht stehenden Volksschulen (Tabelle 1) bestehen seit dem Länderabkommen von 1964 aus einer von allen Schülern gemeinsam besuchten vier- bzw. sechsjährigen Grundschule als Primarstufe (regional verschieden) und der fünf- bzw. dreijährigen Hauptschule als Sekundarstufe I. Die Hauptschule wird von allen Schülern besucht, die nach dem Besuch der Grundschule keinen Wechsel auf eine weiterführende allgemeinbildende Schule vornehmen. Das 5. und 6. Schuljahr kann als sogenannte Förderstufe eingerichtet sein und auf den späteren Besuch einer weiterführenden allgemeinbildenden Schule vorbereiten. Die zunehmend an Bedeutung gewinnenden Sonderschulen werden nicht berücksichtigt; dagegen sind Real- und Sonderschulklassen, die den Volksschulen angeschlossen sind, jeweils dieser Schulgattung zugerechnet worden.

Der Besuch der vier- bzw. sechsklassigen Mittel- bzw. Realschule schließt in der Regel an den Grundschulbesuch an und endet nach dem 10. Schuljahr mit dem Realschulabschluß. Daneben besteht nach abgeschlossenem Grundschulbesuch die Übergangsmöglichkeit auf ein Gymnasium, an dem nach dem 13. Schuljahr durch Ablegung des Abiturs die Berechtigung zum Hochschulstudium erworben werden kann.

Die verwaltungsrechtliche Abgrenzung der einzelnen Schulgattungen stimmt nicht mit der statistischen überein. Während mehrere Schulgattungen einer rechtlich selbständigen von einem Direktor geleiteten Schule angehören können, wird von der Schulstatistik jede Schulgattung als selbständige Einheit erfaßt.

Es wird nicht nach öffentlichen und privaten allgemeinbildenden Schulen unterschieden. Nach dem letzten Krieg nahm die Zahl der privaten Schulen tendenziell zu. Dies gilt insbesondere für die Mittel- und Sonderschulen. Der größte Anteil aller privaten Schulen entfällt seit jeher auf die Gymnasien, wogegen der Anteil privater Volksschulen unbedeutend ist.

Als hauptamtliche Lehrer zählen alle im Schulunterricht tätigen Personen, die eine Planstelle innehaben oder mit voller Wochenstundenzahl beschäftigt sind (Vollzeitlehrer).

1. Allgemeinbildende Schulen

Jahr	Schulen	Schüler	Hauptamtliche Lehrer	Schüler	
				je Schule	je hauptamtlichen Lehrer
Reichsgebiet					
Volksschulen					
1901	59 830	8 966 107	146 540 ²⁾	149	61
1906	61 198	9 779 356	166 597 ²⁾	159	59
1911	62 037	10 336 100	187 485 ²⁾	166	55
1921/22	53 438	8 930 070	197 646	167	45
1926/27	53 397	6 698 785	187 625	125	36
1931/32	53 640	7 639 901	192 227	142	40
1936	52 846	7 929 977	186 519	150	43
Mittelschulen					
1911	2 049	354 054	12 065	172	29
1921/22	1 743	329 344	12 855	188	26
1926/27	1 550	259 300	12 195	167	21
1931/32	1 472	229 671	11 517	156	20
1936	1 275	235 178	10 351	184	23
Höhere Schulen					
1911	2 515	664 156	35 339	264	19
1921/22	2 415	799 490	42 316	331	19
1926/27	2 602	843 818	45 099	324	19
1931/32	2 478	778 440	44 902	314	17
1936	2 319	672 073	42 727	289	16
Bundesgebiet					
Volksschulen					
1921/22	30 260	5 293 099	115 244	174	46
1931/32	30 740	4 503 715	111 945	146	40
1951 ¹⁾	28 714	5 849 389	126 380	203	46
1952 ¹⁾	28 998	5 425 084	127 111	187	43
1953 ¹⁾	29 173	5 140 709	127 209	176	40
1954 ¹⁾	29 344	4 832 395	126 883	164	38
1955 ¹⁾	29 465	4 636 470	125 571	157	37
1956 ¹⁾	29 553	4 574 153	124 787	154	37
1957	31 023	5 032 697	139 140	162	36
1958	31 056	5 031 261	140 038	162	36
1959	31 082	5 138 193	140 351	165	37
1960	31 109	5 290 915	142 098	170	37
1961	31 110	5 343 013	145 013	171	37
1962	31 094	5 445 014	149 557	175	36
1963	30 955	5 469 285	151 891	176	36
1964	30 751	5 525 202	157 701	179	35
1965	30 048	5 607 376	161 115	186	35
1966	29 217	5 710 923	167 092	195	34
1967	27 678	5 755 496	172 606	207	33
1968	26 480	5 886 842	177 394	222	33
1969 ³⁾	23 057	6 112 327	181 000	265	34
1970 ³⁾	21 501	6 359 300	187 805	296	34

Fußnoten siehe S. 128.

IV. Bildung

1. Allgemeinbildende Schulen

Jahr	Schulen	Schüler	Hauptamtliche Lehrer	Schüler	
				je Schule	je hauptamtlichen Lehrer
Bundesgebiet					
Mittelschulen/Realschulen					
1921/22	937	159 067	6 448	169	25
1931/32	905	123 033	6 668	135	18
1951 ¹⁾	644	236 366	7 177	367	33
1952 ¹⁾	693	266 409	8 343	384	32
1953 ¹⁾	731	290 267	9 346	397	31
1954 ¹⁾	759	309 512	10 209	407	30
1955 ¹⁾	806	323 409	11 129	401	29
1956 ¹⁾	834	314 532	11 717	377	27
1957	1 032	366 561	14 326	355	26
1958	1 068	361 360	14 637	338	25
1959	1 093	360 154	14 869	329	24
1960	1 125	368 861	15 389	327	24
1961	1 167	384 929	16 194	329	24
1962	1 214	407 364	17 169	335	24
1963	1 410	467 273	19 167	331	24
1964	1 464	497 558	20 057	339	25
1965	1 555	539 181	21 412	346	25
1966	1 660	590 028	23 307	355	25
1967	1 863	694 494	26 709	372	26
1968	1 969	760 980	29 005	386	26
1969 ²⁾	2 057	826 201	31 710	401	26
1970 ²⁾	2 114	851 093	34 121	402	25
Höhere Schulen/Gymnasien					
1921/22	1 549	485 597	25 858	313	19
1931/32
1951 ¹⁾	1 741	643 085	29 527	369	22
1952 ¹⁾	1 527	684 041	31 537	447	22
1953 ¹⁾	1 541	728 098	32 706	472	22
1954 ¹⁾	1 553	763 462	34 114	491	22
1955 ¹⁾	1 572	775 320	34 848	493	22
1956 ¹⁾	1 587	767 503	36 828	483	21
1957	1 792	854 590	43 090	476	20
1958	1 800	856 383	44 161	475	19
1959	1 810	861 203	45 322	475	19
1960	1 823	853 437	46 033	468	19
1961	1 837	848 002	46 143	461	18
1962	1 843	846 658	48 050	459	18
1963	1 858	858 691	49 287	462	17
1964	1 883	890 091	50 401	472	18
1965	1 926	957 871	50 424	497	19
1966	1 968	1 038 141	53 367	527	19
1967	2 063	1 194 437	57 807	578	21
1968	2 147	1 270 972	61 334	592	21
1969 ²⁾	2 235	1 352 065	66 108	604	20
1970 ²⁾	2 341	1 382 244	69 775	597	20

¹⁾ Öffentliche und private Schulen.
²⁾ Bundesgebiet (ohne Hamburg, Bremen, Saarland und Berlin). — Bis 1966 bezogen auf die Bevölkerung Mitte des Jahres; ab 1967 Ende des Jahres. — ²⁾ Nur öffentliche Schulen. — ²⁾ Vorläufige Ergebnisse.

2. Studenten an Wissenschaftlichen Hochschulen

Semester ¹⁾	Studenten ⁴⁾ (einschl. Ausländer)			Davon an					
				Universitäten		Technischen Hochschulen ²⁾		Sonstigen wissenschaftlichen Hochschulen ³⁾	
	insgesamt	auf 10 000 Einwohner	weiblich	zusammen	weiblich	zusammen	weiblich	zusammen	weiblich
Reichsgebiet									
1907	60 514	9,8	306	46 108	302	11 065	4	3 341	—
1908	62 124	9,9	386	47 600	375	11 073	11	3 451	—
1909	67 005	10,5	1 477	51 353	1 415	10 684	16	4 968	46
1910	70 019	10,8	2 221	54 549	2 138	10 593	25	4 877	58
1911	72 899	11,2	2 653	57 078	2 527	10 695	51	5 126	75
1912	76 422	11,6	3 086	59 181	2 932	10 630	53	6 611	101
1913	77 484	11,6	3 585	60 061	3 368	10 742	65	6 681	152
1914	79 511	11,7	4 313	60 748	4 057	11 451	70	7 312	186
1915	64 540	9,5	4 820	53 789	4 568	6 929	106	3 822	146
1916	67 251	9,9	5 789	57 243	5 435	6 389	151	3 619	203
1917	75 981	11,3	6 654	64 978	6 204	6 605	191	4 398	259
1918	84 401	12,6	7 779	72 113	7 182	7 653	247	4 635	350
1919	113 477	18,0	8 843	89 328	8 216	15 741	295	8 408	332
1920	115 633	18,7	8 676	86 581	8 186	20 747	258	8 305	232
1921	120 196	19,2	8 890	87 297	8 269	23 215	341	9 684	280
1922	120 557	19,5	8 882	84 440	8 105	24 640	355	11 477	422
1923	125 306	20,1	9 883	85 394	8 763	26 640	470	13 272	650
1924	100 751	16,1	8 368	68 114	7 460	21 817	357	10 820	551
1925	90 970	14,4	7 612	60 458	6 808	21 216	374	9 296	430
1926	95 255	15,0	8 539	65 062	7 859	21 683	368	8 510	312
1927	101 005	15,8	10 336	72 139	9 570	20 167	428	8 699	338
1928	111 582	17,3	12 894	83 322	12 052	20 045	466	8 215	376
1929	122 374	18,9	15 955	93 090	14 923	21 347	628	7 937	404
1930	129 708	19,9	18 813	99 577	17 455	22 032	780	8 099	578
1931	134 767	20,6	21 195	103 912	19 394	22 275	909	8 580	892
1932	127 580	19,4	19 998	98 852	18 316	20 474	944	8 254	738
1933	115 197	17,4	17 739	88 930	16 210	17 888	796	8 379	733
1934	92 622	13,9	12 680	73 111	11 890	14 291	500	5 220	290
1935	72 802	10,9	10 175	57 001	9 645	11 364	379	4 437	151
1939 ²⁾	56 477	8,1	6 249	40 465	5 684	12 277	242	3 735	323
Bundesgebiet									
1950 ³⁾	100 339	21,0	16 719	71 399	14 878	20 060	1 001	8 880	840
1951 ³⁾	100 570	20,9	16 246	71 464	14 679	21 762	980	7 344	587
1952 ³⁾	103 280	21,3	16 579	72 821	15 013	23 550	1 066	6 909	500
1953 ³⁾	105 693	21,6	17 148	74 452	15 741	24 992	1 036	6 249	371
1954 ³⁾	110 895	22,4	18 404	78 536	17 053	26 215	990	6 144	361
1955 ³⁾	117 172	23,4	20 401	84 922	19 002	26 192	1 045	6 058	354
1956 ³⁾	125 045	24,7	22 557	91 631	21 117	27 610	1 120	5 804	320
1957	154 568	28,6	31 009	112 099	29 265	35 667	1 227	6 802	517
1958	172 794	31,6	34 385	125 837	32 166	39 757	1 634	7 200	585
1959	190 719	34,6	40 198	140 951	37 846	42 625	1 746	7 143	606
1960	207 702	37,2	45 140	155 583	42 659	44 563	1 859	7 556	622
1961	224 167	39,6	50 249	170 529	47 655	48 337	2 093	5 301	501
1962	242 128	42,3	55 445	186 156	52 744	49 046	2 162	6 926	539
1963	255 673	44,2	59 187	198 146	56 308	51 598	2 315	5 929	564
1964	265 644	45,3	61 805	206 973	58 579	52 356	2 597	6 315	629
1965	270 674	45,6	62 036	211 488	58 605	52 337	2 670	6 849	761
1966	272 038	45,5	62 759	214 393	59 324	51 462	2 788	6 183	647
1967	281 339	47,1	66 077	219 239	61 995	55 262	3 269	6 838	813
1968	285 969	47,7	69 800	223 825	64 689	54 876	3 963	7 268	1 148
1969	304 213	50,3	73 990	237 005	67 580	58 906	4 828	8 302	1 582
1970	323 498	52,9	79 035	251 732	71 328	62 762	5 945	9 004	1 762
1971	352 131	57,7	89 092	273 659	79 859	68 952	7 261	9 520	1 972

¹⁾ Bis 1966 Sommersemester; ab 1967 Wintersemester (z. B. 1967 = Wintersemester 1966/67). — ²⁾ Gebietsstand: 31.12.1937.
³⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — ⁴⁾ Ohne Beurlaubte. — ⁵⁾ Sommersemester 1915 bis 1926: einschl. Beurlaubte und Gasthörer. — ⁶⁾ Ohne Pädagogische Hochschulen und entsprechende Einrichtungen.

3. Deutsche und ausländische Studenten an Wissenschaftlichen Hochschulen

Semester ¹⁾	Studenten ⁴⁾ insgesamt	Davon				
		Deutsche		Ausländer		
		Anzahl	%	auf 10 000 Einwohner	Anzahl	%
Reichsgebiet						
1927	101 005	94 530	93,6	14,8	6 475	6,4
1928	111 582	105 054	94,1	16,3	6 528	5,9
1929	122 374	115 675	94,5	17,9	6 699	5,5
1930	129 708	122 800	94,7	18,9	6 908	5,3
1931	134 767	127 780	94,8	19,5	6 987	5,2
1932	127 580	121 108	94,9	18,4	6 472	5,1
1933	115 197	109 711	95,2	16,6	5 486	4,8
1934	92 622	88 362	95,4	13,3	4 260	4,6
1935	72 802	68 857	94,6	10,3	3 945	5,4
1939 ²⁾	56 477	52 276	92,6	7,5	4 201	7,4
Bundesgebiet						
1950 ³⁾	100 339	98 185	97,9	20,6	2 154	2,1
1951 ³⁾	100 570	98 709	98,1	20,5	1 861	1,9
1952 ³⁾	103 280	100 933	97,7	20,8	2 347	2,3
1953 ³⁾	105 693	102 586	97,1	20,9	3 107	2,9
1954 ³⁾	110 895	106 587	96,1	21,5	4 308	3,9
1955 ³⁾	117 172	111 707	95,3	22,3	5 465	4,7
1956 ³⁾	125 045	118 074	94,4	23,3	6 971	5,6
1957	154 568	144 356	93,4	26,9	10 202	6,6
1958	172 794	158 967	92,0	29,3	13 827	8,0
1959	190 719	174 105	91,3	31,7	16 614	8,7
1960	207 702	189 306	91,1	34,2	18 396	8,9
1961	224 167	204 342	91,2	36,4	19 825	8,8
1962	242 128	220 889	91,2	38,8	21 239	8,8
1963	255 673	234 105	91,6	40,7	21 568	8,4
1964	265 644	243 712	91,7	41,8	21 932	8,3
1965	270 674	248 589	91,8	42,1	22 085	8,2
1966	272 038	250 047	91,9	41,9	21 991	8,1
1967	281 339	259 195	92,1	43,3	22 144	7,9
1968	285 969	264 177	92,4	43,4	21 792	7,6
1969	304 213	282 447	92,8	46,4	21 766	7,2
1970	323 498	301 431	93,2	49,0	22 067	6,8
1971	352 131	329 064	93,4	54,0	23 067	6,6

¹⁾ Bis 1966 Sommersemester; ab 1967 Wintersemester (z. B. 1967 = Wintersemester 1966/67). — ²⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937.
³⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — ⁴⁾ Ohne Beurlaubte.

V. Rechtspflege

Vorbemerkung

Allgemeines

Die tatsächliche Kriminalität oder Straffälligkeit ist wegen der unbekannt bleibenden Straftaten nicht feststellbar (Dunkelziffer). Anhaltspunkte über die Höhe der Straffälligkeit lassen sich aber aus den Zahlen über die bekanntgewordenen Straftaten und ermittelten Täter, Abgeurteilten und Verurteilten oder Strafgefangenen und Probanden gewinnen. Die Straftaten und die Straffälligen in den verschiedenen Stadien ihrer behördlichen Behandlung werden in den vier großen Strafrechtspflegestatistiken gezählt: Tatermittlung, Strafverfolgung, Strafvollzug und Bewährungshilfe. Statistische Nachweisungen über Tatermittlung, Strafvollzug und Bewährungshilfe liegen erst seit 1953, 1961 bzw. 1963 vor.

Die Strafverfolgungsstatistik (früher auch Statistik der Kriminalität oder Materielle Kriminalstatistik genannt) ist schon eingeführt worden, als die große Strafgesetzgebung in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts zur Vereinheitlichung des materiellen Rechts (1871) wie des Strafverfahrensrechts (1879) abgeschlossen war. Ende 1881 einigten sich die Bundesstaaten im Bundesrat auf die »Herstellung einer Statistik der rechtskräftig erledigten Strafsachen wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze« ab 1. Januar 1882. Im Rahmen dieser »Reichskriminalstatistik« war von den Gerichten der ersten Instanz für jeden einzelnen Angeklagten nach Eintritt der Rechtskraft des Urteils oder Strafbefehls eine Zählkarte auszufüllen, die von den Strafvollstreckungsbehörden an die statistischen Behörden zu liefern war. Diese Erhebungsmethode hat sich bis heute nicht geändert.

Erläuterungen zu den Tabellen

Da sich für Vergleiche über längere Zeiträume besondere Verurteiltenziffern besser eignen als allgemeine, sind die Straftaten des Strafgesetzbuches zu sieben Hauptdeliktgruppen zusammengezogen worden. Unberücksichtigt geblieben sind die Straftaten nach anderen Reichs- bzw. nach anderen Bundesgesetzen und Landesgesetzen, weil erstere in dem hier untersuchten längeren Zeitraum von zu vielen neu erlassenen Gesetzen mit Strafbestimmungen beeinflusst und Verstöße gegen Landesgesetze in der Reichskriminalstatistik nicht gezählt worden sind. Hinzukommende strafrechtliche Bestimmungen müssen naturgemäß eine Zunahme der strafbaren Handlungen und bestraften Personen zur Folge haben. Soweit Strafbestimmungen des Strafgesetzbuches verändert, weggefallen oder hinzugekommen sind, lassen sich die Veränderungen allerdings meist nicht eliminieren. Um die Vergleichbarkeit der Straffälligkeit nach den sieben Hauptdeliktgruppen trotzdem soweit wie möglich zu verbessern, sind die vielen Vergehen im Straßenverkehr in den Jahren ab 1954 aus allen Deliktgruppen herausgelassen worden, in denen sie heute auftreten können. Für die Zeit vor 1954 ist das nicht möglich, da zu den Straßenverkehrsvergehen u. a. auch die fahrlässigen Tötungen und die fahrlässigen Körperverletzungen zählen, deren Ursache verschuldete Unfälle waren. Sie sind früher in der Strafverfolgungsstatistik nicht besonders erfaßt und ausgewiesen worden. Da in der Zeit zwischen den Weltkriegen im Gegensatz zum vorigen Jahrhundert schon Straßenverkehrsunfälle und -gefährdungen in größerer Zahl vorkommen konnten, ist das bei Wertung der Ergebnisse zu beachten. Der hohe Anteil, den die (meist fahrlässig begangenen) Straßenverkehrsvergehen an allen Verbrechen und Vergehen, die zur Verurteilung führen, ausmachen, war mit ein Grund für die Änderung des Namens dieser Statistik.

1. Verurteilte nach Hauptdeliktgruppen

Jahr	Wegen Verbrechen und Vergehen Verurteilte ²⁾ auf 100 000 strafmündige Einwohner								
	Insgesamt	darunter wegen nachstehender Delikte nach dem Strafgesetzbuch							
		zusammen	Gegen Staat, öfftl. Ordnung, im Amf	Wider die Sittlichkeit	Andere Personendelikte	Diebstahl u. Unterschlagung	Raub und Erpressung	Andere Vermögensdelikte	Gemeingefährliche Delikte
Reichsgebiet									
1882	996	976,4	109,5	20,3	318,3	370,8	3,0	147,6	6,9
1883	984	965,9	104,4	20,1	331,4	357,7	2,8	142,9	6,6
1884	1 025	1 006,9	113,5	20,1	370,9	347,5	2,9	146,0	6,2
1885	1 006	984,9	109,9	21,0	374,7	324,4	2,5	145,8	6,6
1886	1 020	997,7	113,8	22,7	387,4	316,9	2,6	147,4	7,0
1887	1 020	996,6	115,3	22,7	395,2	303,2	2,6	149,2	8,5
1888	984	959,7	107,0	21,8	380,8	296,4	2,5	144,0	7,1
1889	1 030	1 002,1	110,9	21,4	389,4	321,4	2,6	149,9	6,6
1890	1 049	1 022,3	113,0	21,8	407,2	316,0	2,7	153,4	8,1
1891	1 073	1 046,1	111,6	23,1	407,3	330,8	2,7	162,6	8,0
1892	1 149	1 116,2	115,5	24,6	425,0	363,2	3,2	176,0	8,8
1893	1 158	1 113,5	119,9	26,1	458,5	320,5	2,7	177,0	8,7
1894	1 195	1 143,9	126,0	27,6	480,0	318,5	3,0	181,8	7,1
1895	1 200	1 143,7	126,1	28,5	488,2	308,9	3,0	181,3	7,6
1896	1 197	1 135,2	125,7	28,9	500,8	298,2	2,9	170,9	7,9
1897	1 204	1 139,3	127,5	27,3	498,8	302,6	2,7	170,5	9,8
1898	1 219	1 157,5	124,9	28,5	508,5	309,0	2,9	173,6	10,1
1899	1 201	1 142,3	125,4	28,2	509,4	293,4	2,9	170,8	12,2
1900	1 164	1 106,2	117,8	29,1	488,9	292,8	2,6	162,6	12,4
1901	1 223	1 155,1	121,5	31,7	507,4	309,2	2,8	171,2	11,2
1902	1 246	1 169,6	122,1	33,4	505,9	314,7	3,4	179,0	11,0
1903	1 208	1 129,0	118,6	32,7	489,9	301,0	2,9	173,2	10,9
1904	1 218	1 128,2	121,4	32,7	498,3	292,8	3,0	168,6	11,4
1905	1 205	1 112,8	119,0	31,7	487,9	293,2	3,0	166,8	11,2
1906	1 229	1 130,3	120,7	31,7	490,9	302,7	3,0	169,5	11,8
1907	1 207	1 111,0	117,8	30,5	473,4	305,3	2,8	168,4	12,2
1908	1 230	1 130,8	115,3	30,8	468,3	327,5	3,2	174,3	11,5
1909	1 202	1 102,9	112,3	30,7	446,3	323,4	3,2	175,0	12,0
1910	1 184	1 077,0	106,4	30,3	435,0	316,6	3,1	175,2	10,3
1911	1 180	1 060,0	103,9	32,1	427,1	305,0	3,3	170,6	18,0
1912	1 225	1 098,8	108,9	31,9	445,9	319,0	3,1	175,6	14,4
1913	1 169	1 041,4	102,3	33,2	412,8	305,6	3,2	174,1	10,3
1914	940	839,5	81,0	30,0	315,7	257,0	2,8	144,6	8,3
1919	736	679,5	43,8	7,5	127,9	372,6	3,2	120,5	4,0
1920	1 284	1 155,2	73,9	13,8	224,9	623,6	4,5	208,6	6,0
1921	1 353	1 193,8	79,0	20,7	237,2	590,4	6,6	251,8	8,1
1922	1 326	1 171,5	85,0	21,2	214,4	589,7	5,4	246,7	8,9
1923	1 693	1 506,6	96,1	18,9	219,6	831,4	3,9	328,8	7,7
1924	1 494	1 187,0	121,3	26,2	220,3	545,7	6,1	258,8	8,6
1925	1 217	880,4	92,9	32,7	235,7	304,2	3,8	199,3	11,9
1926	1 229	864,2	91,1	33,2	241,2	269,7	3,5	213,0	12,4
1927	1 249	844,2	83,4	30,1	248,9	257,8	3,1	206,6	14,4
1928	1 188	805,9	77,3	27,0	240,8	247,9	3,1	190,9	18,9
1929	1 191	842,6	79,0	26,5	253,5	260,3	3,2	200,9	18,9
1930	1 187	881,7	82,9	27,0	268,0	274,8	3,8	209,3	15,9
1931	1 125	881,5	85,7	25,5	257,5	276,5	4,4	218,5	13,4
1932	1 125	878,9	90,8	26,1	221,1	300,0	5,4	224,3	11,2
1933	973	741,3	74,0	29,8	190,7	251,2	5,1	179,3	11,2
1934	761	566,9	45,9	27,6	146,8	187,0	3,2	146,0	10,5
1935	834	620,8	46,8	31,3	187,9	192,3	3,0	145,1	14,4
1936	737	555,1	38,4	39,0	162,3	165,9	3,0	133,0	13,5

Fußnoten siehe S. 133.

1. Verurteilte nach Hauptdeliktgruppen

Jahr	Wegen Verbrechen und Vergehen Verurteilte ²⁾ auf 100 000 strafmündige Einwohner								
	Insgesamt	darunter wegen nachstehender Delikte nach dem Strafgesetzbuch							
		zusammen ³⁾	Gegen Staat, öfftl. Ordnung, im Amt	Wider die Sittlichkeit	Andere Personendelikte	Diebstahl u. Unterschlagung	Raub und Erpressung	Andere Vermögensdelikte	Gemeingefährliche Delikte
Bundesgebiet									
1954 ¹⁾	1 281	637,9	54,4	34,8	130,2	225,5	3,0	162,9	27,0
1955 ¹⁾	1 331	632,7	54,1	35,3	134,8	224,5	3,5	155,3	25,3
1956 ¹⁾	1 350	647,2	53,2	34,8	135,0	226,9	3,7	164,5	29,1
1957 ¹⁾	1 398	681,5	53,5	35,4	141,5	245,6	4,4	173,5	27,7
1958 ¹⁾	1 347	677,3	54,3	34,1	141,0	240,0	4,5	176,5	27,0
1959 ²⁾	1 371	674,7	53,0	36,8	143,0	231,6	4,5	175,9	29,8
1960 ¹⁾	1 326	645,4	49,9	34,5	139,8	223,1	4,5	163,3	30,3
1961	1 352	634,0	47,9	33,4	135,7	227,8	4,9	155,8	28,5
1962	1 328	610,0	48,6	32,2	127,3	222,2	4,6	144,2	30,8
1963	1 249	586,1	45,8	30,4	122,3	219,0	4,9	133,4	30,5
1964	1 282	587,2	44,3	30,6	120,4	223,3	5,0	132,6	31,0
1965	1 234	534,4	40,8	25,0	113,2	203,2	4,5	118,5	29,1
1966	1 303	528,8	40,5	22,5	108,9	214,6	4,8	111,7	25,9
1967	1 348	550,2	41,4	21,6	106,2	232,2	5,8	118,8	24,3
1968	1 392	576,1	41,9	21,9	109,4	248,5	6,0	123,8	24,8
1969	1 310	588,9	38,0	19,0	110,8	268,3	6,2	122,7	24,0
1970	1 346	583,6	33,6	16,6	103,4	290,0	6,5	112,1	21,5

¹⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — ²⁾ Bis 30. 6. 1923 Personen im Alter von 12 und mehr und ab 1. 7. 1923 Personen im Alter von 14 und mehr Jahren. — ³⁾ Ab 1954: ohne Vergehen im Straßenverkehr.

2. Verurteilte nach Hauptdelikts- und Altersgruppen

Verbrechen und Vergehen nach dem Strafgesetzbuch	Durchschnitt ausgewählter Jahre	Verurteilte auf 100 000 Einwohner nachstehender Personengruppe ²⁾				
		Strafmündige insgesamt	Jugendliche ³⁾	Heranwachsende ⁴⁾	Jung-erwachsene ⁵⁾	Voll-erwachsene ⁶⁾
Reichsgebiet						
Gegen den Staat, die öffentliche Ordnung und im Amt	1884 — 1888	111,9	16,2	127,9	160,1	124,0
	1894 — 1898	126,0	25,4	151,1	162,2	138,7
	1904 — 1908	118,8	26,6	126,3	142,7	133,2
	1928 — 1932	83,1	14,4	87,9	132,6	82,2
Bundesgebiet						
	1954 — 1958 ¹⁾	53,9	22,0	96,2	141,2	46,0
	1962 — 1966	43,9	23,4	94,0	109,5	35,9
	1967 — 1970	38,7	26,6	86,4	107,4	31,5
Reichsgebiet						
Wider die Sittlichkeit	1884 — 1888	21,7	15,4	29,3	24,7	21,3
	1894 — 1898	28,2	20,2	36,2	30,3	27,9
	1904 — 1908	31,5	19,0	33,8	33,4	32,9
	1928 — 1932	26,4	23,3	27,9	31,6	25,3
Bundesgebiet						
	1954 — 1958 ¹⁾	34,9	49,9	52,4	47,5	30,6
	1962 — 1966	28,1	62,1	60,6	55,2	20,7
	1967 — 1970	19,8	37,1	37,7	43,2	15,5
Reichsgebiet						
Andere Personendelikte	1884 — 1888	381,9	99,3	589,8	599,9	386,4
	1894 — 1898	495,4	153,7	863,6	758,5	481,6
	1904 — 1908	483,5	157,5	804,2	736,6	472,8
	1928 — 1932	248,2	66,9	298,1	461,8	229,3
Bundesgebiet						
	1954 — 1958 ¹⁾	136,5	73,1	254,9	322,2	117,1
	1962 — 1966	118,3	79,9	254,4	277,1	96,9
	1967 — 1970	107,4	101,1	237,4	260,9	88,3

Fußnoten siehe S. 134.

2. Verurteilte nach Hauptdelikts- und Altersgruppen

Verbrechen und Vergehen nach dem Strafgesetzbuch	Durchschnitt ausgewählter Jahre	Verurteilte auf 100 000 Einwohner nachstehender Personengruppe ²⁾				
		Strafmündige insgesamt	Jugendliche ³⁾	Heran- wachsende ⁴⁾	Jung- erwachsene ⁵⁾	Voll- erwachsene ⁶⁾
Reichsgebiet						
Diebstahl und Unterschlagung	1884 — 1888	317,4	340,1	506,6	412,8	265,9
	1894 — 1898	307,4	386,0	582,7	396,1	229,6
	1904 — 1908	304,5	399,5	564,9	414,8	222,8
	1928 — 1932	272,0	304,6	533,4	583,3	188,9
Bundesgebiet						
	1954 — 1958 ¹⁾	232,6	510,3	668,0	626,0	130,4
	1962 — 1966	216,4	692,5	716,6	539,3	115,6
	1967 — 1970	259,9	915,9	777,3	628,8	146,6
Reichsgebiet						
Raub und Erpressung	1884 — 1888	2,6	1,4	4,2	4,3	2,4
	1894 — 1898	2,9	2,0	5,4	4,5	2,5
	1904 — 1908	3,0	2,6	6,0	5,5	2,3
	1928 — 1932	4,0	2,6	8,0	10,3	2,8
Bundesgebiet						
	1954 — 1958 ¹⁾	3,8	7,3	16,6	13,7	1,5
	1962 — 1966	4,8	14,5	25,8	15,6	1,6
	1967 — 1970	6,1	21,9	28,9	20,2	2,3
Reichsgebiet						
Andere Vermögensdelikte	1884 — 1888	146,5	87,7	208,6	199,1	142,1
	1894 — 1898	175,6	113,2	286,5	239,9	162,2
	1904 — 1908	169,5	111,9	265,2	234,2	157,1
	1928 — 1932	208,9	69,1	234,0	348,2	198,9
Bundesgebiet						
	1954 — 1958 ¹⁾	166,6	113,0	290,8	404,1	140,8
	1962 — 1966	127,9	131,4	270,2	332,5	98,2
	1967 — 1970	119,3	149,0	241,1	338,3	92,7
Reichsgebiet						
Gemeingefährliche Delikte	1884 — 1888	7,1	6,5	5,9	5,9	7,3
	1894 — 1898	8,5	6,7	7,4	6,3	9,1
	1904 — 1908	11,6	8,5	10,4	11,3	12,2
	1928 — 1932	15,6	5,7	17,7	21,2	15,5
Bundesgebiet						
	1954 — 1958 ¹⁾	27,2	10,4	40,6	57,3	25,2
	1962 — 1966	29,4	10,0	53,3	69,5	25,4
	1967 — 1970	23,6	9,5	48,0	57,6	20,7
Reichsgebiet						
Insgesamt ⁷⁾	1884 — 1888	989	567	1 472	1 407	949
	1894 — 1898	1 144	707	1 933	1 598	1 052
	1904 — 1908	1 123	726	1 811	1 578	1 033
	1928 — 1932	858	487	1 207	1 589	743
Bundesgebiet						
	1954 — 1958 ¹⁾	656	786	1 420	1 612	492
	1962 — 1966	569	1 014	1 475	1 399	394
	1967 — 1970	575	1 261	1 457	1 456	398

¹⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — ²⁾ Verurteilenziffern für die Heranwachsenden, Jungerwachsenen und Vollerwachsenen in der Zeit von 1884 bis 1932 z. T. auf der Grundlage von geschätzten Bevölkerungszahlen. — ³⁾ Bis 1908 Personen im Alter von 12 bis unter 18, ab 1928 Personen im Alter von 14 bis unter 18 Jahren. — ⁴⁾ Personen im Alter von 18 bis unter 21 Jahren. — ⁵⁾ Personen im Alter von 21 bis unter 25 Jahren. — ⁶⁾ Personen im Alter von 25 und mehr Jahren. — ⁷⁾ Ab 1954: ohne Vergehen im Straßenverkehr.

VI. Wahlen

Vorbemerkung

Den Reichstagswahlen im Kaiserreich lag das Wahlgesetz des Norddeutschen Bundes vom 31. Mai 1868 zugrunde, das 1871 durch Artikel 20 der Verfassung auf die süddeutschen Staaten sowie 1873 auf Elsaß-Lothringen ausgedehnt wurde und bis zum Sommer 1918 in Kraft blieb. Das aktive und passive Wahlrecht besaßen alle männlichen Staatsangehörigen, die das 25. Lebensjahr vollendet hatten, im Besitz der bürgerlichen und politischen Ehrenrechte waren und in einem der Bundesstaaten wohnten. Ausgeschlossen vom Wahlrecht waren alle Personen, die unter Vormundschaft standen, sich im Konkurs befanden oder öffentliche Armenunterstützung erhielten. Die Zahl der Abgeordneten, die zunächst für eine dreijährige und seit 1888 für eine fünfjährige Wahlperiode in allgemeiner und direkter Wahl und in geheimer Abstimmung gewählt wurden, war im Norddeutschen Bund auf 297 festgelegt und wurde 1871 auf 382 und 1873 auf 397 erhöht. In der Regel wurde jeder Bundesstaat — vielfach ohne Rücksicht auf Verwaltungsbezirke — in Einer-Wahlkreise mit ungefähr 100 000 Einwohnern und etwa 20 000 Wahlberechtigten aufgeteilt. Im Durchschnitt kam auf 21 469 Wahlberechtigte ein Mandat. Gewählt wurde nach absoluter Mehrheitswahl in Einer-Wahlkreisen mit Stichwahl im zweiten Wahlgang zwischen den beiden Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten hatten.

Für die Wahl zur Weimarer Nationalversammlung, die nach der »Verordnung über die Wahlen zur verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung« vom 30. November 1918 durchgeführt wurde, waren aktiv und passiv alle Männer und Frauen wahlberechtigt, die das 20. Lebensjahr vollendet hatten und im Besitz der bürgerlichen und politischen Ehrenrechte waren. Das passive Wahlrecht war zudem noch an eine einjährige Staatsangehörigkeit gebunden. Die Abgeordneten wurden in allgemeiner, gleicher und geheimer Wahl unmittelbar gewählt, und zwar je einer auf 150 000 Einwohner. Grundlage waren die Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1910. Bei einem Überschuß von mindestens 75 000 Einwohnern war ein weiterer Abgeordneter gewählt. Im Reichsdurchschnitt wurden bei dieser Wahl für ein Mandat 72 209 gültige Stimmen benötigt. Die Wahlkreiseinteilung war — mit einigen Ausnahmen — in der Regel an die Länder und Verwaltungsbezirke gebunden. Nach dem Wahlsystem ergaben sich 36 Großwahlkreise mit 6 bis 17 Mandaten.

Das Reichswahlgesetz vom 27. April 1920, das 1924 nur in einigen technischen Bestimmungen geändert wurde, war bei allen Reichstagswahlen der Weimarer Republik gültig. Auch dieses Gesetz basierte auf der Wahlverordnung der Volksbeauftragten vom 30. November 1918. Das Wahlrecht der Soldaten ruhte während der Zugehörigkeit zur Reichswehr. Je Mandat wurden 60 000 Stimmen benötigt. Die Mitgliederzahl des Reichstages hing damit von der Zahl der Wahlberechtigten und der Höhe der Wahlbeteiligung ab. Nach denselben Gesichtspunkten wie zur Wahl zur Nationalversammlung wurden 35 Großwahlkreise gebildet, die nach dem Stand vom 8. Oktober 1919 zwischen 870 000 und 2 600 000 Einwohner zählten. Sie wurden zu 17 Wahlkreisverbänden zusammengefaßt. Bei der Reichstagswahl 1920 stellten die einzelnen Wahlkreisverbände 4 bis 16 Mandate.

Der Deutsche Bundestag wird alle 4 Jahre neu gewählt (Wahlperiode). Bisher war wahlberechtigt, wer das 21., wählbar, wer das 25. Lebensjahr vollendet hatte. Ab der nächsten Bundestagswahl ist wahlberechtigt, wer das 18., wählbar, wer das 21. Lebensjahr vollendet hat.

Seit 1953 hat jeder Wähler zwei Stimmen, mit seiner ersten Stimme wählt er nach den Grundsätzen der (relativen) Mehrheitswahl einen Kandidaten im Wahlkreis, seine Zweitstimme gibt er der Landesliste einer Partei.

Im ersten Bundeswahlgesetz, das mindestens 400 Abgeordnete vorsah, war den Landesregierungen aufgegeben, die den Ländern nach den Einwohnerzahlen zugeteilten Sitze im ungefähren Verhältnis von 60 : 40 auf Wahlkreis- und Landeslisten-Sitze zu verteilen. Zur Erhöhung der Zahl der Abgeordneten im zweiten Bundestag auf mindestens 484 wurde nur das Zahlenverhältnis der in Wahlkreisen und aus Landeslisten zu Wählenden geändert. Die eine Hälfte der Abgeordneten wird seitdem in Wahlkreisen, die andere aus Landeslisten gewählt. Die Bevölkerung des Saarlandes wählte nach der Rückgliederung erstmalig 1957 mit. Das Saarland wurde in 5 Wahlkreise eingeteilt, wodurch sich die gesetzliche Mindestzahl der Abgeordneten auf 494 erhöhte. Für die Bundestagswahl 1965 ist das Wahlgebiet (Bundesgebiet ohne Berlin) in 248 Wahlkreise eingeteilt worden; 1969 wurde diese Wahlkreiseinteilung mit geringen Grenzänderungen beibehalten. Die gesetzliche Zahl der Abgeordneten betrug 496. Zu den unmittelbar gewählten Abgeordneten traten 1949 zunächst 8 (ab 1952 19) und seit 1953 22 Abgeordnete aus dem Land Berlin, die durch das Abgeordnetenhaus von Berlin gewählt werden.

Durch das Bundeswahlgesetz wird die Verbindung von Landeslisten gleicher Parteien für zulässig erklärt, wovon seither immer alle in die Sitzverteilung gekommenen Parteien Gebrauch machten. Für die Sitzverteilung sind dadurch zunächst die Mandate zu berechnen, die einer Partei aufgrund der Zweitstimmen zustehen, die für sie im gesamten Wahlgebiet abgegeben wurden. In einem 2. Auszählungsverfahren werden die Mandate einer Partei sodann nach Maßgabe der für die einzelnen Landeslisten abgegebenen Stimmen auf die Länder weiter verteilt. Von der so ermittelten Abgeordnetenzahl einer Partei wird die Zahl der von ihr im Lande errungenen Wahlkreissitze abgerechnet. Ist die Zahl der gewonnenen Wahlkreissitze größer, verbleiben sie der betreffenden Partei. In einem solchen Fall erhöht sich die gesetzlich festgelegte Mindestzahl der Sitze im Bundestag um die Unterschiedszahl (Überhangmandate). 1965 und 1969 gab es solche Mandate, die bei allen früheren Bundestagswahlen vorkamen, nicht mehr. Durch die sog. »Sperrklausel« sind bei der Wahl zum Bundestag für eine Partei mindestens 5% der im Bundesgebiet abgegebenen Stimmen oder mindestens drei Wahlkreissiege erforderlich, um bei der Sitzverteilung berücksichtigt zu werden.

1. Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe

a) Reichstagswahlen*)

Wahlberechtigte — Stimmen Parteien	Wahl zum Reichstag am												
	3. 3. 1871	10. 1. 1874	10. 1. 1877	30. 7. 1878	27. 10. 1881	28. 10. 1884	21. 2. 1887	20. 2. 1890	15. 6. 1893	16. 6. 1898	16. 6. 1903	25. 1. 1907	12. 1. 1912
	I.	II.	III.	IV.	V.	VI.	VII.	VIII.	IX.	X.	XI.	XII.	XIII.
Wahlperiode													
Wahlberechtigte und Stimmen in 1 000													
Wahlberechtigte	7 656,3	8 523,4	8 943,0	9 124,3	9 090,4	9 383,1	9 769,8	10 145,0	10 628,3	11 441,1	12 531,2	13 352,9	14 442,4
Wähler	3 907,1	5 219,9	5 422,6	5 780,9	5 118,4	5 681,7	7 570,7	7 261,6	7 702,3	7 786,7	9 553,8	11 293,5	12 260,7
Wahlbeteiligung in %	51,0	61,2	60,6	63,4	56,3	60,6	77,5	71,6	72,5	68,1	76,1	84,6	84,9
Ungültige Stimmen	19,0	29,6	21,6	20,0	20,8	18,7	29,8	33,1	28,3	34,0	38,2	30,7	53,1
in %	0,5	0,6	0,4	0,3	0,4	0,3	0,4	0,5	0,4	0,4	0,4	0,3	0,4
Gültige Stimmen	3 888,1	5 190,3	5 401,0	5 760,9	5 097,8	5 663,0	7 540,9	7 228,5	7 674,0	7 752,7	9 495,6	11 262,8	12 207,6
Von den gültigen Stimmen entfielen auf:													
(Deutsch-) Konservativ	548,9	360,0	526,0	749,5	830,8	861,1	1 147,2	895,1	1 038,4	859,2	948,5	1 060,2	1 126,3
Deutsche Reichspartei (freikonservativ)	345,7	375,5	426,6	785,8	379,3	387,7	736,4	182,3	438,4	343,7	333,4	471,9	367,2
Nationalliberal	1 171,1	1 542,5	1 469,5	1 330,6	746,6	997,0	1 678,0	1 177,8	997,0	971,3	1 317,4	1 630,6	1 662,7
Liberales o. näh. Bez. Liberaler Vereinigung	281,5	53,9	134,8	156,1	—	—	—	—	258,5	195,7	243,2	359,3	—
Fortschrittspartei	—	—	—	—	429,2	1) 997,0	973,1	1 159,0	2) 666,4	558,3	538,2	736,0	3) 497,0
Deutsche Volkspartei	342,4	447,5	417,8	385,1	649,3	—	—	—	—	—	—	—	—
Zentrum	18,7	21,7	44,9	66,1	103,4	95,9	88,8	147,6	166,8	108,5	91,2	138,6	—
Polen	724,2	1 446,0	1 341,3	1 328,1	1 182,9	1 282,0	1 516,2	1 342,1	1 468,5	1 455,1	1 875,3	2 179,8	1 996,8
Sozialdemokraten	176,3	198,4	216,2	210,1	194,9	203,2	220,0	246,8	229,5	244,1	347,8	453,9	441,7
Antisemiten (Deutsche Reformpartei, christlich- sozial)	124,0	352,0	493,3	437,2	312,0	550,0	763,1	1 427,3	1 786,7	2 107,1	3 010,8	3 259,0	4 250,4
Welfen	—	—	—	—	—	—	11,6	47,5	263,9	284,3	244,5	248,5	51,9
Elsaß-Lothringer	60,9	92,1	85,6	100,3	86,7	96,4	112,8	112,7	101,8	105,2	94,3	78,2	84,6
Dänen	—	234,5	200,0	178,9	153,0	165,6	233,7	101,1	114,7	107,4	101,9	103,6	162,0
Andere Parteien	18,2	19,9	17,3	16,1	14,4	14,4	12,4	13,7	14,4	15,4	14,8	15,4	17,3
Unbestimmt und zersplittert	—	—	11,6	2,3	—	—	—	—	70,3	290,9	267,1	319,1	428,0
	76,2	46,3	16,1	14,7	15,3	12,7	47,6	74,6	58,7	106,5	67,2	208,7	121,7
Zusammensetzung des Reichstags bei Beginn der Wahlperiode													
Gesamtzahl der Abgeordneten	382	397	397	397	397	397	397	397	397	397	397	397	397
davon:													
(Deutsch-) Konservativ	57	22	40	59	50	78	80	73	72	56	54	60	43
Deutsche Reichspartei (freikonservativ)	37	33	38	57	28	28	41	20	28	23	21	24	14
Nationalliberal	125	155	128	99	47	51	99	42	53	46	51	54	45
Liberales o. näh. Bez. Liberaler Vereinigung	30	3	13	10	—	—	—	—	13	12	9	14	—
Fortschrittspartei	—	—	—	—	46	1) 67	32	66	2) 24	29	21	28	3) 42
Deutsche Volkspartei	46	49	35	26	60	—	—	—	—	—	—	—	—
Zentrum	1	1	4	3	9	7	—	10	11	8	6	7	—
Polen	63	91	93	94	100	99	98	106	96	102	100	105	91
Sozialdemokraten	13	14	14	14	18	16	13	16	19	14	16	20	18
Antisemiten (Deutsche Reformpartei, christlich- sozial)	2	9	12	9	12	24	11	35	44	56	81	43	110
Welfen	—	—	—	—	—	—	1	5	16	13	11	16	3
Elsaß-Lothringer	7	4	4	10	10	11	4	11	7	9	6	1	5
Dänen	1	1	1	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1
Andere und unbest. Partei- stellung	—	15	15	15	15	15	15	10	8	10	9	7	9
	—	—	—	—	—	—	2	2	5	18	11	17	16

*) Wahlberechtigte: Männer nach Vollendung des 25. Lebensjahres.

1) Deutsch Freisinnig. — 2) Freisinnige Vereinigung, Freisinnige Volkspartei. — 3) Fortschrittliche Volkspartei.

VI. Wahlen

1. Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe

a) Reichstagswahlen*)

Wahlberechtigte — Stimmen — Parteien	Wahl zur National- versamm- lung am 19. 1. 1919	Wahl zum Reichstg am							
		6. 6. 1920	4. 5. 1924	7. 12. 1924	20. 5. 1928	14. 9. 1930	31. 7. 1932	6. 11. 1932	5. 3. 1933
		I.	II.	III.	IV.	V.	VI.	VII.	VIII.

Wahlperiode

Wahlberechtigte und Stimmen in 1 000

Wahlberechtigte	36 766,5	35 949,8	38 375,0	38 987,3	41 224,7	42 957,7	44 226,8	44 373,7	44 685,8
Wähler	30 524,8	28 463,5	29 709,4	30 705,0	35 165,8	35 225,8	37 162,1	35 759,1	39 655,0
Wahlbeteiligung in %	83,0	79,2	77,4	78,8	75,6	82,0	84,0	80,6	88,7
Ungültige Stimmen	124,5	267,2	427,6	414,9	412,5	254,9	279,7	287,3	311,7
in %	0,4	0,9	1,4	1,4	1,3	0,7	0,8	0,8	0,8
Gültige Stimmen	30 400,3	28 196,3	29 281,8	30 290,1	30 753,3	34 970,9	36 882,4	35 471,8	39 343,3
Von den gültigen Stimmen entfielen auf:									
Deutschnationale Volkspartei	3 121,5	4 249,1	5 696,5	6 205,8	4 381,6	2 458,3	2 177,4	2 959,0	3 136,8
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung)	—	—	1 918,3	907,3	810,1	6 409,6	13 745,8	11 737,0	17 277,2
Deutsche Volkspartei	1 345,6	3 919,4	2 694,4	3 049,1	2 679,7	1 578,2	436,0	661,8	432,3
Zentrum	5 980,2	3 845,0	3 914,4	4 118,9	3 712,2	4 127,9	4 589,3	4 230,6	4 424,9
Deutsche Staatspartei	5 641,8 ¹⁾	2 333,7 ¹⁾	1 655,1 ¹⁾	1 919,8 ¹⁾	1 505,7	1 322,4	371,8	336,5	334,2
Sozialdemokratische Partei	11 509,1	6 104,4	6 008,9	7 881,0	9 153,0	8 577,7	7 959,7	7 248,0	7 181,6
Unabhängige sozialdemokr. Partei	2 317,3	5 046,8							
Kommunistische Partei	—	589,5	3 693,3	2 709,1	3 264,8	4 592,1	5 282,6	5 980,2	4 848,1
Bayerische Volkspartei	—	1 238,6	946,7	1 134,0	945,6	1 059,1	1 192,7	1 094,6	1 073,6
Deutsches Landvolk	—	—	—	—	581,8	1 108,7	90,6	46,4	—
Deutsche Bauernpartei	—	—	—	—	481,3	339,6	137,1	149,0	114,0
Landbund	—	—	574,9	499,4	199,5	194,0	96,9	105,2	83,8
Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei)	275,1	218,6	693,6	1 005,4	1 397,1	1 362,4	146,9	110,3	—
Deutsch-Hannoversche Partei	77,2	319,1	319,8	262,7	195,6	144,3	46,9	64,0	47,7
Andere Parteien	132,5	332,1	1 165,9	597,6	1 445,3	1 696,6	608,7	749,2	389,1

Zusammensetzung des Reichstags bei Beginn der Wahlperiode

Gesamtzahl der Abgeordneten	421	459	472	493	491	577	608	584	647
davon:									
Deutschnationale Volkspartei	44	71	95	103	73	41	37	52	52
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung)	—	—	32	14	12	107	230	196	288
Deutsche Volkspartei	19	65	45	51	45	30	7	11	2
Zentrum	91	64	65	69	62	68	75	70	74
Deutsche Staatspartei	75 ¹⁾	39 ¹⁾	28 ¹⁾	32 ¹⁾	25	20	4	2	5 ²⁾
Sozialdemokratische Partei	163	102	100	131	153	143	133	121	120 ³⁾
Unabhängige sozialdemokr. Partei	22	84							
Kommunistische Partei	—	4	62	45	54	77	89	100	81 ⁴⁾
Bayerische Volkspartei	—	21	16	19	16	19	22	20	18
Deutsches Landvolk	—	—	—	—	10	19	1	—	—
Deutsche Bauernpartei	—	—	—	—	8	6	2	3	2
Landbund	—	—	10	8	3	3	2	2	1
Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei)	4	4	10	17	23	23	2	1	—
Deutsch-Hannoversche Partei	1	5	5	4	3	3	—	1	—
Andere Parteien	2	—	4	—	4	18	4	5	4

*) Wahlberechtigte: Männer und Frauen nach Vollendung des 20. Lebensjahres.

¹⁾ Deutsche Demokratische Partei. — ²⁾ Gewählt auf dem Reichswahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei. Vgl. Anmerkung 3.

³⁾ Die Zuteilung von Sitzen auf Wahlvorschläge der Sozialdemokratischen Partei war auf Grund der »Verordnung zu Sicherung der Staatsführung vom 7. Juli 1933« unwirksam. — ⁴⁾ Die Zuteilung von Sitzen auf Wahlvorschläge der Kommunistischen Partei war auf Grund des »Vorläufigen Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31. März 1933« unwirksam.

VI. Wahlen

1. Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe
b) Bundestagswahlen^{*)}

Wahlberechtigte — Stimmen ¹⁾ — Parteien	Wahl zum Bundestag am					
	14. 8. 1949	6. 9. 1953	15. 9. 1957	17. 9. 1961	19. 9. 1965	28. 9. 1969
	I.	II.	III.	IV.	V.	VI.
Wahlperiode						
	Wahlberechtigte und Stimmen in 1 000					
Wahlberechtigte	31 207,6	33 120,9	35 400,9	37 440,7	38 510,4	38 677,2
Wähler	24 495,6	28 479,6	31 072,9	32 849,6	33 416,2	33 523,1
Wahlbeteiligung in %	78,5	86,0	87,8	87,7	86,8	86,7
Ungültige Stimmen	763,2	928,3	1 167,5	1 298,7	795,8	557,0
in %	3,1	3,3	3,8	4,0	2,4	1,7
Gültige Stimmen	23 732,4	27 551,3	29 905,4	31 550,9	32 620,4	32 966,0
Von den gültigen Stimmen entfielen auf:						
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	6 935,0	7 944,9	9 495,6	11 427,4	12 813,2	14 065,7
Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)	5 978,6	10 016,6	11 875,3	11 283,9	12 387,6	12 079,5
Christlich-Soziale Union (CSU)	1 380,4	2 427,4	3 133,1	3 014,5	3 136,5	3 115,7
Freie Demokratische Partei (FDP)	2 829,9	2 629,2	2 307,1	4 028,8	3 096,7	1 903,4
Sonstige	6 608,4	4 533,2	3 094,3	1 796,4	1 186,4	1 801,7
davon:						
Bayernpartei (BP)	986,5	465,6	—	—	—	49,7
Deutsche Friedens-Union (DFU)	—	—	—	609,9	434,2	—
Deutsche Konservative Partei/Deutsche Rechtspartei (DKP/DRP)	429,0	—	—	—	—	—
Deutsche Partei (DP)	939,9	896,1	1 007,3	—	—	—
Deutsche Reichspartei (DRP)	—	295,7	308,6	263,0	—	—
Deutsche Zentrums Partei (Zentrum)	727,5	217,1	—	—	—	15,9
Gesamtdeutsche Partei (DP-BHE-GDP) ²⁾ ..	—	—	—	870,8	—	45,4
Gesamtdeutscher Block/BHE (GB/BHE) ..	—	1 617,0	1 374,1	—	—	—
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) ²⁾ ..	1 361,7	607,9	—	—	—	—
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	—	—	—	—	664,2	1 422,0
Südschleswigscher Wählerverband (SSW) ..	75,4	44,6	32,3	25,4	—	—
Wirtschaftliche Aufbauvereinigung (WAV) ..	681,9	—	—	—	—	—
Übrige Parteien, Wählergruppen und Einzelbewerber	1 406,5	389,2	372,1	27,3	88,1	268,7
Zusammensetzung des Bundestages bei Beginn der Wahlperiode						
Gesamtzahl der Abgeordneten ⁴⁾	421 (19 ⁵⁾)	509 (22)	519 (22)	521 (22)	518 (22)	518 (22)
Wahlkreissitze	242	242	247	247	248	248
Landeslistensitze	160	245	250	252	248	248
davon:						
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) ⁴⁾	140 (9)	162 (11)	181 (12)	203 (13)	217 (15)	237 (13)
Wahlkreissitze	96	45	46	91	94	127
Landeslistensitze	35	106	123	99	108	97
Christlich Demokratische Union (CDU) ⁴⁾ ..	120 (5)	197 (6)	222 (7)	201 (9)	202 (6)	201 (8)
Wahlkreissitze	91	130	147	114	118	87
Landeslistensitze	24	61	68	78	78	106
Christlich-Soziale Union (CSU)	24	52	55	50	49	49
Wahlkreissitze	24	42	47	42	36	34
Landeslistensitze	—	10	8	8	13	15
Freie Demokratische Partei (FDP) ⁴⁾	57 (5)	53 (5)	44 (3 ⁶⁾)	67	50 (1)	31 (1)
Wahlkreissitze	12	14	1	—	—	—
Landeslistensitze	40	34	40	67	49	30
Sonstige	80	45	17	—	—	—
Wahlkreissitze	19	11	6	—	—	—
Landeslistensitze	61	34	11	—	—	—

^{*)} Wahlberechtigte: Männer und Frauen nach Vollendung des 21. Lebensjahres.
¹⁾ Seit 1953 Zweitstimmen. — ²⁾ 1969 Gesamtdeutsche Partei (GPD). — ³⁾ Durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. 8. 1956 aufgelöst. — ⁴⁾ Einschl. der Abgeordneten von Berlin (West); ihre Zahl ist außerdem in Klammern genannt. — ⁵⁾ Stand ab 31. 1. 1952 nach Erhöhung der Zahl der Abgeordneten von Berlin von 8 auf 19. — ⁶⁾ Darunter ein Abgeordneter FDV (Freie Deutsche Volkspartei).

VII. Erwerbstätigkeit

Vorbemerkung

Allgemeines

Die Statistik des Erwerbslebens stützt sich im wesentlichen auf drei Quellen: die Berufszählungen, die Mikrozensus und die Statistik der Arbeitsverwaltung. Davon gehen die Berufszählungen am weitesten zurück. Die drei ersten Zählungen (vor dem Ersten Weltkrieg in den Jahren 1882, 1895 und 1907) wurden getrennt von den Volkszählungen durchgeführt. Seit 1925 erfolgen die beiden Erhebungen zusammen. Der Mikrozensus, eine alljährlich stattfindende 1%ige Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens, wurde nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt und wird seit 1957 regelmäßig durchgeführt. Er überbrückt die lange Zeitspanne, die zwischen den Vollerhebungen liegt, ermöglicht auch schwierigere Fragestellungen durch einen besonders ausgebildeten Interviewerstab und bedeutet eine geringere Belastung der Bevölkerung. Die Statistik der Arbeitsverwaltung weist seit 1931 Arbeitslose und offene Stellen aus. Die Abgrenzung dieses Personenkreises, wie sie seit dem Zweiten Weltkrieg üblich ist, unterscheidet sich von derjenigen vor diesem Zeitraum so erheblich, daß ein Vergleich zwischen beiden nicht möglich ist. Über Auszubildende in Lehr- und Anlernberufen berichten die Statistiken der jeweiligen Ausbildungsträger. Für den Zeitraum vor dem Zweiten Weltkrieg steht aus diesen Statistiken Zahlenmaterial nur in sehr unterschiedlichem Umfang zur Verfügung. Die Darstellung beschränkt sich daher auf die Jahre ab 1950.

Erläuterungen zu den Tabellen

Die Tabellen 1 bis 8 enthalten Ergebnisse der Berufszählungen und der Mikrozensus, in den Tabellen 9 und 10 ist die Statistik der Arbeitsverwaltung ausgewiesen.

In der Statistik des Erwerbslebens wird die Bevölkerung in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Gliederung erfaßt. Dabei wird unterschieden nach Erwerbspersonen und Nichterwerbspersonen sowie Personen nach dem überwiegenden Lebensunterhalt.

Unter Erwerbspersonen sind alle Personen mit Wohnsitz im Bundesgebiet (Inländerkonzept) zu verstehen, die eine unmittelbar oder mittelbar auf Erwerb gerichtete Tätigkeit auszuüben pflegen, unabhängig von der Bedeutung des Ertrages dieser Tätigkeit für ihren Lebensunterhalt und ohne Rücksicht auf die von ihnen tatsächlich geleistete oder vertragsmäßig zu leistende Arbeitszeit. Sie setzen sich zusammen aus den Erwerbstätigen und den Erwerbslosen. Die Erwerbslosen, die vorher als zur Zeit nicht beschäftigte Erwerbstätige den anderen Erwerbstätigen zugerechnet wurden, sind seit 1933 gesondert nachgewiesen.

Bis einschl. 1950 war für die Erfassung dieses Personenkreises das entscheidende Merkmal die Haupterwerbstätigkeit. Seit 1961 wird jede Person, die in irgendeiner Form einer Erwerbstätigkeit nachgeht, einbezogen, unabhängig davon, ob sie davon ihren Lebensunterhalt bestreitet oder nicht. Der Lebensunterhalt kann auch neben einer geringfügigen Erwerbstätigkeit überwiegend durch Arbeitslosengeld oder -hilfe, Rente u. dgl. sowie durch Angehörige (z. B. bei Auszubildenden) bestritten werden. Im Gegensatz dazu stehen die Nichterwerbspersonen, die keinerlei auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben.

Die Erfassung der Erwerbspersonen in wirtschaftlicher Gliederung erfolgt seit 1925 nach der Systematik der Wirtschaftszweige. Diese Systematik hat seither verschiedene Änderungen erfahren und unterteilt sich heute in vier Wirtschaftsbereiche (Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei; Produzierendes Gewerbe; Handel und Verkehr; Sonstige Wirtschaftsbereiche), die ihrerseits wiederum aus 10 Abteilungen, 36 Unterabteilungen und 100 Gruppen bestehen. Vor 1925 gab es in ähnlicher Aufgliederung lediglich Berufsabteilungen, die sich aber verhältnismäßig einfach den folgenden Systematiken der Wirtschaftszweige zuordnen ließen.

Die wesentlichsten Änderungen in der Systematik der Wirtschaftszweige seit 1925 ergaben sich bei den Zählungen 1950 und 1961, als einerseits aus dem Wirtschaftsbereich »Produzierendes Gewerbe« einige Wirtschaftsgruppen wie Reinigung und Körperpflege, fotografisches Gewerbe, den »Sonstigen Wirtschaftsbereichen« — vor allem Dienstleistungen — zugeordnet wurden. Zum anderen wurden aus dem Bereich »Handel und Verkehr« die Kredit- und sonstigen Finanzierungsinstitute sowie das Versicherungsgewerbe in die »Sonstigen Wirtschaftsbereiche« übernommen. Eine Umstellung derselben Art wurde bereits 1939 mit dem Gaststättengewerbe vorgenommen. Die in den Tabellen enthaltenen Zahlen sind nach den in den jeweiligen Jahren geltenden Systematiken zusammengestellt. Umrechnungen wurden nicht vorgenommen.

In der Gliederung nach der Stellung im Beruf werden die Kategorien Selbständige, mithelfende Familienangehörige, Beamte und Angestellte sowie Arbeiter unterschieden. Bei den Selbständigen waren bis 1933 die leitenden Beamten und Angestellten enthalten. Die mithelfenden Familienangehörigen wurden schon seit 1895 in allen Bereichen ausgewiesen, Beamte und Angestellte werden erst seit 1933 getrennt erfaßt. Hausangestellte wurden 1925 zu den Arbeitern gerechnet, seit 1933 werden sie entsprechend ihrer Versicherungszugehörigkeit mit den Angestellten oder Arbeitern geführt. Die Zahlen sind ab 1907 weitgehend vergleichbar gemacht worden.

VII. Erwerbstätigkeit

1. Bevölkerung nach Beteiligung am Erwerbsleben*)

Stichtag bzw. Monat	Bevölkerung insgesamt	Erwerbspersonen				Nichterwerbspersonen			
		zusammen		männlich	weiblich	zusammen		männlich	weiblich
		1 000	% ²⁾	1 000		1 000	% ²⁾	1 000	
Reichsgebiet									
5. 6. 1882	45 222	18 957	41,9	13 415	5 542	26 265	58,1	8 735	17 530
14. 6. 1895	51 770	22 110	42,7	15 532	6 578	29 660	57,3	9 877	19 783
12. 6. 1907	61 721	28 092	45,5	18 599	9 493	33 628	54,5	11 862	21 767
16. 6. 1925	62 411	32 009	51,3	20 531	11 478	30 402	48,7	9 666	20 736
16. 6. 1933	65 218	32 296	49,5	20 817	11 479	32 922	50,5	10 869	22 054
17. 5. 1939 ¹⁾	69 314	35 732	51,6	22 934	12 798	33 582	48,4	10 977	22 605
Bundesgebiet									
17. 5. 1939	42 998	22 189	51,6	14 259	7 931	20 809	48,4	6 774	14 035
13. 9. 1950	50 798	23 489	46,2	15 004	8 486	27 309	53,8	8 714	18 595
Okt. 1957	53 892	26 084	48,4	16 312	9 772	27 808	51,6	8 892	18 916
Okt. 1958	54 530	26 311	48,3	16 460	9 851	28 219	51,7	9 059	19 160
Okt. 1959	55 153	26 419	47,9	16 561	9 858	28 734	52,1	9 300	19 434
Okt. 1960	55 868	26 653	47,7	16 716	9 937	29 215	52,3	9 568	19 647
6. 6. 1961	56 175	26 821	47,7	16 889	9 932	29 354	52,3	9 524	19 830
Okt. 1962	57 136	26 761	46,8	16 930	9 831	30 375	53,2	9 937	20 438
April 1963	57 458	26 993	47,0	17 171	9 822	30 466	53,0	9 989	20 477
April 1964	58 134	26 935	46,3	17 129	9 806	31 199	53,7	10 391	20 807
Mai 1965	58 896	27 157	46,1	17 298	9 859	31 739	53,9	10 675	21 065
April 1966	59 547	27 161	45,6	17 363	9 798	32 386	54,4	10 968	21 418
April 1967	59 834	26 688	44,6	17 133	9 555	33 146	55,4	11 270	21 876
April 1968	60 065	26 766	44,6	17 157	9 609	33 298	55,4	11 333	21 965
April 1969	60 711	26 854	44,2	17 223	9 631	33 857	55,8	11 658	22 199
April 1970	60 581	26 617	43,9	17 027	9 591	33 964	56,1	11 795	22 169
April 1971	61 181	26 802	43,8	17 148	9 654	34 379	56,2	12 049	22 330

*) 1882 bis 1950 und 1961 Ergebnisse der Berufszählungen, im übrigen Ergebnisse des Mikrozensus. — Einschl. Soldaten.

1) Gebietsstand: 31. 12. 1937. — 2) In % der gesamten Bevölkerung.

**2. Bevölkerung nach Beteiligung am Erwerbsleben
und überwiegendem Lebensunterhalt*)**

Bundesgebiet

Monat	Insgesamt		Davon mit überwiegendem Lebensunterhalt durch							
			Erwerbstätigkeit		Arbeitslosengeld, -hilfe		Rente u. dgl.		Angehörige	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Erwerbstätige										
Okt. 1962	26 659	46,7	24 569	92,2	/	/	597	2,2	1 493	5,6
April 1963	26 907	46,8	24 634	91,6	/	/	582	2,2	1 690	6,3
April 1964	26 838	46,2	24 535	91,4	/	/	554	2,1	1 747	6,5
Mai 1965	27 100	46,0	24 683	91,1	/	/	572	2,1	1 844	6,8
April 1966	27 112	45,5	24 765	91,3	/	/	555	2,0	1 791	6,6
April 1967	26 397	44,1	24 074	91,2	13	0,0	567	2,1	1 743	6,6
April 1968	26 354	43,9	24 059	91,3	5	0,0	581	2,2	1 709	6,5
April 1969	26 640	43,9	24 335	91,3	/	/	584	2,2	1 720	6,5
April 1970	26 452	43,7	24 179	91,4	/	/	555	2,1	1 717	6,5
April 1971	26 596	43,5	24 360	91,6	/	/	523	2,0	1 713	6,4

Fußnoten siehe S. 141.

VII. Erwerbstätigkeit

2. Bevölkerung nach Beteiligung am Erwerbsleben
und überwiegendem Lebensunterhalt*)

Bundesgebiet

Monat	Insgesamt		Davon mit überwiegendem Lebensunterhalt durch							
			Erwerbstätigkeit		Arbeitslosengeld, -hilfe		Rente u. dgl.		Angehörige	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Erwerbslose										
Okt. 1962	102	0,2	—	—	31	30,9	23	22,7	47	46,4
April 1963	86	0,1	—	—	42	48,5	13	15,4	31	36,1
April 1964	97	0,2	—	—	41	41,8	24	25,2	32	33,1
Mai 1965	57	0,1	—	—	24	43,0	12	21,9	20	35,1
April 1966	49	0,1	—	—	24	49,0	9	18,6	16	32,4
April 1967	290	0,5	—	—	224	77,0	16	5,4	51	17,7
April 1968	412	0,7	—	—	154	37,4	49	11,9	209	50,7
April 1969	214	0,4	—	—	65	30,5	29	13,7	119	55,8
April 1970	165	0,3	—	—	45	27,0	29	17,4	92	55,6
April 1971	206	0,3	—	—	59	28,6	28	13,4	119	57,9
Erwerbspersonen										
Okt. 1962	26 761	46,8	24 569	91,8	32	0,1	620	2,3	1 541	5,8
April 1963	26 993	47,0	24 634	91,3	42	0,2	595	2,2	1 721	6,4
April 1964	26 935	46,3	24 535	91,1	43	0,2	578	2,1	1 779	6,6
Mai 1965	27 157	46,1	24 683	90,9	25	0,1	585	2,2	1 864	6,9
April 1966	27 161	45,6	24 765	91,2	25	0,1	564	2,1	1 807	6,7
April 1967	26 688	44,6	24 074	90,2	236	0,9	583	2,2	1 795	6,7
April 1968	26 766	44,6	24 059	89,9	159	0,6	630	2,4	1 918	7,2
April 1969	26 854	44,2	24 335	90,6	67	0,2	613	2,3	1 839	6,8
April 1970	26 617	43,9	24 179	90,8	45	0,2	584	2,2	1 809	6,8
April 1971	26 802	43,8	24 360	90,9	59	0,2	550	2,1	1 832	6,8
Nichterwerbspersonen										
Okt. 1962	30 375	53,2	—	—	—	—	7 603	25,0	22 772	75,0
April 1963	30 466	53,0	—	—	—	—	7 511	24,7	22 954	75,3
April 1964	31 199	53,7	—	—	—	—	7 813	25,0	23 386	75,0
Mai 1965	31 739	53,9	—	—	—	—	7 799	24,6	23 940	75,4
April 1966	32 386	54,4	—	—	—	—	7 959	24,6	24 427	75,4
April 1967	33 146	55,4	—	—	—	—	8 207	24,8	24 940	75,2
April 1968	33 298	55,4	—	—	—	—	8 411	25,3	24 887	74,7
April 1969	33 857	55,8	—	—	—	—	8 726	25,8	25 131	74,2
April 1970	33 964	56,1	—	—	—	—	8 964	26,4	24 999	73,6
April 1971	34 379	56,2	—	—	—	—	9 226	26,8	25 153	73,2
Bevölkerung										
Okt. 1962	57 136	100	24 569	43,0	32	0,1	8 222	14,4	24 313	42,6
April 1963	57 458	100	24 634	42,9	42	0,1	8 106	14,1	24 675	42,9
April 1964	58 134	100	24 535	42,2	43	0,1	8 391	14,4	25 164	43,3
Mai 1965	58 896	100	24 683	41,9	25	0,0	8 384	14,2	25 804	43,8
April 1966	59 547	100	24 765	41,6	25	0,0	8 523	14,3	26 235	44,1
April 1967	59 834	100	24 074	40,2	236	0,4	8 790	14,7	26 734	44,7
April 1968	60 065	100	24 059	40,1	159	0,3	9 041	15,1	26 805	44,6
April 1969	60 711	100	24 335	40,1	67	0,1	9 339	15,4	26 970	44,4
April 1970	60 581	100	24 179	39,9	45	0,1	9 548	15,8	26 809	44,3
April 1971	61 181	100	24 360	39,8	59	0,1	9 776	16,0	26 985	44,1

*) Ergebnisse des Mikrozensus. — Einschl. Soldaten.

VII. Erwerbstätigkeit

3. Erwerbspersonen*)

a) Nach Wirtschaftsbereichen

Stichtag bzw. Monat	Erwerbs- personen insgesamt	Davon in den Wirtschaftsbereichen							
		Land- und Forst- wirtschaft, Tierhaltung u. Fischerei		Produzierendes Gewerbe		Handel und Verkehr		Sonstige Wirtschafts- bereiche (Dienstleistungen)	
		1 000	% ²⁾	1 000	% ²⁾	1 000	% ²⁾	1 000	% ²⁾
Reichsgebiet									
5. 6. 1882	18 957	8 237	43,4	6 396	33,7	1 570	8,3	2 754	14,5
14. 6. 1895	22 110	8 293	37,5	8 281	37,5	2 339	10,6	3 198	14,5
12. 6. 1907	28 092	9 883	35,2	11 256	40,1	3 478	12,4	3 475	12,4
16. 6. 1925	32 009	9 762	30,5	13 239	41,4	5 274	16,5	3 734	11,7
16. 6. 1933	32 296	9 343	28,9	13 053	40,4	5 932	18,4	3 968	12,3
17. 5. 1939 ¹⁾	35 732	8 946	25,0	14 580	40,8	6 066	17,0	6 140	17,2
Bundesgebiet									
17. 5. 1939	22 189	5 373	24,2	8 982	40,5	3 361	15,1	4 473	20,2
13. 9. 1950	23 489	5 496	22,1	10 506	44,7	3 743	15,9	4 044	17,2
Okt. 1957	26 084	4 123	15,8	12 415	47,6	5 113	19,6	4 434	17,0
Okt. 1958	26 311	3 976	15,1	12 613	47,9	5 118	19,5	4 605	17,5
Okt. 1959	26 419	3 803	14,4	12 644	47,9	5 187	19,6	4 785	18,1
Okt. 1960	26 653	3 547	13,3	12 902	48,4	5 309	19,9	4 895	18,4
6. 6. 1961	26 821	3 587	13,4	12 908	48,1	4 620	17,2	5 707	21,3
Okt. 1962	26 761	3 243	12,1	12 923	48,3	4 620	17,3	5 976	22,3
April 1963	26 993	3 174	11,8	13 053	48,4	4 689	17,4	6 077	22,5
April 1964	26 935	3 043	11,3	12 956	48,1	4 713	17,5	6 223	23,1
Mai 1965	27 157	2 967	10,9	13 055	48,1	4 761	17,5	6 374	23,5
April 1966	27 161	2 757	10,2	13 144	48,4	4 744	17,5	6 516	24,0
April 1967	26 688	2 675	10,0	12 653	47,4	4 714	17,7	6 646	24,9
April 1968	26 766	2 658	9,9	12 728	47,6	4 667	17,4	6 714	25,1
April 1969	26 854	2 580	9,6	12 912	48,1	4 583	17,1	6 780	25,2
April 1970	26 617	2 372	8,9	12 932	48,6	4 581	17,2	6 733	25,3
April 1971	26 802	2 203	8,2	13 029	48,6	4 687	17,5	6 882	25,7

b) Nach Stellung im Beruf

Stichtag bzw. Monat	Erwerbs- personen insgesamt	Stellung im Beruf als							
		Selbständige		Mithelfende Familienangehörige		Beamte und Angestellte		Arbeiter	
		1 000	% ²⁾	1 000	% ²⁾	1 000	% ²⁾	1 000	% ²⁾
Reichsgebiet									
5. 6. 1882	18 957	5 299	28,0	1 935	10,2	1 147	6,1	10 576	55,8
14. 6. 1895	22 110	5 576	25,2	2 070	9,4	1 828	8,3	12 637	57,2
12. 6. 1907	28 092	5 496	19,6	4 288	15,3	2 882	10,3	15 427	54,9
16. 6. 1925	32 009	5 288	16,5	5 437	17,0	5 525	17,3	15 759	49,2
16. 6. 1933	32 296	5 303	16,4	5 312	16,4	5 513	17,1	16 168	50,1
17. 5. 1939 ¹⁾	35 732	4 804	13,4	5 651	15,8	7 732	21,6	17 545	49,1
Bundesgebiet									
17. 5. 1939	22 189	3 111	14,0	3 713	16,7	4 899	22,1	10 466	47,2
13. 9. 1950	23 489	3 412	14,5	3 253	13,8	4 838	20,6	11 986	51,0
Okt. 1957	26 084	3 320	12,7	2 830	10,8	6 536	25,1	13 399	51,4
Okt. 1958	26 311	3 445	13,1	2 779	10,6	6 902	26,2	13 185	50,1
Okt. 1959	26 419	3 417	12,9	2 710	10,3	7 174	27,2	13 118	49,7
Okt. 1960	26 653	3 308	12,4	2 607	9,8	7 488	28,1	13 251	49,7
6. 6. 1961	26 821	3 238	12,1	2 658	9,9	8 027	29,9	12 899	48,1
Okt. 1962	26 761	3 183	11,9	2 346	8,8	8 183	30,6	13 049	48,8
April 1963	26 993	3 157	11,7	2 311	8,6	8 318	30,8	13 207	48,9
April 1964	26 935	3 095	11,5	2 286	8,5	8 626	32,0	12 928	48,0
Mai 1965	27 157	3 090	11,4	2 238	8,2	8 836	32,5	12 993	47,8
April 1966	27 161	3 019	11,1	2 118	7,8	9 083	33,4	12 942	47,6
April 1967	26 688	2 950	11,1	2 064	7,7	9 131	34,2	12 543	47,0
April 1968	26 766	2 894	10,8	2 037	7,6	9 242	34,5	12 594	47,1
April 1969	26 854	2 859	10,6	1 943	7,2	9 476	35,3	12 577	46,8
April 1970	26 617	2 768	10,4	1 790	6,7	9 646	36,2	12 413	46,6
April 1971	26 802	2 665	9,9	1 647	6,1	10 124	37,8	12 365	46,1

Fußnoten siehe S. 143.

VII. Erwerbstätigkeit

3. Erwerbspersonen*)

c) Nach Wirtschaftsbereichen und Stellung im Beruf

Stellung im Beruf	Reichsgebiet						Bundesgebiet			
	16. 6. 1925		16. 6. 1933		17. 5. 1939 ¹⁾		17. 5. 1939		13. 9. 1950	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei										
Selbständige	2 190	22,4	2 181	23,3	1 957	21,9	1 277	23,8	1 271	24,5
Mithelfende Familienangehörige	4 791	49,1	4 516	48,3	4 789	53,5	3 195	59,5	2 774	53,4
Abhängige	2 782	28,5	2 645	28,3	2 200	24,6	901	16,8	1 152	22,2
Zusammen ...	9 762	100	9 343	100	8 946	100	5 373	100	5 196	100
Produzierendes Gewerbe										
Selbständige	1 721	13,0	1 517	11,6	1 376	9,4	890	9,9	984	9,4
Mithelfende Familienangehörige	220	1,7	273	2,1	294	2,0	166	1,8	174	1,7
Abhängige	11 298	85,3	11 263	86,3	12 910	88,5	7 926	88,2	9 348	89,0
Zusammen ...	13 239	100	13 053	100	14 580	100	8 982	100	10 506	100
Handel und Verkehr										
Selbständige	1 144	21,7	1 256	21,2	1 180	19,5	634	18,9	788	21,1
Mithelfende Familienangehörige	414	7,9	495	8,3	526	8,7	221	6,6	198	5,3
Abhängige	3 715	70,5	4 181	70,5	4 359	71,9	2 506	74,6	2 758	73,7
Zusammen ...	5 274	100	5 932	100	6 066	100	3 361	100	3 743	100
Sonstige Wirtschaftsbereiche (Dienstleistungen)										
Selbständige	233	6,2	348	8,8	291	4,7	310	6,9	369	9,1
Mithelfende Familienangehörige	12	0,3	28	0,7	42	0,7	131	2,9	107	2,6
Abhängige	3 489	93,4	3 592	90,5	5 807	94,6	4 032	90,2	3 567	88,2
Zusammen ...	3 734	100	3 968	100	6 140	100	4 473	100	4 044	100

Stellung im Beruf	Bundesgebiet									
	Okt. 1957		6. 6. 1961		Mai 1965		April 1970		April 1971	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei										
Selbständige	1 224	29,7	1 142	31,8	974	32,8	809	34,1	761	34,6
Mithelfende Familienangehörige	2 168	52,6	1 991	55,5	1 617	54,5	1 258	53,0	1 161	52,7
Abhängige	731	17,7	454	12,7	376	12,7	305	12,9	280	12,7
Zusammen ...	4 123	100	3 587	100	2 967	100	2 372	100	2 203	100
Produzierendes Gewerbe										
Selbständige	854	6,9	724	5,6	748	5,7	666	5,2	647	5,0
Mithelfende Familienangehörige	252	2,0	206	1,6	186	1,4	155	1,2	152	1,2
Abhängige	11 309	91,1	11 978	92,8	12 121	92,8	12 111	93,7	12 230	93,9
Zusammen ...	12 415	100	12 908	100	13 055	100	12 932	100	13 029	100
Handel und Verkehr										
Selbständige	822	16,1	818	17,7	771	16,2	676	14,7	647	13,8
Mithelfende Familienangehörige	262	5,1	270	5,8	252	5,3	213	4,6	181	3,9
Abhängige	4 029	78,8	3 532	76,5	3 738	78,5	3 693	80,6	3 859	82,3
Zusammen ...	5 113	100	4 620	100	4 761	100	4 581	100	4 687	100
Sonstige Wirtschaftsbereiche (Dienstleistungen)										
Selbständige	420	9,5	554	9,7	598	9,4	618	9,2	610	8,9
Mithelfende Familienangehörige	148	3,3	191	3,3	183	2,9	165	2,5	153	2,2
Abhängige	3 865	87,2	4 962	86,9	5 594	87,7	5 950	88,4	6 120	88,9
Zusammen ...	4 434	100	5 707	100	6 374	100	6 733	100	6 882	100

*) 1882 bis 1950 und 1961 Ergebnisse der Berufszählungen, im übrigen Ergebnisse des Mikrozensus. — Einschl. Soldaten (nachgewiesen unter »Sonstige Wirtschaftsbereiche« und »Beamte und Angestellte« bzw. »Abhängige«).

¹⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ²⁾ in % aller Erwerbspersonen.

VII. Erwerbstätigkeit

4. Erwerbspersonen und Erwerbsquoten nach Altersgruppen und Familienstand*)

Stichtag bzw. Monat	Erwerbspersonen bzw. Erwerbsquoten														
	Insgesamt	davon im Alter von ... bis unter ... Jahren													
		unter 20		20—30		30—40		40—50		50—60		60—65		65 und mehr	
	1 000	% ²⁾	1 000	% ²⁾	1 000	% ²⁾	1 000	% ²⁾	1 000	% ²⁾	1 000	% ²⁾	1 000	% ²⁾	
Reichsgebiet															
Insgesamt															
5. 6. 1882	18 957	3 884	19,2	5 113	71,2	3 454	58,8	2 847	59,7	2 077	59,2	1 582 = 43,5%			
14. 6. 1895	22 110	4 755	20,5	6 033	70,7	4 061	60,3	3 141	59,7	2 410	58,8	1 712 = 42,9%			
12. 6. 1907	28 092	5 836	21,3	7 579	74,2	5 591	66,3	4 270	66,3	2 883	62,6	1 932 = 41,2%			
16. 6. 1925	32 009	6 168	27,3	8 768	76,5	5 818	65,6	5 138	66,3	3 830	64,2	1 182	54,6	1 107	30,8
16. 6. 1933	32 296	3 940	20,3	9 624	78,1	7 109	66,6	5 274	63,6	4 168	59,3	1 222	45,7	958	19,9
17. 5. 1939 ¹⁾ ...	35 732	6 028	27,1	7 862	77,8	8 608	71,1	6 112	67,0	4 461	61,4	1 520	48,7	1 141	21,2
Männer															
5. 6. 1882	13 415	2 206	21,9	3 408	96,9	2 801	97,8	2 260	97,1	1 566	93,8	1 175 = 69,2%			
14. 6. 1895	15 532	2 750	23,8	4 054	95,9	3 244	97,7	2 452	96,5	1 794	92,6	1 237 = 67,9%			
12. 6. 1907	18 599	3 242	23,7	4 948	96,6	4 125	97,7	3 055	96,1	1 961	90,5	1 268 = 60,2%			
16. 6. 1925	20 531	3 463	30,3	5 311	96,0	3 893	97,5	3 597	96,9	2 695	92,5	820	79,7	753	47,4
16. 6. 1933	20 817	2 179	22,1	5 901	95,7	4 821	95,2	3 539	94,0	2 898	86,3	854	66,2	625	28,6
17. 5. 1939 ¹⁾ ...	22 934	3 168	28,0	5 070	99,1	5 949	98,2	3 932	96,0	3 021	89,7	1 062	71,4	733	29,5
Frauen															
5. 6. 1882	5 542	1 678	16,5	1 706	46,6	654	21,7	587	24,0	510	27,8	408 = 21,0%			
14. 6. 1895	6 578	2 005	17,3	1 978	45,9	816	23,9	688	25,3	615	28,5	475 = 21,9%			
12. 6. 1907	9 493	2 594	19,0	2 631	51,7	1 466	34,8	1 216	37,2	922	37,8	664 = 25,7%			
16. 6. 1925	11 478	2 705	24,2	3 457	58,3	1 925	39,5	1 541	38,1	1 135	37,3	362	31,8	354	17,6
16. 6. 1933	11 479	1 761	18,4	3 723	60,4	2 288	40,8	1 736	38,3	1 270	34,6	368	26,7	333	12,7
17. 5. 1939 ¹⁾ ...	12 798	2 860	26,2	2 792	55,9	2 659	44,0	2 180	43,3	1 440	36,9	458	28,0	409	14,0
Verheiratete Frauen															
5. 6. 1882	714	5	18,1	144	9,3	219	9,1	185	9,8	112	9,5	50 = 7,1%			
14. 6. 1895	1 058	7	15,7	219	11,9	315	11,8	264	12,7	176	12,7	77 = 10,0%			
12. 6. 1907	2 818	16	22,5	516	22,1	862	25,7	731	28,9	468	29,8	225 = 23,5%			
16. 6. 1925	3 645	10	27,9	669	26,9	1 025	27,9	958	30,7	672	31,5	180	28,5	131	20,7
16. 6. 1933	4 177	11	48,2	731	31,0	1 224	29,2	1 066	31,0	786	30,6	208	25,2	152	16,8
17. 5. 1939 ¹⁾ ...	5 246	22	33,7	872	30,9	1 628	34,1	1 369	35,7	884	33,2	271	28,5	201	19,8
Bundesgebiet															
Insgesamt															
17. 5. 1939	22 189	3 867	28,2	4 909	76,8	5 295	69,5	3 656	64,9	2 726	60,3	959	49,4	776	24,5
13. 9. 1950	23 489	3 168	20,4	5 640	75,3	4 091	63,3	5 207	64,2	3 554	58,0	1 020	43,6	809	17,0
6. 6. 1961	26 821	3 242	20,4	6 781	78,3	5 393	70,1	4 354	66,1	4 815	60,6	1 382	43,3	855	13,7
April 1971	26 802	2 236	37,5	5 629	75,7	6 666	73,2	5 687	72,2	3 982	62,3	1 644	43,4	958	10,9
Männer															
17. 5. 1939	14 259	2 065	29,6	3 114	97,5	3 697	97,1	2 379	94,4	1 852	87,6	664	70,9	489	32,9
13. 9. 1950	15 004	1 697	21,5	3 241	93,7	2 681	96,9	3 631	96,9	2 445	90,9	745	73,2	563	26,4
6. 6. 1961	16 889	1 691	20,8	4 150	93,4	3 536	98,1	2 694	96,6	3 258	91,3	1 006	72,3	554	22,3
April 1971	17 148	1 187	38,1	3 405	88,8	4 636	98,5	3 656	97,7	2 453	91,8	1 180	73,8	631	18,5
Frauen															
17. 5. 1939	7 931	1 802	26,7	1 795	56,2	1 598	41,9	1 277	41,1	875	36,6	296	29,5	287	17,0
13. 9. 1950	8 486	1 471	19,4	2 399	59,4	1 409	38,1	1 575	36,2	1 110	32,3	275	20,8	246	9,4
6. 6. 1961	9 932	1 551	20,0	2 630	62,4	1 857	45,5	1 660	43,7	1 557	35,6	376	20,9	301	8,0
April 1971	9 654	1 049	36,9	2 224	61,7	2 031	46,2	2 031	49,1	1 529	41,1	464	21,2	327	6,1
Verheiratete Frauen															
17. 5. 1939	3 111	11	29,7	500	29,6	944	31,9	801	33,9	545	33,1	178	30,4	132	22,4
13. 9. 1950	2 933	13	30,2	524	27,3	697	26,0	871	26,8	580	25,1	137	19,0	109	12,4
6. 6. 1961	4 515	50	55,1	1 073	43,1	1 244	37,1	1 013	36,6	837	29,3	183	18,4	116	9,7
April 1971	5 496	45	56,7	1 190	50,2	1 585	41,0	1 455	42,7	883	35,0	217	18,0	121	6,9

*) 1882 bis 1961 Ergebnisse der Berufszählungen, 1971 Ergebnis des Mikrozensus. — Einschl. Soldaten.
¹⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ²⁾ Anteil an 100 Personen der Bevölkerung entsprechenden Alters, Geschlechts und Familienstandes.

5. Weibliche Erwerbspersonen*)

a) Nach Wirtschaftsbereichen

Stichtag bzw. Monat	Weibliche Erwerbspersonen insgesamt	Davon in den Wirtschaftsbereichen							
		Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung u. Fischerei		Produzierendes Gewerbe		Handel und Verkehr		Sonstige Wirtschaftsbereiche (Dienstleistungen)	
		1 000	% ²⁾	1 000	% ²⁾	1 000	% ²⁾	1 000	% ²⁾
Reichsgebiet									
5. 6. 1882	5 542	2 535	45,7	1 127	20,3	298	5,4	1 582	28,5
14. 6. 1895	6 578	2 753	41,9	1 521	23,1	580	8,8	1 724	26,2
12. 6. 1907	9 493	4 599	48,4	2 104	22,2	931	9,8	1 859	19,6
16. 6. 1925	11 478	4 969	43,3	2 909	25,3	1 575	13,7	2 025	17,6
16. 6. 1933	11 479	4 649	40,5	2 759	24,0	1 921	16,7	2 151	18,7
17. 5. 1939 ¹⁾	12 798	4 895	38,3	3 324	26,0	2 104	16,4	2 475	19,3
Bundesgebiet									
17. 5. 1939	7 931	3 054	38,5	1 849	23,3	1 045	13,2	1 982	25,0
13. 9. 1950	8 486	2 849	33,6	2 403	28,3	1 175	13,8	2 059	24,3
Okt. 1957	9 772	2 252	23,0	3 236	33,1	2 036	20,8	2 248	23,0
Okt. 1958	9 851	2 175	22,1	3 210	32,6	2 120	21,5	2 346	23,8
Okt. 1959	9 858	2 048	20,8	3 211	32,6	2 159	21,9	2 440	24,8
Okt. 1960	9 937	1 918	19,3	3 330	33,5	2 220	22,3	2 469	24,8
6. 6. 1961	9 932	1 962	19,8	3 275	33,0	1 875	18,9	2 820	28,4
Okt. 1962	9 831	1 760	17,9	3 276	33,3	1 936	19,7	2 861	29,1
April 1963	9 822	1 717	17,5	3 252	33,1	1 951	19,9	2 904	29,6
April 1964	9 806	1 611	16,4	3 270	33,3	1 946	19,8	2 979	30,4
Mai 1965	9 859	1 591	16,1	3 254	33,0	1 971	20,0	3 043	30,9
April 1966	9 798	1 479	15,1	3 266	33,3	1 979	20,2	3 075	31,4
April 1967	9 555	1 433	15,0	3 054	32,0	1 944	20,3	3 123	32,7
April 1968	9 609	1 418	14,8	3 101	32,3	1 923	20,0	3 166	32,9
April 1969	9 631	1 372	14,2	3 159	32,8	1 899	19,7	3 202	33,2
April 1970	9 591	1 249	13,0	3 256	34,0	1 930	20,1	3 156	32,9
April 1971	9 654	1 155	12,0	3 270	33,9	1 980	20,5	3 249	33,7

b) Nach Stellung im Beruf

Stichtag bzw. Monat	Weibliche Erwerbspersonen insgesamt	Stellung im Beruf als							
		Selbständige		Mithelfende Familienangehörige		Beamtinnen und Angestellte		Arbeiterinnen	
		1 000	% ²⁾	1 000	% ²⁾	1 000	% ²⁾	1 000	% ²⁾
Reichsgebiet									
5. 6. 1882	5 542	1 037	18,7	923	16,7	85	1,5	3 497	63,1
14. 6. 1895	6 578	1 104	16,8	1 159	17,6	160	2,4	4 156	63,2
12. 6. 1907	9 493	1 091	11,5	3 178	33,5	371	3,9	4 853	51,1
16. 6. 1925	11 478	1 081	9,4	4 133	36,0	1 450	12,6	4 814	41,9
16. 6. 1933	11 479	936	8,2	4 149	36,1	1 695	14,8	4 699	40,9
17. 5. 1939 ¹⁾	12 798	816	6,4	4 642	36,3	2 043	16,0	5 297	41,4
Bundesgebiet									
17. 5. 1939	7 931	544	6,9	3 028	38,2	1 346	17,0	3 013	38,0
13. 9. 1950	8 486	643	7,6	2 604	30,7	1 806	21,3	3 432	40,4
Okt. 1957	9 772	712	7,3	2 260	23,1	2 746	28,1	4 054	41,5
Okt. 1958	9 851	768	7,8	2 255	22,9	2 932	29,8	3 896	39,5
Okt. 1959	9 858	786	8,0	2 172	22,0	3 042	30,9	3 858	39,1
Okt. 1960	9 937	757	7,6	2 104	21,2	3 146	31,7	3 930	39,5
6. 6. 1961	9 932	728	7,3	2 186	22,0	3 411	34,3	3 607	36,3
Okt. 1962	9 831	696	7,1	1 935	19,7	3 411	34,7	3 790	38,6
April 1963	9 822	697	7,1	1 910	19,4	3 468	35,3	3 748	38,2
April 1964	9 806	635	6,5	1 901	19,4	3 617	36,9	3 653	37,3
Mai 1965	9 859	635	6,4	1 869	19,0	3 678	37,3	3 677	37,3
April 1966	9 798	626	6,4	1 781	18,2	3 764	38,4	3 628	37,0
April 1967	9 555	599	6,3	1 737	18,2	3 756	39,3	3 462	36,2
April 1968	9 609	591	6,2	1 706	17,8	3 823	39,8	3 488	36,3
April 1969	9 631	587	6,1	1 631	16,9	3 920	40,7	3 493	36,3
April 1970	9 591	569	5,9	1 517	15,8	3 993	41,6	3 512	36,6
April 1971	9 654	546	5,7	1 398	14,5	4 269	44,2	3 442	35,7

*) 1882 bis 1950 und 1961 Ergebnisse der Berufszählungen, im übrigen Ergebnisse des Mikrozensus.

1) Gebietsstand: 31. 12. 1937. — 2) In % der weiblichen Erwerbspersonen.

VII. Erwerbstätigkeit

6. Erwerbstätige*)

a) Nach Wirtschaftsabteilungen

1 000

Bundesgebiet

Monat	Erwerbstätige insgesamt	Davon in den Wirtschaftsabteilungen									
		Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung u. Fischerei	Energie-wirtschaft, Wasser-versorgung, Bergbau	Verarb. Gewerbe (ohne Bauge-werbe)	Bau-gewerbe	Handel	Verkehr und Nach-richten-über-mittlung	Kredit-institute und Versiche-rungs-gewerbe	Dienst-leistungen	Organi-sationen ohne Erwerbs-charakter u. Private Haushalte	Gebiets-körper-schaften u. Sozial-ver-sicherung
Insgesamt											
Okt. 1957	25 653	4 112	923	9 239	1 917	2 976	1 442	420	2 372	614	1 638
Okt. 1958	25 969	3 967	923	9 404	2 004	2 966	1 477	414	2 453	649	1 711
Okt. 1959	26 205	3 794	885	9 505	2 054	3 060	1 450	428	2 538	672	1 820
Okt. 1960	26 501	3 541	864	9 795	2 064	3 126	1 509	437	2 579	669	1 917
Okt. 1961	26 877	3 562	801	10 039	2 101	3 068	1 497	496	2 912	533	1 868
Okt. 1962	26 659	3 241	769	10 040	2 056	3 118	1 488	493	2 985	484	1 984
April 1963	26 907	3 172	764	10 102	2 137	3 147	1 528	510	3 020	485	2 043
April 1964	26 838	3 042	742	10 001	2 147	3 130	1 569	540	3 149	483	2 036
Mai 1965	27 100	2 965	699	10 130	2 189	3 180	1 574	551	3 221	474	2 117
April 1966	27 112	2 756	664	10 209	2 236	3 214	1 525	583	3 306	444	2 175
April 1967	26 397	2 672	602	9 742	2 073	3 190	1 498	596	3 388	442	2 195
April 1968	26 354	2 653	576	9 747	2 065	3 177	1 458	605	3 445	439	2 189
April 1969	26 640	2 577	571	10 093	2 077	3 129	1 435	621	3 493	444	2 199
April 1970	26 452	2 370	521	10 250	2 026	3 129	1 438	645	3 493	389	2 193
April 1971	26 596	2 200	528	10 354	1 976	3 181	1 493	688	3 495	386	2 294
Männer											
Okt. 1957	16 124	1 867	881	6 283	1 854	1 428	1 248	245	961	101	1 257
Okt. 1958	16 306	1 797	880	6 438	1 947	1 355	1 263	232	973	102	1 320
Okt. 1959	16 456	1 750	843	6 496	1 989	1 409	1 236	242	986	103	1 404
Okt. 1960	16 648	1 625	820	6 674	1 996	1 431	1 274	245	1 003	105	1 475
Okt. 1961	16 986	1 643	759	6 918	2 001	1 414	1 261	271	1 155	106	1 458
Okt. 1962	16 881	1 483	726	6 926	1 963	1 437	1 241	266	1 169	122	1 548
April 1963	17 127	1 457	722	7 011	2 039	1 458	1 274	275	1 181	124	1 586
April 1964	17 078	1 430	699	6 907	2 046	1 439	1 320	295	1 248	115	1 581
Mai 1965	17 266	1 375	657	7 043	2 080	1 466	1 319	296	1 280	121	1 631
April 1966	17 333	1 278	625	7 113	2 117	1 489	1 275	318	1 336	111	1 673
April 1967	16 933	1 240	564	6 907	1 957	1 501	1 254	323	1 377	113	1 697
April 1968	16 928	1 237	537	6 937	1 957	1 506	1 221	336	1 393	120	1 685
April 1969	17 107	1 207	531	7 162	1 961	1 474	1 200	347	1 403	133	1 688
April 1970	16 942	1 122	483	7 222	1 900	1 447	1 197	359	1 420	116	1 677
April 1971	17 049	1 046	488	7 342	1 842	1 472	1 230	374	1 395	124	1 736
Frauen											
Okt. 1957	9 529	2 246	42	2 956	63	1 548	195	175	1 411	513	381
Okt. 1958	9 663	2 171	44	2 967	58	1 611	214	182	1 480	547	391
Okt. 1959	9 749	2 044	42	3 009	65	1 652	214	187	1 552	569	417
Okt. 1960	9 854	1 916	44	3 121	69	1 694	235	191	1 577	565	443
Okt. 1961	9 891	1 919	42	3 121	100	1 654	236	225	1 758	428	410
Okt. 1962	9 778	1 758	43	3 113	93	1 681	247	227	1 816	362	436
April 1963	9 780	1 715	43	3 091	98	1 689	254	235	1 839	361	456
April 1964	9 760	1 612	43	3 094	101	1 691	249	245	1 902	369	455
Mai 1965	9 834	1 591	42	3 087	110	1 714	255	254	1 942	353	486
April 1966	9 779	1 478	39	3 096	119	1 726	250	265	1 970	334	502
April 1967	9 465	1 432	38	2 835	117	1 690	244	273	2 011	328	498
April 1968	9 426	1 416	40	2 810	108	1 671	238	270	2 052	319	504
April 1969	9 534	1 370	40	2 931	116	1 655	235	275	2 090	311	512
April 1970	9 510	1 248	38	3 028	126	1 681	241	286	2 072	273	516
April 1971	9 547	1 154	40	3 012	134	1 709	263	314	2 100	263	559

Fußnoten siehe S. 147.

VII. Erwerbstätigkeit
6. Erwerbstätige*)
b) Nach Stellung im Beruf
1 000
Bundesgebiet

Monat	Erwerbstätige insgesamt	Stellung im Beruf als					Monat	Erwerbstätige insgesamt	Stellung im Beruf als				
		Selbstständige	Mithelfende Familienangehörige	Beamte, Richter	Angestellte	Arbeiter			Selbstständige	Mithelfende Familienangehörige	Beamte, Richter	Angestellte	Arbeiter
Insgesamt						Männer							
Okt. 1957	25 653	3 316	2 830	1 317	5 091	13 100	April 1964	17 078	2 458	386	1 581	3 418	9 236
Okt. 1958	25 969	3 446	2 776	1 371	5 430	12 948	Mai 1965	17 266	2 453	370	1 631	3 522	9 291
Okt. 1959	26 205	3 415	2 709	1 472	5 638	12 971	April 1966	17 333	2 393	338	1 647	3 667	9 289
Okt. 1960	26 501	3 308	2 599	1 537	5 856	13 201	April 1967	16 933	2 348	327	1 659	3 699	8 900
Okt. 1961	26 877	3 335	2 631	1 618	6 175	13 119	April 1968	16 928	2 301	330	1 669	3 725	8 902
Okt. 1962	26 659	3 180	2 345	1 668	6 486	12 981	April 1969	17 107	2 271	312	1 683	3 857	8 984
April 1963	26 907	3 155	2 310	1 703	6 589	13 150	April 1970	16 942	2 197	273	1 697	3 944	8 830
April 1964	26 838	3 094	2 286	1 756	6 846	12 857	April 1971	17 049	2 118	249	1 710	4 133	8 839
Mai 1965	27 100	3 089	2 238	1 815	7 007	12 952	Frauen						
April 1966	27 112	3 018	2 118	1 834	7 238	12 904	Okt. 1957	9 529	712	2 260	136	2 517	3 905
April 1967	26 397	2 948	2 063	1 853	7 245	12 289	Okt. 1958	9 663	769	2 255	136	2 723	3 781
April 1968	26 354	2 892	2 035	1 876	7 307	12 244	Okt. 1959	9 749	785	2 171	146	2 849	3 798
April 1969	26 640	2 857	1 942	1 899	7 540	12 403	Okt. 1960	9 854	757	2 103	149	2 929	3 916
April 1970	26 452	2 766	1 790	1 924	7 693	12 279	Okt. 1961	9 891	731	2 130	157	3 105	3 769
April 1971	26 596	2 663	1 647	1 953	8 137	12 197	Okt. 1962	9 778	695	1 934	166	3 226	3 758
Männer						Frauen							
Okt. 1957	16 124	2 604	569	1 181	2 574	9 196	April 1963	9 780	696	1 909	169	3 283	3 723
Okt. 1958	16 306	2 677	521	1 235	2 706	9 167	April 1964	9 760	635	1 900	176	3 428	3 621
Okt. 1959	16 456	2 630	538	1 326	2 789	9 173	Mai 1965	9 834	636	1 868	184	3 486	3 661
Okt. 1960	16 648	2 551	496	1 388	2 927	9 286	April 1966	9 779	625	1 780	187	3 571	3 616
Okt. 1961	16 986	2 604	501	1 461	3 070	9 350	April 1967	9 465	599	1 737	194	3 546	3 388
Okt. 1962	16 881	2 485	411	1 502	3 260	9 223	April 1968	9 426	590	1 706	207	3 582	3 343
April 1963	17 127	2 459	401	1 535	3 306	9 427	April 1969	9 534	586	1 630	215	3 583	3 419
							April 1970	9 510	568	1 517	227	3 749	3 449
							April 1971	9 547	545	1 397	244	4 003	3 358

*) Ergebnisse des Mikrozensus. — Einschl. Soldaten (nachgewiesen unter »Gebietskörperschaften« bzw. »Beamte und Richter«).

7. Durchschnittlich geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen nach Stellung im Beruf und Wirtschaftsbereichen*)

Monat	Erwerbstätige insgesamt	Stellung im Beruf als					Monat	Erwerbstätige insgesamt	Stellung im Beruf als				
		Selbstständige	Mithelfende Familienangehörige	Beamte, Richter	Angestellte	Arbeiter			Selbstständige	Mithelfende Familienangehörige	Beamte, Richter	Angestellte	Arbeiter
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei						Sonstige Wirtschaftsbereiche (Dienstleistungen)							
Okt. 1960	51,2	58,2	47,5	49,4	51,9	49,1	April 1966	44,4	53,7	45,0	43,5	42,2	42,6
Okt. 1961	52,6	59,7	49,5	49,4	49,6	48,6	April 1967	44,0	53,2	43,6	43,1	41,8	42,2
Okt. 1962	53,7	61,2	50,5	49,3	49,3	48,0	April 1968	43,8	53,5	43,1	42,8	41,7	42,0
April 1963	52,1	59,8	48,6	48,1	48,1	47,8	April 1969	43,4	53,5	42,4	42,0	41,3	41,9
April 1964	54,8	63,3	50,9	51,4	50,5	49,8	April 1970	43,3	53,6	42,3	42,0	41,0	41,8
Mai 1965	53,2	60,9	49,6	49,0	49,0	48,9	April 1971	42,7	53,7	42,7	41,4	40,3	41,5
April 1966	54,1	62,0	50,6	49,0	49,0	48,1	Alle Wirtschaftsbereiche						
April 1967	52,4	60,6	48,6	47,3	47,3	47,5	Okt. 1960	45,5	53,3	49,3	45,7	45,6	42,7
April 1968	51,8	60,0	47,7	52,0	48,9	47,6	Okt. 1961	44,4	52,8	48,1	43,2	44,5	41,4
April 1969	51,7	60,1	47,3	47,0	47,9	47,6	Okt. 1962	44,1	52,5	49,8	44,7	44,3	40,2
April 1970	51,4	59,8	47,0	47,8	47,5	47,0	April 1963	44,2	52,7	50,1	45,1	44,2	40,4
April 1971	52,5	61,2	48,3	45,0	46,5	46,5	April 1964	44,0	53,6	50,9	44,9	43,7	40,1
Produzierendes Gewerbe						Alle Wirtschaftsbereiche							
Okt. 1960	44,4	51,1	43,7	44,8	43,7	43,7	Mai 1965	43,7	53,8	50,5	44,3	43,4	39,7
Okt. 1961	43,8	50,7	44,2	44,4	44,4	43,1	April 1966	43,4	53,8	50,2	43,7	43,0	39,6
Okt. 1962	43,3	51,0	44,6	43,8	42,5	42,5	April 1967	43,1	54,5	49,5	43,7	42,6	39,3
April 1963	43,2	51,2	43,7	43,9	42,4	42,4	April 1968	42,6	53,5	47,7	43,1	42,2	38,7
April 1964	42,8	51,8	44,5	43,0	43,0	42,0	April 1969	42,5	53,3	47,8	43,6	42,1	38,4
Mai 1965	42,5	51,4	43,9	42,7	41,7	41,7	April 1970	42,1	53,1	46,5	43,4	41,6	37,9
April 1966	42,2	51,7	43,2	42,5	41,4	41,4	April 1971	41,6	52,8	46,6	42,7	40,8	37,6
April 1967	41,4	51,2	41,5	41,8	40,4	40,4	Alle Wirtschaftsbereiche						
April 1968	41,7	51,5	40,8	42,3	42,0	40,9	Okt. 1960	45,8	54,4	46,8	45,5	45,1	43,7
April 1969	41,8	51,6	40,0	43,5	42,0	41,1	Okt. 1961	45,5	54,8	48,3	43,6	44,5	43,1
April 1970	41,8	52,0	39,5	41,7	41,1	41,1	Okt. 1962	45,1	55,5	49,4	44,6	44,0	42,4
April 1971	41,4	52,2	39,1	41,3	40,8	40,8	April 1963	44,9	55,0	47,9	44,9	43,9	42,4
Handel und Verkehr						Alle Wirtschaftsbereiche							
Okt. 1960	46,0	53,3	43,6	45,2	45,1	43,6	April 1964	44,9	56,4	49,7	44,5	43,3	42,1
Okt. 1961	45,9	53,7	44,1	44,2	44,4	44,0	Mai 1965	44,4	55,4	48,6	44,0	43,0	41,7
Okt. 1962	45,6	54,1	45,4	44,4	43,9	43,2	April 1966	44,1	55,7	49,2	43,6	42,6	41,4
April 1963	45,4	53,7	45,0	44,4	43,7	43,4	April 1967	43,4	55,2	47,4	43,5	42,1	40,6
April 1964	45,2	54,1	45,9	43,7	43,2	43,1	April 1968	43,3	55,0	46,6	43,0	42,0	40,8
Mai 1965	44,8	53,5	44,6	43,4	42,8	43,0	April 1969	43,2	55,0	46,2	43,1	41,9	40,9
							April 1970	43,0	54,9	45,7	43,0	41,5	40,9
							April 1971	42,6	55,3	46,7	42,3	40,9	40,5

*) Ergebnisse des Mikrozensus. — Ohne Soldaten. — In der vorwiegenden Erwerbstätigkeit geleistete Arbeitsstunden.

8. Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer**Bundesgebiet**

Monatsende	Ausländische Arbeitnehmer insgesamt ²⁾		Darunter				
			Griechen	Italiener	Jugoslawen	Spanier	Türken
	Anzahl	% ³⁾	Anzahl				
Juli 1954 ¹⁾	72 906	0,4	548	6 509	1 801	411	
Juli 1955 ¹⁾	79 607	0,4	637	7 461	2 085	486	
Juli 1956 ¹⁾	98 818	0,5	953	18 597	2 297	698	
Juli 1957 ¹⁾	108 190	0,6	1 822	19 096	2 778	967	
Juli 1958 ¹⁾	127 083	0,6	2 838	25 609	4 846	1 494	
Juli 1959	166 829	0,8	4 089	48 809	7 310	2 150	
Juli 1960	279 390	1,3	13 005	121 685	8 826	9 454	2 495
Juni 1961	507 419	2,3	43 948	218 003		50 976	
Juni 1962	655 463	3,0	69 146	265 978	23 608	87 327	15 318
Juni 1963	811 213	3,6	106 152	299 235	44 428	117 494	27 144
Juni 1964	932 932	4,1	143 859	289 252	53 057	144 256	69 211
Juni 1965	1 164 364	5,5	181 658	359 773	64 060	180 572	121 121
Juni 1966	1 314 031	6,1	196 247	399 154	96 675	185 336	157 978
Juni 1967	1 023 747	4,9	146 817	274 249	97 725	129 126	137 081
Juni 1968	1 014 774	4,9	136 191	287 440	99 660	111 982	139 336
Juni 1969	1 372 059	6,4	174 348	340 244	226 290	135 546	212 951
Juni 1970	1 838 859	8,5	229 379	374 981	388 953	165 854	327 985
Juni 1971	2 168 766	10,0	261 592	405 092	469 173	183 636	424 374

¹⁾ Bundesgebiet ohne Saarland. — ²⁾ Einschl. Grenz Arbeitnehmer (Einpender). — ³⁾ In % der beschäftigten Arbeitnehmer.

9. Arbeitslose und offene Stellen**Bundesgebiet**

Jahresdurchschnitt	Arbeitslose		Offene Stellen	Jahresdurchschnitt	Arbeitslose		Offene Stellen
	Anzahl	% ²⁾	Anzahl		Anzahl	% ²⁾	Anzahl
1950 ¹⁾	1 868 504	11,0	118 519	1961	180 855	0,8	552 098
1951 ¹⁾	1 713 887	10,4	118 479	1962	154 523	0,7	573 843
1952 ¹⁾	1 651 915	9,5	116 214	1963	185 646	0,8	554 805
1953 ¹⁾	1 491 000	8,4	124 970	1964	169 070	0,8	609 187
1954 ¹⁾	1 410 717	7,6	139 715	1965	147 352	0,7	648 999
1955 ¹⁾	1 073 576	5,6	203 771	1966	161 059	0,7	539 752
1956 ¹⁾	876 287	4,4	223 241	1967	459 489	2,1	302 008
1957 ¹⁾	753 711	3,7	222 088	1968	323 480	1,5	488 317
1958 ¹⁾	763 850	3,7	221 592	1969	178 579	0,9	746 998
1959	539 942	2,6	290 696	1970	148 846	0,7	794 817
1960	270 678	1,3	465 081	1971	185 072	0,9	648 082

¹⁾ Bundesgebiet ohne Saarland. — ²⁾ In % der beschäftigten Arbeitnehmer.

VII. Erwerbstätigkeit

**10. Auszubildende in Lehr- und Anlernberufen
Bundesgebiet**

Jahresende	Auszubildende insgesamt	Davon im Ausbildungsbereich der				Jahresende	Auszubildende insgesamt	Davon im Ausbildungsbereich der			
		Industrie- und Handelskammern	Landwirtschaft	Handwerkskammern	sonstigen Ausbildungsträger ³⁾			Industrie- und Handelskammern	Landwirtschaft	Handwerkskammern	sonstigen Ausbildungsträger ³⁾
1950 ¹⁾	970 926	409 154	31 000	508 787	21 985	1961 ²⁾	1 196 732	709 408	33 764	412 154	41 406
1951 ¹⁾	1 026 356	466 585	31 038	503 794	24 939	1962	1 224 684	725 002	32 801 ⁵⁾	405 778	61 103
1952 ¹⁾	1 136 429	542 426	30 095	520 658	43 250	1963	1 273 792	742 985	33 418	430 840	66 549
1953 ¹⁾	1 212 828	594 102	34 272	531 121	53 333	1964	1 297 729	741 492	35 168	452 845	68 224
1954 ¹⁾	1 329 130	660 859	41 958	568 388	57 925	1965	1 331 948	748 863	37 277	468 039	77 769
1955 ¹⁾	1 423 566	733 244	43 416	588 658	58 248	1966	1 371 509	776 616	38 490	467 358	89 045
1956 ¹⁾	1 458 140	787 575	44 805	574 516	51 244	1967	1 402 465	779 509	46 123	481 469	95 364
1957 ¹⁾	1 406 345	788 441	43 385	528 959	45 560	1968	1 392 235	769 554	49 805	478 584	94 292
1958 ²⁾	1 371 219	784 318	40 587 ⁴⁾	500 658	45 656	1969	1 283 454	714 625	45 866	435 006	87 957
1959 ²⁾	1 305 307	748 921	38 514	468 326	49 546	1970	1 270 120	723 415	38 133	420 936	87 636
1960 ²⁾	1 223 890	714 756	35 764	431 501	41 869						

¹⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — ²⁾ Bundesgebiet ohne Berlin. — ³⁾ Deutsche Bundesbahn, Deutsche Bundespost, Ärzte und Zahnärzte, Apotheken, Rechtsanwälte und Notare sowie übrige Institutionen, die mit der Aufsicht über die berufliche Ausbildung in ihrem Bereich betraut sind. — ⁴⁾ Ohne Saarland. — ⁵⁾ Ohne Berlin.

11. Streiks

Jahr	Betroffene Betriebe	Beteiligte Arbeitnehmer	Verlorene Arbeitstage	Jahr	Betroffene Betriebe	Beteiligte Arbeitnehmer	Verlorene Arbeitstage
Reichsgebiet							
1899	7 121	109 505	3 266 000	1928	5 461	324 084	8 563 000
1900	7 740	131 810	3 189 000	1929	7 831	106 452	1 637 000
1901	4 561	62 682	2 312 000	1930	3 137	207 391	3 696 000
1902	3 437	60 184	1 327 000	1931	4 126	130 545	1 461 000
1903	7 000	99 414	2 815 000	1932	2 596	127 740	1 119 000
1904	10 321	120 268	3 623 000				
1905	14 481	420 160	14 536 000	Bundesgebiet			
1906	16 246	296 651	8 176 000	1949 ¹⁾	892	58 184	270 716
1907	13 092	203 024	*6 205 000	1950 ²⁾	1 344	79 270	380 121
1908	4 774	75 797	2 259 000	1951 ²⁾	1 528	174 325	1 592 892
1909	4 811	107 055	2 813 000	1952 ²⁾	2 529	84 097	442 877
1910	8 276	167 908	4 582 000	1953 ²⁾	1 395	50 625	1 488 218
1911	10 640	238 165	7 731 000	1954 ²⁾	538	115 899	1 586 523
1912	7 255	417 407	7 712 000	1955 ²⁾	866	597 353	846 647
1913	9 007	265 575	8 819 000	1956 ²⁾	268	25 340	263 884
1914	5 213	61 304	1 715 000	1957 ²⁾	86	45 134	2 385 965
1915	173	14 011	42 000	1958 ²⁾	1 484	202 483	782 123
1916	437	128 881	245 000	1959 ²⁾	55	21 648	61 825
1917	3 392	667 229	1 860 000	1960	28	17 065	37 723
1918	1 094	391 579	1 452 000	1961	119	21 052	65 256
1919	32 825	2 100 403	32 464 000	1962	195	79 177	450 948
1920	40 863	1 417 649	15 444 000	1963	187	100 853	878 026
1921	52 244	1 414 712	22 596 000	1964	34	5 629	16 711
1922	41 775	1 682 775	23 383 000	1965	20	6 250	48 520
1923	21 484	1 507 707	11 014 000	1966	205	196 013	27 086
1924	17 427	665 713	13 427 000	1967	742	59 604	389 581
1925	16 302	502 230	4 025 000	1968	36	25 167	25 249
1926	1 829	56 373	802 000	1969	86	89 571	249 184
1927	8 079	229 534	3 071 000	1970	129	184 269	93 203
				1971	624	334 342	2 599 413

¹⁾ Vereinigtes Wirtschaftsgebiet. — ²⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — ³⁾ Bundesgebiet ohne Berlin.

VIII. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Vorbemerkung

Allgemeines

Die Landwirtschaftlichen Betriebszählungen begannen im Jahre 1882 und wurden bis 1939 gleichzeitig mit den Volks- und Berufszählungen und mit den gewerblichen Betriebszählungen durchgeführt. Das Programm dieser Betriebszählungen (heute: Landwirtschaftszählungen) hat im Laufe der Jahre — nicht zuletzt unter dem Einfluß der jeweiligen Wirtschaftsverhältnisse — wesentliche Änderungen erfahren. Während sich die Erhebungen der Jahre 1882 und 1895 noch vornehmlich auf den Nachweis von Flächen, Besitzverhältnissen, Hauptkulturarten und Viehbeständen beschränkten, kamen in späteren Jahren Angaben über Arbeitskräfte und Maschinen hinzu. Außerdem erfuhren die Tabellenprogramme eine erheblich feinere Aufgliederung.

Die landwirtschaftliche Nutzung wurde einheitlich erstmals 1878 — zunächst in größeren Zeitabständen — im Rahmen einer allgemeinen Bodennutzungserhebung festgestellt. Später wurden dann jährlich im Rahmen der Anbauflächenerhebungen die Nutzungs- und Kulturarten der landwirtschaftlichen Nutzfläche und ab 1930 jährlich die gesamte Bodennutzung ermittelt. Die Erntestatistik (Feststellung der Hektarerträge) wurde gleichzeitig eingeführt. Sie wird bis heute mittels Schätzungen durch ehrenamtliche, über das ganze Land verteilte Berichtersteller durchgeführt.

Die erste Viehzählung fand 1873 statt. Sie wurde zunächst in größeren Zeitabständen und ab 1925 jährlich durchgeführt.

Erläuterungen zu den Tabellen

Die landwirtschaftlichen Betriebszählungen erfaßten bis zum Jahre 1925 alle bewirtschafteten Flächen, auch solche kleinsten Umfangs. Erst ab 1933 beschränkten sie sich auf den Nachweis von Betrieben mit 0,5 und mehr ha Gesamt(Betriebs-)fläche. Haushalte mit Gartenland sowie land- und forstwirtschaftlich genutzter Bodenfläche von weniger als 0,5 ha werden seitdem im Rahmen der Volkszählungen (bzw. neuerdings im repräsentativen Mikrozensus) ermittelt (Tabelle 1).

In den Tabellen 2 und 3 sind diejenigen Tatbestände aus den landwirtschaftlichen Betriebszählungen nachgewiesen, die sich für längere Zeit zurückverfolgen lassen. Sie sind auch auf den Gebietsstand der Bundesrepublik umgerechnet.

Bei den Bodennutzungserhebungen (Tabellen 4 und 5) wurde bis 1937 das Belegenheitsverfahren (Nachweis der Kultur- und Fruchtarten nach der Belegenheit in den einzelnen Gemeinden) angewandt und ab 1938 zum Betriebsprinzip (Nachweis der Fläche des Gesamtbetriebes ohne Rücksicht darauf, in welcher Gemeinde die Flächen liegen) übergegangen. Die Bodennutzungserhebung erfolgte bis 1956 total. Seit 1957 werden die Anbauflächen des Ackerlandes in mehrjährigen Abständen total und in den Zwischenjahren repräsentativ ermittelt. Die übrigen Flächen werden ebenfalls in größeren Abständen total, in den Zwischenjahren durch Fortschreibung ermittelt. Nachgewiesen werden:

Wirtschaftsfläche = Gesamtfläche aller im Gebiet ansässigen land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, soweit diese nicht von auswärtigen Betrieben bewirtschaftet wird, zuzüglich der Flächen, die außerhalb der Betriebe liegen. Ohne die meisten Küstengewässer und ohne den Bodensee.

Landwirtschaftlich genutzte Fläche = Acker- und Gartenland, Obstanlagen, Baumschulen, Wiesen, Weiden, Rebland, Korbweiden-, Pappelanlagen, Weihnachtsbaumkulturen, soweit sie genutzt werden (bis 1970 wurde die landwirtschaftliche Nutzfläche, d. h. einschl. der nicht mehr genutzten landwirtschaftlichen Flächen, nachgewiesen);

Ackerland = Flächen der landwirtschaftlichen Feldfrüchte einschl. Hopfen, Ackerwiesen und Ackerweiden sowie von Gemüse, Erdbeeren, Blumen und sonstigen Gartengewächse im feldmäßigen Anbau und im Erwerbsgartenbau, auch unter Glas. Auch Ackerflächen mit Obstbäumen, bei denen das Obst nur die Nebennutzung, Ackerfrüchte aber die Hauptnutzung darstellen;

Dauergrünland = Grünlandflächen, die dauernd — d. h. ohne Unterbrechung durch andere Kulturen — zur Futter- oder Streugewinnung bestimmt sind. Auch Grünlandflächen mit Obstbäumen, bei denen das Obst nur die Nebennutzung, das Gras oder Heu aber die Hauptnutzung darstellt.

Die Erntestatistik (Tabelle 6) wurde zwecks Verbesserung der Ergebnisse durch zwei Verfahren der Erntemessung ergänzt. Für Getreide und Kartoffeln wurden 1948 die »Besonderen Erntermittlungen« eingeführt. 1968 erfolgte die Einführung der »Ergänzenden Erntermittlungen« für Futterrüben, Äpfel und Weinmost, die insbesondere bei Futterrüben eine Verbesserung der Ergebnisse brachte.

1. Zahl und Fläche der Betriebe bzw. Haushalte

Stichtag	Betriebe mit 0,5 und mehr ha		Haushalte ³⁾ mit weniger als 0,5 ha		Fläche der Betriebe mit 0,5 und mehr ha		Fläche der Haushalte ³⁾ mit weniger als 0,5 ha	
	Gesamfläche				Gesamfläche			
	1 000				1 000 ha			
Reichsgebiet								
14. 6. 1895		5 580,4				49 627,8		
12. 6. 1907		5 762,5				49 302,4		
16. 6. 1925		5 143,1				41 610,2		
16. 6. 1933	3 046,9		5 279,0		41 424,6		545,5	
17. 5. 1939 ¹⁾	3 198,6		6 334,3		42 520,7		645,1	
Bundesgebiet								
14. 6. 1895 ²⁾		3 021,5				22 577,9		
12. 6. 1907 ²⁾		3 231,7				21 879,8		
16. 6. 1925 ²⁾		3 845,7				21 215,3		
16. 6. 1933 ²⁾	1 966,3		3 103,3		21 294,7		308,4	
17. 5. 1939 ²⁾	2 040,3		3 696,1		22 021,6		356,9	
30. 5. 1949 ²⁾	2 012,0		4 445,5 ⁴⁾		21 979,0		329,4 ⁴⁾	
31. 5. 1960	1 761,8		5 534,9 ⁵⁾		21 381,2		473,4 ⁵⁾	
Mai 1971	1 361,1		7 981,7 ⁶⁾		21 057,2		550,0 ⁶⁾	

¹⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ²⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — ³⁾ Haushalte mit Gartenland sowie land- oder forstwirtschaftlich genutzten Bodenflächen. — ⁴⁾ Stichtag: 13. 9. 1950. — ⁵⁾ Stichtag: 6. 6. 1961. — ⁶⁾ April 1970.

2. Land- und forstwirtschaftliche Betriebe

a) Zahl und Fläche der Betriebe mit 2 und mehr ha Betriebsfläche nach Größenklassen und Besitzverhältnissen

Stichtag	Insgesamt	Betriebsfläche von ... bis unter ... ha					
		2—5	5—10	10—20	20—50	50—100	100 und mehr
Reichsgebiet							
Betriebe insgesamt in 1 000							
16. 6. 1925	2 193,7	837,5	600,7	405,4	259,2	55,3	35,7
16. 6. 1933	2 212,9	787,7	619,2	450,5	267,1	54,5	33,8
17. 5. 1939 ¹⁾	2 239,0	762,7	619,4	486,0	281,8	55,2	33,9
Betriebe mit eigenem Land in 1 000							
16. 6. 1925	2 079,8	776,8	579,3	391,6	248,9	52,0	31,2
16. 6. 1933	2 103,2	734,3	595,3	434,9	256,7	51,4	30,6
17. 5. 1939 ¹⁾	2 133,6	714,7	595,7	469,9	270,4	52,0	30,8
Betriebe mit gepachtetem Land in 1 000							
16. 6. 1925	917,3	441,2	275,2	130,8	51,4	10,4	8,2
16. 6. 1933	1 047,6	448,9	328,8	180,5	69,2	12,5	7,6
17. 5. 1939 ¹⁾	1 175,1	465,2	367,4	231,6	88,4	14,3	8,2
Betriebsfläche insgesamt in 1 000 ha							
16. 6. 1925	40 066,6	2 725,6	4 210,6	5 637,4	7 770,0	3 665,9	16 057,0
16. 6. 1933	40 490,5	2 584,4	4 359,2	6 270,5	7 948,6	3 618,7	15 709,2
17. 5. 1939 ¹⁾	41 498,4	2 529,1	4 427,3	6 835,7	8 383,0	3 681,7	15 641,7
Eigenes Land in 1 000 ha							
16. 6. 1925	35 709,9	2 079,2	3 551,0	5 062,1	7 209,8	3 338,3	14 469,4
16. 6. 1933	36 111,9	1 925,8	3 557,3	5 493,7	7 277,3	3 276,0	14 581,8
17. 5. 1939 ¹⁾	36 764,2	1 864,1	3 552,4	5 892,4	7 601,6	3 327,8	14 525,8
Gepachtetes Land in 1 000 ha							
16. 6. 1925	4 118,8	573,3	613,6	532,5	534,5	316,2	1 548,9
16. 6. 1933	4 188,4	604,2	761,9	742,3	650,9	334,5	1 094,6
17. 5. 1939 ¹⁾	4 573,5	616,6	835,0	914,8	761,8	347,6	1 097,7

Fußnoten siehe S. 152.

2. Land- und forstwirtschaftliche Betriebe

a) Zahl und Fläche der Betriebe mit 2 und mehr ha Betriebsfläche nach Größenklassen und Besitzverhältnissen

Stichtag	Insgesamt	Betriebsfläche von ... bis unter ... ha					
		2—5	5—10	10—20	20—50	50—100	100 und mehr
Bundesgebiet							
Betriebe insgesamt in 1 000							
16. 6. 1925 ¹⁾	1 415,5	593,0	387,3	240,7	150,0	30,0	14,5
16. 6. 1933 ²⁾	1 419,5	563,2	403,4	257,4	152,0	29,3	14,2
17. 5. 1939 ²⁾	1 429,5	543,6	409,8	274,4	157,7	29,5	14,5
22. 5. 1949 ²⁾	1 417,9	530,1	404,6	280,4	159,1	29,2	14,4
31. 5. 1960	1 254,3	396,6	341,0	305,6	168,8	28,7	13,4
Betriebe mit eigenem Land in 1 000							
16. 6. 1925 ²⁾	1 344,1	554,1	373,7	232,7	142,7	27,7	13,2
16. 6. 1933 ²⁾	1 350,9	529,9	388,1	247,9	144,8	27,1	13,1
17. 5. 1939 ²⁾	1 362,8	514,0	393,8	264,1	149,9	27,4	13,6
22. 5. 1949 ²⁾	1 352,9	500,6	389,4	270,5	151,5	27,4	13,6
31. 5. 1960	1 187,5	379,3	326,0	288,4	154,8	26,3	12,7
Betriebe mit gepachtetem Land in 1 000							
16. 6. 1925 ²⁾	589,9	309,5	168,7	73,3	30,0	6,0	2,5
16. 6. 1933 ²⁾	690,2	327,7	213,1	101,1	38,9	7,0	2,4
17. 5. 1939 ²⁾	777,1	342,7	247,3	129,7	47,5	7,5	2,5
22. 5. 1949 ²⁾	819,7	354,5	260,4	143,5	51,0	7,6	2,8
31. 5. 1960	746,9	230,2	233,2	196,2	74,9	9,8	2,7
Betriebsfläche insgesamt in 1 000 ha							
16. 6. 1925 ²⁾	20 244,2	1 923,9	2 694,8	3 332,7	4 475,2	1 983,6	5 833,9
16. 6. 1933 ²⁾	20 673,3	1 850,5	2 819,5	3 559,8	4 516,3	1 941,7	5 985,5
17. 5. 1939 ²⁾	21 359,1	1 807,3	2 903,1	3 828,7	4 696,2	1 959,3	6 164,5
22. 5. 1949 ²⁾	21 330,4	1 759,0	2 874,3	3 910,9	4 733,3	1 948,2	6 104,6
31. 5. 1960	20 831,7	1 315,4	2 466,9	4 300,9	4 974,3	1 922,7	5 851,5
Eigenes Land in 1 000 ha							
16. 6. 1925 ²⁾	18 204,2	1 502,2	2 312,3	3 024,8	4 115,4	1 771,2	5 478,4
16. 6. 1933 ²⁾	18 402,4	1 399,1	2 327,8	3 140,4	4 107,2	1 724,8	5 703,1
17. 5. 1939 ²⁾	18 889,8	1 340,7	2 341,6	3 318,4	4 244,5	1 747,1	5 897,5
22. 5. 1949 ²⁾	18 795,8	1 272,6	2 282,9	3 357,7	4 278,2	1 754,0	5 850,4
31. 5. 1960	17 734,9	993,9	1 876,3	3 397,6	4 182,6	1 647,6	5 636,9
Gepachtetes Land in 1 000 ha							
16. 6. 1925 ²⁾	1 891,0	375,2	350,8	290,9	345,0	205,3	323,8
16. 6. 1933 ²⁾	2 158,7	415,7	462,8	405,7	399,1	212,0	263,5
17. 5. 1939 ²⁾	2 367,6	428,2	530,7	498,6	444,9	208,3	256,9
22. 5. 1949 ²⁾	2 459,6	454,0	564,7	546,8	452,7	192,3	249,2
31. 5. 1960	3 030,0	303,5	570,7	891,6	785,7	273,1	205,4

1) Gebietsstand: 31. 12. 1937. — 2) Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin).

b) Zahl und Fläche der Betriebe mit 2 und mehr ha landwirtschaftlicher Nutzfläche nach Größenklassen

Stichtag	Insgesamt	Landwirtschaftliche Nutzfläche von ... bis unter ... ha					
		2—5	5—10	10—20	20—50	50—100	100 und mehr
Reichsgebiet							
Betriebe in 1 000							
5. 6. 1882	2 214,5	981,4	554,2	372,4	239,9	41,6	25,0
14. 6. 1895	2 322,0	1 016,3	605,8	393,0	239,6	42,1	25,1
12. 6. 1907	2 357,6	1 006,3	652,8	412,7	225,7	36,5	23,6
16. 6. 1925	2 069,1	894,5	596,2	360,0	174,2	25,7	18,7
16. 6. 1933	2 117,2	822,5	626,1	419,2	200,2	30,6	18,4
17. 5. 1939 ¹⁾	2 130,2	784,7	627,8	456,8	212,2	30,9	17,8
Landwirtschaftliche Nutzfläche in 1 000 ha							
5. 6. 1882	30 043,0	3 190,2	3 906,9	5 251,5	7 176,1	2 732,0	7 786,3
14. 6. 1895	30 709,5	3 286,0	4 233,7	5 488,2	7 113,2	2 756,6	7 831,8
12. 6. 1907	30 103,6	3 304,9	4 607,1	5 814,5	6 821,3	2 500,8	7 055,0
16. 6. 1925	24 009,9	2 924,1	4 176,4	4 982,0	5 076,7	1 691,9	5 158,7
16. 6. 1933	25 653,0	2 711,9	4 406,2	5 810,1	5 836,7	2 023,1	4 864,9
17. 5. 1939 ¹⁾	26 275,4	2 609,6	4 475,2	6 365,7	6 178,3	2 039,3	4 607,3
Bundesgebiet							
Betriebe in 1 000							
5. 6. 1882 ²⁾	1 309,5	621,4	340,2	210,0	117,1	17,0	3,8
14. 6. 1895 ²⁾	1 322,7	623,4	353,6	213,4	113,0	15,5	3,7
12. 6. 1907 ²⁾	1 333,6	622,8	373,8	216,5	104,0	13,0	3,4
16. 6. 1925 ²⁾	1 324,6	631,4	378,0	208,8	92,5	10,9	3,1
16. 6. 1933 ²⁾	1 351,1	587,7	403,0	234,9	108,3	13,6	3,6
17. 5. 1939 ²⁾	1 355,4	560,6	410,8	252,6	114,4	13,5	3,5
22. 5. 1949 ²⁾	1 327,5	543,9	400,7	254,8	112,4	12,7	3,0
31. 5. 1960	1 158,6	388,9	343,8	287,1	122,3	13,8	2,7
Mai 1971	880,8	226,1	213,7	253,0	166,8	18,0	3,3
Landwirtschaftliche Nutzfläche ³⁾ in 1 000 ha							
5. 6. 1882 ²⁾	12 596,0	2 016,5	2 388,7	2 940,0	3 440,2	1 100,6	710,0
14. 6. 1895 ²⁾	12 483,5	2 018,9	2 464,9	2 967,3	3 297,8	1 006,1	728,7
12. 6. 1907 ²⁾	12 256,0	2 039,7	2 624,8	3 021,8	3 071,1	858,9	638,8
16. 6. 1925 ²⁾	11 516,9	2 055,3	2 626,1	2 876,4	2 658,4	709,5	591,1
16. 6. 1933 ²⁾	12 664,0	1 937,3	2 809,2	3 241,2	3 126,9	886,7	662,7
17. 5. 1939 ²⁾	13 107,1	1 868,7	2 899,6	3 494,1	3 307,7	872,0	665,0
22. 5. 1949 ²⁾	12 800,9	1 806,8	2 840,2	3 525,0	3 245,2	822,5	561,1
31. 5. 1960	12 660,0	1 295,7	2 489,1	3 999,2	3 514,6	891,9	469,5
Mai 1971	12 450,4	754,4	1 553,4	3 649,1	4 792,1	1 158,2	543,2

1) Gebietsstand: 31. 12. 1937. — 2) Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — 3) 1971 landwirtschaftlich genutzte Fläche.

2. Land- und forstwirtschaftliche Betriebe
 c) Fläche der Betriebe mit 2 und mehr ha landwirtschaftlicher Nutzfläche
 nach Größenklassen, Nutzungs- und Fruchtarten
 1 000 ha

Stichtag	Insgesamt	Landwirtschaftliche Nutzfläche von ... bis unter ... ha					
		2—5	5—10	10—20	20—50	50—100	100 und mehr
Reichsgebiet							
Ackerland							
12. 6. 1907	23 209,0	2 350,0	3 379,7	4 348,4	5 222,4	1 998,3	5 910,3
16. 6. 1925	17 433,2	1 956,1	2 902,2	3 518,0	3 649,6	1 257,0	4 150,3
16. 6. 1933	17 639,2	1 749,0	2 977,0	3 961,4	3 897,7	1 368,9	3 685,3
17. 5. 1939 ¹⁾	17 930,5	1 620,5	2 969,2	4 314,2	4 112,6	1 400,8	3 513,2
Dauergrünland							
12. 6. 1907	7 486,1	938,8	1 274,8	1 601,4	1 792,9	580,2	1 297,9
16. 6. 1925	7 276,5	996,1	1 377,6	1 646,5	1 627,5	501,8	1 126,9
16. 6. 1933	7 679,5	879,2	1 354,3	1 777,4	1 888,1	634,2	1 146,2
17. 5. 1939 ¹⁾	7 928,2	896,9	1 422,1	1 968,8	1 997,9	613,3	1 029,2
Rebland							
14. 6. 1895	89,8	41,2	24,9	12,7	6,3	2,4	2,3
12. 6. 1907	80,1	39,3	23,4	10,8	4,5	1,4	0,7
16. 6. 1925	45,0	22,8	12,3	5,9	2,5	1,1	0,4
Weizen ²⁾							
12. 6. 1907	1 864,7	170,8	267,8	352,5	417,9	158,6	497,1
16. 6. 1925	1 556,9	165,6	252,4	312,9	337,8	125,2	363,1
16. 6. 1933	2 340,3	180,2	329,6	461,0	506,8	214,1	648,6
17. 5. 1939 ¹⁾	1 996,9	156,4	302,4	434,8	450,5	174,6	478,2
Roggen							
12. 6. 1907	5 813,8	648,8	916,3	1 190,2	1 336,9	458,6	1 262,9
16. 6. 1925	4 153,9	513,5	738,2	899,6	891,9	264,4	846,2
16. 6. 1933	4 283,1	460,7	775,5	1 055,0	1 003,3	296,6	692,0
17. 5. 1939 ¹⁾	3 939,6	381,7	675,7	1 031,7	963,1	281,4	606,0
Gerste							
12. 6. 1907	1 556,3	157,4	239,7	303,3	346,8	129,3	379,9
16. 6. 1925	1 316,7	138,5	214,0	250,2	255,6	101,5	356,9
16. 6. 1933	1 446,0	122,5	227,8	298,4	289,3	118,6	389,3
17. 5. 1939 ¹⁾	1 580,0	121,8	254,1	360,9	340,6	128,6	374,0
Hafer							
12. 6. 1907	4 094,2	371,0	625,0	848,2	1 016,0	368,2	865,7
16. 6. 1925	2 928,8	284,0	507,8	656,2	671,0	212,7	597,1
16. 6. 1933	2 646,6	231,5	483,4	685,2	668,4	196,3	381,7
17. 5. 1939 ¹⁾	2 730,1	218,0	476,1	739,2	703,1	204,2	389,5
Kartoffeln							
12. 6. 1907	2 673,9	447,5	470,6	478,4	455,8	154,0	667,7
16. 6. 1925	2 072,5	360,1	399,3	388,2	324,0	102,4	498,4
16. 6. 1933	2 184,5	325,7	430,0	468,4	370,5	117,8	472,0
17. 5. 1939 ¹⁾	2 425,8	305,1	441,2	548,7	433,0	140,0	557,8
Zuckerrüben							
12. 6. 1907	504,1	18,9	31,3	46,3	72,9	53,0	281,7
16. 6. 1925	379,4	12,8	26,3	38,5	61,4	42,9	197,6
16. 6. 1933	308,2	10,5	23,6	38,3	54,5	37,4	143,8
17. 5. 1939 ¹⁾	493,7	9,0	32,0	66,5	92,5	63,4	230,3
Futterpflanzen							
12. 6. 1907	2 496,0	262,4	381,9	459,9	520,8	199,6	671,5
16. 6. 1925	1 925,2	194,4	319,4	401,4	408,1	141,3	460,6
17. 5. 1939 ¹⁾	2 341,2	206,8	408,9	585,2	567,3	195,2	377,8
Brache							
12. 6. 1907	982,9	41,7	102,0	179,7	285,4	107,1	266,9
12. 6. 1925	462,2	26,5	61,9	97,2	128,5	41,5	106,7
17. 5. 1939 ¹⁾	89,2	5,5	11,6	20,2	27,9	10,7	13,2

Fußnoten siehe S. 158.

VIII. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

2. Land- und forstwirtschaftliche Betriebe

c) Fläche der Betriebe mit 2 und mehr ha landwirtschaftlicher Nutzfläche nach Größenklassen, Nutzungs- und Fruchtarten

1 000 ha

Stichtag	Insgesamt	Landwirtschaftliche Nutzfläche von ... bis unter ... ha					
		2 — 5	5 — 10	10 — 20	20 — 50	50 — 100	100 und mehr
Bundesgebiet							
Ackerland							
12. 6. 1907 ²⁾	8 431,0	1 388,1	1 809,1	2 069,0	2 094,1	597,2	473,5
16. 6. 1925 ²⁾	7 371,2	1 308,0	1 692,3	1 835,3	1 675,1	454,4	406,1
16. 6. 1933 ²⁾	7 583,5	1 190,1	1 755,9	1 957,3	1 792,2	498,0	390,0
17. 5. 1939 ²⁾	7 729,7	1 100,7	1 773,4	2 080,7	1 882,6	505,7	386,7
22. 5. 1949 ²⁾	7 318,8	988,7	1 656,1	2 029,0	1 815,9	486,3	342,8
31. 5. 1960	7 323,6	682,3	1 425,8	2 332,4	2 000,2	558,0	324,9
Dauergrünland							
12. 6. 1907 ²⁾	4 104,1	649,8	849,7	1 039,8	1 078,7	297,1	189,0
16. 6. 1925 ²⁾	4 528,9	772,6	1 010,7	1 166,9	1 092,8	283,5	202,4
16. 6. 1933 ²⁾	4 880,6	688,8	1 002,7	1 241,2	1 303,3	377,5	267,0
17. 5. 1939 ²⁾	5 141,7	701,1	1 068,5	1 364,7	1 386,7	353,9	266,8
22. 5. 1949 ²⁾	5 244,9	753,4	1 126,0	1 445,5	1 388,3	323,6	208,1
31. 5. 1960	5 129,5	564,4	1 014,1	1 617,0	1 475,9	321,8	136,3
Rebland							
14. 6. 1895 ²⁾	67,6	31,2	19,2	9,6	4,2	1,8	1,6
12. 6. 1907 ²⁾	59,9	29,5	17,6	8,1	3,3	1,1	0,3
16. 6. 1925 ²⁾	43,9	22,5	11,9	5,7	2,4	1,1	0,4
17. 5. 1939 ²⁾	48,8	22,6	14,6	7,3	2,5	1,0	0,8
22. 5. 1949 ²⁾	42,7	19,8	13,2	6,5	2,3	0,7	0,2
31. 5. 1960	49,1	18,7	16,2	9,6	3,3	1,0	0,3
Weizen ³⁾							
12. 6. 1907 ²⁾	925,8	125,9	190,6	234,8	243,3	67,9	63,4
16. 6. 1925 ²⁾	854,1	134,7	188,3	213,5	198,9	59,2	59,5
16. 6. 1933 ²⁾	1 146,7	144,6	238,4	286,8	282,5	97,8	96,7
17. 5. 1939 ²⁾	1 026,6	126,1	222,4	270,2	251,0	79,8	77,1
22. 5. 1949 ²⁾	802,3	101,7	182,5	224,2	196,2	54,4	43,2
31. 5. 1960	1 277,0	98,4	243,1	407,8	344,5	107,2	76,1
Roggen							
12. 6. 1907 ²⁾	1 785,1	338,0	401,4	449,5	437,8	98,8	59,8
16. 6. 1925 ²⁾	1 523,9	301,9	356,2	388,8	342,7	75,9	58,4
16. 6. 1933 ²⁾	1 595,8	272,7	371,8	419,1	392,1	90,5	49,6
17. 5. 1939 ²⁾	1 399,4	220,5	318,0	380,2	357,6	80,7	42,3
22. 5. 1949 ²⁾	1 246,9	165,2	267,8	352,0	339,4	79,1	43,4
31. 5. 1960	1 217,4	120,7	221,2	384,8	367,4	89,7	33,5
Gerste							
12. 6. 1907 ²⁾	635,8	100,6	146,7	163,6	154,4	39,7	30,8
16. 6. 1925 ²⁾	643,9	103,9	150,5	158,9	143,8	43,6	43,2
16. 6. 1933 ²⁾	696,5	93,4	162,2	182,3	161,1	48,8	48,6
17. 5. 1939 ²⁾	770,1	93,0	183,0	215,4	184,0	49,7	45,0
22. 5. 1949 ²⁾	442,5	51,0	104,6	126,6	106,3	29,4	24,6
31. 5. 1960	910,7	56,7	156,8	289,0	265,6	87,1	55,5
Hafer							
12. 6. 1907 ²⁾	1 693,1	228,0	347,5	429,7	463,5	124,0	100,4
16. 6. 1925 ²⁾	1 358,1	195,7	306,6	362,3	339,1	86,9	67,5
16. 6. 1933 ²⁾	1 281,7	161,6	290,7	357,7	337,5	83,6	50,7
17. 5. 1939 ²⁾	1 354,5	155,9	297,8	389,5	365,1	89,5	56,8
22. 5. 1949 ²⁾	1 041,2	119,9	238,3	317,1	270,8	60,7	34,3
31. 5. 1960	713,1	71,8	156,6	238,9	180,2	41,7	23,9

Fußnoten siehe S. 158.

2. Land- und forstwirtschaftliche Betriebe
c) Fläche der Betriebe mit 2 und mehr ha landwirtschaftlicher Nutzfläche
nach Größenklassen, Nutzungs- und Fruchtarten
1 000 ha

Stichtag	Insgesamt	Landwirtschaftliche Nutzfläche von ... bis unter ... ha					
		2 - 5	5 - 10	10 - 20	20 - 50	50 - 100	100 und mehr
Bundesgebiet							
Kartoffeln							
12. 6. 1907 ²⁾	837,4	237,2	223,4	189,8	130,4	30,9	25,6
16. 6. 1925 ³⁾	802,4	225,5	217,0	181,6	124,3	28,1	25,9
16. 6. 1933 ²⁾	857,9	206,7	237,1	209,1	145,3	34,2	25,5
17. 5. 1939 ²⁾	902,5	189,5	241,4	235,3	167,6	38,3	30,3
22. 5. 1949 ²⁾	980,2	151,1	230,2	271,4	227,6	57,9	42,0
31. 5. 1960	882,4	111,5	197,1	287,1	210,2	51,3	25,3
Zuckerrüben							
12. 6. 1907 ²⁾	128,0	10,6	16,6	21,9	28,5	18,3	32,2
16. 6. 1925 ³⁾	98,0	7,8	13,2	17,2	22,9	14,6	22,2
17. 5. 1939 ²⁾	149,2	6,0	18,7	32,3	38,4	24,9	29,0
22. 5. 1949 ²⁾	171,1	5,8	20,2	40,2	49,7	27,8	27,6
31. 5. 1960	286,0	5,2	28,5	81,2	92,8	45,7	32,7
Futterpflanzen							
12. 6. 1907 ²⁾	985,2	181,0	240,5	252,6	208,2	53,5	49,3
16. 6. 1925 ³⁾	829,5	143,3	206,1	221,0	178,2	42,5	38,5
17. 5. 1939 ²⁾	1 081,1	152,8	264,0	299,8	256,1	63,0	45,3
22. 5. 1949 ²⁾	1 314,8	205,4	338,5	373,5	289,9	66,8	40,7
31. 5. 1960	902,8	98,6	204,9	304,0	223,4	47,1	24,8
Brache							
12. 6. 1907 ²⁾	340,4	22,2	57,4	96,1	116,3	27,2	21,2
16. 6. 1925 ³⁾	223,9	18,7	42,3	63,5	68,2	15,9	15,5
17. 5. 1939 ²⁾	36,7	2,7	5,6	9,1	11,1	3,8	4,4
22. 5. 1949 ²⁾	43,4	4,9	9,4	12,5	11,3	3,5	1,8
31. 5. 1960	25,2	7,9	4,6	4,8	4,7	2,1	1,1

¹⁾ Gebietstand: 31. 12. 1937. — ²⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — ³⁾ Einschl. Spelz.

d) Viehhaltung der Betriebe mit 2 und mehr ha landwirtschaftlicher Nutzfläche nach Größenklassen
1 000

Stichtag	Insgesamt	Landwirtschaftliche Nutzfläche von ... bis unter ... ha					
		2 - 5	5 - 10	10 - 20	20 - 50	50 - 100	100 und mehr
Reichsgebiet							
Betriebe mit Pferden							
5. 6. 1882	990,9	160,0	252,8	285,5	226,9	41,0	24,8
14. 6. 1895	1 061,7	173,4	286,3	308,9	227,5	41,2	24,5
12. 6. 1907	1 159,1	194,2	344,4	344,1	217,5	35,7	23,0
16. 6. 1925	1 092,5	202,9	354,7	320,3	171,0	25,3	18,3
17. 5. 1939 ¹⁾	1 137,8	134,1	343,0	407,4	206,6	29,8	16,9
Pferde							
5. 6. 1882	3 057,5	203,5	401,5	663,6	902,7	299,0	587,3
14. 6. 1895	3 278,4	226,0	441,3	706,1	926,7	327,5	650,7
12. 6. 1907	3 419,7	241,6	528,1	795,4	902,3	299,9	652,4
16. 6. 1925	3 482,9	265,6	621,5	853,5	860,1	265,8	616,5
16. 6. 1933	3 179,1	188,9	489,0	789,4	879,7	329,0	503,0
17. 5. 1939 ¹⁾	3 400,5	165,8	547,2	1 013,1	941,1	270,7	462,6
Betriebe mit Rindvieh							
5. 6. 1882	2 136,0	919,6	542,8	368,9	238,5	41,3	24,8
14. 6. 1895	2 216,7	939,1	588,9	386,4	236,5	41,3	24,5
12. 6. 1907	2 259,4	934,2	636,7	406,8	223,0	35,7	23,0
16. 6. 1925	2 011,7	849,9	588,2	357,2	172,8	25,2	18,3
17. 5. 1939 ¹⁾	2 041,7	721,3	613,6	451,2	208,8	29,8	17,0
Rinder							
5. 6. 1882	13 839,6	2 609,6	2 603,6	2 913,1	3 219,3	956,3	1 537,7
14. 6. 1895	15 638,4	2 802,9	2 974,5	3 252,7	3 537,2	1 113,8	1 957,3
12. 6. 1907	18 660,6	3 154,3	3 748,9	4 124,2	4 086,2	1 219,7	2 327,3
16. 6. 1925	16 238,3	2 848,8	3 539,5	3 772,4	3 403,1	930,1	1 744,4
16. 6. 1933	18 541,7	2 389,9	3 512,1	4 317,6	4 733,5	1 595,4	1 993,2
17. 5. 1939 ¹⁾	19 256,9	2 544,2	4 078,1	5 138,7	4 544,1	1 221,3	1 730,5
darunter Milchkühe							
12. 6. 1907	9 313,4	2 030,8	2 043,0	1 946,1	1 758,5	527,1	1 008,0
16. 6. 1925	8 051,9	1 865,8	1 898,0	1 736,7	1 412,2	390,3	748,8
16. 6. 1933	9 374,9	1 628,3	2 039,8	2 162,6	2 049,9	653,7	840,5
17. 5. 1939 ¹⁾	9 447,5	1 665,1	2 207,1	2 430,6	1 902,8	510,7	731,2

Fußnoten siehe S. 158.

2. Land- und forstwirtschaftliche Betriebe

d) Viehhaltung der Betriebe mit 2 und mehr ha landwirtschaftlicher Nutzfläche nach Größenklassen

1 000

Stichtag	Insgesamt	Landwirtschaftliche Nutzfläche von ... bis unter ... ha					
		2 - 5	5 - 10	10 - 20	20 - 50	50 - 100	100 und mehr
Reichsgebiet							
Betriebe mit Schweinen							
5. 6. 1882	1 696,4	656,9	436,8	321,2	220,1	39,0	22,5
14. 6. 1895	1 975,5	799,8	527,7	359,7	226,1	39,9	22,2
12. 6. 1907	2 067,3	828,2	585,7	386,3	212,4	34,1	20,6
16. 6. 1925	1 786,3	702,9	534,2	339,7	168,0	24,5	17,0
17. 5. 1939 ¹⁾	1 920,5	646,6	584,8	440,1	204,9	28,9	15,2
Schweine							
5. 6. 1882	6 347,6	1 487,9	1 307,5	1 339,4	1 383,8	348,8	480,3
14. 6. 1895	10 096,7	2 338,6	2 106,5	2 104,5	2 103,5	555,1	888,6
12. 6. 1907	14 482,6	3 107,0	3 158,6	3 175,6	2 910,9	744,3	1 386,3
16. 6. 1925	10 093,4	2 027,0	2 303,1	2 357,3	2 043,7	491,8	870,5
16. 6. 1933	16 687,8	2 424,4	3 390,0	4 073,9	3 939,5	1 255,0	1 605,0
17. 5. 1939 ¹⁾	17 213,7	2 421,6	3 768,4	4 855,3	3 824,0	881,5	1 462,9
darunter Zuchtsauen							
16. 6. 1925	893,4	106,0	176,6	221,2	213,3	54,5	121,7
17. 5. 1939	1 923,7	167,9	374,2	572,5	503,9	120,2	185,0
Betriebe mit Schafen							
5. 6. 1882	554,8	125,5	122,3	130,0	128,9	28,1	20,1
14. 6. 1895	402,3	80,1	88,0	96,7	99,7	22,8	15,1
12. 6. 1907	293,4	55,2	65,6	74,8	71,1	14,8	11,9
16. 6. 1925	363,9	76,4	97,9	98,9	67,3	12,2	11,3
17. 5. 1939 ¹⁾	207,2	35,9	49,6	60,9	44,4	8,9	7,5
Schafe							
5. 6. 1882	20 365,1	728,4	956,2	1 734,4	3 703,7	1 790,9	11 451,5
14. 6. 1895	12 025,2	489,3	682,6	1 188,7	2 395,7	1 103,2	6 165,7
12. 6. 1907	8 505,9	359,9	537,6	911,0	1 628,3	698,0	4 371,1
16. 6. 1925	5 602,2	308,0	474,9	683,2	910,6	405,0	2 820,5
16. 6. 1933	3 814,7	154,5	218,9	341,0	523,1	344,2	2 233,0
17. 5. 1939 ¹⁾	5 135,3	302,5	428,1	610,9	814,8	431,2	2 547,8
Bundesgebiet							
Betriebe mit Pferden							
5. 6. 1882 ²⁾	462,4	76,5	124,1	140,1	102,6	15,5	3,5
14. 6. 1895 ²⁾	481,3	80,2	131,1	148,0	103,0	15,4	3,6
12. 6. 1907 ²⁾	515,0	87,8	153,3	160,9	97,1	12,6	3,2
16. 6. 1925 ²⁾	585,3	117,8	190,0	174,1	89,9	10,7	2,9
17. 5. 1939 ²⁾	598,3	75,9	187,5	209,7	109,8	12,6	2,9
22. 5. 1949 ²⁾	589,8	74,6	181,3	211,2	107,9	12,0	2,7
31. 5. 1960	465,8	46,6	123,5	188,7	94,1	10,7	2,3
Pferde							
5. 6. 1882 ²⁾	1 152,2	97,8	194,5	319,0	392,3	101,4	47,2
14. 6. 1895 ²⁾	1 202,4	106,1	201,6	331,5	397,6	111,7	53,9
12. 6. 1907 ²⁾	1 237,6	110,3	233,6	360,1	383,2	97,9	52,6
16. 6. 1925 ²⁾	1 551,8	154,7	330,8	458,2	436,5	106,4	65,1
16. 6. 1933 ²⁾	1 435,9	127,6	308,5	437,8	411,7	98,3	51,9
17. 5. 1939 ²⁾	1 539,1	93,5	291,5	511,5	483,8	106,2	52,7
22. 5. 1949 ²⁾	1 581,0	96,4	306,3	546,6	484,8	100,0	46,8
31. 5. 1960	741,2	52,7	159,9	292,0	188,8	33,4	14,5

Fußnoten siehe S. 158.

2. Land- und forstwirtschaftliche Betriebe

d) Viehhaltung der Betriebe mit 2 und mehr ha landwirtschaftlicher Nutzfläche nach Größenklassen

1 000

Stichtag	Insgesamt	Landwirtschaftliche Nutzfläche von ... bis unter ... ha					100 und mehr
		2 — 5	5 — 10	10 — 20	20 — 50	50 — 100	
Bundesgebiet							
Betriebe mit Rindvieh							
5. 6. 1882 ²⁾	1 244,3	580,1	328,3	204,0	112,6	15,8	3,5
14. 6. 1895 ²⁾	1 282,3	592,5	348,4	210,7	111,5	15,6	3,6
12. 6. 1907 ²⁾	1 288,9	590,0	367,0	213,5	102,6	12,7	3,2
16. 6. 1925 ²⁾	1 298,0	610,4	374,8	207,4	91,8	10,7	2,9
17. 5. 1939 ²⁾	1 305,6	525,7	403,0	249,1	111,9	12,9	3,1
22. 5. 1949 ²⁾	1 293,7	519,5	395,7	252,5	110,9	12,2	2,8
31. 5. 1960	1 099,6	344,5	334,9	283,6	120,7	13,3	2,6
Rinder							
5. 6. 1882 ²⁾	7 505,7	1 731,1	1 697,6	1 751,5	1 689,2	433,1	203,2
14. 6. 1895 ²⁾	8 396,1	1 896,8	1 943,3	1 957,2	1 858,2	492,3	248,2
12. 6. 1907 ²⁾	9 940,9	2 140,1	2 395,3	2 439,3	2 163,5	525,3	277,4
16. 6. 1925 ²⁾	9 825,3	2 175,1	2 472,5	2 443,3	2 027,9	449,8	256,8
16. 6. 1933 ²⁾	11 197,8	2 108,7	2 755,3	2 887,8	2 565,6	584,1	296,2
17. 5. 1939 ²⁾	11 722,3	1 951,7	2 891,9	3 196,3	2 792,6	596,5	293,3
22. 5. 1949 ²⁾	10 522,0	1 747,9	2 620,6	2 896,5	2 488,8	531,6	236,7
31. 5. 1960	12 823,8	1 342,8	2 738,6	4 217,0	3 519,0	732,9	273,4
darunter Milchkühe							
12. 6. 1907 ²⁾	4 906,0	1 357,7	1 252,0	1 073,5	870,7	214,1	138,0
16. 6. 1925 ²⁾	4 752,0	1 389,7	1 257,1	1 037,9	773,3	174,6	119,4
16. 6. 1933 ²⁾	5 543,9	1 385,9	1 483,9	1 294,5	1 018,3	228,3	132,9
17. 5. 1939 ²⁾	5 597,8	1 257,4	1 505,7	1 395,4	1 077,4	231,7	130,2
22. 5. 1949 ²⁾	5 003,2	1 123,2	1 313,4	1 273,7	986,6	201,0	105,3
31. 5. 1960	5 612,3	806,6	1 369,1	1 808,8	1 272,9	248,4	106,6
Betriebe mit Schweinen							
5. 6. 1882 ²⁾	947,9	396,7	257,6	173,8	101,8	14,8	3,2
14. 6. 1895 ²⁾	1 097,5	481,8	302,0	190,8	104,6	14,9	3,4
12. 6. 1907 ²⁾	1 134,6	499,8	326,2	198,0	95,5	12,1	2,9
16. 6. 1925 ²⁾	1 111,4	484,6	331,8	193,7	88,2	10,4	2,7
17. 5. 1939 ²⁾	1 199,8	457,2	378,6	240,0	108,7	12,5	2,9
22. 5. 1949 ²⁾	1 218,2	465,9	380,5	247,6	109,5	11,9	2,7
31. 5. 1960	1 035,5	309,5	318,7	275,3	117,3	12,5	2,2
Schweine							
5. 6. 1882 ²⁾	3 141,0	870,0	753,4	718,6	614,6	118,1	66,2
14. 6. 1895 ²⁾	4 979,8	1 386,6	1 176,8	1 112,1	968,6	206,7	128,9
12. 6. 1907 ²⁾	7 155,1	1 890,1	1 747,4	1 640,4	1 381,0	300,4	195,8
16. 6. 1925 ²⁾	5 681,5	1 397,2	1 405,6	1 352,2	1 138,6	239,3	148,5
16. 6. 1933 ²⁾	8 962,5	1 855,2	2 267,4	2 281,1	1 948,5	401,7	208,5
17. 5. 1939 ²⁾	9 049,8	1 650,9	2 289,4	2 480,2	2 032,3	390,0	207,1
22. 5. 1949 ²⁾	5 827,1	1 042,7	1 481,4	1 626,3	1 282,3	256,3	138,0
31. 5. 1960	12 675,2	1 290,1	2 649,0	4 302,8	3 458,4	689,2	285,7
darunter Zuchtsauen							
16. 6. 1925 ²⁾	500,0	76,9	114,5	136,0	123,2	26,6	22,8
17. 5. 1939 ²⁾	1 048,5	117,2	238,1	316,9	290,0	55,2	31,1
22. 5. 1949 ²⁾	891,6	93,1	216,5	275,7	232,3	46,9	27,0
31. 5. 1960	1 402,0	91,1	270,8	504,8	424,0	78,4	32,8

VIII. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

2. Land- und forstwirtschaftliche Betriebe

d) Viehhaltung der Betriebe mit 2 und mehr ha landwirtschaftlicher Nutzfläche nach Größenklassen

1 000

Stichtag	Insgesamt	Landwirtschaftliche Nutzfläche von ... bis unter ... ha					
		2 — 5	5 — 10	10 — 20	20 — 50	50 — 100	100 und mehr
Bundesgebiet							
Betriebe mit Schafen							
5. 6. 1882 ²⁾	314,2	84,7	81,4	75,5	59,6	10,5	2,6
14. 6. 1895 ²⁾	225,7	55,2	58,1	56,0	45,6	8,7	2,0
12. 6. 1907 ²⁾	157,7	38,3	41,8	40,1	30,7	5,4	1,4
16. 6. 1925 ²⁾	185,3	53,1	54,6	45,0	27,1	4,0	1,4
17. 5. 1939 ²⁾	115,8	26,2	32,8	30,8	20,8	3,6	1,6
22. 5. 1949 ²⁾	451,7	124,7	138,2	117,6	62,4	7,2	1,6
31. 5. 1960	36,7	7,6	8,5	11,0	7,5	1,4	0,7
Schafe							
5. 6. 1882 ²⁾	5 783,1	572,8	733,1	1 148,4	1 905,5	687,1	736,4
14. 6. 1895 ²⁾	3 948,8	386,5	535,0	823,7	1 284,6	462,5	456,5
12. 6. 1907 ²⁾	2 868,2	280,7	415,9	614,2	879,5	324,1	353,8
16. 6. 1925 ²⁾	1 998,9	247,8	336,3	406,6	503,3	213,1	291,9
16. 6. 1933 ²⁾	1 424,7	142,2	201,2	269,6	353,7	195,1	262,9
17. 5. 1939 ²⁾	2 242,7	256,8	355,2	435,8	556,7	273,0	365,2
22. 5. 1949 ²⁾	2 364,8	359,3	478,8	537,9	526,1	201,3	261,5
31. 5. 1960	1 004,8	123,4	160,3	187,5	203,7	121,8	208,0

1) Gebietsstand: 31. 12. 1937. — 2) Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin).

3. Betriebe mit Waldfläche nach Größenklassen der Waldfläche*)

Stichtag	Insgesamt	Waldfläche von ... bis unter ... ha					1 000 und mehr
		unter 5	5 — 20	20 — 100	100 — 500	500 — 1 000	
Reichsgebiet							
Betriebe in 1 000							
14. 6. 1895	953,9		909,1	30,6	9,9	1,8	2,4
12. 6. 1907	1 023,2		975,6	33,3	10,2	1,6	2,4
16. 6. 1925	835,7	656,8	137,5	28,8	9,0	1,5	2,1
16. 6. 1933	939,3	753,4	143,8	29,5	9,0	1,5	2,0
17. 5. 1939 ¹⁾	980,5	787,7	148,3	31,7	9,3	1,5	2,1
Waldfläche in 1 000 ha							
14. 6. 1895	13 725,9		2 310,3	1 260,1	2 161,0	1 261,6	6 733,0
12. 6. 1907	13 875,6		2 453,6	1 346,5	2 235,2	1 147,1	6 693,2
16. 6. 1925	12 025,1	906,2	1 243,6	1 122,9	1 974,2	1 051,7	5 726,5
16. 6. 1933	12 432,1	981,6	1 287,9	1 147,6	1 962,2	1 037,5	6 015,2
17. 5. 1939 ¹⁾	12 653,7	1 034,5	1 344,6	1 235,8	1 996,9	1 010,9	6 031,1
Bundesgebiet							
Betriebe in 1 000 ha							
14. 6. 1895 ²⁾	631,9		608,3	16,9	4,9	0,8	1,1
12. 6. 1907 ²⁾	681,4		654,7	19,3	5,6	0,8	1,1
16. 6. 1925 ²⁾	591,0	479,5	86,7	17,5	5,5	0,8	1,1
16. 6. 1933 ²⁾	662,0	546,7	90,0	17,7	5,6	0,8	1,1
17. 5. 1939 ²⁾	675,4	557,1	91,5	19,0	5,8	0,8	1,1
22. 5. 1949 ²⁾	701,2	584,5	89,4	19,3	6,1	0,8	1,1
31. 5. 1960	677,1	558,3	90,6	20,0	6,3	0,8	1,1
Waldfläche in 1 000 ha							
14. 6. 1895 ²⁾	6 581,1		1 458,2	689,0	1 045,2	545,9	2 842,8
12. 6. 1907 ²⁾	6 763,1		1 577,5	786,9	1 213,4	554,1	2 631,2
16. 6. 1925 ²⁾	6 407,5	633,0	782,1	685,3	1 189,2	572,9	2 545,0
16. 6. 1933 ²⁾	6 690,0	679,4	802,2	700,0	1 199,9	561,5	2 746,9
17. 5. 1939 ²⁾	6 835,8	702,0	827,0	749,6	1 230,4	555,3	2 771,6
22. 5. 1949 ²⁾	6 854,2	719,6	809,9	774,5	1 295,9	573,5	2 680,8
31. 5. 1960	7 021,5	714,7	822,3	798,6	1 333,0	573,5	2 779,3

*) 1895 bis 1925 alle land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit Waldfläche; ab 1933 land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit 0,5 und mehr ha Betriebsfläche.

1) Gebietsstand: 31. 12. 1937. — 2) Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin).

4. Wirtschaftsfläche nach Hauptnutzungs- und Kulturarten

1 000 ha

Jahr	Wirtschaftsfläche insgesamt	Von der Wirtschaftsfläche waren					
		Landwirtschaftlich genutzte Fläche ²⁾			Forsten und Holzungen	Unkultivierte Moorflächen, Öd- und Unland	Bebauungs- u. Verkehrsflächen, Gewässer, Parks, Sport-, Flug-, Militärübungsplätze u. a.
		insgesamt	darunter				
		Ackerland	Dauergrünland				
Reichsgebiet							
1883	54 025,1	35 640,4	25 761,4	9 328,5	13 908,4	4 476,3	
1893	54 048,6	35 164,6	25 770,6	8 788,8	13 956,8	4 927,2	
1900	54 064,8	35 055,4	25 774,5	8 662,9	13 995,9	5 013,5	
1913	54 109,8	34 813,7	25 522,6	8 584,0	14 223,7	1 979,9	
1920	27 870,6 ⁴⁾	19 860,4	7 928,6	.	.	
1921	27 967,4 ⁴⁾	19 944,8	7 939,7	.	.	
1922	27 935,1 ⁴⁾	19 848,9	8 002,6	.	.	
1923	28 075,1 ⁴⁾	20 052,6	7 939,2	.	.	
1924	28 233,8 ⁴⁾	20 225,5	7 925,7	.	.	
1925	28 501,9 ⁴⁾	20 482,6	7 937,6	.	.	
1926	28 509,4 ⁴⁾	20 477,6	7 950,2	.	.	
1927	46 858,7	29 409,4	20 688,0	8 024,0	12 738,9	1 881,9	
1928	29 390,6	20 618,2	8 071,2	.	.	
1929	29 373,2	20 580,2	8 090,9	.	.	
1930	46 864,2	29 376,6	20 534,8	8 130,8	12 769,1	1 871,9	
1931	46 864,7	29 367,8	20 485,1	8 163,4	12 776,1	1 859,1	
1932	46 870,8	29 369,7	20 474,9	8 159,6	12 765,6	1 852,2	
1933	46 867,3	29 365,3	20 471,5	8 149,5	12 780,1	1 821,9	
1934	46 868,1	29 347,8	20 412,1	8 174,3	12 789,9	1 802,2	
1935	47 016,8	28 752,4	19 404,6	8 568,7	12 947,9	1 907,3	
1936	47 019,1	28 746,8	19 421,8	8 544,2	12 918,0	1 865,0	
1937	47 024,5	28 724,1	19 408,5	8 522,4	12 914,0	1 821,4	
1938 ¹⁾	46 970,4	28 537,1	19 176,5	8 512,7	12 939,6	1 701,8	
1939 ¹⁾	47 078,8	28 535,5	19 125,7	8 532,6	13 028,2	1 588,2	
Bundesgebiet							
1938 ²⁾	24 488,2	14 584,0	8 492,4	5 585,7	6 931,2	1 086,4	
1939 ²⁾	24 526,7	14 503,6	8 446,9	5 561,6	6 994,9	1 052,5	
1949 ²⁾	24 406,1	14 030,0	7 861,4	5 595,5	7 000,6	1 187,2	
1950	24 679,7	14 185,1	7 982,8	5 625,1	7 018,4	1 212,5	
1951	24 730,6	14 272,5	8 056,8	5 634,0	7 010,6	1 164,3	
1952	24 735,3	14 352,6	8 170,3	5 608,2	7 005,1	1 120,2	
1953	24 731,5	14 344,2	8 174,5	5 592,0	7 002,7	1 106,7	
1954	24 771,9	14 415,0	8 233,3	5 598,1	7 022,8	1 043,5	
1955	24 736,8	14 403,0	8 167,8	5 650,8	7 046,2	982,1	
1956	24 737,8	14 436,5	8 175,3	5 690,0	7 074,9	904,9	
1957	24 742,7	14 406,6	8 148,5	5 686,1	7 087,3	898,8	
1958	24 740,3	14 376,5	8 116,2	5 687,0	7 097,0	893,9	
1959	24 739,9	14 343,8	8 077,2	5 692,1	7 110,5	890,5	
1960	24 733,7	14 266,2	7 932,1	5 705,4	7 106,4	888,7	
1961	24 729,3	14 221,0	7 930,1	5 705,1	7 113,9	873,3	
1962	24 732,6	14 191,3	7 885,7	5 717,7	7 126,5	866,7	
1963	24 731,2	14 163,6	7 859,6	5 718,7	7 139,6	855,7	
1964	24 735,9	14 133,3	7 832,5	5 710,2	7 153,9	845,1	
1965	24 751,9	14 070,6	7 653,1	5 805,4	7 181,7	814,3	
1966	24 744,7	14 029,5	7 609,0	5 802,0	7 183,5	812,5	
1967	24 746,3	13 996,1	7 577,4	5 797,3	7 184,7	814,5	
1968	24 753,6	13 870,7	7 578,0	5 678,0	7 183,9	873,0	
1969	24 749,5	13 848,4	7 570,6	5 661,0	7 179,7	868,9	
1970	24 776,6	13 578,2	7 539,3	5 500,1	7 169,5	842,3	
1971	24 776,4	13 503,7	7 548,0	5 417,3	7 183,2	848,0	

¹⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ²⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — ³⁾ Bis 1969 Landwirtschaftliche Nutzfläche; d. h. einschl. der nicht mehr genutzten landwirtschaftlichen Flächen (Sozialbrache). — ⁴⁾ Ohne Obstanlagen und Erwerbsgartenbau (nicht erhoben).

5. Anbauflächen wichtiger Fruchtarten

1 000 ha

Jahr	Ackerland insgesamt	Darunter						
		Roggen	Weizen ²⁾	Gerste	Hafer	Kartoffeln	Zucker- rüben ⁴⁾	Futter- pflanzen
Reichsgebiet								
1883	25 761,4	5 817,1	1 926,9	1 754,3	3 773,8	2 907,4	337,4	2 909,6
1893	25 770,6	6 016,9	2 044,9	1 627,1	3 905,8	3 037,4	395,3	2 857,1
1900	25 774,5	5 981,6	2 051,2	1 706,5	4 104,9	3 241,8	476,6	2 966,9
1913	25 522,6	6 521,0	2 009,9	1 710,7	4 445,4	3 474,7	583,4	2 945,9
1920	19 860,4	4 284,9	1 375,7	1 317,3	3 213,3	2 423,8	326,7	
1921	19 944,8	4 263,6	1 441,0	1 260,0	3 162,8	2 647,8	389,5	
1922	19 848,9	4 142,3	1 373,9	1 255,6	3 201,6	2 721,3	417,1	
1923	20 052,6	4 367,3	1 478,6	1 300,6	3 344,2	2 726,8	392,4	
1924	20 225,5	4 259,4	1 466,3	1 446,1	3 524,6	2 760,5	405,5	
1925	20 482,6	4 708,5	1 552,2	1 434,6	3 452,4	2 808,9	419,5	
1926	20 477,6	4 732,1	1 601,1	1 485,8	3 475,9	2 759,7	420,8	
1927	20 680,8	4 721,5	1 764,3	1 488,5	3 486,0	2 814,1	452,7	2 577,6
1928	20 618,2	4 634,2	1 727,9	1 519,1	3 519,0	2 848,8	468,5	2 641,2
1929	20 580,2	4 726,6	1 600,4	1 552,1	3 558,5	2 835,1	467,1	2 598,9
1930	20 534,8	4 711,2	1 781,2	1 518,9	3 439,5	2 804,5	500,2	2 612,0
1931	20 485,1	4 366,1	2 167,2	1 619,1	3 362,9	2 824,1	393,4	2 579,5
1932	20 474,9	4 450,0	2 280,3	1 568,1	3 284,6	2 879,1	276,4	2 572,1
1933	20 471,5	4 524,2	2 317,5	1 585,5	3 182,4	2 888,8	311,3	2 543,2
1934	20 412,1	4 490,9	2 197,7	1 630,9	3 145,7	2 906,7	368,1	2 508,0
1935	19 404,6	4 554,9	2 114,1	1 606,5	2 798,3	2 770,0	388,6	2 356,5
1936	19 421,8	4 513,9	2 084,3	1 635,2	2 778,5	2 792,6	399,9	2 422,1
1937	19 408,5	4 156,0	1 974,6	1 713,7	2 845,0	2 887,8	462,8	2 398,9
1938 ¹⁾	19 176,5	4 263,3	2 038,4	1 673,4	2 697,4	2 893,0	512,4	2 491,1
1939 ¹⁾	19 125,7	4 223,2	2 057,5	1 667,9	2 820,3	2 833,9	514,0	2 436,4
Bundesgebiet								
1938 ²⁾	8 492,4	1 572,2	1 117,9	826,5	1 340,3	1 173,9	158,7	1 149,5
1939 ²⁾	8 446,9	1 545,3	1 100,9	822,3	1 410,1	1 124,5	152,6	1 148,0
1949 ²⁾	7 861,4	1 414,7	922,1	495,5	1 321,5 ³⁾	1 123,8	167,0	1 388,9
1950	7 982,8	1 377,3	1 020,3	616,6	1 172,3	1 154,8	193,1	1 254,0
1951	8 056,8	1 303,0	1 037,1	646,2	1 144,9	1 130,8	222,8	1 306,1
1952	8 170,3	1 367,6	1 203,3	710,1	1 124,8	1 161,4	222,4	1 197,2
1953	8 174,5	1 404,7	1 165,2	791,7	1 067,7	1 178,2	223,8	1 137,6
1954	8 233,3	1 542,1	1 117,0	736,4	955,2	1 205,0	254,0	1 135,1
1955	8 167,8	1 485,8	1 181,4	782,3	981,3	1 142,7	261,9	1 100,4
1956	8 175,3	1 491,0	1 155,3	858,7	967,6	1 148,6	269,1	1 029,3
1957	8 148,5	1 475,5	1 231,5	875,9	916,7	1 132,6	258,9	1 028,3
1958	8 116,2	1 502,8	1 313,9	881,5	837,6	1 073,6	283,9	1 007,5
1959	8 077,2	1 426,1	1 341,7	951,1	811,6	1 054,1	287,2	988,7
1960	7 982,1	1 317,6	1 395,7	979,9	747,6	1 041,7	293,5	954,1
1961	7 930,1	1 183,7	1 397,5	1 119,8	722,7	976,3	260,1	979,6
1962	7 885,7	1 092,4	1 319,4	1 138,0	805,4	963,5	290,1	933,1
1963	7 859,6	1 139,1	1 382,1	1 143,7	770,2	925,3	300,7	937,0
1964	7 832,5	1 146,2	1 446,5	1 153,2	766,4	851,5	327,2	920,0
1965	7 653,1	1 127,9	1 411,8	1 193,1	727,1	783,0	298,8	919,1
1966	7 609,0	1 020,7	1 388,7	1 288,0	777,5	732,1	293,7	947,2
1967	7 577,4	974,7	1 414,3	1 308,3	808,2	706,9	294,3	914,9
1968	7 577,9	962,5	1 464,0	1 330,2	821,2	659,4	290,0	839,7
1969	7 570,6	873,4	1 494,4	1 386,5	859,9	588,9	295,0	844,3
1970	7 539,3	865,0	1 493,4	1 475,3	825,1	596,8	302,9	838,9
1971	7 548,0	864,5	1 544,4	1 505,0	835,7	554,0	314,9	835,3

¹⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ²⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — ³⁾ Angaben für das Reichsgebiet ohne, für das Bundesgebiet einschl. Spelz. — ⁴⁾ Von 1900 bis 1939 im Reichsgebiet einschl. Anbauflächen für Zuckerrüben zur Samengewinnung. — ⁵⁾ Einschl. Sommergetreide.

6. Ernteerträge wichtiger Fruchtarten

Jahr	Roggen		Weizen ¹⁾		Gerste ⁴⁾		Hafer		Kartoffeln		Zuckerrüben		Runkelrüben ⁵⁾	
	Ernte- menge	Ertrag je ha	Ernte- menge	Ertrag je ha	Ernte- menge	Ertrag je ha	Ernte- menge	Ertrag je ha	Ernte- menge	Ertrag je ha	Ernte- menge	Ertrag je ha	Ernte- menge	Ertrag je ha
	1 000 t	dz	1 000 t	dz	1 000 t	dz	1 000 t	dz	1 000 t	dz	1 000 t	dz	1 000 t	dz
Reichsgebiet														
1899	8 675,8	14,8	3 847,4	19,1	2 983,9	18,2	6 882,7	17,2	38 486,2	122,9				
1900	8 550,7	14,4	3 841,2	18,7	3 002,2	18,0	7 091,9	17,2	40 585,3	126,1				
1901	8 162,7	14,0	2 498,9	15,8	3 321,1	17,9	7 050,2	16,0	48 687,3	146,7				
1902	9 494,2	15,4	3 900,4	20,4	3 100,2	18,9	7 467,3	18,0	43 462,4	134,1				
1903	9 904,5	16,5	3 555,1	19,7	3 323,6	19,5	7 873,4	18,4	42 901,5	132,5				
1904	10 060,8	16,5	3 804,8	19,8	2 948,2	18,1	6 936,0	16,6	36 287,2	110,4				
1905	9 606,8	15,6	3 699,9	19,2	2 922,0	17,9	6 546,5	15,7	48 323,4	145,7				
1906	9 625,7	15,8	3 939,6	20,3	3 111,3	18,9	8 431,4	20,0	42 936,7	130,0				
1907	9 757,9	16,1	3 479,3	19,9	3 497,7	20,6	9 149,1	20,9	45 538,3	138,1				
1908	10 736,9	17,5	3 767,8	20,0	3 059,9	18,8	7 694,8	18,0	46 342,7	140,7				
1909	11 348,4	18,5	3 755,7	20,5	3 495,6	21,2	9 125,8	21,2	46 706,3	140,5				
1910	10 511,2	17,0	3 861,5	19,9	2 902,9	18,5	7 900,4	18,4	43 468,4	131,9				
1911	10 866,1	17,7	4 066,3	20,6	3 159,9	19,9	7 704,1	17,8	34 374,2	103,5				
1912	11 598,3	18,5	4 360,6	22,6	3 482,0	21,9	8 520,2	19,4	50 209,5	150,3				
1913	12 222,4	19,1	4 656,0	23,6	3 673,3	22,2	9 714,0	21,9	54 121,1	158,6	13 986,3	299,7		
1914	10 426,7	16,6	3 972,0	19,9	3 138,0	19,8	9 038,2	20,6	45 569,6	134,6	16 918,8	297,5		
1915	9 152,4	14,3	3 855,8	19,2	2 483,8	15,3	5 986,0	13,0	53 973,3	151,1	10 963,3	274,0		
1916	8 936,9	14,9	3 086,1	18,3	2 796,7	18,3	7 025,4	19,4	25 074,4	89,6	10 145,1	246,0		
1917	7 003,1	12,6	2 284,6	18,3	1 864,7	12,8	3 716,5	10,4	34 882,3	137,0	9 967,0	248,1		
1918	8 009,1	13,9	2 458,4	17,1	2 064,6	15,1	4 680,8	14,3	29 469,7	108,0	9 883,8	246,0		
1919	6 100,4	13,9	2 169,1	16,7	1 669,9	14,8	4 493,7	15,0	21 479,0	98,5	5 817,8	193,2		
1920	4 971,8	11,5	2 255,1	16,3	1 799,7	15,0	4 870,1	15,0	28 248,8	114,8	7 936,5	243,6		
1921	6 798,1	15,9	2 933,5	20,4	1 938,6	17,1	5 004,4	15,8	26 149,2	98,8	7 978,5	204,9	17 820,2	244,3
1922	5 233,5	12,6	1 957,5	14,2	1 607,3	14,0	4 015,2	12,5	40 660,6	149,4	10 789,5	258,6	24 752,0	315,5
1923	6 681,5	15,3	2 897,1	19,6	2 361,2	18,1	6 107,0	18,3	32 579,9	119,5	8 696,1	226,7	21 992,4	290,7
1924	5 729,9	13,5	2 427,6	16,6	2 399,9	16,6	5 654,0	16,0	36 402,2	131,9	10 266,6	260,3	23 247,8	317,6
1925	8 062,9	17,1	3 217,3	20,7	2 599,1	18,1	5 584,5	16,2	41 718,4	148,5	10 325,9	256,2	24 752,3	344,8
1926	6 405,9	13,5	2 597,2	16,2	2 462,5	16,6	6 324,6	18,2	30 030,7	108,8	10 495,3	260,5	23 072,8	317,9
1927	6 833,6	14,5	3 280,1	18,8	2 737,9	18,5	6 346,7	18,3	37 550,1	134,1	10 854,1	250,0	24 389,3	345,0
1928	8 522,2	18,4	3 853,6	22,3	3 346,9	22,0	6 995,7	19,9	41 269,3	144,9	11 010,7	242,3	22 644,4	316,8
1929	8 155,0	17,3	3 349,2	20,9	3 180,7	20,5	7 382,9	20,7	40 077,2	141,4	11 091,4	243,5	24 208,0	331,4
1930	7 679,2	16,3	3 788,9	21,3	2 860,3	18,8	5 656,4	16,4	47 099,6	167,9	14 918,6	308,9	30 402,2	411,8
1931	6 680,0	15,3	4 233,3	19,5	3 018,2	18,6	6 204,9	18,5	43 866,4	155,3	11 039,0	289,8	29 825,6	381,2
1932	8 363,6	18,8	5 003,1	21,9	3 214,7	20,5	6 650,2	20,2	47 016,4	163,3	7 875,6	290,9	34 486,3	423,3
1933	8 727,2	19,3	5 604,3	24,2	3 468,1	21,9	6 952,5	21,8	44 071,4	152,6	8 578,9	282,2	30 716,9	371,6
1934	7 607,6	16,9	4 527,6	20,6	3 203,9	19,6	5 452,3	17,3	46 780,6	160,9	10 394,3	291,6	33 804,7	400,1
1935	7 478,2	16,5	4 667,2	22,2	3 387,5	21,1	5 385,7	19,3	41 015,6	149,1	10 568,0	283,6	34 711,2	409,9
1936	7 386,4	16,4	4 426,9	21,2	3 399,1	20,8	5 618,4	20,2	46 323,6	165,9	12 095,8	311,2	37 826,0	448,3
1937	6 916,7	16,6	4 466,7	22,6	3 637,8	21,2	5 918,5	20,8	55 309,7	191,5	15 701,3	344,7	40 537,7	475,0
1938 ¹⁾	8 606,2	20,2	5 578,1	27,4	4 248,4	25,4	6 365,8	23,6	50 894,1	175,9	15 545,7	309,8	38 444,0	471,6
1939 ¹⁾	8 342,4	19,8	4 864,8	23,6	3 709,0	22,2	6 095,5	21,6	51 625,6	182,2	16 769,8	333,4	39 677,7	469,7
Bundesgebiet														
1938 ²⁾	3 298,6	21,0	2 905,5	26,0	2 017,5	24,4	3 052,2	22,8	21 285,2	181,3	5 231,1	329,6	22 630,6	465,4
1939 ²⁾	3 146,3	20,4	2 492,4	22,6	1 762,6	21,4	2 906,0	20,6	20 383,5	181,3	5 187,4	339,9	22 144,1	445,1
1949 ³⁾	3 310,0	23,4	2 471,0	26,8	1 213,2	24,5	3 033,4	23,0	20 874,8	185,8	4 735,1	283,5	19 135,9	321,2
1950	3 047,0	22,1	2 626,6	25,7	1 478,3	24,0	2 567,8	21,9	28 194,1	244,1	6 981,3	361,6	26 647,6	463,9
1951	3 060,6	23,5	2 965,5	28,6	1 694,5	26,2	2 863,7	25,0	24 330,3	215,2	7 293,1	327,3	23 764,5	419,2
1952	3 143,0	23,0	3 312,9	27,5	1 763,1	24,8	2 639,4	23,5	24 069,7	207,2	6 847,6	307,9	18 629,2	360,9
1953	3 299,5	23,5	3 197,3	27,4	2 077,7	26,2	2 578,5	24,1	24 786,7	210,4	8 424,9	376,4	23 573,4	464,6
1954	4 124,8	26,7	2 914,4	26,1	1 926,1	26,2	2 497,9	26,2	27 066,7	224,6	9 015,1	354,9	23 060,8	456,2
1955	3 519,5	23,7	3 401,5	28,8	2 085,9	26,7	2 504,5	25,5	23 094,1	202,1	8 937,8	341,2	24 318,5	495,7
1956	3 750,5	25,2	3 490,6	30,2	2 326,4	27,1	2 485,7	25,7	27 013,7	235,2	8 348,3	310,2	20 958,2	437,3
1957	3 840,3	26,0	3 869,7	31,4	2 513,6	28,7	2 250,3	24,5	26 501,5	234,0	9 691,8	374,3	22 427,6	485,2
1958	3 751,4	25,0	3 720,7	28,3	2 423,3	27,5	2 172,0	25,9	22 868,4	213,0	11 236,8	395,8	24 084,9	531,1
1959	3 887,2	27,3	4 522,5	33,7	2 843,1	29,9	2 038,9	25,1	22 720,0	215,5	8 169,4	284,5	15 037,5	338,7
1960	3 797,9	28,8	4 964,9	35,6	3 221,2	32,9	2 178,6	29,1	24 558,9	235,8	12 324,8	419,9	25 294,0	566,6
1961	2 514,6	21,2	4 038,5	28,9	2 722,5	24,3	1 912,9	26,5	21 515,6	220,4	9 253,4	355,8	21 888,3	492,5
1962	2 965,6	27,1	4 591,5	34,8	3 744,3	32,9	2 332,9	29,0	25 103,6	260,6	9 524,9	328,3	19 341,8	440,6
1963	3 238,8	28,4	4 856,0	35,1	3 561,6	31,1	2 321,0	30,1	25 812,4	279,0	12 493,1	415,5	22 435,9	548,7
1964	3 608,8	31,5	5 202,6	36,0	3 915,4	34,0	2 307,9	30,1	20 624,0	242,2	12 862,6	393,1	18 597,2	484,4
1965	2 825,0	25,0	4 347,7	30,8	3 364,5	28,2	2 052,0	28,2	18 094,6	231,1	10 938,8	366,1	16 770,2	465,0
1966	2 696,1	26,4	4 533,2	32,6	3 869,3	30,0	2 340,4	30,1	18 839,4	257,3	12 467,9	424,5	19 429,0	566,1
1967	3 162,5	32,4	5 819,0	41,1	4 734,1	36,2	2 718,4	33,6	21 293,5	301,2	13 696,6	465,4	21 305,5	633,2
1968	3 189,4	33,1	6 198,4	42,3	4 973,9	37,4	2 893,2	35,2	19 195,7	291,1	13 633,0	470,0	35 742,3	1 061,6
1969	2 889,0	33,1	5 999,9	40,2	5 130,4	37,0	2 976,0	34,6	15 984,6	271,4	12 941,3	438,7	31 354,8	942,6
1970	2 664,8	30,8	5 661,7	37,9	4 754,0	32,2	2 483,8	30,1	16 250,0	272,3	13 328,5	440,1	29 691,3	929,3
1971	3 031,9	35,1	7 141,9	46,2	5 773,6	38,4	3 037,1	36,3	15 176,1	273,9	14 409,5	457,6	26 599,4	871,8

¹⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1

7. Bestand an Obstbäumen

Mill.

Jahr	Apfelbäume	Birnbäume	Pflaumenbäume aller Art	Kirschbäume
Reichsgebiet				
1900	52,3	25,1	69,4	21,5
1913	74,4	30,8	64,5	21,4
1934	76,6	29,2	42,4	22,2
1938 ¹⁾	85,9	32,0	50,2	25,9
Bundesgebiet				
1900	34,8	14,2	32,1	6,7
1913	46,6	17,3	30,9	6,9
1934	52,6	19,0	24,5	8,9
1938	58,5	20,2	29,5	10,4
1951	63,6	18,0	27,2	10,6
1958	67,7	18,9	29,1	13,4
1965 ²⁾	61,2	16,7	25,0	14,4

¹⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ²⁾ Nur ertragfähige u. noch nicht ertragfähige Bäume (ohne abgängige).

8. Rebfläche und Weinmosternte

Bundesgebiet*)

Jahr	Rebfläche	Weinmost		Jahr	Rebfläche	Weinmost	
		Ertrag je ha	Erntemenge			Ertrag je ha	Erntemenge
		ha	hl			1 000 hl	ha
1878	84 590	25,7	2 174	1924	73 684	24,4	1 800
1879	84 855	8,4	715	1925	72 592	25,9	1 882
1880	87 263	4,2	365	1926	72 280	13,6	985
1881	84 216	21,0	1 772	1927	72 081	19,8	1 425
1882	84 225	11,5	972	1928	71 984	28,5	2 048
1883	85 255	20,8	1 777	1929	71 384	28,2	2 012
1884	85 453	24,0	2 053	1930	70 826	39,6	2 804
1885	85 841	26,1	2 242	1931	70 740	40,0	2 828
1886	85 694	11,3	970	1932	71 085	24,1	1 710
1887	85 715	19,5	1 676	1933	71 549	25,0	1 791
1888	86 281	20,7	1 784	1934	72 607	62,2	4 518
1889	86 599	15,9	1 380	1935	71 300	58,4	4 162
1890	86 077	25,3	2 181	1936	72 144	45,8	3 305
1891	85 272	5,2	441	1937	73 373	34,3	2 514
1892	84 280	11,0	929	1938	72 955	33,4	2 438
1893	81 645	28,9	2 363	1939	71 915	41,6	2 989
1894	82 332	25,0	2 062	1940	67 281	15,9	1 069
1895	82 267	19,3	1 584	1941	67 281	36,1	2 432
1896	82 526	42,5	3 508	1942	67 281	14,9	1 001
1897	83 173	22,5	1 873	1943	62 214	22,5	1 591
1898	83 423	10,5	878	1944	62 214	26,3	1 638
1899	83 150	.	.	1947	53 605	21,5	1 150
1900	85 051	.	.	1948	51 188	42,7	2 186
1901	85 375	.	.	1949	51 514	26,5	1 363
1902	85 737	20,4	1 748	1950	49 513	65,6	3 247
1903	86 261	34,2	2 948	1951	52 554	59,3	3 114
1904	86 658	35,7	3 095	1952	53 391	50,9	2 715
1905	87 092	31,2	2 714	1953	54 520	45,1	2 457
1906	87 346	11,0	960	1954	58 976	52,6	3 100
1907	86 047	19,6	1 684	1955	59 996	40,1	2 408
1908	84 728	23,6	2 001	1956	59 729	15,6	930
1909	83 034	19,0	1 579	1957	58 784	38,5	2 265
1910	81 305	8,4	687	1958	59 219	81,1	4 803
1911	79 631	27,1	2 158	1959	60 995	70,5	4 303
1912	79 087	20,8	1 645	1960	64 180	115,8	7 433
1913	77 449	10,6	823	1961	66 265	53,9	3 574
1914	75 204	10,2	766	1962	67 137	58,5	3 928
1915	71 966	31,9	2 294	1963	68 354	88,3	6 034
1916	67 164	13,7	923	1964	68 263	104,7	7 185
1917	67 921	27,0	1 831	1965	68 816	73,2	5 035
1918	68 059	33,0	2 247	1966	69 166	69,5	4 809
1919	68 380	25,4	1 739	1967	69 460	87,4	6 069
1920	71 718	34,0	2 437	1968	70 214	86,1	6 048
1921	72 927	24,0	1 751	1969	71 336	83,4	5 947
1922	73 815	46,1	3 401	1970	73 700	134,2	9 889
1923	74 165	10,7	790	1971	75 514	79,8	6 027

*) Bis einschl. 1947 Bundesgebiet ohne Saarland.

9. Düngemittellieferungen für den Verbrauch in der Landwirtschaft

Jahr ¹⁾	Gesamtlieferungen				je ha landwirtschaftlich genutzter Fläche			
	Stickstoff (N)	Phosphat (P ₂ O ₅)	Kali (K ₂ O)	Kalk ²⁾ (CaO)	Stickstoff (N)	Phosphat (P ₂ O ₅)	Kali (K ₂ O)	Kalk ²⁾ (CaO)
	1 000 t Reinnährstoff				kg Reinnährstoff			
Reichsgebiet								
1921	256,3	279,1	720,8	1 436,6	9,2	10,0	25,8	51,4
1922	348,7	336,9	885,9	1 257,7	12,5	12,1	31,7	45,0
1923	204,6	129,4	473,1	726,1	7,3	4,6	16,8	25,9
1924	279,3	323,1	446,2	895,0	9,9	11,4	15,8	31,7
1925	294,5	415,8	698,8	1 306,5	10,3	14,6	24,5	45,8
1926	342,6	416,5	618,8	1 200,1	12,0	14,6	21,7	42,1
1927	406,6	472,8	684,1	1 432,9	13,8	16,1	23,3	48,7
1927/28	390,8	511,9	705,0	1 535,8	13,3	17,4	24,0	52,2
1928/29	432,4	533,0	764,3	1 584,5	14,7	18,1	26,0	53,9
1929/30	414,6	550,0	780,3	1 724,5	14,1	18,7	26,6	58,7
1930/31	355,4	474,1	688,4	1 174,4	12,1	16,1	23,4	40,0
1931/32	325,3	395,1	540,7	990,9 ³⁾	11,1	13,5	18,4	30,9 ⁴⁾
1932/33	352,9	398,8	615,7	1 050,9 ³⁾	12,0	13,6	21,0	35,9 ⁴⁾
1933/34	381,8	461,6	713,5	1 200,9 ³⁾	13,0	15,7	24,3	41,9 ⁴⁾
1934/35	425,2	561,1	816,6	1 446,4	14,5	19,1	27,8	49,3
1935/36	491,1	652,3	943,5	1 713,4	17,1	22,7	32,8	59,6
1936/37	..	631,0	956,9	1 673,8	..	22,0	33,3	58,2
1937/38 ²⁾	..	690,5	1 153,1	2 052,8	..	24,0	40,1	71,5
1938/39 ²⁾	..	753,6	1 254,4	1 966,9	..	26,4	44,0	68,9
Bundesgebiet								
1938/39 ²⁾	344,9	413,3	632,9	823,2	23,6	28,3	43,4	56,4
1946/47 ³⁾	184,7	129,4	294,8	696,8 ⁷⁾	13,1	9,2	20,9	57,7 ⁷⁾
1947/48 ³⁾	260,7	214,8	404,5	810,6 ⁷⁾	18,4	15,1	28,5	66,7 ⁷⁾
1948/49 ³⁾	330,4	404,3	569,0	1 038,5	23,3	28,5	40,1	73,2
1949/50 ³⁾	327,6	342,1	589,5	644,6	23,1	24,2	41,6	45,5
1950/51 ³⁾	361,6	417,7	569,0	671,6	25,6	29,6	46,7	47,5
1951/52 ³⁾	386,4	471,9	723,9	832,7	27,4	33,4	51,2	59,0
1952/53 ³⁾	419,0	393,8	770,8	740,6	29,5	27,7	54,3	52,1
1953/54 ³⁾	442,5	457,9	833,6	854,8	30,9	32,0	58,2	60,2
1954/55 ³⁾	455,4	520,2	862,9	652,6	31,6	36,1	59,9	45,8
1955/56 ³⁾	474,5	481,2	850,5	740,7	33,0	33,4	59,1	52,0
1956/57 ³⁾	530,2	574,6	882,2	770,8	36,8	39,8	61,2	54,0
1957/58	569,9	596,5	990,5	711,6	39,6	41,4	68,8	49,9
1958/59	578,4	637,1	1 008,9	731,0	40,2	44,3	70,2	51,3
1959/60	624,9	729,8	1 047,2	707,8	43,6	50,9	73,0	49,3
1960/61	618,6	662,4	1 006,5	535,0	43,4	46,4	70,6	37,5
1961/62	621,5	633,9	1 036,5	544,3	43,7	44,6	72,9	38,3
1962/63	773,8	718,8	1 099,8	484,4	54,7	50,8	77,7	34,2
1963/64	746,5	764,0	1 125,3	490,7	52,9	54,1	79,7	34,7
1964/65	784,6	815,6	1 184,0	554,0	55,7	57,9	84,0	39,3
1965/66	873,8	833,2	1 190,3	548,2	63,0	60,1	85,8	39,5
1966/67	888,6	800,9	1 076,8	588,3	64,3	57,9	77,9	42,6
1967/68	950,2	806,3	1 119,3	572,1	68,9	58,5	81,2	41,5
1968/69	932,7	801,7	1 045,9	574,1	68,4	58,8	76,7	42,1
1969/70	1 084,6	856,6	1 120,1	646,1	79,7	62,9	82,3	47,5
1970/71	1 130,8	913,1	1 184,6	672,1	83,3	67,2	87,2	49,5

¹⁾ Reichsgebiet: 1921 bis 1927 Kalenderjahr; 1927/28 bis 1938/39 Düngejahr (Stickstoff und Kalk 1. Juli bis 30. Juni; Phosphat und Kali 1. Mai bis 30. April; Kali ab 1934/35 16. Mai bis 15. Mai); Bundesgebiet: Wirtschaftsjahr (1. Juli bis 30. Juni). — ²⁾ Gebietsstand 31. 12. 1937.
³⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — ⁴⁾ Bundesgebiet ohne Berlin. — ⁵⁾ Bis einschl. 1930/31 Gesamtmengen (nicht Reinnährstoff).
⁶⁾ Nur unvollkommen erfaßt. — ⁷⁾ Ohne Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg-Hohenzollern.

10. Viehbestand
1 000

Jahr	Pferde ²⁾	Rindvieh		Schweine	Schafe	Ziegen	Hühner	Bienenstöcke
		insgesamt	darunter Kühe und Färsen					
Reichsgebiet								
1873	3 352	15 777	8 961	7 124	24 999	2 320	..	2 333
1883	3 523	15 787	9 088	9 206	19 190	2 641	..	1 912
1892	3 836	17 556	9 946	12 174	13 590	3 092	..	2 034
1900	4 195	18 940	10 459	16 807	9 693	3 267	55 396	2 605
1904	4 267	19 332	10 456	18 921	7 907	3 330	66 905 ⁴⁾	2 595 ⁴⁾
1913	4 558	20 994	11 321	25 659	5 521	3 548	72 838 ⁵⁾	2 631 ⁵⁾
1925	3 929	17 274	10 002	16 285	4 755	3 867	64 676	1 561
1926	3 885	17 295	10 127	19 512	4 083	3 551	68 336	..
1927	3 822	18 078	10 330	22 987	3 821	3 284	71 875	1 648
1928	3 729	18 481	10 458	20 194	3 637	2 950	76 529	1 633
1929	3 629	18 093	10 393	20 031	3 482	2 678	83 789	1 737
1930	3 533	18 533	10 481	23 553	3 508	2 634	88 663	2 013
1931	3 462	19 190	10 637	23 917	3 504	2 571	84 783	1 883
1932	3 406	19 209	10 871	22 961	3 410	2 561	84 771	1 927
1933	3 408	19 811	11 251	24 014	3 393	2 652	87 923	2 116
1934	3 370	19 266	11 138	23 298	3 487	2 556	86 377	2 018
1935	3 390	18 938	11 073	22 827	3 928	2 501	86 084	2 129
1936	3 410	20 088	11 286	25 892	4 341	2 634	88 423	2 503
1937	3 434	20 504	11 390	23 847	4 692	2 630	85 393	2 468
1938 ¹⁾	3 446	19 934	11 234	23 567	4 823	2 512	88 638	2 569
1939 ¹⁾	3 023	19 948	11 318	25 240	4 852	2 306	89 777	2 814

VIII. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

10. Viehbestand

1 000

Jahr	Pferde ¹⁾	Rindvieh		Schweine	Schafe	Ziegen	Hühner	Bienenvölker
		insgesamt	darunter Kühe und Färsen					
Bundesgebiet								
1938 ²⁾	1 553	12 090	6 647	12 158	2 086	1 330	51 446	1 496
1949 ²⁾	1 629	10 882	6 279	9 698	2 020	1 445	39 956	1 521
1950 ²⁾	1 570	11 149	6 408	11 890	1 643	1 347	48 064	1 576
1951 ²⁾	1 455	11 375	6 476	13 603	1 666	1 302	50 676	1 653
1952 ²⁾	1 360	11 641	6 519	12 979	1 544	1 153	51 344	1 560
1953 ²⁾	1 271	11 641	6 551	12 435	1 352	1 024	55 366	1 605
1954 ²⁾	1 172	11 521	6 453	14 525	1 226	891	55 092	1 480
1955 ²⁾	1 099	11 552	6 328	14 593	1 188	766	52 302	1 301
1956 ²⁾	1 025	11 815	6 336	14 407	1 145	660	53 868	1 227
1957	975	12 014	6 331	15 508	1 136	588	57 002	1 230
1958	914	12 132	6 329	14 747	1 114	499	58 385	1 284
1959	816	12 485	6 376	14 887	1 086	414	60 221	1 337
1960	712	12 872	6 499	15 787	1 037	352	60 243	1 423
1961	636	13 281	6 568	17 218	1 011	292	66 014	1 304
1962	560	13 355	6 577	16 869	981	235	66 213	1 258
1963	493	13 014	6 492	16 643	898	189	72 964	1 190
1964	417	13 053	6 470	18 146	841	150	77 563	1 203
1965	360	13 680	6 567	17 723	797	122	82 296	1 220
1966	312	13 973	6 592	17 682	812	105	89 128	1 122
1967	283	13 981	6 632	19 032	810	89	88 556	1 041
1968	264	14 061	6 632	18 732	830	75	89 104	1 092
1969	254	14 286	6 612	19 323	841	60	96 314	994
1970	253	14 026	6 342	20 969	843	50	98 601	984
1971	265	13 638	6 183	19 985	850	43	99 530	989

¹⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ²⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — ³⁾ Ab 1925 ohne Militärpferde. — ⁴⁾ 1907. — ⁵⁾ 1912.

11. Erzeugung und Verwendung von Kuhmilch

Jahr bzw. Jahresdurchschnitt	Durchschnittlicher		Gesamter- zeugung an Kuhmilch	Verwendung von Kuhmilch			
	Bestand von Milchkühen	Jahres- Milchertrag je Kuh		an Molkereien und Händler geliefert	verfütert	verarbeitet im Haushalt des Kuhhalters	sonst verwendet
Reichsgebiet							
1928/32	9 516	2 379	22 600	38,5	12,4	27,0	22,1
1932	9 730	2 490	24 200	39,3	11,2	28,9	20,7
1933	9 950	2 484	24 700	41,3	12,1	25,5	21,1
1934	10 109	2 419	24 500	46,5	10,2	22,4	20,8
1935	10 059	2 406	24 200	50,4	10,3	19,0	20,3
1936	10 038	2 530	25 400	55,5	10,6	14,6	19,3
1937	10 173	2 501	25 440	58,1	10,8	12,9	18,1
1938 ¹⁾	10 108	2 492	25 190	58,8	10,9	12,3	18,0
1939 ¹⁾	9 881	2 567	25 360	63,3	10,3	10,2	16,3
Bundesgebiet							
1938 ²⁾	6 040,9	2 451	14 803,7
1948 ²⁾	5 176,3	1 653	8 554,9	68,6	11,4	1,4	18,6
1949 ²⁾	5 302,8	2 134	11 316,3	72,3	10,1 ³⁾	1,2 ³⁾	16,4 ³⁾
1950 ²⁾	5 602,1	2 474	13 861,2	71,3	9,7 ³⁾	2,9 ³⁾	16,1 ³⁾
1951 ²⁾	5 740,9	2 643	15 171,0	68,4	10,4 ³⁾	5,1 ³⁾	16,1 ³⁾
1952 ²⁾	5 804,8	2 724	15 812,5	65,6	10,9	6,2	17,3
1953 ²⁾	5 842,8	2 865	16 740,1	66,9	10,4	6,1	16,6
1954 ²⁾	5 831,1	2 925	17 053,9	67,1	11,0	6,3	15,6
1955 ²⁾	5 749,4	2 941	16 907,0	67,0	11,2	6,3	15,5
1956 ²⁾	5 658,6	3 006	17 007,0	67,8	11,2	5,9	15,1
1957	5 688,1	3 058	17 395,1	69,6	10,7	5,2	14,5
1958	5 615,9	3 204	17 993,2	71,8	10,2	4,6	13,4
1959	5 602,5	3 304	18 512,2	73,1	9,9	4,1	12,9
1960	5 672,9	3 396	19 264,3	74,5	9,7	3,8	12,0
1961	5 800,0	3 429	19 886,2	75,3	9,7	3,6	11,4
1962	5 896,6	3 444	20 307,3	76,2	9,5	3,3	11,0
1963	5 921,8	3 498	20 713,9	77,0	9,4	3,0	10,6
1964	5 835,0	3 572	20 840,5	77,9	9,2	2,7	10,2
1965	5 816,0	3 642	21 183,3	79,3	8,7	2,4	9,6
1966	5 853,4	3 649	21 357,3	80,2	8,2	2,2	9,4
1967	5 857,8	3 707	21 716,8	81,4	7,7	2,1	8,8
1968	5 865,5	3 771	22 120,8	82,9	7,1	1,8	8,2
1969	5 878,0	3 779	22 215,8	83,7	6,8	1,5	8,0
1970	5 751,8	3 800	21 856,4	84,1	6,5	1,4	8,0
1971	5 489,4	3 856	21 165,4	84,9	6,2	1,2	7,7

¹⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ²⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — ³⁾ Geschätzt.

VIII. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
12. Schlachtungen und Fleischgewinnung
Bundesgebiet

Jahr	Geschlachtete Tiere ²⁾						Fleischgewinnung ³⁾)
	Rinder (ohne Kälber)		Kälber		Schweine		
	gewerbl. Schlachtungen	Haus- Schlachtungen	gewerbl. Schlachtungen	Haus- Schlachtungen	gewerbl. Schlachtungen	Haus- Schlachtungen	
1 000							1 000 t
1948 ¹⁾	1 165	63	1 283	194	209	2 793	636
1949 ¹⁾	1 473	36	1 808	79	1 928	3 454	1 057
1950 ¹⁾	1 723	50	2 310	45	5 785	3 750	1 561
1951 ¹⁾	1 934	54	2 374	43	8 025	4 381	1 883
1952 ¹⁾	1 977	58	2 325	41	9 357	4 549	2 050
1953 ¹⁾	2 367	66	2 654	44	10 080	4 114	2 133
1954 ¹⁾	2 559	66	2 593	42	10 320	3 995	2 212
1955 ¹⁾	2 505	59	2 394	36	12 653	4 381	2 394
1956 ¹⁾	2 514	57	2 234	36	13 167	4 008	2 396
1957	2 898	63	2 290	38	14 461	4 186	2 616
1958	2 976	59	2 074	36	15 558	4 137	2 698
1959	3 003	69	1 946	40	15 329	3 911	2 671
1960	3 147	76	2 006	44	16 349	3 831	2 791
1961	3 247	87	1 848	45	17 752	3 901	2 931
1962	3 543	111	1 983	53	19 148	3 947	3 160
1963	3 692	127	2 093	59	19 210	3 673	3 216
1964	3 519	112	1 838	53	20 061	3 945	3 284
1965	3 151	109	1 560	47	21 366	3 729	3 232
1966	3 552	134	1 623	50	21 100	3 579	3 319
1967	3 762	137	1 498	50	21 849	3 683	3 468
1968	3 883	122	1 314	42	24 167	3 816	3 710
1969	3 913	127	1 093	39	24 943	3 223	3 734
1970	4 299	146	974	36	25 669	3 230	3 894
1971	4 384	146	976	33	27 403	3 268	4 082

¹⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — ²⁾ Tiere inländischer Herkunft. — ³⁾ Gesamtmenge an Fleisch (ohne Innereien) und an Schlachtfett.

13. Anlandungen der Hochsee- und Küstenfischerei*

Tonnen

Jahr	Anlandungen insgesamt	Davon			Jahr	Anlandungen insgesamt	Davon		
		Große Hochseefischerei	Große Heringsfischerei	Kleine Hochsee- und Küstenfischerei			Große Hochseefischerei	Große Heringsfischerei	Kleine Hochsee- und Küstenfischerei
Reichsgebiet				Reichsgebiet					
1900		27 100	12 088		1936	615 469	421 371	76 598	117 500
1901		27 900	16 763		1937	697 514	488 405	97 109	112 000
1902		35 600	20 706		1938	735 264	561 029	69 126	105 109
1903		41 800	24 269		1939	547 634	412 477	17 746	117 411
1904		39 998	26 165		1940	137 000	56 000	—	81 000
1905		44 896	24 985		1941	163 500	63 000	—	100 500
1906		56 499	33 540		1942	142 800	60 000	—	82 800
1907	133 600	61 212	37 861	34 527	1943	150 600	62 000	—	88 600
1908	137 000	64 106	36 460	36 434	1944	124 000	52 961	—	71 039
1909	138 200	69 597	44 234	24 369					
1910	166 200	67 761	50 177	48 262					
Reichsgebiet				Bundesgebiet					
1911	159 000	72 271	41 699	45 030	1946	266 543	178 001	30 042	58 500
1912	167 300	83 932	29 966	53 402	1947	282 000	206 569	32 355	43 076
1913	181 400	86 860	44 392	50 148	1948	381 401	250 513	40 060	90 828
1914	94 200	50 774	10 978	32 448	1949	474 256	346 598	40 172	87 486
1915	43 700	15 791	—	27 909	1950	525 476	370 973	47 609	106 894
1916	40 100	2 406	—	37 694	1951	654 037	487 464	61 810	104 763
1917	37 300	6 730	—	30 570	1952	638 113	470 786	56 330	110 997
1918	50 200	14 997	—	35 203	1953	708 128	508 033	60 229	139 866
1919	106 900	67 309	2 442	37 149	1954	656 959	461 030	60 755	135 173
1920	194 200	123 757	18 029	52 414	1955	751 301	509 428	68 529	173 344
					1956	695 052	492 222	63 575	139 255
1921	182 500	112 040	15 709	54 751	1957	685 787	446 903	75 133	163 751
1922	180 700	120 714	13 260	46 726	1958	651 174	416 545	73 411	161 218
1923	156 500	85 178	20 642	50 680	1959	677 516	430 671	75 903	170 941
1924	223 821	130 120	25 727	67 974	1960	592 956	383 222	69 280	140 453
1925	206 798	135 397	12 737	58 664					
1926	238 880	162 580	18 234	58 066	1961	536 727	345 630	59 012	132 085
1927	250 969	168 264	23 773	58 932	1962	545 476	363 645	44 719	137 113
1928	277 893	173 024	33 616	71 253	1963	560 698	358 268	63 763	138 668
1929	298 487	207 645	31 758	59 084	1964	541 294	330 576	61 097	149 621
1930	320 409	227 731	32 178	60 500	1965	546 344	350 635	53 888	141 821
					1966	566 319	360 742	42 722	162 855
1931	355 406	247 672	41 634	66 100	1967	560 561	384 335	33 355	142 870
1932	346 162	234 213	38 049	73 900	1968	643 664	447 515	36 462	159 686
1933	398 142	273 690	52 052	72 400	1969	633 236	444 822	21 996	166 419
1934	415 086	268 834	67 652	78 600	1970	591 411	405 489	8 485	177 436
1935	491 642	345 664	68 978	77 000	1971	492 560	345 438	7 612	139 510

* Ohne Anlandungen im Ausland. — Bei der Großen Hochseefischerei sind in den Jahren 1900 bis 1925 die Anlandungen ausländischer Fischdampfer unmittelbar vom Fangplatz aus im Reichsgebiet enthalten. — Gewichtsbasis: Frischfischgewicht bis 1967; ab 1968 Fanggewicht der Anlandungen (etwa 10—12% höher als das Frischfischgewicht).

IX. Unternehmen und Arbeitsstätten (ohne Landwirtschaft)

Vorbemerkung

Betriebszählungen (in der Vorkriegszeit: gewerbliche Betriebszählungen, heute: Arbeitsstättenzählungen) haben in Deutschland eine lange Tradition. In ihnen spiegelt sich die wirtschaftliche Entwicklung der letzten hundert Jahre wider. Für den deutschen Zollverein liegen zusammengefaßte Daten aus dem Jahre 1861 für den Bereich des Produzierenden Gewerbes, des Handels und des Verkehrs vor. Nach der Reichsgründung bezog die erste Bestandsaufnahme (1875) neben den genannten Bereichen bereits Dienstleistungen wie Gastgewerbe, Wäschereien, Friseure u. a. mit ein. In den folgenden Zählungen von 1882, 1895, 1907, 1917 und 1925 kamen im Zuge der Wandlung vom Agrar- zum Industriestaat mit den Auswirkungen auf den sog. tertiären Sektor u. a. das Versicherungsgewerbe, kulturelle Dienstleistungen sowie das Gesundheits- und Veterinärwesen hinzu. Nach einer Einschränkung des Erfassungsbereichs 1933 wurden die Betriebszählungen von 1939, 1950, 1961 und 1970 auf die gesamte Volkswirtschaft — mit Ausnahme der Landwirtschaft und der privaten Haushalte — ausgedehnt; sie bezogen also u. a. auch die Freien Berufe, kirchliche, wirtschaftliche und andere Organisationen sowie den gesamten öffentlichen Dienst mit ein. Die wichtigsten Fragen waren in allen Betriebs- bzw. Arbeitsstättenzählungen diejenigen nach der Tätigkeit bzw. dem Wirtschaftszweig und nach der Beschäftigtenzahl der erhobenen Einheit. Bis 1939 wurden sog. technische Einheiten erhoben, d. h., es wurde versucht, den Betrieb in Betriebsteile zu zerlegen. Seit 1925 wurde außerdem und seit 1950 ausschließlich der Betrieb bzw. die Arbeitsstätte als Ganzes erhoben, wobei hier unter Betrieb bzw. Arbeitsstätte die örtliche Einheit im Sinne einer abgetrennten Räumlichkeit verstanden wird. Schon wegen dieses methodischen Unterschieds in der Erhebungseinheit sind die Ergebnisse der Zählungen vor 1925 mit denen ab 1950 nicht mehr vergleichbar. Aber auch bei gleicher, örtlicher Erhebungseinheit ab 1925 sind der Vergleichbarkeit der Ergebnisse insbesondere Grenzen gesetzt durch Änderungen der den Zählungen zugrunde liegenden Wirtschaftszweigsystematiken: zwischen 1925 und 1939 erfolgte die entscheidende Ausdehnung auf alle volkswirtschaftlichen Bereiche (außer Landwirtschaft). Aus diesen Gründen können in diesem Abschnitt nur Ergebnisse der Betriebs- bzw. Arbeitsstättenzählungen 1939, 1950, 1961 und 1970 gebracht werden. Es werden Beschäftigtenzahlen in nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten (örtlichen Einheiten) in Zuordnung nach zusammengefaßten Positionen der Systematik der Wirtschaftszweige für die Arbeitsstättenzählung 1970 und in regionaler Begrenzung auf das Bundesgebiet bzw. entsprechende frühere Reichsteile, einschl. Saarland, aber ohne Berlin (West) nachgewiesen (Tabelle 1).

Die Statistik über die Bestandsveränderung der Aktiengesellschaften — Entwicklung von Zahl und Nominalkapital (Tabelle 2) — wurde 1907 eingeführt und ab 1910 auf die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (Tabelle 5) ausgedehnt. Die Erfassung der Daten erfolgt aufgrund der Eintragungen in den Handelsregistern. Die Bilanzstatistik der Aktiengesellschaften (Tabellen 3 und 4) wurde erstmals 1909 für das Geschäftsjahr 1907/08 veröffentlicht. Seit Beginn dieser Statistik bilden die Pflichtveröffentlichungen der Gesellschaften im Reichsanzeiger bzw. Bundesanzeiger sowie die freiwillig zur Verfügung gestellten Geschäftsberichte die Grundlage dieser Statistik.

1. Beschäftigte in den nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten*)

Bundesgebiet ohne Berlin

Wirtschaftsgliederung ¹⁾	17. 5. 1939 ²⁾		13. 9. 1950 ²⁾		6. 6. 1961 ⁴⁾		27. 5. 1970 ⁵⁾	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Aus Land- und Forstwirtschaft, Fischerei⁶⁾	37,5	0,3	31,5	0,2	83,4	0,4	93,2	0,4
Produzierendes Gewerbe⁷⁾	8 248,5	61,3	8 964,6	58,7	12 415,3	56,5	12 451,0	53,1
Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	633,7	4,7	753,5	4,9	754,5	3,4	485,5	2,1
Energiewirtschaft, Wasserversorgung	104,7	0,8	124,0	0,8	182,1	0,8	195,8	0,8
Bergbau	529,0	3,9	629,5	4,1	572,3	2,6	289,7	1,3
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe⁷⁾)	6 167,9	45,8	6 691,2	43,9	9 597,0	43,7	9 916,4	42,3
Chemische Industrie, Mineralölverarbeitung	294,6	2,2	326,4	2,1	552,9	2,5	629,7	2,7
Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung	69,9	0,5	95,6	0,6	221,8	1,0	332,2	1,4
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	271,4	2,0	294,6	1,9	350,9	1,6	306,9	1,3
Feinkeramik, Herstellung und Verarbeitung von Glas	87,1	0,6	121,9	0,8	194,1	0,9	176,5	0,8
Metallerzeugung und -bearbeitung	704,8	5,2	666,4	4,4	973,4	4,4	914,4	3,9
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau, Automatische Datenverarbeitung	1 088,1	8,1	1 093,9	7,2	2 128,4	9,7	2 565,0	10,9
Elektrotechnik (ohne Automatische Datenverarbeitung, Montage und Reparatur)	193,5	1,4	278,8	1,8	776,4	3,5	936,3	4,0
Feinmechanik, Optik	68,6	0,5	87,4	0,6	153,2	0,7	176,0	0,8
Herstellung und Reparatur von Uhren	47,9	0,4	38,4	0,3	44,1	0,2	35,5	0,2
Herstellung von EBM-Waren, Musikinstrumenten, Spielwaren usw.	403,8	3,0	340,3	2,2	524,9	2,4	555,1	2,4
Holzbe- und -verarbeitung	470,5	3,5	602,0	3,9	602,7	2,7	526,5	2,2
Papierherzeugung und -verarbeitung, Druckerei	265,3	2,0	279,7	1,8	453,8	2,1	511,2	2,2
Ledergewerbe	306,8	2,3	305,5	2,0	265,5	1,2	189,7	0,8
Textilgewerbe	527,8	3,9	609,7	4,0	661,0	3,0	517,2	2,2
Bekleidungs- und Polstergewerbe, Dekorationsgewerbe	452,5	3,4	602,7	3,9	596,1	2,7	492,1	2,1
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe ⁷⁾	915,2	6,8	911,5	6,0	1 024,2	4,7	943,3	4,0
Baugewerbe	1 446,8	10,7	1 519,9	10,0	2 063,8	9,4	2 049,1	8,7

Fußnoten siehe S. 168.

IX. Unternehmen und Arbeitsstätten (ohne Landwirtschaft)

1. Beschäftigte in den nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten*)

Bundesgebiet ohne Berlin

Wirtschaftsgliederung ¹⁾	17. 5. 1939 ²⁾		13. 9. 1950 ³⁾		6. 6. 1961 ⁴⁾		27. 5. 1970 ⁵⁾	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Verteilungs- und Dienstleistungsgewerbe	5 175,8	38,5	6 270,8	41,0	9 475,1	43,1	10 895,7	46,5
Handel	1 705,5	12,7	2 141,6	14,0	3 420,6	15,6	3 577,1	15,3
Großhandel	486,6	3,6	732,7	4,8	1 135,0	5,2	1 207,7	5,2
Handelsvermittlung ⁶⁾	94,3	0,7	111,8	0,7	181,8	0,8	143,9	0,6
Einzelhandel ⁷⁾	1 124,7	8,4	1 297,1	8,5	2 103,9	9,6	2 225,5	9,5
Verkehr, Nachrichtenübermittlung¹⁰⁾ ..	1 102,1	8,2	1 191,8	7,8	1 492,0	6,8	1 412,9	6,0
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe¹¹⁾	180,2	1,3	201,9	1,3	439,9	2,0	628,0	2,7
Kreditinstitute u. ä. ¹¹⁾	109,3	0,8	121,2	0,8	276,1	1,3	405,1	1,7
Versicherungsgewerbe	70,9	0,5	80,8	0,5	163,8	0,7	222,9	1,0
Dienstleistungen (a. n. g.)¹²⁾¹³⁾¹⁴⁾	2 188,0	16,3	2 735,5	17,9	4 122,6	18,7	5 277,8	22,5
darunter:								
 Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe ¹⁵⁾¹⁶⁾	509,7	3,8	485,1	3,2	775,8	3,5	872,9	3,7
Reinigung, Körperpflege	197,2	1,5	217,3	1,4	437,7	2,0	476,8	2,0
 Wissenschaft, Bildung, Sport, Kirchen ¹⁷⁾¹⁸⁾ ..	240,0	1,8	336,4	2,2	527,6	2,4	777,9	3,3
Theater, Film, Rundfunk, Fernsehen (ohne Artisten) ¹⁹⁾	67,0	0,5	76,1	0,5	97,4	0,4	79,4	0,3
Verlags-, Literatur- und Pressewesen	27,3	0,2	60,8	0,4	100,0	0,5	94,8	0,4
 Gesundheits- und Veterinärwesen ²⁰⁾	295,1	2,2	390,9	2,6	554,4	2,5	751,0	3,2
Rechts-, Wirtschaftsberatung, technische Büros u. ä.	75,3	0,6	129,1	0,8	261,4	1,2	370,4	1,6
 Organisationen der Wirtschaft und Politik, Gebietskörperschaften, Arbeitsvermittlung ²¹⁾	609,4	4,5	826,2	5,4	1 019,1	4,6	1 381,6	5,9
 Sozialversicherung (ohne Arbeitsvermittlung) ²²⁾	34,6	0,3	57,5	0,4	88,8	0,4	100,9	0,4
Insgesamt ...	13 461,8	100	15 266,9	100	21 973,7	100	23 439,9	100

*) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählungen.

¹⁾ Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Arbeitsstättenzählung 1970. — ²⁾ Ohne Verwaltungs- und Hilfsbetriebe. — ³⁾ Angaben für das Saarland; Stand 14. 11. 1951. — ⁴⁾ Ohne Beschäftigte in Arbeitsstätten von Heimarbeitern (ohne fremde Hilfskräfte). — ⁵⁾ Einschl. Zivilbedienstete von Bundeswehr und Bundesgrenzschutz. — ⁶⁾ Landwirtschaftliche Tierhaltung und -zucht, Dienstleistungen auf der land- und forstwirtschaftlichen Erzeugerstufe, Hochsee- und Küstenfischerei, gewerbliche Gärtnerei und gewerbliche Tierhaltung. — ⁷⁾ Einschl. kommunaler Schlachthöfe. — ⁸⁾ Ohne Tankstellen mit Absatz in fremdem Namen. — ⁹⁾ Einschl. Tankstellen mit Absatz in fremdem Namen. — ¹⁰⁾ Einschl. Vermietung von Personenkraftwagen an Selbstfahrer. — ¹¹⁾ Ohne Effektenbörsen, Vermittlung von Bank- und Effekengeschäften. — ¹²⁾ Einschl. Schulen, Krankenhäuser, Theater u. ä. Einrichtungen (auch wenn sie nicht als Unternehmen betrieben werden). Organisationen der Erziehung, Wissenschaft und Kultur, Sport- und Jugendpflege, Effektenbörsen, Vermittlung von Bank- und Effekengeschäften. — ¹³⁾ Ohne kommunale Schlachthöfe. — ¹⁴⁾ Ohne Vermietung von Personenkraftwagen an Selbstfahrer. — ¹⁵⁾ Einschl. Erziehungsanstalten, Kindergärten und -horte. — ¹⁶⁾ Einschl. entsprechender Anstalten und Einrichtungen, die nicht als Unternehmen betrieben werden. — ¹⁷⁾ Einschl. Schulen u. ä. Einrichtungen (auch wenn sie nicht als Unternehmen betrieben werden), Organisationen der Erziehung, Wissenschaft und Kultur, Sport- und Jugendpflege, Wannen- und Brausebäder (ohne medizinische Bäder). — ¹⁸⁾ Ohne Erziehungsanstalten, Kindergärten und -horte. — ¹⁹⁾ Auch wenn sie nicht als Unternehmen betrieben werden. — ²⁰⁾ Einschl. aller Krankenhäuser u. ä. Einrichtungen, auch wenn sie nicht als Unternehmen betrieben werden. — ²¹⁾ Ohne Schulen, Krankenhäuser, Theater u. ä. Einrichtungen, Organisationen der Erziehung, Wissenschaft und Kultur, Sport- und Jugendpflege. — ²²⁾ Ohne Krankenhäuser u. ä. Einrichtungen.

2. Entwicklung von Zahl und Kapital der Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien

Jahr	Zugang				Abgang				Bestand am 31. 12.	
	Gründung		Kapitalerhöhung		Auflösung		Kapitalherabsetzung			
	Zahl	Mill. M/ RM/DM	Zahl	Mill. M/ RM/DM	Zahl	Mill. M/ RM/DM	Zahl	Mill. M/ RM/DM	Zahl	Mill. M/ RM/DM
Reichsgebiet										
1906	5 060	13 848,6
1907	217	260,7	.	488,1	120	169,8	.	128,4	.	.
1908	151	162,5	.	453,7	114	150,1	.	49,8	.	.
1909	179	230,8	.	508,2	107	185,2	.	47,2	5 222	14 737,3 ⁴⁾
1910	186	241,3	.	599,4	113	208,3	.	64,0	.	.
1911	169	235,8	.	584,5	124	152,9	.	48,0	.	.
1912	182	246,3	.	747,6	101	91,8	.	44,8	.	.
1913	175	216,8	.	418,5	110	175,3	.	64,4	5 486	17 357,0
1925	315	203,4	.	1 145,7	784	655,2	.	20,4	13 010	19 120,9
1926	231	214,0	.	2 413,1	1 134	634,0	.	503,4	12 343	20 654,8
1927	360	350,5	903	1 651,1	845	623,7	457	509,6	11 966	21 541,5
1928	356	329,2	849	1 761,6	666	484,0	431	278,7	11 690	22 884,7
1929	321	507,0	570	1 139,5	694	595,7	271	230,3	11 344	23 728,0
1930	268	559,7	478	754,3	662	544,2	287	311,8	10 970	24 188,7
1931	188	543,5	315	818,8	735	562,3	343	339,7	10 437	24 653,4
1932	80	93,4	214	232,9	903	470,9	1 228	2 249,1	9 634	22 263,9
1933	95	298,7	261	592,8	598	1 254,6	1 021	1 274,3	9 148	20 635,2
1934	61	212,8	247	241,1	602	264,3	657	1 038,5	8 618	19 790,5
1935	40	85,5	216	271,1	838	349,9	416	305,6	7 840	19 556,2
1936	37	36,2	208	595,7	723	550,7	255	460,4	7 204	19 224,6
1937	24	163,4	206	412,2	1 162	962,0	195	149,2	6 094	18 704,5
1938 ¹⁾	27	82,4	199	838,9	614	671,5	144	225,5	5 518	18 744,8
Bundesgebiet²⁾										
1952 ³⁾	83	1 508,1	118	699,5	66	222,7	17	26,7	2 449	13 746,8
1953 ³⁾	59	1 468,5	143	2 930,7	74	493,2	42	89,7	2 500	18 750,3
1954 ³⁾	25	555,1	173	740,6	70	386,8	32	70,4	2 530	20 201,4
1955 ³⁾	18	131,5	268	2 104,3	58	399,3	22	35,5	2 542	22 096,5
1956 ³⁾	14	41,6	264	1 813,9	48	128,7	29	29,6	2 551	24 135,4
1957 ³⁾	21	160,3	228	2 167,4	65	394,2	25	70,6	2 529	26 088,6
1958 ³⁾	18	254,4	195	1 192,8	71	647,5	21	37,2	2 484	26 859,1
1959 ³⁾	42	190,8	238	1 901,9	154	1 855,5	17	75,0	2 379	27 054,9
1960 ³⁾	31	843,1	626	3 447,3	84	899,1	25	22,9	2 332	30 427,0
1961 ³⁾	35	167,8	516	3 209,2	63	259,4	17	27,9	2 355	34 170,4
1962 ³⁾	49	199,7	370	1 920,2	42	140,4	13	31,2	2 368	36 185,8
1963	43	292,7	349	1 708,1	56	209,7	15	81,1	2 548	39 343,3
1964	53	122,1	363	2 510,5	61	148,0	10	7,6	2 541	41 823,9
1965	55	160,1	443	4 591,5	90	367,7	36	260,5	2 508	45 947,7
1966	25	57,6	389	2 832,4	118	427,2	19	232,7	2 420	48 181,1
1967	25	91,2	308	1 954,7	94	426,2	22	122,1	2 351	49 671,1
1968	42	323,6	285	2 508,0	67	198,3	17	436,0	2 328	51 869,0
1969	47	236,7	364	3 362,8	59	435,7	19	111,5	2 317	54 921,3
1970	112	1 369,1	411	3 721,0	127	3 261,4	22	258,9	2 304	56 495,2
1971	95	709,2	387	4 199,7	104	803,1	13	38,6	2 295	60 562,4

¹⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ²⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — ³⁾ Bundesgebiet ohne Berlin. — ⁴⁾ 30. 9. — ⁵⁾ Gesellschaften, deren Kapital bereits auf DM umgestellt war; am 31. 12. 1971 waren noch 15 Gesellschaften mit einem Grundkapital von 944,2 Mill. RM auf DM umzustellen.

3. Kapital- und Vermögens

Jahr	Gesell- schaften	Aktiva									Bilanzsumme
		Anlage- vermögen	davon		Umlauf- vermögen	davon			Sonstige Aktiva	Verlust	
			Sach- anlagen	Finanz- anlagen		Vorräte	Forde- rungen	Flüssige Mittel			
Anzahl	% der Bilanzsumme										Mill. M/ RM/DM
Reichs											
1913	4 223										26 562,8
1925	2 662	58,4	47,5	10,9 ²⁾	40,5	16,9	23,6			1,1	24 981,1
1926	2 617	58,6	47,0	11,6 ²⁾	40,5	14,8	25,7			0,9	26 294,2
1927											
1928	2 562	56,5	45,1	11,4 ²⁾	43,1	15,1	28,0			0,4	35 205,3
1929	2 543	57,0	46,1	10,9 ²⁾	42,2	14,3	27,9			0,8	37 266,8
1930	2 489	60,4	47,8	12,6 ²⁾	38,4	12,5	25,9			1,2	36 615,0
1931	2 392	61,5	49,3	12,2 ²⁾	33,6	10,1	23,5			4,9	35 753,3
1932	2 493	60,1	50,2	9,9	35,5	9,4	26,1	1,1 ¹⁾		3,3	30 037,7
1933	2 766	61,8	51,0	10,8	35,6	9,4	26,2	0,9 ¹⁾		1,7	30 354,4
1934	2 779	58,4	47,9	10,5	39,8	11,1	18,5	10,2		1,8	32 322,3
1935	2 703	57,9	47,0	10,9	41,1	12,1	19,0	10,0		1,0	32 592,6
1936	2 685	56,0	45,4	10,6	43,0	12,7	19,6	10,7		1,0	33 485,7
1937	2 557	54,2	43,4	10,8	45,4	15,0	20,0	10,4		0,4	34 946,8
1938 ¹⁾	2 516	51,8	40,8	11,0	48,0	16,2	21,7	10,1		0,2	37 065,9
Bundes											
1948 ²⁾	2 036	69,6	60,7	8,9	29,6	22,8	4,4	2,4	0,8	—	17 198,4
1949 ²⁾	2 061	59,2	50,1	9,1	39,3	20,8	14,0	4,5	0,7	0,8	26 458,4
1950 ²⁾	2 061	54,4	46,2	8,2	44,1	20,3	17,8	6,0	0,7	0,8	30 505,0
1951 ²⁾	2 061	51,2	43,9	7,3	47,8	23,3	18,9	5,6	0,6	0,4	36 245,1
1952 ²⁾	2 090	52,9	45,7	7,2	46,2	22,7	18,4	5,1	0,4	0,5	48 574,5
1953 ²⁾	1 963	53,7	45,8	7,9	45,5	20,7	18,7	6,1	0,6	0,2	54 746,7
1954 ²⁾	1 978	54,9	46,6	8,3	44,3	18,8	19,1	6,4	0,6	0,2	63 531,5
1955 ²⁾	1 978	54,1	45,6	8,5	45,2	19,6	19,0	6,6	0,6	0,1	72 327,5
1956 ²⁾	2 000	54,0	47,3	6,7	45,2	19,5	19,4	6,4	0,7	0,1	81 697,4
1957 ²⁾	1 980	54,7	47,6	7,1	44,6	19,3	19,0	6,3	0,7	0,0	89 670,3
1958 ²⁾	1 955	55,1	46,7	8,4	44,0	18,6	19,2	6,2	0,8	0,1	97 165,9
1959 ²⁾	1 857	54,9	47,3	7,6	44,1	17,9	19,0	7,2	0,9	0,1	101 525,1
1960 ²⁾	1 845	54,9	47,4	7,5	44,3	18,3	19,3	6,7	0,8	0,0	112 349,8
1961 ³⁾	1 844	56,2	48,4	7,8	43,0	18,0	18,6	6,4	0,7	0,1	127 148,5
1962	1 933	57,5	49,6	7,9	41,8	17,2	18,5	6,1	0,6	0,1	140 292,7
1963	1 929	58,2	50,3	7,9	41,1	16,3	18,5	6,3	0,6	0,1	150 620,7
1964	1 940	58,0	49,8	8,2	41,2	16,2	18,5	6,5	0,7	0,1	162 838,4
1965	1 854	57,6	49,1	8,5	41,6	16,9	18,7	6,0	0,7	0,1	177 427,5
1966	1 826	58,3	49,4	8,9	41,0	16,3	18,7	6,0	0,6	0,1	188 070,6
1967	1 817	59,8	47,6	12,2	39,6	15,2	18,1	6,3	0,5	0,1	200 951,4
1968	1 766	58,0	44,7	13,3	41,5	14,9	19,0	7,6	0,4	0,1	211 872,5
1969	1 713	56,1	41,8	14,3	43,2	15,8	20,4	7,0	0,4	0,3	229 962,1

*) Ohne Banken und Versicherungen sowie bis 1966 auch ohne Beteiligungsgesellschaften.

1) Gebietsstand: 31. 12. 1937. — 2) Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — 3) Bundesgebiet ohne Berlin. — 4) 21. 6. — 5) Einschl. der Entflechtungsgesellschaften. — 6) Einschl. Sozialverbindlichkeiten. — 7) Ohne Gewinnvortrag. — 8) Ohne Posten mit Rücklagenanteil.

IX. Unternehmen und Arbeitsstätten (ohne Landwirtschaft)

aufbau der Aktiengesellschaften*)

Passiva												Jahr
Eigenkapital	Grundkapital	Rücklagen	Posten mit Rücklagenanteil	Nicht ausgeschütteter Gewinn	Fremdkapital	Rückstellungen		Verbindlichkeiten		Sonstige Passiva	Auszuschüttender Gewinn	
						langfristig	übrige	langfristig	übrige			
% der Bilanzsumme												
gebiet												
51,2	42,3	8,9	.	.	44,0	1,1 ⁷⁾	.	19,4	23,5	.	4,8	1913
58,8	52,4	6,4	.	.	34,6	0,7 ⁷⁾	.	5,1	28,8	3,5 ⁶⁾	3,1	1925
58,1	51,7	6,4	.	.	38,5	0,7 ⁷⁾	.	8,7	29,1	0,2 ⁶⁾	3,2	1926
.	1927
52,9	46,5	6,4	.	.	43,0	0,8 ⁷⁾	.	14,1	28,1	0,7 ⁶⁾	3,4	1928
51,8	45,2	6,6	.	.	44,4	0,8 ⁷⁾	.	15,1	28,5	0,6 ⁶⁾	3,2	1929
53,2	45,8	7,0	.	0,4	44,1	0,8 ⁷⁾	.	16,7	26,6	0,5 ⁶⁾	2,2	1930
54,0	44,0	10,0	.	.	44,3	0,9 ⁷⁾	.	17,6	25,8	0,4 ⁶⁾	1,3	1931
54,9	45,8	9,1	.	.	43,7	1,2 ⁷⁾	.	17,5	25,0	.	1,4	1932
55,6	47,1	8,5	.	.	42,5	1,2 ⁷⁾	.	16,9	24,4	.	1,9	1933
52,7	45,1	7,5	.	0,1	42,9	1,3 ⁷⁾	.	15,4	26,2	2,2 ⁶⁾	2,2	1934
52,4	44,9	7,2	.	0,3	42,8	1,3 ⁷⁾	4,3	14,8	22,4	2,4 ⁶⁾	2,4	1935
51,1	43,2	7,6	.	0,3	43,8	1,5 ⁷⁾	5,5	13,7	23,1	2,4 ⁶⁾	2,7	1936
48,8	41,2	7,2	.	0,4	46,7	1,5 ⁷⁾	7,0	12,9	25,3	1,7 ⁶⁾	2,8	1937
47,1	38,5	8,3	.	0,3	48,1	1,5 ⁷⁾	7,2	11,6	27,8	1,7 ⁶⁾	3,1	1938 ¹⁾
gebiet												
81,6	53,0	28,6 ⁶⁾	—	—	17,6	.	5,9	4,7	7,0	0,8	—	1948 ²⁾)
64,4	40,7	23,0 ⁶⁾	0,0	0,7	34,7	.	8,2	5,6	20,9	0,5	0,4	1949 ²⁾
55,7	35,3	20,0 ⁶⁾	0,1	0,3	42,5	.	9,5	8,3	24,7	0,5	1,3	1950 ²⁾
48,1	30,3	17,3 ⁶⁾	0,2	0,3	49,9	.	12,1	9,9	27,9	0,6	1,4	1951 ²⁾
47,0	27,9	17,2 ⁶⁾	1,2	0,7	51,8	3,3 ⁶⁾	8,4	12,4	27,7	0,5	0,7	1952 ²⁾
46,2	27,0	16,4	2,6	0,5	52,0	5,4 ⁶⁾	7,7	13,4	25,5	0,4	1,4	1953 ²⁾
44,4	25,4	15,2	3,7	0,3	53,7	7,4 ⁶⁾	6,4	15,9	24,0	0,5	1,4	1954 ²⁾
41,8	23,6	14,5	3,8	0,2	56,1	7,8 ⁶⁾	7,3	16,2	24,8	0,6	1,5	1955 ²⁾
39,8	22,8	13,5	3,5	0,2	58,2	8,3 ⁶⁾	7,2	17,7	25,0	0,5	1,5	1956 ²⁾
39,3	22,7	13,0	3,5	0,2	58,6	8,5 ⁶⁾	7,2	18,2	24,7	0,5	1,6	1957 ²⁾
38,7	22,6	12,7	3,3	0,2	58,9	8,5 ⁶⁾	7,2	20,2	23,0	0,5	1,9	1958 ²⁾
37,9	21,6	13,3	2,9	0,2	59,2	8,8 ⁶⁾	7,7	21,0	21,7	0,7	2,2	1959 ²⁾
38,2	22,4	13,2	2,6	0,2	58,6	8,8 ⁶⁾	8,1	19,6	22,1	0,7	2,5	1960 ²⁾
38,1	22,5	13,3	2,2	0,1	58,9	8,4 ⁶⁾	7,9	19,8	22,8	0,6	2,4	1961 ³⁾
34,7 ¹¹⁾	22,1	12,5	2,7	0,2	59,8	8,5 ⁶⁾	7,2	21,2	22,9	0,5	2,3	1962
34,1 ¹¹⁾	21,6	12,4	2,5	0,2	60,7	8,7 ⁶⁾	7,0	23,1	21,9	0,5	2,2	1963
34,0 ¹¹⁾	21,4	12,6	2,4	0,1	60,8	8,8 ⁶⁾	6,9	23,2	21,9	0,5	2,3	1964
34,0 ¹¹⁾	21,4	12,6	2,5	0,1	60,9	8,8 ⁶⁾	6,6	23,0	22,5	0,5	2,1	1965
34,2 ¹¹⁾	21,1	13,1	2,8	0,1	60,6	8,9 ⁶⁾	6,1	22,8	22,8	0,4	2,0	1966
35,4 ¹¹⁾	21,5	13,9	2,6	0,2	59,6	7,8 ⁶⁾	6,7	21,8	23,3	0,3	2,1	1967
35,9 ¹¹⁾	21,3	14,6	2,2	0,1	59,4	7,7 ⁶⁾	7,1	21,5	23,1	0,2	2,3	1968
34,5 ¹¹⁾	20,0	14,5	2,3	— ¹⁰⁾	60,5	7,4 ⁶⁾	6,8	20,8	25,5	0,2	2,5	1969

Wertpapiere. — ⁶⁾ Saldo aus »Sonstige Aktiva« und »Sonstige Passiva«. — ⁷⁾ Beamten- und Arbeiterfonds. — ⁸⁾ Einschl. Treuhandkonto

4. Relationen der Kapitalstruktur bei Aktiengesellschaften*)

Jahr	Gesell- schaften	Eigenkapital	davon		Langfristiges Fremdkapital	Eigenkapital u. lang- fristiges Fremdkapital in % des Anlage- vermögens	Umlaufver- mögen in % des kurz- fristigen Fremd- kapitals	Eigenkapital in % des Grund- kapitals
			Grund- kapital	übriges Eigenkapital				
	Anzahl	% der Bilanzsumme						
Reichsgebiet								
1913	4 223	51,2	42,3	8,9	20,5	.	.	121,0
1925	2 662	58,8	52,4	6,4	5,8	110,8	140,8	112,1
1926	2 617	58,1	51,7	6,4	9,4	115,1	139,4	112,4
1927
1928	2 562	52,9	46,5	6,4	14,9	120,0	153,4	113,7
1929	2 543	51,8	45,2	6,6	15,9	118,7	147,8	114,5
1930	2 489	53,2	45,8	7,4	17,5	117,0	144,2	116,1
1931	2 392	54,0	44,0	10,0	18,5	117,8	130,2	122,8
1932	2 493	54,9	45,8	9,1	18,7	122,4	141,9	120,0
1933	2 766	55,6	47,1	8,5	18,1	119,2	145,9	118,0
1934	2 779	52,7	45,1	7,6	16,7	118,8	152,1	116,8
1935	2 703	52,4	44,9	7,5	16,1	118,5	153,9	116,7
1936	2 685	51,1	43,2	7,9	15,2	118,4	150,3	118,3
1937	2 557	48,8	41,2	7,6	14,4	116,6	140,3	118,5
1938 ¹⁾	2 516	47,1	38,5	8,6	13,1	116,3	137,1	122,5
Bundesgebiet								
1948 ²⁾	2 036	81,6	53,0	28,6	4,7	123,9	228,3	150,8
1949 ²⁾	2 061	64,4	40,7	23,7	5,6	118,0	134,9	155,9
1950 ²⁾	2 061	55,7	35,3	20,4	8,3	117,5	128,9	155,6
1951 ²⁾	2 061	48,1	30,3	17,8	9,9	113,4	119,3	157,4
1952 ²⁾	2 090	47,0	27,9	19,1	15,7	118,5	128,0	166,8
1953 ²⁾	1 963	46,2	27,0	19,2	18,8	121,0	137,1	169,8
1954 ²⁾	1 978	44,4	25,4	19,0	23,3	123,1	145,6	174,8
1955 ²⁾	1 978	41,8	23,6	18,2	24,0	121,8	141,1	176,1
1956 ²⁾	2 000	39,8	22,8	17,0	26,0	121,6	140,3	174,2
1957 ²⁾	1 980	39,3	22,7	16,6	26,7	120,5	139,5	172,7
1958 ²⁾	1 955	38,7	22,6	16,1	28,7	122,2	145,8	171,2
1959 ²⁾	1 857	37,9	21,6	16,3	29,8	123,3	149,8	175,4
1960 ²⁾	1 845	38,2	22,4	15,8	28,4	121,0	146,4	170,5
1961 ³⁾	1 844	38,1	22,5	15,6	28,2	117,9	140,3	169,2
1962	1 933	34,7	22,1	12,6	29,7	112,0	138,7	156,8
1963	1 929	34,1	21,6	12,5	31,8	113,3	142,3	157,9
1964	1 940	34,0	21,4	12,6	32,0	113,9	143,5	159,0
1965	1 854	34,0	21,4	12,6	31,8	114,0	143,0	159,1
1966	1 826	34,2	21,1	13,1	31,7	113,1	142,1	162,1
1967	1 817	35,4	21,5	13,9	29,6	108,8	131,9	164,6
1968	1 766	35,9	21,3	14,6	29,2	112,2	137,6	168,9
1969	1 713	34,5	20,0	14,5	28,2	111,7	133,6	172,4

*) Ohne Banken und Versicherungen sowie bis 1966 auch ohne Beteiligungsgesellschaften.

1) Gebietsstand: 31. 12. 1937. — 2) Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — 3) Bundesgebiet ohne Berlin. — 4) 21. 6.

5. Entwicklung von Zahl und Kapital der Gesellschaften mit beschränkter Haftung

Jahr	Gründung		Kapitalerhöhungen		Auflösungen		Kapitalherabsetzungen		Bestand am Jahresende	
	Zahl	Stammkapital in Mill. M/ RM/DM	Zahl	Stammkapital in Mill. M/ RM/DM	Zahl	Stammkapital in Mill. M/ RM/DM	Zahl	Stammkapital in Mill. M/ RM/DM	Zahl	Stammkapital in Mill. M/ RM/DM
Reichsgebiet										
1909									16 508	3 538,5 ¹⁾
1913	4 232	365,3		145,2	2 053	182,8		15,7		
1925	7 952				12 840				64 398	
1926	6 097				13 191				57 338	
1936	1 733				7 513				39 249	5 079,9
1937	782	167,1	616	189,6	9 651	743,6	194	73,8	30 454	4 631,6
1938 ¹⁾	653	145,3	533	306,4	5 514	472,5	118	24,9	25 662	4 592,6
Bundesgebiet²⁾										
1953 ³⁾	2 318	278,4	858	350,7	1 388	183,4	69	7,6	27 907	6 493,7
1954 ⁴⁾	2 956	338,4	1 020	433,8	1 712	228,4	110	66,6	29 107	6 810,5
1955 ⁵⁾	2 611	215,3	1 118	372,7	1 980	208,0	52	10,5	30 755	7 356,3
1956 ⁶⁾	2 453	375,2	1 179	510,7	1 302	87,0	64	10,9	31 998	8 341,5
1957 ⁷⁾	2 331	303,4	1 118	547,8	1 544	255,4	58	12,7	32 685	8 907,6
1958 ⁸⁾	2 677	415,3	1 119	767,2	1 836	363,8	57	108,2	33 447	9 639,7
1959 ⁹⁾	3 048	441,5	1 171	1 422,6	2 164	420,1	36	8,5	34 334	11 056,2
1960 ¹⁰⁾	3 429	574,7	2 413	3 076,9	2 301	1 068,6	49	11,1	35 430	13 527,5
1961 ¹¹⁾	3 510	507,4	2 290	2 022,5	1 347	220,1	42	35,3	38 818	16 732,6
1962 ¹²⁾	3 854	471,1	2 130	2 126,8	1 432	262,0	61	82,5	41 258	19 033,3
1963	4 603	391,2	2 263	1 815,3	1 541	341,6	66	27,4	46 846	21 749,2
1964	5 268	497,3	2 327	2 052,4	1 820	460,2	70	56,2	50 275	23 787,6
1965	5 745	609,7	2 473	2 306,4	1 940	236,2	107	33,6	54 072	26 421,5
1966	6 174	758,0	2 348	2 787,2	2 198	227,7	88	45,0	58 024	29 735,6
1967	6 945	808,8	2 060	2 736,8	2 566	274,6	97	33,8	62 383	33 063,9
1968	7 683	682,4	2 027	3 096,5	2 638	472,0	103	59,1	67 416	36 394,6
1969	9 173	966,5	2 182	2 776,5	2 827	775,6	108	140,4	73 701	39 258,4
1970	10 316	1 656,2	2 168	4 337,2	3 859	2 155,1	90	63,7	80 146	43 030,7
1971	12 487	1 237,5	2 546	5 599,1	4 150	1 763,6	107	128,9	88 483	48 097,5

¹⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ²⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — ³⁾ Bundesgebiet ohne Berlin. — ⁴⁾ 30. 9. — ⁵⁾ Gesellschaften, deren Kapital bereits auf DM umgestellt war; am 31. 12. 1971 waren noch 60 Gesellschaften mit einem Stammkapital von 11,2 Mill. RM auf DM umzustellen.

X. Industrie und Handwerk

Vorbemerkung

Allgemeines

Angaben über Industrie und Handwerk fielen früher im Rahmen der gewerblichen Betriebszählungen (vgl. Abschnitt IX) an. Der Ausbau umfassender Industrie- und Handwerksstatistiken begann erst in den letzten Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg. Die seinerzeit vor allem auch für Zwecke der wehrwirtschaftlichen Planung erhobenen Ergebnisse sind jedoch zum größten Teil nicht veröffentlicht worden. Aus diesem Grunde ist es nur in sehr begrenztem Umfang möglich, in diesem Abschnitt bis in die Vorkriegszeit zurückreichende Reihen darzustellen. Langfristige Reihen stehen lediglich für die Produktion bestimmter industrieller Güter zur Verfügung. Angaben für einige ausgewählte Grundstoffe sind in Tabelle 6 nachgewiesen. Vom damaligen Institut für Konjunkturforschung in Berlin wurde im Jahre 1927 ein erster Produktionsindex berechnet, der jedoch mit dem heutigen Produktionsindex nicht vergleichbar ist (siehe unten).

Erläuterungen zu den Tabellen

Die in Tabelle 1 dargestellten Ergebnisse beruhen auf der Industrierichterstattung, die sich auf industrielle (also nicht handwerkliche) Betriebe der Bereiche »Bergbau« und »Verarbeitendes Gewerbe« erstreckt, und zwar in der Regel auf Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten. Unter »Betriebe« ist jede örtlich getrennte Niederlassung eines Unternehmens einschl. der zugehörigen oder in der Nähe liegenden Verwaltungs- und Hilfsbetriebe zu verstehen. Die Ergebnisse der Industrierichterstattung umfassen nur die industriellen Teile der Betriebe. Als **Beschäftigte** gelten tätige Inhaber und alle in abhängiger Arbeit stehenden Betriebsangehörigen (Angestellte, Arbeiter, Lehrlinge), ferner mithelfende Familienangehörige, soweit sie in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen. Von 1962 an werden auch unbezahlte mithelfende Familienangehörige einbezogen, soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind, aber ohne Heimarbeiter. Die Lohn- und Gehaltssumme umfaßt die Bruttosumme einschl. aller Zuschläge und Zulagen, jedoch ohne Pflichtanteile der Arbeitgeber zur Sozialversicherung; nicht erfaßt werden allgemeine soziale Aufwendungen sowie Vergütungen, die als Spesersatz anzusehen sind. Als geleistete Arbeitsstunden sind alle von den Arbeitern (einschl. gewerblicher Lehrlinge) tatsächlich geleisteten (nicht die bezahlten) Stunden anzusprechen. Der Umsatz der Betriebe wird aufgrund der Erlöse aus eigenen Erzeugnissen und Leistungen ermittelt. Die Umsätze der Betriebe beruhen auf Rechnungswerten (Fakturenwerten) und werden für das Kalenderjahr angegeben. Bis 1967 ist grundsätzlich die Umsatzsteuer in den Angaben enthalten, ab 1968 werden nur Netto-Umsätze (ohne Mehrwertsteuer) ausgewiesen. Der Auslandsumsatz errechnet sich aus den Direktumsätzen der Industrie mit Abnehmern im Ausland und — soweit einwandfrei erkennbar — aus Umsätzen mit deutschen Exporteuren.

In Tabelle 2 wird der Produktionsindex des Instituts für Konjunkturforschung und der Produktionsindex des Statistischen Bundesamtes nachgewiesen. Für den Index des Reichsgebietes (altes Reichsgebiet in den Grenzen bis 1918) auf Basis 1913 = 100 dient die Zahl der Arbeiter und der investierten Pferdekraft im Jahre 1907 und für den Index des Reichsgebietes (Reichsgebiet in den Grenzen ab 1918) auf Basis 1928 = 100 die Zahl der Arbeiter und investierten Pferdekraft im Jahre 1925 als Gewichte. Bei gleicher Gewichtungsmethode bestehen jedoch Unterschiede in der Repräsentation: Der Index auf Basis 1913 = 100 wurde mit 57 Reihen fortgeschrieben und erreichte einen Repräsentationsgrad von 50 bis 55%, während der Index auf Basis 1928 = 100 mit 90 Fortschreibungsreihen rund 65% der industriellen Produktion repräsentierte. Für den Index des Bundesgebietes auf Basis 1962 = 100 werden die durch den Industriezensus ermittelten Nettoproduktionswerte von 1962 als Gewichte verwendet; außerdem wird infolge der wesentlich größeren Anzahl von Fortschreibungsreihen (459) ein hoher Repräsentationsgrad (89%) erzielt. Wegen dieser Unterschiede und auch wegen der unterschiedlichen Struktur der Industrie im Reichs- und Bundesgebiet ist eine Verkettung der für die verschiedenen Zeitabschnitte gegebenen Indices und ihre Umrechnung auf ein einheitliches Basisjahr nicht zweckmäßig.

Aufgabe des Index der industriellen Nettoproduktion (z. Z. Basis 1962 = 100) ist es, laufend unter Ausschaltung der Preisveränderungen die Entwicklung der Nettoleistung der einzelnen Industriezweige und der Gesamtindustrie zu messen, wobei unter »Nettoleistung« die Nettoproduktionswerte der zu Industriezweigen zusammengefaßten Betriebe angesehen werden (Tabelle 3). Bei der Zusammenfassung zu den Hauptgruppenindices und zum Gesamtindex stellen die Nettoproduktionswerte der einzelnen Industriezweige die Gewichte dar; die Fortschreibung erfolgt auf repräsentativer Grundlage. Der Index ist in 7 Hauptgruppen und 62 Industriegruppen bzw. -zweige gegliedert.

Der Index der industriellen Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter (Tabelle 4) hat die Aufgabe, die Entwicklung des mengenmäßigen Ausstoßes der von der Industrie erzeugten investitionsreifen und verbrauchsreifen Waren unter Ausschaltung der Preisveränderungen zu messen. Hier sind also — im Gegensatz zum Index der industriellen Nettoproduktion mit seiner Gruppierung nach Industriezweigen — die Waren nach ihrem vermutlichen Verwendungszweck gruppiert und zu einem Index für »Investitionsgüter« und zu einem Index für »Verbrauchsgüter« zusammengefaßt. Die Gewichtung der einzelnen Erzeugnisreihen (103 für Investitionsgüter und 103 für Verbrauchsgüter) erfolgt mit den Bruttoproduktionswerten des Basisjahres 1962. Der Index für Investitionsgüter ist in 5 Warengruppen und der für Verbrauchsgüter in 6 Warengruppen gegliedert.

Gegenwärtig werden auf der Basis 1962 = 100 Indices der Arbeitsproduktivität (Produktionsergebnis je Beschäftigten, je Beschäftigtenstunde, je Arbeiter und je Arbeiterstunde) für die gesamte Industrie (ohne öffentliche Energiewirtschaft und ohne Bauindustrie), 5 Hauptgruppen und 47 Industriegruppen bzw. -zweige berechnet (Tabelle 5). Diese Indices zeigen die Entwicklung der Produktion (gemessen am Index der industriellen Nettoproduktion) im Verhältnis zum personellen Aufwand.

Die in Tabelle 7 nachgewiesenen Angaben über Beschäftigte und Umsätze des Handwerks beruhen auf der vierteljährlichen repräsentativen Handwerksberichterstattung. Diese Stichprobenstatistik erfaßt bei einem durchschnittlichen Auswahlsatz von 6% rd. 34 000 Betriebe selbständiger Handwerker in ausgewählten Zweigen. Der Berichtskreis wurde aus dem Material der Handwerkszählung 1963 ausgewählt. Die Beschäftigten umfassen außer den tätigen Inhabern und tätigen Teilhabern die mithelfenden Familienangehörigen und alle in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehenden Personen, einschl. der Lehrlinge, ohne Heimarbeiter. Der Gesamtumsatz wird aus dem Umsatz aus handwerklichen Lieferungen und Leistungen ermittelt, ferner aus dem Verkauf von Handelsware (Handelsumsatz) sowie aus sonstigem Umsatz (z. B. Provisionen, Einnahmen aus Lohnfahrten u. a.), jedoch ohne land- und forstwirtschaftlichen Umsatz. Der Handwerksumsatz bezieht sich auf den Umsatz aus selbsthergestellten oder bearbeiteten Erzeugnissen und aus sonstigen handwerklichen Leistungen wie Reparaturen, Lohnarbeiten für fremde Betriebe und Dienstleistungen.

1. Betriebe, Beschäftigung und Umsatz der Industrie*)**Bundesgebiet**

Jahr	Betriebe ²⁾	Beschäftigte ²⁾		Geleistete Arbeiter- stunden	Lohn- summe	Gehalt- summe	Umsatz ³⁾)	
		insgesamt	Arbeiter				insgesamt	Auslands- umsatz
	Anzahl	1 000	Mill.	Mill. DM				
1950 ¹⁾	50 134	4 935	4 158	9 458	12 079	3 497	82 061	6 743
1951 ¹⁾	51 022	5 496	4 634	10 487	15 471	4 454	112 467	11 916
1952 ¹⁾	52 722	5 689	4 762	10 780	16 992	5 096	122 323	14 147
1953 ¹⁾	53 258	5 936	4 953	11 188	18 322	5 701	129 563	15 613
1954 ¹⁾	53 557	6 267	5 226	11 859	20 029	6 292	145 027	18 880
1955 ¹⁾	54 457	6 815	5 680	12 882	23 160	7 306	171 568	22 274
1956 ¹⁾	55 917	7 252	6 019	13 381	26 420	8 538	191 529	26 682
1957 ¹⁾	55 635	7 494	6 192	13 038	28 240	9 435	206 047	31 107
1958	56 061	7 734	6 348	13 123
1959	55 796	7 765	6 320	12 965
1960	56 156	8 081	6 545	13 393	36 795	13 527	266 373	40 757
1961	57 364	8 316	6 674	13 403	41 077	15 674	287 018	43 003
1962	58 403	8 339	6 623	12 998	44 939	17 804	304 028	44 947
1963	59 158	8 264	6 500	12 579	46 959	19 467	315 309	48 950
1964	59 273	8 301	6 491	12 609	51 476	21 528	346 804	54 637
1965	59 168	8 460	6 578	12 654	57 109	24 448	374 612	58 840
1966	59 011	8 385	6 452	12 221	59 504	26 976	388 029	66 309
1967	58 131	7 843	5 927	10 986	55 764	27 703	380 659	71 358
1968	56 709	7 899	5 976	11 322	60 850	29 844	405 599	80 361
1969	56 311	8 308	6 284	11 946	70 697	34 259	470 537	92 967
1970	56 219	8 603	6 471	12 246	85 195	40 625	528 867	102 073
1971	56 111	8 538	6 342	11 726	91 683	46 450	563 033	109 997

*) Im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten.

1) Bundesgebiet ohne Saarland. — 2) Durchschnitt, errechnet aus 12 Monaten. — 3) Für Berlin (West) bis einschl. 1956 Lieferwerte.

4) Ab 1968 ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

2. Index der industriellen Produktion

Jahr	Index	Jahr	Index	Jahr	Index	Jahr	Index
Reichsgebiet							
1913 = 100							
1870	18	1880	25	1900	65	1910	89
1871	21	1881	27	1901	65	1911	96
1872	23	1882	28	1902	69	1912	99
1873	23	1883	30	1903	73	1913	100
1874	22	1884	31	1904	78	1914	83
1875	22	1885	32	1905	79	1915	67
1876	24	1886	33	1906	84	1916	64
1877	22	1887	35	1907	83	1917	62
1878	25	1888	36	1908	79	1918	57
1879	26	1889	39	1909	81		
1928 = 100							
1926	79	1929	101	1932	59	1935	96
1927	101	1930	89	1933	66	1936	107
1928	100	1931	73	1934	83	1937	117
						1938	125
Bundesgebiet							
1962 = 100							
1950	36,4	1956	69,5	1962	100	1968	131,2
1951	42,7	1957	73,3	1963	103,4	1969	148,2
1952	45,6	1958	75,4	1964	112,3	1970	157,2
1953	49,6	1959	81,0	1965	118,2	1971	160,1
1954	55,3	1960	90,2	1966	120,3		
1955	64,1	1961	95,9	1967	117,4		

3. Index der industriellen Nettoproduktion*)

1962 = 100
Bundesgebiet

Jahr	Ins-gesamt	Industrie		Berg-bau	Verarbeitende Industrie					Öffentliche Energiewirtschaft			Bau-industrie
		ohne Bau-industrie	ohne öffentliche Energie-wirtschaft und ohne Bau-industrie		zusammen	Grund-stoff- und Produk-tions-güter-industrien	Investi-tions-güter-industrien	Ver-brauchs-güter-industrien	Nahr-ungs- und Genuß-mittel-industrien	zusammen	Elektri-zitäts-erzeugung und -ver-teilung	Gas-erzeugung und -ver-teilung	
1950	36,4	36,5	36,6	74,4	33,9	35,9	28,0	38,3	40,5	35,9	33,3	52,1	32,8
1951	42,7	43,1	43,1	82,1	40,4	42,5	35,4	43,5	45,4	42,3	39,1	61,8	35,9
1952	45,6	45,9	45,9	86,1	43,1	44,5	39,5	44,6	48,4	46,1	42,3	69,3	39,6
1953	49,6	49,7	49,7	87,9	47,1	47,4	41,7	52,2	54,8	48,4	44,9	70,3	48,2
1954	55,3	55,4	55,5	90,1	53,1	54,0	48,6	57,3	58,0	54,5	51,1	75,7	53,0
1955	64,1	64,2	64,4	95,0	62,2	62,9	60,3	63,9	63,8	61,5	57,5	85,9	61,5
1956	69,5	69,6	69,7	98,6	67,7	67,0	66,3	70,3	69,4	68,0	64,1	92,3	66,6
1957	73,3	73,6	73,6	99,9	71,8	70,7	68,9	75,5	77,2	73,0	69,7	93,3	66,7
1958	75,4	75,6	75,6	98,9	74,0	71,3	72,9	75,9	80,6	74,2	71,4	91,2	71,5
1959	81,0	81,0	81,0	95,6	80,0	80,0	77,8	81,6	84,0	79,8	77,6	93,3	81,7
1960	90,2	90,4	90,5	97,5	90,0	90,9	90,1	89,6	88,6	87,7	85,8	99,1	85,2
1961	95,9	96,0	96,2	99,4	95,9	95,6	97,5	94,7	94,0	92,9	92,0	98,7	93,4
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	103,4	103,3	103,1	101,6	103,2	104,3	102,5	101,9	104,9	108,7	109,7	102,6	103,6
1964	112,3	112,0	111,7	103,3	112,3	118,1	110,2	108,6	110,5	119,2	121,4	105,6	118,8
1965	118,2	118,2	117,9	100,2	119,1	124,8	117,8	115,6	115,2	125,5	127,9	110,5	118,9
1966	120,3	120,1	119,6	95,8	121,2	129,2	117,3	118,4	118,8	131,6	133,9	117,3	123,7
1967	117,4	117,5	116,6	90,0	118,5	132,7	109,1	113,2	121,4	137,3	140,3	118,9	115,0
1968	131,2	131,7	130,7	93,4	133,3	151,6	122,7	129,5	128,2	153,4	155,6	140,0	121,8
1969	148,2	149,1	147,9	96,6	151,5	170,0	146,5	144,2	134,4	175,3	177,1	164,0	127,5
1970	157,2	158,1	156,5	99,1	160,5	178,6	160,1	147,7	138,6	193,4	191,9	202,4	138,6
1971	160,1	161,0	159,0	101,6	163,0	181,9	158,8	153,7	145,6	205,3	202,9	219,8	141,4

Jahr	Bergbau					Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien								Chemische Industrie ¹⁾	
	Kohlen-bergbau	Eisen-erz-bergbau	Metall-erz-bergbau	Kali- und Stein-salz-bergbau sowie Salinen	Erdöl- und Erd-gas-gewinnung	Indu-strie der Steine und Erden	Eisen-schaf-fende Indu-strie	Eisen-, Stahl- und Tem-pergießerei	Ziehe-reien und Kalt-walz-werke	NE-Metall-industrie	NE-Metall-gießerei	Mine-ralöl-ver-arbeitung	zusammen	Chemie-faser-indu-strie	
1950	81,2	66,1	88,9	52,7	16,0	37,7	43,0	55,5	36,9	40,6	28,8	14,2	30,2	26,3	
1951	89,0	77,7	96,0	61,0	19,5	44,0	52,0	71,5	40,6	47,7	37,6	18,1	35,5	30,6	
1952	92,4	91,3	101,7	67,6	24,7	46,9	60,3	75,2	45,9	42,9	38,0	20,1	35,3	24,7	
1953	93,9	87,0	113,1	70,2	30,8	52,5	55,8	67,3	44,4	51,1	41,4	23,1	41,6	31,0	
1954	95,4	79,5	119,3	82,6	37,7	56,8	61,8	77,7	57,6	65,1	53,0	28,8	47,1	35,0	
1955	99,8	95,0	119,0	87,3	45,9	64,6	76,9	94,4	69,2	72,5	67,2	33,5	52,7	43,5	
1956	103,4	101,0	117,3	86,2	52,1	68,2	84,3	96,1	70,6	72,7	67,7	36,4	57,3	46,8	
1957	104,1	108,0	119,9	87,7	58,4	69,2	88,1	92,9	76,4	77,4	69,3	37,0	64,1	51,8	
1958	102,5	106,2	108,8	88,5	64,8	70,6	81,3	86,1	76,8	81,3	71,1	45,4	66,7	50,6	
1959	97,4	107,2	100,3	93,5	74,5	80,3	89,1	90,9	82,5	88,5	79,0	59,1	75,8	63,0	
1960	98,4	111,8	105,1	100,0	80,8	85,8	103,5	103,3	96,8	103,2	98,3	73,1	85,2	72,3	
1961	99,7	112,5	105,4	102,7	90,7	93,4	102,7	104,5	101,9	105,7	101,6	89,4	90,5	80,9	
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	
1963	101,2	77,8	106,3	103,7	111,6	103,2	95,6	94,8	94,2	103,1	99,7	115,2	109,8	113,1	
1964	102,0	70,1	105,1	114,1	121,0	115,8	112,7	106,1	112,0	118,7	117,2	132,8	123,3	133,6	
1965	96,7	65,6	103,7	126,1	132,4	117,1	112,6	106,9	119,6	120,4	125,9	147,6	135,4	156,4	
1966	91,0	58,1	111,4	125,2	138,5	119,6	108,2	94,1	115,7	119,4	116,0	164,2	148,7	174,8	
1967	83,5	53,5	121,3	120,3	148,9	113,5	112,4	86,3	113,5	121,6	100,8	171,7	161,6	194,3	
1968	85,2	48,3	121,3	129,7	171,2	120,0	128,8	100,7	135,3	141,5	127,9	190,3	189,0	267,0	
1969	86,5	46,8	117,6	137,2	195,8	126,1	145,2	113,0	159,5	160,0	149,7	199,6	217,5	323,7	
1970	85,9	42,6	121,6	145,1	231,5	136,0	144,7	117,8	155,7	158,5	154,5	219,4	230,4	348,7	
1971	86,6	40,4	125,9	144,4	259,8	143,9	130,8	103,6	156,5	161,7	141,4	221,1	246,5	409,5	

*) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.
1) Einschl. Kohlenwertstoffindustrie.

X. Industrie und Handwerk

3. Index der industriellen Nettoproduktion*)

1962 = 100

Bundesgebiet

Jahr	Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien				Investitionsgüterindustrien									
	Flachglas-erzeugende Industrie ¹⁾	Sägewerke und holzbearbeitende Industrie	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Papp-erzeugende Industrie	Gummi- und asbestverarbeitende Industrie	Stahl- und Leichtmetallbau	Maschinenbau	Straßenfahrzeugbau	Schiffbau	Elektrotechnische Industrie	Feinmechanische und optische sowie Uhrenindustrie			Stahlverformung	Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie
										zusammen	ohne Uhrenindustrie	Uhrenindustrie		
1950	30,1	60,7	47,1	34,4	42,9	32,5	18,0	25,9	20,4	35,0	33,8	39,9	37,7	34,1
1951	35,6	65,7	54,2	38,4	49,0	43,0	22,6	35,2	25,0	45,2	42,7	55,0	51,4	40,4
1952	31,9	57,5	49,9	42,2	53,0	49,4	26,7	52,2	26,7	49,0	47,5	55,1	59,1	39,3
1953	41,4	57,2	57,7	48,8	62,2	48,9	28,1	65,4	30,7	53,2	50,7	63,5	55,3	42,5
1954	48,0	63,4	67,1	56,7	64,7	54,4	36,3	78,9	38,7	62,2	58,9	75,6	60,2	50,8
1955	53,8	75,0	72,4	68,2	74,2	66,5	47,3	95,2	49,4	73,1	69,7	86,7	79,5	62,5
1956	60,8	78,3	77,2	67,6	83,3	72,9	51,7	104,7	55,7	78,5	74,0	96,5	83,9	67,7
1957	61,3	81,3	81,7	70,5	86,5	74,8	53,6	113,5	60,0	80,8	76,8	96,9	82,1	70,1
1958	67,9	78,8	83,0	73,0	85,5	75,3	62,4	116,5	67,9	82,3	78,8	96,0	81,7	73,4
1959	78,2	84,8	88,0	83,6	81,9	78,1	72,0	107,4	73,9	88,0	85,7	97,5	85,9	81,4
1960	89,7	96,3	95,3	95,2	89,4	89,6	87,0	106,5	87,4	98,2	96,8	103,6	100,1	93,4
1961	89,7	98,8	98,5	96,1	99,8	98,5	92,1	104,8	97,4	100,8	99,7	105,6	106,0	96,5
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	104,1	99,2	103,2	106,7	100,3	97,8	112,0	92,9	102,5	101,5	103,9	91,5	98,6	105,2
1964	117,7	107,1	108,2	116,3	102,9	103,8	118,8	100,2	111,5	115,7	118,8	103,4	108,4	116,5
1965	127,8	111,5	112,5	125,7	109,4	110,2	123,3	107,2	123,8	122,3	125,7	108,7	114,4	123,6
1966	126,9	113,5	115,0	123,9	105,4	109,5	127,0	112,1	122,6	122,6	126,0	109,0	104,1	123,7
1967	117,3	112,2	118,0	111,3	95,4	101,8	108,4	113,6	120,2	117,6	119,3	110,7	91,9	117,4
1968	135,5	121,6	131,3	133,2	89,9	107,9	135,4	121,8	141,4	134,1	135,1	130,4	109,6	124,2
1969	151,0	137,2	143,3	158,2	109,8	126,0	164,5	133,7	167,3	153,3	158,6	142,2	134,9	155,7
1970	162,0	138,7	151,8	171,7	119,0	135,6	184,8	133,9	189,3	161,1	164,8	146,3	144,2	165,4
1971	163,2	145,1	152,7	166,0	126,0	135,2	182,1	134,0	187,3	136,7	136,1	138,8	132,9	166,1

Jahr	Verbrauchsgüterindustrien											
	Feinkeramische Industrie	Hohlglas-erzeugende Industrie ¹⁾	Holzverarbeitende Industrie	Musikinstrumenten-, Spiel- u. Schmuckwarenindustrie ²⁾	Papier- und pappverarbeitende Industrie	Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie	Kunststoffverarbeitende Industrie	Ledererzeugende Industrie	Lederverarbeitende Industrie	Schuhindustrie	Textilindustrie	Bekleidungsindustrie
1950	42,7	37,2	37,7	23,4	38,0	38,5	5,6	82,1	33,3	52,6	45,9	32,3
1951	54,5	44,6	44,7	33,1	39,7	40,0	7,8	81,0	39,1	54,6	52,9	37,1
1952	54,0	44,6	43,1	36,6	37,4	43,3	8,5	85,6	46,2	59,7	51,8	41,5
1953	56,9	49,6	50,1	44,4	45,9	51,2	12,2	90,2	54,8	63,7	61,3	50,4
1954	69,6	54,4	57,8	54,9	53,1	55,8	14,6	88,9	59,4	65,1	64,7	55,4
1955	80,1	59,7	63,6	64,6	59,1	60,3	19,7	98,2	71,4	73,7	70,4	64,1
1956	83,8	68,2	71,3	71,9	67,3	65,3	23,3	100,9	79,7	78,7	76,5	72,3
1957	84,9	68,4	74,3	78,0	72,2	70,4	32,1	111,0	90,4	86,0	81,8	78,2
1958	85,6	75,4	77,0	78,8	73,9	76,7	41,8	106,3	84,8	84,2	78,2	75,3
1959	87,8	79,2	81,4	82,4	80,6	80,6	55,6	108,8	87,6	90,1	84,5	80,6
1960	94,8	89,8	88,4	90,0	89,7	88,2	69,9	98,1	94,4	95,7	93,8	87,0
1961	100,4	94,2	93,2	95,3	91,0	95,0	82,3	102,5	99,7	96,5	97,0	94,6
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	97,8	105,6	98,2	100,3	104,7	103,7	106,3	98,1	103,9	101,5	101,8	101,4
1964	106,6	111,7	108,9	111,4	114,4	109,1	131,0	99,1	109,7	102,2	104,6	106,3
1965	111,9	119,6	117,0	119,7	122,8	115,4	149,0	96,2	111,9	106,2	108,7	115,7
1966	109,3	126,4	121,7	122,8	127,9	120,0	163,8	91,4	105,6	104,0	109,2	118,5
1967	102,2	121,8	118,2	118,0	125,6	120,2	173,9	80,7	95,4	92,3	101,9	106,5
1968	115,2	136,6	128,4	130,6	142,0	133,3	227,9	91,8	110,6	103,9	118,2	119,1
1969	126,0	154,5	147,7	144,8	158,1	148,4	266,6	92,7	115,9	110,0	129,9	130,9
1970	125,2	164,2	160,4	139,1	160,3	155,8	293,9	83,1	118,6	101,3	130,4	127,5
1971	120,7	172,5	175,3	135,0	162,6	154,4	327,2	82,1	119,2	96,8	137,4	130,2

*) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.

¹⁾ Und-veredelnde Industrie. — ²⁾ Einschl. Sportgeräte-Industrie.

X. Industrie und Handwerk

3. Index der industriellen Nettoproduktion*)

1962 = 100
Bundesgebiet

Jahr	Nahrungs- und Genußmittelindustrien												Tabak- verarbeitende Industrie
	Ernährungsindustrie												
	zu- sam- men	Mahl- und Schäl- mühlen- industrie	Nähr- mittel- industrie	Obst- und gemüse- verar- beitende Industrie	Süß- waren- indu- strie	Molkerei und milch- verar- beitende Industrie	Marga- rine- Indu- strie	Fleisch- verarbeitende Industrie	Fisch- verarbeitende Industrie	Kaffee- mittel-, kaffee- u. tee-	Braue- rei	Spiri- tuosen- indu- strie	
1950	40,0	81,6	69,0	34,5	43,2	58,0	66,7	26,0	94,6	9,5	29,1	20,0	41,9
1951	44,4	85,0	56,4	40,4	48,0	59,9	80,2	37,8	101,2	13,4	38,6	25,3	47,7
1952	47,1	86,5	58,8	36,0	49,9	62,1	94,1	41,0	92,3	16,6	43,8	27,2	51,5
1953	54,3	85,3	62,3	43,8	58,1	67,1	105,2	51,2	110,0	21,3	48,8	29,4	56,1
1954	57,7	88,9	67,1	58,0	61,2	69,4	108,5	56,5	113,9	31,5	50,9	33,5	58,8
1955	63,6	96,0	71,3	60,3	67,5	70,6	110,2	66,5	102,4	38,6	57,7	40,4	64,3
1956	69,7	99,5	74,4	71,6	77,8	72,9	114,5	74,9	103,5	46,9	63,2	49,4	68,8
1957	78,3	106,2	77,4	74,0	84,0	77,0	113,6	78,3	97,5	54,9	73,4	57,6	74,5
1958	81,0	102,0	79,0	74,6	81,7	81,6	109,6	78,6	101,3	70,5	77,1	61,1	79,6
1959	84,6	102,6	81,1	76,0	82,9	86,5	107,7	82,4	108,0	82,4	82,9	66,0	82,6
1960	89,3	103,1	85,8	82,1	88,6	91,3	106,7	87,2	104,9	83,5	85,9	76,1	86,9
1961	93,9	102,9	92,9	88,4	94,2	96,3	101,9	94,3	96,9	93,4	93,5	83,0	94,3
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	105,8	94,6	99,3	108,6	103,1	104,2	97,5	99,3	108,7	110,2	107,2	103,0	102,6
1964	111,1	97,3	101,6	93,8	107,3	105,3	101,1	102,6	106,8	117,0	115,5	107,2	108,9
1965	115,0	90,6	108,4	92,5	116,6	108,2	101,1	110,5	118,1	123,8	116,4	129,2	115,8
1966	117,5	90,2	113,9	102,5	117,0	109,0	98,9	111,8	123,8	127,5	121,6	100,4	122,0
1967	121,6	89,2	112,3	108,9	116,7	117,0	101,0	113,1	114,6	135,6	124,0	109,1	120,9
1968	127,2	87,3	117,3	112,3	121,6	119,7	101,9	121,2	116,3	153,0	127,1	123,8	130,6
1969	133,7	88,6	120,0	110,5	123,6	120,0	101,3	132,4	135,3	154,1	135,5	127,5	136,2
1970	138,0	89,3	126,6	118,5	125,6	118,4	100,5	137,9	130,5	154,7	139,6	133,3	140,0
1971	144,9	94,4	127,3	118,3	132,9	115,8	101,6	143,7	123,6	164,5	143,7	157,9	147,1

*) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.

4. Index der industriellen Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter*)

1962 = 100
Bundesgebiet
a) Investitionsgüter

Jahr	Insgesamt		Stahl- bau- erzeug- nisse	Maschinenbauerzeugnisse						Straßenfahrzeuge			Elek- tro- tech- nische Investitions- güter	Sonst. im Index erfaßte
	einschl. Personenkraft- wagen ¹⁾	ohne		zu- sam- men	Metall- bearbei- tungs- ma- schinen	Land- wirt- schaft- liche Ma- schinen	Masch. für die Nähr- ungs- mittel- industrie und ver- wandte Gebiete	Textil- und Nähma- schinen, Schuh- und Leder- indus- trie- ma- schinen	Sonstige Maschi- nenbau- erzeug- nisse	zu- sam- men	Perso- nen- kraft- wagen ¹⁾	Liefer- und Last- kraft- wagen ²⁾		
1950	29,5	30,6	44,4	32,2	23,8	47,6	39,4	60,3	27,8	22,9	20,2	26,3	20,5	34,0
1951	36,6	38,0	50,7	41,6	38,3	59,6	45,5	69,9	35,8	27,7	24,7	31,5	25,5	39,6
1952	42,1	43,7	53,9	48,5	51,3	65,6	46,3	64,4	43,1	32,6	28,5	38,0	28,0	46,9
1953	44,2	45,8	62,3	48,4	49,4	49,1	46,1	62,5	46,9	33,1	30,1	36,9	32,6	52,0
1954	51,4	52,1	64,7	53,7	49,4	62,2	51,8	68,4	52,0	43,8	45,5	41,7	42,1	60,3
1955	63,3	64,1	74,4	65,7	63,9	83,3	60,0	78,5	62,2	56,2	55,8	56,6	54,3	71,8
1956	69,2	69,9	83,3	71,4	73,4	82,7	68,4	82,3	68,0	61,9	63,0	60,5	59,2	78,2
1957	71,2	71,6	87,6	72,7	73,5	80,1	69,4	89,3	69,8	63,7	67,3	59,0	60,5	83,0
1958	74,0	73,4	86,9	73,4	66,4	85,3	75,3	84,8	71,5	72,6	79,9	63,2	63,9	86,1
1959	77,9	77,1	83,5	76,8	70,2	93,8	83,5	81,6	73,9	80,4	84,6	75,0	68,6	89,3
1960	88,4	87,3	89,9	88,3	82,8	101,5	101,2	95,5	84,9	91,5	97,8	83,4	79,6	96,3
1961	96,9	96,8	99,0	97,9	92,7	113,5	107,7	101,7	94,6	95,4	98,0	92,0	94,3	98,3
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	100,2	99,8	102,7	97,5	86,6	93,5	98,5	95,1	101,4	103,4	103,7	103,0	101,6	101,8
1964	106,3	105,6	104,2	102,6	81,5	112,8	98,8	105,6	106,3	110,4	112,7	107,5	106,5	115,1
1965	112,3	112,0	109,8	108,1	88,6	125,5	102,8	112,2	110,0	110,7	114,6	105,6	118,1	123,2
1966	113,0	111,9	106,5	107,1	89,5	118,0	102,3	115,2	109,3	114,5	122,9	103,5	120,7	125,3
1967	106,0	105,8	100,8	98,8	81,2	93,5	97,9	112,6	103,3	98,2	107,2	86,4	119,6	127,1
1968	115,5	113,6	90,0	105,4	82,3	101,9	99,5	121,0	111,4	122,3	132,0	109,6	131,0	135,8
1969	135,9	134,4	108,4	122,3	99,1	110,9	106,8	148,0	130,2	145,0	150,0	138,5	155,4	161,5
1970	146,4	147,0	116,6	130,1	113,8	100,7	112,6	149,1	140,5	151,0	140,8	164,2	174,0	178,0
1971	147,5	148,7	124,4	130,4	114,5	79,3	124,8	151,9	143,3	145,7	136,6	157,5	178,6	181,9

*) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.

¹⁾ Und Kombinationskraftwagen. — ²⁾ Einschl. sonstiger Straßenfahrzeuge.

4. Index der industriellen Bruttonproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter

1962 = 100

Bundesgebiet

b) Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genussmittel)

Jahr	Insgesamt		Straßenfahrzeuge			Elektrotechnische Verbrauchsgüter			Pharmazeut. u. kosmet. Artikel, Wasch- u. Putzmittel, Zündhölzer	Möbel	Schuhe, Textilien und Bekleidung	Sonstige im Index erfaßte Verbrauchsgüter
	einschl. Personenkraftwagen ¹⁾	ohne	zu-sammen	Personen-kraft-wagen ¹⁾	Kraft-räder, Fahr-räder	zu-sammen	Rund-funk-, Fernseh-u. Phono-geräte	Sonst. elektro-techn. Ver-bräuch-sgüter				
1950	30,3	33,6	11,6	1,4	174,9	11,4	15,1	8,8	34,2	28,7	35,3	39,8
1951	35,0	38,7	13,9	2,4	196,9	14,3	16,3	13,0	37,2	36,2	39,6	47,1
1952	37,6	41,4	17,4	3,3	240,5	16,9	18,4	15,9	39,1	35,7	43,5	48,4
1953	44,1	48,5	20,5	5,3	261,1	21,3	22,1	20,8	46,6	42,8	51,3	54,9
1954	49,0	53,5	25,6	8,9	290,6	27,9	27,4	28,2	49,4	49,8	54,8	61,2
1955	56,2	60,7	33,5	15,6	317,9	36,4	34,9	37,4	52,9	56,6	62,2	68,8
1956	63,1	67,5	36,9	22,8	260,7	47,1	48,6	46,0	57,1	65,6	69,5	75,1
1957	68,9	73,2	39,0	29,5	189,3	57,5	61,8	54,5	63,0	68,5	76,1	79,7
1958	71,8	75,1	49,0	42,6	151,5	71,5	81,7	64,4	66,4	72,8	73,5	81,5
1959	78,2	80,8	61,2	55,1	158,0	80,1	90,5	72,9	73,6	79,0	79,5	84,5
1960	88,0	89,5	80,8	74,5	180,3	95,7	106,6	88,2	79,9	87,6	87,1	92,1
1961	94,1	95,2	87,5	84,0	142,8	100,3	106,9	95,6	88,2	93,3	93,6	97,2
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	104,7	102,8	120,2	121,7	96,7	102,7	103,5	102,1	108,7	93,7	104,1	101,2
1964	112,7	110,0	134,2	136,6	96,0	117,1	115,1	118,5	116,8	103,5	108,3	108,4
1965	120,3	117,7	140,9	143,7	96,3	130,9	130,8	131,0	129,7	110,4	115,1	112,5
1966	122,6	119,7	145,1	148,7	88,7	125,4	122,4	127,4	143,7	112,9	117,5	113,6
1967	116,9	116,4	119,3	121,5	84,5	123,5	114,0	130,1	157,1	108,3	108,9	110,2
1968	135,0	132,4	154,5	158,2	95,7	146,5	146,3	146,6	179,4	117,0	123,7	123,6
1969	153,8	149,3	189,5	194,8	106,3	174,8	184,2	168,3	199,6	131,6	138,1	137,9
1970	163,0	155,9	221,0	227,5	117,9	197,6	233,0	173,0	214,0	145,1	137,5	141,6
1971	167,4	159,5	233,1	239,2	137,5	188,1	208,2	174,1	225,5	160,4	144,7	139,5

*) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.

1) Und Kombinationskraftwagen.

5. Index der Arbeitsproduktivität in der Industrie*)

1962 = 100

Bundesgebiet

Jahr	Produktionsergebnis			
	je Beschäftigten	je Beschäftigten-stunde	je Arbeiter	je Arbeiter-stunde
1950	59,8	51,6	56,3	48,6
1951	63,7	55,1	59,9	51,8
1952	65,7	57,1	62,1	54,0
1953	68,2	59,5	64,7	56,6
1954	72,2	62,7	68,6	59,7
1955	77,0	66,8	73,3	63,7
1956	78,4	69,3	74,9	66,3
1957	79,8	74,1	76,6	71,1
1958	81,4	77,1	78,8	74,7
1959	86,9	83,2	84,8	81,2
1960	93,3	90,0	91,5	88,4
1961	96,4	94,4	95,4	93,4
1962	100	100	100	100
1963	104,0	105,2	105,1	106,2
1964	112,3	114,0	114,0	115,8
1965	116,3	119,6	118,7	122,1
1966	119,0	123,9	122,8	127,9
1967	124,2	131,5	130,4	138,2
1968	138,2	142,7	145,2	150,1
1969	148,6	153,0	156,0	160,7
1970	151,9	157,7	160,3	166,2
1971	155,6	165,8	166,3	177,1

*) Ohne öffentliche Energiewirtschaft und ohne Bauindustrie.

6. Produktion ausgewählter industrieller Erzeugnisse

Jahr	Steinkohle (Förderung)	Braunkohle (Förderung)	Roheisen (einschl. Hochofenferro- legierungen)	Rohstahl	Erdöl (Rohöl)	Elektrizität ⁶⁾
	Mill. t					Mill. kWh
Reichsgebiet						
1871	29,4	8,5	1,4	1,3	.	.
1872	33,3	9,0	1,8	1,5	.	.
1873	36,4	9,8	2,0	1,5	.	.
1874	35,9	10,7	1,7	1,6	.	.
1875	37,4	10,4	1,8	1,5	.	.
1876	38,5	11,1	1,6	1,4	.	.
1877	37,5	10,7	1,7	1,5	.	.
1878	39,6	10,9	1,9	1,6	.	.
1879	42,0	11,4	2,0	1,7	.	.
1880	47,0	12,1	2,5	2,0	.	.
1881	48,7	12,9	2,6	2,2	.	.
1882	52,1	13,3	3,0	2,6	.	.
1883	55,9	14,5	3,1	2,5	.	.
1884	57,2	14,9	3,2	2,6	.	.
1885	58,3	15,4	3,3	2,6	.	.
1886	58,1	15,6	3,1	2,7	.	.
1887	60,3	15,9	3,5	3,3	.	.
1888	65,4	16,6	3,8	3,4	.	.
1889	67,3	17,6	4,0	3,8	.	.
1890	70,2	19,1	4,1	3,7	.	.
1891	73,7	20,5	4,1	4,0	.	.
1892	71,4	21,2	4,4	4,0	.	.
1893	73,9	21,6	4,4	4,2	.	.
1894	76,7	22,1	4,7	4,8	.	.
1895	79,2	24,8	4,8	5,0	.	.
1896	85,7	26,8	5,6	5,9	.	.
1897	91,1	29,4	6,0	6,1	.	.
1898	96,3	31,6	6,5	6,5	.	.
1899	101,6	34,2	7,0	7,2	.	.
1900	109,3	40,5	7,5	7,6	50	246
1901	108,5	44,5	6,9	7,2	44	320
1902	107,5	43,1	7,3	8,6	50	350
1903	116,6	45,8	8,9	9,6	63	413
1904	120,8	48,6	8,9	9,7	90	600
1905	121,3	52,5	9,6	10,9	79	700
1906	137,1	56,4	11,0	12,0	81	749
1907	143,2	62,5	11,6	12,7	106	900
1908	146,1	64,7	11,5	11,7	141	1 095
1909	147,0	66,7	11,4	12,4	137	1 400
1910	151,1	67,6	13,1	14,0	140	1 600
1911	158,6	71,6	13,9	15,3	137	1 836
1912	174,9	80,9	15,6	16,5	135	2 300
1913	190,1	87,2	16,8	17,7	121	2 533
1914	161,4	83,7	12,6	14,0	110	2 782
1915	146,9	87,9	10,2	12,5	99	3 200
1916	159,2	94,2	11,3	15,0	93	3 700
1917	167,7	95,5	11,6	15,6	91	4 200
1918	158,3	100,6	10,6	14,2	38	4 700
1919	116,7	93,6	6,3	7,9	37	5 067
1920	131,4	111,9	7,0	9,3	35	6 000

6. Produktion ausgewählter industrieller Erzeugnisse

Jahr	Steinkohle (Förderung)	Braunkohle (Förderung)	Roheisen (einschl. Hochofenferro- legierungen)	Rohstahl	Erdöl (Rohöl)	Elektrizität ⁶⁾
	Mill. t					Mill. kWh
Reichsgebiet						
1921	136,3	123,1	8,7	11,1	38	7 300
1922	119,2	137,2	10,6	13,1	42	7 891
1923	62,3	118,8	5,9	7,4	51	7 300
1924	118,8	124,6	9,2	11,4	59	8 300
1925	132,6	139,7	11,6	13,8	79	9 915
1926	145,3	139,2	11,3	14,1	95	10 208
1927	153,6	150,5	14,9	18,2	97	12 317
1928	150,9	165,6	13,7	16,6	92	14 146
1929	163,4	174,5	15,5	18,5	103	16 391
1930	142,7	146,0	11,6	13,5	174	16 101
1931	118,6	133,3	7,6	9,8	229	14 408
1932	104,7	122,6	5,3	7,2	230	13 423
1933	109,7	126,8	6,9	9,3	239	14 546
1934	124,9	137,3	10,6	13,9	318	17 414
1935	144,7	147,1	12,8	16,4	427	20 270
1936	158,3	161,4	15,3	19,2	445	23 664
1937	184,5	184,7	16,0	19,8	451	27 380
1938 ¹⁾	186,2	195,0	18,0	23,3	552	31 244
1939 ¹⁾	187,9	212,1	17,5	23,7	741	34 053
1940 ¹⁾	184,4	225,1	14,0	19,1	1 056	35 200
1941 ¹⁾	186,5	236,1	15,4	20,8	901	39 800
1942 ¹⁾	187,9	245,9	15,4	20,5	743	41 700
1943 ¹⁾	190,5	253,4	16,0	20,8	710	45 200
1944 ¹⁾	166,1	229,4	13,4	18,3	720	45 000
Bundesgebiet						
1928 ²⁾	121,4	.	11,0	12,9	92	16 535 ²⁾
1929 ²⁾	131,4	.	13,0	14,7	103	18 178 ²⁾
1930 ²⁾	115,4	53,9	9,3	10,4	170	17 164 ²⁾
1931 ²⁾	94,1	.	6,0	7,6	177	15 292 ²⁾
1932 ²⁾	82,0	.	4,0	5,3	214	13 889 ²⁾
1933 ²⁾	86,7	.	5,2	6,9	232	15 222 ²⁾
1934 ²⁾	99,5	.	8,6	10,7	316	18 280 ²⁾
1935 ²⁾	106,8	.	10,6	12,6	426	20 940 ²⁾
1936 ²⁾	117,0	56,6	12,6	14,8	444	24 086 ²⁾
1937 ²⁾	137,6	.	13,1	15,5	451	27 510 ²⁾
1938 ²⁾	137,0	68,3	15,2	17,9	552	31 096 ²⁾
1939 ²⁾	139,6	72,1	14,9	18,7	74 ⁴⁾	33 885 ²⁾
1940 ²⁾	138,4	73,3	17,2	15,6	1 056	35 367 ²⁾
1941 ²⁾	139,4	.	17,6	16,0	901	36 699 ²⁾
1942 ²⁾	137,9	.	12,5	15,7	743	38 000 ²⁾
1943 ²⁾	137,3	80,0	13,2	15,6	710	39 500 ²⁾
1944 ²⁾	117,8	.	11,2	13,6	720	37 500 ²⁾
1945 ²⁾	35,5	24,3	.	.	547	17 800 ²⁾
1946 ²⁾	53,9	51,6	2,1	2,6	650	22 448 ²⁾
1947 ²⁾	71,1	58,7	2,3	3,1	577	26 257 ²⁾
1948 ²⁾	87,0	64,9	4,7	5,6	635	32 905 ²⁾
1949 ²⁾	103,2	72,3	7,1	9,2	842	39 201 ²⁾
1950	125,7	75,8	11,2	14,0	1 119	44 466 ²⁾

X. Industrie und Handwerk

6. Produktion ausgewählter industrieller Erzeugnisse

Jahr	Steinkohle (Förderung)	Braunkohle (Förderung)	Roheisen (einschl. Hochofenferro- legierungen)	Rohstahl	Erdöl (Rohöl)	Elektrizität ¹⁾
	Mill. t					Mill. kWh
Bundesgebiet						
1951	135,1	83,1	13,1	16,1	1 367	51 848 ²⁾
1952	139,4	83,4	15,4	18,6	1 755	56 781 ³⁾
1953	140,7	84,6	14,0	18,1	2 189	61 026 ³⁾
1954	144,7	87,8	15,0	20,2	2 666	68 521 ³⁾
1955	147,9	90,3	19,4	24,5	3 147	76 542 ³⁾
1956	151,4	95,2	20,6	26,6	3 506	85 170 ³⁾
1957	149,4	97,0	21,5	28,0	3 960	91 773 ³⁾
1958	148,8	93,7	19,8	26,3	4 432	95 271 ³⁾
1959	141,7	93,7	21,6	29,4	5 103	106 206 ⁴⁾
1960	142,3	96,1	25,7	34,1	5 530	116 418 ⁴⁾
1961	142,7	97,2	25,4	33,5	6 205	124 563 ⁴⁾
1962	141,1	101,3	24,3	32,6	6 776	135 438 ⁴⁾
1963	142,1	106,7	22,9	31,6	7 383	150 438
1964	142,2	110,9	27,2	37,3	7 673	164 841
1965	135,1	101,9	27,0	36,8	7 884	172 340
1966	126,0	98,1	25,4	35,3	7 868	177 875
1967	112,0	96,8	27,4	36,7	7 927	184 681
1968	112,0	101,5	30,3	41,2	7 982	203 282
1969	111,6	107,4	33,8	45,3	7 876	226 050
1970	111,3	107,8	33,6	45,0	7 535	242 750
1971	110,8	104,5	30,0	40,3	7 420	259 631

¹⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ²⁾ Bundesgebiet ohne Saarland. — ³⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — ⁴⁾ Bundesgebiet ohne Berlin. — ⁵⁾ Reichsgebiet: Nur öffentliche Elektrizitätswerke; Bundesgebiet: Öffentliche Elektrizitätswerke, Stromerzeugungsanlagen der Industrie und für die Deutsche Bundesbahn.

7. Beschäftigte und Umsatz des Handwerks*)

Jahr	Handwerk insgesamt	Davon Handwerksgruppe						
		Bau ²⁾	Metall ⁴⁾	Holz ³⁾	Be- kleidung ⁵⁾	Nahrung ⁷⁾	Körper- pflege ⁸⁾	Sonstige ⁹⁾
Beschäftigte ¹⁰⁾								
1 000								
1961 ¹⁾	3 478	1 211	835	254	320	475	298	85
1962 ¹⁾	3 736	1 360	880	272	295	479	354	96
1963 ¹⁾	3 790	1 405	898	269	282	480	359	97
1964 ²⁾	3 797	1 401	927	268	271	475	357	98
1965 ²⁾	3 806	1 383	947	265	260	488	363	100
1966	3 815	1 361	970	261	248	495	378	102
1967	3 735	1 265	968	264	237	504	392	105
1968	3 753	1 279	972	264	225	506	403	104
1969	3 787	1 306	985	262	216	503	411	104
1970	3 795	1 324	995	258	201	490	425	102
1971	3 825	1 331	1 029	258	190	484	431	102
Gesamtumsatz ¹¹⁾								
Mill. DM								
1961 ¹⁾	84 099	21 029	26 954	5 764	5 149	20 072	2 977	2 154
1962 ¹⁾	95 629	26 931	28 886	6 580	4 905	22 128	3 670	2 529
1963 ¹⁾	101 129	28 520	30 727	6 814	4 982	23 555	3 872	2 659
1964 ²⁾	113 178	33 078	34 627	7 746	5 375	25 076	4 121	3 155
1965 ²⁾	123 869	34 513	39 335	8 618	5 871	27 444	4 530	3 558
1966	130 634	35 541	42 098	8 954	6 023	29 084	4 987	3 947
1967	126 022	33 658	39 874	8 911	5 709	28 686	5 162	4 022
1968	108 758	23 595	35 659	7 822	5 244	27 683	4 975	3 780
1969	130 934	32 598	44 160	9 190	5 668	29 802	5 275	4 241
1970	150 662	39 631	52 532	10 136	6 055	31 660	5 855	4 793
1971	170 039	47 319	59 582	11 862	6 594	33 025	6 325	5 332
darunter Handwerksumsatz ¹¹⁾								
Mill. DM								
1961 ¹⁾	60 832	20 428	13 110	4 807	2 852	15 731	2 488	1 416
1962 ¹⁾	70 862	25 532	15 591	5 426	2 967	16 651	2 994	1 701
1963 ¹⁾	74 626	26 694	16 577	5 737	2 994	17 646	3 192	1 786
1964 ²⁾	83 781	30 804	18 663	6 475	3 161	19 191	3 398	2 089
1965 ²⁾	90 839	32 362	20 740	7 091	3 449	21 176	3 705	2 316
1966	96 135	33 578	22 749	7 200	3 433	22 546	4 094	2 535
1967	93 377	31 836	22 304	7 251	3 185	21 964	4 243	2 594
1968	79 300	22 256	19 993	6 441	2 961	21 171	4 133	2 345
1969	95 764	30 802	24 386	7 547	3 171	22 799	4 409	2 650
1970	109 878	37 492	29 055	8 238	3 282	23 980	4 856	2 975
1971	125 752	44 749	34 072	9 624	3 562	25 017	5 372	3 355

*) Ergebnisse der vierteljährlichen Handwerksberichterstattung (ohne Nebenbetriebe).

¹⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — ²⁾ Bundesgebiet ohne Saarland. — ³⁾ Bau- und Ausbauhandwerke. — ⁴⁾ Metallverarbeitende Handwerke. — ⁵⁾ Holzverarbeitende Handwerke. — ⁶⁾ Bekleidungs-, Textil- und Lederverarbeitende Handwerke. — ⁷⁾ Nahrungsmittelhandwerke. — ⁸⁾ Handwerke für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemische und Reinigungshandwerke. — ⁹⁾ Glas-, Papier-, keramische und sonstige Handwerke. — ¹⁰⁾ Jahresdurchschnitte wie folgt berechnet: $\frac{1}{4}$ des 4. Vj. des Vorjahres + $\frac{1}{4}$ des 1. — 3. Vj. + $\frac{1}{4}$ des 4. Vj. des Berichtsjahres. — ¹¹⁾ Ab 1968 ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

XI. Bauwirtschaft, Bautätigkeit, Wohnungen

Vorbemerkung

Allgemeines

Laufende statistische Erhebungen im wichtigsten Bereich der Bauwirtschaft, dem Bauhauptgewerbe, wurden erst in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg eingeführt. Zuvor wurde das Bauhauptgewerbe nur im Rahmen der in größeren Zeitabständen durchgeführten gewerblichen Betriebszählungen (vgl. Abschnitt IX) ausgewiesen.

Die Anfänge der Bautätigkeitsstatistik gehen zwar bis in das vorige Jahrhundert zurück, eine umfassende Ermittlung von Daten über die Bautätigkeit wurde jedoch erst ab 1924 vorgenommen. Die große Versorgungslücke an Wohnraum nach dem Ersten Weltkrieg und die damals verstärkte Land-Stadt-Wanderung der Bevölkerung erforderte eine eingehendere Information über die gesamte Wohnungsbautätigkeit. Hinzu kam, daß auch der Nichtwohnbau infolge des wirtschaftlichen Aufschwungs zusehends an Bedeutung gewann. Damals wurde bereits u. a. die Zahl der Gebäude, der Wohnungen und der Wohnräume sowie der umbaute Raum erhoben. Im Laufe der Zeit erfuhr die Bautätigkeitsstatistik mehrfach eine Umgestaltung und Ergänzung. Insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg verlagerte sich ihre Bedeutung zunehmend von einer ursprünglich reinen Konjunkturstatistik bzw. einer Statistik zur Fortschreibung des Wohnungsbestandes hin zu einer Statistik, die Auskunft gibt über die Art der gesamten Bautätigkeit, über Volumen, Kosten und Ausführung der Baumaßnahmen sowie über die Gebäudearten und die Bauherren. Außerdem interessierten immer mehr auch Angaben über den Nichtwohnbau, der nicht zuletzt aufgrund der verstärkten staatlichen Aktivität im Infrastrukturbereich im letzten Jahrzehnt erheblich an Umfang zunahm.

Schon Mitte des letzten Jahrhunderts haben einige Städte im Zusammenhang mit den Bevölkerungszählungen Feststellungen über Gebäude und Wohnungen getroffen. Die ersten einheitlichen Ergebnisse im gesamten Reichsgebiet fielen bei der Volkszählung 1871 an. Auch aus den Volkszählungen 1880, 1890, 1900 und 1910 liegen entsprechende Ergebnisse vor. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde 1918 eine Wohnungszählung in allen Gemeinden mit 5 000 und mehr Einwohnern durchgeführt, weitere Zählungen folgten in den Jahren 1927 und 1939. In der Bundesrepublik wurden Gebäude und Wohnungen in den Jahren 1950, 1956, 1961 und 1968 gezählt. Die Zählungsergebnisse werden mit Hilfe der Bautätigkeitsstatistik jährlich fortgeschrieben.

Erläuterungen zu den Tabellen

In Tabelle 1 werden die wichtigsten Ergebnisse der Bauberichterstattung seit 1950 nachgewiesen. Als Erfassungseinheit gilt der Baubetrieb und nicht die Baustelle oder das Bauunternehmen. Filialbetriebe eines Bauunternehmens werden wie selbständige Betriebe behandelt. Wenn Baustellen mit eigenen Baubüros in einem anderen Bundesland liegen als der Betrieb, zu dem sie gehören, so gelten sie als selbständige Betriebe. Beschäftigte sind die tätigen Inhaber und alle in einem Arbeitsverhältnis zum Baubetrieb stehenden Betriebsangehörigen (Angestellte, Arbeiter, Lehrlinge, ohne unbezahlte mithelfende Familienangehörige). In die Lohn- und Gehaltssumme (Bruttosumme) sind einbezogen die Beiträge zu den Sozialkassen des Baugewerbes (11,3%), Lohn- und Gehaltzuschläge (einschl. Gratifikationen), Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall, Vergütungen für Urlaub, Feiertage und Arbeitsausfall, soweit sie vom Baubetrieb ohne Erstattung durch die Sozialkassen oder das Arbeitsamt getragen werden, ferner die vom Lohn bzw. Gehalt einbehaltenen und durch den Arbeitgeber im Auftrage der Arbeitnehmer abgeführten Sparanteile gem. 3. Verm.BG vom 27. 6. 1970 sowie die Arbeitgeberzulagen gem. den Vermögensbildungstarifverträgen. Entgelte für Poliere und Schachtmeister sind in den Lohnsummen enthalten. Nicht einbezogen sind die Pflichtanteile des Arbeitgebers zur Sozialversicherung sowie Vergütungen, die als Spesenersatz anzusehen sind. Als Umsatz gelten alle dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren Beträge für Bauleistungen im Bundesgebiet und die Umsätze in Zollausschlüssen (deutsche Freihäfen). Handels- und sonstige Umsätze (z. B. aus Verkauf von Anlagegütern) sind nicht einbezogen. In der Regel wurden die Umsätze bis Ende 1967 nach den vereinnahmten, ab 1968 jedoch aufgrund des neuen Umsatzsteuergesetzes nach den vereinbarten Entgelten erfaßt. Ab 1970 werden nur die Nettoumsätze (Umsätze ohne Umsatzsteuer) erfragt. Sie enthalten nur die Umsätze aus Lieferungen und Leistungen, die nach dem 1. 1. 1968 ausgeführt worden sind (§ 27 Abs. 1 UStG). Die geleisteten Arbeitsstunden umfassen von Inhabern, Angestellten, Arbeitern und Lehrlingen auf Baustellen und Bauhöfen tatsächlich geleistete (nicht die bezahlten) Arbeitsstunden. Beim Rohzugang an Gebäuden und Wohnungen in Tabelle 2 handelt es sich um sämtliche Zugänge aus der Bautätigkeit einschließlich Wiederherstellung, Um- und Ausbauten, Erweiterungen. Der Reinzugang umfaßt die Zugänge aus der Bautätigkeit, abzüglich der Abgänge durch Brand, Abbruch usw.

Bei den Gebäuden in Tabelle 3 handelt es sich bis 1940 um Gebäude mit Wohnraum; ab 1950 sind die Wohngebäude nachgewiesen. Bis 1910 wurden keine Wohnungen gezählt, sondern die Zahl der Wohnungen wurde aus der Zahl der Haushalte abgeleitet.

1918 wurden Wohnungen gezählt, wobei sowohl der nutzungsrechtliche Begriff zugrunde gelegt wurde (d. h. es wurden die von einem Haushalt genutzten Räume als Wohnung angesehen) als auch teilweise der bautechnische Wohnungsbegriff. Grundsätzlich wurde bei dieser Zählung Wohnung gleich Haushalt gesetzt. Zwischen 1927 und 1943 arbeitete man mit »mietrechtlichen« Einheiten. Ab 1950 wird bei der Erfassung der Wohnungen von einem »bautechnischen« Wohnungsbegriff ausgegangen, bei dem die Wohnung als bauliche (bauplanmäßige) Einheit angesehen wird.

XI. Bauwirtschaft, Bautätigkeit, Wohnungen

1. Betriebe, Beschäftigung und Umsatz des Bauhauptgewerbes*)

Jahr	Betriebe ²⁾	Beschäftigte ³⁾		Geleistete ⁴⁾ Arbeits- stunden	Lohn ⁵⁾ ⁶⁾	Gehalt ⁶⁾	Umsatz ⁷⁾		
		insgesamt	Arbeiter				insgesamt	Wohnungs- bau	Öffentlicher und Ver- kehrsbau
		Anzahl	1 000		Mill.	summe	insgesamt		
1950 ¹⁾	64 343	913	794	1 811	2 297	173	6 182	.	.
1951 ¹⁾	65 241	922	800	1 862	2 709	207	7 783	.	.
1952 ¹⁾	66 542	945	823	1 899	3 048	240	9 237	.	.
1953 ¹⁾	64 682	1 051	928	2 179	3 660	273	10 690	.	.
1954 ¹⁾	63 598	1 095	970	2 262	3 931	298	11 722	5 470	3 424
1955 ¹⁾	62 836	1 209	1 080	2 498	4 713	355	14 172	6 236	4 354
1956 ¹⁾	61 750	1 217	1 083	2 550	5 175	418	15 638	6 695	4 918
1957 ¹⁾	60 482	1 201	1 066	2 379	5 292	461	15 978	6 811	5 089
1958 ¹⁾	59 256	1 206	1 070	2 340	5 692	508	17 172	7 366	5 705
1959 ¹⁾	58 696	1 287	1 149	2 493	6 522	571	21 057	8 479	7 609
1960	60 902	1 406	1 254	2 604	7 625	711	25 018	9 706	8 882
1961	61 164	1 447	1 289	2 668	9 024	853	28 650	10 860	10 564
1962	64 081	1 526	1 357	2 706	10 260	1 030	33 359	12 149	13 532
1963	65 591	1 604	1 424	2 660	11 226	1 217	36 420	13 016	15 654
1964	66 610	1 643	1 454	2 908	13 492	1 418	42 617	15 097	18 649
1965	66 802	1 643	1 448	2 800	14 267	1 589	44 375	15 906	18 753
1966	66 736	1 619	1 419	2 793	15 291	1 771	46 878	16 896	19 670
1967	66 198	1 467	1 270	2 475	13 685	1 792	44 329	16 414	18 994
1968	65 422	1 487	1 288	2 472	14 369	1 913	28 417	10 391	11 709
1969	65 221	1 505	1 301	2 440	15 519	2 168	42 751	15 069	17 866
1970	64 339	1 529	1 320	2 526	19 569	2 593	55 229	18 232	23 556
1971	63 436	1 544	1 329	2 554	22 266	3 039	67 034	23 196	26 410

¹⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — ²⁾ Ergebnisse der Totalerhebung; Stand: bis 1962 Ende Juli, ab 1963 Ende Juni. — ³⁾ Durchschnitte aus 12 Monatswerten; ohne unbezahlte mithelfende Familienangehörige. — ⁴⁾ Jahressumme. — ⁵⁾ Ab 1962 einschl. 11,3% Beiträge zu den Sozialkassen des Baugewerbes. — ⁶⁾ Ab 1966 einschl. Arbeitgeberzulagen gem. den Vermögensbildungstarifverträgen. — ⁷⁾ Ab 1968 ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. 1960 bis 1963 einschl. Umsatz für Trümmerbeseitigung und Abbruch in Berlin (West); in den einzelnen Bauarten nicht enthalten.

2. Baufertigstellungen

Jahr	Gebäude ³⁾ (Rohzugang)			Wohnungen					
	Nichtwohngebäude		Wohn- gebäude	in Wohn- und Nicht- wohngebäuden (Reinzugang)			in Wohngebäuden (Rohzugang) nach Bauherren ⁴⁾		
	1 000	Mill. cbm umbauter Raum		Anzahl	auf 10 000 Einwohner	Behörden und Verwaltungen	Gemein- nützige Wohnungs- unternehmen usw.	Private Bauherren	%
Reichsgebiet									
1919	.	.	.	56 714	9
1920	.	.	.	103 092	17
1921	.	.	.	134 223	22
1922	.	.	.	146 615	25
1923	.	.	.	118 333	19
1924	53,3	.	54,4	106 502	17
1925	76,3	.	89,2	178 930	29
1926	63,8	.	97,8	205 793	33
1927	76,1	.	131,4	288 635	46	11,8	27,9	.	60,3
1928	79,3	.	137,3	309 762	50	10,4	30,0	.	59,6
1929	71,9	60,4	130,8	317 682	51	9,6	34,9	.	55,5
1930	86,7	69,8	121,0	310 971	50	8,9	39,8	.	51,3
1931	69,0	50,4	94,1	233 648	37	8,0	40,3	.	51,7
1932	54,3	36,6	81,6	141 265	23	8,7	20,9	.	70,4
1933	51,7	34,3	91,9	178 038	27	9,8	14,8	.	75,4
1934	52,6	39,2	128,6	283 995	44	13,6	15,9	.	70,5
1935	60,3	56,8	134,2	241 032	37	8,1	18,9	.	73,0
1936	71,9	72,4	155,1	310 490	47	5,4	25,3	.	69,3
1937	75,8	76,2	165,4	320 057	48	4,7	29,5	.	65,8
1938 ¹⁾	73,2	76,5	138,9	285 269	43	5,4	35,2	.	59,4

Fußnoten siehe S. 186.

XI. Bauwirtschaft, Bautätigkeit, Wohnungen

2. Baufertigstellungen

Jahr	Gebäude ¹⁾ (Rohzugang)				Wohnungen			
	Nichtwohngebäude		Wohngebäude	in Wohn- und Nichtwohngebäuden (Reinzugang)	in Wohngebäuden (Rohzugang) nach Bauherren ²⁾			
	1 000	Mill. cbm umbauter Raum	1 000		Behörden und Verwaltungen	Gemeinnützige Wohnungsunternehmen usw.	Private Bauherren	
			Anzahl	auf 10 000 Einwohner	%			
Bundesgebiet								
1936 ²⁾	40,1	.	85,8	171 715	45	5,4	25,3	69,3
1938 ²⁾	43,5	.	78,9	116 079 ³⁾	30 ⁴⁾	5,4	35,3	59,3
1949 ¹⁾								
1950 ²⁾	184,5	156,5	326,0	973 200	201	6,9	33,5	59,6
1951 ²⁾								
1952 ²⁾	83,5	82,5	139,2	436 252	90	5,2	42,8	52,0
1953 ²⁾	80,0	78,5	159,7	505 860	103	5,2	41,5	53,3
1954 ²⁾	82,3	84,0	176,2	532 735	108	4,0	34,6	61,4
1955 ²⁾	87,8	96,4	181,9	527 129	106	3,0	31,3	65,7
1956 ²⁾	95,7	110,8	192,7	548 164	109	2,7	29,3	68,6
1957 ²⁾	99,1	111,6	189,1	513 735	102	2,5	29,5	68,0
1958 ²⁾	101,8	103,9	179,3	473 434	93	2,4	28,9	68,7
1959 ²⁾	114,2	112,9	202,3	537 356	104	2,5	28,2	69,3
1960 ²⁾	88,4	131,0	207,1	553 175	100	2,3	26,6	71,1
1961	84,4	140,4	214,3	545 305	97	1,9	25,8	72,3
1962	81,5	155,3	215,3	543 312	96	2,2	24,3	73,5
1963	79,8	140,9	217,8	532 019	93	2,1	24,8	73,1
1964	90,7	167,1	237,7	583 029	101	2,5	26,5	71,0
1965	55,0 ⁵⁾	159,4 ⁵⁾	232,5	542 376	93	2,8	25,9	71,3
1966	52,8	178,5	232,6	558 593	94	2,6	25,2	72,2
1967	48,0	171,9	215,8	523 843	88	2,5	23,5	74,0
1968	45,4	160,1	193,7	497 844	83	2,2	23,0	74,8
1969	44,7	168,6	185,8	472 073	78	2,2	22,6	75,2
1970	42,9	191,0	179,9	451 212	73	1,9	19,0	79,1

¹⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ²⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — ³⁾ Ab 1949 nur Normalbau, keine Notbauten. — ⁴⁾ 1919 bis 1939 nur Bauherren für Neubau von Wohnungen in Wohngebäuden. — ⁵⁾ Durch Heraufsetzen der Obergrenze für Bagatelbauten von 100 auf 350 cbm umbauten Raumes von Nichtwohngebäuden ist ein Vergleich mit den Gebäudezahlen für 1964 und früher nur eingeschränkt möglich. — ⁶⁾ 1939.

3. Gebäude und Wohnungen

Jahr	Gebäude		Wohnungen		Jahr	Gebäude		Wohnungen	
	1 000	auf 1 000 Einwohner	1 000	auf 1 000 Einwohner		1 000	auf 1 000 Einwohner	1 000	auf 1 000 Einwohner
Reichsgebiet					Reichsgebiet				
1871	5 330	130,0	8 732	213,0	1938	9 026	131,7	17 836	260,2
1880	5 652	125,3	9 652	214,0	1939	9 119	131,6	18 325	264,4
1890	5 849	118,8	10 618	215,6	1940	9 162	131,2	18 386	263,3
1900	6 458	115,2	12 260	218,7	1941	18 422	262,3
1910	6 978	108,1	14 347	222,2	1942	18 442	260,4
1918	7 155	107,1	13 552	202,8	1943	18 460	262,2
1919	7 174	114,1	13 608	216,4	Bundesgebiet				
1920	7 215	116,8	13 712	221,9	1950 ¹⁾	5 366	114,0	10 082	214,2
1921	7 277	116,5	13 846	221,6	1951 ¹⁾	5 545	116,9	10 647	224,6
1922	7 346	118,7	13 992	226,0	1952 ²⁾	5 693	119,3	11 113	232,8
1923	7 397	118,7	14 111	226,5	1953 ³⁾	5 856	121,6	11 642	241,7
1924	7 446	118,8	14 217	226,8	1954 ⁴⁾	6 036	123,9	12 201	250,5
1925	7 529	119,2	14 396	227,9	1955 ⁵⁾	6 240	126,8	12 764	259,4
1926	7 618	119,7	14 602	229,5	1956 ⁶⁾	6 427	129,1	13 484	270,8
1927	7 739	120,9	14 891	232,6	1957 ⁷⁾	6 630	131,5	14 218	281,9
1928	7 864	122,1	15 200	236,1	1958 ⁸⁾	6 810	133,4	14 715	288,2
1929	7 984	123,3	15 518	239,7	1959	7 192	131,1	15 584	284,0
1930	8 094	124,4	15 829	243,2	1960	7 396	133,4	16 139	291,1
1931	8 178	125,0	16 140	246,7	1961	7 536	134,1	16 816	299,4
1932	8 251	125,6	16 373	249,1	1962	7 745	136,0	17 358	304,9
1933	8 336	126,3	16 514	250,1	1963	7 959	138,2	17 893	310,7
1934	8 456	127,3	16 693	251,4	1964	8 188	140,5	18 476	317,1
1935	8 584	128,4	16 976	253,9	1965	8 411	142,5	19 019	322,3
1936	8 732	129,7	17 214	255,6	1966	8 634	144,8	19 574	328,2
1937	8 894	131,1	17 520	258,3	1967	8 839	147,6	19 728	329,5
					1968	8 878	147,5	19 882	330,4
					1969	9 053	148,8	20 355	334,5
					1970	9 222	149,9	20 807	338,3

¹⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland).

XII. Groß- und Einzelhandel, Gastgewerbe, Fremdenverkehr

Vorbemerkung

Allgemeines

Statistische Unterlagen über den Binnenhandel sowie das Gastgewerbe fielen in der Vorkriegszeit nur im Rahmen der in längeren Zeitabständen durchgeführten gewerblichen Betriebszählungen (vgl. Abschnitt IX) an. Nach dem Zweiten Weltkrieg ist die Berichterstattung wesentlich erweitert worden. Neben den allgemeinen Angaben im Rahmen der Arbeitsstättenzählungen (früher: gewerbliche Betriebszählungen) werden tiefgegliederte Strukturdaten bei den in größeren Zeitabständen durchgeführten Handels- und Gaststättenzählungen erhoben. Daneben werden Stichprobenerhebungen über die Entwicklung der Beschäftigten, Umsätze, des Lagerbestandes und des Wareneingangs durchgeführt.

Die Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten wurde in ähnlicher Form wie heute (ohne Kapazitätserhebung) bereits Anfang der dreißiger Jahre vom Statistischen Reichsamt eingeführt, jedoch sind die damaligen Ergebnisse mit den heutigen nicht in vollem Umfang vergleichbar.

Die in diesem Abschnitt wiedergegebenen Tabellen beschränken sich auf einige wichtige Nachweisungen der Nachkriegszeit.

Erläuterungen zu den Tabellen

Den Meßziffern über die Umsatzentwicklung im Großhandel, Einzelhandel und Gastgewerbe (Tabellen 1 bis 3) liegen die Meldungen von rd. 10 000, 40 000 bzw. 15 000 einschlägigen Unternehmen zugrunde. Die Angaben sind nach Fachbereichen bzw. Wirtschaftsgruppen gegliedert. Wegen grundlegender Änderungen in der Erhebungsmethode sind die in der Zeit von 1950 bis 1961 berechneten Meßzahlen mit denen ab 1962 nicht vergleichbar. Die Tabellen umfassen deshalb nur den kurzen Zeitraum von 1962 bis 1970.

In der Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten (Tabelle 4) werden die Ankünfte und Übernachtungen von Inländern und Ausländern in gewerblichen Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren ausgewählter Berichtsgemeinden (knapp 3 000) erfaßt. Wegen Änderungen im Erhebungsumfang (wechselnde Zahl der Berichtsgemeinden) ist ein exakter Vergleich zwar nicht möglich, jedoch wird die Richtung der Entwicklung zutreffend gekennzeichnet.

Die in Tabelle 5 dargestellte Statistik des Warenverkehrs mit der DDR und Berlin (Ost) — bis 1969 als Interzonenhandelsstatistik bezeichnet — erfaßt analog zu den Methoden der Außenhandelsstatistik den gesamten Warenverkehr zwischen dem Bundesgebiet und der DDR und Berlin (Ost) unabhängig von der Art der Verrechnung der Bezüge und Lieferungen.

1. Umsatz des Großhandels

1962 = 100
Bundesgebiet

Jahr	Großhandel insgesamt	Davon Großhandel mit				
		Getreide, Futter- und Düngemitteln	sonstigen Rohstoffen und Halbwaren	Nahrungs- und Genußmitteln	Textilwaren, Schuhen	sonstigen Fertigwaren
1963	105	101	105	106	104	103
1964	113	109	113	115	111	114
1965	122	119	117	131	121	124
1966	125	125	118	137	122	126
1967	124	124	114	144	118	121
1968 ¹⁾	128	119	122	144	120	126
1969 ¹⁾	146	135	140	158	129	151
1970 ¹⁾	160	148	156	167	139	172
1971 ¹⁾	164	153	152	177	153	185

¹⁾ Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

2. Umsatz des Einzelhandels

1962 = 100
Bundesgebiet

Jahr	Einzelhandel insgesamt	Davon Einzelhandel mit									
		Waren verschiedener Art ¹⁾	Nahrungs- u. Genußmitteln u. ä.	Textilwaren, Schuhen	Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf (a. n. g.)	Elektro- u. opt. Erzeugnissen, Uhren	Papierwaren, Druckerzeugnissen	pharmazeutischen, kosmet. u. ä. Erzeugnissen	Kohle, Mineralölzeugnissen	Fahrzeugen, Maschinen, Büroeinrichtungen	sonstigen Waren
1963	105	108	104	103	101	103	106	107	117	105	106
1964	113	121	111	110	110	112	115	115	109	115	116
1965	124	141	121	121	120	124	128	127	112	127	127
1966	131	153	127	125	129	130	138	139	114	129	134
1967	132	159	131	123	129	127	145	149	116	121	139
1968	138	173	137	126	132	132	152	161	126	118	142
1969	152	189	147	140	148	147	167	177	133	146	155
1970	170	216	159	156	170	168	178	189	151	173	173
1971	188	244	174	174	194	190	200	212	157	187	187

¹⁾ Ohne Hauptrichtung Nahrungsmittel.

3. Umsatz des Gastgewerbes

1962 = 100
Bundesgebiet

Jahr	Gastgewerbe insgesamt	Davon		Verpflegungs- umsatz des Beherbergungsgewerbes	Übernachtungs-
		Gaststätten-gewerbe	Beherbergungs-gewerbe		
1963	104	103	106	105	111
1964	110	108	113	111	118
1965	116	114	121	119	130
1966	120	117	129	125	144
1967	122	118	131	127	150
1968	121	118	131	125	158
1969	129	124	142	135	175
1970	138	132	153
1971	148	143	162

4. Ankünfte und Übernachtungen in Beherbergungsstätten

Bundesgebiet

Jahr	Gemeinden ²⁾	Ankünfte		Übernachtungen	
		insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	Auslandsgäste
	Anzahl	1 000			
1951 ¹⁾)	2 036	12 799,5	1 447,1	43 413,3	3 066,2
1952 ¹⁾)	2 030	17 478,6	2 219,1	58 729,8	4 609,1
1953 ¹⁾)	2 040	19 441,1	2 794,4	66 816,1	5 625,9
1954 ¹⁾)	2 047	20 684,3	3 378,7	71 896,6	6 711,9
1955 ¹⁾)	2 010	22 896,3	4 021,9	81 513,4	7 875,6
1956 ¹⁾)	2 308	25 411,9	4 352,9	95 197,4	8 706,7
1957 ¹⁾)	2 424	27 114,8	4 691,9	106 057,4	9 543,6
1958	2 470	28 127,3	4 912,2	113 134,3	10 149,4
1959	2 454	29 435,4	5 098,9	123 145,8	10 705,1
1960	2 466	30 377,5	5 611,4	127 705,2	11 789,6
1961	2 404	31 909,3	5 363,9	137 079,7	11 338,1
1962	2 377	32 995,1	5 461,7	142 851,2	11 624,9
1963	2 377	33 548,5	5 768,3	147 644,0	12 213,3
1964	2 377	34 390,7	6 129,2	153 107,1	12 825,5
1965	2 341	35 526,4	6 409,7	158 523,2	13 326,9
1966	2 808	36 670,0	6 676,1	166 163,0	13 936,0
1967	2 777	36 447,8	6 621,3	166 341,3	13 828,4
1968	2 777	36 310,5	6 557,0	166 949,2	13 850,0
1969	2 693	37 901,0	7 022,3	175 827,7	15 029,2
1970	2 640	39 887,2	7 715,1	184 667,5	16 376,0
1971	2 744	41 686,2	7 604,3	195 147,8	16 185,9

¹⁾ Bundesgebiet ohne Saarland. — ²⁾ April bis Dezember. — ³⁾ Stand: 1. 4.

5. Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost)

Mill. DM
Bundesgebiet

Jahr	Bezüge Lieferungen des Bundesgebiets		Jahr	Bezüge Lieferungen des Bundesgebiets	
	1950 ¹⁾)	414,6		330,0	1961
1951 ¹⁾)	145,3	141,4	1962	914,4	852,7
1952	220,3	178,4	1963	1 022,3	859,6
1953	306,9	271,3	1964	1 027,4	1 151,0
1954	449,7	454,4	1965	1 260,4	1 206,1
1955	581,9	562,6	1966	1 345,4	1 625,3
1956	653,4	699,2	1967	1 263,9	1 483,0
1957	817,3	845,9	1968	1 439,5	1 422,2
1958	858,2	800,4	1969	1 656,3	2 271,8
1959	891,7	1 078,6	1970	1 996,0	2 415,5
1960	1 122,4	959,5	1971	2 318,7	2 498,6

¹⁾ Bundesgebiet ohne Berlin.

XIII. Außenhandel

Vorbemerkung

Allgemeines

Die Außenhandelsstatistik stellt den grenzüberschreitenden Warenverkehr mit dem Ausland dar. Ihren Ergebnissen liegen im allgemeinen die Angaben der Einführer und Ausführer zugrunde. Diese Angaben werden von den Dienststellen der Zollverwaltung (Anmeldestellen) erhoben. Die Außenhandelsstatistik begann mit der Gründung des Deutschen Zollvereins 1833/34. Die vorliegende Darstellung fängt jedoch erst mit Außenhandelsergebnissen für das Jahr 1890 an, in dem das deutsche Zollgebiet seinen damals endgültigen Stand erreichte. Bis zum Ersten Weltkrieg umfaßte das deutsche Zollgebiet auch Luxemburg. Da die DDR und Berlin (Ost) nicht zum Ausland zählen, ist der Warenverkehr mit diesen Gebieten in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg nicht in der Außenhandelsstatistik enthalten, sondern wird gesondert nachgewiesen (siehe Tabelle auf Seite . . .).

Erläuterungen zu den Tabellen

Die Ergebnisse beziehen sich auf den Spezialhandel, der die Einfuhr in den bzw. die Ausfuhr aus dem freien Verkehr, seit 1906 den Eigenveredelungsverkehr und seit 1939 den aktiven und passiven Lohnveredelungsverkehr umfaßt. Der Spezialhandel enthält bei der Einfuhr im wesentlichen nur die Waren, die zum Gebrauch, Verbrauch oder zur Bearbeitung oder Verarbeitung in das Erhebungsgebiet eingehen, und bei der Ausfuhr die Waren, die aus der Erzeugung, Bearbeitung oder Verarbeitung des Erhebungsgebietes stammen.

Die Gruppierung der Waren erfolgt seit 1936 nach Warengruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft, für die vom Statistischen Reichsamte Ergebnisse bis 1913 zurückgerechnet wurden.

Die Werte beziehen sich grundsätzlich auf den Grenzübergangswert, d. h. auf den Wert frei Grenze des Erhebungsgebietes (bei der Einfuhr ohne die Eingangsabgaben) in der jeweils gültigen Währung.

Das Volumen wird monatlich durch Multiplikation der jeweiligen Mengen je Warennummer mit den entsprechenden Durchschnittswerten des Basisjahres errechnet. Das Volumen ist mithin der Wert, der sich ergeben hätte, wenn die Durchschnittswerte (Preise) des Basisjahres je Warennummer für alle Berichtszeiten gleich geblieben wären. Für die Jahre 1952 bis 1961 wurde der Index des Volumens durch Umbasierung des Volumens von Originalbasis 1954 bzw. 1960 auf 1962 = 100 ermittelt. Für das Reichsgebiet wurde das Volumen ursprünglich mit den Durchschnittswerten von 1928 errechnet. Der Index des Volumens für die hier dargestellten Zeiten beruht auf Umbasierung der Originalbasis 1928 auf 1936 = 100.

Als Bezugs- und Absatzgebiete (Tabellen 4 und 5) werden ausgewählte Herstellungs- bzw. Verbrauchsländer nachgewiesen. Die zahlreichen Änderungen der Grenzen oder Bezeichnungen einzelner Gebiete werden nicht besonders kenntlich gemacht. Die Bezeichnungen entsprechen dem derzeitigen Stand. Sie schließen in keiner Weise eine Bestätigung oder Anerkennung des politischen Status eines Landes oder der Grenzen seines Gebietes ein.

1. Ein- und Ausfuhr

Jahr	Tatsächliche Werte					Index des Volumens ¹⁾			
	insgesamt			je Einwohner		insgesamt		je Einwohner	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr- (—) bzw. Ausfuhr- (+) überschuß	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
	Mill. M/RM/DM			M/RM/DM		1936 bzw. 1962 = 100			
Reichsgebiet									
1890 ¹⁾	4 146	3 327	— 819	84	67
1900 ¹⁾	5 766	4 612	— 1 154	102	81
1913 ¹⁾	10 770	10 097	— 673	160	150	170	184	170	184
1925	12 362	9 290	— 3 072	198	149	132	115	143	125
1926	10 001	10 414	+ 413	159	166	118	130	126	139
1927	14 228	10 801	— 3 427	225	171	169	134	180	143
1928	14 001	12 276	— 1 725	220	193	163	152	172	161
1929	13 447	13 483	+ 36	210	210	157	169	165	178
1930	10 393	12 036	+ 1 643	162	187	140	160	147	168
1931	6 727	9 599	+ 2 872	104	149	118	145	123	152
1932	4 667	5 739	+ 1 072	72	88	110	100	114	104
1933	4 204	4 871	+ 667	64	75	108	94	112	97
1934	4 451	4 167	— 284	68	64	114	84	117	86
1935	4 159	4 270	+ 111	62	64	104	91	105	91
1936	4 218	4 768	+ 550	63	71	100	100	100	100
1937	5 468	5 911	+ 443	81	87	117	116	116	115
1938 ²⁾	5 449	5 257	— 192	80	77	125	98	123	97
Bundesgebiet									
1949 ²⁾	7 846	4 136	— 3 710	160	85
1950 ²⁾	11 374	8 362	— 3 012	232	170
1951 ³⁾	14 726	14 577	— 149	297	294
1952 ³⁾	16 203	16 909	+ 706	325	339	26	33	29	38
1953 ³⁾	16 010	18 526	+ 2 515	318	368	28	37	32	42
1954 ⁴⁾	19 337	22 035	+ 2 698	380	433	35	45	39	50
1955 ³⁾	24 472	25 717	+ 1 244	476	500	44	52	49	58
1956 ³⁾	27 964	30 861	+ 2 897	538	593	49	60	54	66
1957 ³⁾	31 697	35 968	+ 4 271	602	683	55	68	59	74
1958 ³⁾	31 133	36 998	+ 5 865	584	694	59	72	63	77
1959 ⁴⁾	35 823	41 184	+ 5 361	659	758	70	80	73	84
1960	42 723	47 946	+ 5 223	771	865	82	92	84	94
1961	44 363	50 978	+ 6 615	790	907	88	97	89	98
1962	49 498	52 975	+ 3 476	869	930	100	100	100	100
1963	52 277	58 310	+ 6 032	908	1 013	107	110	105	109
1964	58 839	64 920	+ 6 081	1 010	1 114	120	122	117	120
1965	70 448	71 651	+ 1 203	1 194	1 214	140	133	135	128
1966	72 670	80 628	+ 7 958	1 219	1 352	142	148	136	141
1967	70 183	87 045	+16 862	1 172	1 454	139	161	132	152
1968	81 179	99 551	+18 372	1 349	1 654	164	187	155	177
1969	97 972	113 557	+15 584	1 610	1 866	194	210	181	196
1970	109 606	125 276	+15 670	1 781	2 035	221	227	204	210
1971	120 119	136 011	+15 892	1 979	2 241	245	243	230	228

¹⁾ Deutsches Zollgebiet. — ²⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ³⁾ Bundesgebiet ohne Saarland. — ⁴⁾ Bis einschl. 5. 7. 1959: Bundesgebiet ohne Saarland.

2. Einfuhr nach Warengruppen

a) Tatsächliche Werte in Mill. M/RM/DM

Jahr	Ins- gesamt ⁵⁾	Ernährungswirtschaft					Gewerbliche Wirtschaft					
		zusam- men	Lebende Tiere	Nahrungsmittel		Genuß- mittel	zusam- men	Roh- stoffe	Halb- waren	Fertigwaren		
				tieri- schen Ursprungs	pflanz- lichen					zusam- men	Vor- erzeugnisse	End- erzeugnisse
Reichsgebiet												
1913 ¹⁾	10 770	4 111	290	907	2 453	463	6 658	3 762	1 850	1 046	513	533
1925	12 362	5 223	122	1 659	2 813	629	7 139	3 643	2 285	1 211	753	458
1926	10 001	4 651	120	1 404	2 612	516	5 350	2 789	1 662	899	460	440
1927	14 228	5 668	171	1 485	3 374	638	8 560	4 117	2 767	1 676	929	746
1928	14 001	5 722	145	1 494	3 380	703	8 279	3 969	2 503	1 807	939	868
1929	13 447	5 381	150	1 545	2 943	743	8 066	3 927	2 374	1 765	913	852
1930	10 393	4 230	118	1 310	2 166	635	6 163	2 904	1 848	1 411	740	671
1931	6 727	2 783	55	857	2 433	439	3 944	1 832	1 145	966	521	445
1932	4 667	2 133	34	594	1 182	323	2 534	1 272	704	558	304	254
1933	4 204	1 630	31	433	870	296	2 574	1 368	701	505	289	216
1934	4 451	1 543	33	386	828	297	2 908	1 541	792	576	342	234
1935	4 159	1 435	45	406	705	280	2 724	1 568	748	408	228	180
1936	4 218	1 499	96	444	670	289	2 719	1 571	750	397	220	178
1937	5 468	2 045	108	480	1 135	323	3 373	1 996	980	397	236	161
1938 ²⁾	5 449	2 111	113	479	1 172	347	3 288	1 850	1 041	397	230	167
Bundesgebiet												
1950 ³⁾	11 374	5 013	228	1 277	3 100	408	6 360	3 368	1 564	1 429	714	714
1951 ³⁾	14 726	5 876	160	1 047	4 128	541	8 850	5 249	2 012	1 588	848	740
1952 ³⁾	16 203	6 065	151	941	4 270	702	10 138	5 635	2 357	2 146	1 175	970
1953 ³⁾	16 010	5 852	205	1 076	3 690	882	10 158	5 224	2 438	2 497	1 450	1 046
1954 ³⁾	19 337	7 151	247	1 276	4 428	1 200	12 186	5 502	3 476	3 208	1 894	1 314
1955 ³⁾	24 472	7 635	283	1 508	4 537	1 307	16 837	7 281	4 916	4 640	2 764	1 876
1956 ³⁾	27 964	9 162	396	1 853	5 436	1 477	18 657	8 225	5 236	5 196	2 910	2 286
1957 ³⁾	31 697	9 975	322	1 985	6 004	1 664	21 569	9 376	5 741	6 452	3 338	3 114
1958 ³⁾	31 133	9 408	428	1 857	5 522	1 601	21 438	7 685	5 252	8 500	3 845	4 655
1959 ⁴⁾	35 823	10 731	594	2 305	6 298	1 534	24 755	7 749	5 977	11 030	4 719	6 311
1960	42 723	11 246	600	2 476	6 531	1 639	31 076	9 269	8 061	13 746	5 773	7 973
1961	44 363	11 677	557	2 639	6 834	1 647	32 186	9 095	7 542	15 550	6 028	9 522
1962	49 498	13 684	416	2 883	8 348	2 038	35 371	8 821	7 863	18 688	6 689	11 999
1963	52 277	12 779	352	2 673	7 782	1 972	38 987	9 362	8 049	21 575	7 142	14 433
1964	58 839	14 035	389	2 845	8 614	2 188	44 214	10 916	9 779	23 519	8 548	14 971
1965	70 448	16 852	664	3 364	10 373	2 451	52 917	11 431	10 807	30 679	10 424	20 256
1966	72 670	17 451	462	3 409	10 984	2 595	54 425	11 819	10 814	31 792	10 556	21 236
1967	70 183	16 599	220	3 311	10 637	2 431	52 648	11 828	10 961	29 859	9 454	20 406
1968	81 179	17 083	272	3 689	10 591	2 530	63 035	13 645	13 630	35 761	12 649	23 111
1969	97 972	19 331	360	4 128	12 044	2 799	77 404	14 487	16 720	46 196	15 767	30 429
1970	109 606	20 924	338	4 815	12 870	2 901	87 233	14 809	17 660	54 763	16 999	37 764
1971	120 119	22 829	319	5 262	14 064	3 185	95 636	15 868	16 327	63 442	18 686	44 755

Fußnoten siehe S. 194.

2. Einfuhr nach Warengruppen

b) Anteil der Warengruppen in %

Jahr	Ins- gesamt ⁵⁾	Ernährungswirtschaft					Gewerbliche Wirtschaft					
		zusam- men	Lebende Tiere	Nahrungsmittel		Genuß- mittel	zusam- men	Roh- stoffe	Halb- waren	Fertigwaren		
				tieri- schen Ursprungs	pflanz- lichen					zusam- men	Vor- erzeugnisse	End- erzeugnisse
Reichsgebiet												
1913 ¹⁾	100	38,2	2,7	8,4	22,8	4,3	61,8	34,9	17,2	9,7	4,8	4,9
1925	100	42,3	1,0	13,4	22,8	5,1	57,7	29,4	18,5	9,8	6,1	3,7
1926	100	46,5	1,2	14,0	26,1	5,2	53,5	27,9	16,6	9,0	4,6	4,4
1927	100	39,8	1,2	10,4	23,7	4,5	60,2	28,9	19,5	11,8	6,5	5,3
1928	100	40,9	1,0	10,7	24,1	5,0	59,1	28,3	17,9	12,9	6,7	6,2
1929	100	40,0	1,1	11,5	21,9	5,5	60,0	29,2	17,7	13,1	6,8	6,3
1930	100	40,7	1,1	12,6	20,9	6,1	59,3	27,9	17,8	13,6	7,1	6,5
1931	100	41,4	0,8	12,8	21,3	6,5	58,6	27,2	17,0	14,4	7,8	6,6
1932	100	45,7	0,7	12,7	25,4	6,9	54,3	27,3	15,1	11,9	6,5	5,4
1933	100	38,8	0,7	10,3	20,7	7,1	61,2	32,5	16,7	12,0	6,9	5,4
1934	100	34,7	0,8	8,6	18,6	6,7	65,3	34,6	17,8	12,9	7,7	5,2
1935	100	34,5	1,1	9,8	16,9	6,7	65,5	37,7	18,0	9,8	5,5	4,3
1936	100	35,5	2,3	10,5	15,9	6,9	64,5	37,2	17,8	9,4	5,2	4,2
1937	100	37,4	2,0	8,8	20,8	5,9	61,7	36,5	17,9	7,3	4,3	2,9
1938 ²⁾	100	38,7	2,0	8,8	21,5	6,4	60,3	33,9	19,1	7,3	4,2	3,1
Bundesgebiet												
1950 ³⁾	100	44,1	2,0	11,2	27,3	3,6	55,9	29,6	13,7	12,6	6,3	6,3
1951 ³⁾	100	39,9	1,1	7,1	28,0	3,7	60,1	35,6	13,7	10,8	5,8	5,0
1952 ²⁾	100	37,4	0,9	5,8	26,4	4,3	62,6	34,8	14,5	13,2	7,3	6,0
1953 ³⁾	100	36,6	1,3	6,7	23,0	5,5	63,4	32,6	15,2	15,6	9,1	6,5
1954 ⁴⁾	100	37,0	1,3	6,6	22,9	6,2	63,0	28,5	18,0	16,6	9,8	6,8
1955 ³⁾	100	31,2	1,2	6,2	18,5	5,3	68,8	29,8	20,1	19,0	11,3	7,7
1956 ³⁾	100	32,8	1,4	6,6	19,4	5,3	66,7	29,4	18,7	18,6	10,4	8,2
1957 ³⁾	100	31,5	1,0	6,3	18,9	5,2	68,0	29,6	18,1	20,4	10,5	9,8
1958 ³⁾	100	30,2	1,4	6,0	17,7	5,1	68,9	24,7	16,9	27,3	12,3	15,0
1959 ⁴⁾	100	30,0	1,7	6,4	17,6	4,3	69,1	21,6	16,7	30,8	13,2	17,6
1960	100	26,3	1,4	5,8	15,3	3,8	72,7	21,7	18,9	32,2	13,5	18,7
1961	100	26,3	1,3	5,9	15,4	3,7	72,6	20,5	17,0	35,1	13,6	21,5
1962	100	27,6	0,8	5,8	16,9	4,1	71,5	17,8	15,9	37,8	13,5	24,2
1963	100	24,4	0,7	5,1	14,9	3,8	74,6	17,9	15,4	41,3	13,7	27,6
1964	100	23,9	0,7	4,8	14,6	3,7	75,1	18,6	16,6	40,0	14,5	25,4
1965	100	23,9	0,9	4,8	14,7	3,5	75,1	16,2	15,3	43,5	14,8	28,8
1966	100	24,0	0,6	4,7	15,1	3,6	74,9	16,3	14,9	43,7	14,5	29,2
1967	100	23,7	0,3	4,7	15,2	3,5	75,0	16,9	15,6	42,5	13,5	29,1
1968	100	21,0	0,3	4,5	13,0	3,1	77,6	16,8	16,8	44,1	15,6	28,5
1969	100	19,7	0,4	4,2	12,3	2,9	79,0	14,8	17,1	47,2	16,1	31,1
1970	100	19,1	0,3	4,4	11,7	2,6	79,6	13,5	16,1	50,0	15,5	34,5
1971	100	19,0	0,3	4,4	11,7	2,7	79,6	13,2	13,6	52,8	15,6	37,3

Fußnoten siehe S. 194.

2. Einfuhr nach Warengruppen

c) Index des Volumens

Jahr	Ins-gesamt ¹⁾	Ernährungswirtschaft					Gewerbliche Wirtschaft					
		zusam- men	Lebende Tiere	Nahrungsmittel		Genuß- mittel	zusam- men	Roh- stoffe	Halb- waren	Fertigwaren		
				fieri- schen Ursprungs	pflanz- lichen					zusam- men	Vor- erzeugnisse	End-
Reichsgebiet												
1936 = 100												
1913 ¹⁾	170	184	184	139	241	113	161	157	135	251	187	353
1925	132	154	69	171	179	97	120	105	117	198	191	210
1926	118	149	70	159	185	75	99	93	91	149	124	190
1927	169	180	97	168	232	100	162	140	163	273	251	308
1928	163	179	87	168	226	109	153	126	153	292	246	364
1929	157	173	90	175	208	109	148	126	141	274	229	347
1930	140	157	73	168	181	109	130	115	122	228	200	272
1931	118	133	43	139	157	93	109	100	104	173	163	188
1932	110	132	43	133	162	84	97	97	86	127	128	126
1933	108	113	41	104	137	88	105	109	92	125	132	115
1934	114	115	43	96	141	100	113	109	108	148	155	136
1935	104	100	51	101	105	97	107	109	103	106	108	102
1936	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1937	117	129	101	112	151	110	109	110	109	97	101	91
1938 ²⁾	125	140	103	115	168	119	115	111	128	101	103	97
Bundesgebiet												
1962 = 100												
1952 ³⁾	26	36	36	27	40	28	22	48	22	10	15	8
1953 ³⁾	28	38	55	34	40	35	25	50	28	12	19	8
1954 ³⁾	35	47	60	40	50	41	31	55	40	16	27	10
1955 ³⁾	44	51	70	48	52	47	42	71	52	24	38	15
1956 ³⁾	49	60	94	59	61	55	45	77	53	26	39	19
1957 ³⁾	54	64	75	63	65	58	51	84	59	32	44	26
1958 ³⁾	59	65	99	60	66	61	57	77	64	44	54	38
1959 ⁴⁾	70	76	128	77	76	67	67	82	73	58	69	52
1960	82	81	131	83	79	75	82	96	95	70	80	64
1961	88	87	125	92	84	80	88	98	93	81	87	78
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	107	90	86	88	89	97	113	110	103	118	110	123
1964	120	98	79	90	102	101	128	129	121	130	133	128
1965	140	111	129	95	116	109	151	134	130	167	163	170
1966	142	114	92	95	121	116	152	139	128	169	168	170
1967	139	112	51	100	119	114	148	139	133	159	157	159
1968	164	116	63	110	120	120	182	164	163	198	217	187
1969	194	126	73	115	131	133	219	176	197	248	260	241
1970	221	139	71	132	145	139	251	186	216	297	282	305
1971	245	153	68	143	158	162	279	182	230	346	328	356

¹⁾ Deutsches Zollgebiet. — ²⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ³⁾ Bundesgebiet ohne Saarland. — ⁴⁾ Bis einschl. 5. 7. 1959: Bundesgebiet ohne Saarland. — ⁵⁾ 1937 und 1938 sind Rückwaren, ab 1956 Rückwaren und Ersatzlieferungen nicht in den einzelnen Warengruppen, sondern nur in der Gesamteinfuhr enthalten.

3. Ausfuhr nach Warengruppen

a) Tatsächliche Werte in Mill. M/RM/DM

Jahr	Ins- gesamt ²⁾	Ernährungswirtschaft					Gewerbliche Wirtschaft					
		zusam- men	Lebende Tiere	Nahrungsmittel		Genuß- mittel	zusam- men	Roh- stoffe	Halb- waren	Fertigwaren		
				tieri- schen Ursprungs	pflanz- lichen					zusam- men	Vor- erzeugnisse	End- erzeugnisse
Reichsgebiet												
1913 ¹⁾	10 097	1 214	7	57	1 051	99	8 883	1 347	1 083	6 454	2 643	3 810
1925	9 290	669	22	46	542	60	8 622	1 094	1 034	6 494	2 323	4 171
1926	10 415	627	24	40	511	52	9 787	1 547	1 342	6 899	2 636	4 263
1927	10 801	585	29	45	445	66	10 217	1 469	1 295	7 453	2 756	4 697
1928	12 276	788	19	51	651	67	11 488	1 498	1 492	8 498	3 033	5 465
1929	13 483	870	22	57	722	70	12 613	1 582	1 596	9 435	3 262	6 173
1930	12 036	661	69	78	450	64	11 375	1 333	1 333	8 709	2 776	5 933
1931	9 599	484	47	64	319	54	9 115	990	985	7 140	2 295	4 845
1932	5 739	260	15	36	178	32	5 479	578	556	4 345	1 377	2 969
1933	4 871	222	9	29	146	38	4 649	516	474	3 660	1 215	2 445
1934	4 167	150	4	21	89	36	4 017	464	405	3 148	1 061	2 088
1935	4 270	96	3	13	50	30	4 174	447	416	3 312	1 140	2 172
1936	4 768	88	3	10	45	30	4 681	419	459	3 802	1 282	2 520
1937	5 911	89	3	10	46	31	5 821	578	543	4 700	1 555	3 145
1938 ²⁾	5 257	61	2	7	28	25	5 193	504	403	4 286	1 262	3 024
Bundesgebiet												
1950 ³⁾	8 362	196	22	26	70	78	8 166	1 168	1 576	5 422	1 862	3 560
1951 ³⁾	14 577	489	30	160	199	100	14 088	1 318	2 110	10 660	3 678	6 982
1952 ³⁾	16 909	379	21	114	137	109	16 529	1 281	2 544	12 704	3 488	9 216
1953 ³⁾	18 526	476	18	122	194	142	18 050	1 488	2 724	13 839	3 384	10 455
1954 ³⁾	22 035	515	17	151	238	108	21 521	1 694	2 883	16 943	4 109	12 834
1955 ³⁾	25 717	683	35	162	355	131	25 034	1 568	3 268	20 198	4 769	15 429
1956 ³⁾	30 861	834	25	162	481	166	29 945	1 715	3 819	24 412	5 945	18 467
1957 ³⁾	35 968	829	19	180	425	205	35 044	1 939	4 153	28 951	7 135	21 816
1958 ³⁾	36 998	882	28	214	424	216	35 998	1 710	3 890	30 398	6 769	23 630
1959 ⁴⁾	41 184	1 005	49	233	517	206	40 057	1 968	4 309	33 780	7 970	25 810
1960	47 946	1 091	53	268	571	200	46 696	2 182	5 007	39 506	9 672	29 834
1961	50 978	1 075	38	233	589	215	49 705	2 175	5 282	42 248	9 731	32 517
1962	52 975	1 143	50	246	609	238	51 616	2 362	4 982	44 273	9 876	34 397
1963	58 310	1 317	106	289	663	260	56 742	2 489	5 446	48 807	10 450	38 357
1964	64 920	1 614	137	340	815	323	63 039	2 518	5 733	54 788	11 847	42 941
1965	71 651	1 981	125	510	989	357	69 361	2 555	6 254	60 552	13 312	47 240
1966	80 628	1 968	116	535	939	379	78 301	2 835	7 152	68 314	14 727	53 587
1967	87 045	2 476	212	750	1 064	449	84 166	2 880	7 573	73 713	16 570	57 143
1968	99 551	2 985	246	956	1 217	566	96 098	3 163	8 563	84 373	18 264	66 109
1969	113 557	3 657	376	1 198	1 508	574	109 308	3 080	8 900	97 328	21 141	76 187
1970	125 276	4 380	432	1 330	1 992	625	120 194	3 188	9 577	107 430	23 034	84 395
1971	136 011	5 097	457	1 894	2 038	709	130 145	3 258	10 480	116 407	23 874	92 533

Fußnoten siehe S. 197.

3. Ausfuhr nach Warengruppen

b) Anteil der Warengruppen in %

Jahr	Ins- gesamt ²⁾	Ernährungswirtschaft					Gewerbliche Wirtschaft					
		zusam- men	Lebende Tiere	Nahrungsmittel		Genuß- mittel	zusam- men	Roh- stoffe	Halb- waren	Fertigwaren		
				tieri- schen Ursprungs	pflanz- lichen					zusam- men	Vor- erzeugnisse	End- erzeugnisse
Reichsgebiet												
1913 ¹⁾	100	12,0	0,1	0,5	10,4	1,0	88,0	13,4	10,7	63,9	26,2	37,7
1925	100	7,2	0,2	0,5	5,8	0,7	92,8	11,8	11,1	69,9	25,0	44,9
1926	100	6,0	0,2	0,4	4,9	0,5	94,0	14,9	12,9	66,2	25,3	40,9
1927	100	5,4	0,3	0,4	4,1	0,6	94,6	13,6	12,0	69,0	25,5	43,5
1928	100	6,4	0,2	0,4	5,3	0,5	93,7	12,2	12,2	69,2	24,7	44,5
1929	100	6,5	0,2	0,4	5,4	0,5	93,5	11,7	11,8	70,0	24,2	45,8
1930	100	5,5	0,6	0,7	3,7	0,5	94,5	11,1	11,1	72,3	23,0	49,3
1931	100	5,0	0,5	0,7	3,3	0,5	95,0	10,3	10,3	74,4	23,9	50,5
1932	100	4,5	0,2	0,6	3,1	0,6	95,5	10,1	9,7	75,7	24,0	51,7
1933	100	4,6	0,2	0,6	3,0	0,8	95,4	10,6	9,7	75,1	24,9	50,2
1934	100	3,6	0,1	0,5	2,1	0,9	96,4	11,1	9,7	75,6	25,5	50,1
1935	100	2,2	0,1	0,3	1,1	0,7	97,8	10,5	9,7	77,6	26,7	50,9
1936	100	1,8	0,1	0,2	1,0	0,6	98,2	8,8	9,6	79,7	26,9	52,8
1937	100	1,5	0,0	0,2	0,8	0,5	98,5	9,8	9,2	79,5	26,3	53,2
1938 ²⁾	100	1,1	0,0	0,1	0,5	0,5	98,8	9,6	7,7	81,5	24,0	57,5
Bundesgebiet												
1950 ³⁾	100	2,3	0,3	0,3	0,8	0,9	97,7	14,0	18,9	64,8	22,3	42,6
1951 ³⁾	100	3,4	0,2	1,1	1,4	0,7	96,6	9,0	14,5	73,1	25,2	47,9
1952 ³⁾	100	2,2	0,1	0,7	0,8	0,6	97,8	7,6	15,0	75,1	20,6	54,5
1953 ³⁾	100	2,6	0,1	0,7	1,0	0,8	97,4	8,0	14,7	74,7	18,3	56,4
1954 ⁴⁾	100	2,3	0,1	0,7	1,1	0,5	97,7	7,7	13,1	76,9	18,6	58,2
1955 ³⁾	100	2,7	0,1	0,6	1,4	0,5	97,3	6,1	12,7	78,5	18,5	60,0
1956 ³⁾	100	2,7	0,1	0,5	1,6	0,5	97,0	5,6	12,4	79,1	19,3	59,8
1957 ³⁾	100	2,3	0,1	0,5	1,2	0,6	97,4	5,4	11,5	80,5	19,8	60,7
1958 ³⁾	100	2,4	0,1	0,6	1,1	0,6	97,3	4,6	10,5	82,2	18,3	63,9
1959 ⁴⁾	100	2,4	0,1	0,6	1,3	0,5	97,3	4,8	10,5	82,0	19,4	62,7
1960	100	2,3	0,1	0,6	1,2	0,4	97,4	4,6	10,4	82,4	20,2	62,2
1961	100	2,1	0,1	0,5	1,2	0,4	97,5	4,3	10,4	82,9	19,1	63,8
1962	100	2,2	0,1	0,5	1,1	0,4	97,4	4,5	9,4	83,6	18,6	64,9
1963	100	2,3	0,2	0,5	1,1	0,4	97,3	4,3	9,3	83,7	17,9	65,8
1964	100	2,5	0,2	0,5	1,3	0,5	97,1	3,9	8,8	84,4	18,2	66,1
1965	100	2,8	0,2	0,7	1,4	0,5	96,8	3,6	8,7	84,5	18,6	65,9
1966	100	2,4	0,1	0,7	1,2	0,5	97,1	3,5	8,9	84,7	18,3	66,5
1967	100	2,8	0,2	0,9	1,2	0,5	96,7	3,3	8,7	84,7	19,0	65,6
1968	100	3,0	0,2	1,0	1,2	0,6	96,5	3,2	8,6	84,8	18,3	66,4
1969	100	3,2	0,3	1,1	1,3	0,5	96,3	2,7	7,8	85,7	18,6	67,1
1970	100	3,5	0,3	1,1	1,6	0,5	95,9	2,5	7,6	85,8	18,4	67,4
1971	100	3,7	0,3	1,4	1,5	0,5	95,7	2,4	7,7	85,6	17,6	68,0

Fußnoten siehe S. 197.

3. Ausfuhr nach Warengruppen

c) Index des Volumens

Jahr	Ins- gesamt ¹⁾	Ernährungswirtschaft					Gewerbliche Wirtschaft					
		zusam- men	Lebende Tiere	Nahrungsmittel		Genuß- mittel	zusam- men	Roh- stoffe	Halb- waren	Fertigwaren		
				tieri- schen Ursprungs	pflanz- lichen					zusam- men	Vor- erzeugnisse	End- erzeugnisse
Reichsgebiet												
1936 = 100												
1913 ¹⁾	184	1 012	328	599	1 450	324	167	233	134	164	176	156
1925	115	414	656	348	557	131	109	133	99	108	97	114
1926	130	407	695	289	561	114	125	188	134	114	116	114
1927	134	355	590	321	463	133	130	172	128	124	121	126
1928	152	494	482	357	694	141	145	180	151	139	132	143
1929	169	596	500	392	857	150	160	196	165	155	141	163
1930	160	551	2 003	609	683	151	152	186	148	148	128	161
1931	145	488	1 762	587	592	148	139	170	135	135	122	143
1932	100	308	697	394	387	93	96	127	99	92	85	96
1933	94	327	438	332	437	98	90	122	95	84	79	87
1934	84	219	144	245	279	98	81	112	87	76	76	77
1935	91	106	100	157	108	88	90	112	95	87	88	86
1936	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1937	116	97	72	107	91	109	116	122	107	117	109	121
1938 ²⁾	98	70	49	106	57	88	99	98	77	102	86	112
Bundesgebiet												
1962 = 100												
1952 ³⁾	33	31	33	54	44	31	28	32
1953 ³⁾	37	41	37	62	50	34	30	36
1954 ³⁾	45	47	45	74	54	42	38	44
1955 ³⁾	52	66	52	67	59	50	44	52
1956 ³⁾	60	71	60	70	65	59	53	61
1957 ³⁾	68	69	69	75	68	68	62	70
1958 ³⁾	72	85	72	66	70	72	63	75
1959 ⁴⁾	80	93	80	79	80	80	77	81
1960	91	103	91	90	93	91	90	92
1961	97	103	97	91	101	97	93	98
1962	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	110	120	110	102	115	110	110	109
1964	122	178	121	98	118	123	126	122
1965	133	184	132	104	127	134	142	131
1966	148	181	147	136	145	148	161	144
1967	161	230	160	136	162	160	189	152
1968	187	266	185	159	183	187	216	178
1969	210	312	207	152	197	211	245	202
1970	227	392	223	153	218	228	261	218
1971	243	445	238	158	248	241	283	229

¹⁾ Deutsches Zollgebiet. — ²⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ³⁾ Bundesgebiet ohne Saarland. — ⁴⁾ Bis einschl. 5. 7. 1959: Bundesgebiet ohne Saarland. — ⁵⁾ 1937 und 1938 sind Rückwaren, ab 1956 Rückwaren und Ersatzlieferungen nicht in den einzelnen Warengruppen, sondern nur in der Gesamtausfuhr enthalten.

4. Einfuhr nach Erdteilen und ausgewählten Ländern

a) Tatsächliche Werte in Mill. M/RM/DM

Erdteile bzw. Herstellungsländer	Reichsgebiet						Bundesgebiet		
	1890 ¹⁾	1900 ¹⁾	1913	1925	1930	1938 ²⁾	1950 ³⁾	1960	1971
Europa	3 233	3 797	5 889	6 622	5 894	2 967	6 249	24 787	82 112
darunter:									
Belgien	317	221	344	369	325	194	405	2 441	11 638
Luxemburg	47					
Dänemark	62	71	192	326	297	166	491	1 155	1 586
Finnland	13	45	106	85	89	91	525	946
Frankreich	267	306	583	558	519	144	691	3 998	15 919
Griechenland	4	9	26	78	108	94	58	215	685
Großbritannien	641	841	876	944	639	283	489	1 956	4 413
Italien	140	186	318	496	365	246	507	2 631	12 692
Jugoslawien	83	75	108	96	234	1 138
Niederlande	309	215	333	743	561	198	1 246	3 638	15 769
Norwegen	22	21	82	88	106	99	217	543	1 582
Österreich-Ungarn	599	724	827
Österreich	175	181	.	178	1 152	2 454
Polen	429	237	96	68	320	770
Rumänien	29	36	80	93	237	140	10	176	747
Saarland	134	164	.	181	.	.
Schweden	46	105	224	269	304	262	637	1 804	3 139
Schweiz	174	171	213	329	256	103	350	1 627	3 511
Sowjetunion	542	717	1 425	230	436	47	1	673	1 277
Spanien	34	82	199	198	210	92	48	644	1 302
Tschechoslowakei	525	359	130	105	259	855
Türkei	10	30	74	69	69	116	219	300	481
Afrika	52	147	496	521	528	386	1 033	2 455	7 975
darunter:									
Ägypten	2	41	118	83	59	45	99	128	166
Libyen	0	0	3	2 331
Marokko	0	5	10	13	15	11	187	224	204
Südafrika	18	26	78	119	100	87	131	342	1 051
Amerika	771	1 598	2 995	3 503	2 544	1 391	2 664	10 577	18 978
darunter:									
Argentinien	75	235	495	628	403	216	275	548	630
Brasilien	138	116	248	170	156	214	87	503	1 112
Chile	61	89	200	55	56	91	58	502	697
Kanada	2	6	64	162	133	73	42	877	1 464
Mexiko	11	13	25	59	61	62	27	277	179
Vereinigte Staaten	406	1 021	1 711	2 196	1 307	405	1 735	5 974	12 420
Asien	165	370	1 050	1 396	1 148	619	1 063	4 225	9 987
darunter:									
China (Volksrep.)	8	35	131	229	298	102	62	291	330
Hongkong	1	.	.	.	0	1	95	766
Indien	129	205	542	644	429	142	104	185	257
Pakistan									
Iran	0	1	8	13	36	38	39	598	1 150
Japan	5	16	47	29	41	25	38	286	2 528
Saudi-Arabien	68	528	1 271
Australien und Ozeanien	51	125	328	317	234	67	350	577	941
darunter:									
Australien	50	122	296	289	206	54	268	396	760
Insgesamt⁴⁾	4.273⁵⁾	6 043⁵⁾	10 770	12 362	10 393	5 449	11 374	42 723	120 119

Fußnoten siehe S. 199.

4. Einfuhr nach Erdteilen und ausgewählten Ländern

b) Anteil der Länder in %

Erdteile bzw. Herstellungsländer	Reichsgebiet						Bundesgebiet		
	1890 ¹⁾	1900 ¹⁾	1913	1925	1930	1938 ²⁾	1950 ³⁾	1960	1971
Europa	75,7	62,8	54,7	53,6	56,7	54,5	54,9	58,0	68,4
darunter:									
Belgien	7,4	3,7	3,2	3,0	3,1	3,6	3,6	5,7	9,7
Luxemburg	0,4					
Dänemark	1,5	1,2	1,8	2,6	2,9	3,0	4,3	2,7	1,3
Finnland	0,2	0,4	0,9	0,8	1,6	0,8	1,2	0,8
Frankreich	6,2	5,1	5,4	4,5	5,0	2,6	6,1	9,4	13,3
Griechenland	0,1	0,1	0,2	0,6	1,0	1,7	0,5	0,5	0,6
Großbritannien	15,0	13,9	8,1	7,6	6,1	5,2	4,3	4,6	3,7
Italien	3,3	3,1	3,0	4,0	3,5	4,5	4,5	6,2	10,6
Jugoslawien	0,7	0,7	2,0	0,8	0,5	0,9
Niederlande	7,2	3,6	3,1	6,0	5,4	3,6	11,0	8,5	13,1
Norwegen	0,5	0,3	0,8	0,7	1,0	1,8	1,9	1,3	1,3
Österreich-Ungarn	14,0	12,0	7,7
Österreich	1,4	1,7	.	1,6	2,7	2,0
Polen	3,5	2,3	1,8	0,6	0,7	0,6
Rumänien	0,7	0,6	0,7	0,8	2,3	2,6	0,1	0,4	0,6
Saarland	1,1	1,6	.	1,6	.	.
Schweden	1,1	1,7	2,1	2,2	2,9	4,8	5,6	4,2	2,6
Schweiz	4,1	2,8	2,0	2,7	2,5	1,9	3,1	3,8	2,9
Sowjetunion	12,7	11,9	13,2	1,9	4,2	0,9	0,0	1,6	1,1
Spanien	0,8	1,4	1,8	1,6	2,0	1,7	0,4	1,5	1,1
Tschechoslowakei	4,2	3,5	2,4	0,9	0,6	0,7
Türkei	0,2	0,5	0,7	0,6	0,7	2,1	1,9	0,7	0,4
Afrika	1,2	2,4	4,6	4,2	5,1	7,1	9,1	5,7	6,6
darunter:									
Ägypten	0,0	0,7	1,1	0,7	0,6	0,8	0,9	0,3	0,1
Libyen	0,0	0,0	0,0	1,9
Marokko	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	1,6	0,5	0,2
Südafrika	0,4	0,4	0,7	1,0	1,0	1,6	1,2	0,8	0,9
Amerika	18,0	26,4	27,8	28,3	24,5	25,5	23,4	24,8	15,8
darunter:									
Argentinien	1,8	3,9	4,6	5,1	3,9	4,0	2,4	1,3	0,5
Brasilien	3,2	1,9	2,3	1,4	1,5	3,9	0,8	1,2	0,9
Chile	1,4	1,5	1,9	0,4	0,5	1,7	0,5	1,2	0,6
Kanada	0,0	0,1	0,6	1,3	1,3	1,3	0,4	2,1	1,2
Mexiko	0,3	0,2	0,2	0,5	0,6	1,1	0,2	0,6	0,1
Vereinigte Staaten	9,5	16,9	15,9	17,8	12,6	7,4	15,2	14,0	10,3
Asien	3,9	6,1	9,7	11,3	11,0	11,4	9,3	9,9	8,3
darunter:									
China (Volksrep.)	0,2	0,6	1,2	1,9	2,9	1,9	0,5	0,7	0,3
Hongkong	0,0	.	.	.	0,0	0,0	0,2	0,6
Indien	3,0	3,4	5,0	5,2	4,1	2,6	0,9	0,4	0,2
Pakistan									
Iran	0,0	0,0	0,1	0,1	0,3	0,7	0,3	1,4	1,0
Japan	0,1	0,3	0,4	0,2	0,4	0,5	0,3	0,7	2,1
Saudi-Arabien	0,6	1,2	1,1
Australien und Ozeanien	1,2	2,1	3,0	2,6	2,3	1,2	3,1	1,4	0,8
darunter:									
Australien	1,2	2,0	2,7	2,3	2,0	1,0	2,4	0,9	0,6
Insgesamt⁴⁾	100⁵⁾	100⁵⁾	100	100	100	100	100	100	100

¹⁾ Deutsches Zollgebiet. — ²⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ³⁾ Bundesgebiet ohne Saarland. — ⁴⁾ Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und Nicht ermittelte Länder. — ⁵⁾ Einschl. Gold und Silber, die sich aus den Länderabgaben nicht ausgliedern lassen.

5. Ausfuhr nach Erdteilen und ausgewählten Ländern

a) Tatsächliche Werte in Mill. M/RM/DM

Erdteile bzw. Verbrauchsländer	Reichsgebiet						Bundesgebiet		
	1890 ¹⁾	1900 ¹⁾	1913	1925	1930	1938 ²⁾	1950 ³⁾	1960	1971
Europa	2 662	3 700	7 680	6 947	9 426	3 665	6 330	32 308	99 276
darunter:									
Belgien	151	253	551	210	601	227	677	2 890	11 581
Luxemburg	54					
Dänemark	76	126	284	353	477	202	353	1 643	2 902
Finnland	34	98	111	138	82	71	829	1 523
Frankreich	231	278	790	462	1 149	217	614	4 202	16 975
Griechenland	4	7	25	67	56	111	136	404	1 640
Großbritannien	705	912	1 438	937	1 219	351	361	2 147	5 449
Italien	95	127	395	423	484	301	486	2 847	11 451
Jugoslawien	113	172	118	156	544	2 527
Niederlande	258	396	694	996	1 206	448	1 164	4 210	14 522
Norwegen	40	71	162	160	207	123	119	1 169	1 937
Österreich-Ungarn	351	511	1 105
Österreich	320	360	.	312	2 444	6 363
Polen	332	250	103	66	304	777
Portugal	21	21	52	48	65	39	45	450	980
Rumänien	53	25	140	104	137	149	22	150	679
Saarland	71	169	.	153	.	.
Schweden	92	138	230	342	494	267	531	2 593	4 631
Schweiz	180	292	536	434	628	207	492	2 991	8 057
Sowjetunion	207	325	880	251	431	32	0	778	1 608
Spanien	53	54	144	162	188	78	75	398	2 044
Tschechoslowakei	455	528	136	76	274	1 289
Türkei	34	34	98	65	48	151	237	484	779
Afrika	22	73	208	205	268	203	292	2 533	6 084
darunter:									
Ägypten	4	16	43	64	65	45	81	474	354
Marokko	1	1	13	1	15	3	15	83	209
Südafrika	8	19	68	70	83	85	89	648	1 997
Amerika	606	699	1 547	1 422	1 512	811	1 139	7 612	20 167
darunter:									
Argentinien	26	64	266	269	287	147	104	630	763
Brasilien	52	46	200	200	121	161	147	542	1 456
Kanada	15	20	61	37	70	26	41	536	1 453
Mexiko	14	28	48	58	57	46	39	313	729
Venezuela	8	5	9	18	33	38	72	382	608
Vereinigte Staaten	417	440	714	604	685	149	430	3 723	13 140
Asien	96	231	548	667	756	523	457	4 677	8 944
darunter:									
China (Volksrep.)	30	44	130	118	150	99	48	401	482
Indien	32	56	151	194	190	107	74	834	645
Pakistan	39	252
Iran	4	1	4	8	10	46	39	494	1 279
Israel	2	278	727
Japan	19	70	124	181	193	93	33	503	1 815
Australien und Ozeanien	23	50	104	43	65	49	118	672	1 226
darunter:									
Australien	22	48	88	37	48	40	115	556	1 011
Insgesamt⁴⁾	3 410⁵⁾	4 753⁵⁾	10 097	9 290	12 036	5 257	8 362	47 946	136 011

Fußnoten siehe S. 201.

5. Ausfuhr nach Erdteilen und ausgewählten Ländern

b) Anteil der Länder in %

Erdteile bzw. Verbrauchsländer	Reichsgebiet						Bundesgebiet		
	1890 ¹⁾	1900 ¹⁾	1913	1925	1930	1938 ²⁾	1950 ³⁾	1960	1971
Europa	78,1	77,8	76,1	74,8	78,3	69,7	75,7	67,4	73,0
darunter:									
Belgien	4,4	5,3	5,5	2,3	} 5,0	4,3	8,1	6,0	8,5
Luxemburg	0,6					
Dänemark	2,2	2,7	2,8	3,8	4,0	3,8	4,2	3,4	2,1
Finnland	0,7	1,0	1,2	1,1	1,6	0,9	1,7	1,1
Frankreich	6,8	5,8	7,8	5,0	9,5	4,1	7,3	8,8	12,5
Griechenland	0,1	0,1	0,2	0,7	0,5	2,1	1,6	0,8	1,2
Großbritannien	20,7	19,2	14,2	10,1	10,1	6,7	4,3	4,5	4,0
Italien	2,8	2,7	3,9	4,6	4,0	5,7	5,8	5,9	8,4
Jugoslawien	1,2	1,4	2,2	1,9	1,1	1,9
Niederlande	7,6	8,3	6,9	10,7	10,0	8,5	13,9	8,8	10,7
Norwegen	1,2	1,5	1,6	1,7	1,7	2,3	1,4	2,4	1,4
Österreich-Ungarn	10,3	10,8	10,9
Österreich	3,4	3,0	.	3,7	5,1	4,7
Polen	3,6	2,1	2,0	0,8	0,6	0,6
Portugal	0,6	0,4	0,5	0,5	0,5	0,7	0,5	0,9	0,7
Rumänien	1,6	0,5	1,4	1,1	1,1	2,8	0,3	0,3	0,5
Saarland	0,8	1,4	.	1,8	.	.
Schweden	2,7	2,9	2,3	3,7	4,1	5,1	6,4	5,4	3,4
Schweiz	5,3	6,1	5,3	4,7	5,2	3,9	5,9	6,2	5,9
Sowjetunion	6,1	6,8	8,7	2,7	3,6	0,6	0,0	1,6	1,2
Spanien	1,6	1,1	1,4	1,7	1,6	1,5	0,9	0,8	1,5
Tschechoslowakei	4,9	4,4	2,6	0,9	0,6	1,0
Türkei	1,0	0,7	1,0	0,7	0,4	2,9	2,8	1,0	0,6
Afrika	0,6	1,5	2,1	2,2	2,2	3,9	3,5	5,3	4,5
darunter:									
Ägypten	0,1	0,3	0,4	0,7	0,5	0,9	1,0	1,0	0,3
Marokko	0,0	0,0	0,1	0,0	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2
Südafrika	0,2	0,4	0,7	0,8	0,7	1,6	1,1	1,4	1,5
Amerika	17,8	14,7	15,3	15,3	12,6	15,4	13,6	15,9	14,8
darunter:									
Argentinien	0,8	1,3	2,6	2,9	2,4	2,8	1,2	1,3	0,6
Brasilien	1,5	1,0	2,0	2,2	1,0	3,1	1,8	1,1	1,1
Kanada	0,4	0,4	0,6	0,4	0,6	0,5	0,5	1,1	1,1
Mexiko	0,4	0,6	0,5	0,6	0,5	0,9	0,5	0,7	0,5
Venezuela	0,2	0,1	0,1	0,2	0,3	0,7	0,9	0,8	0,4
Vereinigte Staaten	12,2	9,3	7,1	6,5	5,7	2,8	5,1	7,8	9,7
Asien	2,8	4,9	5,4	7,2	6,3	9,9	5,5	9,8	6,6
darunter:									
China (Volksrep.)	0,9	0,9	1,3	1,3	1,2	1,9	0,6	0,8	0,3
Indien	} 0,9	1,2	1,5	2,1	1,6	2,0	0,9	1,7	0,5
Pakistan									
Iran	0,1	0,0	0,0	0,1	0,1	0,9	0,5	1,0	0,9
Israel	0,0	0,6	0,5
Japan	0,6	1,5	1,2	1,9	1,6	1,8	0,4	1,0	1,3
Australien und Ozeanien	0,7	1,1	1,0	0,5	0,5	0,9	1,4	1,4	0,9
darunter:									
Australien	0,6	1,0	0,9	0,4	0,4	0,8	1,4	1,2	0,7
Insgesamt⁴⁾	100⁵⁾	100⁵⁾	100	100	100	100	100	100	100

¹⁾ Deutsches Zollgebiet. — ²⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ³⁾ Bundesgebiet ohne Saarland. — ⁴⁾ Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und Nicht ermittelte Länder. — ⁵⁾ Einschl. Gold und Silber, die sich aus den Länderabgaben nicht ausgliedern lassen.

XIV. Verkehr

Vorbemerkung

Allgemeines

Die Statistik der Güterbewegung der Eisenbahnen, die infolge ihrer gründlichen Vorbereitung in der Folgezeit kaum abgeändert zu werden brauchte und auch für die späteren Güterbewegungsstatistiken der übrigen Verkehrswege als Muster diente, wurde 1883 eingeführt.

Im Straßenverkehr fand die erste Kraftfahrzeugbestandszählung im Deutschen Reich am 1. Januar 1907 statt. Als Grundlage dienten die Karteien der bei den unteren Verwaltungsbehörden eingerichteten Kraftfahrzeugzulassungsstellen. Im Jahre 1934 wurde mit der Einrichtung eines zentralen Kraftfahrzeugregisters der in Deutschland zugelassenen Kraftfahrzeuge beim Statistischen Reichsamt begonnen. Ab 1951 wurde die Führung und Auswertung der Kraftfahrzeugkartei dem Kraftfahrt-Bundesamt übertragen.

Die Statistik über Straßenverkehrsunfälle wird seit 1907 aufgrund der Meldungen der Polizei durchgeführt. Nach dem Ersten Weltkrieg wurden erst wieder im Jahre 1936 die Arbeiten hierzu im Statistischen Reichsamt aufgenommen; nach dem Zweiten Weltkrieg begann man zuerst auf Länderebene und seit 1953 im Rahmen einer Bundesstatistik die Zahlen über Unfälle (nach Art, Ort und Zeit), unfallbeteiligte Personen (nach Art der Verkehrsteilnahme, Alter und Geschlecht), Verunglückte (nach Art der Verkehrsteilnahme und Alter) sowie die Unfallursachen zu zählen.

Im Jahre 1872 wurde die Binnenschiffahrtsstatistik als Reichsstatistik eingerichtet. Sie weist bis 1912 aber lediglich die Menge der in den einzelnen Häfen umgeschlagenen Güter aus sowie die Gütermenge, die einzelne Stellen an den Wasserstraßen — überwiegend Schleusen — passierte. Der Binnenschiffahrt zur Verfügung stehende Güterschiffe wurden zunächst nur nach der Anzahl, später auch nach der Tragfähigkeit erfaßt. Seit 1909 werden auch der Verkehrsumfang auf den einzelnen Wasserstraßen und die Leistungen der Binnenschiffahrt in Tonnenkilometer ermittelt sowie die Güterbewegung auf den Wasserstraßen zwischen einzelnen Orten oder Bezirken dargestellt.

Die Seeverkehrsstatistik hat sich aus der Schiffsbewegungsstatistik entwickelt. Letztere gehört zu den ältesten Statistiken (ab 1873); sie stützt sich auf die Entrichtung von Hafenabgaben für ein- und auslaufende Schiffe. Mit der starken Zunahme des Welthandels um die Jahrhundertwende entstand das Bedürfnis, auch Vorstellungen über den Gütertransport zu gewinnen. Die »Bestimmungen über die Statistik der Seeschiffahrt« von 1907 ließen jedoch die Erfassung des seewärtigen Güterverkehrs nicht zu. Erst ab 1925 gibt es eine Statistik des Güterverkehrs über See.

Die Ergebnisse der seit 1951 geführten Luftfahrtstatistik sind nicht mit Angaben aus der Vorkriegszeit vergleichbar. Die Luftfahrtstatistik erstreckt sich auf die Feststellung der Flugleistungen über dem Bundesgebiet sowie auf die Ermittlung der in Verbindung mit Flughäfen im Bundesgebiet von in- und ausländischen Unternehmen beförderten Verkehrsmengen (Fluggäste, Luftfracht und Luftpost).

Nach Errichtung des Deutschen Reiches entstand aus den Postanstalten der einzelnen Länder die Deutsche Reichspost als Reichsverkehrsanstalt unter einheitlicher Leitung. Die Bestands- und Leistungsangaben über den Nachrichtenverkehr sind der Betriebsstatistik der Deutschen Reichspost und nach 1945 der Deutschen Bundespost entnommen.

Erläuterungen zu den Tabellen

Im Güterverkehr der Eisenbahnen (Tabelle 1 b) werden nachgewiesen die Beförderungsmengen von Gütern und Tieren im frachtpflichtigen Verkehr sowie im Dienstgutverkehr. Unberücksichtigt bleiben u. a. der Gepäck- und Expreßgutverkehr, Sonderzüge mit Schaustellergut und für militärische Zwecke, das Gewicht von bahneigenen Lademitteln, das Eigengewicht der beförderten bahneigenen Klein- und Großbehälter, Wärme- und Kälteschutzmittel u. dgl.

In den Kraftfahrzeugbestand (Tabelle 2) nicht einbezogen sind alle vom Zulassungsverfahren ausgenommenen Fahrzeuge wie z. B. selbstfahrende Arbeitsmaschinen, einachsige Zug- und Arbeitsmaschinen, Kleinkraft- und Fahrräder mit Hilfsmotor, Krankenfahrstühle usw.

In der Statistik über Straßenverkehrsunfälle (Tabelle 3) werden alle von der Polizei aufgenommenen Unfälle erfaßt. Die Verunglückten werden nachgewiesen: als Getötete, wenn sie am Unfallort oder innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen starben, als Schwerverletzte, wenn sie in eine Krankenanstalt zur stationären Behandlung eingeliefert wurden, als Leichtverletzte in allen übrigen Fällen.

Der Güterverkehr auf den Binnenwasserstraßen (Tabelle 5) umfaßt auch den Seeverkehr der Binnenhäfen mit Seehäfen des Bundesgebietes und mit Häfen außerhalb des Bundesgebietes (Binnen-See-Verkehr), nicht den Leichterkehr, den Verkehr von Binnenfischereifahrzeugen, von Baggerfahrzeugen, den Verkehr zu Wasserbaustellen sowie die Gütertransporte für den Eigenbedarf der Schiffe.

Der Güterumschlag in bedeutenden Seehäfen (Tabelle 7) erfaßt die Transporte, die in diesen Häfen über See ankommen und abgehen, nicht den Schiffsbedarf und die Anlandungen der zu Gewinnungszwecken einlaufenden Schiffe, z. B. im Zusammenhang mit der Fischerei sowie der Muschel-, Sand- und Steinbaggerei.

Der Personen- und Güterverkehr mit Luftfahrzeugen (Tabelle 8) schließt alle Beförderungen ein, gleichgültig ob sie gegen Entgelt oder ohne Entgelt erfolgen. In den Ergebnissen des Personenverkehrs sind Kleinkinder (unter 2 Jahren) nicht gezählt. Der Luftfrachtverkehr enthält nicht den Gepäck- und Posttransport.

XIV. Verkehr

1. Eisenbahnen

a) Streckenlängen und Fahrzeugbestände

Jahr	Alle Eisenbahnen ¹⁾					Darunter Deutsche Reichs- bzw. Bundesbahn				
	Streckenlänge (Eigentumslänge)	Bestand ²⁾ an				Streckenlänge (Eigentumslänge)	Bestand ²⁾ an			
		Lokomotiven	Triebwagen	Personenwagen ³⁾	Gepäckwagen ⁴⁾		Güterwagen	Lokomotiven	Triebwagen	Personenwagen
km	Anzahl				km	Anzahl				
Reichsgebiet										
1870	18 876	5 455	10 434	113 477
1880	33 838	10 906	19 950	225 985
1890	42 869	14 402	26 913	292 537
1900	51 678	19 462	39 515	420 951
1905	56 739	22 530	46 086	463 688
1910	61 209	28 003	58 981	593 455
1913	63 378	30 444	67 526	698 708	57 481	29 242	64 315	17 792	656 943	.
1921	57 652	32 396	69 795	708 402
1925	57 684	29 205	67 049	717 744	52 106	27 835	63 874	21 662	675 046	.
1926	57 864	27 355	65 753	697 293	52 288	26 205	62 561	21 378	655 341	.
1927	57 980	26 570	65 153	698 559	52 404	25 203	62 041	20 822	657 266	.
1928	58 223	25 442	1 058	66 699	21 277	673 279	52 481	25 142	63 508	20 626
1929	58 183	25 017	1 293	68 248	21 461	660 112	52 665	24 089	1 151	66 003
1930	58 176	24 604	1 370	70 175	21 812	653 495	53 678	23 673	1 198	67 908
1931	58 178	23 066	1 387	70 428	21 651	647 097	53 701	22 147	1 231	68 180
1932	58 208	22 312	1 411	69 242	21 536	639 091	53 730	21 404	1 255	67 025
1933	58 185	21 363	1 502	66 341	21 245	619 534	53 695	20 473	1 334	64 131
1934	58 378	21 235	1 558	65 124	20 893	590 391	53 896	20 351	1 384	62 950
1935	58 841	21 540	1 756	65 969	20 783	592 082	54 356	20 663	1 561	63 793
1936	58 967	21 586	1 892	66 188	20 525	590 142	54 482	20 710	1 688	64 009
1937	59 126	21 618	1 976	66 686	20 461	586 680	54 547	20 711	1 762	64 489
Bundesgebiet										
1950	36 924	13 866	982	25 132	9 836	305 959	30 732	12 632	504	23 213
1951	36 863	13 393	1 030	24 502	9 758	297 623	30 690	12 195	508	22 712
1952	36 853	12 642	1 190	24 463	9 711	292 501	30 674	11 560	653	22 673
1953	36 853	11 802	1 250	24 984	9 857	281 217	30 674	10 720	713	23 194
1954	37 136	11 435	1 513	24 379	9 583	277 633	30 684	10 353	969	22 754
1955	37 009	11 324	1 691	24 221	9 347	291 422	30 633	10 249	1 106	22 608
1956	37 055	11 582	1 810	24 628	9 246	315 020	31 096	10 528	1 228	23 255
1957	36 602	11 526	1 817	24 365	9 179	321 031	31 072	10 563	1 244	23 082
1958	36 518	11 019	1 850	24 028	8 078	319 835	31 046	10 104	1 262	22 807
1959	36 291	10 364	1 804	23 030	6 619	316 225	30 970	9 481	1 278	21 979
1960	36 019	10 083	1 900	21 951	5 594	315 125	30 761	9 225	1 357	20 956
1961	35 921	9 814	1 947	20 747	5 179	321 051	30 693	9 000	1 395	19 817
1962	35 638	9 770	1 943	19 901	4 605	324 503	30 672	8 994	1 439	19 042
1963	35 492	9 828	2 011	20 010	4 296	327 105	30 610	9 077	1 456	19 233
1964	35 374	10 337	1 979	19 900	3 984	330 514	30 589	10 190	1 451	19 217
1965	35 229	10 354	2 001	19 765	3 751	332 122	30 503	9 670	1 501	19 155
1966	34 476	9 659	1 780	20 795	3 466	333 738	30 229	9 118	1 486	18 916
1967	34 314	8 953	2 011	19 047	3 128	322 839	30 162	8 427	1 638	18 671
1968	34 037	8 608	1 992	18 731	2 964	317 391	29 982	8 096	1 610	18 382
1969	33 374	8 445	2 001	18 320	2 888	320 474	29 688	7 941	1 635	18 017
1970	33 010	8 536	1 953	18 406	2 957	325 229	29 555	8 050	1 623	18 131
1971	32 730	8 479	2 135	18 509	2 498	332 719	29 333	8 006	1 805	18 234

¹⁾ Bis einschl. 1913 Staats- und Privatbahnen; ab 1921 Deutsche Reichsbahn und Privatbahnen des öffentlichen Verkehrs (ohne die nebenbahnähnlichen Kleinbahnen), ab 1950 Deutsche Bundesbahn und nichtbundes eigene Eisenbahnen. — ²⁾ Bis einschl. 1937, und ab 1966 Eigentumsbestände, 1950 bis 1965 Einsatzbestände. — ³⁾ Einschl. Sonderwagen ohne Klassenbezeichnung. — ⁴⁾ Nur bahneigene. — ⁵⁾ Deutsche und ausländische Wagen auf dem Bundesbahnnetz, einschl. Privatgüterwagen.

XIV. Verkehr
1. Eisenbahnen
b) Personen- und Güterverkehr

Jahr	Alle Eisenbahnen ¹⁾				Darunter Deutsche Reichs- bzw. Bundesbahn			
	Personenverkehr ²⁾		Güterverkehr ²⁾		Personenverkehr ²⁾		Güterverkehr ²⁾	
	Beförderte Personen	Geleistete Personen-kilometer	Beförderte Güter	Geleistete Tonnen-kilometer	Beförderte Personen	Geleistete Personen-kilometer	Beförderte Güter	Geleistete Tonnen-kilometer
	Mill.		Mill. t	Mill.	Mill.		Mill. t	Mill.
Reichsgebiet								
1870		4 373		5 336				
1880	215,2	6 481	167,2	13 509				
1890	434,1	11 286	221,2	22 451				
1900	871,1	20 187	365,6	36 992				
1905	1 131,1	25 760	446,6	44 602				
1910	1 572,7	35 696	585,6	56 397				
1913	1 818,7	41 393	687,9	67 750	1 743,4	40 473	525	67 135
1921								
1925	2 188,2	50 089	445,4	60 199	2 106,3	48 950	408,7	59 629
1926	1 816,0	43 981	475,1	65 364	1 819,4	42 922	438,5	64 783
1927	1 990,0	46 620	532,4	73 296	1 909,2	45 548	489,0	72 614
1928	2 091,5	48 761	525,5	73 862	2 009,4	47 649	481,0	73 180
1929	2 057,0	48 132	531,4	77 071	1 980,3	47 088	485,9	76 382
1930	1 899,5	44 282	438,2	61 617	1 829,3	43 298	399,5	61 010
1931	1 636,4	37 745	357,1	51 693	1 577,7	36 922	325,6	51 208
1932	1 351,8	31 475	307,6	44 822	1 305,1	30 811	280,4	44 411
1933	1 283,6	30 726	338,2	48 223	1 240,5	30 117	308,1	47 755
1934	1 407,9	35 533	402,7	57 553	1 359,6	34 831	365,6	56 970
1935	1 541,8	40 286	448,5	64 140	1 488,7	39 509	408,0	63 488
1936	1 667,4	44 328	496,9	71 437	1 610,5	43 490	452,4	70 713
1937	1 874,1	51 064	547,3	80 564	1 808,0	50 096	499,0	79 757
Bundesgebiet								
1950	1 472,1	30 264	233,7	48 078	1 285,6	30 264	229,3	48 078
1951	1 406,9	29 973	260,4	55 061	1 234,7	29 973	254,9	55 061
1952	1 385,4	29 493	268,1	55 253	1 219,0	29 493	262,4	55 253
1953	1 398,1	31 754	253,2	51 598	1 240,1	31 754	246,8	50 942
1954	1 446,6	33 207	260,2	52 717	1 288,4	33 207	252,3	52 056
1955	1 554,9	35 919	288,5	58 866	1 391,1	35 919	282,8	58 063
1956	1 669,9	39 748	310,1	63 552	1 509,5	39 748	325,1	62 688
1957	1 684,6	41 384	315,0	64 200	1 526,6	41 384	330,8	63 460
1958	1 562,6	39 718	286,9	58 342	1 415,4	39 718	302,1	57 652
1959	1 495,4	39 278	292,4	60 630	1 365,6	39 278	306,6	59 852
1960	1 398,6	38 402	243,5	64 847	1 280,7	38 402	327,2	63 949
1961	1 303,2	38 469	333,4	65 563	1 194,9	38 469	322,0	64 630
1962	1 246,8	38 415	329,2	68 005	1 144,5	38 415	319,9	67 062
1963	1 196,6	37 328	340,4	72 443	1 104,3	37 328	326,4	71 494
1964	1 177,2	37 378	345,6	71 523	1 086,6	37 378	335,0	70 527
1965	1 164,8	38 567	329,9	68 575	1 075,1	38 567	316,7	67 609
1966	1 065,7	36 483	323,2	66 680	983,7	35 672	303,4	65 831
1967	1 018,3	33 877	319,4	64 525	941,4	33 111	294,7	63 640
1968	1 008,6	34 985	345,9	70 649	936,9	34 268	318,5	69 522
1969	1 023,6	37 156	380,3	80 326	953,7	36 500	351,8	79 133
1970	1 054,2	38 129	392,1	86 237	984,8	37 462	364,5	85 052
1971	1 067,0	38 167	362,4	78 907	995,0	37 410	335,0	78 159

¹⁾ Bis einschl. 1913 Staats- und Privatbahnen; ab 1921 Deutsche Reichsbahn und Privatbahnen des öffentlichen Verkehrs (ohne die nebenbahnhähnlichen Kleinbahnen), ab 1950 Deutsche Bundesbahn und nichtbundeseigene Eisenbahnen. — ²⁾ Ohne Kraftwagenverkehr.

2. Bestand an Kraftfahrzeugen*)

Stichtag 1. 7. ¹⁾	Kraftfahr- zeuge insgesamt	Davon					Kraft- räder	Perso- nenkraft- wagen	Lastkraft- fahr- zeuge
		Kraft- räder	Persone- nkraft- wagen ⁴⁾	Kraft- omni- busse ⁵⁾	Lastkraft- fahrzeuge ⁶⁾	Zug- maschi- nen ⁷⁾			
Anzahl									
auf 1 000 Einwohner									
Reichsgebiet									
1907	27 026	15 954	10 115	.	.	957	0,3	.	
1908	36 022	19 808	14 671	.	.	1 543	0,3	.	
1909	41 727	21 176	18 547	.	.	2 004	0,3	.	
1910	49 941	22 479	24 639	.	.	2 823	0,3	.	
1911	56 434	20 656	31 696	.	.	4 082	0,3	.	
1912	65 450	20 115	39 943	.	.	5 392	0,3	.	
1913	77 789	20 448	49 760	.	.	7 581	0,3	.	
1914	93 072	22 557	60 876	.	.	9 639	0,3	.	
1921	119 215	26 729	59 588	1 378	30 424	292	0,4	1,0	
1922	165 729	38 048	80 937	1 755	43 711	342	0,6	1,3	
1923	212 949	59 389	98 587	1 753	51 736	383	1,0	1,6	
1924	293 032	97 965	130 346	1 833	60 629	1 026	1,6	2,1	
1925	425 790	161 508	171 445	3 220	80 363	7 731	2,6	2,7	
1926	571 893	263 345	201 401	5 086	90 029	10 263	4,2	3,2	
1927	723 935	339 226	261 142	6 632	100 969	13 706	5,4	4,1	
1928	933 312	438 288	342 784	8 596	121 765	19 007	6,9	5,4	
1929	1 214 059	608 342	422 612	10 593	143 952	25 095	9,5	6,6	
1930	1 419 870	731 237	489 270	11 984	157 432	25 902	11,4	7,6	
1931	1 507 129	792 075	510 840	12 103	161 072	26 686	12,3	7,9	
1932	1 499 724	819 178	486 001	11 274	152 420	26 158	12,6	7,5	
1933	1 562 823	852 776	510 819	11 390	155 219	27 539	13,1	7,8	
1934	1 745 884	933 763	595 953	11 638	168 712	30 405	14,2	9,1	
1935	2 157 811	1 058 656	795 775	13 952	244 258	36 130	17,8	11,8	
1936	2 458 040	1 184 081	945 085	15 567	269 581	30 877	17,6	14,0	
1937	2 827 870	1 327 189	1 108 433	17 294	320 016	40 237	19,6	16,3	
1938 ²⁾	3 241 852	1 513 328	1 271 983	18 451	365 731	54 691	22,1	18,6	
Bundesgebiet									
1936 ³⁾	1 392 789	653 514	539 190	9 749	161 623	23 032	15,7	12,9	
1938 ³⁾	1 863 218	868 663	724 960	11 718	219 344	30 289	20,4	17,0	
1939 ³⁾	2 146 121	1 023 288	814 194	12 357	252 603	43 679	23,8	18,9	
1946 ³⁾	691 125	259 616	192 438	4 715	183 758	50 598	5,6	4,1	
1947 ³⁾	750 691	240 676	193 349	6 563	222 841	77 916	5,1	4,1	
1948	1 203 727	515 061	291 245	8 593	289 805	84 397	14 626	10,7	
1949	1 463 120	626 126	365 455	10 529	341 913	104 359	14 738	12,7	
1950	2 020 935	929 516	539 853	15 083	385 442	133 952	17 089	18,6	
1951	2 583 781	1 202 425	715 904	17 425	445 009	183 096	19 922	23,8	
1952	3 383 027	1 610 653	944 638	20 617	524 772	258 471	23 876	31,7	
1953	4 192 958	2 044 740	1 182 544	23 604	593 176	320 609	28 285	39,8	
1954	4 867 951	2 352 772	1 463 191	26 246	614 365	379 049	32 328	45,4	
1955	5 376 363	2 494 503	1 747 555	27 189	604 533	466 163	36 420	47,6	
1956	5 897 283	2 517 240	2 136 130	28 494	618 273	556 527	40 619	47,5	
1957	6 393 196	2 462 419	2 583 656	30 225	638 703	634 650	43 543	45,9	
1958	6 786 736	2 253 519	3 096 859	30 981	647 078	712 326	45 973	41,5	
1959	7 193 349	2 016 814	3 684 256	31 295	637 342	785 615	38 027	36,7	
1960	8 003 654	1 892 479	4 489 407	33 198	680 726	868 233	39 611	34,1	
1961	8 825 365	1 723 340	5 342 940	35 587	729 635	951 348	42 515	30,6	
1962	9 714 025	1 494 240	6 334 926	36 848	774 079	1 027 741	46 191	26,2	
1963	10 486 456	1 197 956	7 304 580	37 958	808 424	1 086 992	50 546	20,8	
1964	11 284 453	925 511	8 274 163	38 226	842 026	1 146 492	58 035	15,9	
1965	12 167 801	716 621	9 267 423	38 627	877 017	1 203 963	64 150	12,1	
1966	13 146 744	551 567	10 302 080	39 849	915 656	1 267 201	70 391	9,2	
1967	13 744 559	394 327	11 015 813	40 431	908 321	1 310 252	75 415	6,6	
1968	14 391 291	311 604	11 682 556	41 908	927 182	1 347 738	80 303	5,2	
1969	15 342 740	223 486	12 584 564	44 039	966 192	1 399 070	85 389	4,3	
1970	16 783 227	228 604	13 941 079	47 253	1 028 116	1 446 955	91 220	3,7	
1971	18 027 760	201 452	15 115 049	50 038	1 078 001	1 485 918	97 302	3,7	

*) 1907 bis 1933 und 1946 bis 1951 ohne vorübergehend abgemeldete Kraftfahrzeuge.

1) 1907 bis 1914: 1. Januar. — 2) Gebietsstand: 31. 12. 1937. — 3) Bundesgebiet ohne Berlin. — 4) Einschl. Kombinationskraftwagen, bis 1914 einschl. Kraftomnibusse, bis 1947 einschl. Krankenkraftwagen. — 5) Einschl. Obusse. — 6) Bis 1958 ohne Sonderkraftfahrzeuge zur Lastenbeförderung, jedoch einschl. Tankkraftwagen für brennbare Flüssigkeiten. — 7) Bis 1924 unvollständig, ab 1938 nur zulassungspflichtige Zugmaschinen. — 8) Straßenreinigungsmaschinen, Feuerwehrfahrzeuge, Abschlepp- und Kranwagen, Wohnwagen und ähnliche Sonderkraftfahrzeuge sowie ab 1948 einschl. Krankenkraftwagen.

3. Straßenverkehrsunfälle

Unfälle, Getötete und Verletzte

Jahr ¹⁾	Unfälle ⁴⁾	Getötete ³⁾	Verletzte	Jahr ¹⁾	Unfälle ⁴⁾	Getötete ⁵⁾	Verletzte
Reichsgebiet				Bundesgebiet			
1907	4 864	145	2 419	1955	603 000	12 791	371 160
1908	5 069	141	2 630	1956	664 000	13 427	383 145
1909	6 063	194	2 945	1957	679 000	13 004	376 141
1910	6 774	278	3 651	1958	752 000	12 169	372 524
1911	8 431	343	4 262	1959	844 000	13 822	419 827
1912	10 105	442	5 542	1960	990 000	14 406	454 960
1913	11 785	504	6 313	1961	1 030 000	14 543	447 927
1936	267 444	8 388	173 826	1962	1 079 000	14 445	428 488
1937	266 394	7 636	174 208	1963	1 115 000	14 513	424 298
1938 ²⁾	272 505	7 354	180 335	1964	1 089 000	16 494	446 172
Bundesgebiet				1965	1 099 000	15 753	433 490
1950 ³⁾	248 124	6 328	150 688	1966	1 167 000	16 868	456 832
1951 ³⁾	320 433	7 558	202 338	1967	1 144 000	17 084	462 048
1952 ³⁾	375 430	7 590	232 852	1968	1 181 000	16 636	468 718
1953	473 000	11 449	315 157	1969	1 214 000	16 646	472 387
1954	524 000	12 071	334 961	1970	1 393 000	19 193	531 795
				1971	1 339 000	18 727	517 953

¹⁾ Bis 1913: 1. 10. des Vorjahres bis 30. 9. des Berichtsjahres. — ²⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ³⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — ⁴⁾ Unfälle mit Personenschaden und Unfälle mit nur Sachschaden. — ⁵⁾ Bis 1913: Getötete einschl. der innerhalb einer Woche Gestorbenen; 1936 bis 1952: Getötete einschl. der bis zum 3., spätestens bis zum 8. Tag nach dem Unfall Gestorbenen; ab 1953: Getötete einschl. der innerhalb 30 Tagen nach dem Unfall Gestorbenen.

4. Bestand an Binnenschiffen

Stichtag 31. 12.	Güterschiffe ⁴⁾				Stichtag 31. 12.	Güterschiffe ⁴⁾			
	mit eigener Triebkraft ⁵⁾		ohne eigene Triebkraft ⁶⁾			mit eigener Triebkraft ⁵⁾		ohne eigene Triebkraft ⁶⁾	
	Anzahl	Trag- fähigkeit in 1 000 t	Anzahl	Trag- fähigkeit in 1 000 t		Anzahl	Trag- fähigkeit in 1 000 t	Anzahl	Trag- fähigkeit in 1 000 t
Reichsgebiet					Bundesgebiet				
1887	128	.	19 237	.	1948 ²⁾	1 461	412	3 077	2 297
1897	191	.	20 611	.	1949 ²⁾	1 640	470	3 288	2 559
1902	217	46	22 235	.	1950 ²⁾	1 958	636	3 593	2 582
1907	642	71	22 923	.	1951 ²⁾	1 980	698	3 569	2 583
1912	997	117	25 042	.	1952 ²⁾	2 170	822	3 535	2 591
1924	646	143	18 701	6 423	1953 ²⁾	2 406	970	3 574	2 620
1925	723	157	19 086	6 569	1954 ²⁾	2 706	1 142	3 618	2 652
1926	791	174	19 394	6 661	1955 ²⁾	3 094	1 364	3 614	2 651
1927	982	199	14 383	6 164	1956 ²⁾	3 460	1 580	3 574	2 626
1928	1 173	239	14 492	6 239	1957 ²⁾	3 760	1 794	3 527	2 612
1929	1 328	271	14 557	6 324	1958 ²⁾	4 094	2 040	3 470	2 603
1930	1 401	289	14 356	6 287	1959 ²⁾	4 372	2 216	3 501	2 607
1931	1 442	299	14 118	6 242	1960 ²⁾	4 560	2 381	2 931	2 459
1932	1 493	306	12 944	5 990	1961 ²⁾	4 889	2 603	2 712	2 309
1933	1 572	330	12 886	5 970	1962 ²⁾	5 161	2 843	2 469	2 131
1934	1 654	348	12 666	5 891	1963 ²⁾	5 382	3 054	2 248	1 947
1935	1 760	393	12 515	5 836	1964	5 554	3 250	2 058	1 746
1936	1 918	444	12 488	5 835	1965	5 681	3 405	1 836	1 541
1937	2 034	484	12 441	5 826	1966	5 673	3 445	1 715	1 440
1938 ³⁾	2 197	541	12 065	5 786	1967	5 614	3 417	1 598	1 293
1939 ³⁾	2 351	617	11 872	5 765	1968	5 586	3 432	1 480	1 253
					1969	5 442	3 450	1 323	1 177
					1970	5 190	3 448	1 146	1 076
					1971 ⁷⁾	4 757	3 405	1 045	1 067

¹⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ²⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — ³⁾ Bundesgebiet ohne Berlin. — ⁴⁾ Ohne Hamburger Schuten und Leichter. — ⁵⁾ Bis 1912 jede Tragfähigkeit; 1924 bis 1939 von 16 t und mehr, ab 1948 von 20 t und mehr. — ⁶⁾ Bis 1912 mit einer Tragfähigkeit von 10 t und mehr, 1924 bis 1939 von 21 t und mehr, ab 1948 von 20 t und mehr. — ⁷⁾ Vorläufige Ergebnisse.

5. Güterverkehr auf den Binnenwasserstraßen

Mill. t

Jahr	Beförderte Güter ⁴⁾	Jahr	Beförderte Güter ⁴⁾	Jahr	Beförderte Güter ²⁾	Jahr	Beförderte Güter ⁴⁾
Reichsgebiet				Bundesgebiet			
1909	73,3	1926	102,3	1936 ²⁾	100,3	1958 ²⁾	137,0
1910	76,6	1927	111,4	1938 ²⁾	119,1	1959 ²⁾	142,1
1911	80,0	1928	107,7			1960 ²⁾	171,4
1912	93,5	1929	110,7	1947 ²⁾	27,9		
1913	95,9	1930	105,2	1948 ²⁾	50,6	1961 ²⁾	172,2
1914	75,2			1949 ²⁾	57,8	1962 ²⁾	170,8
1919	33,6			1950 ²⁾	71,9	1963 ²⁾	167,3
1920	43,3	1931	87,2			1964	183,8
		1932	73,7	1951 ²⁾	88,1	1965	195,7
		1933	78,2	1952 ²⁾	95,3	1966	207,9
1921	41,6	1934	94,9	1953 ²⁾	101,4	1967	214,4
1922	58,8	1935	101,4	1954 ²⁾	109,4	1968	233,3
1923	34,3	1936	116,1	1955 ²⁾	124,6	1969	233,8
1924	70,9	1937	133,1	1956 ²⁾	135,9	1970	240,0
1925	85,7	1938 ¹⁾	136,1	1957 ²⁾	142,3	1971	230,0

¹⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ²⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — ³⁾ Bundesgebiet ohne Berlin. — ⁴⁾ Inlandsverkehr, Verkehr mit Häfen außerhalb des Reichs- bzw. Bundesgebietes und Durchgangsverkehr.

6. Handelsschiffstonnage*)

Stichtag 1. 7.	Handelsschiffstonnage		Stichtag 1. 7.	Handelsschiffstonnage	
	insgesamt	Anteil an der Welthandelstonnage		insgesamt	Anteil an der Welthandelstonnage
	1 000 BRT	%		1 000 BRT	%
Reichsgebiet			Reichsgebiet		
1900	2 160	9,7	1931	4 226	6,1
1901	2 417	10,1	1932	4 143	6,1
1902	2 636	10,2	1933	3 888	5,8
1903	2 794	10,3	1934	3 680	5,7
1904	2 892	10,1	1935	3 693	5,8
1905	3 094	10,3	1936	3 708	5,8
1906	3 376	10,6	1937	3 928	6,0
1907	3 706	10,9	1938 ¹⁾	4 232	6,3
1908	3 839	10,7	1939 ¹⁾	4 483	6,5
1909	3 889	10,7			
1910	3 959	10,6			
			Bundesgebiet		
			1949	300	0,4
			1950	460	0,5
1911	4 092	10,6	1951	1 028	1,2
1912	4 276	10,6	1952	1 396	1,5
1913	4 743	11,0	1953	1 747	1,9
1914	5 135	11,3	1954	2 224	2,3
1915	4 419	9,7	1955	2 644	2,6
1916	3 891	8,6	1956	3 198	3,0
1919	3 247	6,8	1957	3 597	3,3
1920	419	0,8	1958	4 056	3,4
			1959	4 440	3,6
			1960	4 537	3,5
1921	654	1,1	1961	4 471	3,5
1922	1 786	2,9	1962	4 924	3,5
1923	2 510	4,0	1963	5 050	3,5
1924	2 872	4,7	1964	5 159	3,4
1925	3 006	4,8	1965	5 279	3,3
1926	3 062	4,9	1966	5 767	3,4
1927	3 320	5,2	1967	5 990	3,3
1928	3 738	5,7	1968	6 528	3,4
1929	4 058	6,1	1969	7 027	3,3
1930	4 199	6,2	1970	7 881	3,5
			1971	8 679	3,5

*) Schiffe mit mechanischem Antrieb und einem Raumgehalt von 100 BRT und mehr.

¹⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937.

7. Güterumschlag in bedeutenden Seehäfen

1 000 t

Jahr	Güterumschlag ¹⁾			Jahr	Güterumschlag ¹⁾		
	Hamburg	Bremische Häfen	Emden		Hamburg	Bremische Häfen	Emden
1925	22 495	4 070	2 980	1951	14 237	8 142	5 394
1926	24 779	5 331	4 253	1952	15 239	9 739	6 550
1927	27 597	5 585	3 847	1953	16 474	9 885	5 194
1928	29 621	5 925	2 653	1954	20 658	9 793	6 307
1929	28 574	6 466	3 942	1955	23 970	12 024	7 544
1930	25 847	5 813	3 442	1956	27 518	13 749	8 110
1931	23 250	4 899	2 432	1957	26 613	14 876	8 461
1932	19 827	4 320	3 399	1958	27 399	13 325	6 419
1933	19 580	4 715	4 689	1959	29 141	14 063	7 059
1934	20 303	6 123	6 155	1960	30 754	15 138	10 287
1935	19 952	6 565	6 805	1961	29 931	14 873	11 464
1936	22 027	6 849	7 943	1962	31 366	15 954	10 226
1937	25 257	8 148	8 014	1963	33 435	15 375	10 149
1938	25 742	9 063	7 447	1964	35 373	15 773	13 139
1939	18 731	8 494	6 708	1965	35 159	17 494	11 482
1946	4 180	4 704	2 272	1966	37 487	17 322	9 941
1947	6 002	4 856	2 835	1967	35 421	17 391	10 397
1948	7 903	6 141	3 507	1968	38 139	18 984	12 443
1949	9 554	6 611	4 153	1969	40 900	20 595	13 982
1950	10 997	5 945	4 954	1970	46 949	23 381	15 241
				1971	45 302	22 637	13 194

¹⁾ Empfang und Versand (Ein- und Ausladungen).

8. Gewerblicher Luftverkehr*)

Bundesgebiet

Jahr	Beförderte			Jahr	Beförderte		
	Personen ¹⁾	Luftfracht ¹⁾	Luftpost		Personen ¹⁾	Luftfracht ¹⁾	Luftpost
	1 000	1 000 t			1 000	1 000 t	
1951	598,3	26,7	3,6	1962	6 226,3	92,0	32,2
1952	970,1	43,3	5,6	1963	7 267,9	100,1	36,7
1953	1 482,8	67,8	6,8	1964	8 396,8	112,0	40,5
1954	1 527,7	60,6	8,3	1965	10 366,9	139,9	44,4
1955	2 060,8	60,2	9,6	1966	11 664,3	167,3	50,4
1956	2 573,9	58,4	10,1	1967	12 937,8	186,9	54,8
1957	2 961,0	50,3	10,9	1968	14 766,0	230,9	61,1
1958	3 443,9	47,2	12,1	1969	17 685,3	285,7	66,8
1959	3 836,5	62,1	13,9	1970	21 340,0	315,5	71,4
1960	4 885,0	78,7	17,3	1971	24 808,0	340,3	76,2
1961	5 457,8	100,2	23,3				

*) Gesamtverkehr einschl. Durchgangsverkehr.

¹⁾ Bis 1961 einschl. Doppelzählungen durch umgestiegene Personen und umgeladene Luftfracht.

9. Güterverkehr in Rohrleitungen*)

Bundesgebiet

Jahr	Betriebslänge der Rohrleitungen	Transportmenge	Geleistete Effektivtonnen-kilometer	Jahr	Betriebslänge der Rohrleitungen	Transportmenge	Geleistete Effektivtonnen-kilometer
	km	1 000 t	Mill. tkm		km	1 000 t	Mill. tkm
1958	46	1 467	100	1965	1 070	46 289	8 945
1959	398	7 612	1 800	1966	1 341	52 814	9 933
1960	455	13 308	2 959	1967	1 571	57 473	9 974
1961	455	18 178	3 759	1968	1 571	67 050	13 692
1962	479	21 342	4 389	1969	1 579	73 641	14 773
1963	989	27 505	4 941	1970	1 579	80 739	15 122
1964	1 070	37 640	7 149	1971	1 579	81 973	16 265

*) Transporte von rohem Erdöl in Rohrfernleitungen.

XIV. Verkehr

10. Deutsche Reichs- bzw. Bundespost

Jahr ¹⁾	Beförderte		Übermittelte Telegramme	Fernsprechdienst			Ton-Rundfunk- Genehmigungen	Fernseh- Rundfunk- Genehmigungen
	Brief- sendungen	Paket- und Wertsendungen		Sprechstellen	Orts- gespräche			
					Fern-			
	Mill.		1 000	Mill.		1 000		
Reichsgebiet								
1900	3 175	180,0	41,0	248	544	43	—	—
1901	3 397	184,2	40,5	292	600	46	—	—
1902	3 602	192,3	40,4	337	656	51	—	—
1903	3 834	199,7	41,5	387	714	59	—	—
1904	4 036	207,4	42,7	445	813	73	—	—
1905	4 247	217,2	45,6	511	906	88	—	—
1906	4 665	224,7	46,8	587	1 007	104	—	—
1907	5 158	232,2	49,2	666	1 087	115	—	—
1908	5 347	241,9	48,7	739	1 130	116	—	—
1909	5 660	254,0	50,9	818	1 239	129	—	—
1910	5 508	267,2	52,6	908	1 368	148	—	—
1911	5 800	277,1	54,5	1 010	1 516	175	—	—
1912	6 259	291,7	57,5	1 118	1 704	196	—	—
1913	6 822	298,5	57,6	1 222	1 867	206	—	—
1914	5 798	274,2	66,5	1 270	1 823	200	—	—
1915	5 001	311,4	64,5	1 225	1 775	185	—	—
1916	4 917	342,7	62,8	1 241	1 569	196	—	—
1917	4 482	365,5	70,5	1 306	1 700	226	—	—
1918	4 650	353,9	77,3	1 391	1 747	247	—	—
1919	4 346	262,1	82,8	1 527	2 240	306	—	—
1920	4 705	267,1	79,6	1 780	2 486	347	—	—
1921	4 821	258,4	81,5	1 916	2 423	274	—	—
1922	3 912	235,5	63,2	2 073	1 753	315	—	—
1923	3 225	163,8	57,1	2 242	1 583	269	9,9	—
1924	4 387	259,8	42,7	2 385	1 588	265	778,9	—
1925	6 667	265,0	47,3	2 588	1 760	279	1 205,3	—
1926	6 763	274,6	43,9	2 688	1 792	261	1 635,7	—
1927	7 678	307,0	45,0	2 815	1 974	271	2 234,7	—
1928	7 771	285,6	41,1	2 950	2 148	282	2 837,9	—
1929	7 663	278,0	37,5	3 204	2 298	300	3 238,4	—
1930	6 461	260,6	31,7	3 247	2 260	284	3 731,7	—
1931	5 924	233,6	25,1	3 114	2 118	262	4 168,4	—
1932	5 600	231,7	21,3	2 960	1 935	230	4 532,9	—
1933	5 504	252,9	20,8	2 954	1 943	235	5 424,8	—
1934	5 564	264,5	19,3	3 134	2 041	251	6 725,2	—
1935	5 765	282,2	19,0	3 270	2 168	268	7 583,8	—
1936	6 434	300,5	19,7	3 431	2 278	286	8 512,0	—
1937	6 815	311,3	19,4	3 624	2 418	306	10 256,0	—
Bundesgebiet								
1950 ²⁾	4 253	174,8	27,9	2 478	1 844	324	9 018	—
1951 ²⁾	4 561	183,2	27,2	2 823	2 006	359	10 475	—
1952 ²⁾	4 982	196,7	27,6	3 119	2 136	402	11 531	—
1953 ²⁾	5 347	209,3	28,2	3 412	2 279	446	12 170	12
1954 ²⁾	5 744	221,0	28,4	3 686	2 412	492	12 800	84
1955 ²⁾	6 161	230,7	29,4	3 985	2 584	564	13 247	284
1956 ²⁾	6 687	245,7	30,3	4 323	2 734	643	13 811	652
1957 ²⁾	7 158	260,8	31,7	4 667	2 820	711	14 400	1 212
1958	7 637	268,5	31,1	5 019	2 934	801	15 013	2 128
1959	7 914	275,1	32,1	5 516	3 189	930	15 900	3 375
1960	8 498	289,3	32,5	5 994	3 472	1 089	15 892	4 635
1961	9 092	303,1	32,4	6 509	3 649	1 231	16 270	5 888
1962	9 315	314,1	32,9	7 047	3 810	1 389	16 696	7 213
1963	9 056	301,0	31,9	7 600	4 133	1 546	17 099	8 539
1964	9 275	302,6	31,5	8 168	4 142	1 627	17 494	10 024
1965	9 673	310,7	31,2	8 802	4 498	1 833	17 878	11 379
1966	9 436	305,7	28,6	9 532	4 861	2 042	18 232	12 720
1967	9 358	291,6	25,9	10 321	5 167	2 260	18 587	13 806
1968	9 787	300,2	25,5	11 249	5 554	2 587	18 988	14 958
1969	10 177	310,6	24,7	12 456	6 159	2 948	19 368	15 903
1970	10 680	319,9	23,9	13 835	6 878	3 338	19 622	16 675
1971	11 526	322,8	—	15 240	8 005	3 674	19 026 ³⁾	16 669 ³⁾

¹⁾ Rechnungsjahre vom 1. April bis 31. März; bei Sprechstellen und Rundfunkgenehmigungen Stand jeweils am Ende des Rechnungsjahres. 1950 bis 1956 Kalenderjahre; bei Sprechstellen und Rundfunkgenehmigungen Stand jeweils am Ende des Kalenderjahres. —
²⁾ Bundesgebiet ohne Saarland. —³⁾ Nur gebührenpflichtige Rundfunkteilnehmer.

XV. Geld und Kredit

Vorbemerkung

Allgemeines

Die Ergebnisse der Bankenstatistik beruhen bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges auf Meldungen der Kreditinstitute an die ehemalige Reichsbank bzw. an das ehemalige Statistische Reichsamt. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die gesamte Bankenstatistik von der Deutschen Bundesbank (bis 1956 Bank deutscher Länder) wieder aufgenommen. Sie wurde im Laufe der Jahre einige Male ergänzt, erweitert und der neuesten Entwicklung angepaßt.

Der Umlauf von Schuldverschreibungen der Boden- und Kommunalcreditinstitute wird seit dem Jahr 1871 ausgewiesen. Die Ergebnisse für das Reichsgebiet beruhen für die Jahre 1871 bis 1899 auf privaten Ermittlungen, die von der amtlichen Statistik übernommen und für die weiteren Jahre vor dem Ersten Weltkrieg anhand der Bilanzen und Geschäftsberichte der Banken zusammengestellt wurden. Eine amtliche Statistik, zu der die privaten Hypothekenbanken und die öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten berichten, wurde 1926 zunächst auf freiwilliger Basis und ab 1930 mit Auskunftspflicht eingeführt. Die Statistik erstreckte sich auf den Umlauf von Hypothekendarlehen, Schiffspfandbriefen, Kommunalobligationen und sonstigen Schuldverschreibungen der Boden- und Kommunalcreditinstitute. Im Aktivgeschäft wurde der Bestand an städtischen und landwirtschaftlichen Hypotheken, Kommunaldarlehen und sonstigen Darlehen nachgewiesen. Ende 1938 waren im Reichsgebiet 103 Bodenkreditinstitute tätig. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde diese Statistik wieder aufgenommen. Gegenwärtig werden außer dem Nettoumlauf und dem deckungspflichtigen Umlauf an Schuldverschreibungen u. a. auch der Zugang (darunter Erstsatz) und der jeweilige Abgang (darunter Tilgung) von Wertpapieren aus dem Neugeschäft nachgewiesen. Im Aktivgeschäft sind durch die Erfassung der monatlichen Bruttoausleihungen und infolge einer tieferen Gliederung der Darlehensnehmergruppen ebenfalls neue Erkenntnisse gewonnen worden. Derzeit sind in die Erhebung 65 Realkreditinstitute einbezogen.

Die Berechnung der Durchschnittswerte für Kurs, Dividende und Rendite der börsennotierten Aktien ist für die Jahre 1870 bis 1913 vom Institut für Konjunkturforschung durchgeführt worden. Im Jahre 1925 wurde die Berechnung der Reihe durch das Statistische Reichsamt wieder aufgenommen und bis zum Jahr 1942 fortgesetzt, d. h. bis zur Einstellung der Notierung an der Berliner Börse. Der Berechnung lagen die Kurse von an der Berliner Börse amtlich notierten Aktien von Gesellschaften mit Sitz im jeweiligen Reichsgebiet zugrunde. Die Durchschnittswerte von Dividende und Rendite wurden anhand der jeweils letztbekannten Dividende berechnet. Nach dem Zweiten Weltkrieg ist die Berechnung des Kursdurchschnitts erst nach der Geldumstellung, und zwar im Juli 1948 wieder aufgenommen worden. Gegenwärtig basiert sie auf den an den Heimatbörsen notierten Aktienkursen aller inländischen Gesellschaften mit Sitz im Bundesgebiet. Der Berechnung von Durchschnittsdividende und Durchschnittsrendite liegt, wie seither, die jeweils letztbekannte Dividende zugrunde.

Ein Index der Aktienkurse ist erstmals auf der Basis 1913 = 100 — teilweise durch Umrechnung über Dollar-Meßziffern — erstellt worden. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde der Index auf der Basis 1924 bis 1926 = 100 neu berechnet und bis zum Jahre 1940 fortgeführt. Ein neuer Aktienindex für das Bundesgebiet liegt für die Zeit ab 1953 vor.

Die Statistik der Konkurse und Vergleichsverfahren wurde bereits 1895 eingeführt. Die Ergebnisse beruhen auf den Meldungen der Amtsgerichte (Konkursgerichte), Erhebungsform und Frageprogramm haben sich im Laufe der Jahre nur unwesentlich geändert.

Erläuterungen zu den Tabellen

Zu den Boden- und Kommunalcreditinstituten (Tabelle 4) zählen alle unter das Hypothekendarlehenbankgesetz, das Pfandbriefgesetz und das Schiffsbankgesetz fallenden Institute sowie einige andere Institute, die das längerfristige Realkreditgeschäft betreiben. Als Umlauf (Nettoumlauf) wird der Nominalbetrag der am Ende des Berichtsmonats tatsächlich umlaufenden Schuldverschreibungen ohne die im Eigenbestand befindlichen Stücke eigener Emissionen ausgewiesen.

Dem Index der Aktienkurse (Tabelle 6) lagen in der Zeit von 1924 bis 1940 die Kurse der an der Berliner Börse amtlich notierten Aktien von Gesellschaften mit Sitz im damaligen Reichsgebiet zugrunde. In der Zeit von 1953 bis 1965 wurde der Index aus den Kursnotierungen der Stammaktien an den Heimatbörsen von rd. 430 ausgewählten Gesellschaften mit Sitz im Bundesgebiet ohne Berlin ermittelt. Als Gewichtsgrundlage diente das Stammaktienkapital aller am Basistag im Bundesgebiet ohne Berlin bestehenden Aktiengesellschaften (also einschließlich der nicht börsennotierten). Die Neuberechnung ab Ende 1964 auf der Basis 31. 12. 1965 = 100 erfolgte anhand der Kursnotierungen von rd. 350 Stammaktien von Gesellschaften mit Sitz im Bundesgebiet einschließlich Berlin. Gewichtsgrundlage ist das am Basistag vorhandene börsennotierte Nominalkapital. Der neue Index ist mit der alten Indexreihe verkettet worden.

1. Bargeldumlauf, Gold- und Devisenbestand

Mill. M/RM/DM

Jahres- durchschnitt	Bargeldumlauf	Gold- und Devisenbestand ²⁾	Jahres- durchschnitt	Bargeldumlauf	Gold- und Devisenbestand ²⁾
Reichsgebiet			Reichsgebiet		
1876	2 985	1 336	1925	4 468	1 475
1877	2 855	1 368	1926	4 910	2 011
1878	2 716	1 451	1927	5 452	2 130
1879	2 729	1 561	1928	5 843	2 499
1880	2 765	1 584	1929	5 965	2 601
1881	2 755	1 549	1930	5 858	2 900
1882	2 751	1 514	1931	5 827	1 996
1883	2 666	1 488	1932	5 802	1 048
1884	2 643	1 461	1933	5 359	603
1885	2 631	1 452	1934	5 477	238
1886	2 617	1 466	1935	5 761	164
1887	2 621	1 494	1936	6 174	75
1888	2 595	1 528	1937	6 686	75
1889	2 704	1 552			
1890	2 816	1 589			
Bundesgebiet			Bundesgebiet		
1891	2 768	1 665	1948 ¹⁾	5 981	765
1892	2 785	1 725	1949 ¹⁾	6 842	1 176
1893	2 910	1 755	1950 ¹⁾	7 732	1 067
1894	2 170	1 818	1951 ¹⁾	8 316	1 807
1895	3 105	2 022	1952 ¹⁾	9 871	3 475
1896	3 249	2 048	1953 ¹⁾	11 136	6 413
1897	3 256	2 031	1954 ¹⁾	11 928	9 916
1898	3 390	2 110	1955 ¹⁾	13 027	12 060
1899	3 517	2 193	1956 ¹⁾	14 208	15 356
1900	3 606	2 276	1957 ¹⁾	15 466	18 791
1901	3 705	2 438	1958 ¹⁾	16 992	18 590
1902	3 824	2 586	1959	18 320	18 150
1903	3 952	2 610	1960	19 832	23 439
1904	4 158	2 808	1961	21 716	26 747
1905	4 481	3 122	1962	23 692	24 740
1906	4 819	3 346	1963	25 313	26 696
1907	5 050	3 471	1964	26 976	28 221
1908	4 991	3 519	1965	29 413	26 448
1909	5 155	3 627	1966	30 880	26 019
1910	5 292	3 699	1967	31 307	28 342
1911	5 428	3 805	1968	32 468	32 101
1912	5 586	3 860	1969	34 519	35 195
1913	5 835	4 042	1970	36 682	34 734
			1971	39 549	57 323

¹⁾ Bundesgebiet ohne Saarland. — ²⁾ Bis 1913: Bestand der Notenbank an Gold in Barren und ausländischen Goldmünzen, Reichskriegsschatz sowie Goldmünzenumlauf, der Ende 1913 2 755,0 Mill. Mark betrug (Goldstock); von 1925 bis 1935: Bestand der Notenbanken an Gold und Deckungsdevisen; von 1936 bis 1937: Gold- und Deckungsdevisenbestand der Reichsbank; ab 1945: Gold- und Devisenbestand der Bank deutscher Länder (bis 31. 7. 1957) bzw. der Deutschen Bundesbank.

2. Spareinlagen

Mill. M/RM/DM

Jahresende	Spareinlagenbestand der				
	Sparkassen ²⁾	Postsparkasse	Kreditgenossen- schaften ²⁾	Kreditbanken ²⁾	privaten und öffent- lichen Bausparkassen
Reichsgebiet					
1900	8 839	—	.	.	.
1905	12 675	—	.	.	.
1910	16 781	—	.	.	.
1911	17 822	—	.	.	.
1912	18 680	—	.	.	.
1913	19 689	—	3 584	.	.
1925	1 694	—	497	.	.
1926	3 182	—	901	.	.
1927	4 837	—	1 371	.	.
1928	7 205	—	2 002	.	.
1929	9 314	—	2 653	770	125
1930	12 920	—	2 795	.	.
1931	11 780	—	2 612	.	.
1932	11 450	—	2 483	820	255
1933	12 110	—	2 512	870	282
1934	12 814	—	2 733	950	290
1935	13 820	—	2 638	1 098	313
1936	14 615	—	2 903	1 273	344
1937	16 062	—	3 214	1 507	362
1938 ¹⁾	18 009	—	3 678	1 856	370

Fußnoten siehe S. 212.

XV. Geld und Kredit

2. Spareinlagen

Mill. M/RM/DM

Jahresende	Spareinlagenbestand der				
	Sparkassen ³⁾	Postsparkasse	Kreditgenossenschaften ⁴⁾	Kreditbanken ⁵⁾	privaten und öffentlichen Bausparkassen
Bundesgebiet					
1938 ²⁾	10 922	—	.	.	.
1948 ²⁾	1 120	39	273	167	.
1949 ²⁾	2 088	94	520	359	.
1950 ²⁾	2 731	134	662	538	503
1951 ²⁾	3 357	206	791	710	672
1952 ²⁾	4 934	380	1 135	1 133	942
1953 ²⁾	7 461	659	1 676	1 751	1 426
1954 ²⁾	10 965	965	2 460	2 836	2 180
1955 ²⁾	13 555	1 236	2 997	3 585	3 024
1956 ²⁾	15 506	1 457	3 465	3 847	3 841
1957 ²⁾	18 665	1 822	4 197	4 703	4 855
1958 ²⁾	22 882	2 286	5 150	5 784	6 008
1959	28 516	2 793	6 398	7 331	7 490
1960	33 724	3 274	7 557	8 560	9 355
1961	38 525	3 755	8 654	9 491	11 283
1962	44 407	4 204	10 128	11 135	13 072
1963	51 816	4 701	12 054	12 951	15 169
1964	59 713	5 196	14 302	15 001	17 391
1965	69 365	5 709	17 239	18 366	20 992
1966	78 813	6 067	20 157	22 076	25 607
1967	89 308	6 677	23 491	25 196	28 515
1968	101 192	7 431	28 226	29 261	31 066
1969	111 926	8 344	32 693	33 054	35 124
1970	120 871	9 730	37 454	37 385	40 619
1971	133 930	11 402	43 762	43 384	46 035

¹⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ²⁾ Bundesgebiet ohne Saarland. — ³⁾ Ab 1930 einschl. Aufwertungssparguthaben (1930: 2 168,0 Mill. RM). — ⁴⁾ Ohne Verbraucher- und Baugenossenschaften, jedoch einschl. Zentralkassen. — ⁵⁾ Einschl. Girozentralen, Hypothekenbanken, öffentl.-rechtliche Grundkreditanstalten, Teilzahlungskreditinstitute und Kreditinstitute mit Sonderaufgaben.

3. Absatz festverzinslicher Wertpapiere und Aktien

Mill. RM/DM

Jahr	Absatz von		Jahr	Absatz von	
	festverzinslichen Wertpapieren ¹⁾	Aktien		festverzinslichen Wertpapieren ²⁾	Aktien
Reichsgebiet			Bundesgebiet		
1925	1 080	656	1952 ¹⁾	1 558	259
1926	3 579	988	1953 ¹⁾	2 868	269
1927	2 841	1 438	1954 ¹⁾	4 696	453
1928	2 905	1 339	1955 ¹⁾	3 628	1 555
1929	1 685	979	1956 ¹⁾	2 464	1 838
1930	2 926	555	1957 ¹⁾	4 193	1 632
1931	1 338	635	1958 ¹⁾	8 035	1 139
1932	824	150	1959	9 703	1 383
1933	1 040	91	1960	5 328	1 905
1934	2 758	143	1961	9 609	2 192
1935	2 024	156	1962	11 845	1 507
1936	2 822	395	1963	16 425	1 016
1937	3 455	333	1964	16 907	1 608
Bundesgebiet			1965	14 833	2 646
1948 ¹⁾	10	1	1966	9 399	2 037
1949 ¹⁾	781	41	1967	19 847	1 396
1950 ¹⁾	693	51	1968	22 595	1 816
1951 ¹⁾	726	165	1969	20 092	1 821
			1970	22 998	2 374
			1971	34 228	2 770

¹⁾ Bundesgebiet ohne Saarland. — ²⁾ Inländische Emittenten; einschl. Bank-Namenschuldverschreibungen.

5. Kurs, Dividende und Rendite börsennotierter Aktien und festverzinslicher Wertpapiere
Prozent

Jahr	Durchschnittswerte				Jahr	Durchschnittswerte			
	Kurs	Dividende	Rendite			Kurs	Dividende	Rendite	
	der börsennotierten Aktien ¹⁾			der festverzinslichen Wertpapiere ²⁾		der börsennotierten Aktien ¹⁾			der festverzinslichen Wertpapiere ²⁾
Reichsgebiet					Reichsgebiet				
1870	126,2	9,46	9,50	4,61	1925				9,50
1871	147,6	12,88	8,73	4,44	1926	166,7	5,58	3,35	8,29
1872	196,7	15,13	7,69	4,26	1927	160,9	7,14	4,44	7,93
1873	185,0	12,04	6,51	4,30	1928	166,0	8,29	4,99	6,98
1874	138,1	8,56	6,20	4,24	1929	126,8	8,35	6,58	7,40
1875	106,2	5,22	4,92	4,25	1930	90,4	8,05	8,90	7,15
1876	86,6	4,18	4,83	4,22	1931	52,6	6,51		7,04
1877	79,7	4,33	5,43	4,23	1932	67,7	2,83	4,18	8,38
1878	83,7	4,37	5,22	4,25	1933	78,6	3,27	4,16	7,15
1879	100,6	5,27	5,24	4,18	1934	91,4	3,53	3,86	6,57
1880	129,0	6,45	5,00	4,05	1935	108,8	4,26	3,91	5,08
1881	134,9	6,64	4,92	3,97	1936	132,6	5,17	3,90	4,67
1882	133,9	6,67	4,98	3,95	1937	137,2	5,70	4,15	4,54
1883	134,8	6,63	4,92	3,93	1938	127,9	6,40	5,00	4,50
1884	129,5	6,26	4,83	3,88	1939	133,4	6,55	4,91	4,54
1885	124,9	5,73	4,59	3,81	1940	173,6	6,00	3,80	4,46
1886	125,9	5,49	4,36	3,73	Bundesgebiet				
1887	129,1	6,18	4,79	3,70	1948	26,1			
1888	147,1	8,05	5,47	3,64	1949	52,2			5,1
1889	178,4	9,62	5,39	3,61	1950	54,5			5,1
1890	173,2	10,22	5,90	3,67	1951	120,3	1,28	1,06	5,1
1891	148,5	8,14	5,48	3,71	1952	94,9	1,86	1,95	5,1
1892	142,9	7,00	4,90	3,67	1953	103,6	2,97	2,87	5,2
1893	143,6	6,80	4,74	3,66	1954	181,1	4,80	2,65	5,1
1894	154,5	7,70	4,98	3,55	1955	203,3	6,31	3,10	5,0
1895	178,8	8,38	4,69	3,37	1956	181,5	7,54	4,15	5,2
1896	184,5	9,97	5,40	3,34	1957	186,4	8,64	4,64	5,6
1897	194,5	10,50	5,40	3,36	1958	282,1	9,28	3,29	6,4
1898	200,1	11,08	5,54	3,41	1959	485,9	10,63	2,19	5,8
1899	201,6	11,14	5,53	3,54	1960	601,5	11,79	1,96	6,3
1900	184,5	10,23	5,54	3,68	1961	528,9	13,17	2,49	6,0
1901	163,4	7,74	4,74	3,65	1962	397,2	13,65	3,44	6,0
1902	164,3	7,31	4,45	3,52	1963	425,2	13,44	3,16	6,1
1903	170,2	8,29	4,87	3,53	1964	429,8	13,24	3,08	6,2
1904	182,5	9,09	4,98	3,57	1965	335,2	13,20	3,94	6,7
1905	199,4	10,16	5,10	3,57	1966	278,6	13,25	4,76	7,6
1906	198,5	10,90	5,49	3,63	1967	373,8	13,00	3,48	7,0
1907	182,7	10,40	5,69	3,75	1968	418,2	12,55	3,00	6,8
1908	178,1	8,92	5,01	3,80	1969	479,6 ³⁾	13,77 ³⁾	2,87	7,0
1909	189,3	9,44	4,99	3,70	1970	358,8 ³⁾	15,74 ³⁾	4,39	8,2
1910	200,8	10,09	5,02	3,76	1971	385,1 ³⁾	15,32 ³⁾	3,98	8,3
1911	201,9	10,40	5,15	3,79					
1912	200,9	11,06	5,51	3,91					
1913	192,9	10,47	5,43	4,09					

¹⁾ Dividende und Rendite auf Grund der am Jahresende zuletzt bekannten Dividende errechnet. — ²⁾ Bis einschl. 1913 verschiedene Wertpapiere; 1925 bis 1927: 8% Goldpfandbriefe; ab 1928: 6% Pfandbriefe, deren Verzinsung ab 1. 4. 1935 auf 4 1/2% herabgesetzt wurde; 1949 bis 1957 5% Pfandbriefe (ab 1953 steuerfrei); ab 1958 tarifbesteuerte Pfandbriefe insgesamt. — ³⁾ In DM für 1 Stück zu DM 100.—

6. Index der Aktienkurse*)

Jahresdurchschnitt	Gesamtindex	Jahresdurchschnitt	Gesamtindex	Energiewirtschaft, Montanindustrie	Industrie	Bauindustrie	Übrige Wirtschaftsbereiche
Reichsgebiet		Bundesgebiet					
1924 bis 1926 = 100		31. 12. 1965 = 100					
1924	98	1953 ¹⁾	19	31	16	9	15
1925	93	1954	25	42	21	12	18
1926	109	1955	39	64	33	20	28
1927	158	1956	37	59	32	19	29
1928	148	1957	37	59	30	43	29
1929	134	1958	48	70	42	30	42
1930	109	1959	84	111	77	51	77
		1960	134	150	133	86	118
1931	85	1961	138	147	138	100	128
1932	54	1962	107	119	104	98	104
1933	67	1963	107	114	105	119	102
1934	77	1964	120	133	116	146	112
1935	90	1965	109	113	108	118	104
1936	100	1966	94	90	95	93	96
1937	112	1967	98	96	97	108	102
1938	109	1968	130	128	128	131	137
1939	103	1969	144	142	143	128	154
1940	125	1970	132	132	131	111	135
		1971	133	135	129	123	146

*) Bis 1940: errechnet aus den Kursnotierungen der an der Berliner Börse gehandelten Aktien von Gesellschaften mit Sitz im Reichsgebiet; ab 1953: errechnet aus den Kursnotierungen der Stammaktien von rund 350 Aktiengesellschaften mit Sitz im Bundesgebiet.

¹⁾ Stand am Jahresende.

7. Diskont- und Geldmarktsätze Prozent

Jahres- durchschnitt	Bankdiskont	Geldmarktsätze		Jahres- durchschnitt	Bankdiskont	Geldmarktsätze	
		Privatdiskont	Tagesgeld			Privatdiskont	Tagesgeld
Reichsgebiet				Reichsgebiet			
1876	4,16	3,04	.	1927	5,83	5,49	6,05
1877	4,42	3,17	.	1928	7,00	6,54	6,74
1878	4,34	3,07	.	1929	7,11	6,87	7,68
1879	3,70	2,60	.	1930	4,93	4,43	5,06
1880	4,24	3,04	.	1931	6,91	6,78	8,37
1881	4,42	3,50	.	1932	5,21	4,95	6,23
1882	4,52	3,89	.	1933	4,00	3,88	5,11
1883	4,05	3,08	.	1934	4,00	3,77	4,68
1884	4,00	2,90	.	1935	4,00	3,15	3,77
1885	4,12	2,85	.	1936	4,00	2,96	3,18
1886	3,28	2,16	.	1937	4,00	2,91	2,93
1887	3,41	2,30	.	1938	4,00	2,88	2,98
1888	3,32	2,11	.	Bundesgebiet			
1889	3,68	2,63	.	1938 ¹⁾	4,00	2,88	2,98
1890	4,52	3,78	.	1948	4,27	—	—
1891	3,78	3,02	.	1949	4,47	—	3,23
1892	3,20	1,80	.	1950	4,36	—	4,66
1893	4,07	3,17	.	1951	6,00	—	6,02
1894	3,12	1,74	.	1952	5,23	—	5,11
1895	3,14	2,01	.	1953	3,73	—	3,57
1896	3,66	3,04	.	1954	3,19	—	2,89
1897	3,81	3,08	.	1955	3,20	—	3,15
1898	4,27	3,55	.	1956	4,71	—	5,13
1899	5,04	4,45	.	1957	4,41	—	3,96
1900	5,33	4,41	.	1958	3,30	—	3,08
1901	4,10	3,06	.	1959	3,00	—	2,70
1902	3,32	2,19	.	1960	4,41	4,23	4,44
1903	3,84	3,01	.	1961	3,20	2,71	2,92
1904	4,22	3,14	.	1962	3,00	2,65	2,74
1905	3,82	2,85	.	1963	3,00	2,82	3,00
1906	5,15	4,04	.	1964	3,00	2,83	3,21
1907	6,03	5,12	.	1965	3,70	3,53	3,91
1908	4,76	3,52	.	1966	4,58	4,85	5,34
1909	3,93	2,87	.	1967	3,33	3,30	3,35
1910	4,35	3,54	.	1968	3,00	2,81	2,57
1911	4,40	3,54	.	1969	4,50	4,46	4,81
1912	4,95	4,22	.	1970	6,88	7,11	8,67
1913	5,89	4,98	4,12	1971	5,13	5,27	6,10
1925	9,15	7,62	9,08				
1926	6,74	4,92	5,31				

¹⁾ In diesem Fall übereinstimmend mit den Sätzen im Reichsgebiet.

8. Konkurse, Vergleichsverfahren und Wechselproteste

Jahr	Konkurse	Vergleichs- verfahren	Wechsel- proteste	Jahr	Konkurse	Vergleichs- verfahren	Wechsel- proteste
	Anzahl		Mill. M/RM		Anzahl		Mill. RM/DM
Reichsgebiet				Reichsgebiet			
1895	7 111	.	.	1935	5 955	773	77
1896	6 760	.	.	1936	5 266	569	81
1897	6 997	.	.	1937	4 514	421	76
1898	7 364	.	.	1938 ¹⁾	3 740	275	65
1899	7 742	.	.	Bundesgebiet			
1900	8 558	.	.	1949 ²⁾	3 080	1 146	.
1901	10 569	.	.	1950 ²⁾	4 235	1 684	175
1902	9 826	.	.	1951 ²⁾	4 575	1 612	197
1903	9 627	.	.	1952 ²⁾	4 327	1 221	203
1904	9 511	.	.	1953 ²⁾	4 352	1 312	269
1905	9 357	.	.	1954 ²⁾	4 461	1 226	310
1906	9 401	.	.	1955 ²⁾	4 023	867	296
1907	9 855	.	.	1956 ²⁾	3 732	715	338
1908	11 571	.	.	1957 ²⁾	3 406	770	326
1909	11 005	.	.	1958	3 078	569	287
1910	10 783	.	.	1959	2 691	430	255
1911	11 031	.	.	1960	2 689	343	308
1912	12 094	.	.	1961	2 549	348	369
1913	12 756	.	.	1962	2 531	296	399
1925	14 805	.	.	1963	2 862	333	458
1926	15 829	.	.	1964	3 029	309	454
1927	7 870	.	.	1965	2 928	267	461
1928	10 595	3 147	.	1966	3 301	382	605
1929	13 180	5 001	.	1967	3 930	530	658
1930	15 486	7 178	.	1968	3 582	331	495
1931	19 254	8 628	326	1969	3 578	304	518
1932	14 138	6 189	207	1970	3 943	324	634
1933	7 954	1 476	104	1971	4 255	252	680
1934	6 219	774	69				

¹⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ²⁾ Bundesgebiet ohne Saarland.

XVI. Versicherungen

Vorbemerkung

Die Statistik der Individualversicherung wurde ab 1901 vom Kaiserlichen Aufsichtsamt für Privatversicherungen und vom Büro für öffentliche Feuerversicherung durchgeführt. Nach einer Unterbrechung während des Ersten Weltkrieges wurde die Statistik 1925 vom ehemaligen Reichsaufsichtsamt für Privatversicherungen und vom Büro für öffentliche Feuerversicherung (später umbenannt in Verband öffentlichrechtlicher Feuerversicherungsanstalten) wieder aufgenommen. Gleichzeitig wurden in dieser Zeit noch Daten vom »Verband der öffentlichen Lebensversicherungsanstalten« und vom »Verband der öffentlichen Unfall- und Haftpflichtversicherungsanstalten« gesammelt und zusammengestellt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Statistik durch das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bau-sparwesen wieder aufgenommen. Sie beruht auf vierteljährlichen und jährlichen Meldungen der unter Bundes-aufsicht (teilweise auch unter Landesaufsicht) stehenden Versicherungsunternehmen.

Erfaßt werden Angaben aus den Geschäftsergebnissen der Versicherungsunternehmen (In- und Auslandsgeschäft), und zwar insbesondere das ausgefertigte Neugeschäft nach Zahl der Verträge und der Versicherungssumme, die Bestände an Versicherungen, die Beitragseinnahmen und die Versicherungsleistungen sowie die Kapitalanlagen. Bei der Darstellung der Ergebnisse wird unterschieden zwischen Versicherungsunternehmen und Ver-sicherungszweig (Sparte). Der Versicherungszweig wird dabei nach der Art des Risikos bestimmt, das das Ver-sicherungsunternehmen tragen soll. Z. T. wird von den Versicherungsunternehmen nur ein Zweig betrieben (Spezialinstitute), häufig erstreckt sich jedoch der Geschäftsbereich eines Unternehmens auf mehrere Versiche-rungszweige (Spartenkombination); dies gilt besonders für die Schaden- und Unfallversicherung. Bei den An-gaben über die Vermögensanlagen wird diese Unterscheidung nicht getroffen; sie beziehen sich hier auf die Kapitalanlagen der Unternehmen.

1. Lebensversicherung Kapitalanlagen, Prämieinnahmen und Leistungen*)

Mill. M/RM/DM

Jahr	Kapital- anlagen ²⁾	Prämien- einnahmen ⁴⁾	Leistungen ⁵⁾	Jahr	Kapital- anlagen ²⁾	Prämien- einnahmen ⁴⁾	Leistungen ⁵⁾
Reichsgebiet				Bundesgebiet			
1901	2 283	336	153	1948 ³⁾	} 2 317	1 007	295
1902	2 646	359	168	1949 ³⁾			
1903	2 937	381	184	1950 ³⁾			
1904	3 176	404	197	1951 ³⁾	3 313	919	216
1905	3 402	431	215	1952 ³⁾	3 935	1 044	237
1906	3 640	455	232	1953	4 929	1 222	282
1907	3 882	484	266	1954	5 792	1 392	354
1908	4 084	512	296	1955	6 776	1 565	387
1909	4 343	552	298	1956	7 796	1 726	455
1910	4 636	593	309	1957	9 063	2 019	520
1911	4 932	635	338	1958	10 486	2 268	757
1912	5 238	709	370	1959	12 269	2 568	652
1913	5 648	750	.	1960	14 401	2 982	767
1925	240	313	28	1961	16 712	3 446	834
1926	474	395	46	1962	19 358	3 991	932
1927	1 391	517	71	1963	22 261	4 502	1 322
1928	1 793	636	105	1964	25 578	5 021	1 418
1929	2 281	746	148	1965	29 017	5 675	1 626
1930	2 840	827	165	1966	33 043	6 392	1 805
1931	3 354	886	252	1967	37 718	6 892	1 937
1932	3 806	814	326	1968	42 584	7 900	2 409
1933	4 215	802	362	1969	47 949	8 739	2 695
1934	4 625	891	359	1970	53 652	9 515	2 978
1935	5 132	969	364	1971	60 391	11 147	3 233
1936	5 704	1 100	403				
1937	6 358	1 244	433				
1938 ¹⁾	7 068	1 357	539				

*) Gesamtes selbstabgeschlossenes (direktes) Inlandsgeschäft deutscher Versicherungsunternehmen; ab 1953 auch ausländisches Geschäft deutscher Versicherungsunternehmen (einschl. des deutschen Geschäfts ausländischer Versicherungsunternehmen).

¹⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ²⁾ Bundesgebiet ohne Berlin. — ³⁾ Stand am Jahresende; ab 1948 einschl. Ausgleichsforderungen. — ⁴⁾ Soll-Beiträge. — ⁵⁾ Zahlungen für Versicherungsfälle, ohne Rückkäufe. — ⁶⁾ Ist-Beiträge.

2. Schaden- und Unfallversicherung Prämieinnahmen und Leistungen*)

Mill. M/RM/DM

Jahr	Prämieinnahmen ³⁾	Leistungen ⁴⁾	Jahr	Prämieinnahmen ³⁾	Leistungen ⁴⁾
Reichsgebiet			Bundesgebiet		
1901	293	.	1948 ³⁾	} 1 138	} 527
1902	303	.	1949 ³⁾		
1903	316	.	1950 ³⁾		
1904	338	.	1951 ³⁾	1 290	608
1905	360	.	1952 ³⁾	1 563	709
1906	391	.	1953	1 884	890
1907	399	207	1954	2 111	986
1908	437	247	1955	2 358	1 138
1909	427	202	1956	2 697	1 317
1910	467	250	1957	3 044	1 458
1911	472	261	1958	3 428	1 593
1912	504	275	1959	3 840	1 790
1913	513	273	1960	4 547	2 065
1925	589	311	1961	5 164	2 339
1926	639	337	1962	5 675	2 871
1927	733	369	1963	6 249	3 361
1928	790	403	1964	6 976	3 792
1929	832	511	1965	7 966	4 199
1930	854	465	1966	8 843	4 902
1931	871	498	1967	9 589	5 468
1932	761	408	1968	10 282	5 662
1933	671	318	1969	11 298	6 154
1934	669	295	1970	12 790	7 901
1935	713	305			
1936	734	313			
1937	784	356			
1938 ¹⁾	839	388			

*) Gesamtes selbstabgeschlossenes (direktes) Inlandsgeschäft deutscher Versicherungsunternehmen; ab 1955 auch ausländisches Geschäft deutscher Versicherungsunternehmen (einschl. des deutschen Geschäfts ausländischer Versicherungsunternehmen).

¹⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ²⁾ Bundesgebiet ohne Berlin. — ³⁾ Soll-Beiträge. — ⁴⁾ Zahlungen für Versicherungsfälle. — ⁵⁾ Ist-Beiträge; 1948 bis 1955 z. T. auch Soll-Beiträge.

XVII. Öffentliche Sozialleistungen

Vorbemerkung

Allgemeines

Mit der statistischen Zusammenstellung von Geschäftsunterlagen der verschiedenen Träger der Sozialversicherung wurde schon Ende des vorigen Jahrhunderts begonnen. Nachweisungen über Mitglieder, Kranke, Einnahmen und Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen (bis 1937 Pflichtkrankenkassen, ab 1937 auch Ersatzkassen) liegen seit 1885 vor. Die Statistik der gesetzlichen Unfallversicherung mit Angaben über Versicherte, Rentenempfänger, Einnahmen und Ausgaben begann ebenfalls bereits 1885. Über Rentenbestand, Einnahmen und Ausgaben der Arbeiterrentenversicherung (früher Invalidenversicherung) liegen seit 1891 Angaben vor. Entsprechendes Material der Angestelltenversicherung und der knappschaftlichen Rentenversicherung wird seit 1913 bzw. 1923 zusammengestellt. In den statistischen Ergebnissen schlagen sich zahlreiche Änderungen in den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen nieder.

Die erste Statistik über die Kriegsopferversorgung wurde 1924 zusammengestellt. Sie erfuhr nach dem Kriege eine erhebliche Erweiterung.

Die Statistiken der Sozialhilfe und der Kriegsopferversorgung wurden in ihrer heutigen Form erst nach dem Zweiten Weltkrieg eingeführt. Zuvor gab es eine erste statistische Erhebung über den Umfang der öffentlichen Armenpflege im Deutschen Reich 1881 und ab 1927 jährliche Fürsorgestatistiken, in denen der Aufwand der öffentlichen Fürsorge und der Kriegsopferversorgung zusammengefaßt dargestellt wurde.

Erläuterungen zu den Tabellen

Pflichtmitglieder in der gesetzlichen Krankenversicherung (Tabelle 1) sind insbesondere Arbeiter und Lehrlinge, die Angestellten mit einem Einkommen unter der Versicherungspflichtgrenze und die Sozialrentner. Freiwillige Versicherung und Weiterversicherung sind möglich.

Versicherte der gesetzlichen Unfallversicherung (Tabelle 2) sind alle in einem Arbeits-, Dienst- oder Lehrverhältnis Beschäftigten sowie ein Teil der Selbständigen und die Mithelfenden Familienangehörigen; Unternehmer können kraft Satzungsrecht versichert sein oder der Versicherung freiwillig beitreten.

In der Arbeiterrentenversicherung (Tabelle 3) pflichtversichert sind die als Arbeiter beschäftigten Personen sowie — unter bestimmten Voraussetzungen — die selbständigen Handwerker. Freiwillige Weiterversicherung und Höherversicherung sind möglich.

In der Angestelltenversicherung (Tabelle 4) sind alle Angestellten und Angehörige bestimmter freier Berufe Pflichtmitglieder. Freiwillige Weiterversicherung und Höherversicherung sind ebenfalls möglich.

Versicherungspflichtige der knappschaftlichen Rentenversicherung (Tabelle 5) sind die im Bergbau Beschäftigten.

Versorgungsberechtigte der Kriegsopferversorgung (Tabelle 6) sind Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene sowie Berechtigte nach den Gesetzen, die das Bundesversorgungsgesetz für anwendbar erklärt (Soldatenversorgungsgesetz, Gesetz über den zivilen Ersatzdienst, Häftlingshilfegesetz und Gesetz über die Unterhaltshilfe für Angehörige von Kriegsgefangenen).

1. Gesetzliche Krankenversicherung Mitglieder, Einnahmen und Ausgaben*)

Jahr	Mitglieder ⁴⁾			Einnahmen		Ausgaben	
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	darunter Beiträge	insgesamt	darunter Leistungen
	Anzahl			Mill. M/RM			
Reichsgebiet							
1885	4 294 173 ⁵⁾	3 515 275 ⁵⁾	778 898 ⁵⁾	59	56	52	47
1886	4 570 087 ⁵⁾	3 740 614 ⁵⁾	829 473 ⁵⁾	65	62	58	53
1887	4 842 226 ⁵⁾	3 961 730 ⁵⁾	880 496 ⁵⁾	71	67	60	55
1888	5 398 478	4 415 445	983 033	79	75	68	62
1889	6 144 199	4 948 537	1 195 662	89	84	78	71
1890	6 579 539	5 266 319	1 313 220	97	91	91	84
1891	6 879 921	5 471 790	1 408 131	103	97	97	89
1892	6 955 049	5 510 521	1 444 528	105	99	103	94
1893	7 106 804	5 557 379	1 549 425	113	106	111	102
1894	7 282 609	5 674 721	1 607 888	118	112	108	100
1895	7 525 524	5 835 198	1 690 326	125	117	114	105
1896	7 944 820	6 151 886	1 792 934	134	127	119	110
1897	8 337 119	6 450 124	1 886 995	145	136	131	121
1898	8 770 057	6 783 118	1 986 939	155	145	139	128
1899	9 155 582	7 068 616	2 086 966	165	155	158	145
1900	9 520 763	7 313 855	2 206 908	178	166	172	158
1901	9 641 742	7 353 472	2 288 270	184	171	178	163
1902	9 858 066	7 445 675	2 412 391	193	181	183	168
1903	10 224 297	7 677 617	2 546 680	207	194	200	181
1904	10 710 720	8 023 919	2 686 801	246	231	234	214
1905	11 184 476	8 349 779	2 834 697	267	250	254	232
1906	11 689 388	8 696 555	2 992 833	293	277	264	242
1907	12 138 966	8 972 210	3 166 756	320	300	299	274
1908	12 324 094	9 027 423	3 296 671	333	314	325	297
1909	12 519 785	9 075 360	3 444 425	351	331	335	306
1910	13 069 375	9 419 027	3 650 348	379	358	351	320
1911	13 619 048	9 783 885	3 835 163	412	388	393	358
1912	13 217 705	9 262 137	3 955 568	418	394	395	360
1913	13 566 473	9 439 072	4 127 401	441	414	433	391
1914	15 609 586	9 842 218	5 767 368	595	524	503	445
1915	13 840 848	7 856 696	5 984 152	508	477	422	372
1916	13 500 102	7 058 233	6 441 869	515	483	456	405
1917	14 176 257	7 002 311	7 173 946	614	576	576	518
1918	14 432 040	7 027 721	7 404 319	851	798	887	809
1919	15 840 850	9 296 031	6 544 819
1920	17 088 636	10 396 088	6 692 548
1921	17 442 378	10 647 499	6 794 879
1922	18 361 930	11 249 321	7 112 609
1923	18 112 022	11 204 270	6 907 752
1924	17 287 841	10 751 376	6 536 465	971	952	865	614
1925	18 234 970	11 282 561	6 952 409	1 264	1 241	1 190	909
1926	19 154 809	12 218 741	6 936 068	1 450	1 425	1 326	988
1927	19 958 299	12 707 886	7 250 413	1 681	1 647	1 580	1 464
1928	20 662 368	13 136 395	7 525 973	1 953	1 913	1 866	1 728
1929	20 956 086	13 308 482	7 647 604	2 109	2 059	2 008	1 862
1930	21 091 337	13 551 387	7 539 950	2 045	1 981	1 908	1 752
1931	19 664 782	12 589 713	7 075 069	1 510	1 450	1 579	1 429
1932	17 651 443	11 181 305	6 470 138	1 136	1 084	1 094	1 002
1933	17 374 809	11 139 970	6 234 839	1 087	1 039	1 085	966
1934	18 635 388	12 297 070	6 338 318	1 184	1 134	1 195	1 073
1935	19 472 416	13 001 083	6 471 333	1 273	1 224	1 323	1 194
1936	20 087 819	13 468 990	6 618 829	1 397	1 353	1 400	1 248
1937	23 002 232	15 411 490	7 590 742	1 729	1 675	1 691	1 516
1938 ¹⁾	23 983 279	15 932 942	8 050 337	1 880	1 822	1 870	1 686

Fußnoten siehe S. 221.

XVII. Öffentliche Sozialleistungen

1. Gesetzliche Krankenversicherung
Mitglieder, Einnahmen und Ausgaben*)

Jahr	Mitglieder ¹⁾			Einnahmen		Ausgaben	
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	darunter Beiträge	insgesamt	darunter Leistungen
	Anzahl			Mill. DM			
Bundesgebiet							
1949 ²⁾	15 108 058	10 005 560	5 102 498	1 906	1 865	1 787	1 661
1950 ²⁾	15 709 305	10 441 687	5 267 618	2 183	2 129	2 006	1 868
1951 ²⁾	16 155 940	10 690 889	5 465 051	2 559	2 473	2 373	2 209
1952 ²⁾	16 530 547	10 917 261	5 613 286	2 847	2 743	2 742	2 553
1953 ²⁾	17 032 338	11 214 316	5 818 022	3 205	3 137	3 109	2 900
1954 ²⁾	17 632 859	11 541 107	6 091 752	3 493	3 409	3 345	3 064
1955 ²⁾	18 330 043	11 902 381	6 427 662	3 864	3 769	3 781	3 489
1956 ²⁾	19 042 348	12 253 554	6 788 794	4 318	4 208	4 283	3 940
1957 ²⁾	25 750 195	15 192 522	10 557 673	6 257	6 027	6 487	6 089
1958 ²⁾	26 087 891	15 365 870	10 722 021	8 059	7 755	7 609	7 138
1959 ²⁾	26 274 535	15 486 306	10 788 229	8 502	8 185	8 262	7 784
1960	27 060 042	15 944 047	11 031 807	9 524	9 179	9 513	8 965
1961	27 594 038	16 284 658	11 223 444	10 881	10 501	10 674	10 070
1962	27 862 369	16 448 433	11 325 985	12 499	11 994	11 947	11 278
1963	28 069 808	16 576 877	11 408 214	13 156	12 566	12 878	12 146
1964	28 366 894	16 786 170	11 580 724	14 355	13 451	13 838	13 066
1965	28 739 765	17 026 973	11 712 792	15 961	15 088	15 786	14 914
1966	28 924 209	17 135 480	11 788 729	18 554	17 681	18 362	17 415
1967	28 698 287	16 961 230	11 737 057	19 738	18 829	19 236	18 208
1968	29 126 156	17 108 269	12 017 887	21 195	20 041	21 513	20 451
1969	29 843 774	17 486 643	12 357 131	23 621	22 421	23 899	22 761
1970	30 604 745	17 877 007	12 727 737	26 116 ³⁾	24 976 ⁴⁾	25 179 ⁴⁾	23 849 ⁴⁾

*) Bis 1938 »reichsgesetzliche Krankenkassen«, d. h. bis 1925 nur die Orts-, Land-, Betriebs- und Innungskrankenkassen, ab 1926 auch die Knappschaftlichen Krankenkassen, ab 1928 ferner die Seekrankenkasse, ab 1937 die Ersatzkassen. Ab 1949 Allgemeine Krankenversicherung (bis 1956 ohne Krankenversicherung der Rentner) einschl. Ersatzkassen.

¹⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ²⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — ³⁾ Bundesgebiet ohne Saarland. — ⁴⁾ Jahresdurchschnitt. — ⁵⁾ Jahresende. — ⁶⁾ Vorläufiges Ergebnis.

2. Gesetzliche Unfallversicherung
Versicherte, Rentempfänger, Einnahmen und Ausgaben

Jahr	Versicherungsbestand ¹⁾	Empfänger von Renten oder Krankengeld ²⁾	Einnahmen		Ausgaben	
			insgesamt	darunter Umlagebeträge und Prämien	insgesamt	darunter Entschädigungen
	Anzahl		Mill. M			
Reichsgebiet						
1885		268	1	1	1	0
1886	3 821 881	10 717	13	13	10	2
1887	4 121 537	25 016	21	20	19	6
1888	10 353 678	41 792	29	27	27	10
1889	13 374 566	66 841	37	34	33	15
1890	13 680 284	100 251	42	39	39	20
1891	18 015 286	139 158	52	47	47	26
1892	18 014 280	179 093	56	50	53	32
1893	18 118 850	222 475	62	55	59	38
1894	18 191 747	267 733	68	60	64	44
1895	18 389 468	318 368	74	64	68	50
1896	17 605 190	374 685	79	69	73	57
1897	17 947 447	430 859	80	69	78	64
1898	18 246 013	486 645	87	75	84	71
1899	18 604 124	543 890	96	83	92	79
1900	18 892 891	594 889	106	92	101	87

Fußnoten siehe S. 221.

XVII. Öffentliche Sozialleistungen

2. Gesetzliche Unfallversicherung

Versicherte, Rentempfänger, Einnahmen und Ausgaben

Jahr	Versicherungsbestand ¹⁾	Empfänger von Renten oder Krankengeld ²⁾	Einnahmen		Ausgaben	
			insgesamt	darunter Umlagebeträge und Prämien	insgesamt	darunter Entschädigungen
Anzahl						
Reichsgebiet						
1901	18 866 712	653 821	127	112	125	99
1902	19 082 758	711 330	141	126	139	107
1903	19 465 422	771 415	154	135	152	117
1904	19 876 025	834 815	168	148	164	127
1905	20 242 512	892 901	179	158	176	135
1906	20 727 213	936 491	178	166	185	142
1907	21 172 027	980 044	183	171	195	150
1908	27 074 123	1 008 677	194	178	203	158
1909	27 167 445	1 021 168	213	195	44 ³⁾	162 ⁴⁾
1910	27 553 572	1 017 570	219	197	228	164
1911	28 026 670	1 018 075	213	197	225	165
1912	28 389 605	1 014 122	210	195	225	168
1913	29 104 491	1 010 495	214	195	228	175
1914	27 964 684	1 000 251	203	178	223	178
1915	26 144 581	974 426	204	168	216	174
1916	26 076 570	966 583	215	185	227	178
1917	26 487 349	970 923	254	225	245	183
1918	25 090 136	938 922	269	244	270	193
1919	25 971 330	926 608
1920	.	911 574
1921	26 715 489	899 229
1922	.	831 257
1923	24 185 221	791 517
1924	25 060 136	768 196	216	196	147	112
1925	25 981 050	811 463	250	240	226	179
1926	24 862 031	837 685	335	323	322	273
1927	26 342 372	867 325	339	326	337	282
1928	26 843 859	918 879	361	347	378	314
1929	27 465 710	965 276	391	377	411	341
1930	27 189 714	987 172	385	373	429	356
1931	25 481 674	981 681	365	342	420	349
1932	24 207 835	634 001	297	283	333	274
1933	25 055 161	585 387	291	279	307	253
1934	26 458 354	591 358	322	309	317	260
1935	28 504 564	614 479	342	331	339	274
1936	30 057 027	622 853	356	343	349	285
1937	31 610 416	641 400	381	366	367	301
1938 ¹⁾	33 149 136	659 107	240	201	394	320
Bundesgebiet						
1949 ²⁾	23 735 105	589 678	497	448	468	405
1950 ²⁾	25 197 611	666 768	656	582	599	520
1951 ²⁾	27 593 419	724 238	768	680	676	589
1952 ²⁾	29 181 459	771 546	915	809	856	747
1953 ²⁾	29 738 246	826 112	978	854	940	816
1954 ²⁾	30 519 479	850 118	1 037	916	1 003	874
1955 ²⁾	31 946 432	875 702	1 103	979	1 065	925
1956 ²⁾	25 700 000	906 266	1 193	1 054	1 153	990
1957 ²⁾	26 000 000	918 579	1 511	1 339	1 493	1 323
1958 ²⁾	26 200 000	933 919	1 759	1 552	1 687	1 499
1959 ²⁾	26 300 000	949 909	1 823	1 621	1 683	1 496
1960 ²⁾	26 350 000	981 276	1 871	1 674	1 789	1 583
1961	24 600 000	1 004 930	2 089	1 853	2 089	1 857
1962	24 900 000	1 025 446	2 310	2 062	2 207	1 950
1963	24 700 000	1 031 869	2 768	2 229	2 423	2 110
1964	26 100 000	1 040 526	2 976	2 650	2 970	2 675
1965	26 100 000	1 053 577	3 535	3 094	3 302	2 954
1966	25 993 000	1 056 523	3 817	3 310	3 652	3 274
1967	25 263 000	1 064 491	4 035	3 470	3 798	3 397
1968	25 628 000	1 047 699	4 876	4 098	4 061	3 490
1969	25 737 000	.	4 634	4 340	4 590	3 833
1970	26 050 000	.	.	.	4 881	3 711

¹⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ²⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — ³⁾ Bundesgebiet ohne Saarland. — ⁴⁾ Jahresdurchschnitt. Bis einschl. 1955 Versicherung der gleichen Personen bei mehreren Versicherungsträgern. Ab 1956 geschätzte Zahlen: eine Addition der Einzelzahlen der Versicherungsträger zu einer Gesamtsumme der versicherten Personen ist nicht möglich, da zahlreiche Personen bei mehr als einem Versicherungsträger versichert sind. — ⁵⁾ Einschl. Sterbegeld. — ⁶⁾ Im Jahre 1909 wurden 159,9 Mill. Mark Entschädigung vorschußweise von der Post gezahlt. Sie wurden durch Gesetz in eine schwebende Schuld verwandelt, die im Wege der Tilgung abgetragen werden mußte. Die Summe ist nur in den Entschädigungen, nicht aber in den Gesamtausgaben enthalten.

XVII. Öffentliche Sozialleistungen

3. Rentenversicherung der Arbeiter

Rentenbestand, Einnahmen und Ausgaben

Jahr	Rentenbestand ¹⁾	Einnahmen		Ausgaben	
		insgesamt	darunter Beiträge	insgesamt	darunter Rentenleistungen
	Anzahl	Mill. M/RM/DM			
Reichsgebiet					
1891	121 077	101	89	19	15
1892	165 805	109	89	27	22
1893	210 294	115	90	33	27
1894	263 506	124	93	40	34
1895	318 195	133	95	49	41
1896	371 557	144	102	58	47
1897	426 922	153	108	67	53
1898	489 955	164	109	77	60
1899	559 000	178	118	88	67
1900	598 927	187	129	104	81
1901	675 095	200	135	116	91
1902	755 529	211	139	132	103
1903	833 944	225	146	148	117
1904	897 428	239	154	162	129
1905	934 983	250	161	173	137
1906	962 277	263	170	182	143
1907	978 960	276	179	190	148
1908	995 810	286	184	200	153
1909	1 014 449	293	188	209	159
1910	1 034 060	307	197	219	164
1911	1 050 012	323	210	226	169
1912	1 089 483	400	273	230	177
1913	1 151 999	419	290	242	188
1914	1 219 011	405	338	258	200
1915	1 339 085	379	344	277	213
1916	1 578 856	394	394	320	254
1917	1 706 361	439	439	348	276
1918	1 800 407	451	451	351	365
1919	1 912 030
1920	1 929 033
1922	1 994 868
1923	2 094 797
1924	2 289 996	472	363	396	348
1925	3 020 443	729	549	627	548
1926	2 848 178	960	660	802	709
1927	2 972 198	1 211	875	918	812
1928	3 096 017	1 527	1 076	1 132	997
1929	3 249 407	1 629	1 092	1 324	1 163
1930	3 518 395	1 530	986	1 475	1 310
1931	3 544 173	1 334	819	1 520	1 380
1932	3 257 283	1 104	642	1 289	1 173
1933	3 373 566	1 141	679	1 178	1 086
1934	3 394 526	1 405	844	1 220	1 118
1935	3 404 643	1 481	945	1 249	1 139
1936	3 416 675	1 650	1 044	1 322	1 148
1937	3 440 851	1 717	1 164	1 275	1 156
1938 ¹⁾	3 645 539	2 085	1 302	1 413	1 233
Bundesgebiet					
1949 ²⁾	.	1 856	1 474	1 695	1 416
1950 ²⁾	3 232 403	2 701	2 097	2 399	1 995
1951 ³⁾	3 838 265	3 428	2 573	2 942	2 408
1952 ³⁾	4 129 598	4 140	2 883	3 592	2 965
1953 ³⁾	4 204 810	4 935	3 145	4 036	3 539
1954 ³⁾	4 535 987	5 493	3 531	4 331	3 569
1955 ³⁾	4 541 674	6 318	4 324	4 866	4 027
1956 ³⁾	4 904 941	7 454	4 975	5 901	4 925
1957 ³⁾	4 912 803	9 956	6 467	8 507	7 163
1958 ³⁾	5 154 207	10 997	7 264	10 637	8 093
1959 ³⁾	5 278 062	11 641	7 785	11 226	8 691
1960	5 399 146	13 032	8 875	12 164	9 366
1961	5 473 935	15 704	9 990	13 296	10 101
1962	5 557 927	16 003	11 205	14 857	10 818
1963	5 654 389	17 073	11 936	15 905	11 630
1964	5 802 188	18 736	13 224	16 919	12 890
1965	5 951 762	20 521	14 584	20 066	14 428
1966	6 136 077	21 899	15 519	22 055	16 128
1967	6 364 620	21 852	15 169	24 918	18 210
1968	6 539 892	24 480	17 220	27 375	20 169
1969	6 737 566	29 037	20 524	29 288	22 512
1970	6 921 482	32 936	25 740	31 939	24 414
1971	7 092 672	.	29 115 ⁵⁾	.	26 338 ⁵⁾

¹⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ²⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — ³⁾ Bundesgebiet ohne Saarland. — ⁴⁾ Jahresende; bis 1899 nur Invaliden- und Krankenrenten, ab 1900 einschl. Altersrenten, ab 1912 einschl. Hinterbliebenenrenten; ab 1950 ohne ruhende Renten. — ⁵⁾ Vorläufiges Ergebnis.

4. Rentenversicherung der Angestellten

Rentenbestand, Einnahmen und Ausgaben

Jahr	Rentenbestand ¹⁾	Einnahmen		Ausgaben	
		insgesamt	darunter Beiträge	insgesamt	darunter Rentenleistungen
	Anzahl	Mill. M/RM/DM			
Reichsgebiet					
1913	142	138	15	0
1914	142	131	28	0
1915	124	109	34	0
1916	148	112	16	0
1917	159	128	19	0
1918	196	160	72	0
1924	66 312	142	126	29	16
1925	88 022	211	186	67	44
1926	106 416	287	246	80	53
1927	127 741	341	281	141	109
1928	149 646	407	317	138	101
1929	187 817	496	372	186	140
1930	226 285	548	385	225	175
1931	268 145	523	344	263	210
1932	290 989	446	288	264	217
1933	332 866	449	288	276	228
1934	362 619	496	317	301	247
1935	389 347	554	358	318	261
1936	415 712	693	406	333	273
1937	439 440	722	457	348	285
1938 ¹⁾	463 092	847	526	384	300
Bundesgebiet					
1950 ²⁾	931 830	.	931	.	790
1951 ²⁾	1 103 100	.	1 116	.	991
1952 ²⁾	1 201 418	.	1 316	.	1 191
1953 ²⁾	1 257 168	2 040	1 495	1 569	1 316
1954 ²⁾	1 442 843	2 384	1 701	1 817	1 562
1955 ²⁾	1 524 206	2 878	2 049	2 192	1 917
1956 ²⁾	1 573 150	3 298	2 329	2 604	2 279
1957 ²⁾	1 633 495	4 243	3 226	3 897	3 499
1958 ²⁾	1 756 946	5 106	3 616	4 806	4 116
1959 ²⁾	1 830 353	5 614	4 018	5 236	4 513
1960	1 886 371	6 225	4 452	5 674	4 880
1961	1 925 318	7 876	5 323	6 370	5 397
1962	1 984 135	8 033	5 764	7 125	5 976
1963	2 026 546	8 723	6 280	7 747	6 469
1964	2 088 672	8 966	6 900	8 543	7 214
1965	2 150 362	11 248	7 926	9 761	8 137
1966	2 212 245	12 429	8 805	10 906	9 155
1967	2 301 178	13 296	9 528	12 404	10 323
1968	2 368 169	14 898	11 398	13 500	11 431
1969	2 446 911	16 010	13 364	16 010	12 766
1970	2 536 937	19 148 ³⁾	16 657 ³⁾	16 484 ³⁾	13 991 ³⁾
1971	2 628 876	22 337 ³⁾	19 552 ³⁾	18 191 ³⁾	15 184 ³⁾

¹⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ²⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — ³⁾ Bundesgebiet ohne Saarland. — ⁴⁾ Jahresende; ohne ruhende Renten. — ⁵⁾ Vorläufiges Ergebnis.

5. Knappschaftliche Rentenversicherung

Rentenbestand, Einnahmen und Ausgaben

Jahr	Rentenbestand ¹⁾	Einnahmen		Ausgaben	
		insgesamt	darunter Beiträge	insgesamt	darunter Rentenleistungen
	Anzahl	Mill. M/RM/DM			
Reichsgebiet					
1913		93	77	47	
1924	308 076	147	143	94	73
1925	347 112	155	149	149	124
1926	330 025	191	168	187	166
1927	349 519	224	218	217	200
1928	362 852	230	222	227	208
1929	367 136	262	192	238	211
1930	381 832	208	152	240	218
1931	398 102	202	121	225	202
1932	336 623	200	93	201	179
1933	349 987	207	94	198	173
1934	355 457	224	108	203	179
1935	398 795	247	125	220	196
1936	399 951	261	136	223	195
1937	400 729	259	158	216	193
1938 ¹⁾	415 323	323	153	231	200
Bundesgebiet					
1950 ²⁾	566 389	628	465	606	544
1951 ²⁾	583 419	839	570	766	681
1952 ²⁾	608 069	958	656	921	824
1953 ²⁾	625 704	1 075	687	1 010	902
1954 ²⁾	639 033	1 122	702	1 061	948
1955 ²⁾	649 624	1 368	769	1 274	1 147
1956 ²⁾	668 180	1 582	864	1 436	1 267
1957 ²⁾	646 742	1 687	960	1 647	1 483
1958 ²⁾	597 618	2 326	995	2 287	2 099
1959 ²⁾	603 820	2 292	935	2 256	2 054
1960	691 238	2 726	1 025	2 688	2 423
1961	696 890	2 906	1 076	2 866	2 533
1962	707 221	3 106	1 087	3 067	2 705
1963	713 066	3 349	1 108	3 311	2 903
1964	720 871	3 678	1 151	3 640	3 179
1965	735 393	4 045	1 205	4 047	3 513
1966	725 756	4 386	1 133	4 479	3 833
1967	735 540	4 893	1 001	4 965	4 215
1968	742 946	5 411	973	5 411	4 571
1969	750 315	5 817	1 030	5 837	4 917
1970	753 435	6 113	1 230	6 131	5 117

¹⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ²⁾ Bundesgebiet ohne Saarland. — ³⁾ Jahresende.

6. Kriegsopferversorgung Versorgungsberechtigte und Aufwand

Jahr	Anerkannte Versorgungsberechtigte ¹⁾)						Aufwand ⁴⁾ (Bar- und Sachleistungen)
	insgesamt	davon					
		Kriegsbeschädigte	Kriegshinterbliebene				
			Witwen und Witwer	Waisen	Elternteile	Elternpaare	
1 000							Mill. RM/DM
			Reichsgebiet				
1924	2 308	721	365	1 028	194		
			Bundesgebiet				
1949 ¹⁾							1 670
1950 ²⁾	4 140						1 981 ³⁾
1951 ²⁾	4 232						2 476 ³⁾
1952 ²⁾	4 400	1 560	1 142	1 441	154	103	2 936 ³⁾
1953 ²⁾	4 347	1 520	1 182	1 353	171	122	2 561
1954 ²⁾	4 296	1 517	1 185	1 252	194	148	2 690
1955 ²⁾	4 143	1 503	1 169	1 131	194	146	3 041
1956 ²⁾	4 029	1 500	1 169	1 007	201	152	3 412
1957 ²⁾	3 787	1 483	1 172	847	170	116	3 620
1958 ²⁾	3 603	1 461	1 174	686	169	111	3 424
1959 ²⁾	3 416	1 442	1 172	534	165	104	3 304
1960 ²⁾	3 253	1 419	1 164	417	159	94	3 474
1961	3 149	1 421	1 178	310	156	84	4 186
1962	2 998	1 400	1 172	212	142	72	4 136
1963	2 877	1 376	1 162	149	128	61	3 893
1964	2 841	1 359	1 161	120	136	65	4 713
1965	2 806	1 337	1 157	98	145	69	5 117
1966	2 763	1 317	1 155	81	143	66	5 118
1967	2 705	1 291	1 137	74	141	61	5 954
1968	2 673	1 266	1 137	64	146	61	5 845
1969	2 620	1 237	1 128	55	144	57	5 748
1970	2 564	1 210	1 117	47	139	51	6 430
1971	2 507	1 181	1 104	43	133	46	7 335

¹⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — ²⁾ Bundesgebiet ohne Saarland. — ³⁾ Ohne Berlin. — ⁴⁾ Stichtage 1924: 5. Oktober; 1950: 31. Dezember (Berlin 1. Juni); 1951 und 1952: 30. November; ab 1953: 31. Dezember. — ⁵⁾ 1924: rentenbezugsberechtigte Kriegsbeschädigte und -hinterbliebene; ab 1950: anerkannte Versorgungsberechtigte, einschl. der Fälle, in denen das Recht auf Versorgung ganz oder teilweise ruht. — ⁶⁾ Rechnungsjahre für den Aufwand der Kriegsopferversorgung: bis 1959 vom 1. April bis 31. März des folgenden Jahres, 1960 vom 1. April bis 31. Dezember, ab 1961 vom 1. Januar bis 31. Dezember.

7. Fürsorge bzw. Sozialhilfe und Kriegsopferversorgung Hilfsempfänger und Aufwand

Rechnungsjahr ¹⁾	Fürsorge	Rechnungsjahr ¹⁾	Fürsorge	Rechnungsjahr ¹⁾	Sozialhilfe		Kriegsopferversorgung ⁴⁾
	Aufwand ²⁾		Aufwand ²⁾		Aufwand ²⁾	Hilfsempfänger	Aufwand
	Mill. RM		Mill. DM		Mill. DM	1 000	Mill. DM
					Reichsgebiet		
1927	1 474	1949 ²⁾	1 160	1960	1 199		
1928	1 717	1950 ²⁾	989	1961	1 684		
1929	1 913			1962	1 756		
1930	2 299	1951 ²⁾) ...	998	1963	1 860	1 491	311 ⁷⁾
		1952 ²⁾) ...	1 052	1964	1 943	1 418	331
1931	2 534	1953 ²⁾) ...	1 186	1965	2 106	1 404	378
1932	2 992	1954	1 292	1966	2 318	1 445	472
1933	2 760	1955	1 248	1967	2 550	1 531	468
1934	2 237	1956	1 348	1968	2 671	1 503	452
1935	1 945	1957	1 376	1969	2 859	1 479	465
1936	1 441	1958	1 477	1970	3 335	1 491	500
1937	1 259	1959	1 501				
1938	1 282						
					Bundesgebiet		

¹⁾ 1927 bis 1959: 1. April des Berichtsjahres bis 31. März des folgenden Jahres; 1960: 1. April bis 31. Dezember; ab 1961: 1. Januar bis 31. Dezember. — ²⁾ In Berlin (West) einschl. der Ausgaben für die Jugendhilfe. — ³⁾ In Berlin (West) einschl. der Ausgaben für die Kriegsopferversorgung. — ⁴⁾ Gesamtaufwand der Bezirks- und Landesfürsorgeverbände einschl. der Bezirks- und Landesjugendämter. — ⁵⁾ Bruttoausgaben; bis 31. Mai 1962 Öffentliche Fürsorge und Tbc-Hilfe, bis 31. Dezember 1961 einschl. der Leistungen für Geschlechtskrankenfürsorge sowie 1958 bis 1962 einschl. der pauschal abgegoltenen Leistungen der Kriegsopferversorgung. — ⁶⁾ Für Berechtigte im Inland. Von 1964 bis 1969 in Hamburg und Bremen ohne Leistungen an Berechtigte nach § 80 SVG sowie ohne Leistungen nach dem Gesetz über den zivilen Ersatzdienst. — ⁷⁾ Einschl. der pauschalierten Leistungen und den Leistungen der Träger der Kriegsopferversorgung aus Haushaltsmitteln der Länder.

XVIII. Finanzen und Steuern

Vorbemerkung

Allgemeines

Die erste umfassende nach einheitlichen Grundsätzen für alle Gebietskörperschaften durchgeführte Finanzstatistik datiert aus dem Jahre 1925; für die davorliegenden Jahre wurden lediglich Erhebungen für einzelne Länder und Gemeinden durchgeführt. Die in dem »Gesetz über Änderungen des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden« vom 10. August 1925 angeordneten Nachweisungen über Einnahmen und Ausgaben in den Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbänden) bildeten die Grundlage für die umfassende Erhebung der Ausgaben und Einnahmen für das Rechnungsjahr 1925/26, bei der auch Vergleichsdaten für die Vorkriegszeit (Rechnungsjahr 1913/14) zusammengestellt wurden. Das Haushaltsrecht erhielt mit Einführung der Reichshaushaltsordnung vom 31. Dezember 1922 zunächst für das Reich und später auch für die Länder eine einheitliche Rechtsgrundlage, die auch nach 1945 weitgehend bestehen blieb. Nach ihr richtete sich auch die für die Finanzstatistik maßgebende Gliederung (Systematik) der staatlichen Haushalte. Für den kommunalen Bereich wurden mit der Gemeindehaushaltsverordnung vom 4. September 1937 einheitliche Rechtsvorschriften geschaffen. Bis zu diesem Zeitpunkt kommen bei den Gemeinden selbst innerhalb der einzelnen Länder unterschiedliche Systematiken zur Anwendung. Regelmäßige, das gesamte Reichsgebiet umfassende Erhebungen wurden bis einschl. 1932/33 durchgeführt. Für die Jahre bis 1937/38 liegen dann nur noch Daten für Länder und Gemeinden vor. Nach der Unterbrechung durch den Zweiten Weltkrieg wurden erstmals wieder mit der Gemeindefinanzstatistik 1946/47 und mit der Länderfinanzstatistik 1947/48 statistische Erhebungen vorgenommen, die sich methodisch weitgehend an die Reichsfinanzstatistik anlehnten. In den folgenden Jahren wurde jedoch in gewissen Abständen entsprechend den jeweiligen neuen Anforderungen und Aspekten eine Modifikation der verwendeten Begriffe und Fragestellungen vorgenommen. Rechtsgrundlage für alle Finanzstatistiken ist seit 1960 das Finanzstatistische Gesetz vom 8. Juni 1960.

Der Stand der öffentlichen Schulden ist erstmals umfassend und einheitlich für das Jahr 1928 erfaßt worden. Die globalen Schuldenangaben für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg basieren auf der Zusammenfassung verschiedener amtlicher Unterlagen, die zum Teil durch Schätzungen ergänzt wurden. Seit 1950 wird der Schuldenstand jährlich erhoben.

Über den Personalstand des öffentlichen Dienstes liegen für die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg vollständige Zahlen nur für die Jahre 1927 bis 1930 und für 1933, außerdem für den Bereich der Länder und Gemeinden für 1936 vor. Seit 1950 bzw. 1952 sind regelmäßige Erhebungen durchgeführt worden, und zwar 1950 und 1952 bis 1955 für den Gesamtbereich von Bund, Ländern und Gemeinden aufgrund von Ländervereinbarungen, von 1956 bis 1959 nur für den Bundesbereich und ab 1960 aufgrund gesetzlicher Anordnung jährlich einheitlich wieder für den Gesamtbereich.

Die Steuerstatistiken haben zum Teil eine über hundertjährige Tradition. Neben Statistiken über die Steuern vom Einkommen und Vermögen, die bis zum Ende des Ersten Weltkriegs in einzelnen Bundesstaaten nach unterschiedlichen Methoden durchgeführt wurden, sind Statistiken über die Verbrauchsteuern bereits seit 1871 für das gesamte Reichsgebiet aufgestellt worden. Seit 1908 gibt es mit nur kurzen, meist kriegsbedingten Unterbrechungen eine reichs- bzw. bundeseinheitliche Erbschaftsteuerstatistik. Mit dem Übergang der Finanz- und Steuerhoheit auf das Reich konnten nach dem Ersten Weltkrieg erstmalig auch einheitliche Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistiken sowie Umsatzsteuerstatistiken durchgeführt werden. Hinzu kamen in Verbindung mit den Hauptveranlagungen zur Vermögensteuer und den Hauptfeststellungen der Einheitswerte regelmäßig Vermögensteuer- und Einheitswertstatistiken. Als letzte folgte eine reichseinheitliche Gewerbesteuerstatistik für die Jahre 1937 und 1938.

1925 wurde die Einkommen- und Körperschaftsteuer gesetzlich neu geregelt; für dasselbe Jahr ist auch eine Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik durchgeführt worden. Damit lagen erstmals Unterlagen über die Einkommensverhältnisse im Deutschen Reich vor. Die Ergebnisse der Einkommensteuerstatistiken 1925 bis 1927 sind in den nachstehend wiedergegebenen Reihen jedoch nicht nachgewiesen, da infolge Beschränkung des Erhebungsumfangs auf die »Steuerbelasteten« seit der Einkommensteuerstatistik 1928 keine Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen der Vorjahre besteht.

Die erste Lohnsteuerstatistik wurde für das Jahr 1926 aufgestellt. Nach dem Zweiten Weltkrieg sind in der Bundesrepublik die Steuern vom Einkommen seit 1950 in unregelmäßigen Zeitabständen (zwei bis fünf Jahre), zuletzt für das Jahr 1961 durchgeführt worden. Erst aufgrund des Steuerstatistischen Gesetzes vom 6. Dezember 1966 ist ein regelmäßiger dreijähriger Turnus, beginnend mit dem Jahre 1965, für die Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistiken vorgeschrieben.

Das im Jahre 1922 erlassene Vermögensteuergesetz bildete nach der Inflation die Grundlage für die reichseinheitlich geregelte Veranlagung zur Vermögensteuer für das Jahr 1924, mit der zugleich die erste Vermögensteuerstatistik auf Reichsebene verbunden war. Es folgten Erhebungen für die Jahre 1925, 1927, 1928, 1931 und eine umfassende Vermögensteuerstatistik 1935 mit den Ergebnissen der nach den neuen Vorschriften des Vermögensteuergesetzes von 1934 durchgeführten Hauptveranlagung auf den 1. 1. 1935. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Vermögensteuerstatistik auf Bundesebene erst im Anschluß an die Vermögensteuer-Hauptveranlagung 1953 wieder aufgenommen und seit 1957 dem dreijährlichen Veranlagungsrhythmus entsprechend regelmäßig fortgesetzt.

Nach dem Übergang der Vermögensteuerhoheit auf das Reich sind mit dem Reichsbewertungsgesetz von 1925 auch die Grundlagen für eine einheitliche Bewertung der Vermögenssubstanz für steuerliche Zwecke geschaffen worden. Die für den Grundbesitz und das gewerbliche Betriebsvermögen ermittelten »Einheitswerte« dienten fortan für eine Reihe von Steuern (insbesondere Vermögensteuer, Erbschaftsteuer, seit 1935 auch Grund- und Gewerbesteuer) als einheitliche Bemessungsgrundlage. Den Einheitswertstatistiken 1925, 1928 und 1931 schloß sich die Einheitswertstatistik 1935 mit den Ergebnissen der ersten nach den Vorschriften des Reichsbewertungsgesetzes von 1934 nach dem Stand vom 1. 1. 1935 durchgeführten Hauptfeststellung an. Eine neue Einheitsbewertung des Grundbesitzes wurde erst wieder zum 1. 1. 1964 durchgeführt und statistisch erfaßt; die neuen Einheitswerte sollen aber erst ab 1. 1. 1974 steuerwirksam werden. Die Hauptfeststellung der Einheitswerte der gewerblichen Betriebe wurde dagegen nach dem Zweiten Weltkrieg erneut laufend durchgeführt, die Einheitswertstatistik aber erst im Anschluß an die Hauptfeststellung 1953 wieder aufgenommen und seitdem regelmäßig erhoben.

Mit dem Reichserbschaftsteuergesetz von 1906 wurde erstmals auch die Erbschaftsbesteuerung reichseinheitlich gestaltet. Von 1908 bis 1915 und ab 1924 sind jährlich Erbschaftsteuerstatistiken erstellt worden, wobei die Umstellung der Besteuerung durch die Erbschaftsteuergesetze von 1925 und 1934 zu berücksichtigen ist. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Erbschaftsteuerstatistik 1953 wieder eingeführt, mit Ende des Veranlagungsjahres 1962 jedoch vorübergehend bis 1966 eingestellt. Aufgrund des Steuerstatistischen Gesetzes wird sie nunmehr alle sechs Jahre zugleich für die vorhergehenden fünf Jahre, erstmalig für das Jahr 1972, durchgeführt.

Umsatzsteuerstatistiken sind erstmalig für die Zeit vom 1. 8. bis 31. 12. 1918 und nach dem Ersten Weltkrieg für die Kalenderjahre 1919 bis 1921, 1924 bis 1929 und 1935 aufgestellt worden. Der Erhebungsumfang und die wirtschaftliche Gliederung waren — bis auf die der Statistik für 1935 — sehr begrenzt. Nach der einzigen großen Veranlagungsstatistik der Nachkriegszeit für das Kalenderjahr 1950 wurden die Umsatzsteuerstatistiken ab 1954 bis einschließlich 1962 jährlich und ab 1964 zweijährlich nach den Angaben in den Umsatzsteuer-Überwachungsbogen aufgestellt, denen die monatlichen oder vierteljährlichen Umsatzsteuer-Voranmeldungen (Steuererklärungen) zugrunde liegen. Dadurch konnte auch bei Statistiken mit erweitertem Erhebungsprogramm (für die Jahre 1954 und 1962) eine wesentliche Beschleunigung des Vorliegens der Ergebnisse erreicht werden. Am 1. 1. 1968 wurde das Umsatzsteuergesetz von 1951 (Allphasen-Bruttoumsatzsteuer) durch das Umsatzsteuergesetz von 1967 (Mehrwertsteuer) ersetzt. Die notwendige Anpassung des Programms der Umsatzsteuerstatistik an diesen einschneidenden Systemwechsel hat 1968 zu einem Bruch in der Kontinuität gegenüber den Ergebnissen der früheren Erhebungen geführt. Nach wie vor liefert die Umsatzsteuerstatistik aber neben finanz- und steuerpolitisch wichtigen Angaben über die Besteuerung auch einen umfassenden Überblick über die nach den verschiedenen Bereichen tief gegliederten Umsätze der Wirtschaft.

Erste Verbrauchsteuerstatistiken und Verbrauchsberechnungen für das Reichsgebiet sind nach der Reichsgründung im Jahre 1871 in die Wege geleitet worden. Die Verbrauchsteuerstatistik ist in erster Linie eine Statistik der Besteuerung; aus ihren Ergebnissen läßt sich aber auch der »Verbrauch« an verbrauchsbesteuerten Waren berechnen.

Erläuterungen zu den Tabellen

Die Angaben aus der Finanzstatistik umfassen in den Jahren 1913 bis 1932 das Finanzvolumen der Hoheits- und Kammereverwaltungen (ohne Ausgaben und Einnahmen des Erwerbsvermögens und der allgemeinen Deckungsmittel). In den Ergebnissen der Jahre 1950 bis 1969 werden die Ausgaben und Einnahmen des Gesamthaushalts dargestellt, die nach der ab 1963 gültigen Methodik und Systematik der Finanzstatistik gegliedert und für die davorliegenden Jahre bis 1950 umgerechnet worden sind. In Tabelle 1 sind die unmittelbaren Ausgaben nachgewiesen. Sie setzen sich zusammen aus den Verwaltungs- und Zweckausgaben (Personalausgaben; Unterhaltung und Instandsetzung von unbeweglichem Vermögen; Zuweisungen an Zweckverbände und sonstige Körperschaften; übrige Verwaltungs- und Zweckausgaben — soweit nicht Zahlungen an Gebietskörperschaften — sowie zentral nachgewiesene Positionen: Versorgung, Zinsen) und den Ausgaben der Vermögensbewegung (Bauten und große Instandsetzungen; Neuanschaffung von beweglichem Vermögen; Erwerb von Grundvermögen; Erwerb von Beteiligungen; Zuführung an Kapitalvermögen; Gewährung von Darlehen an Dritte; zuzüglich der zentral nachgewiesenen Positionen: Zuführung an Rücklagen, Tilgung). Diese Ausgaben zeigen, in welchem Umfang die Gebietskörperschaften der verschiedenen Verwaltungsebenen Aufgaben erfüllen. Die Nettoausgaben (Eigenausgaben) in Tabelle 2 errechnen sich aus der Summe der unmittelbaren Ausgaben, zuzüglich der Zahlungen an Gebietskörperschaften, abzüglich der Zahlungen von Gebietskörperschaften. Sie geben die Höhe der aus eigenen Mitteln der betreffenden Gebietskörperschaft zu deckenden bzw. zu finanzierenden Aufwendungen an (Bereinigung nach dem »Belastungsprinzip«).

Bei den kassenmäßigen Steuereinnahmen in Tabelle 3 handelt es sich um die im jeweiligen Berichtsjahr in die Kassen der Gebietskörperschaften geflossenen Einnahmen ohne Rücksicht darauf, wann oder für welchen Zeitraum die Steuerschuld entstanden ist; soweit Rückzahlungen zu leisten waren, schmälerten sie das jeweilige Jahresaufkommen. Die nachgewiesenen Kassenzahlen (dies gilt auch für die von den kassenmäßigen Einnahmen nur wenig abweichenden rechnungsmäßigen Steuereinnahmen der Jahre 1913 und 1925) weichen daher vor allem von der bei den Veranlagungssteuern ermittelten Steuerschuld (vgl. die folgenden Tabellen) ab. Steuerrecht und Steuergläubiger haben sich in dem dargestellten Zeitraum z. T. erheblich geändert. So sind z. B. Grund- und Gewerbesteuern erst durch die Realsteuerreform vom 1. 12. 1936 (mit Wirkung vom 1. 4. 1938 bzw.

1937) im Reichsgebiet als Gemeindesteuern einheitlich geregelt worden; zuvor galten landesrechtlich unterschiedliche Normen. Die Kraftfahrzeugsteuer trug vor dem Ersten Weltkrieg den Charakter einer Stempelsteuer. Infolge des Systemwechsels bei der Umsatzsteuer im Jahr 1968 ist das Beförderungssteuergesetz aufgehoben und die Besteuerung der Beförderungsumsätze denen der übrigen Umsätze gleichgestellt worden.

In Tabelle 4 handelt es sich bei den Neuschulden für das Reichsgebiet um die seit dem 1. 4. 1924 und für das Bundesgebiet um die seit dem 21. 6. 1948 aufgenommenen Schulden. Kreditmarktschulden sind Schuldscheindarlehen von Kreditinstituten, Individualversicherungen und anderen privaten Gläubigern, Inhaberschuldverschreibungen und Schatzanweisungen. Die Angaben für das Reichsgebiet umfassen auch Schatzwechsel und sonstige Betriebsmittelkredite (schwebende Schulden), jedoch keine Steuergutscheine und Wechsel, die das Reich zur Bekämpfung der Deflation und insbesondere zur Finanzierung der Rüstungsausgaben ausgegeben hatte; in den Angaben für das Bundesgebiet sind keine Schatzwechsel und sonstigen Betriebsmittelkredite enthalten. Als öffentliche Sondermittel gelten vor allem die Darlehen von Sozialversicherungsträgern. Die Schulden bei Gebietskörperschaften (Reichsgebiet: Schulden beim Reich, bei Ländern, bei Gemeinden (Gv.) und deren (öffentlichen) Unternehmen und Zweckverbänden; Bundesgebiet: Schulden beim Bund, bei Ländern, bei Gemeinden (Gv.), beim Lastenausgleichsfonds und beim ERP-Sondervermögen) sind — um Doppelzählungen zu vermeiden — nicht in der Gesamtverschuldung enthalten. Als Auslandsschulden sind für das Reichsgebiet Einzel- und Sammelanleihen, Schatzwechsel und sonstige kurzfristige Schulden in fremder Währung ausgewiesen (politische Auslandsschulden — Reparationen — sind nicht enthalten); für das Bundesgebiet handelt es sich um die Schulden aus dem Londoner Schuldenabkommen von 1953, Auslandsanleihen und (inzwischen getilgten) Verbindlichkeiten aus der Nachkriegswirtschaftshilfe.

Bei der Abgrenzung der Dienstverhältnisse in Tabelle 5 liegen für das Reichsgebiet und für das Bundesgebiet weitgehend übereinstimmende Definitionen zugrunde. Demnach sind Beamte Bedienstete, deren Dienstverhältnis durch das Beamtenrecht geregelt ist und die durch eine Ernennungsurkunde in das Beamtenverhältnis berufen wurden (auch Beamte in Ausbildung). Richter waren früher zusammen mit den Beamten ausgewiesen; seit 1961 sind sie getrennt dargestellt (Berufsrichter im Sinne des Deutschen Richtergesetzes). Als Angestellte gelten Arbeitnehmer, die eine Tätigkeit nach dem Angestelltenversicherungsrecht ausüben (einschl. Angestellte in Ausbildung, z. B. Lehrlinge); auch Angestellte mit Bezügen nach einem Besoldungsgesetz rechnen hierzu. Arbeiter sind in privatrechtlichem Dienst- bzw. Vertragsverhältnis beschäftigte Lohnempfänger (einschl. Lehrlinge).

In Tabelle 6 umfaßt der Bruttolohn im wesentlichen die steuerpflichtigen Einnahmen — nicht die Einkünfte — aus nichtselbständiger Arbeit. Zur Ermittlung der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit im Sinne des z. Z. geltenden Einkommensteuergesetzes sind die Werbungskosten, der Weihnachts- und der Arbeitnehmerfreibetrag abzuziehen.

Als Einkünfte sind in Tabelle 7 die nach dem Einkommensteuergesetz der Besteuerung unterliegenden sieben Einkunftsarten nachgewiesen. Bei den ersten drei Einkunftsarten (Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb, selbständige Arbeit) sind die Einkünfte der Gewinn, der durch Betriebsvermögensvergleich ermittelt wird. Bei den übrigen Einkunftsarten (Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung, sonstige Einkünfte) sind Einkünfte der Überschuß der Einnahmen über die Werbungskosten. Das Einkommen ist der Gesamtbetrag der Einkünfte nach Ausgleich mit Verlusten, die sich bei einzelnen Einkunftsarten ergeben, und nach Abzug der Sonderausgaben. An das Einkommen als Steuerobjekt knüpft bei den natürlichen Personen die Einkommensteuer und bei den juristischen Personen die Körperschaftsteuer an. Die Lohnsteuer stellt nur eine besondere Erhebungsform — das Quellenabzugsverfahren — für eine bestimmte Einkunftsart im Rahmen der Einkommensbesteuerung dar.

Als Rohvermögen ist in Tabelle 9 die Summe aus land- und forstwirtschaftlichem Vermögen + Grundvermögen + Betriebsvermögen (nach Abzug der Betriebsschulden) + Sonstigem (hauptsächlich Kapital-)Vermögen ausgewiesen. Das Gesamtvermögen ist das Rohvermögen nach Berücksichtigung der abzugsfähigen Schulden und Lasten (vor Abzug persönlicher Freibeträge).

Bei Wert des Erwerbs in Tabelle 11 handelt es sich um den Reinerwerb, der sich nach Abzug der in wirtschaftlichem Zusammenhang mit dem Erwerb stehenden Schulden und Lasten ergibt; er stellt die tatsächliche Bereicherung des Erwerbers (Erbe, Vermächtnisnehmer, Beschenkte u. a.) dar.

Der Gesamtumsatz (steuerbarer Umsatz) in Tabelle 12 enthält bis einschl. 1966 die kumulierte Umsatzsteuer (nach altem Umsatzsteuerrecht); ab 1968 ist er ohne Umsatzsteuer (nach dem Mehrwertsteuergesetz) ausgewiesen. Als Steuerpflichtiger wird jeweils das gesamte Unternehmen als Einheit nachgewiesen. Besteht ein Unternehmen aus mehreren örtlichen Einheiten (Filialen, Zweigstellen, bei Organkreisen Tochterunternehmen usw.), so wird es nur bei dem Finanzamt erfaßt, das für den Sitz der Geschäftsleitung des Gesamtunternehmens zuständig ist.

Die Angaben in Tabelle 13 über den Verbrauch bestimmter Erzeugnisse aus der Verbrauchsteuerstatistik stellen praktisch die »Inlandsverfügung« (Produktion + Einfuhr ./, Ausfuhr) dar. Bei der Verbrauchsberechnung werden entsprechend der Besteuerung diejenigen Mengen herangezogen, die für den Verbrauch im Inland zur Verfügung stehen; das sind die gegen Versteuerung in den freien Verkehr gebrachten und die steuerfrei als Deputate abgegebenen Mengen (Tabak, Bier). Da nach deutschem Verbrauchsteuerrecht die Steuerschuld in dem Zeitpunkt entsteht, in dem die erzeugte Ware das Ausgangslager des Herstellungsbetriebes verläßt, gelten in der Verbrauchsteuerstatistik Waren bereits dann als verbraucht, wenn sie den Herstellungsbetrieb verlassen haben. Die Zeit für den Weg bis zum letzten Verbraucher und die Vorratsveränderung beim Groß- und Einzelhandel bleiben also unberücksichtigt.

1. Ausgaben und Einnahmen der Gebietskörperschaften nach Arten*)

Mill. M/RM/DM

Rechnungsjahr ¹⁾	Ausgaben						Einnahmen			
	Insgesamt	Personal- ausgaben	Renten und Unter- stützungen	Schulden- dienst	Bauten ²⁾	Ge- wäh- rung von Darlehen	Insgesamt	darunter		
								Steuern	Gebühren usw.	Schulden- aufnahme
Insgesamt										
Reichsgebiet										
1913	7 185	2 214	187	770	1 402	136	6 783	4 050	981	628
1925	14 485	4 306	2 227	250	938	1 098	13 876	10 112	1 759	833
1926	17 232	4 520	2 903	609	1 604	1 621	16 362	10 911	1 923	1 564
1927	18 994	5 055	2 630	912	1 798	1 713	18 861	12 662	2 025	1 598
1928	21 013	5 644	2 847	1 207	1 778	1 818	19 800	13 325	2 153	1 470
1929	21 168	5 721	2 847	1 332	1 774	1 898	20 156	13 508	2 290	1 529
1930	20 567	5 684	4 189	1 340	1 167	1 224	19 474	13 452	2 244	813
1931	17 079	5 157	4 271	1 374	679	595	16 592	11 950	2 073	388
1932	14 720	4 674	3 827	1 186	474	296	13 943	10 201	1 832	213
Bundesgebiet										
1950 ³⁾	28 661	6 001	5 586	703	2 071	2 161	27 891	20 934	1 604	715
1951	38 403	7 968	6 058	1 032	2 573	3 066	37 527	29 399	2 194	873
1952	42 611	9 034	6 268	1 111	3 061	3 943	44 323	34 056	2 643	2 275
1953	47 678	10 258	7 306	1 941	3 489	4 327	48 587	36 458	3 237	3 437
1954	52 006	11 083	7 740	2 549	3 836	5 373	51 814	39 280	3 522	2 816
1955	53 525	11 867	7 535	2 629	4 872	5 216	57 106	43 667	3 721	2 626
1956	62 635	13 771	8 266	3 059	5 775	6 182	61 747	47 945	4 018	2 291
1957	69 205	15 527	8 456	3 400	5 878	6 892	67 546	50 169	4 786	3 591
1958	74 664	17 155	8 793	3 689	7 277	6 739	74 632	53 902	5 209	4 167
1959	81 746	17 623	8 838	4 616	8 717	6 987	82 256	60 690	5 556	5 171
1960	68 605	15 268	5 627	3 239	8 148	5 223	69 094	53 273	4 486	2 576
1961	103 325	22 556	9 485	5 018	12 015	8 096	104 352	78 918	6 492	6 135
1962	115 172	24 883	10 262	5 954	14 709	8 477	114 651	86 720	7 036	5 493
1963	123 191	27 708	9 536	5 366	16 686	9 545	123 061	91 691	7 663	8 732
1964	137 292	30 348	11 032	7 255	19 041	8 985	136 721	100 112	8 597	11 149
1965	148 075	34 460	14 546	7 020	20 073	9 456	145 786	106 223	9 495	11 929
1966	154 986	38 349	14 958	8 321	20 198	8 613	152 877	112 708	10 572	11 988
1967	165 684	40 695	15 812	10 985	19 475	9 529	165 670	114 977	11 570	20 162
1968	173 149	43 273	15 997	12 855	19 286	7 532	175 523	122 019	13 817	18 682
1969 ⁴⁾	196 111	49 637	17 277	18 874	20 608	7 331	199 403	148 301	14 969	15 255
Reich/Bund (LAF/ERP)										
Reichsgebiet										
1913	2 300	475	65	221	675	4	2 012	1 631	65	122
1925	5 071	741	1 467	100	127	80	5 211	4 273	172	340
1926	6 266	789	1 774	335	166	409	6 037	4 553	163	318
1927	6 923	890	1 820	530	194	268	7 113	5 477	165	119
1928	8 098	986	1 897	621	197	500	7 300	5 610	154	99
1929	7 789	995	1 897	622	170	590	7 596	5 877	167	194
1930	7 870	993	2 469	541	149	317	7 531	5 974	151	—
1931	6 010	905	2 257	536	132	98	6 440	5 556	132	—
1932	4 722	847	1 302	520	124	125	5 589	4 972	137	—
Bundesgebiet										
1950 ³⁾	13 000	299	4 591	151	233	477	13 492	11 948	72	196
1951	17 968	452	4 861	260	306	727	19 518	18 183	164	37
1952	19 409	669	4 996	285	360	828	23 383	21 092	310	964
1953	22 203	803	5 855	827	396	1 226	25 573	22 411	305	1 628
1954	24 111	910	6 138	1 065	371	2 207	26 610	24 229	292	594
1955	22 507	885	5 818	948	564	2 001	29 273	27 188	186	250
1956	26 693	1 345	6 057	1 341	933	2 112	30 527	28 599	150	1
1957	30 034	1 923	6 453	1 483	1 126	2 720	32 631	29 084	468	170
1958	32 505	2 340	6 909	1 293	1 646	2 958	36 886	31 173	444	674
1959	36 076	2 638	6 880	2 091	2 078	2 823	41 733	34 795	374	2 583
1960	28 370	2 395	5 288	1 058	2 179	1 745	33 264	29 744	174	542
1961	44 794	3 807	7 335	1 721	3 229	3 215	51 127	43 730	233	3 096
1962	49 441	4 616	7 927	2 797	3 893	2 784	55 263	47 644	236	1 808
1963	52 381	5 383	7 023	2 015	4 031	4 000	60 453	51 246	225	4 055
1964	59 065	6 065	8 314	3 765	3 704	3 016	66 844	56 506	243	4 431
1965	63 172	6 937	11 208	3 051	4 215	3 589	70 204	60 692	259	2 865
1966	65 075	7 832	11 059	3 418	4 298	3 514	72 734	63 786	263	3 545
1967	73 550	8 282	11 561	5 186	4 795	4 942	82 168	64 684	224	10 965
1968	75 232	8 631	11 726	5 991	4 183	3 716	87 269	67 773	1 738	10 456
1969 ⁴⁾	87 692	10 361	12 698	11 005	3 635	3 980	98 948	82 898	1 957	8 517

Fußnoten siehe S. 230.

1. Ausgaben und Einnahmen der Gebietskörperschaften nach Arten*)
 Mill. M./RM/DM

Rechnungsjahr ¹⁾	Ausgaben						Einnahmen			
	Insgesamt	darunter					Insgesamt	darunter		
		Personal- ausgaben	Renten und Unter- stützungen	Schulden- dienst	Bauten ²⁾	Ge- wäh- rung von Darlehen		Steuern	Gebühren usw.	Schulden- aufnahme
Länder (einschl. Stadtstaaten)										
Reichsgebiet										
1913	2 017	852	16	206	281	6	2 004	912	385	166
1925	3 889	1 940	179	33	209	367	3 608	2 643	629	132
1926	4 359	2 039	315	67	220	559	4 010	2 779	673	306
1927	4 678	2 264	93	112	300	593	4 539	3 098	696	397
1928	4 855	2 458	94	197	274	496	4 773	3 332	763	302
1929	4 844	2 461		202	255	436	4 637	3 248	792	243
1930	4 594	2 461	71	218	191	253	4 439	3 175	752	222
1931	4 048	2 304	141	246	101	227	3 873	2 731	727	130
1932	3 678	2 277	168	216	62	80	3 222	2 281	631	91
Bundesgebiet										
1950 ³⁾	8 507	3 571	167	499	520	1 490	8 713	6 500	598	137
1951	12 140	4 930	357	607	567	2 091	11 049	7 891	744	442
1952	13 545	5 431	393	587	661	2 729	12 634	9 099	867	564
1953	14 543	6 184	452	765	725	2 635	13 653	9 765	1 099	787
1954	15 396	6 671	409	962	766	2 594	14 460	10 361	1 144	737
1955	16 802	7 247	411	1 015	960	2 537	15 988	11 484	1 228	764
1956	20 007	8 182	436	984	1 172	3 399	18 449	13 745	1 335	806
1957	22 038	8 946	421	1 019	1 137	3 176	20 366	14 825	1 430	1 331
1958	23 594	9 815	419	1 216	1 379	3 047	22 178	15 907	1 620	1 503
1959	25 222	9 962	425	1 261	1 551	3 416	23 351	18 164	1 736	476
1960	22 344	8 613	339	1 078	1 408	2 806	20 840	16 715	1 373	268
1961	32 344	12 535	477	1 670	2 003	3 881	31 761	25 704	2 053	264
1962	35 305	13 462	581	1 340	2 344	4 465	35 517	28 891	2 187	242
1963	36 747	14 825	575	1 286	2 761	4 230	36 800	29 774	2 352	588
1964	39 571	16 097	598	1 184	3 285	4 520	40 967	32 205	2 670	1 814
1965	42 993	18 275	652	1 232	3 503	4 403	44 053	33 659	2 856	3 130
1966	45 631	20 196	735	1 635	3 566	3 789	47 229	36 260	3 080	3 293
1967	47 287	21 507	975	1 891	3 363	3 401	49 698	37 595	3 193	4 526
1968	50 508	23 055	1 013	2 497	3 356	2 775	52 313	40 922	3 403	3 288
1969 ⁴⁾	54 911	26 145	1 118	3 200	3 653	2 423	58 579	48 348	3 576	1 275
Gemeinden (Gemeindeverbände)										
Reichsgebiet										
1913	2 867	888	106	344	447	126	2 768	1 507	531	340
1925	5 524	1 624	580	117	602	651	5 058	3 197	959	361
1926	6 607	1 692	814	208	1 218	653	6 314	3 580	1 087	941
1927	7 394	1 902	716	270	1 304	852	7 209	4 087	1 164	1 082
1928	8 060	2 200	855	389	1 307	821	7 728	4 383	1 237	1 069
1929	8 535	2 264		508	1 349	872	7 923	4 383	1 331	1 093
1930	8 103	2 230	1 649	581	827	654	7 505	4 303	1 341	592
1931	7 021	1 948	1 873	592	447	270	6 279	3 663	1 214	258
1932	6 320	1 550	2 357	451	288	91	5 132	2 949	1 064	122
Bundesgebiet										
1950 ³⁾	7 154	2 131	828	54	1 318	194	5 687	2 486	935	382
1951	8 295	2 586	840	165	1 700	248	6 960	3 325	1 286	394
1952	9 657	2 934	879	239	2 040	386	8 306	3 865	1 466	747
1953	10 932	3 271	999	349	2 368	466	9 361	4 282	1 833	1 022
1954	12 499	3 502	1 193	522	2 699	572	10 744	4 690	2 086	1 485
1955	14 216	3 735	1 306	666	3 348	678	11 845	4 995	2 307	1 612
1956	15 935	4 244	1 773	734	3 670	671	12 771	5 601	2 533	1 484
1957	17 133	4 658	1 582	898	3 615	996	14 549	6 260	2 888	2 090
1958	18 565	5 000	1 465	1 180	4 252	734	15 568	6 822	3 145	1 990
1959	20 448	5 023	1 533	1 264	5 088	748	17 172	7 731	3 446	2 112
1960	17 891	4 260		1 103	4 561	672	14 990	6 814	2 939	1 766
1961	26 187	6 214	1 673	1 627	6 783	1 000	21 464	9 484	4 206	2 775
1962	30 426	6 805	1 754	1 817	8 472	1 228	23 871	10 185	4 613	3 443
1963	34 063	7 500	1 938	2 065	9 894	1 315	25 808	10 671	5 086	4 089
1964	38 657	8 186	2 120	2 306	12 052	1 449	28 910	11 401	5 684	4 904
1965	41 910	9 248	2 686	2 737	12 355	1 464	31 529	11 872	6 380	5 934
1966	44 280	10 321	3 164	3 268	12 334	1 310	32 914	12 662	7 229	5 150
1967	44 847	10 906	3 276	3 908	11 317	1 186	33 904	12 698	8 153	4 671
1968	47 409	11 587	3 258	4 367	11 747	1 041	35 941	13 324	8 676	4 938
1969 ⁴⁾	53 508	13 131	3 461	4 669	13 320	928	41 876	17 055	9 436	5 463

*) Reich/Bund einschl. Lastenausgleichsfonds (LAF) und ERP-Sondervermögen (ERP), Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, 1913 bis 1932 nur Hoheits- und Kämmererverwaltung; ab 1950 Gesamthaushalt.
¹⁾ Bis 1959: 1. 4. des Berichtsjahres bis 31. 3. des folgenden Jahres; 1960: 1. 4. bis 31. 12.; ab 1961: Kalenderjahre. — ²⁾ Bundesgebiet ohne Berlin. — ³⁾ Bis 1932 einschl. Erwerb von Grundvermögen. — ⁴⁾ Vorläufiges Ergebnis.

2. Ausgaben der Gebietskörperschaften nach Aufgabenbereichen*)

Mill. M/RM/DM

Rechnungs- jahr ¹⁾	Insgesamt	Darunter										
		Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Rechts- schutz	Vertei- gung	Unter- richt	Wissen- schaft ²⁾	Soziale Siche- rung	Gesund- heit, Sport und Leibes- übungen	Wirt- schaft	Ver- kehr	Gemeind- liche Anstalten und Ein- richtungen	Bauver- waltung und Wohn- ungs- wirtschaft	Wieder- gut- machung, besond. Kriegs- folge- aufgaben
Insgesamt												
Reichsgebiet												
1913	7 178	560	1 822	1 128	81	335	392	165	853	429	31	—
1925	14 466	1 276	633	1 798	172	3 027	755	312	1 143	484	1 070	1 675
1926	17 201	1 322	704	1 918	191	4 203	817	452	1 297	541	1 449	1 801
1927	18 954	1 467	769	2 183	221	4 116	449	451	1 686	682	1 628	2 073
1928	21 024	1 572	827	2 436	239	4 281	917	515	1 708	739	1 542	2 676
1929	21 113	1 549	758	2 562	253	4 735	758	476	1 727	793	1 599	2 298
1930	20 654	1 553	757	2 390	251	5 284	668	597	1 505	700	1 287	2 167
1931	17 217	1 387	614	1 988	219	5 261	515	519	1 165	594	638	935
1932	14 763	1 263	716	1 704	179	4 735	492	482	934	483	337	493
Bundesgebiet												
1950 ³⁾	28 527	1 058	4 265	1 675	408	7 402	947	1 917	1 253	770	2 971	1 428
1951	38 282	1 522	7 904	2 194	521	9 481	1 269	2 384	1 497	1 078	4 001	689
1952	42 452	1 703	7 866	2 544	599	9 719	1 359	2 504	1 794	1 179	3 372	481
1953	47 736	1 906	5 529	3 014	714	12 024	1 465	2 425	2 049	1 310	3 685	596
1954	51 855	2 062	5 905	3 320	779	12 068	1 606	2 669	2 246	1 497	4 160	755
1955	53 228	2 193	6 078	3 547	871	12 937	1 784	2 864	2 952	1 775	4 032	1 047
1956	62 226	2 375	7 259	4 148	1 072	13 850	2 037	4 237	3 605	1 999	4 449	1 694
1957	69 174	2 614	7 483	4 485	1 328	15 154	2 275	5 355	3 710	2 040	4 738	2 259
1958	74 535	2 886	8 747	4 962	1 566	16 171	2 528	5 049	4 552	2 344	4 906	2 179
1959	81 562	2 910	9 519	5 339	1 772	16 544	2 700	5 030	5 122	2 623	5 672	3 386
1960	68 553	2 438	8 460	4 463	1 542	12 973	2 348	4 891	4 643	2 333	4 752	2 306
1961	103 128	3 497	13 174	6 628	2 966	18 639	3 516	8 673	6 883	3 359	5 495	3 503
1962	114 772	3 757	17 094	7 274	3 010	20 539	4 055	8 100	8 514	3 993	6 263	3 545
1963	122 765	4 263	19 433	8 238	3 474	20 581	4 484	9 712	9 728	4 458	6 577	3 325
1964	136 903	4 550	19 008	9 438	4 371	24 290	5 104	10 366	10 539	5 234	7 133	2 998
1965	147 782	4 959	19 284	10 802	5 131	27 288	5 662	11 585	11 298	5 606	7 397	3 200
1966	154 739	5 362	19 809	11 785	5 588	29 059	6 174	11 322	11 542	5 835	7 154	2 436
1967	165 436	5 577	21 314	12 288	6 206	31 380	6 411	12 181	12 408	5 561	6 799	2 539
1968	173 272	5 917	17 856	13 300	6 681	32 001	6 844	15 033	12 866	6 073	6 408	2 621
1969 ⁴⁾	196 227	6 558	20 452	15 285	7 755	33 920	7 479	16 464	14 484	6 826	6 176	2 389
Reich/Bund (LAF/ERP)												
Reichsgebiet												
1913	2 376	3	1 822	1	1	119	1	7	53	—	3	—
1925	5 321	201	633	5	1	1 865	16	35	182	—	21	1 675
1926	6 561	220	704	5	1	2 322	15	153	201	—	161	1 801
1927	7 154	214	769	4	1	2 419	—	101	231	—	69	2 073
1928	8 375	212	827	4	1	2 866	8	135	232	—	38	2 676
1929	8 042	207	758	6	—	3 038	6	125	218	—	26	2 298
1930	8 161	205	757	5	—	3 250	5	189	217	—	101	2 167
1931	6 623	199	614	4	—	3 089	3	226	195	—	17	935
1932	5 732	198	716	4	—	2 730	5	213	175	—	69	493
Bundesgebiet												
1950 ³⁾	13 677	5	4 265	0	44	5 494	14	1 120	378	—	1 070	544
1951	20 852	141	7 904	5	51	7 546	29	1 403	452	—	1 593	152
1952	22 636	92	7 866	6	50	7 722	6	1 362	511	—	1 383	111
1953	25 053	119	5 529	6	78	9 358	5	1 078	584	—	1 679	280
1954	27 071	146	5 905	5	92	9 425	6	1 411	551	—	1 946	410
1955	25 343	172	6 078	8	102	9 993	8	1 495	781	—	1 909	479
1956	30 728	129	7 259	12	162	10 584	13	2 603	1 094	—	2 076	1 018
1957	35 118	149	7 483	12	303	11 704	16	3 792	1 215	3	2 533	1 378
1958	37 482	210	8 747	13	425	12 458	21	3 451	1 694	9	2 522	1 286
1959	42 036	242	9 519	22	488	12 870	22	3 259	1 839	6	3 097	2 324
1960	33 425	188	8 460	44	429	9 914	24	3 355	1 733	9	2 150	1 401
1961	51 133	275	13 174	63	1 255	14 417	56	6 012	2 489	8	1 982	2 212
1962	55 604	304	17 094	68	952	15 694	57	5 134	3 134	7	1 733	2 247
1963	59 755	368	19 433	81	971	15 517	68	6 259	3 457	8	1 517	2 070
1964	66 552	357	19 008	70	1 227	18 549	72	6 283	3 606	27	1 545	1 851
1965	71 041	362	19 284	80	1 265	20 819	80	7 367	4 175	31	1 485	1 994
1966	73 342	377	19 809	93	1 625	21 929	100	7 121	4 177	61	1 206	1 338
1967	82 801	405	21 314	136	2 047	23 717	167	8 283	5 616	34	1 175	1 360
1968	86 292	411	17 856	200	2 245	23 929	172	11 270	5 651	37	1 237	1 387
1969 ⁴⁾	97 830	437	20 452	71	2 391	25 080	118	12 465	6 401	33	1 057	1 230

Fußnoten siehe S. 232.

2. Ausgaben der Gebietskörperschaften nach Aufgabenbereichen*)

Mill. M/RM/DM

Rechnungs- jahr ¹⁾	Insgesamt	Darunter										
		Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Rechts- schutz	Verteidigung	Unter- richt	Wissen- schaft ²⁾	Soziale Sicherung	Gesund- heit, Sport und Leibes- übungen	Wirt- schaft	Ver- kehr	Gemeind- liche Anstalten und Ein- richtungen	Bauver- waltung und Wohn- ungs- wirtschaft	Wieder- gut- machung, besond. Kriegs- folge- aufgaben
Länder (einschl. Stadtstaaten)												
Reichsgebiet												
1913	2 017	446	—	374	79	19	90	111	254	21	8	—
1925	3 820	873	—	921	166	269	162	218	234	24	343	—
1926	4 202	886	—	957	184	481	177	218	256	31	355	—
1927	4 571	1 011	—	1 093	213	357	83	235	300	36	442	—
1928	4 818	1 109	—	1 181	229	236	166	247	301	39	380	—
1929	4 799	1 091	—	1 253	253	256	108	219	306	42	363	—
1930	4 661	1 075	—	1 214	251	235	103	288	260	44	288	—
1931	4 008	941	—	1 046	219	256	71	195	190	34	212	—
1932	3 410	844	—	918	179	196	79	197	157	25	80	—
Bundesgebiet												
1950 ³⁾	9 284	827	—	926	344	1 073	308	673	411	108	1 448	884
1951	10 628	1 121	—	1 246	442	1 029	498	847	476	247	1 878	537
1952	11 766	1 336	—	1 437	525	992	516	976	588	209	1 405	370
1953	13 437	1 478	—	1 695	603	1 563	529	1 163	641	205	1 327	316
1954	14 360	1 634	—	1 926	656	1 393	514	1 051	762	236	1 514	345
1955	16 117	1 719	—	2 012	732	1 674	552	1 118	969	274	1 388	568
1956	18 646	1 913	—	2 376	869	1 858	645	1 373	1 198	307	1 611	676
1957	20 069	2 092	—	2 639	972	1 966	723	1 291	1 201	317	1 453	881
1958	21 856	2 279	—	3 048	1 092	2 070	807	1 294	1 290	402	1 553	893
1959	22 687	2 270	—	3 284	1 227	1 943	848	1 406	1 403	432	1 649	1 062
1960	20 317	1 925	—	2 633	1 113	1 597	751	1 236	1 198	379	1 734	905
1961	30 851	2 751	—	4 032	1 645	2 206	1 125	2 208	2 002	521	2 293	1 291
1962	35 833	2 941	—	4 326	1 989	2 627	1 305	2 465	2 735	595	3 153	1 298
1963	37 320	3 332	—	4 893	2 432	2 436	1 534	2 918	3 206	632	3 464	1 255
1964	41 158	3 596	—	5 550	3 069	2 696	1 783	3 520	3 344	711	3 789	1 147
1965	45 153	4 039	—	6 467	3 779	3 039	1 873	3 627	3 542	753	3 978	1 206
1966	48 133	4 372	—	7 247	3 842	3 318	2 000	3 564	3 716	807	3 978	1 098
1967	49 326	4 555	—	7 878	4 079	3 540	2 070	3 325	3 719	683	3 781	1 179
1968	51 323	4 855	—	8 443	4 353	3 572	2 206	3 116	3 809	803	3 307	1 234
1969 ⁴⁾	58 075	5 403	—	9 895	5 279	3 872	2 271	3 222	4 228	849	3 116	1 159
Gemeinden (Gemeindeverbände)												
Reichsgebiet												
1913	2 786	110	—	753	2	197	301	47	546	408	20	—
1925	5 325	202	—	872	5	893	577	59	726	461	706	—
1926	6 437	216	—	956	6	1 400	625	81	841	510	934	—
1927	7 229	242	—	1 086	7	1 340	366	115	1 155	646	1 118	—
1928	7 831	251	—	1 250	9	1 179	744	134	1 176	699	1 124	—
1929	8 271	252	—	1 304	—	1 441	644	133	1 203	751	1 210	—
1930	7 832	274	—	1 171	—	1 799	560	120	1 028	656	899	—
1931	6 586	247	—	938	—	1 916	442	98	780	559	410	—
1932	5 621	221	—	782	—	1 809	408	72	602	457	189	—
Bundesgebiet												
1950 ³⁾	5 566	226	—	748	20	835	625	124	464	662	453	—
1951	6 802	260	—	943	27	906	742	134	569	831	530	—
1952	8 050	275	—	1 101	24	1 005	837	166	695	970	584	—
1953	9 246	309	—	1 313	33	1 103	931	184	824	1 105	679	—
1954	10 424	282	—	1 389	31	1 250	1 086	207	933	1 261	700	—
1955	11 768	302	—	1 527	37	1 270	1 224	251	1 202	1 501	735	—
1956	12 852	333	—	1 760	41	1 408	1 379	261	1 313	1 692	762	—
1957	13 987	373	—	1 834	53	1 484	1 536	272	1 294	1 720	752	—
1958	15 197	397	—	1 901	49	1 643	1 700	304	1 568	1 933	831	—
1959	16 839	398	—	2 033	57	1 731	1 830	365	1 880	2 185	926	—
1960	14 811	325	—	1 786	—	1 462	1 573	300	1 712	1 945	868	—
1961	21 144	471	—	2 533	66	2 016	2 335	453	2 392	2 830	1 220	—
1962	23 335	512	—	2 880	69	2 218	2 693	501	2 645	3 391	1 377	—
1963	25 690	563	—	3 264	71	2 628	2 882	535	3 065	3 818	1 596	—
1964	29 193	597	—	3 818	75	3 045	3 249	563	3 589	4 496	1 799	—
1965	31 588	558	—	4 255	87	3 430	3 709	591	3 581	4 822	1 934	—
1966	33 264	613	—	4 445	121	3 812	4 074	637	3 649	4 967	1 970	—
1967	33 309	617	—	4 274	80	4 123	4 174	573	3 073	4 844	1 843	—
1968	35 657	651	—	4 657	83	4 500	4 466	647	3 406	5 233	1 864	—
1969 ⁴⁾	40 322	718	—	5 319	85	4 968	5 090	777	3 855	5 944	2 003	—

*) Reich/Bund einschl. Lastenausgleichsfonds (LAF) und ERP-Sondervermögen (ERP), Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände. 1913 bis 1932 nur Hoheits- und Kämmererverwaltung; ab 1950 Gesamthaushalt.

¹⁾ Bis 1959: 1. 4. des Berichtsjahres bis 31. 3. des folgenden Jahres; 1960: 1. 4. bis 31. 12.; ab 1961: Kalenderjahre. — ²⁾ Bundesgebiet ohne Berlin. —

³⁾ 1913 bis 1932 nur Hochschulen. — ⁴⁾ Vorläufiges Ergebnis.

3. Kassenmäßige Steuereinnahmen nach Arten*)

Mill. M/RM/DM

Rechnungs- jahr ¹⁾	Steuereinnahmen insgesamt	Darunter											
		Einkommen- und Körperschaftsteuer	Umsatz- steuer ²⁾	Be- förde- rungs- steuer	Zölle	Tabak- steuer	Brannt- wein- mono- pol ³⁾	Mineral- öl- steuer	Bier- steuer ⁴⁾	Ver- mögen- steuer	Kraft- fahr- zeug- steuer	Grund- steuern ⁵⁾	Ge- werbe- steuern
Reichsgebiet													
1913	4 046	1 390	—	40	641	50	187	—	203	79 ⁶⁾	4	436	179
1925	10 119	2 458	1 403	318	590	616	154	—	249	270	58	872	574
1926	10 723	2 636	876	312	940	712	227	—	241	359	105	993	634
1927	12 497	3 262	878	349	1 251	794	261	—	360	442	156	1 086	794
1928	13 185	3 718	1 000	354	1 105	871	297	—	397	451	181	1 135 ⁷⁾	896 ⁸⁾
1929	13 437	3 584	1 013	364	1 095	914	271	—	412	542	210	1 200 ⁹⁾	940 ¹⁰⁾
1930	13 455	3 211	996	315	1 083	1 058	213	10	473	450	209	1 405 ¹⁰⁾	955 ¹⁰⁾
1931	11 883	2 447	994	253	1 147	794	177	11	368	372	193	1 386	747
1932	10 223 ¹¹⁾	1 438	1 354	179	1 106	762	138	6	261	330	172	1 320	544
1933	10 621 ¹¹⁾	1 520	1 516	184	1 065	743	150	15	242	307	212	1 384	538
1934	11 892 ¹¹⁾	2 058	1 873	207	1 149	803	177	20	267	303	145	1 359	552
1935	13 326 ¹¹⁾	3 097	2 020	220	1 249	813	209	18	283	303	135	1 408	701
1936	15 537 ¹¹⁾	4 256	2 389	242	1 333	841	236	30	287	360	135	1 477	912
1937	18 599	5 612	2 754	292	1 595	912	279	93	315	366	136	1 526	1 351
1938 ²⁾	22 849	7 769	3 357	343	1 818	1 003	319	107	365	391	141	1 630	1 715
1939 ²⁾	29 118	10 322 ¹²⁾	3 735	376	1 697	1 240	498	134	642	417	116	1 726	2 150
Bundesgebiet													
1950 ³⁾	18 802	5 375	4 746	241	617	2 160	496	73	349	130	349	1 170	1 246
1951 ³⁾	25 183	7 456	6 820	328	829	2 404	538	463	276	142	409	1 222	1 963
1952 ³⁾	31 215	10 475	8 381	356	1 054	2 334	529	590	331	178	470	1 225	2 623
1953 ³⁾	34 320	11 753	8 865	239	1 272	2 326	543	734	362	405	531	1 274	3 097
1954 ³⁾	35 894	11 793	9 593	173	1 486	2 304	554	781	386	620	599	1 334	3 342
1955 ³⁾	39 736	12 206	11 118	219	1 792	2 560	578	1 136	440	534	728	1 376	3 726
1956 ³⁾	44 530	14 185	12 184	253	1 983	2 781	684	1 415	484	758	837	1 405	4 223
1957 ³⁾	47 935	16 156	12 598	284	2 030	2 933	778	1 642	561	818	967	1 456	5 047
1958 ³⁾	50 188	17 105	12 963	544	2 094	3 093	857	1 665	605	888	1 082	1 521	5 261
1959 ³⁾	56 644	19 127	14 239	704	2 482	3 265	915	2 145	650	1 116	1 216	1 595	6 468
1960 ³⁾	66 627	24 421	16 149	769	2 786	3 537	1 023	2 664	700	1 100	1 475	1 631	7 433
1961 ³⁾	76 705	29 723	17 866	804	3 130	3 892	1 097	3 325	763	1 419	1 678	1 719	8 147
1962	84 480	33 454	19 210	826	3 447	4 205	1 222	3 699	820	1 798	1 888	1 862	8 770
1963	89 735	36 121	20 043	879	3 640	4 311	1 335	4 139	877	1 673	2 134	1 951	9 273
1964	98 061	39 463	21 927	918	2 986	4 416	1 441	6 071	955	1 931	2 372	1 994	9 952
1965	104 460	41 057	24 219	884	2 898	4 697	1 508	7 428	979	1 880	2 624	2 110	10 283
1966	111 154	44 272	25 064	925	2 780	4 982	1 779	8 016	1 032	1 994	2 853	2 231	11 091
1967	113 350	43 869	24 723	905	2 663	5 801	1 831	9 423	1 044	2 421	3 059	2 362	10 991
1968	120 378	48 444	25 692	87	2 437	5 992	1 989	9 875	1 101	2 261	3 243	2 473	11 584
1969	146 928	56 656	36 753 ¹³⁾	7	2 980	6 233	2 142	10 601	1 179	2 458	3 507	2 591	15 386
1970	152 555	61 824	38 125	3	2 871	6 537	2 228	11 512	1 175	2 877	3 830	2 683	12 117
1971	170 970	70 384	42 897	-1	3 080	6 863	2 403	12 417	1 226	3 123	4 156	2 801	14 118

*) Einnahmen aus Reichs- bzw. Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern.

¹⁾ Bis 1939 vom 1. 4. des Berichtsjahres bis 31. 3. des folgenden Jahres; ab 1950 Kalenderjahre. — ²⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ³⁾ Bundesgebiet ohne Saarland. — ⁴⁾ Einschl. Umsatzausgleichssteuer (ab 1968 Einfuhrumsatzsteuer). — ⁵⁾ Bis 1939 »Spiritusmonopol«. — ⁶⁾ Ohne Biersteuer der Gemeinden. — ⁷⁾ Bis 1939 »Grund- und Gebäudesteuer«. — ⁸⁾ Vermögen-(Ergänzungs-)steuer. — ⁹⁾ Für die Gemeinden bis zu 5 000 Einwohnern z. T. geschätzt. — ¹⁰⁾ Für die Gemeinden bis zu 5 000 Einwohnern geschätzt. — ¹¹⁾ Einschl. Ausgleichsstock. — ¹²⁾ Ohne Kriegszuschlag zur Einkommensteuer. — ¹³⁾ Einschl. 2,8 Mrd. DM, die aufgrund des Absicherungsgesetzes vom 29. 11. 1968 den Importeuren zugeflossen sind (durchlaufende Posten).

4. Schulden der Gebietskörperschaften nach Hauptarten*)

Mill. M/RM/DM

Ende des Rechnungsjahres ¹⁾	Schulden insgesamt ²⁾	Inlandsschulden			Auslandsschulden ³⁾	Ende des Rechnungsjahres ¹⁾	Schulden insgesamt ²⁾	Inlandsschulden			Auslandsschulden ³⁾		
		zusammen ²⁾	Neuschulden ⁴⁾ aus Kreditmarkt- und öffentlichen Sondermitteln ⁵⁾	Schulden bei Gebietskörperschaften, LAF und ERP-Sondervermögen ⁶⁾				zusammen ²⁾	Neuschulden ⁴⁾ aus Kreditmarkt- und öffentlichen Sondermitteln ⁵⁾	Schulden bei Gebietskörperschaften, LAF und ERP-Sondervermögen ⁶⁾			
Insgesamt¹⁰⁾					Reich/Bund (LAF/ERP)								
Reichsgebiet					Bundesgebiet								
1881	6 284	—	—	—	1881	6 284	—	—	—	1881	6 284	—	—
1891	11 948	—	—	—	1891	11 948	—	—	—	1891	11 948	—	—
1901	16 290	—	—	—	1901	16 290	—	—	—	1901	16 290	—	—
1908	22 601	—	—	—	1908	22 601	—	—	—	1908	22 601	—	—
1914	32 558	—	—	—	1914	32 558	—	—	—	1914	32 558	—	—
1928	14 599	12 442	5 547	—	1928	14 599	12 442	5 547	—	1928	14 599	12 442	5 547
1929	18 159	15 866	9 263	—	1929	18 159	15 866	9 263	—	1929	18 159	15 866	9 263
1930	21 319	18 723	12 415	—	1930	21 319	18 723	12 415	—	1930	21 319	18 723	12 415
1931	24 022	19 223	13 181	—	1931	24 022	19 223	13 181	—	1931	24 022	19 223	13 181
1932	24 177	19 498	13 694	—	1932	24 177	19 498	13 694	—	1932	24 177	19 498	13 694
1933	24 347	19 901	14 309	—	1933	24 347	19 901	14 309	—	1933	24 347	19 901	14 309
1934	24 530	21 595	16 264	—	1934	24 530	21 595	16 264	—	1934	24 530	21 595	16 264
1935	25 063	22 489	17 572	—	1935	25 063	22 489	17 572	—	1935	25 063	22 489	17 572
1936	26 701	24 283	19 595	—	1936	26 701	24 283	19 595	—	1936	26 701	24 283	19 595
1937	27 809	25 721	21 281	—	1937	27 809	25 721	21 281	—	1937	27 809	25 721	21 281
1938	30 322	28 379	24 170	—	1938	30 322	28 379	24 170	—	1938	30 322	28 379	24 170
1950 ²⁾	17 877	17 877	701	—	1950 ²⁾	17 877	17 877	701	—	1950 ²⁾	17 877	17 877	701
1951 ²⁾	18 743	18 743	978	—	1951 ²⁾	18 743	18 743	978	—	1951 ²⁾	18 743	18 743	978
1952 ²⁾	21 625	21 625	1 769	—	1952 ²⁾	21 625	21 625	1 769	—	1952 ²⁾	21 625	21 625	1 769
1953 ²⁾	24 314	24 243	3 793	—	1953 ²⁾	24 314	24 243	3 793	—	1953 ²⁾	24 314	24 243	3 793
1954 ²⁾	33 694	26 648	6 163	—	1954 ²⁾	33 694	26 648	6 163	—	1954 ²⁾	33 694	26 648	6 163
1955 ²⁾	38 968	30 678	8 458	—	1955 ²⁾	38 968	30 678	8 458	—	1955 ²⁾	38 968	30 678	8 458
1956 ²⁾	41 383	32 912	10 226	—	1956 ²⁾	41 383	32 912	10 226	—	1956 ²⁾	41 383	32 912	10 226
1957 ²⁾	42 908	34 543	11 715	—	1957 ²⁾	42 908	34 543	11 715	—	1957 ²⁾	42 908	34 543	11 715
1958 ²⁾	44 424	36 131	13 461	—	1958 ²⁾	44 424	36 131	13 461	—	1958 ²⁾	44 424	36 131	13 461
1959 ²⁾	47 163	39 101	15 783	—	1959 ²⁾	47 163	39 101	15 783	—	1959 ²⁾	47 163	39 101	15 783
1960	51 286	44 146	20 501	—	1960	51 286	44 146	20 501	—	1960	51 286	44 146	20 501
1961	55 861	52 117	28 692	—	1961	55 861	52 117	28 692	—	1961	55 861	52 117	28 692
1962	58 732	55 060	31 775	—	1962	58 732	55 060	31 775	—	1962	58 732	55 060	31 775
1963	64 458	60 956	37 580	—	1963	64 458	60 956	37 580	—	1963	64 458	60 956	37 580
1964	71 782	68 356	44 492	—	1964	71 782	68 356	44 492	—	1964	71 782	68 356	44 492
1965	80 655	77 358	54 117	—	1965	80 655	77 358	54 117	—	1965	80 655	77 358	54 117
1966	88 354	85 968	62 993	—	1966	88 354	85 968	62 993	—	1966	88 354	85 968	62 993
1967	103 952	101 659	78 984	—	1967	103 952	101 659	78 984	—	1967	103 952	101 659	78 984
1968	112 954	111 004	88 770	—	1968	112 954	111 004	88 770	—	1968	112 954	111 004	88 770
1969	114 018	112 546	90 786	—	1969	114 018	112 546	90 786	—	1969	114 018	112 546	90 786
1970	120 990	119 643	98 321	—	1970	120 990	119 643	98 321	—	1970	120 990	119 643	98 321
1971	134 765	133 487	112 631	—	1971	134 765	133 487	112 631	—	1971	134 765	133 487	112 631
Reich/Bund (LAF/ERP)					Lastenausgleichsfonds								
1881	268	—	—	—	1954 ²⁾	844	844	440	217	—	—	—	—
1891	1 318	—	—	—	1955 ²⁾	2 496	2 496	559	225	—	—	—	—
1901	2 396	—	—	—	1956 ²⁾	3 118	3 118	806	225	—	—	—	—
1908	4 004	—	—	—	1957 ²⁾	3 315	3 315	805	235	—	—	—	—
1914	4 918	—	—	—	1958 ²⁾	3 182	3 182	643	210	—	—	—	—
1928	7 131	6 247	687	—	1959 ²⁾	3 520	3 520	1 028	210	—	—	—	—
1929	8 229	7 328	2 113	—	1960	3 868	3 867	1 496	209	—	—	—	—
1930	9 630	8 566	3 639	—	1961	3 947	3 947	1 658	210	—	—	—	—
1931	11 342	8 037	3 309	—	1962	4 325	4 325	2 159	164	—	—	—	—
1932	11 434	8 219	3 648	—	1963	5 017	5 002	2 937	154	15	—	—	—
1933	11 690	8 687	4 266	—	1964	5 864	5 849	3 882	153	15	—	—	—
1934	11 793	9 767	5 528	—	1965	6 402	6 385	4 513	153	17	—	—	—
1935	12 452	10 679	6 762	—	1966	6 729	6 695	4 927	152	34	—	—	—
1936	14 372	12 694	8 928	—	1967	7 246	7 209	5 552	151	37	—	—	—
1937	16 058	14 616	10 994	—	1968	7 226	7 190	5 653	151	35	—	—	—
1938	19 098	17 765	14 299	—	1969	7 154	7 120	5 719	150	34	—	—	—
					1970	6 862	6 829	5 567	152	33	—	—	—
					1971	6 665	6 633	5 562	131	32	—	—	—
					ERP-Sondervermögen								
					1960	75	75	75	—	—	—	—	—
					1961	75	75	75	—	—	—	—	—
					1962	75	75	75	—	—	—	—	—
					1963	575	575	575	—	—	—	—	—
					1964	567	567	567	—	—	—	—	—
					1965	565	565	565	—	—	—	—	—
					1966	560	560	560	—	—	—	—	—
					1967	706	706	706	—	—	—	—	—
					1968	1 075	1 075	1 075	—	—	—	—	—
					1969	1 227	1 227	1 227	—	—	—	—	—
					1970	1 296	1 296	1 296	—	—	—	—	—
					1971	1 364	1 364	1 364	—	—	—	—	—

Fußnoten siehe S. 235.

4. Schulden der Gebietskörperschaften nach Hauptarten*)

Mill. M/RM/DM

Ende des Rechnungsjahres ¹⁾	Schulden insgesamt ²⁾	Inlandsschulden				Auslandsschulden ³⁾	Ende des Rechnungsjahres ¹⁾	Schulden insgesamt ²⁾	Inlandsschulden				Auslandsschulden ³⁾		
		zusammen ⁵⁾	darunter		Neuschulden ⁶⁾ aus Kreditmarkt- und öffentlichen Sondermitteln ⁷⁾				Schulden bei Gebietskörperschaften, LAF und ERP-Sondervermögen ⁸⁾	zusammen ⁵⁾	darunter			Neuschulden ⁶⁾ aus Kreditmarkt- und öffentlichen Sondermitteln ⁷⁾	Schulden bei Gebietskörperschaften, LAF und ERP-Sondervermögen ⁸⁾
			Reichsgebiet	Bundesgebiet							Reichsgebiet	Bundesgebiet			
1881	5 244	—	—	—	—	1881	772	—	—	—	—	—			
1891	9 230	—	—	—	—	1891	1 401	—	—	—	—	—			
1901	10 797	—	—	—	—	1901	3 098	—	—	—	—	—			
1908	13 302	—	—	—	—	1908	5 296	—	—	—	—	—			
1914	16 840	—	—	—	—	1914	10 800	—	—	—	—	—			
1928	1 920	1 189	764	227	731	1928	6 542	6 000	4 095	767	542	—			
1929	2 427	1 772	1 360	225	655	1929	8 763	8 026	5 790	1 034	738	—			
1930	2 734	1 937	1 604	144	797	1930	10 284	9 550	7 172	1 186	735	—			
1931	2 878	2 098	1 829	126	780	1931	11 246	10 532	8 043	1 318	713	—			
1932	3 006	2 276	1 931	212	730	1932	11 295	10 560	8 115	1 346	735	—			
1933	3 230	2 529	2 123	279	701	1933	11 275	10 533	7 920	1 569	743	—			
1934	3 263	2 817	2 331	377	446	1934	11 620	11 157	8 405	1 769	464	—			
1935	3 293	2 909	2 400	406	384	1935	11 729	11 312	8 410	2 005	417	—			
1936	3 233	2 881	2 396	383	352	1936	11 529	11 141	8 270	2 049	388	—			
1937	3 085	2 794	2 378	327	291	1937	11 007	10 652	7 909	2 014	354	—			
1938	2 859	2 595	2 212	304	264	1938	10 574	10 228	7 660	1 906	346	—			
1950 ⁹⁾	12 055	12 055	483	52	—	1950 ⁹⁾	515	515	218	138	—	—			
1951 ¹²⁾	12 981	12 981	430	1 007	—	1951 ¹²⁾	1 062	1 062	548	362	—	—			
1952 ¹³⁾	15 792	15 792	682	2 797	—	1952 ¹³⁾	1 572	1 572	903	526	—	—			
1953 ¹³⁾	18 509	18 509	1 297	4 612	—	1953 ¹³⁾	2 499	2 499	1 586	684	—	—			
1954 ¹³⁾	20 992	20 800	2 144	6 109	193	1954 ¹³⁾	3 491	3 491	2 492	898	—	—			
1955 ¹³⁾	22 440	22 252	2 205	7 480	188	1955 ¹³⁾	4 978	4 861	3 608	1 174	117	—			
1956 ¹³⁾	24 198	23 995	2 674	8 717	203	1956 ¹³⁾	6 345	6 203	4 714	1 418	142	—			
1957 ¹³⁾	22 830	22 651	3 309	9 419	179	1957 ¹³⁾	7 604	7 496	5 715	1 723	108	—			
1958 ¹³⁾	25 343	25 163	4 305	11 084	181	1958 ¹³⁾	9 504	9 388	7 321	2 020	116	—			
1959 ¹³⁾	27 527	27 361	5 056	12 707	166	1959 ¹³⁾	10 935	10 845	8 524	2 276	90	—			
1960	31 093	30 928	5 096	16 357	165	1960	13 777	13 696	11 016	2 639	81	—			
1961	31 219	31 009	4 472	17 270	211	1961	15 596	15 522	12 659	2 827	75	—			
1962	31 689	31 485	4 143	18 218	204	1962	18 028	17 957	14 927	2 997	71	—			
1963	33 058	32 858	4 283	19 562	200	1963	20 938	20 870	17 546	3 294	68	—			
1964	34 992	34 797	5 516	20 449	195	1964	24 816	24 751	21 099	3 632	64	—			
1965	38 248	38 080	8 153	21 231	168	1965	29 640	29 583	25 654	3 912	57	—			
1966	40 725	40 603	10 818	21 249	122	1966	33 404	33 356	29 262	4 079	48	—			
1967	44 956	44 833	15 500	20 939	123	1967	36 142	36 100	31 796	4 290	43	—			
1968	47 530	47 411	17 933	21 272	119	1968	38 688	38 648	34 024	4 611	41	—			
1969	46 954	46 852	17 692	21 221	101	1969	41 674	41 639	36 520	5 109	35	—			
1970	48 474	48 395	19 645	21 016	80	1970	45 590	45 565	40 087	5 469	25	—			
1971	52 997	52 936	24 471	20 899	61	1971	53 214	53 193	47 619	5 567	21	—			

1) Reich: Bund, Lastenausgleichsfonds (LAF), ERP-Sondervermögen (ERP), Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände.
 2) Bis 1959: 31. 3.; ab 1960: 31. 12. — 3) Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — 4) Bundesgebiet ohne Saarland. — 5) Ohne die Steuergutscheine und ohne die MEFO-Wechsel des Reichs, die s. Z. als Schulden des Reichs nicht veröffentlicht wurden; ab 1950 ohne schwebende Schulden (Betriebsmittelkredite). — 6) Reichsgebiet: Einschl. der verhältnismäßig geringen, bis zum 31. 3. 1924 entstandenen Auslandsschulden (Alt-schulden). — 7) »Neuschulden«-Reichsgebiet: Seit dem 1. 4. 1924 aufgenommene Schulden; Bundesgebiet: Seit dem 21. 6. 1948 (Berlin (West)): 25. 6. 1948, Saarland: 20. 11. 1947) aufgenommenen Schulden. — 8) Ab 1968 ohne Anleihestücke im eigenen Bestand der Emittenten — »Öffentliche Sondermittel« — Reichsgebiet: Unter »Kreditmarktmitteln« mitenthaltend; Bundesgebiet: Vor allem Kredite bei Sozialversicherungsträgern. — 9) Reichsgebiet: Schulden bei anderen Gebietskörperschaften und deren (öffentlichen) Unternehmen und Zweckverbänden. — 10) Reichsgebiet: Bis 1933 zur Parität, ab 1934 zu Mittelkursen am Stichtag umgerechnet. Bei Reich und Gemeinden ohne die verhältnismäßig geringen Altschulden (vgl. Fußnote 3); bei Ländern, Hansestädten und Gemeinden einschl. der Anteile an im Ausland aufgenommenen Sammelanleihen; Bundesgebiet: Zu festen Paritäten umgerechnet, ab 1954 einschl. Anteile an im Ausland aufgenommenen Sammelanleihen. — 11) Bis 1914 einschl. der verhältnismäßig geringen Schulden gegenüber anderen Gebietskörperschaften; ab 1928 Gesamtbetrag der In- und Auslandsschulden (die Schulden der Gebietskörperschaften — ab 1950 einschl. LAF und ERP-Sondervermögen — untereinander sind wegen Doppelzählung in den Gesamtbetrag nicht eingerechnet). — 12) Ohne Verpflichtungen aus der Beteiligung an internationalen Einrichtungen (IWF u. a.). — 13) Bis 1914 Bundesstaaten einschl. Hamburg, Bremen, Lübeck und Elsaß-Lothringen; 1928 bis 1937 Länder einschl. Hamburg, Bremen und Lübeck; 1938 ohne Lübeck; ab 1950 Länder einschl. Stadtstaaten, Hansestädte von 1914 bis 1936; Stadtstaaten ab 1950 einschl. des gemeindlichen Bereiches. — 14) Bis 1908 ohne Gemeinden unter 10 000 Einwohner sowie ohne Gemeindeverbände; bis 1908, 1937 und 1938 einschl. gemeindlicher Schulden in Hamburg und Bremen; bis 1914 einschl. gemeindlicher Schulden in Elsaß-Lothringen; 1914 zum Teil geschätzt; bis 1938 einschl. Berlin, 1938 einschl. Lübeck.

5. Personal im öffentlichen Dienst nach Dienstverhältnissen

a) Gebietskörperschaften

Stichtag	Vollbeschäftigte					Stichtag	Vollbeschäftigte				
	insgesamt	Reich/ Bund ¹⁾	Länder ²⁾	Hanse- städte/ Stadt- staaten ⁴⁾	Ge- meinden (Gv.) ⁵⁾		insgesamt	Reich/ Bund ¹⁾	Länder ²⁾	Hanse- städte/ Stadt- staaten ⁴⁾	Ge- meinden (Gv.) ⁵⁾
Insgesamt						Angestellte					
Reichsgebiet						Reichsgebiet					
31. 3. 1927	1 152 340	166 812	399 358	60 884	525 286	31. 3. 1927	155 627	26 555	33 440	12 837	82 795
31. 3. 1928	1 175 352	171 786	416 302	59 823	527 441	31. 3. 1928	173 736	25 144	47 904	13 842	86 846
31. 3. 1929	1 180 627	163 788	418 523	59 825	538 491	31. 3. 1929	175 977	26 857	49 219	13 032	86 869
31. 3. 1930	1 131 968	162 364	419 940	59 738	489 926	31. 3. 1930	178 561	26 400	49 720	13 244	89 197
31. 3. 1933	1 115 045	160 275	425 650	55 943	473 177	31. 3. 1933	180 940	27 156	49 025	13 264	91 495
31. 3. 1936 ¹⁾			340 778	49 289	546 460	31. 3. 1936 ¹⁾			47 696	13 415	124 473
Bundesgebiet						Bundesgebiet					
2. 9. 1950 ¹⁾	1 299 166	62 372	538 301	185 111	513 382	2. 9. 1950 ¹⁾	460 539	13 989	141 936	105 124	199 490
2. 10. 1952 ¹⁾	1 385 856	89 412	579 913	196 298	520 233	2. 10. 1952 ¹⁾	475 361	21 113	146 743	110 754	196 751
2. 10. 1953 ¹⁾	1 471 844	99 166	613 322	204 811	554 545	2. 10. 1953 ¹⁾	473 016	24 920	154 336	120 189	210 189
2. 10. 1954 ¹⁾	1 513 372	108 219	632 202	206 921	566 030	2. 10. 1954 ¹⁾	478 256	26 385	159 978	75 169	216 724
2. 10. 1955 ¹⁾	1 530 354	95 200	647 364	209 517	578 273	2. 10. 1955 ¹⁾	488 161	27 109	164 055	74 688	222 309
2. 10. 1956 ¹⁾		118 606				2. 10. 1956 ¹⁾		37 267			
2. 10. 1957 ¹⁾		133 184				2. 10. 1957 ¹⁾		41 416			
2. 10. 1958 ¹⁾		157 198				2. 10. 1958 ¹⁾		50 226			
2. 10. 1959 ¹⁾		176 750				2. 10. 1959 ¹⁾		59 251			
2. 10. 1960	1 780 510	197 364	725 000	221 032	637 114	2. 10. 1960	597 413	67 534	189 444	80 890	259 545
2. 10. 1961	1 837 290	220 409	745 513	225 563	645 805	2. 10. 1961	631 544	76 461	199 870	84 619	270 594
2. 10. 1962	1 884 418	234 288	761 874	231 816	656 440	2. 10. 1962	656 753	81 635	205 449	89 843	279 826
2. 10. 1963	1 945 580	248 309	785 430	235 396	676 445	2. 10. 1963	681 330	85 801	212 188	91 956	291 385
2. 10. 1964	1 995 737	259 939	807 921	237 657	690 220	2. 10. 1964	707 503	88 326	222 477	93 862	302 838
2. 10. 1965	2 046 072	270 513	832 254	237 915	705 390	2. 10. 1965	730 364	92 455	230 701	93 775	313 433
2. 10. 1966	2 091 392	276 349	854 626	240 462	719 955	2. 10. 1966	752 193	95 331	237 941	95 797	323 124
2. 10. 1967	2 136 290	284 529	885 043	241 227	725 491	2. 10. 1967	769 628	97 938	247 070	95 292	329 328
2. 10. 1968	2 130 584	280 772	893 002	242 556	714 254	2. 10. 1968	771 893	95 524	247 483	95 233	333 653
2. 10. 1969	2 191 279	284 716	923 459	248 099	735 005	2. 10. 1969	792 226	97 160	253 121	98 799	343 146
2. 10. 1970	2 256 186	289 244	960 821	253 645	752 476	2. 10. 1970	826 836	98 787	267 524	100 645	359 880
2. 10. 1971	2 348 980	294 574	1 013 864	260 537	780 005	2. 10. 1971	869 675	101 117	285 343	104 275	378 940
Beamte⁶⁾						Arbeiter					
Reichsgebiet						Reichsgebiet					
31. 3. 1927	769 159	94 954	333 382	28 088	312 735	31. 3. 1927	227 554	45 303	32 536	19 959	129 756
31. 3. 1928	753 906	96 449	333 834	27 384	296 239	31. 3. 1928	247 710	50 193	34 564	18 597	144 356
31. 3. 1929	759 065	96 044	332 945	27 252	302 824	31. 3. 1929	245 585	40 887	36 359	19 541	148 798
31. 3. 1930	706 500	95 585	332 212	26 809	251 894	31. 3. 1930	246 907	40 379	38 008	19 685	148 835
31. 3. 1933	682 390	93 341	333 173	25 538	230 338	31. 3. 1933	251 715	39 778	43 452	17 141	151 344
31. 3. 1936 ¹⁾			241 841	17 621	224 786	31. 3. 1936 ¹⁾			51 241	18 253	197 201
Bundesgebiet						Bundesgebiet					
2. 9. 1950 ¹⁾	463 637	32 061	301 549	27 481	102 546	2. 9. 1950 ¹⁾	374 990	16 322	94 816	52 506	211 346
2. 10. 1952 ¹⁾	522 129	47 860	335 000	29 923	109 346	2. 10. 1952 ¹⁾	388 366	20 439	98 170	55 621	214 136
2. 10. 1953 ¹⁾	583 474	52 005	350 659	63 654	117 156	2. 10. 1953 ¹⁾	415 354	22 241	108 327	57 586	227 200
2. 10. 1954 ¹⁾	618 787	58 852	365 751	74 941	119 243	2. 10. 1954 ¹⁾	416 329	22 982	106 473	56 811	230 063
2. 10. 1955 ¹⁾	618 285	44 449	374 158	77 423	122 255	2. 10. 1955 ¹⁾	423 908	23 642	109 151	57 406	233 709
2. 10. 1956 ¹⁾		50 014				2. 10. 1956 ¹⁾		31 325			
2. 10. 1957 ¹⁾		52 667				2. 10. 1957 ¹⁾		39 101			
2. 10. 1958 ¹⁾		55 189				2. 10. 1958 ¹⁾		51 783			
2. 10. 1959 ¹⁾		57 129				2. 10. 1959 ¹⁾		60 370			
2. 10. 1960	693 647	60 157	437 606	80 861	115 023	2. 10. 1960	489 450	69 673	97 950	59 281	262 546
2. 10. 1961	709 480	62 545	447 268	82 639	117 028	2. 10. 1961	496 266	81 403	98 375	58 305	258 183
2. 10. 1962	716 099	64 743	448 768	82 110	120 478	2. 10. 1962	499 900	87 568	97 773	58 423	256 136
2. 10. 1963	739 484	67 366	466 044	83 352	122 722	2. 10. 1963	512 577	94 640	96 949	58 650	262 338
2. 10. 1964	760 090	71 254	478 526	84 850	125 460	2. 10. 1964	515 904	99 866	96 657	57 459	261 922
2. 10. 1965	781 949	73 067	494 251	86 396	128 235	2. 10. 1965	521 370	104 483	96 916	56 249	263 722
2. 10. 1966	805 720	74 479	510 106	88 148	132 987	2. 10. 1966	520 781	106 015	95 921	55 001	263 844
2. 10. 1967	835 648	77 231	532 432	90 547	135 438	2. 10. 1967	518 179	108 827	94 747	53 880	260 725
2. 10. 1968	846 598	77 358	542 996	91 809	134 435	2. 10. 1968	498 999	107 332	91 519	53 982	264 166
2. 10. 1969	877 125	78 059	568 179	94 432	136 455	2. 10. 1969	508 895	108 915	91 217	53 359	255 404
2. 10. 1970	904 070	79 419	589 777	97 248	137 626	2. 10. 1970	511 526	110 472	91 862	54 222	254 970
2. 10. 1971	942 371	80 283	622 266	98 994	140 828	2. 10. 1971	523 094	112 591	94 560	55 706	260 237
Richter											
2. 10. 1962	11 666	342	9 884	1 440	—						
2. 10. 1963	12 189	502	10 249	1 438	—						
2. 10. 1964	12 240	493	10 261	1 486	—						
2. 10. 1965	12 389	508	10 386	1 495	—						
2. 10. 1966	12 698	524	10 658	1 516	—						
2. 10. 1967	12 835	533	10 794	1 508	—						
2. 10. 1968	13 094	558	11 004	1 532	—						
2. 10. 1969	13 033	582	10 942	1 509	—						
2. 10. 1970	13 754	566	11 658	1 530	—						
2. 10. 1971	13 840	583	11 695	1 562	—						

¹⁾ Reichsgebiet bzw. Bundesgebiet ohne Saarland. — ²⁾ 1950 bis 1954 einschl., ab 1955 ohne Vollzugsdienst des Bundesgrenzschutzes. — ³⁾ Ohne Hansestädte bzw. (ab 1950) ohne Stadtstaaten. — ⁴⁾ 1927 bis 1936: Hamburg, Bremen, Lübeck; ab 1950: Hamburg, Bremen, Berlin (West). — ⁵⁾ 1927: Gemeinden mit 2 000 und mehr Einwohnern; 1928 bis 1936: Gemeinden mit 5 000 und mehr Einwohnern; ab 1950: Gemeinden mit 1 000 und mehr Einwohnern. — ⁶⁾ Bis 1961 einschl. Richter, die ab 1962 als besonderes Dienstverhältnis gesondert ausgewiesen werden.

5. Personal im öffentlichen Dienst nach Dienstverhältnissen
b) Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost

Stichtag 30. 9.	Vollbeschäftigte				Stichtag 30. 9.	Vollbeschäftigte			
	insgesamt	Beamte	Angestellte	Arbeiter		insgesamt	Beamte	Angestellte	Arbeiter
Deutsche Bundesbahn					Deutsche Bundespost²⁾				
1950 ¹⁾	525 429	188 551	2 245	334 633	1950 ¹⁾	279 508	133 424	64 260	81 824
1952 ²⁾	522 969	210 584	2 451	309 934	1952 ²⁾	307 434	152 724	59 685	95 025
1953 ³⁾	510 818	220 499	2 248	288 071	1953 ³⁾	321 717	161 636	59 360	100 721
1954 ⁴⁾	491 740	222 233	2 098	267 409	1954 ⁴⁾	330 711	182 336	48 904	99 471
1955 ⁵⁾	499 330	224 887	2 152	272 291	1955 ⁵⁾	334 197	188 795	45 577	99 825
1956 ⁶⁾	509 750	230 458	2 193	277 099	1956 ⁶⁾	337 199	192 258	41 947	102 994
1957	530 911	242 354	2 340	286 217	1957 ⁷⁾	343 151	200 230	42 678	100 243
1958	529 579	248 774	2 303	278 502	1958	353 507	205 706	43 707	104 094
1959	506 827	249 130	2 181	255 516	1959	358 185	210 817	43 070	104 298
1960	493 449	243 084	2 136	248 229	1960	364 977	223 473	44 067	97 437
1961	486 657	243 852	2 601	240 204	1961	374 426	233 468	43 600	97 358
1962	477 598	243 250	5 649	228 699	1962	386 257	238 931	44 473	102 853
1963	473 628	241 245	5 931	226 452	1963	393 340	244 440	43 239	105 661
1964	473 322	239 761	6 734	226 827	1964	393 861	247 056	42 738	104 067
1965	461 649	241 359	7 112	213 178	1965	393 343	248 615	42 344	102 384
1966	439 229	236 764	7 632	194 833	1966	394 664	252 465	44 981	97 218
1967	421 712	236 385	7 936	177 391	1967	400 792	259 523	46 274	94 995
1968	400 246	228 620	8 236	163 390	1968	391 471	253 381	48 626	89 464
1969	394 384	222 688	8 088	163 608	1969	397 155	254 129	49 557	93 469
1970	408 284	221 380	8 930	177 974	1970	408 569	255 898	51 865	100 806
1971	421 801	221 407	9 889	190 505	1971	427 144	258 255	57 780	111 109

¹⁾ Bundesgebiet ohne Saarland. — ²⁾ Einschl. Ministerium; ohne Posthalter.

6. Lohnsteuer

Lohnsteuerpflichtige, Bruttolohn und Lohnsteuer^{*)}

Jahr	Steuerbelastete ^{*)}			Nichtsteuerbelastete			Steuerpflichtige ^{*)} insgesamt
	Steuerpflichtige	Bruttolohn	Lohnsteuer ^{*)}	Steuerpflichtige		Bruttolohn	
				Steuerbefreite ^{*)}	Unbesteuer ^{*)}		
1 000	Mill. RM/DM	1 000	1 000	Mill. RM/DM	1 000		
Reichsgebiet							
1926	12 492	20 619 ^{*)}	997	363	10 391	507 ^{*)10)}	23 246
1928	13 490	26 153 ^{*)}	1 204	415	9 980	615 ^{*)10)}	23 886
1932	7 788	17 296	615 ^{*)11)}	660	13 421	1 104 ^{*)10)}	21 870
1934	9 166	19 448	627	1 270	12 291	1 649 ^{*)10)}	22 727
1936	13 296	26 635	1 173	1 322	8 820	1 907 ^{*)10)}	23 438
Bundesgebiet							
1950 ^{*)12)}	9 942	33 179	1 768	3 378	4 155	13 320 ^{*)12)}	
1955 ^{*)}	12 422	59 995 ^{*)13)}	3 888	4 733	10 154 ^{*)14)}	17 156	
1957 ^{*)}	^{*)15)}	4 470	.	^{*)15)}	18 427	
1961	14 328	108 817	9 028	6 342	20 191	20 669	
1965	16 731	170 034	14 606	5 633	19 523	22 363	
1968 ^{*)}	14 511	200 475	18 752	4 233	15 667	18 744	

^{*)} Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik; 1926 bis 1936 nichtveranlagte, ab 1950 veranlagte und nichtveranlagte Lohnsteuerpflichtige.
¹⁾ Bundesgebiet ohne Saarland. — ²⁾ Für Berlin (West) wurden die Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik 1952 verwendet. — ³⁾ Ehegatten mit beiderseitigem Bruttolohn werden als ein Steuerpflichtiger gezählt. — ⁴⁾ Bis 1936 Steuerpflichtige, für die mindestens bei einer Lohnzahlung ein Steuerabzug vorgenommen wurde; ab 1950 Steuerpflichtige mit einer Steuerschuld von mindestens 1,00 DM (nach Berücksichtigung eines eventuellen Lohnsteuer-Jahresausgleichs). — ⁵⁾ 1926 bis 1934 einschl., ab 1950 abzüglich im Lohnsteuer-Jahresausgleich erstatteter Beträge (1936 gesetzliches Erstattungsverbot). — ⁶⁾ Steuerpflichtige, deren Arbeitslohn zwar die Freigrenze überschritten hatte, für die aber entweder wegen der ihnen zustehenden Familienermäßigung oder wegen einer Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrags oder wegen der Geringfügigkeit des sich ergebenden Steuerbetrags eine Lohnsteuer nicht einbehalten wurde. — ⁷⁾ Steuerpflichtige, deren Arbeitslohn bei keiner Lohnzahlung die Freigrenze überschritten hatte, so daß ein Steuerabzug nicht vorzunehmen war. — ⁸⁾ Bis 1932 einschl. veranlagter Arbeitnehmer mit einem Gesamteinkommen unter 8 000 RM (sowie deren Lohnneinkommen). — ⁹⁾ Bruttolohn um Pauschbeträge für Werbungskosten und Sonderausgaben gekürzt. — ¹⁰⁾ Ohne Bruttolohn der Unbesteuerten. — ¹¹⁾ Einschl. Ledigenzuschlag. — ¹²⁾ Einschl. 422 000 veranlagter Lohnsteuerpflichtiger, die 1950 nur in der Einkommensteuerstatistik erfaßt wurden. — ¹³⁾ Ohne Bruttolohn von rd. 669 400 Steuerbelasteten mit einem Bruttolohn unter 1 837 DM. — ¹⁴⁾ Einschl. Bruttolohn der unter ¹²⁾ genannten Steuerbelasteten. — ¹⁵⁾ Bruttolohn der Steuerbelasteten und Nichtsteuerbelasteten insgesamt 85 442 Mill. DM.

7. Einkommensteuer

Einkünfte, Einkommen und Steuerschuld der Einkommensteuerpflichtigen*)

Jahr	Einkünfte aus							Einkommen		Steuers- schuld	Ein- kommen je Steuer- pflichtigen
	Land- und Forstwirt- schaft	Gewerbe- betrieb	selbstän- diger Arbeit	nichtselb- ständiger Arbeit (soweit veran- lagt)	Kapital- vermögen	Ver- mietung und Ver- pachtung	sonstigen Ein- künften	Steuer- pflichtige	Betrag		
	Mill. RM/DM							1 000	Mill. RM/DM		
Reichsgebiet											
1928	1 486	8 383	1 150	2 927	1 081	777	190	3 217	14 747	1 611	4 584
1929	1 417	8 031	1 150	3 113	1 210	810	224	3 217	14 625	1 550	4 546
1932	26 ³⁾	3 188	747	1 455	981	528	216	1 795	6 373	738	3 550
1933	32	3 824	722	1 296	977	557	249	1 962	6 740	762	3 435
1934	72	4 932	816	2 517	1 078	567	265	2 132	9 026	1 089	4 234
1935	131	6 166	924	2 888	1 113	700	321	2 415	10 952	1 420	4 536
1936	401 ⁴⁾	8 294	1 127	3 298	1 217	902	396	2 792	14 188	1 932	5 081
1937	660	10 887	1 290	3 675	1 298	1 035	387	3 050	17 435	2 585	5 717
1938 ¹⁾	764	13 521	1 476	4 185	1 414	1 131	391	3 293	20 897	3 400	6 346
Bundesgebiet											
1950 ²⁾	2 668 ³⁾	11 008	1 076	1 899	119	825	166	2 928	15 679	3 189	5 354
1954 ²⁾	2 544	14 980	2 029	4 882	419	1 108	373	3 143	22 254	4 647	7 080
1957 ²⁾	2 044	23 008	3 258	7 982	972	1 428	139	3 141	32 677	6 841	10 403
1961	1 662	37 231	5 928	16 832	1 969	2 158	250	3 277	56 110	13 008	17 120
1965	1 599	46 289	8 664	35 780	2 914	2 876	463	3 990	82 247	18 739	20 616

*) Ergebnisse der Einkommensteuerstatistik; 1928 bis 1938 nur Steuerbelastete, ab 1950 alle unbeschränkt Steuerpflichtigen.

1) Gebietsstand 31. 12. 1937. — 2) Bundesgebiet ohne Saarland. — 3) Neuregelung der Besteuerung der Reineinkünfte aus Land- und Forstwirtschaft durch VO vom 1. 12. 1930. Reineinkünfte bleiben steuerfrei bis 6 000 RM, wenn Gesamteinkommen 12 000 RM nicht übersteigt. Durch diese und einige andere Regelungen wurde fast die gesamte Land- und Forstwirtschaft einkommensteuerfrei. — 4) Herabsetzung der Freigrenzen für die Besteuerung der Land- und Forstwirtschaft auf 3 000 RM bzw. 8 000 RM (neuer § 13 Abs. 3 EStG vom 16. 10. 1934). Neuregelung des Veranlagungsverfahrens durch Einführung der VOL (31. 12. 1936) bei nichtbuchführenden Landwirten. — 5) Ohne die nichtbuchführenden Land- und Forstwirte, die für mehrere Jahre veranlagt worden sind, in Berlin (West).

8. Körperschaftsteuer

Unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtige, Einkommen und Steuerschuld *)

Jahr	Mit Einkommen veranlagte Körperschaftsteuerpflichtige					
	insgesamt			darunter Kapitalgesellschaften		
	Steuerpflichtige	Einkommen ³⁾	Steuerschuld	Steuerpflichtige	Einkommen ³⁾	Steuerschuld
	Anzahl	Mill. RM/DM		Anzahl	Mill. RM/DM	
Reichsgebiet						
1925	40 076	1 908	371	32 213	1 858	363
1926	36 102	1 850	360	27 638	1 789	350
1927	41 299	2 668	521	29 835	2 565	503
1928	40 444	2 635	513	28 133	2 520	493
1929	39 396	2 488 ⁴⁾	485	26 039	2 345 ⁴⁾	459
1932	29 741	1 034	199	16 162	923	180
1933	33 741	1 223	235	18 164	1 127	220
1934	54 346 ⁵⁾	2 276	497 ⁶⁾	27 860 ⁵⁾	1 847	393 ⁶⁾
1935	59 812	3 087 ⁷⁾	598	28 179	2 568 ⁷⁾	499
1936	69 178	4 404	1 089 ⁸⁾	29 434	3 749	932 ⁸⁾
1937	70 284	5 130	1 504	24 857 ⁹⁾	4 403	1 295
1938 ¹⁾	70 619	6 219	2 135	19 215 ⁹⁾	5 427	1 873
Bundesgebiet						
1950 ²⁾	29 378	4 090	2 035	14 681	3 891	1 942
1954 ²⁾	29 379	5 186	2 781	14 257	4 857	2 624
1957 ²⁾	36 581	10 240	4 225	17 715	9 590	-3 998
1961	39 382	15 523	6 046	19 468	14 323	5 565
1965	43 039	18 289	6 784	24 226	16 835	6 202
1968	45 084	22 812	8 147	27 943	19 533	6 899

*) Ergebnisse der Körperschaftsteuerstatistik.

1) Gebietsstand: 31. 12. 1937. — 2) Bundesgebiet ohne Saarland. — 3) Bis 1938 einschl. Mindesteinkommen, das in bestimmten Fällen der Besteuerung zugrunde gelegt wurde. — 4) Einführung des Verlustvortrags für buchführende Gewerbetreibende und Landwirte. — 5) Öffentliche Versorgungsbetriebe wurden in vollem Umfang steuerpflichtig. — 6) Durch Übergang vom »Steuerabschnitt« zum Kalenderjahr als Veranlagungszeitraum Hinzurechnung der Steuer für den noch nicht veranlagten Teil des Jahres 1933 zur Steuerschuld 1934. — 7) Fast völliger Wegfall des Verlustvortrags. — 8) Erhöhung des Steuersatzes um 25%. — 9) Umwandlungszwang der Aktiengesellschaften mit einem Grundkapital von weniger als 100 000 RM in Personengesellschaften oder Einzelunternehmen nach dem Aktiengesetz 1937.

9. Vermögensteuer

Vermögensteuerpflichtige, Vermögen und Steuerschuld*)

Jahr	Steuerpflichtige	Rohvermögen	Gesamt-(Inlands-)vermögen	Steuerbelastete	Steuerpflichtiges Vermögen ²⁾	Steuerschuld
	1 000	Mill. RM/DM		1 000	Mill. RM/DM	
Natürliche Personen						
Reichsgebiet						
1924	2 553	79 354	77 932	2 462	.	372
1925	2 485	74 536	64 074	1 486	.	225
1927	2 433	77 828	64 565	1 407	.	233
1928	2 762	94 503	77 375	1 592	.	286
1931	711	61 056	48 878	711	.	232
1935	869	72 230	60 439	665	40 310	202
Bundesgebiet						
1953 ¹⁾	546	44 207	30 705	478	20 952	188
1957 ¹⁾	602	62 267	47 097	516	35 247	332
1960	431	93 391	77 435	329	59 359	576
1963	428	112 950	94 724	384	76 402	746
1966	472	139 942	118 624	442	98 008	963
Nichtnatürliche Personen						
Reichsgebiet						
1924	59	31 446	31 340	59	.	219
1925	115	33 735	33 699	115	.	166
1927	111	34 394	34 354	111	.	170
1928	117	39 941	39 888	117	.	198
1931	70	.	33 805	70	.	169
1935	72	27 872	27 788	72	28 267	141
Bundesgebiet						
1953 ¹⁾	44	33 662	25 282	44	25 392	230
1957 ¹⁾	46	51 391	43 063	46	43 203	406
1960	51	72 870	65 881	51	66 034	635
1963	60	90 002	83 702	60	83 902	809
1966	70	106 088	100 593	70	100 853	974

*) Ergebnisse der Vermögensteuerstatistik.

1) Bundesgebiet ohne Saarland. — 2) Steuerpflichtige Vermögen bzw. Mindestvermögen im Sinne des § 7 VStG i. d. Fassung vom 10. Juni 1954.

10. Einheitswerte

a) Einheitswerte des Grundbesitzes*)

Jahr	Land- und forstwirtschaftliches Vermögen ¹⁾		Grundvermögen ¹⁾			
	Betriebe	Einheitswert	bebaut		unbebaut	
			Grundstücke	Einheitswert	Grundstücke	Einheitswert
1 000	Mill. RM	1 000	Mill. RM	1 000	Mill. RM	
Reichsgebiet						
1925	2 002	29 431	2 543	49 903	210	2 843
1928	4 644	36 751	3 965	73 927	409	4 671
1931	4 855	36 809	4 543	73 617	523	4 865
1935	5 131	40 896	5 089	74 127	693	4 391

*) Ergebnisse der Einheitswertstatistik. Die Ergebnisse der Neubewertung des Grundbesitzes zum 1. 1. 1964 liegen noch nicht vor.

1) Einschl. Betriebsgrundstücke.

b) Einheitswert der Gewerbebetriebe*)

Jahr	Rohvermögen		Schulden und sonstige Abzüge		Einheitswert ²⁾
	Betriebe in 1 000	Mill. RM/DM ³⁾	Betriebe in 1 000	Mill. RM/DM	
Reichsgebiet					
1925	1 278	82 175	454	34 862	47 283
1928	1 600	125 570	770	71 424	54 083
1931	1 092	137 833	650	90 723	47 110
1935	905	125 543	621	81 225	44 318
Bundesgebiet					
1953 ¹⁾	689	183 244	609	118 402	64 595
1957 ¹⁾	825	328 563	750	232 593	95 376
1960	986	478 288	888	341 968	135 029
1963	1 093	643 853	986	474 856	167 182
1966	1 150	852 673	1 044	625 906	204 557

*) Ergebnisse der Einheitswertstatistik. Bei Gewerbebetrieben: ohne überschuldete Betriebe und »O«-Fälle.

1) Bundesgebiet ohne Saarland. — 2) Bei Betrieben, die seinerzeit nach dem Steuerkursvermögen bewertet worden sind, der Gegenwert des Einheitswertes. — 3) 1925 und 1928 bei freien Berufen nach Abzug des freizulassenden Betrages; ab 1953 ohne steuerbefreite Vermögensteile der öffentlichen oder unter Staatsaufsicht stehenden Sparkassen.

11. Erbschaftsteuer

Unbeschränkt erbschaftsteuerpflichtige Erwerbe^{*)}

Jahr ¹⁾	Steuerfälle	Wert des Erwerbs	Festgesetzte Steuer ²⁾	Darunter Erwerb von Todes wegen		
				Steuerfälle	Wert des Erwerbs	Festgesetzte Steuer ²⁾
	1 000	Mill. M/RM/DM		1 000	Mill. M/RM/DM	

Reichsgebiet

1908	107	727	46	103	683	43
1909	110	792	51	105	739	47
1910	112	851	57	106	789	53
1911	116	880	60	110	818	56
1912	115	850	55	108	780	51
1913	118	887	59	111	819	55
1914	102	786	55	97	731	51
1915	122	894	61	117	849	58
1924	49	538	25	35	366	18
1926	18	250	14	15	187	11
1927	70	1 090	58	57	915	50
1928	51	975	64	41	805	56
1929	60	1 057	65	48	850	55
1930	70	1 242	76	57	1 033	66
1931	67	1 189	79	53	964	67
1932	72	1 245	81	59	1 044	71
1933	68	1 204	82	55	987	70
1934	68	1 142	70	56	941	64
1935	47	870	74	39	707	61
1936	47	779	67	39	624	56
1937	55	972	88	44	774	71
1938 ³⁾	57	960	85	44	720	66
1939 ³⁾	65	1 112	104	48	771	75
1940 ³⁾	65	1 151	108	51	903	84

Bundesgebiet

1953 ³⁾	12	133	13	9	69	8
1954 ³⁾	19	218	22	15	138	15
1955 ³⁾	24	390	38	20	257	26
1956 ³⁾	38	796	70	33	628	59
1957 ³⁾	33	880	103	28	693	92
1958 ³⁾	35	980	79	30	774	68
1959 ³⁾	37	1 165	104	31	902	89
1960 ³⁾	38	1 439	123	32	1 061	88
1961 ³⁾	42	1 708	142	35	1 299	115
1962 ³⁾	45	1 907	155	39	1 543	134
1967 ³⁾	74	2 833	228	64	2 249	192
1968 ³⁾	83	3 271	263	72	2 555	219
1969 ³⁾	93	3 687	303	79	2 800	246

*) Ergebnisse der Erbschaftsteuerstatistik.

1) Bis 1915 vom 1. 4. des Berichtsjahres bis 31. 3. des folgenden Jahres; ab 1924 Kalenderjahre. — 2) Gebietsstand: 31. 12. 1937. —

3) Bundesgebiet ohne Saarland. — 4) Bis 1915 kassenmäßiges Steueraufkommen; ab 1924 veranlagte Steuerschuld.

12. Umsatzsteuer

Steuerpflichtige, Gesamtumsatz, steuerpflichtiger Umsatz und Umsatzsteuer

Jahr	Insgesamt	Land-, Forst- und Jagdwirt- schaft, Fischerei	Industrie	Produ- zierendes Handwerk	Sonstiges Produ- zierendes Gewerbe	Groß- handel	Handels- ver- mittlung	Einzel- handel	Übrige Wirt- schafts- bereiche
Steuerpflichtige									
1 000									
Reichsgebiet									
1924 ¹⁾	4 929	2 318		1 145				1 466	
1925 ¹⁾	4 825	2 042		1 259				1 524	
1926	4 767	1 872		1 275				1 620	
1927	4 212	1 209		1 307				1 696	
1928 ³⁾	2 092	389		681		64		514	444
1929 ³⁾	2 194	438		694		65		530	467
1935	3 360	697	134	1 105		133		681	610
Bundesgebiet									
1935 ⁴⁾	1 960	404	69	613		83		383	408
1950 ⁶⁾	2 871	798	111 ¹³⁾	738		140		490	594
1954 ⁶⁾	2 950	822	82	702 ¹³⁾		142		513	699
1955 ⁶⁾	2 944	811	87	556	134	141		506	709
1956 ⁶⁾⁷⁾	2 172	31	86	551	140	141		506	717
1957 ⁶⁾	2 295	25	95	566	146	148		545	770
1958 ⁸⁾⁹⁾	1 663	17	87	394	78	135		437	515
1959 ⁸⁾	1 693	17	86	396	81	135		440	538
1960	1 745	18	87	411	80	136		450	563
1961 ⁹⁾	1 634	17	85	389	75	133		429	506
1962	1 645	19	84	382	38	130	57	445	490
1964	1 680	22	85	387	40	130	62	439	515
1966 ¹⁰⁾	1 696	16	84	395	37	127	69	429	539
1968 ¹¹⁾	1 652	23	81	387	34	123	80	403	521
1970	1 625	25	81	389	29	121	84	382	513
Gesamtumsatz									
Mill. RM/DM									
Reichsgebiet									
1924 ¹⁾									
1925 ¹⁾									
1926	134 862	7 730		63 476				63 656	
1927	165 054	7 951		78 413				78 690	
1928 ³⁾	178 943	6 842		85 905		39 415		27 961	18 820
1929 ³⁾	183 698	7 506		87 620		39 682		28 885	20 005
1935	141 808	6 383	50 693	19 245		34 901		18 119	12 467
Bundesgebiet									
1935 ⁴⁾	81 906	3 083	30 505	10 359		20 294		9 879	7 786
1950 ⁶⁾	245 513	8 359	91 248 ¹³⁾	23 631		66 546		30 809	24 920
1954 ⁶⁾	398 097	13 199	162 202	38 463 ¹³⁾		98 679		46 072	39 482
1955 ⁶⁾	461 957	13 858	193 738	34 535	8 028	113 840		51 290	46 668
1956 ⁶⁾⁷⁾	503 232	2 528	217 202	37 664	7 619	128 708		57 461	52 050
1957 ⁶⁾	565 398	2 444	242 975	41 807	7 838	143 091		67 635	59 608
1958 ⁸⁾⁹⁾	575 907	2 399	253 377	44 409	7 442	133 763		71 286	63 231
1959 ⁸⁾	626 296	2 488	273 760	49 917	8 183	146 765		76 638	68 545
1960	711 031	2 621	314 405	57 208	8 863	164 382		87 586	75 966
1961 ⁹⁾	769 113	2 864	340 928	63 218	10 440	177 183		93 183	81 297
1962	828 405	2 891	361 988	67 566	7 474	189 721	5 420	106 153	87 192
1964	953 910	3 538	417 638	80 925	9 193	212 881	6 458	120 090	103 177
1966 ¹⁰⁾	1 090 474	2 758	470 459	94 598	10 415	240 669	8 435	140 019	123 121
1968 ¹¹⁾	1 089 327	2 864	484 121	81 491	8 614	248 157	10 979	137 620	115 481
	(1 201 588)	(3 051)	(524 864)	(88 859)	(9 465)	(274 310)	(12 024)	(149 843)	(139 172)
1970 ¹²⁾	1 430 400	4 390	651 183	112 594	11 629	318 938	14 878	169 916	146 873

Fußnoten siehe S. 242.

XVIII. Finanzen und Steuern

12. Umsatzsteuer
Steuerpflichtige, Gesamtumsatz, steuerpflichtiger Umsatz und Umsatzsteuer

Jahr	Insgesamt	Land-, Forst- und Jagdwirt- schaft, Fischerei	Industrie	Pro- du- zierendes Handwerk	Sonstiges Pro- du- zierendes Gewerbe	Groß- handel	Handels- ver- mittlung	Einzel- handel	Übrige Wirt- schafts- bereiche
Steuerpflichtiger Umsatz									
Mill. RM/DM									
Reichsgebiet									
1924 ¹⁾	82 262	7 321		44 679			30 262		
1925 ¹⁾	102 264	7 079		55 125			40 060		
1926 ²⁾	106 121	6 062		57 574			42 485		
1927	122 012	6 718		67 852			47 442		
1928 ³⁾	129 593	6 260		73 120		13 236		24 184	12 793
1929 ³⁾	131 071	6 943		73 363		13 068		24 258	13 439
1935	112 149	5 563	43 320	18 691		18 149		17 498	8 928
Bundesgebiet									
1935 ⁴⁾									
1950 ⁴⁾	189 935	7 001	77 559 ¹²⁾	22 980		38 226		29 881	14 288
1954 ⁴⁾	290 360	11 548	127 357	36 765 ¹³⁾		48 950		44 587	21 153
1955 ⁴⁾									
1956 ⁴⁾⁷⁾									
1957 ⁴⁾									
1958 ⁴⁾⁸⁾									
1959 ⁴⁾									
1960									
1961 ⁹⁾									
1962	583 218	2 435	265 615	65 923	6 770	87 407	4 922	101 394	48 732
1964									
1966 ¹⁰⁾									
1968 ¹¹⁾	956 567	2 730	401 136	79 572	8 006	230 728	10 558	136 158	87 679
1970	1 266 727	4 209	544 573	110 508	10 911	299 638	14 258	168 408	114 221
Umsatzsteuer									
Mill. RM/DM									
Reichsgebiet									
1924 ¹⁾	1 995	171		1 100			724		
1925 ¹⁾	1 390	97		749			544		
1926 ²⁾	876	76		460			340		
1927	915	50		509			356		
1928 ³⁾	972	47		549		99		181	96
1929 ³⁾	983	52		550		98		182	101
1935	1 894	60		1 171		163		325	175
Bundesgebiet									
1935 ⁴⁾	1 094	29		684		95		177	109
1950 ⁴⁾	4 688	111	2 217 ¹²⁾	639		442		881	398
1954 ⁴⁾	9 488	188	4 805	1 353 ¹³⁾		709		1 635	798
1955 ⁴⁾	10 871	199	5 639	1 228	264	833		1 792	916
1956 ⁴⁾⁷⁾	11 745	44	6 226	1 321	254	941		1 984	975
1957 ⁴⁾	12 870	40	6 802	1 409	253	1 023		2 275	1 068
1958 ⁴⁾⁸⁾	13 351	41	6 921	1 517	245	1 074		2 408	1 145
1959 ⁴⁾	14 533	43	7 469	1 725	274	1 191		2 570	1 261
1960	16 443	48	8 606	1 990	295	1 233		2 864	1 407
1961 ⁹⁾	17 807	53	9 314	2 187	340	1 365		3 078	1 470
1962	18 997	58	9 794	2 345	241	1 399	131	3 490	1 539
1964	21 898	71	11 077	2 837	297	1 663	158	3 945	1 850
1966 ¹⁰⁾	24 827	68	12 015	3 329	331	2 001	202	4 643	2 238
1968 ¹¹⁾	17 524	78	8 481	2 581	263	727	320	1 719	3 356
1970	26 871	92	12 744	4 132	361	1 632	451	3 319	4 140

¹⁾ Außer durch Veranlagung z. T. nach der Voranmeldung erfaßt. — ²⁾ Die steuerpflichtigen Umsätze wurden aus den festgesetzten Umsatzsteuerbeträgen errechnet (infolge geänderter Steuersätze nur Annäherungswerte). — ³⁾ Ohne Steuerpflichtige mit Umsätzen bis 5 000 RM. — ⁴⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — ⁵⁾ Bundesgebiet ohne Saarland. — ⁶⁾ Schätzwerte. — ⁷⁾ Ohne die seit 1. 4. 1956 steuerbefreite Landwirtschaft. — ⁸⁾ Ohne Steuerpflichtige mit Umsätzen bis unter 8 500 DM. — ⁹⁾ Ohne Steuerpflichtige mit Umsätzen bis unter 12 500 DM (bei Handelsvertretern, Maklern und freien Berufen mit Umsätzen aus ausschließlich freiberuflicher Tätigkeit auch ohne solche mit Umsätzen unter 20 500 DM). — ¹⁰⁾ Ohne die seit 1. 10. 1964 steuerbefreite Forstwirtschaft. — ¹¹⁾ Erstmalige Ergebnisse nach dem Mehrwertsteuersystem, d. h. ohne Steuerpflichtige mit Umsätzen bis unter 12 000 DM; statt Gesamtumsatz: steuerbarer Umsatz (ohne Umsatzsteuer) und in Klammern gesetzt einmalig zum bedingten Vergleich mit den früheren Gesamtumsätzen gebildeter fiktiver Bruttoumsatz (Summe aus steuerbarem Umsatz + nichtsteuerbarem Umsatz in den Küstenländern + Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuer ./ Steuer für den Selbstverbrauch). Der Steuerrückgang ist auf die Umsatzsteuerentlastung der Altvorräte zurückzuführen. — ¹²⁾ Bei Regelbesteuerten steuerbarer Umsatz ohne Umsatzsteuer; bei nach § 19 UStG Besteuernten zuzüglich Steuer. — ¹³⁾ Einschl. Sonstiges Produzierendes Gewerbe.

13. Verbrauchsteuern*)

a) Verbrauch von Bier, Branntwein, Zucker und Kaffee

Jahr ¹⁾	Bier		Branntwein zu Trinkzwecken		Zucker zu Genußzwecken ²⁾		Kaffee (geröstet) ³⁾	
	1 000 hl	l je Einwohner	1 000 hl Weingeist	l Weingeist je Einwohner	1 000 t	kg je Einwohner	1 000 t	kg je Einwohner
Reichsgebiet								
1870			1 154	3,8			78	2,00
1875	39 317	93,3	1 821	5,4	287	6,8	80	1,91
1880	37 783	84,6	1 540	4,3	247	6,0	75	1,69
1885	40 719	88,0			279	6,0	94	2,05
1890	49 528	99,9	2 197	4,4	470	9,5		
1897	62 577	116,1	2 295	4,2	636	11,8	109	2,02
1901	66 941	116,8	2 399	4,2	669	11,6	137	2,41
1902	63 686	109,5	2 353	4,0	729 ⁴⁾	12,5 ⁵⁾	137	2,36
1903	64 947	110,1	2 352	4,0	1 021	17,2	145	2,46
1904	66 004	110,3	2 229	3,7	867	14,4	143	2,40
1905	68 278	112,4	2 290	3,8	1 013	16,6	143	2,37
1906	68 714	111,5	2 457	4,0	1 042	16,8	148	2,42
1907	69 289	110,8	2 390	3,8	1 074	17,1	151	2,42
1908	66 733	105,2	2 651	4,2	1 122	17,6	153	2,42
1909	63 465	98,6	1 783	2,8	1 134	17,5	169	2,64
1910	64 130	98,6	1 969	3,0	1 242	19,0	135	2,08
1911	69 987	106,4	1 934	2,9	1 116	16,9	145	2,23
1912	67 486	101,3	1 871	2,80	1 282	19,2	135	2,02
1913	68 818	102,1	1 736	2,58	1 287	18,99	131	1,95
1925	47 215	75,4	656	1,04	1 289	20,51	71	1,14
1926	47 962	76,1	844	1,33	1 369	21,70	83	1,33
1927	51 173	80,8	826	1,30	1 461	23,02	97	1,56
1928	54 556	85,6	882	1,38	1 524	23,86	108	1,70
1929	57 614	90,0	485	0,75	1 489	23,22	115	1,79
1930	48 102	74,7	447	0,69	1 491	23,11	122	1,90
1931	36 757	56,8	397	0,61	1 304	20,12	124	1,93
1932	33 326	51,3	503	0,77	1 314	20,19	104	1,60
1933	33 924	52,0	565	0,86	1 355	20,73	102	1,56
1934	36 666	55,7	636	0,96	1 390	21,04	119	1,81
1935	39 514	59,0	659	0,98	1 499	22,29	119	1,78
1936	39 601	58,7	762	1,12	1 626	24,02	128	1,90
1937	43 292	63,7	827	1,21	1 639	24,03	139	2,06
1938 ⁶⁾	47 841	69,9			2 020	29,14	159	2,33
Bundesgebiet								
1948 ⁷⁾	10 173	22,1	302 ⁸⁾	0,73	963	20,69	10	0,23
1949 ⁹⁾	13 803	29,4	523	1,11	1 025	21,68	22	0,48
1950 ⁹⁾	17 182	34,7	541	1,09	1 274	25,68	21	0,43
1951 ¹⁾	22 595	45,0	538	1,07	1 393	27,72	32	0,65
1952 ¹⁾	25 774	50,9	527	1,04	1 138	22,47	45	0,89
1953 ¹⁾	28 729	56,1	555	1,08	1 269	24,78	62	1,20
1954 ¹⁾	30 132	58,3	595	1,15	1 286	24,87	82	1,59
1955 ¹⁾	34 195	65,5	678	1,30	1 369	26,23	94	1,80
1956 ¹⁾	37 321	70,7	773	1,46	1 464	27,73	106	2,01
1957 ¹⁾	43 114	81,9	846	1,61	1 488	28,27	121	2,30
1958 ¹⁾	45 467	85,4	911	1,71	1 563	29,33	124	2,33
1959 ¹⁾	49 349	91,6	929	1,72	1 508	27,99	143	2,65
1960	52 633	95,0	1 065	1,92	1 615	29,14	159	2,88
1961	57 128	101,7	1 190	2,12	1 602	28,52	177	3,14
1962	61 072	107,3	1 356	2,38	1 595	28,01	186	3,27
1963	65 385	113,5	1 466	2,55	1 712	29,73	197	3,43
1964	71 304	122,4	1 400	2,40	1 675	28,75		
1965	72 063	122,1	1 615	2,74	1 742	29,51		
1966	75 062	125,9	1 402	2,35	1 707	28,63		
1967	76 171	127,2	1 338	2,23	1 712	28,59		
1968	77 871	129,4	1 559	2,59	1 914	31,80		
1969	82 597	135,7	1 674	2,75	1 798	29,55		
1970	85 603	141,1	1 825	3,01	1 874	30,90		
1971	88 496	144,4	2 033	3,32	1 851	30,20		

*) Ergebnisse der Verbrauchsteuerstatistik.

¹⁾ Bier: bis 1949: 1. 4. des Berichtsjahres bis 31. 3. des folgenden Jahres; ab 1950 Kalenderjahr. Branntwein und Zucker: bis 1949 Betriebsjahr (1. 10. bis 30. 9.); ab 1950 Kalenderjahr. Kaffee: bis 1938 Kalenderjahr; 1948 und 1949 Rechnungsjahr vom 1. 4. des Berichtsjahres bis 31. 3. des folgenden Jahres; ab 1950 Kalenderjahr. — ²⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ³⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — ⁴⁾ Bundesgebiet ohne Saarland. — ⁵⁾ Roh- und Verbrauchszucker, berechnet in Verbrauchszuckerwert; ab 1950 bis 30. 9. 1963 einschl. des unter Steuerstundung ausgelagerten Zuckers. — ⁶⁾ Die Berechnung des Kaffeeverbrauchs ist ab 1964 eingestellt worden. — ⁷⁾ 1. 8. 1902 bis 31. 8. 1903. — ⁸⁾ Ohne Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg-Hohenzollern.

13. Verbrauchsteuern*)

b) Verbrauch von Tabak und Tabakerzeugnissen sowie Kleinverkaufswerte der versteuerten Tabakerzeugnisse

Jahr ¹⁾	Tabakerzeugnisse insgesamt berechnet in Rohtabak		Ausgewählte Tabakerzeugnisse								Kleinverkaufswert der versteuerten Tabakerzeugnisse insgesamt	
			Zigaretten		Zigarren		Feinschnitt		Pfeifentabak			
	t	kg je Ein- wohner	Mill. St	St je Ein- wohner	Mill. St	St je Ein- wohner	t	g je Ein- wohner	t	g je Ein- wohner	Mill. RM/DM	RM/DM je Ein- wohner
Reichsgebiet												
1906	89 559 ²⁾	1,46 ³⁾	2 729 ²⁾	45 ²⁾	.	.	150 ²⁾
1907	101 776	1,62	5 805	93	.	.	278	4
1908	109 650	1,72	6 471	103	.	.	252	4
1909	87 832	1,36	7 271	114	.	.	313	5
1910	95 219	1,46	8 353	129	.	.	299	5
1911	97 528	1,48	9 852	150	.	.	303	5
1912	104 854	1,57	11 518	173	.	.	333	5
1913	104 394	1,54	12 990	193	.	.	375	6
1925	115 145	1,85	30 529	489	5 746	92	32 600		522		2 236	36
1926	121 471	1,93	29 156	464	5 980	95	38 501		613		2 389	38
1927	127 282	2,01	32 768	518	6 635	105	38 509		609		2 728	43
1928	123 097	1,94	31 601	497	6 589	104	37 576		591		2 734	43
1929	126 515	1,98	32 877	514	6 973	109	37 362		584		2 857	45
1930	121 690	1,89	29 367	457	7 146	111	39 126		609		2 726	42
1931	104 783	1,62	28 064	434	6 194	96	32 097		497		2 242	35
1932	107 657	1,66	31 759	489	5 678	87	15 352	237	18 595	286	2 088	32
1933	112 229	1,72	33 701	517	6 570	101	13 856	212	19 206	295	2 071	32
1934	117 683	1,79	36 162	551	7 854	120	13 376	204	18 512	282	2 207	34
1935	114 639	1,72	37 471	560	7 892	118	14 186	212	17 385	260	2 260	34
1936	117 025	1,74	38 455	571	8 424	125	15 151	225	16 564	246	2 350	35
1937	123 720	1,82	42 420	625	8 932	132	16 351	241	15 174	224	2 580	38
1938 ³⁾	130 561	1,91	47 306	693	9 150	134	18 174	266	13 782	202	2 824	41
Bundesgebiet												
1948 ³⁾	25 076	0,57	9 852	226	1 453	33	6 900	158	2 005	46	2 283	52
1949 ³⁾	58 081	1,24	22 090	471	2 232	48	16 064	342	5 189	111	3 655	78
1950 ³⁾	68 287	1,38	24 187	488	3 811	77	17 311	349	4 850	98	3 937	79
1951 ³⁾	73 302	1,46	29 023	578	4 180	83	17 367	346	4 884	97	4 438	88
1952 ³⁾	74 605	1,47	30 900	610	4 615	91	15 983	316	4 517	89	4 627	91
1953 ³⁾	80 097	1,56	36 050	704	4 547	89	14 430	282	3 896	76	4 622	90
1954 ³⁾	81 577	1,58	39 723	768	4 498	87	13 315	258	3 453	67	4 701	91
1955 ³⁾	89 115	1,71	45 475	871	4 610	88	12 281	235	3 252	62	5 206	100
1956 ³⁾	92 806	1,76	50 764	961	4 625	88	10 706	203	2 951	56	5 626	107
1957 ³⁾ *)	98 451	1,87	56 037	1 064	4 748	90	9 676	184	2 653	50	6 052	115
1958 ³⁾	101 938	1,91	60 556	1 137	4 652	87	8 797	165	2 384	45	6 394	120
1959 ³⁾	103 521	1,92	64 892	1 205	4 546	84	8 929	166	2 208	41	6 724	125
1960	105 377	1,90	71 047	1 282	4 370	79	8 349	151	1 994	36	7 176	129
1961	111 142	1,98	78 104	1 390	4 134	74	8 029	143	1 787	32	7 739	138
1962	114 102	2,00	83 242	1 462	4 043	71	7 569	133	1 632	29	8 173	144
1963	114 747	1,99	85 362	1 482	3 799	66	7 643	133	1 522	26	8 294	144
1964	122 727	2,11	90 381	1 551	4 117	71	7 756	133	1 739	30	8 772	150
1965	126 487	2,14	96 035	1 627	3 947	67	7 164	121	1 535	26	9 241	157
1966	131 820	2,21	101 380	1 700	3 723	62	6 820	114	1 507	25	9 655	162
1967	126 936	2,12	98 885	1 652	3 630	61	6 905	115	1 974	33	10 303	172
1968	.	.	105 398	1 751	3 541	59	6 538	109	1 999	33	10 948	182
1969	.	.	112 195	1 844	3 438	56	6 027	99	1 909	31	11 561	190
1970	.	.	117 848	1 943	3 188	53	5 709	94	1 832	30	12 066	199
1971	.	.	125 574	2 049	3 107	51	4 886	80	1 777	29	12 753	208

*) Ergebnisse der Verbrauchsteuerstatistik.

¹⁾ 1907 bis 1949 Rechnungsjahr vom 1. 4. des Berichtsjahres bis 31. 3. des folgenden Jahres; ab 1950 Kalenderjahr. — ²⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ³⁾ Bundesgebiet ohne Baden, Württemberg-Hohenzollern, Saarland und Berlin. — ⁴⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — ⁵⁾ Bundesgebiet ohne Saarland. — ⁶⁾ Ab 1. 5. 1957 sind Kau- und Schnupftabak nicht mehr Tabakerzeugnisse. — ⁷⁾ 1. 7. 1906 bis 31. 3. 1907.

XIX. Preise

Vorbemerkung

Allgemeines

Indices, welche die Preisentwicklung für bestimmte Güter in den verschiedenen Stadien des Güterkreislaufs darstellen, sind vom Statistischen Reichsamt erst nach dem Ersten Weltkrieg berechnet worden, obwohl Preise für einzelne Güter oder Waren schon früher ermittelt wurden. Ihren systematischen Ausbau hat die amtliche Preisstatistik allerdings erst nach dem Zweiten Weltkrieg erfahren. Aus diesem Grunde handelt es sich bei den in diesem Abschnitt enthaltenen Angaben in den meisten Fällen um Ergebnisse aus neueren Erhebungen, für die meist nur eine Verknüpfung mit dem Jahr 1938, nicht aber eine längere Zurückverfolgung in die Vorkriegszeit möglich ist. Ausnahmen bilden die Indices der Grundstoffpreise, der Preisindex für Wohngebäude sowie der Preisindex für die Lebenshaltung, bei denen sich — trotz mannigfacher methodischer Einschränkungen — ein längerer Zeitvergleich herstellen läßt. Damit können zumindest größenordnungsmäßige Vorstellungen über die Entwicklung der Preise in diesen Bereichen über einen längeren Zeitraum vermittelt werden.

Erläuterungen zu den Tabellen

Der Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte (Tabelle 1) wird aus 1120 Preisreihen für 73 Waren berechnet. Gewichtungsunterlagen sind die durchschnittlichen Verkaufserlöse der Landwirtschaft in den Wirtschaftsjahren 1961/62 und 1962/63. In den Erzeugerpreisindex forstwirtschaftlicher Produkte (Tabelle 2) sind 1 497 Preisreihen für 34 Produkte (Rohholz) einbezogen. Gewichtet wird mit den Verkaufserlösen des Forstwirtschaftsjahres 1962.

Beim Index der Grundstoffpreise (Tabelle 3) ist eine Verkettung des bis 1944 vom Statistischen Reichsamt berechneten Index der Rohstoffpreise mit dem heutigen Index der Grundstoffpreise vorgenommen worden. Der Rohstoffpreisindex des Statistischen Reichsamtes wurde auf Originalbasis 1913 = 100 berechnet, erfaßte 40 Grundstoffe und hatte eine jährlich wechselnde Wägung. Der heutige Grundstoffpreisindex baut auf 3 500 Preisreihen für 349 Waren auf und ist mit Verkaufserlösen der Land- und Forstwirtschaft, Umsatzwerten der Industrie (Inlandsabsatz) und Importeureinstandswerten des Jahres 1962 gewichtet.

Dem Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte (Tabelle 4) liegen 9 270 Preisreihen für 1 977 Waren und als Gewichtungsunterlagen die Umsatzwerte der Industrie im Jahre 1962 zugrunde. Bei dem Preisindex für Wohngebäude (Tabelle 5) insgesamt handelt es sich um eine Verkettung des schon vom Statistischen Reichsamt berechneten Preisindex für den Wohnungsbau, der sich auf ein dreigeschossiges Reihenhauses mit 6 Wohnungen zu je 2 1/2 Zimmer bezog, mit dem heute berechneten, Baupreisindex für Wohngebäude insgesamt (»Bauleistungen am Gebäude«), dem 37 000 Preisreihen für 360 Leistungen und als Gewichtung die Umsatzanteile für Bauleistungen an Wohngebäuden im Jahre 1962 zugrunde liegen.

Der Index der Großhandelsverkaufspreise (Tabelle 6) wird aus 7 172 Reihen für 956 Waren berechnet und mit den Umsatzwerten des Großhandels von 1962 gewichtet.

Der Index der Einzelhandelspreise (Tabelle 7) umfaßt nur die Umsätze der Einzelhandelsgeschäfte, nicht auch die Einzelhandelsumsätze des Handwerks und anderer Unternehmen. In der Tabelle sind nicht die heute üblichen Untergliederungen nach Wirtschaftszweigen bzw. Warengruppen nachgewiesen, sondern die frühere Darstellung nach vier Hauptbranchen, weil nur hierfür eine durchlaufende Nachkriegsreihe gebildet werden kann. Den Angaben bis 1961 liegt als Gewichtung die Umsatzstruktur von 1950, den ab 1962 die Umsatzstruktur von 1962 zugrunde.

In der Tabelle 8 über den Index der Verbraucherpreise sind verschiedenartige Unterlagen zusammengestellt. Beim Preisindex für Ernährung für das Reichsgebiet handelt es sich bis 1913 um den Durchschnitt aus 10 Indizes verschiedener Autoren. Von 1924 bis 1944 berechnete das Statistische Reichsamt die »Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten«, der die Verhältnisse von 5-köpfigen Arbeiterfamilien zugrunde lagen. Ab 1945 ist der Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes dargestellt. In diesen Index gehen gegenwärtig Preisreihen für insgesamt rd. 500 Waren und Leistungen ein. Gewichtet ist er z. Z. mit den Ausgaben für die Lebenshaltung im Jahr 1962.

Die Indices der Außenhandelspreise (Tabelle 9), berechnet aufgrund von etwa 6 400 Preisreihen für 2 890 Waren, beziehen sich auf Einfuhrpreise cif bzw. frei deutsche Grenze und Ausfuhrpreise fob bzw. ebenfalls frei deutsche Grenze. Die derzeitige Wägung beider Indices wurde aus den Außenhandelswerten des Jahres 1962 abgeleitet.

Bei den Indices der Postgebühren (Tabelle 10) gelten die Werte für 1928 bis 1949 lediglich für die Inlandsdienste der früheren Reichspost. In der gegenwärtigen Berechnung umfassen die Indices 673 Gebührenreihen für 115 Einzelleistungen.

1. Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte

Wirtschaftsjahre 1961/62 bis 1962/63 = 100

Bundesgebiet

Durchschnitt	Insgesamt	Pflanzliche Produkte				Tierische Produkte					
		zusammen	Getreide und Hülsenfrüchte	Saatgut	Hackfrüchte	zusammen	darunter				
							Schlachtvieh	Schlachtgeflügel	Nutz- und Zuchtvieh	Milch	Eier
1938/39 ¹⁾ ...	45,1	45,5	47,6	53,1	41,0	44,4	40,2	.	52,8	44,3	54,3
1950/51 ¹⁾ ...	74,9	62,8	76,8	64,3	56,3	81,1	86,7	.	71,3	70,9	104,6
1951/52 ¹⁾ ...	86,5	84,3	101,6	85,5	81,7	86,9	93,4	.	76,2	76,1	118,1
1952/53 ¹⁾ ...	84,9	86,2	99,1	97,7	88,4	83,2	85,4	.	68,8	78,7	117,5
1953/54 ¹⁾ ...	83,7	79,2	97,8	89,2	78,0	85,4	92,0	.	77,9	75,2	102,9
1954/55 ¹⁾ ...	87,0	87,3	98,2	90,8	74,9	86,0	90,1	.	75,4	79,7	103,3
1955/56 ¹⁾ ...	91,9	90,2	98,3	100,3	94,6	91,9	94,9	.	86,5	84,7	118,3
1956/57 ¹⁾ ...	95,5	94,1	98,0	87,7	81,7	95,4	96,4	.	96,2	91,8	107,0
1957/58 ¹⁾ ...	96,7	96,6	100,6	84,6	85,3	96,1	92,8	.	95,3	98,1	114,4
1958/59 ¹⁾ ...	97,5	90,7	100,0	110,4	97,0	99,5	102,2	110,3	105,2	93,9	102,0
1959/60 ...	99,9	100,7	99,0	107,3	108,8	98,9	100,9	106,6	101,7	95,5	96,3
1960/61 ...	95,3	82,9	98,9	90,5	84,9	99,5	102,0	106,2	102,8	94,1	106,5
1961/62 ...	99,2	99,8	99,2	100,8	103,2	99,0	100,7	101,9	98,8	97,8	91,0
1962/63 ...	100,8	100,2	100,8	99,2	96,8	101,0	99,3	98,1	101,2	102,2	109,0
1963/64 ...	103,5	88,6	99,4	83,1	81,0	108,5	109,6	103,7	116,1	107,6	96,3
1964/65 ...	107,2	98,7	99,9	98,4	109,8	110,1	110,5	98,5	114,4	111,0	97,5
1965/66 ...	114,1	108,5	100,8	114,4	121,2	115,9	118,6	105,0	121,8	112,9	105,2
1966/67 ...	109,3	98,7	100,3	101,9	99,5	112,8	114,6	97,9	121,6	112,1	93,3
1967/68 ²⁾ ...	99,8	85,5	89,0	77,3	82,7	104,5	103,5	83,0	107,9	109,1	84,0
1968/69 ²⁾ ...	102,6	87,4	87,9	91,5	89,9	107,8	110,4	82,0	118,1	105,7	88,9
1969/70 ²⁾ ...	106,2	100,1	86,7	123,1	119,9	108,3	114,4	83,3	122,2	104,2	67,5
1970/71 ²⁾ ...	98,1	85,3	85,0	93,8	85,5	102,4	104,0	78,0	108,0	105,2	68,3

1) Bundesgebiet ohne Saarland. — 2) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer und ohne Aufwertungsausgleich.

2. Index der Erzeugerpreise forstwirtschaftlicher Produkte aus den Staatsforsten

Forstwirtschaftsjahr 1962 = 100

Bundesgebiet

Durchschnitt	Rohholz insgesamt	Stammholz	Grubenholz	Faserholz	Brennholz	Durchschnitt	Rohholz insgesamt	Stammholz	Grubenholz	Faserholz	Brennholz
1950 ¹⁾	53,3	51,5	54,4	58,2	63,2	1961	102,0	102,3	101,0	103,3	98,3
1951 ¹⁾	61,9	59,5	64,9	69,8	73,4	1962	100	100	100	100	100
1952 ¹⁾	89,8	88,2	100,2	104,1	84,6	1963	93,5	93,5	87,9	87,0	105,2
1953 ¹⁾	97,1	95,7	106,5	98,2	101,8	1964	93,3	92,9	90,3	90,3	103,5
1954 ¹⁾	92,2	91,1	88,5	93,0	101,6	1965	95,3	95,0	91,1	93,8	102,7
1955 ¹⁾	119,5	118,9	132,9	121,6	113,5	1966	95,8	95,8	89,4	94,7	102,0
1956 ¹⁾	110,8	107,1	123,6	120,0	125,4	1967	83,0	81,7	76,8	85,1	99,9
1957 ¹⁾	114,9	112,5	124,3	119,9	125,2	1968 ²⁾	77,1	75,6	67,9	76,6	100,0
1958 ¹⁾	105,5	102,7	116,1	111,4	117,0	1969 ²⁾	87,8	87,1	76,3	85,3	105,2
1959 ¹⁾	91,3	91,1	88,8	84,9	101,3	1970 ²⁾	99,9	98,5	92,7	102,6	117,2
1960	92,8	93,8	86,6	84,2	95,6	1971 ²⁾	101,6	100,4	92,9	106,9	114,0

1) Bundesgebiet ohne Saarland. — 2) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

3. Index der Grundstoffpreise

Durchschnitt	1913 = 100	1938 = 100	1950 = 100	1958 = 100	Durchschnitt	1913 = 100	1938 = 100	1950 = 100	1958 = 100
Reichsgebiet									
1871	100	105	55	41	1904	82	86	45	34
1872	114	120	62	47	1905	86	91	47	36
1873	120	126	66	50	1906	92	97	50	38
1874	112	118	61	46	1907	97	102	53	40
1875	100	105	55	41	1908	90	95	49	37
1876	95	100	52	39	1909	91	96	50	38
1877	91	96	50	38	1910	93	98	51	39
1878	83	87	45	34	1911	94	99	51	39
1879	81	85	44	34	1912	102	107	56	42
1880	87	92	48	36	1913	100	105	55	41
1881	85	89	46	35	1914	105	111	57	43
1882	81	85	44	34	1924	136	143	74	56
1883	80	84	44	33	1925	139	146	76	58
1884	78	82	43	32	1926	129	136	70	53
1885	75	79	41	31	1927	135	142	74	56
1886	72	76	39	30	1928	136	143	74	56
1887	73	77	40	30	1929	131	138	72	54
1888	75	79	41	31	1930	114	120	62	47
1889	82	86	45	34	1931	98	103	54	41
1890	87	92	48	36	1932	86	91	47	36
1891	86	91	47	36	1933	82	86	45	34
1892	80	84	44	33	1934	87	92	48	36
1893	77	81	42	32	1935	92	97	50	38
1894	73	77	40	30	1936	95	100	52	39
1895	72	76	39	30	1937	96	101	53	40
1896	72	76	39	30	1938	95	100	52	39
1897	76	80	42	31	1939	96	101	52	39
1898	79	83	43	33	1940	102	107	56	42
1899	83	87	45	34	1941	104	109	57	43
1900	90	95	49	37	1942	106	112	58	44
1901	83	87	45	34	1943	108	114	59	45
1902	81	85	44	34	1944	110	116	60	46
1903	82	86	45	34					
Bundesgebiet									
1950 ¹⁾	182	192	100	75	1961 ²⁾	238	250	131	100
1951 ¹⁾	218	229	119	91	1962	238	250	131	100
1952 ²⁾	227	238	124	97	1963	240	252	132	101
1953 ³⁾	222	234	122	94	1964	246	258	135	103
1954 ⁴⁾	224	235	123	95	1965	252	265	139	106
1955 ⁵⁾	228	240	125	97	1966	256	269	141	108
1956 ⁶⁾	235	248	129	100	1967	247	259	136	104
1957 ⁷⁾	240	253	132	101	1968 ³⁾	237	248	130	100
1958 ⁸⁾	240	253	132	100	1969 ³⁾	244	255	134	102
1959 ⁹⁾	240	253	132	101	1970 ³⁾	249	261	137	105
1960 ⁹⁾	239	252	131	101	1971 ³⁾ ..	251	264	138	106

¹⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — ²⁾ Bundesgebiet ohne Berlin. — ³⁾ Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer bzw. ohne Einfuhrumsatzsteuer.

4. Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte

1962 = 100

Bundesgebiet

Durchschnitt	Industrieerzeugnisse (Inlandsabsatz) insgesamt		Bergbauliche Erzeugnisse	Elektr. Strom, Gas und Wasser	Erzeugnisse der verarbeitenden Industrie				
	einschl. elektrischen Strom, Gas und Wasser	ohne			zusammen	Erzeugnisse der			
						Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	Investitionsgüterindustrien	Verbrauchsgüterindustrien	Nahrungs- und Genussmittelindustrien
1938 ¹⁾	42,9	42,2	27,5	60,0	43,3	39,1	42,4	44,8	50,6
1949 ¹⁾	82,0	82,6	56,6	66,1	84,6	74,7	76,8	97,7	99,0
1950 ¹⁾	79,8	80,3	57,4	66,8	81,9	73,9	72,9	96,4	93,7
1951 ¹⁾	94,7	95,6	64,2	70,9	97,9	93,7	85,1	117,7	101,3
1952 ¹⁾	96,9	97,3	74,7	83,3	98,9	102,0	92,6	100,9	101,5
1953 ¹⁾	94,4	94,2	85,9	92,7	94,7	97,3	91,1	93,7	98,0
1954 ¹⁾	92,9	92,6	86,0	93,1	93,0	95,4	88,5	92,7	96,8
1955 ¹⁾	94,5	94,4	86,0	92,8	94,9	100,2	89,5	93,0	97,4
1956 ¹⁾	95,9	95,8	90,1	93,7	96,2	101,5	91,2	94,1	98,1
1957 ¹⁾	97,6	97,5	96,4	96,2	97,6	102,5	93,0	97,1	97,8
1958 ¹⁾	97,2	97,0	101,2	99,4	96,9	100,9	93,9	95,4	97,0
1959 ¹⁾	96,5	96,1	100,7	100,3	96,0	99,9	93,1	93,3	97,8
1960 ²⁾	97,6	97,2	100,0	100,7	97,2	100,8	94,5	96,6	96,8
1961	98,9	98,8	99,2	100,9	98,8	100,6	97,2	99,1	98,3
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	100,5	100,5	101,8	99,8	100,5	99,3	100,4	101,6	101,1
1964	101,6	101,6	101,4	100,7	101,6	100,1	101,6	103,6	101,9
1965	104,0	104,1	105,7	103,5	104,0	102,2	104,6	106,0	103,4
1966	105,8	105,9	105,4	104,7	105,9	103,3	106,7	108,7	105,6
1967	104,9	104,8	105,3	105,8	104,8	100,7	105,6	108,0	106,5
1968 ³⁾	99,3	99,0	101,1	105,0	98,9	95,1	99,2	102,2	101,1
1969 ³⁾	101,5	101,4	104,0	104,3	101,3	97,2	102,7	104,6	102,1
1970 ³⁾	107,5	107,6	119,3	105,1	107,2	102,6	111,4	109,6	104,6
1971 ³⁾	124,2	124,3	130,2	109,8	112,0	117,0	119,1	114,3	107,8

5. Preisindex für Wohngebäude*)

Durchschnitt	1913 = 100	1938 = 100	1958 = 100	1962 = 100	Durchschnitt	1913 = 100	1938 = 100	1958 = 100	1962 = 100
Reichsgebiet					Bundesgebiet				
1913	100	74	29	22	1945 ²⁾	172	126	49	37
1914	107	79	31	23	1946 ²⁾	184	135	53	40
1915	120	88	35	26	1947 ²⁾	214	157	61	47
1916	132	97	38	29	1948 ²⁾⁴⁾	283	208	81	62
1917	165	121	47	36	1949 ²⁾	264	194	76	57
1918	228	168	66	50	1950 ²⁾	252	185	72	55
1919	375	276	108	82	1951 ²⁾	291	214	84	63
1920	1 075	790	309	234	1952 ²⁾	311	228	89	68
1921	1 808	1 328	520	394	1953 ²⁾	300	220	86	65
1922/23 ¹⁾					1954 ²⁾	302	222	87	66
1924	139	102	40	30	1955 ²⁾	318	233	91	69
1925	171	126	49	37	1956 ²⁾	327	240	94	71
1926	166	122	48	36	1957 ²⁾	338	248	97	74
1927	168	123	48	37	1958 ²⁾	348	256	100	76
1928	175	129	50	38	1959 ²⁾	367	269	105	80
1929	178	131	51	39	1960 ²⁾	395	290	113	86
1930	171	126	49	37	1961 ³⁾	424	312	122	92
1931	156	115	45	34	1962 ³⁾	460	337	132	100
1932	132	97	38	29	1963 ³⁾	483	355	139	105
1933	126	93	36	27	1964 ³⁾	506	371	145	110
1934	132	97	38	29	1965 ³⁾	527	387	152	115
1935	132	97	38	29	1966	545	400	157	119
1936	132	97	38	29	1967	534	392	153	116
1937	135	99	39	29	1968 ³⁾	556	408	160	121
1938	136	100	39	30	1969 ³⁾	585	430	168	127
1939	138	102	40	30	1970 ³⁾	678	498	195	147
1940	140	103	40	31	1971 ³⁾	748	549	215	163
1941	147	108	42	32					
1942	159	117	46	35					
1943	163	119	47	35					
1944	167	122	48	36					

*) Bauleistungen am Gebäude, reine Baukosten.

¹⁾ Wegen der sprunghaften Entwertung der Mark wurden keine Durchschnittsindizes veröffentlicht. — ²⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — ³⁾ Bundesgebiet ohne Berlin. — ⁴⁾ Durchschnitt aus den Monaten Juni (vor der Währungsreform) und August (nach der Währungsreform). — ⁵⁾ Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

XIX. Preise

6. Index der Großhandelsverkaufspreise*)

1962 = 100

Bundesgebiet

Durchschnitt	Insgesamt	Darunter Großhandel mit								
		Getreide, Futter- und Düngemitteln, Tieren	textilen Rohstoffen und Halbwaren, Häuten	Erzen, Metallen und Halbzeug	Holz, Baustoffen u. ä.	Nahrungs- und Genussmitteln	Textilwaren, Schuhen	Metallwaren, Kunststoff-, Feinkeramik und Holzfertigwaren (a. n. g.)	Elektro- und optischen Erzeugnissen, Uhren	Fahrzeugen, Maschinen (a. n. g.)
1960	98,7	98,3	114,1	104,2	95,7	98,4	98,2	90,6	96,0	95,2
1961	98,9	96,6	113,1	102,2	98,3	97,7	99,6	95,9	98,5	97,4
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	100,6	101,1	98,1	100,6	101,7	100,7	101,9	100,8	99,7	100,5
1964	100,8	101,1	107,6	102,6	103,8	100,2	104,1	102,0	101,0	100,9
1965	102,9	103,5	101,1	104,1	105,5	103,3	107,3	106,0	104,2	102,1
1966	104,0	104,4	109,6	105,1	106,4	104,3	109,9	106,6	105,5	104,0
1967	103,5	99,8	90,7	100,5	104,2	105,2	109,9	105,8	104,2	104,5
1968 ¹⁾	97,6	93,3	90,2	94,6	97,1	99,5	102,6	100,2	95,6	97,7
1969 ¹⁾	100,0	95,0	93,7	102,6	100,2	101,8	104,1	105,2	97,7	99,5
1970 ¹⁾	105,6	94,1	77,8	109,0	109,2	101,1	108,5	117,0	103,9	107,6
1971 ¹⁾	110,3	93,2	72,1	108,1	119,3	103,1	114,0	125,8	108,6	115,1

*) Nach Wirtschaftsgruppen (institutionelle Gliederung).

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

7. Index der Einzelhandelspreise

1962 = 100

Bundesgebiet

Durchschnitt	Insgesamt	Lebensmittelgeschäfte	Geschäfte für Textilwaren und Schuhwerk	Geschäfte für Hausrat und Wohnbedarf	Sonstige Branchen des Einzelhandels
1938 ¹⁾	49,0	49,1	51,5	47,9	46,3
1948 2. Hj. ¹⁾	100,3	95,6	123,5	93,0	83,0
1949 ¹⁾	93,7	91,7	109,5	86,9	80,9
1950 ¹⁾	84,5	83,8	95,4	76,5	76,0
1951 ¹⁾	92,4	89,9	105,6	84,9	84,1
1952 ¹⁾	92,0	92,1	97,0	89,3	86,7
1953 ¹⁾	88,1	88,9	90,3	85,7	85,0
1954 ¹⁾	87,6	88,7	88,6	84,2	85,9
1955 ¹⁾	88,5	90,2	88,1	85,8	87,0
1956 ¹⁾	89,9	92,0	88,6	88,2	88,3
1957 ¹⁾	92,2	93,1	92,2	92,0	90,7
1958 ¹⁾	94,1	94,5	94,7	93,9	92,7
1959 ¹⁾	94,7	96,2	93,9	93,6	93,3
1960 ²⁾	95,4	96,1	95,2	94,5	94,4
1961 ²⁾	97,3	96,8	97,5	98,2	97,3
1962	100	100	100	100	100
1963	101,5	101,8	102,1	99,8	101,3
1964	102,6	102,7	103,4	100,2	102,5
1965	104,6	105,3	105,2	101,5	104,3
1966	106,7	107,3	107,5	102,5	106,9
1967	107,2	107,5	108,5	101,8	108,0
1968 ³⁾	107,2	106,4	108,4	100,8	109,9
1969 ³⁾	108,7	108,6	109,4	101,2	111,5
1970 ³⁾	112,5	110,6	113,4	105,4	117,3
1971 ³⁾	118,0	115,1	119,8	110,4	123,8

*) Nach Hauptbranchen (institutionelle Gliederung).

1) Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — 2) Bundesgebiet ohne Berlin. — 3) Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

8. Index der Verbraucherpreise

a) Preisindex für Ernährung

Reichsgebiet

Durchschnitt	1913 = 100						
1881	74	1889	78	1897	76	1905	85
1882	73	1890	80	1898	79	1906	88
1883	74	1891	81	1899	78	1907	89
1884	72	1892	81	1900	78	1908	90
1885	74	1893	78	1901	79	1909	92
1886	75	1894	77	1902	80	1910	93
1887	75	1895	76	1903	80	1911	96
1888	75	1896	75	1904	81	1912	102

b) Preisindex für die Lebenshaltung

Durchschnitt	1913/14 = 100	1938 = 100	1962 = 100	Durchschnitt	1913/14 = 100	1938 = 100	1962 = 100
Reichsgebiet				Bundesgebiet			
1924	130,8	104,1	52,6	1948 1. Hj. ¹⁾	178,1	141,8	72,5
1925	141,8	112,9	57,0	2. Hj. ¹⁾	211,4	168,3	85,1
1926	142,1	113,1	57,1	1949 ¹⁾	208,9	166,3	84,0
1927	147,9	117,8	59,5	1950 ¹⁾	195,7	155,8	78,8
1928	151,7	120,8	61,0	1951 ¹⁾	211,0	168,0	84,9
1929	154,0	122,6	61,9	1952 ¹⁾	215,4	171,5	86,7
1930	148,1	117,9	59,5	1953 ¹⁾	211,5	168,4	85,1
1931	136,1	108,4	54,7	1954 ¹⁾	211,9	168,7	85,3
1932	120,6	96,0	48,5	1955 ¹⁾	215,4	171,5	86,7
1933	118,0	93,9	47,4	1956 ¹⁾	221,1	174,0	88,9
1934	121,1	96,4	48,7	1957 ¹⁾	225,5	179,5	90,7
1935	123,0	97,9	49,4	1958 ¹⁾	230,4	183,4	92,7
1936	124,5	99,1	50,1	1959 ¹⁾	232,6	185,2	93,6
1937	125,1	99,6	50,3	1960 ²⁾	236,0	187,9	94,9
1938	125,6	100	50,5	1961 ²⁾	241,5	192,3	97,1
1939	126,2	100,5	50,8	1962	248,6	198,0	100
1940	130,1	103,6	52,3	1963	256,2	204,0	103,0
1941	133,2	106,1	53,6	1964	262,1	208,7	105,4
1942	136,6	108,8	54,9	1965	271,0	215,8	109,0
1943	138,5	110,3	55,7	1966	280,5	223,4	112,8
1944	141,4	112,6	56,9	1967	284,5	226,5	114,4
1945 ¹⁾	144,6	115,1	58,8	1968	288,7	229,9	116,1
1946 ¹⁾	157,9	125,7	64,3	1969	296,8	236,3	119,3
1947 ¹⁾	168,8	134,4	68,7	1970	307,7	245,0	123,7
				1971	324,3	258,2	130,4

c) Preisindex für die Lebenshaltung nach Bedarfsgruppen*)

1962 = 100

Bundesgebiet

Durchschnitt	Gesamt- lebens- haltung	Er- näh- rung	Getränke und Tabak- waren	Woh- nung	Heizung und Be- leuchtung	Hausrat	Be- kleidung	Reinigung und Körper- pflege	Bildung, Unterh. u. Erholung	Verkehr
1938 ¹⁾	50,5	46,5	43,8	64,3	49,8	53,2	49,2	50,8	55,2	49,9
1945 ¹⁾	58,8	51,5	79,5	67,1	51,5	70,7	65,7	64,5	63,9	50,0
1946 ¹⁾	64,3	55,6	108,7	67,4	53,0	75,3	72,9	66,0	65,8	74,0
1947 ¹⁾	68,7	58,9	128,9	68,0	55,5	84,5	81,3	69,7	66,8	76,2
1948 1. Hj. ¹⁾	72,5	61,3	140,2	68,0	57,6	97,0	89,4	77,5	67,8	77,6
2. Hj. ¹⁾	85,1	75,5	160,0	67,2	64,5	113,8	115,4	90,7	73,0	74,8
1949 ¹⁾	84,0	80,8	122,0	67,2	67,3	103,8	101,9	90,0	74,6	73,5
1950 ¹⁾	78,8	75,1	117,5	67,7	66,9	89,2	90,1	81,6	73,8	72,7
1951 ¹⁾	84,9	82,0	115,2	68,9	72,4	98,5	99,9	88,1	79,9	81,5
1952 ¹⁾	86,7	85,7	117,0	70,2	77,8	97,8	93,1	87,0	82,0	85,0
1953 ¹⁾	85,1	84,3	109,6	72,4	80,4	92,8	88,2	84,7	81,0	85,8
1954 ¹⁾	85,3	85,4	101,7	72,5	84,8	91,1	87,0	84,2	79,7	86,3
1955 ¹⁾	86,7	87,0	100,8	74,7	86,8	91,8	87,0	86,5	81,4	86,8
1956 ¹⁾	88,9	89,6	100,6	79,5	88,5	93,7	87,8	88,1	83,5	86,0
1957 ¹⁾	90,7	91,1	100,5	80,6	90,7	97,2	91,1	89,5	86,2	86,7
1958 ¹⁾	92,7	93,0	100,2	82,0	94,6	97,7	93,8	91,6	88,6	93,2
1959 ¹⁾	93,6	94,6	99,2	83,9	95,4	96,4	93,5	92,5	90,0	94,7
1960 ²⁾	94,9	95,2	99,1	89,1	96,5	96,3	95,2	94,0	92,4	96,1
1961 ²⁾	97,1	96,2	99,1	96,8	98,1	98,3	97,4	96,5	95,7	98,8
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	103,0	103,3	101,0	105,8	102,6	100,4	102,3	102,4	103,8	104,3
1964	105,4	105,8	101,6	112,4	104,1	101,1	104,3	104,2	107,2	105,3
1965	109,0	110,6	101,8	119,0	106,0	102,9	107,1	107,4	111,4	106,4
1966	112,8	113,3	105,9	129,6	107,3	104,2	110,6	112,2	115,7	110,5
1967	114,4	112,7	108,9	137,6	108,4	103,5	112,1	113,9	119,7	114,0
1968	116,1	110,8	111,1	147,4	115,6	102,6	112,1	119,9	125,3	116,6
1969	119,3	114,5	111,7	160,4	117,4	103,1	113,3	121,5	128,5	116,7
1970	123,7	117,5	115,8	167,4	124,0	106,7	118,3	126,4	135,7	119,5
1971	130,4	122,9	120,0	177,9	130,5	111,7	125,5	132,8	142,4	131,6

*) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes (Lebenshaltungsausgaben von rund 740 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1962; für die Zeit von Januar 1957 bis Dezember 1960 mit Lebenshaltungsausgaben von rund 570 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1958, für die Zeit davor mit Lebenshaltungsausgaben von rund 300 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1950).

¹⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — ²⁾ Bundesgebiet ohne Berlin.

9. Index der Außenhandelspreise

1962 = 100
Bundesgebiet

a) Index der Einkaufspreise für Auslandsgüter

Durchschnitt	Ins- gesamt ¹⁾	Erzeug- nisse der Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Industrielle Erzeugnisse							
			zusammen	darunter						
				Bergbau- liche Erzeug- nisse	Mineralöl- erzeug- nisse	Erzeug- nisse der Eisen- schaf- fenden Industrie	NE- Metalle und -Metall- halbzeug	Chem- ische Erzeug- nisse	Textilien	Erzeug- nisse der Ernäh- rungs- industrie
1950	109,3	115,0	102,4	84,2	98,1	85,2	83,5	150,8	114,7	120,2
1951	139,6	143,5	134,2	109,9	116,0	132,1	140,0	186,0	147,2	142,5
1952	122,4	122,8	120,8	127,8	125,0	132,9	118,0	166,6	118,7	119,8
1953	112,2	112,8	110,7	122,9	109,1	105,3	99,3	141,7	121,9	112,7
1954	112,5	115,1	108,8	116,0	106,5	94,3	98,0	130,0	119,6	114,2
1955	112,8	113,1	111,5	121,5	107,7	105,6	121,1	139,7	112,6	109,1
1956	117,0	115,7	117,3	135,1	117,1	116,0	127,3	150,0	114,2	113,8
1957	115,6	111,4	118,8	141,2	130,3	122,3	106,4	140,4	115,6	120,3
1958	109,5	108,1	109,9	128,6	121,8	107,8	96,8	131,8	103,4	108,5
1959	105,4	102,8	106,3	115,8	110,4	103,2	104,3	119,8	100,1	107,3
1960	105,0	102,6	105,9	111,9	104,6	106,5	108,1	116,2	104,3	103,5
1961	100,8	98,2	101,8	104,6	95,9	103,2	101,6	108,3	102,7	99,4
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	102,0	103,5	101,5	98,6	101,7	98,3	101,7	97,7	104,6	105,3
1964	103,7	104,9	103,3	98,1	85,8	98,8	113,7	98,0	108,3	107,5
1965	106,3	109,1	105,3	98,7	76,6	97,6	130,0	98,7	106,0	110,6
1966	108,2	109,5	107,7	99,0	79,2	96,1	145,4	95,7	107,9	111,6
1967	105,9	105,8	105,9	99,4	94,0	95,3	137,2	93,2	105,8	105,5
1968	105,4	103,3	106,1	101,4	93,1	93,8	148,7	91,4	103,5	102,8
1969	108,0	105,7	108,8	98,2	78,8	99,7	167,5	92,1	104,8	108,7
1970	107,2	101,7	109,2	101,0	88,4	107,9	157,9	91,0	102,3	111,4
1971	106,9	101,1	108,6	108,8	100,7	107,7	125,9	90,8	102,4	109,9

b) Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter

Durchschnitt	Ins- gesamt	Erzeug- nisse der Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Industrielle Erzeugnisse							
			zusammen	darunter						
				Bergbau- liche Erzeug- nisse	Erzeug- nisse der Eisen- schaf- fenden Industrie	Maschi- nenbau- erzeug- nisse	Straßen- fahrzeuge	Elektro- technische Erzeug- nisse	Chemische Erzeug- nisse	Textilien
1954	94,9	89,0	94,9	83,2	96,9	81,0	101,0	94,2	123,8	104,4
1955	96,9	93,0	96,9	84,8	106,2	82,2	99,5	96,7	120,2	101,8
1956	99,6	99,4	99,6	91,9	116,7	85,2	99,2	98,4	114,9	102,6
1957	101,9	109,5	101,8	100,0	122,8	88,4	99,5	98,9	114,7	106,5
1958	99,5	106,1	99,4	101,2	105,6	90,4	99,9	98,9	114,0	101,0
1959	98,9	101,8	98,9	99,0	105,5	90,4	99,7	99,3	110,1	98,6
1960	100,2	96,0	100,2	99,5	109,7	93,0	99,3	99,8	109,1	101,3
1961	99,9	95,9	100,0	98,9	103,7	96,2	99,9	100,1	105,3	100,0
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	100,1	100,2	100,1	101,7	95,9	101,0	101,0	99,6	98,2	101,5
1964	102,5	101,8	102,5	104,7	102,0	103,3	101,4	101,1	99,1	103,0
1965	104,8	105,6	104,8	107,0	99,9	107,3	103,1	104,2	100,1	102,1
1966	107,0	114,6	106,9	106,4	97,0	110,7	105,7	105,9	100,4	101,7
1967	106,9	104,3	106,9	104,7	96,4	112,3	107,2	103,8	99,2	99,3
1968	105,8	104,2	105,8	102,8	93,7	111,6	107,3	102,6	96,1	98,1
1969	111,3	107,9	111,3	103,9	111,9	119,2	109,8	106,0	96,2	100,6
1970	116,6	107,0	116,7	119,2	123,8	128,5	111,1	110,3	95,3	100,3
1971	121,6	109,3	121,7	140,6	114,9	140,0	118,7	112,5	96,0	101,5

1) 1950 bis 1957 ohne Fertigwaren.

10. Indices der Postgebühren

1962 = 100

Durchschnitt	Postdienst								Postscheckdienst			Postreisedienst			
	insgesamt	Allgemeiner Postdienst						Sonderpostdienste ¹⁾	insgesamt	Zahlkartendienst	Zahlungsanweisungsdienst ²⁾	insgesamt	Allgemeiner Reiseverkehr	Berufs- und Schülerverkehr	Sachbeförderung ³⁾
		zusammen	Briefdienst	Päckchendienst	Paketdienst	Zeitungsdienst	Anweisungsdienst								
Reichsgebiet															
1928	66,0	70,3	53,9	66,2	84,4	.	82,5	76,9	101,4	128,3	123,2	137,1	106,9	
1929	66,0	70,3	53,9	66,2	84,4	.	82,5	76,9	101,4	128,3	123,2	137,1	106,9	
1930	66,0	70,3	53,9	66,2	84,4	.	82,5	76,9	101,4	128,3	123,2	137,1	106,9	
1931	65,2	69,5	53,0	66,2	82,3	.	82,5	76,9	101,4	128,3	123,2	137,1	106,9	
1932	57,9	61,5	46,1	65,9	81,8	.	82,5	76,9	101,4	96,7	91,4	105,7	80,2	
1933	57,1	60,8	45,1	65,1	81,8	.	82,5	76,9	101,4	96,7	91,4	105,7	79,2	
1934	56,0	59,4	45,0	62,7	81,8	.	82,5	76,9	101,4	96,7	91,4	105,7	79,2	
1935	56,0	59,4	45,0	62,6	81,8	.	82,5	76,9	101,4	96,7	91,4	105,7	79,2	
1936	56,1	59,5	45,0	62,6	81,8	.	82,5	76,9	101,4	78,8	73,3	87,8	79,2	
1937	56,2	59,6	45,0	62,6	81,8	.	82,5	76,9	101,4	78,8	73,3	87,8	79,2	
1938	56,2	59,5	45,0	62,6	81,8	.	82,5	76,9	101,4	78,7	73,3	87,8	86,9	
1939	56,1	59,5	45,0	62,6	81,8	.	82,5	76,9	101,4	75,2	73,3	78,8	95,8	
1940	56,1	59,5	45,0	62,6	81,8	.	82,5	76,9	101,4	74,0	73,3	78,8	95,8	
1941	56,1	59,5	45,0	62,6	81,8	.	82,5	76,9	101,4	74,0	73,3	78,8	95,8	
1942	56,1	59,5	45,0	62,6	81,8	.	82,5	76,9	101,4	74,0	73,3	78,8	95,8	
1943	56,1	59,5	44,9	62,6	81,8	.	82,5	76,9	101,4	61,1	60,7	62,1	95,8	
1944	56,3	59,5	45,6	62,6	81,8	.	82,5	76,9	101,4	55,4	55,2	55,9	95,8	
1945	56,5	59,5	46,7	62,6	81,8	.	82,5	76,9	101,4	49,6	49,6	49,7	95,8	
Bundesgebiet															
1946	101,6	107,8	84,5	114,7	83,0	.	82,5	76,9	101,4	91,0	91,0	91,2	175,7	
1947	110,6	117,5	92,1	125,4	83,3	.	82,5	76,9	101,4	99,3	99,3	99,5	191,7	
1948	102,1	108,8	83,9	115,7	83,1	.	82,5	76,9	101,4	88,9	88,5	89,6	171,0	
1949	85,2	91,5	67,6	96,9	82,9	.	82,5	76,9	101,4	74,2	73,3	75,8	142,1	
1950	88,1	86,9	91,5	82,9	74,4	92,6	81,9 ¹⁾	117,8	85,7 ²⁾	76,7	100,1 ³⁾	74,6	75,0	73,7	158,3
1951	89,1	88,0	92,6	82,9	75,6	92,6	86,3	117,1	86,1	76,7	100,1	74,6	75,0	73,7	158,3
1952	91,6	90,6	92,6	82,9	87,4	92,7	86,3	116,6	86,0	76,6	99,7	74,6	75,0	73,7	158,3
1953	91,0	90,2	92,0	83,0	87,5	92,6	86,1	107,3	86,0	76,7	99,7	74,6	75,0	73,7	158,3
1954	94,5	93,6	95,7	91,5	88,4	95,6	92,1	112,4	92,9	88,4	99,5	74,6	75,0	73,7	158,3
1955	98,1	97,4	100,0	100,0	88,8	98,5	98,3	112,3	99,7	100,0	99,3	74,6	75,0	73,7	158,3
1956	98,0	97,3	100,0	100,0	88,6	98,5	98,3	111,5	99,7	100,0	99,2	74,6	75,0	73,7	158,3
1957	97,9	97,4	100,0	100,0	88,8	98,5	98,3	108,6	99,7	100,0	99,2	84,5	91,4	73,7	116,9
1958	99,4	99,0	100,0	100,0	95,9	99,6	98,3	106,7	99,8	100,0	99,5	97,1	99,5	93,4	100,0
1959	99,9	99,9	100,0	100,0	99,5	99,6	99,6	100,2	99,8	100,0	99,5	100,0	100,0	100,0	100,0
1960	99,9	99,9	100,0	100,0	99,5	99,6	100,0	100,2	99,8	100,0	99,5	100,0	100,0	100,0	100,0
1961	100,0	100,0	100,0	100,0	99,8	100,0	100,0	100,1	99,8	100,0	99,5	100,0	100,0	100,0	100,0
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	115,6	116,4	118,9	110,8	115,3	100,0	116,6	100,0	146,7	134,4	164,9	109,7	107,7	112,3	179,6
1964	121,6	122,7	123,4	113,0	118,6	148,1	119,9	99,9	156,1	141,3	177,8	109,7	107,7	112,3	179,6
1965	125,0	123,2	124,0	113,0	119,1	148,1	119,8	161,8	156,1	141,3	177,8	109,7	107,7	112,3	179,6
1966	150,2	149,6	156,4	133,9	136,3	148,7	150,3	162,6	203,9	175,5	245,7	119,9	115,9	125,4	254,4
1967	160,9	160,8	167,4	140,9	142,4	192,8	160,5	162,7	219,8	186,8	268,4	121,9	117,5	128,0	269,3
1968	160,9	160,8	167,4	140,9	142,5	191,7	160,5	162,7	219,8	186,8	268,5	121,9	117,5	128,0	269,3
1969	162,1	160,9	167,4	140,9	143,1	191,7	160,5	184,9	216,9	186,8	261,2	121,9	117,5	128,0	269,3
1970	162,6	160,8	167,4	140,9	142,4	191,7	160,5	199,9	210,6	178,9	257,4	121,9	117,5	128,0	269,3
1971	171,9	170,5	176,1	150,6	156,9	192,3	170,0	200,0	210,6	178,9	257,4	126,6	125,2	128,3	269,3

¹⁾ Rentendienst, Rundfunkdienst, Landkraftpostdienst und Vertrieb von Wertzeichen anderer Verwaltungen (Wechselsteuermarken sowie Beitragsmarken zur Sozialversicherung). — ²⁾ Einschl. Überweisungsdienst. — ³⁾ Von 1928 bis 1949 nur Reisegepäckgebühren.

XX. Löhne und Gehälter

Vorbemerkung

Allgemeines

Die amtlichen Lohn- und Gehaltserhebungen in ihrer heutigen Form wurden erst nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut. Aus diesem Grund beziehen sich die Tabellen dieses Abschnitts zum größten Teil auf die Zeit ab 1950. Aus früheren Jahren liegen lediglich Angaben des Statistischen Reichsamtes über Industriearbeiterverdienste vor. Die Erhebungen begannen im Jahre 1927 und erstreckten sich zunächst auf die wichtigsten Industriezweige. Ab 1935 umfaßten sie die gesamte Industrie. Für die Zeit vor 1927 gibt es regelmäßige Verdienstnachweisungen nur für die Arbeiter im Steinkohlenbergbau.

Erläuterungen zu den Tabellen

In Tabelle 1 ist eine längere Indexreihe der Industriearbeiterverdienste nachgewiesen. Sie ergibt sich aus der Verkettung der vom Statistischen Reichsamt ermittelten Indices mit denen der heutigen Lohnstatistik. Hierbei mußten methodische und systematische Abweichungen (z. B. Unterschiede in der Abgrenzung und in der Zahl der erfaßten Wirtschaftszweige und in der Beschäftigtenstruktur) außer acht gelassen werden. Die Angaben sind deshalb nur mit Vorbehalt zu interpretieren. Sie vermitteln jedoch eine ungefähre Größenordnung, wie sich die Verdienste im Laufe der Zeit geändert haben.

In den Tabellen 2 bis 5 sind Ergebnisse der laufenden Verdiensterhebungen in Industrie und Handel — als Indexzahlen und in Durchschnittsbeträgen — nachgewiesen. Sie umfassen die vollbeschäftigten Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte) in der Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau) und ab 1957 die vollbeschäftigten Angestellten im Handel sowie in Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe. Als Arbeiter gelten alle Personen in abhängiger Stellung, die der Versicherungspflicht in der Arbeiterrentenversicherung unterliegen. Als Angestellte zählen Arbeitnehmer, die der Versicherungspflicht in der Angestelltenrentenversicherung unterliegen oder die von der Versicherungspflicht aufgrund besonderer Vorschriften befreit sind. Nicht erfaßt werden leitende Angestellte mit voller Aufsichts- und Dispositionsbefugnis, Meister, Lehrlinge, mithelfende Familienangehörige sowie Arbeiter und Angestellte, die als Empfänger von Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung ein vermindertes Arbeitsentgelt beziehen. Die Leistungsgruppen stellen Zusammenfassungen von Arbeiter- bzw. Angestellten- gruppen ungefähr gleicher Qualifikation dar, wobei als Qualifikationsmerkmale Berufsausbildung und -erfahrung gelten. Bei den Arbeitern werden drei Leistungsgruppen gebildet. Dabei entspricht weitgehend die Leistungsgruppe 1 den Facharbeitern, die Leistungsgruppe 2 den angelernten Arbeitern und die Leistungsgruppe 3 den Hilfsarbeitern. Bei den Angestellten wurden vier Leistungsgruppen gebildet. Sie unterscheiden zwischen Angestellten mit besonderer Erfahrung und selbständiger Leistung in verantwortlicher Tätigkeit mit eingeschränkter Dispositionsbefugnis (Leistungsgruppe II), Angestellte mit mehrjähriger Berufserfahrung, die nach allgemeiner Anweisung selbständig arbeiten (Leistungsgruppe III), Angestellte in einfacher Tätigkeit, deren Ausübung eine abgeschlossene Berufsausbildung erfordert (Leistungsgruppe IV) und Angestellte in einfacher, schematischer oder mechanischer Tätigkeit, die keine Berufsausbildung voraussetzt (Leistungsgruppe V).

In den Tabellen 6 und 7 sind die Indices der tariflichen Stundenlöhne in der Landwirtschaft sowie der tariflichen Stundenlöhne und der tariflichen Monatsgehälter in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften dargestellt. Sie bauen auf den Lohn- bzw. Gehaltssätzen der in den Tarifverträgen vereinbarten Lohn- bzw. Gehaltstafeln auf und lassen Zulagen und Zuschläge unberücksichtigt. Wie die Indices der Effektivverdienste gehen auch sie von der Besetzung mit Beschäftigten zum Basiszeitpunkt aus, ohne eine zwischenzeitliche Anpassung an Änderungen in der Struktur der Arbeitnehmerschaft.

1. Indices der durchschnittlichen Bruttoverdienste der Arbeiter in der Industrie

1962 = 100

Jahr	Index der Bruttostunden- verdienste		Jahr	Index der Bruttostunden- verdienste		Jahr	Index der Bruttostunden- verdienste	
	stunden- verdienste	wochen- verdienste		stunden- verdienste	wochen- verdienste		stunden- verdienste	wochen- verdienste
Reichsgebiet			Reichsgebiet			Bundesgebiet		
1913/14	14,8	18,4	1940	25,4	28,1	1957 ²⁾	66,1	68,4
1925	21,6	22,6	1941	26,6	30,0	1958 ²⁾	70,6	71,6
1926	23,0	23,5	1942	27,0	30,1	1959 ²⁾	74,4	75,3
1927	25,2	26,6	1943	27,2	30,3	1960	81,3	82,4
1928	28,0	30,2	1944 ¹⁾	27,1	30,1	1961	89,7	90,8
1929	29,6	31,1				1962	100	100
1930	28,7	28,6				1963	107,5	106,8
1931	26,5	25,2				1964	116,5	115,2
1932	22,3	20,8	Bundesgebiet			1965	127,9	127,0
1933	21,6	21,3	1950 ²⁾	38,9	41,9	1966	136,4	134,2
1934	22,1	22,8	1951 ²⁾	44,7	47,8	1967	140,7	133,4
1935	22,5	23,4	1952 ²⁾	48,2	51,4	1968	146,9	142,5
1936	22,8	24,2	1953 ²⁾	50,5	54,1	1969	160,1	158,0
1937	23,3	25,1	1954 ²⁾	51,8	56,1	1970	182,4	179,9
1938	24,1	26,3	1955 ²⁾	55,3	60,1	1971	204,3	198,0
1939	24,8	27,3	1956 ²⁾	60,8	65,0			

1) März. — 2) Bundesgebiet ohne Saarland.

2. Index der durchschnittlichen bezahlten Wochenstunden und Bruttoverdienste der Arbeiter in der Industrie*)

1962 = 100

Bundesgebiet

Jahr ¹⁾	Bezahlte Wochenstunden			Bruttostundenverdienste			Bruttowochenverdienste		
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen
1950 ²⁾	107,4	107,5	106,9	38,9	39,6	35,9	41,9	42,6	38,4
1951 ²⁾	106,3	106,7	104,3	44,7	45,6	41,3	47,8	48,7	43,1
1952 ²⁾	106,4	106,5	105,9	48,2	49,2	43,9	51,4	52,5	46,4
1953 ²⁾	106,9	106,7	107,8	50,5	51,4	46,0	54,1	55,0	49,6
1954 ²⁾	107,9	107,8	108,5	51,8	52,8	47,3	56,1	57,0	51,5
1955 ²⁾	108,5	108,4	108,8	55,3	56,4	50,3	60,1	61,2	54,7
1956 ²⁾	107,0	106,8	107,6	60,8	61,9	55,6	65,0	66,1	59,8
1957 ²⁾	103,8	103,4	104,9	66,1	67,2	61,2	68,4	69,3	64,1
1958 ²⁾	101,7	101,6	102,0	70,6	71,5	66,4	71,6	72,5	67,8
1959 ²⁾	101,4	101,2	102,1	74,4	75,2	70,8	75,3	75,9	72,5
1960	101,5	101,4	101,9	81,3	81,8	79,1	82,4	82,8	80,7
1961	101,3	101,4	100,8	89,7	89,8	89,0	90,8	90,9	89,9
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	99,4	99,5	98,8	107,5	107,4	108,3	106,8	106,7	107,1
1964	98,7	98,9	98,1	116,5	116,4	116,9	115,2	115,1	115,0
1965	99,2	99,1	99,2	127,9	127,8	128,2	127,0	126,8	127,3
1966	98,3	98,3	98,6	136,4	135,9	138,6	134,2	133,5	137,2
1967	94,9	94,7	95,6	140,7	140,0	144,3	133,4	132,4	138,2
1968	97,0	96,9	97,5	146,9	146,2	150,3	142,5	141,6	147,0
1969	98,6	98,6	98,7	160,1	159,3	163,5	158,0	157,2	161,7
1970	98,6	98,7	98,0	182,4	182,0	184,4	179,9	179,6	181,3
1971	97,0	97,0	97,1	204,3	203,7	206,7	198,0	197,3	201,3

*) Einschl. Hoch- und Tiefbau, dieser mit Handwerk.

1) Durchschnitt, errechnet aus vier Erhebungsmonaten (1950 bis 1951: März, Juni, September, Dezember; 1952 bis 1963: Februar, Mai, August, November; ab 1964: Januar, April, Juli, Oktober). — 2) Bundesgebiet ohne Saarland.

3. Durchschnittliche Wochenarbeitszeiten und Bruttoverdienste der Arbeiter in der Industrie nach Leistungsgruppen*)

Bundesgebiet

Jahr ¹⁾	Geleistete Wochenarbeitsstunden			Bezahlte Wochenstunden			Bruttostundenverdienste			Bruttowochenverdienste						
	zu- sam- men	Leistungsgruppe			zu- sam- men	Leistungsgruppe			zu- sam- men	Leistungsgruppe						
		1	2	3		1	2	3		1	2	3				
	Std						DM									
Männer																
1950 ²⁾	49,3	.	.	.	1,41	.	.	.	70	.	.	.
1951 ²⁾	48,9	.	.	.	1,62	.	.	.	79	.	.	.
1952 ²⁾	48,7	.	.	.	1,75	.	.	.	85	.	.	.
1953 ²⁾	48,8	.	.	.	1,82	.	.	.	89	.	.	.
1954 ²⁾	49,6	.	.	.	1,87	.	.	.	93	.	.	.
1955 ²⁾	49,7	.	.	.	2,00	.	.	.	99	.	.	.
1956 ²⁾	49,0	.	.	.	2,17	.	.	.	107	.	.	.
1957 ²⁾	43,6	43,6	43,3	43,5	47,0	47,1	46,9	46,6	2,36	2,54	2,31	2,00	111	119	109	93
1958 ²⁾	42,2	42,2	41,9	42,1	46,3	46,4	46,3	45,9	2,51	2,70	2,45	2,12	116	124	114	97
1959 ²⁾	41,9	41,7	41,9	41,9	46,2	46,1	46,2	45,8	2,64	2,82	2,57	2,24	122	130	119	103
1960 ²⁾	42,7	42,6	42,6	42,5	46,2	46,2	46,2	45,7	2,89	3,07	2,82	2,45	134	142	131	112
1961 ³⁾	41,6	41,6	41,4	41,5	46,1	46,3	46,0	45,7	3,17	3,36	3,10	2,70	147	156	143	124
1962 ³⁾	41,4	41,4	41,1	41,5	45,5	45,6	45,3	45,3	3,53	3,74	3,43	3,01	161	171	155	136
1963 ³⁾	40,9	40,9	40,5	41,1	45,3	45,4	45,1	45,1	3,79	4,02	3,66	3,25	171	183	165	146
1964	42,0	41,9	41,9	42,4	44,9	45,0	44,9	44,8	4,15	4,40	4,00	3,56	186	198	179	159
1965	41,0	40,9	41,0	41,5	45,1	45,1	45,1	45,0	4,54	4,82	4,36	3,88	205	218	197	175
1966	40,8	40,7	40,8	41,3	44,7	44,7	44,7	44,6	4,84	5,14	4,64	4,13	216	230	208	184
1967	40,3	40,2	40,2	40,9	43,0	43,0	42,9	43,1	4,99	5,27	4,78	4,23	215	228	206	183
1968	39,9	39,9	39,7	40,2	44,0	44,1	44,0	43,9	5,18	5,49	4,99	4,42	228	242	219	195
1969	40,4	40,6	40,4	40,5	44,8	45,0	44,7	44,5	5,71	6,05	5,49	4,89	256	272	246	218
1970	40,1	40,2	39,7	40,1	44,8	45,1	44,7	44,5	6,49	6,90	6,23	5,59	292	311	279	249
1971	38,1	38,5	37,7	38,1	43,9	44,3	43,8	43,8	7,25	7,74	6,92	6,20	320	343	304	271
Frauen																
1950 ²⁾	44,3	.	.	.	0,86	.	.	.	38	.	.	.
1951 ²⁾	43,3	.	.	.	0,99	.	.	.	43	.	.	.
1952 ²⁾	43,8	.	.	.	1,04	.	.	.	46	.	.	.
1953 ²⁾	44,6	.	.	.	1,09	.	.	.	49	.	.	.
1954 ²⁾	45,0	.	.	.	1,12	.	.	.	51	.	.	.
1955 ²⁾	45,2	.	.	.	1,19	.	.	.	54	.	.	.
1956 ²⁾	44,6	.	.	.	1,32	.	.	.	59	.	.	.
1957 ²⁾	40,6	40,6	40,1	40,8	43,6	43,1	43,4	44,1	1,45	1,53	1,50	1,39	64	67	65	61
1958 ²⁾	38,6	38,3	38,1	39,1	42,5	41,7	42,2	43,1	1,57	1,67	1,63	1,51	67	70	68	65
1959 ²⁾	38,4	38,4	38,1	38,7	42,7	42,1	42,5	43,0	1,68	1,79	1,73	1,62	72	75	73	69
1960 ²⁾	39,0	38,8	38,7	39,3	42,6	41,9	42,5	42,8	1,88	2,01	1,93	1,81	80	85	82	78
1961 ³⁾	37,5	37,1	37,2	37,7	42,1	41,6	42,1	42,4	2,12	2,27	2,18	2,03	89	95	92	86
1962 ³⁾	37,8	37,8	37,5	37,9	41,8	41,3	41,7	42,0	2,38	2,54	2,45	2,29	99	105	102	96
1963 ³⁾	37,1	36,9	36,7	37,3	41,3	40,8	41,1	41,6	2,58	2,79	2,66	2,47	106	114	109	102
1964	38,0	38,3	37,9	38,0	41,0	40,9	40,8	41,1	2,80	3,07	2,88	2,70	115	125	117	111
1965	37,2	37,6	37,1	37,3	41,4	41,2	41,3	41,4	3,09	3,41	3,17	2,97	128	140	131	123
1966	37,2	37,5	37,2	37,3	41,1	40,9	41,1	41,2	3,33	3,69	3,42	3,21	137	151	140	132
1967	37,2	37,3	37,1	37,2	39,8	39,3	39,7	40,0	3,46	3,78	3,53	3,34	138	149	140	134
1968	36,4	36,6	36,6	36,5	40,6	40,7	40,6	40,7	3,60	3,95	3,67	3,48	146	160	149	142
1969	36,7	37,0	36,7	36,7	41,0	41,1	41,0	41,0	3,97	4,32	4,04	3,86	163	178	166	159
1970	35,9	36,7	35,9	35,7	40,7	40,8	40,8	40,8	4,49	4,90	4,56	4,37	183	200	186	178
1971	34,4	35,0	34,5	34,5	40,5	40,4	40,2	40,4	5,05	5,48	5,12	4,92	204	222	207	199

*) Einschl. Hoch- und Tiefbau, dieser mit Handwerk.

1) Errechnet aus vier Erhebungsmonaten (1950 bis 1951: März, Juni, September, Dezember; 1952 bis 1963: Februar, Mai, August, November; ab 1964: Januar, April, Juli, Oktober). — 2) Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — 3) Bundesgebiet ohne Berlin.

4. Index der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie und Handel*)

1962 = 100
Bundesgebiet

Jahr ¹⁾	Kaufmännische und techn. Angestellte			Kaufmännische Angestellte			Männliche technische Angestellte
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	
1957 ²⁾	71,9	72,3	71,0	71,6	72,1	70,9	72,7
1958 ²⁾	75,9	76,5	74,8	75,6	76,2	74,7	76,9
1959 ²⁾	79,0	79,5	77,7	78,7	79,5	77,7	79,6
1960	84,8	85,3	83,5	84,6	85,4	83,5	85,4
1961	92,1	92,5	91,2	91,9	92,5	91,2	92,5
1962	100	100	100	100	100	100	100
1963	106,5	106,2	107,3	107,0	106,8	107,3	105,5
1964	113,5	112,9	114,6	114,1	113,8	114,6	111,8
1965	122,9	122,1	124,5	123,7	123,2	124,6	120,6
1966	131,8	130,7	134,2	133,1	132,2	134,4	128,3
1967	137,0	135,8	139,8	138,6	137,6	139,9	132,8
1968	143,5	142,5	145,8	144,9	144,1	145,9	139,8
1969	154,7	153,8	156,8	155,9	155,1	156,9	151,6
1970	172,9	171,5	176,0	174,3	173,0	176,1	169,1
1971	192,3	190,2	197,0	194,0	191,7	197,1	187,7

*) Industrie: einschl. Hoch- und Tiefbau, dieser mit Handwerk; Handel: einschl. Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.

¹⁾ Errechnet aus vier Erhebungsmonaten (1957 bis 1963: Februar, Mai, August, November; ab 1964: Januar, April, Juli, Oktober). —

²⁾ Bundesgebiet ohne Saarland.

5. Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie und Handel nach Leistungsgruppen*)

DM

Bundesgebiet

Jahr ¹⁾	Kaufmännische u. technische Angestellte	Kaufmännische Angestellte					Technische Angestellte				
		Zusammen	Leistungsgruppe				Zusammen	Leistungsgruppe			
			II	III	IV	V		II	III	IV	V
Männer											
1957 ²⁾	598	560	813	587	412	352	679	874	665	506	394
1958 ²⁾	634	594	862	620	430	370	720	928	702	532	405
1959 ²⁾	663	620	900	647	444	387	750	967	728	550	422
1960 ²⁾	717	672	964	694	477	430	813	1 040	782	596	463
1961 ³⁾	782	733	1 040	752	521	471	882	1 123	847	652	520
1962 ²⁾	848	794	1 117	812	568	509	957	1 213	917	708	572
1963 ³⁾	904	850	1 184	863	610	554	1 012	1 275	969	752	610
1964	969	911	1 257	923	660	592	1 079	1 354	1 033	805	653
1965	1 055	994	1 349	1 002	724	639	1 170	1 454	1 115	876	728
1966	1 134	1 070	1 440	1 076	779	688	1 252	1 545	1 187	939	792
1967	1 175	1 112	1 492	1 122	808	710	1 291	1 611	1 222	970	816
1968	1 234	1 166	1 560	1 172	841	749	1 358	1 688	1 278	1 019	884
1969	1 356	1 278	1 694	1 274	918	820	1 496	1 838	1 406	1 121	953
1970	1 519	1 432	1 887	1 414	1 035	932	1 672	2 029	1 567	1 260	1 064
1971	1 690	1 591	2 081	1 561	1 159	1 035	1 862	2 242	1 735	1 406	1 136
Frauen											
1957 ²⁾	345	342	618	461	315	258	424	704	503	369	301
1958 ²⁾	363	360	676	487	329	273	446	789	537	395	319
1959 ²⁾	379	376	704	507	344	288	465	829	562	412	333
1960 ²⁾	410	407	754	539	370	322	501	878	604	448	368
1961 ³⁾	451	448	810	583	407	353	543	915	650	492	404
1962 ²⁾	496	493	877	636	448	388	593	992	707	537	439
1963 ³⁾	536	533	929	678	484	423	631	1 056	747	568	468
1964	578	574	1 002	728	522	455	673	1 125	788	601	507
1965	635	631	1 076	792	573	494	736	1 220	849	656	555
1966	690	684	1 146	854	620	529	802	1 356	915	704	595
1967	720	714	1 197	891	644	549	840	1 467	960	726	617
1968	752	746	1 247	932	668	575	874	1 546	1 004	752	623
1969	824	817	1 352	1 016	727	629	960	1 660	1 100	826	681
1970	930	922	1 497	1 139	819	708	1 077	1 804	1 223	928	758
1971	1 044	1 035	1 658	1 269	919	790	1 206	1 961	1 358	1 048	847

*) Industrie: einschl. Hoch- und Tiefbau, dieser mit Handwerk; Handel: einschl. Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.

¹⁾ Errechnet aus vier Erhebungsmonaten (1957 bis 1963: Februar, Mai, August, November; ab 1964: Januar, April, Juli, Oktober). —

²⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — ³⁾ Bundesgebiet ohne Berlin.

6. Index der Tariflöhne und -gehälter in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften

1962 = 100

Bundesgebiet

Jahr	Stundenlöhne			Wochenlöhne			Monatsgehälter		
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen
1950 ¹⁾	.	47,6	42,7	48,7	47,7
1951 ²⁾	.	52,4	46,8	53,5	52,1
1952 ²⁾	.	55,3	49,1	56,9	55,2
1953 ²⁾	.	57,5	51,5	60,6	58,7
1954 ²⁾	.	58,8	52,8	62,8	61,0
1955 ²⁾	.	62,0	55,6	66,4	65,0
1956 ²⁾	.	67,0	61,8	.	73,4	68,1	.	71,4	70,5
1957 ²⁾	.	71,9	67,1	.	75,7	71,0	.	74,3	74,0
1958 ²⁾	75,5	76,1	72,9	78,6	79,1	75,9	78,2	78,4	77,9
1959 ²⁾	78,5	79,0	76,4	80,6	81,0	78,6	80,8	80,9	80,6
1960 ²⁾	84,1	84,3	82,9	85,5	85,7	84,4	86,3	86,4	86,2
1961 ³⁾	91,0	91,0	90,5	92,3	92,3	91,8	93,1	93,1	93,1
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	106,7	106,4	107,5	105,9	105,6	106,5	105,8	105,6	106,1
1964	113,8	113,5	114,7	111,1	110,6	112,2	110,7	110,4	111,1
1965	122,6	122,4	123,1	118,8	118,5	119,5	117,9	117,6	118,2
1966	131,5	131,1	132,9	126,7	126,3	127,9	125,1	124,8	125,6
1967	137,3	137,0	139,0	130,6	130,1	132,4	129,1	128,6	129,8
1968	142,9	142,6	144,4	135,5	135,1	137,3	133,3	132,8	134,0
1969	152,7	152,4	154,0	144,3	143,8	146,1	141,4	141,0	141,9
1970	173,5	173,3	174,6	162,7	162,3	164,3	156,5	156,3	156,9
1971	197,8	197,3	200,1	184,6	184,0	187,1	173,1	173,1	173,0

¹⁾ November. — ²⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — ³⁾ Bundesgebiet ohne Berlin.

7. Index der Tariflöhne in der Landwirtschaft*)

1962 = 100

Bundesgebiet

Jahr	Gesamtlöhne			Stundenlöhne				Monatslöhne*)		
	Arbeiter insgesamt	Arbeiter		Fach-arbeiter	Land-arbeiter	Angelernte Arbeiter		Land-arbeiter	Angelernte Arbeiter	
		für schwere Arbeiten (einschl. Fach- und Land-arbeiter)	für leichte Arbeiten (ohne Fach- und Land-arbeiter)			für schwere Arbeiten	für leichte Arbeiten		für schwere Arbeiten	für leichte Arbeiten
1950 ¹⁾	39,8	38,9	41,7
1951	44,4	43,7	45,9
1952	49,5	49,1	50,4
1953	51,3	50,9	52,1
1954	52,6	52,1	53,6
1955	55,5	55,1	56,3
1956	61,2	61,0	61,6
1957	66,2	66,2	66,2
1958	70,9	70,9	70,9
1959	75,2	75,2	75,2
1960	79,7	79,7	79,8
1961	88,6	88,5	88,9
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	109,5	109,5	109,5	110,6	110,5	109,7	111,1	109,0	109,0	108,6
1964	119,3	119,4	119,2	120,3	120,9	119,8	121,7	118,5	118,5	117,8
1965	132,3	132,1	132,8	132,4	132,5	132,2	133,9	131,5	132,5	132,2
1966	144,0	143,6	144,9	143,5	143,2	143,1	145,1	143,7	144,5	144,8
1967	147,0	146,5	148,2	146,2	145,8	145,7	147,9	146,6	148,0	148,4
1968	152,6	152,1	154,0	152,0	151,4	151,3	154,0	152,3	153,5	153,9
1969	163,7	163,6	164,0	162,3	161,8	161,7	164,6	165,0	165,8	163,6
1970	181,5	181,5	181,3	180,2	179,9	179,7	182,6	182,7	184,0	180,6
1971	202,4	202,4	202,6	200,9	200,1	200,1	204,0	204,1	205,5	201,8

*) Bundesgebiet (ohne Hamburg, Bremen, Saarland und Berlin).

¹⁾ November. — ²⁾ Einschl. des Wertes für Kost und Unterkunft.

XXI. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Vorbemerkung

Allgemeines

Erste Schätzungen des Volkseinkommens des Deutschen Reiches wurden schon vor dem ersten Weltkrieg von verschiedenen Wissenschaftlern vorgelegt. In den zwanziger Jahren wurden Angaben über das Volkseinkommen zum wichtigen politischen Datum in der Auseinandersetzung um Kriegsschulden und Reparationen. In dieser Zeit begann auch die amtliche Statistik ihre Volkseinkommensberechnungen. Im Jahr 1932 legte das Statistische Reichsamt als Einzelschrift 24 zur Statistik des Deutschen Reiches unter dem Titel »Das deutsche Volkseinkommen vor und nach dem Kriege« eine umfassende Volkseinkommensberechnung für die Jahre 1891 bis 1913 und 1925 bis 1931 vor. Diese Berechnungen wurden in den folgenden Jahren bis Anfang des zweiten Weltkrieges fortgeführt und stellen heute die wichtigste Quelle für die Sozialproduktberechnungen der Vorkriegszeit dar. Die Berechnungen des Statistischen Reichsamtes geben in zusammengefaßter Form ein Bild der Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft und der Quellen ihrer Einkommen. Grundlage für die Berechnung waren in erster Linie Steuerstatistiken.

Das Statistische Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes nahm 1948 im Rahmen der Bemühungen, Orientierungsmittel für die Verteilung der Marshallplan-Hilfe bereitzustellen, die Berechnung gesamtwirtschaftlicher Leistungsgrößen wieder auf. Das Schwergewicht lag bei Angaben über Höhe und Entwicklung des Sozialprodukts. In rascher Folge wurden vom Statistischen Bundesamt — das 1950 aus dem Statistischen Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes hervorging — die methodischen Ansätze für die Entstehungs-, Verwendungs- und Verteilungsrechnung des Sozialprodukts entwickelt und erste Ergebnisse veröffentlicht. Dabei mußte man sich zunächst noch weitgehend auf wirtschaftsstatistisches Basismaterial aus der Vorkriegszeit stützen. Bei diesen Arbeiten wurden die Ergebnisse der Volkseinkommensberechnung des Statistischen Reichsamtes soweit wie möglich an die neuen Konzepte angeglichen und um Angaben für Abschreibungen und für den Saldo aus indirekten Steuern und Subventionen ergänzt, so daß seitdem auch — und zwar für die Jahre 1925 bis 1939 — Zahlen über das Brutto- und Nettosozialprodukt zu Marktpreisen für das Reichsgebiet vorliegen. Die Ergebnisse wurden vom Statistischen Bundesamt seinerzeit auch auf den Gebietsstand der Bundesrepublik umgerechnet (entsprechend der Sozialproduktberechnung für die fünfziger Jahre für das Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin). Die Angaben für die Vorkriegszeit auf den folgenden Tabellen beruhen auf diesen Berechnungen. Da die Berechnungsgrundlagen und -methoden der Vorkriegszeit nicht unerheblich von denen der Nachkriegsjahre abweichen, ist ein Vergleich der Vor- und Nachkriegszahlen nur mit Einschränkungen möglich.

Im Jahr 1957 war das statistische Ausgangsmaterial der Nachkriegszeit so weit verbessert, daß eine erste umfassende Neuberechnung des Sozialprodukts vorgelegt werden konnte, die ausschließlich auf Nachkriegszahlen basiert. 1960 folgte die Veröffentlichung des vereinfachten Kontensystems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (für den Zeitraum ab 1950). Das Kontensystem wurde 1970 im Zuge einer größeren Revision der Berechnungen in verschiedener Hinsicht erweitert. Derartige größere Revisionen dienen dazu, neue bzw. nur in mehrjährigen Abständen anfallende statistische Ausgangsdaten in die Berechnungen einzuarbeiten; die Ergebnisse ab 1950 entsprechen dem neuesten Berechnungsstand.

In engem Zusammenhang mit der Entwicklung der Konten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen steht der Aufbau der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank. Relativ neue, umfassende Arbeitsgebiete im Rahmen der amtlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die in diesem Band nicht berücksichtigt werden können, stellen die Aufstellung von Input-Output-Tabellen und die Berechnung des reproduzierbaren Anlagevermögens durch das Statistische Bundesamt dar.

Erläuterungen zu den Tabellen

Die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Bundesrepublik verwendeten Konzepte, Definitionen, Abgrenzungen usw. entsprechen weitgehend den Empfehlungen der internationalen Organisationen.

Das Sozialprodukt gibt in zusammengefaßter Form die wirtschaftliche Leistung der Volkswirtschaft, d. h. der ständigen Bewohner (Personen und Institutionen) des Landes, wieder. Es wird sowohl brutto als auch — nach Abzug von verbrauchsbedingten Abschreibungen — netto dargestellt. Die Größen können zu Marktpreisen oder — nach Absetzung der bei der Gewinnermittlung abzugsfähigen Steuern (indirekte Steuern) und Hinzurechnung der staatlichen Subventionen — zu Faktorkosten bewertet werden. Angaben für das Sozialprodukt (zu Marktpreisen) in konstanten Preisen eines bestimmten Basisjahres lassen erkennen, wieweit die Entwicklung in jeweiligen Preisen auf Preis- oder Mengenänderungen beruht.

Das Volkseinkommen (Nettosozialprodukt zu Faktorkosten) entspricht dem Gesamtbetrag der Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die den ständigen Bewohnern (Personen und Institutionen) als Ergebnis der primären Einkommensverteilung zugeflossen sind. Als wichtiger Bestandteil des Volkseinkommens wird in den Tabellen 2 und 3 das Einkommen aus unselbständiger Arbeit dargestellt.

Die Entstehung des Sozialprodukts wird über die Beiträge der einzelnen Wirtschaftsbereiche zum Inlandsprodukt berechnet (Tabelle 4). Das Inlandsprodukt — die innerhalb der Grenzen der Bundesrepublik erbrachte wirtschaftliche Leistung — unterscheidet sich vom Sozialprodukt rechnerisch um die von Inländern im Ausland erworbenen Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen, vermindert um die Einkommen, die Ausländer aus dem Inland bezogen haben. Abgesehen von speziellen Regeln für die Ermittlung der vom Staat, von privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter und privaten Haushalten erbrachten Leistungen wird der

Beitrag eines Bereichs zum Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen ermittelt, indem vom Bruttoproduktionswert (Wert der Verkäufe von Waren und Dienstleistungen, Bestandsveränderungen an Halb- und Fertigwaren eigener Produktion, selbsterstellte Anlagen) die Vorleistungen (Wert der von anderen Wirtschaftseinheiten bezogenen Waren und Dienste) abgezogen werden. Die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in konstanten Preisen je durchschnittlich Erwerbstätigen (Tabelle 6) gibt einen Anhaltspunkt für die Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität.

Auf der Verwendungsseite des Sozialprodukts (Tabelle 5) umfaßt der Private Verbrauch die Waren- und Dienstleistungskäufe der privaten Haushalte für Konsumzwecke und den Eigenverbrauch der privaten Organisationen. Der Staatsverbrauch enthält außer dem laufenden Personal- und Sachaufwand auch die Aufwendungen für dauerhafte militärische Ausrüstungen und militärische Bauten. Zu den Anlageinvestitionen rechnen auch die Selbsterstellung von dauerhaften Produktionsmitteln und angefangene Bauten, wogegen geringfügige und kurzlebige Wirtschaftsgüter ausgeschlossen bleiben. Die Vorratsveränderungen setzen sich zusammen aus Bestandsveränderungen an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sowie an Halb- und Fertigwaren. Die Differenz zwischen der Aus- und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen wird als Außenbeitrag bezeichnet. In die Aus- und Einfuhr sind unentgeltliche nichtmilitärische Leistungen zwischen Regierungen, Konsumausgaben von Ausländern im Inland bzw. von Inländern im Ausland sowie die in beiden Richtungen gezahlten Erwerbs- und Vermögenseinkommen eingeschlossen.

Tabelle 7 zeigt die Verwendung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte. Das verfügbare Einkommen gibt den Einkommensbetrag an, der den privaten Haushalten (einschl. der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter) nach der Verteilung der Erwerbs- und Vermögenseinkommen und nach der Umverteilung über empfangene und geleistete laufende Übertragungen für den Privaten Verbrauch und die Ersparnis zur Verfügung steht.

1. Brutto- und Nettosozialprodukt

a) Insgesamt

Jahr	In jeweiligen Preisen						In konstanten Preisen*)			
	Brutto-sozial-produkt	Nettosozialprodukt		Brutto-sozial-produkt	Nettosozialprodukt		Brutto-sozial-produkt	Netto-sozial-produkt zu Markt-preisen	Brutto-sozial-produkt	Netto-sozial-produkt zu Markt-preisen
		zu Markt-preisen	zu Faktor-kosten (Volksein-kommen)		zu Markt-preisen	zu Faktor-kosten (Volksein-kommen)				
Mrd. M/RM/DM			1925 bzw. 1950 = 100			Mrd. RM/DM		1925 bzw. 1950 = 100		
Reichsgebiet										
1913 ¹⁾			50,0			87				
1925 ¹⁾	70,4	64,8	57,4	100	100	100	59,7	54,9	100	100
1926 ¹⁾	73,7	67,8	60,1	105	105	105	61,4	56,5	103	103
1927 ¹⁾	82,3	75,9	67,3	117	117	117	67,5	62,2	113	113
1928 ¹⁾	88,1	81,4	72,4	125	126	126	70,5	65,1	118	119
1929 ¹⁾	88,4	81,4	72,3	126	126	126	70,2	64,6	118	118
1930 ¹⁾	82,4	75,5	66,2	117	117	115	69,2	63,4	116	115
1931 ¹⁾	69,0	62,6	53,8	98	97	94	63,9	58,0	107	106
1932 ¹⁾	56,7	50,9	42,6	81	79	74	59,1	53,0	99	97
1933 ¹⁾	58,4	52,6	44,1	83	81	77	62,8	56,6	105	103
1934 ¹⁾	65,5	59,7	50,5	93	92	88	68,2	62,2	114	113
1935 ¹⁾	73,1	66,7	56,9	104	103	99	74,6	68,1	125	124
1936	81,2	74,2	63,6	115	115	111	81,2	74,2	136	135
1937	90,9	83,5	71,5	129	129	125	90,0	82,7	151	151
1938 ²⁾	100,2	92,4	79,8	142	143	139	99,2	91,5	166	167
1939 ²⁾	109,3	101,2	87,2	155	156	152	107,2	99,2	180	181
Bundesgebiet										
1925 ³⁾	41,6	38,3	34,0	100	100	100	35,3	32,5	100	100
1926 ³⁾	43,6	40,2	35,6	105	105	105	36,3	33,5	103	103
1927 ³⁾	48,7	45,0	39,9	117	117	117	39,9	36,9	113	114
1928 ³⁾	52,1	48,2	42,9	125	126	126	41,7	38,6	118	119
1929 ³⁾	52,3	48,3	42,9	126	126	126	41,5	38,3	118	118
1930 ³⁾	48,8	44,8	39,3	117	117	116	41,0	37,6	116	116
1931 ³⁾	40,8	37,1	31,9	98	97	94	37,8	34,4	107	106
1932 ³⁾	33,6	30,2	25,3	81	79	74	35,0	31,5	99	97
1933 ³⁾	34,5	31,1	26,1	83	81	77	37,1	33,4	105	103
1934 ³⁾	38,8	35,4	29,9	93	92	88	40,4	36,9	114	114
1935 ³⁾	43,2	39,5	33,7	104	103	99	44,1	40,3	125	124
1936 ³⁾	47,9	43,9	37,9	115	115	111	47,9	43,9	136	135
1937 ³⁾	53,8	49,5	42,4	129	129	125	53,3	49,0	151	151
1938 ³⁾	59,2	54,7	47,3	142	143	139	58,6	54,2	166	167
1939 ³⁾	64,6	59,9	51,7	155	156	152	63,3	58,7	179	181
1950 ³⁾	98,1	89,8	76,9	100	100	100	143,6	130,9	100	100
1951 ³⁾	120,0	109,9	93,2	122	122	121	158,6	145,3	110	111
1952 ³⁾	137,0	125,5	105,7	140	140	137	172,7	158,6	120	121
1953 ³⁾	147,7	135,7	113,9	151	151	148	186,9	172,0	130	131
1954 ³⁾	158,6	146,0	122,5	162	163	159	200,8	184,9	140	141
1955 ³⁾	181,4	167,4	141,0	185	186	183	224,9	207,5	157	159
1956 ³⁾	200,5	184,7	156,5	204	206	204	241,3	222,3	168	170
1957 ³⁾	218,5	200,8	171,3	223	224	223	255,0	234,3	178	179
1958 ³⁾	234,3	214,7	183,3	239	239	238	264,5	242,1	184	185
1959 ³⁾	254,9	233,4	198,5	260	260	258	283,8	259,6	198	198
1960 ³⁾	284,7	260,4	222,3	290	290	289	309,4	282,9	215	216
1960	302,3	276,6	235,7	308	308	307	328,4	300,3	229	229
1961	332,6	303,3	258,0	339	338	336	346,2	315,6	241	241
1962	360,1	326,6	277,5	367	364	361	360,1	326,6	251	250
1963	384,0	346,8	295,8	391	386	385	372,5	336,1	259	257
1964	420,9	379,7	324,3	429	423	422	397,3	358,0	277	273
1965	460,4	414,2	355,3	469	461	462	419,5	376,8	292	288
1966	490,7	440,0	377,1	500	490	490	431,7	385,7	301	295
1967	495,5	441,7	376,0	505	492	489	430,8	381,7	300	292
1968	540,0	482,6	416,9	550	537	542	462,3	410,1	322	313
1969	603,4	539,6	459,1	615	601	597	499,3	443,5	348	339
1970	682,8	608,1	526,3	696	677	684	527,0	467,3	367	357
1971	756,1	670,6	579,9	771	747	754	541,5	477,4	377	365

Fußnoten siehe S. 261.

1. Brutto- und Nettosozialprodukt

b) Je Einwohner

Jahr	In jeweiligen Preisen						In konstanten Preisen ^{*)}			
	Brutto-sozial-produkt	Nettosozialprodukt		Brutto-sozial-produkt	Nettosozialprodukt		Brutto-sozial-produkt	Netto-sozial-produkt zu Markt-preisen	Brutto-sozial-produkt	Netto-sozial-produkt zu Markt-preisen
		zu Markt-preisen	zu Faktor-kosten (Volksein-kommen)		zu Markt-preisen	zu Faktor-kosten (Volksein-kommen)				
M/RM/DM				1925 bzw. 1950 = 100			RM/DM		1925 bzw. 1950 = 100	
Reichsgebiet										
1913 ¹⁾			746			81				
1925 ¹⁾	1 128	1 038	920	100	100	100	957	880	100	100
1926 ¹⁾	1 174	1 080	957	104	104	104	978	900	102	102
1927 ¹⁾	1 302	1 201	1 065	115	116	116	1 068	984	112	112
1928 ¹⁾	1 385	1 280	1 138	123	123	124	1 109	1 024	116	116
1929 ¹⁾	1 383	1 274	1 131	123	123	123	1 099	1 011	115	115
1930 ¹⁾	1 282	1 174	1 030	114	113	112	1 076	986	112	112
1931 ¹⁾	1 068	969	833	95	93	91	989	898	103	102
1932 ¹⁾	874	784	656	77	76	71	911	817	95	93
1933 ¹⁾	896	807	676	79	78	73	963	868	101	99
1934 ¹⁾	998	910	770	88	88	84	1 040	948	109	108
1935	1 093	997	851	97	96	92	1 115	1 018	117	116
1936	1 207	1 103	945	107	106	103	1 207	1 103	126	125
1937	1 341	1 232	1 055	119	119	115	1 327	1 220	139	139
1938 ²⁾	1 461	1 347	1 163	130	130	126	1 446	1 334	151	152
1939 ²⁾	1 577	1 460	1 258	140	141	137	1 547	1 431	162	163
Bundesgebiet										
1925 ²⁾	1 167	1 074	953	100	100	100	989	910	100	100
1926 ²⁾	1 213	1 119	991	104	104	104	1 011	933	102	103
1927 ²⁾	1 346	1 244	1 103	115	116	116	1 103	1 020	112	112
1928 ²⁾	1 431	1 324	1 179	123	123	124	1 145	1 059	116	116
1929 ²⁾	1 429	1 319	1 172	122	123	123	1 134	1 047	115	115
1930 ²⁾	1 325	1 217	1 067	114	113	112	1 113	1 023	113	112
1931 ²⁾	1 102	1 002	861	94	93	90	1 020	928	103	102
1932 ²⁾	903	812	680	77	76	71	941	846	95	93
1933 ²⁾	923	832	698	79	77	73	992	895	100	98
1934 ²⁾	1 031	941	795	88	88	83	1 074	980	109	108
1935 ²⁾	1 140	1 042	889	98	97	93	1 163	1 063	118	117
1936 ²⁾	1 255	1 150	992	108	107	104	1 255	1 150	127	126
1937 ²⁾	1 398	1 286	1 102	120	120	116	1 384	1 273	140	140
1938 ²⁾	1 521	1 406	1 216	130	131	128	1 506	1 392	152	153
1939 ²⁾	1 642	1 523	1 314	141	142	138	1 610	1 493	163	164
1950 ²⁾	2 091	1 914	1 640	100	100	100	3 061	2 791	100	100
1951 ²⁾	2 531	2 318	1 967	121	121	120	3 345	3 064	109	110
1952 ²⁾	2 870	2 628	2 215	137	137	135	3 618	3 324	118	119
1953 ²⁾	3 066	2 817	2 365	147	147	144	3 880	3 570	127	128
1954 ²⁾	3 256	2 996	2 515	156	157	153	4 122	3 795	135	136
1955 ²⁾	3 687	3 401	2 865	176	178	175	4 571	4 218	149	151
1956 ²⁾	4 026	3 709	3 144	193	194	192	4 846	4 464	158	160
1957 ²⁾	4 332	3 981	3 396	207	208	207	5 056	4 646	165	166
1958 ²⁾	4 589	4 205	3 590	219	220	219	5 181	4 742	169	170
1959 ²⁾	4 937	4 521	3 844	236	236	234	5 496	5 027	180	180
1960 ²⁾	5 456	4 991	4 259	261	261	260	5 929	5 421	194	194
1960	5 453	4 989	4 252	261	261	259	5 924	5 418	194	194
1961	5 921	5 400	4 593	283	282	280	6 163	5 617	201	201
1962	6 324	5 736	4 873	302	300	297	6 324	5 736	207	206
1963	6 668	6 022	5 136	319	315	313	6 468	5 837	211	209
1964	7 224	6 517	5 565	345	340	339	6 819	6 143	223	220
1965	7 802	7 019	6 020	373	367	367	7 109	6 386	232	229
1966	8 228	7 378	6 323	393	385	386	7 239	6 467	232	232
1967	8 276	7 377	6 280	396	385	383	7 195	6 375	235	228
1968	8 972	8 019	6 926	429	419	422	7 681	6 814	251	244
1969	9 917	8 868	7 545	474	463	460	8 206	7 288	268	261
1970	11 094	9 880	8 552	531	516	521	8 563	7 592	280	272
1971	12 168	10 792	9 332	582	564	569	8 714	7 683	285	275

¹⁾ Reichsgebiet ohne Saargebiet. — ²⁾ Gebietsstand: 31. 12. 1937. — ³⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — ⁴⁾ Bis 1939 in Preisen von 1936, ab 1950 in Preisen von 1962.

2. Einkommen aus unselbständiger Arbeit

Bundesgebiet

Jahr	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen	Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung	Zusätzliche Sozialaufwendungen der Arbeitgeber	Bruttolohn- und -gehaltsumme	Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung, Lohnsteuer u. ä.	Nettolohn- und -gehaltsumme (Sp. 5 — Sp. 6)	Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (Sp. 7 + Sp. 4)
	Mrd. RM/DM	%	Mrd. RM/DM					
	1	2	3	4	5	6	7	8
1925 ¹⁾	20,4	59,9	1,4	.	19,0	1,5	17,5	.
1926 ¹⁾	21,0	59,0	1,5	.	19,4	1,3	18,1	.
1927 ¹⁾	23,5	58,8	1,7	.	21,7	2,0	19,8	.
1928 ¹⁾	25,9	60,3	1,9	.	24,0	2,3	21,7	.
1929 ¹⁾	26,5	61,9	2,0	.	24,6	2,3	22,2	.
1930 ¹⁾	24,9	63,3	1,9	.	23,0	2,3	20,7	.
1931 ¹⁾	20,6	64,6	1,7	.	18,9	2,0	16,9	.
1932 ¹⁾	15,6	61,8	1,4	.	14,3	1,6	12,7	.
1933 ¹⁾	15,6	59,8	1,3	.	14,3	1,5	12,8	.
1934 ¹⁾	17,5	58,7	1,5	.	16,1	1,6	14,4	.
1935 ¹⁾	19,2	56,9	1,6	.	17,6	2,1	15,5	.
1936 ¹⁾	21,1	55,6	1,7	.	19,4	2,3	17,0	.
1937 ¹⁾	23,4	55,2	1,9	.	21,5	2,6	18,9	.
1938 ¹⁾	26,0	54,9	2,0	.	24,0	2,9	21,1	.
1950 ¹⁾	45,0	58,4	4,2	0,8	39,9	5,0	34,9	35,8
1951 ¹⁾	54,5	58,5	5,0	1,0	48,5	6,7	41,8	42,8
1952 ¹⁾	60,8	57,5	5,7	1,1	54,0	7,8	46,2	47,3
1953 ¹⁾	67,1	58,9	6,4	1,3	59,5	8,4	51,1	52,3
1954 ¹⁾	73,4	59,9	6,9	1,4	65,1	9,0	56,1	57,5
1955 ¹⁾	83,7	59,3	8,0	1,6	74,1	10,4	63,7	65,3
1956 ¹⁾	93,8	59,9	8,9	1,8	83,1	12,0	71,1	72,9
1957 ¹⁾	102,9	60,1	11,0	2,0	89,9	12,5	77,4	79,4
1958 ¹⁾	111,6	60,9	12,6	2,0	97,0	14,5	82,5	84,6
1959 ¹⁾	119,6	60,2	13,4	2,1	104,1	15,3	88,8	90,9
1960 ¹⁾	134,2	60,4	15,0	2,2	117,0	18,5	98,5	100,7
1960	142,8	60,6	15,9	2,4	124,5	19,6	104,9	107,3
1961	160,5	62,2	17,6	2,5	140,4	23,0	117,4	119,9
1962	177,5	64,0	19,3	2,7	155,5	26,2	129,4	132,0
1963	190,4	64,4	20,8	2,8	166,9	28,7	138,2	141,0
1964	208,4	64,3	21,8	2,8	183,8	32,5	151,4	154,2
1965	230,0	64,7	23,3	3,0	203,1	34,6	168,5	171,6
1966	247,6	65,7	26,4	3,2	218,0	39,5	178,5	181,7
1967	247,9	65,9	26,9	3,2	217,9	40,3	177,6	180,8
1968	266,3	63,9	30,1	3,5	232,8	45,5	187,3	190,8
1969	300,1	65,4	35,1	3,9	261,1	54,5	206,6	210,5
1970	353,1	67,1	42,2	4,5	306,4	69,3	237,1	241,6
1971	400,0	69,0	49,7	5,3	345,0	83,0	262,0	267,3

¹⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin).

3. Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer**Bundesgebiet**

Jahr	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	Bruttolohn- und -gehaltssumme	Nettolohn- und -gehaltssumme	Bruttolohn- und -gehaltssumme		Nettolohn- und -gehaltssumme	
	monatlich je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer						
	RM/DM	1925 = 100	1950 = 100	1925 = 100	1950 = 100		
1925 ¹⁾	150	140	129	100	58	100	61
1926 ¹⁾	162	150	140	107	62	109	66
1927 ¹⁾	172	159	145	114	65	112	68
1928 ¹⁾	188	174	158	124	72	122	74
1929 ¹⁾	194	180	163	129	74	126	77
1930 ¹⁾	188	174	156	124	72	121	73
1931 ¹⁾	170	156	139	111	64	108	65
1932 ¹⁾	146	134	119	96	55	92	56
1933 ¹⁾	143	131	118	94	54	91	55
1934 ¹⁾	147	134	121	96	55	94	57
1935 ¹⁾	152	139	122	99	57	95	57
1936 ¹⁾	157	145	127	104	60	98	60
1937 ¹⁾	163	150	132	107	62	102	62
1938 ¹⁾	171	158	139	113	65	108	65
1950 ¹⁾	274	243	213	174	100	165	100
1951 ¹⁾	318	283	244	202	116	189	115
1952 ¹⁾	343	305	261	218	126	202	123
1953 ¹⁾	365	323	277	231	133	215	130
1954 ¹⁾	383	340	293	243	140	227	138
1955 ¹⁾	414	367	315	262	151	244	148
1956 ¹⁾	447	396	339	283	163	263	159
1957 ¹⁾	477	417	359	298	172	278	169
1958 ¹⁾	512	444	378	317	183	293	177
1959 ¹⁾	538	469	400	335	193	310	188
1960 ¹⁾	588	513	432	366	211	335	203
1960	588	513	432	366	211	335	203
1961	645	565	472	404	233	366	222
1962	703	616	512	440	253	397	240
1963	745	653	541	466	269	419	254
1964	806	711	585	508	293	453	275
1965	878	775	643	554	319	498	302
1966	943	831	680	594	342	527	319
1967	975	857	699	612	353	542	328
1968	1 040	909	732	649	374	567	344
1969	1 141	993	785	709	409	609	369
1970	1 312	1 138	881	813	468	683	414
1971	1 477	1 274	968	910	524	730	454

¹⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin).

4. Bruttoinlandsprodukt nach Wirtschaftsbereichen

a) In jeweiligen Preisen

Bundesgebiet

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Unternehmen					Staat, private Haushalte usw.
		insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistungen	
Mill. DM							
1950 ¹⁾	98 050	88 650	9 980	48 680	19 990	10 000	9 400
1951 ¹⁾	120 010	109 210	12 040	61 810	23 750	11 610	10 800
1952 ¹⁾	136 970	124 510	13 060	69 800	28 530	13 120	12 460
1953 ¹⁾	147 720	134 070	13 160	76 890	29 340	14 680	13 650
1954 ¹⁾	159 060	144 450	13 470	83 580	31 010	16 390	14 610
1955 ¹⁾	182 000	165 990	14 230	97 160	36 030	18 570	16 010
1956 ¹⁾	200 950	183 100	14 650	107 270	40 040	21 140	17 850
1957 ¹⁾	218 890	199 090	15 270	116 040	44 400	23 380	19 800
1958 ¹⁾	234 370	212 790	16 160	123 870	47 160	25 600	21 580
1959 ¹⁾	255 140	232 790	16 470	136 590	51 280	28 450	22 350
1960 ¹⁾	284 770	260 000	17 110	154 720	56 070	32 100	24 770
1960	302 550	275 750	17 310	164 690	59 310	34 440	26 800
1961	333 450	303 200	17 480	182 050	64 170	39 500	30 250
1962	360 910	327 870	17 760	196 160	70 910	43 040	33 040
1963	384 770	348 280	18 910	205 830	76 070	47 470	36 490
1964	422 140	382 450	20 390	227 390	82 400	52 270	39 690
1965	462 020	417 280	19 690	250 070	88 960	58 560	44 740
1966	492 100	442 250	20 710	262 120	94 710	64 710	49 850
1967	496 860	444 070	20 970	257 560	95 820	69 720	52 790
1968	540 540	484 050	20 760	287 700	103 180	76 210	56 490
1969	603 880	540 010	22 430	325 950	112 230	85 200	63 870
1970	684 180	610 110	21 430	376 000	123 930	95 750	74 070
1971	756 900	669 350	21 390	414 070	134 190	108 200	87 550
1950 = 100							
1951 ¹⁾	122	123	121	127	119	116	115
1952 ¹⁾	140	140	131	143	143	131	133
1953 ¹⁾	151	151	132	158	147	147	145
1954 ¹⁾	162	163	135	172	155	164	155
1955 ¹⁾	186	187	143	200	180	186	170
1956 ¹⁾	205	207	147	220	200	211	190
1957 ¹⁾	223	225	153	238	222	234	211
1958 ¹⁾	239	240	162	254	236	256	230
1959 ¹⁾	260	263	165	281	257	285	238
1960 ¹⁾	290	293	171	318	280	321	264
1960	309	311	173	338	297	344	285
1961	340	342	175	374	321	395	322
1962	368	370	178	403	355	430	351
1963	392	393	189	423	381	475	388
1964	431	431	204	467	412	523	422
1965	471	471	197	514	445	586	476
1966	502	499	208	538	474	647	530
1967	507	501	210	529	479	697	562
1968	551	546	208	591	516	762	601
1969	616	609	225	670	561	852	679
1970	698	688	215	772	620	958	788
1971	772	755	214	851	671	1 082	931

Fußnote siehe S. 265.

XXI. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

4. Bruttoinlandsprodukt nach Wirtschaftsbereichen

b) In Preisen von 1962

Bundesgebiet

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Unternehmen					Staat, private Haushalte usw.
		insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistungen	
Mill. DM							
1950 ¹⁾	143 490	124 090	13 010	63 850	29 650	17 580	19 400
1951 ¹⁾	158 560	138 590	14 970	72 760	31 960	18 900	19 970
1952 ¹⁾	172 580	151 560	15 100	81 500	33 970	20 990	21 020
1953 ¹⁾	186 850	165 260	15 180	90 830	36 230	23 020	21 590
1954 ¹⁾	201 300	178 850	15 520	99 910	38 750	24 670	22 450
1955 ¹⁾	225 570	201 920	15 370	115 960	43 680	26 910	23 650
1956 ¹⁾	241 770	217 440	15 270	125 100	48 110	28 960	24 330
1957 ¹⁾	255 390	229 450	15 750	131 400	51 390	30 910	25 940
1958 ¹⁾	264 420	237 700	16 710	136 740	52 110	32 140	26 720
1959 ¹⁾	283 910	256 610	17 250	148 790	56 310	34 260	27 300
1960 ¹⁾	309 370	281 280	17 920	165 470	61 430	36 460	28 090
1960	328 590	298 270	18 170	176 090	64 960	39 050	30 320
1961	347 060	315 480	18 350	188 010	67 770	41 350	31 580
1962	360 910	327 870	17 760	196 160	70 910	43 040	33 040
1963	373 280	338 940	18 680	202 290	72 980	44 990	34 340
1964	398 500	363 340	20 130	220 200	76 140	46 870	35 160
1965	421 030	384 490	17 880	236 200	80 690	49 720	36 540
1966	433 010	395 060	18 330	242 160	82 500	52 070	37 950
1967	432 090	393 070	20 500	236 060	82 650	53 860	39 020
1968	462 890	422 590	21 110	259 110	86 780	55 590	40 300
1969	499 840	458 350	20 380	286 470	93 740	57 760	41 490
1970	528 200	484 770	20 620	304 360	99 250	60 540	43 430
1971	542 200	497 170	21 610	311 590	101 410	62 560	45 030
1950 = 100							
1951 ¹⁾	111	112	115	114	108	108	103
1952 ¹⁾	120	122	116	128	115	119	108
1953 ¹⁾	130	133	117	142	122	131	111
1954 ¹⁾	140	144	119	156	131	140	116
1955 ¹⁾	157	163	118	182	147	153	122
1956 ¹⁾	168	175	117	196	162	165	125
1957 ¹⁾	178	185	121	206	173	176	134
1958 ¹⁾	184	192	128	214	176	183	138
1959 ¹⁾	198	207	133	233	190	195	141
1960 ¹⁾	216	227	138	259	207	207	145
1960	229	240	140	276	219	222	156
1961	242	254	141	294	229	235	163
1962	252	264	137	307	239	245	170
1963	260	273	144	317	246	256	177
1964	278	293	155	345	257	267	181
1965	293	310	137	370	272	283	188
1966	302	318	141	379	278	296	196
1967	301	317	158	370	279	306	201
1968	323	341	162	406	293	316	208
1969	348	369	157	449	316	329	214
1970	368	391	158	477	335	344	224
1971	378	401	166	488	342	356	232

¹⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin).

5. Verwendung des Sozialprodukts

a) In jeweiligen Preisen

Bundesgebiet

Jahr	Brutto-sozial-produkt	Privater Ver-bruch	Staats-ver-bruch	Anlageinvestitionen			Vorrats-ver-änderung	Außen-beitrag (Ausfuhr minus Einfuhr)	Nachrichtlich	
				zu-sammen	Aus-rüstungen	Bauten			Ausfuhr	Einfuhr
Mill. DM										
1950 ¹⁾	98 100	62 880	14 230	18 740	8 630	10 110	+ 3 600	- 1 350	11 160	12 510
1951 ¹⁾	120 000	73 080	17 600	22 900	10 970	11 930	+ 4 300	+ 2 120	18 510	16 390
1952 ¹⁾	137 000	81 170	20 770	26 830	12 790	14 040	+ 5 100	+ 3 130	21 840	18 710
1953 ¹⁾	147 700	88 740	21 420	30 440	13 780	16 660	+ 1 900	+ 5 200	25 080	19 880
1954 ¹⁾	158 600	94 630	22 300	34 090	15 880	18 210	+ 2 600	+ 4 980	30 470	25 490
1955 ¹⁾	181 400	106 090	24 150	42 630	20 060	22 570	+ 4 600	+ 3 930	36 230	32 300
1956 ¹⁾	200 500	117 960	25 700	47 380	21 670	25 710	+ 3 000	+ 6 460	43 570	37 110
1957 ¹⁾	218 500	128 530	27 860	48 770	21 770	27 000	+ 4 800	+ 8 540	51 860	43 320
1958 ¹⁾	234 300	138 400	31 270	52 380	23 440	28 940	+ 3 600	+ 8 650	53 460	44 810
1959 ¹⁾	254 900	147 740	34 260	60 070	26 020	34 050	+ 3 700	+ 9 130	60 240	51 110
1960 ¹⁾	284 700	161 180	38 280	68 960	30 990	37 970	+ 7 900	+ 8 380	69 480	61 100
1960	302 300	172 430	41 120	72 660	32 540	40 120	+ 8 700	+ 7 390	62 670	55 280
1961	332 600	189 020	46 390	84 050	38 300	45 750	+ 6 600	+ 6 540	65 160	58 620
1962	360 100	205 200	53 470	93 770	41 890	51 880	+ 4 000	+ 3 660	68 370	64 710
1963	384 000	218 200	59 550	99 060	43 060	56 000	+ 2 100	+ 5 090	74 490	69 400
1964	420 900	234 950	62 240	113 490	47 250	66 240	+ 5 200	+ 5 020	82 910	77 890
1965	460 400	258 670	70 030	122 240	52 000	70 240	+10 000	- 540	90 870	91 410
1966	490 700	277 850	76 490	126 310	52 620	73 690	+ 3 600	+ 6 450	102 290	95 840
1967	495 500	285 310	81 140	114 430	48 020	66 410	- 1 300	+15 920	110 120	94 200
1968	540 000	301 770	84 340	124 780	52 870	71 910	+11 500	+17 610	123 830	106 220
1969	603 400	334 000	95 110	146 200	66 900	79 300	+13 300	+14 790	141 850	127 060
1970	682 800	370 330	108 240	181 080	82 900	98 180	+12 000	+11 150	157 360	146 210
1971	756 100	410 230	128 780	202 190	90 920	111 270	+ 4 500	+10 400	171 120	160 720
1950 = 100										
1951 ¹⁾	122	116	124	122	127	118	X	X	166	131
1952 ¹⁾	140	129	146	143	148	139	X	X	196	150
1953 ¹⁾	151	141	151	162	160	165	X	X	225	159
1954 ¹⁾	162	150	157	182	184	180	X	X	273	204
1955 ¹⁾	185	169	170	227	232	223	X	X	325	258
1956 ¹⁾	204	188	181	253	251	254	X	X	390	297
1957 ¹⁾	223	204	196	260	252	267	X	X	465	346
1958 ¹⁾	239	220	220	280	272	286	X	X	479	358
1959 ¹⁾	260	235	241	321	302	337	X	X	540	409
1960 ¹⁾	290	256	269	368	359	376	X	X	623	488
1960	308	274	289	388	377	397	X	X	562	442
1961	339	301	326	449	444	453	X	X	584	469
1962	367	326	376	500	485	513	X	X	613	517
1963	391	347	418	529	499	554	X	X	667	555
1964	429	374	437	606	548	655	X	X	743	623
1965	469	411	492	652	603	695	X	X	814	731
1966	500	442	538	674	610	729	X	X	917	766
1967	505	454	570	611	556	657	X	X	987	753
1968	550	480	593	666	613	711	X	X	1 110	849
1969	615	531	668	780	775	784	X	X	1 271	1 016
1970	696	589	761	966	961	971	X	X	1 410	1 169
1971	771	652	905	1 079	1 054	1 101	X	X	1 533	1 285

Fußnote siehe S. 267.

5. Verwendung des Sozialprodukts

b) In Preisen von 1962

Bundesgebiet

Jahr	Brutto-sozial-produkt	Privater Ver-brauch	Staats-ver-brauch	Anlageinvestitionen			Vorrats-ver-änderung	Außen-beitrag (Ausfuhr minus Einfuhr)	Nachrichtlich	
				zu-sammen	Aus-rüstungen	Bauten			Ausfuhr	Einfuhr
Mill. DM										
1950 ¹⁾	143 600	80 570	24 730	30 270	12 050	18 220	+ 4 000	+ 4 030	15 500	11 470
1951 ¹⁾	158 600	86 900	27 120	31 860	13 200	18 660	+ 4 000	+ 8 720	21 030	12 310
1952 ¹⁾	172 700	94 920	29 740	34 630	14 130	20 500	+ 5 000	+ 8 410	23 730	15 320
1953 ¹⁾	186 900	105 330	29 820	40 530	15 550	24 980	+ 1 900	+ 9 320	27 550	18 230
1954 ¹⁾	200 800	111 780	30 600	45 630	18 380	27 250	+ 2 700	+10 090	34 150	24 060
1955 ¹⁾	224 900	123 360	32 000	55 120	22 980	32 140	+ 4 700	+ 9 720	39 870	30 150
1956 ¹⁾	241 300	134 250	32 180	59 870	24 210	35 660	+ 3 100	+11 900	45 950	34 050
1957 ¹⁾	255 000	142 640	33 730	59 810	23 660	36 150	+ 4 800	+14 020	53 300	39 280
1958 ¹⁾	264 500	149 870	36 530	62 310	25 120	37 190	+ 3 600	+12 190	55 880	43 690
1959 ¹⁾	283 800	158 410	39 810	69 650	28 130	41 520	+ 3 800	+12 130	62 930	50 800
1960 ¹⁾	309 400	171 140	42 200	76 760	33 070	43 690	+ 8 000	+11 300	71 140	59 840
1960	328 400	183 150	45 260	80 870	34 720	46 150	+ 8 800	+10 320	64 110	53 790
1961	346 200	194 700	48 120	88 880	39 640	49 240	+ 6 700	+ 7 800	65 970	58 170
1962	360 100	205 200	53 470	93 770	41 890	51 880	+ 4 000	+ 3 660	68 370	64 710
1963	372 500	212 530	57 190	96 040	42 740	53 300	+ 2 100	+ 4 640	74 000	69 360
1964	397 300	223 510	56 790	107 360	46 450	60 910	+ 5 100	+ 4 540	81 820	77 280
1965	419 500	238 500	59 530	112 330	49 440	62 890	+ 9 500	— 360	87 930	88 290
1966	431 700	247 390	60 800	113 360	49 010	64 350	+ 3 400	+ 6 750	97 360	90 610
1967	430 800	249 550	62 710	103 840	44 600	59 240	— 1 200	+15 900	105 250	89 350
1968	462 300	258 980	62 680	112 100	49 300	62 800	+11 600	+16 940	119 400	102 460
1969	499 300	279 800	66 160	125 700	60 450	65 250	+13 000	+14 640	134 450	119 810
1970	527 000	299 120	69 020	140 120	70 530	69 590	+11 400	+ 7 340	145 360	138 020
1971	541 500	314 840	73 240	145 680	73 600	72 080	+ 4 100	+ 3 640	154 410	150 770
1950 = 100										
1951 ¹⁾	110	108	110	105	110	102	X	X	136	107
1952 ¹⁾	120	118	120	114	117	113	X	X	153	134
1953 ¹⁾	130	131	121	134	129	137	X	X	178	159
1954 ¹⁾	140	139	124	151	153	150	X	X	220	210
1955 ¹⁾	157	153	129	182	191	176	X	X	257	263
1956 ¹⁾	168	167	130	198	201	196	X	X	296	297
1957 ¹⁾	178	177	136	198	196	198	X	X	344	342
1958 ¹⁾	184	186	148	206	208	204	X	X	361	381
1959 ¹⁾	198	197	161	230	233	228	X	X	406	443
1960 ¹⁾	215	212	171	254	274	240	X	X	459	522
1960	229	227	183	267	288	253	X	X	414	469
1961	241	242	195	294	329	270	X	X	426	507
1962	251	255	216	310	348	285	X	X	441	564
1963	259	264	231	317	355	293	X	X	477	605
1964	277	277	230	355	385	334	X	X	528	674
1965	292	296	241	371	410	345	X	X	567	770
1966	301	307	246	374	407	353	X	X	628	790
1967	300	310	254	343	370	325	X	X	679	779
1968	322	321	253	370	409	345	X	X	770	893
1969	348	347	268	415	502	358	X	X	867	1 045
1970	367	371	279	463	585	382	X	X	938	1 203
1971	377	391	296	481	611	396	X	X	996	1 314

1) Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin).

6. Bruttoinlandsprodukt, Erwerbstätige und gesamtwirtschaftliche Produktivität

Bundesgebiet

Jahr	Bruttoinlandsprodukt				Erwerbstätige ²⁾ im Inland		Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962 je Erwerbstätigen ²⁾ im Inland
	in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1962		1 000	1950 = 100	
	Mill. DM	1950 = 100	Mill. DM	1950 = 100			
1950 ¹⁾	98 050	100	143 490	100	19 975	100	100
1951 ¹⁾	120 010	122	158 560	111	20 495	103	108
1952 ¹⁾	136 970	140	172 580	120	20 876	105	115
1953 ¹⁾	147 720	151	186 850	130	21 387	107	122
1954 ¹⁾	159 060	162	201 300	140	21 956	110	128
1955 ¹⁾	182 000	186	225 570	157	22 790	114	138
1956 ¹⁾	200 950	205	241 770	168	23 387	117	144
1957 ¹⁾	218 890	223	255 390	178	23 881	120	149
1958 ¹⁾	234 370	239	264 420	184	23 965	120	154
1959 ¹⁾	255 140	260	283 910	198	24 184	121	163
1960 ¹⁾	284 770	290	309 370	216	24 609	123	175
1960	302 550	309	328 590	229	26 085	131	175
1961	333 450	340	347 060	242	26 453	132	183
1962	360 910	368	360 910	252	26 638	133	189
1963	384 770	392	373 280	260	26 744	134	194
1964	422 140	431	398 500	278	26 856	134	207
1965	462 020	471	421 030	293	27 046	135	217
1966	492 100	502	433 010	302	26 979	135	223
1967	496 860	507	432 090	301	26 171	131	230
1968	540 540	551	462 890	323	26 224	131	246
1969	603 880	616	499 840	348	26 717	134	260
1970	684 180	698	528 200	368	27 118	136	271
1971	756 900	772	542 200	378	27 151	136	278

¹⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — ²⁾ Jahresdurchschnitt.

7. Verwendung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte

Jahr	Verfügbares Einkommen (ohne nicht-entnommene Gewinne der Einzelunternehmen u. ä.)	Privater Verbrauch	Ersparnis		Privater Verbrauch je Einwohner				
					in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1962		
			Mill. DM	% des verfügbaren Einkommens	DM	1950 = 100	DM	1950 = 100	
1950 ¹⁾	64 960	62 880	96,8	2 080	3,2	1 340	100	1 718	100
1951 ¹⁾	75 440	73 080	96,9	2 360	3,1	1 541	115	1 833	107
1952 ¹⁾	85 670	81 170	94,7	4 500	5,3	1 701	127	1 989	116
1953 ¹⁾	94 450	88 740	94,0	5 710	6,0	1 842	137	2 187	127
1954 ¹⁾	101 640	94 630	93,1	7 010	6,9	1 943	145	2 295	134
1955 ¹⁾	113 310	106 090	93,6	7 220	6,4	2 156	161	2 507	146
1956 ¹⁾	125 270	117 960	94,2	7 310	5,8	2 369	177	2 696	157
1957 ¹⁾	139 960	128 530	91,8	11 430	8,2	2 548	190	2 828	165
1958 ¹⁾	151 560	138 400	91,3	13 160	8,7	2 711	202	2 935	171
1959 ¹⁾	162 400	147 740	91,0	14 660	9,0	2 861	214	3 068	179
1960 ¹⁾	176 890	161 180	91,1	15 710	8,9	3 089	231	3 280	191
1960	188 540	172 430	91,5	16 110	8,5	3 111	232	3 304	192
1961	207 180	189 020	91,2	18 160	8,8	3 365	251	3 466	202
1962	225 070	205 200	91,2	19 870	8,8	3 604	269	3 604	210
1963	242 080	218 200	90,1	23 880	9,9	3 789	283	3 691	215
1964	264 250	234 950	88,9	29 300	11,1	4 032	301	3 836	223
1965	294 430	258 670	87,9	35 760	12,1	4 383	327	4 042	235
1966	312 890	277 850	88,8	35 040	11,2	4 659	348	4 148	241
1967	320 620	285 310	89,0	35 310	11,0	4 765	356	4 168	243
1968	342 860	301 770	88,0	41 090	12,0	5 014	374	4 303	250
1969	381 700	334 000	87,5	47 700	12,5	5 489	410	4 598	268
1970	424 190	370 330	87,3	53 860	12,6	6 017	449	4 860	283
1971	470 290	410 230	87,2	60 060	12,8	6 602	493	5 067	295

¹⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin).

XXII. Zahlungsbilanz

Vorbemerkung

Allgemeines

Von der amtlichen Statistik wurden Zahlungsbilanzen für das Deutsche Reich erstmalig nach dem ersten Weltkrieg im Zusammenhang mit den Problemen um den Transfer der Reparationen und um die zunehmende internationale Verschuldung aufgestellt. Das Statistische Reichsamt hat — weitgehend nach den Richtlinien des Völkerbundes — für die Jahre 1924 bis 1935 Zahlungsbilanzen veröffentlicht, für die auch regionale Unterteilungen vorgenommen wurden. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde die Gewährung von internationalen Hilfeleistungen von der Aufstellung von Zahlungsbilanzen abhängig gemacht. Außerdem ist die Bundesrepublik als Mitgliedsland des Internationalen Währungsfonds (IMF) und der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD, früher OEEC) zur Einreichung von Zahlungsbilanzen verpflichtet, die einheitlich nach den Grundsätzen des IMF aufzustellen sind. Wegen der Weiterentwicklung der methodischen Grundlagen sind die vor und nach dem zweiten Weltkrieg aufgestellten Zahlungsbilanzen nicht vergleichbar. Da auf die heutigen Definitionen umgerechnete Vorkriegsreihen nicht vorliegen, wird auf eine Darstellung von Vorkriegszahlen in diesem Band verzichtet.

Erläuterungen zu den Tabellen

Die Zahlungsbilanz der Bundesrepublik wird von der Deutschen Bundesbank seit 1950 jährlich (wichtige Posten monatlich) berechnet. Die Zahlungsbilanz gibt ein zusammengefaßtes Bild der wirtschaftlichen Transaktionen zwischen Inländern und dem Ausland (ohne DDR) und gliedert sich in Leistungsbilanz, Übertragungen und Kapitalbilanz. In der Leistungsbilanz werden alle Waren- und Dienstleistungsumsätze dargestellt, die im Berichtszeitraum stattgefunden haben. Als Saldo ergibt sich der Ausfuhr- bzw. Einfuhrüberschuß. Unter den Übertragungen sind die Gegenbuchungen zu den Güter- und Kapitalbewegungen zu finden, die unentgeltlich erfolgt sind. Hier erscheint als Saldo der Überschuß der Übertragungen aus dem Ausland bzw. der Übertragungen an das Ausland. In der Kapitalbilanz werden die Bewegungen des langfristigen Kapitalverkehrs teils brutto, d. h. getrennt nach Zunahme (Neuanlage) und Abnahme (Tilgung, Liquidation) von Ansprüchen bzw. Verbindlichkeiten, teils auch netto, d. h. als Saldo der Zu- und Abnahme von Ansprüchen bzw. Verbindlichkeiten, dargestellt. Der kurzfristige Kapitalverkehr zeigt die Bestandsveränderungen an kurzfristigen Ansprüchen und Verbindlichkeiten. Als Saldo der Kapitalbilanz erhält man die Zu- oder Abnahme des Nettoauslandsvermögens. Die Angaben über staatliche und private Leistungen an Entwicklungsländer und multilaterale Stellen werden vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit nach einem Schema der OECD/DAC (Development Assistance Committee) seit 1950 jährlich zusammengestellt. Wiedergutmachungszahlungen an die Regierungen von Israel und Griechenland sowie Tilgungszahlungen an Entwicklungsländer im Rahmen des Londoner Schuldenabkommens sind einbezogen. Die Kredite und andere Kapitalbewegungen sind im Prinzip netto angegeben, d. h. mit den Tilgungszahlungen bzw. Kapitalabzügen saldiert. Zu den Entwicklungsländern gehören die Länder Afrikas, Asiens, Mittel- und Südamerikas sowie der Ländergruppe »Australien und Ozeanien« mit Ausnahme der Industrieländer Japan, Australien, Neuseeland und Südafrika sowie der asiatischen Ostblockländer. In Europa rechnen Griechenland, Gibraltar, Jugoslawien, Malta, Spanien und die Türkei zu den Entwicklungsländern.

1. Entwicklung der Zahlungsbilanz

Mill. DM

Bundesgebiet

Jahr	Leistungsbilanz			Übertragungen			Kapitalbilanz			Ungeklärte Beträge
	Ausfuhr bzw. Einnahmen	Einfuhr bzw. Ausgaben	Ausfuhr- (+) bzw. Einfuhr-überschuß (-)	aus dem Ausland	an das Ausland	Überschuß der Übertragungen aus dem Ausland (+) bzw. an das Ausland (-)	Veränderung der		Zu- (+) bzw. Abnahme (-) des Netto-Auslandsvermögens	
							Verbindlichkeiten	Ansprüche		
1950 ¹⁾	9 286	11 758	- 2 472	2 099	34	+ 2 065	+ 1 362	+ 591	- 771	+ 364
1951 ¹⁾	16 293	15 481	+ 812	1 872	343	+ 1 529	- 911	+ 1 040	+ 1 951	+ 390
1952 ¹⁾	19 773	17 405	+ 2 368	518	358	+ 160	+ 196	+ 2 980	+ 2 784	- 256
1953 ¹⁾	22 425	18 181	+ 4 244	391	842	- 451	- 273	+ 3 291	+ 3 564	+ 229
1954 ¹⁾	27 177	23 094	+ 4 083	467	941	- 474	+ 229	+ 3 386	+ 3 157	+ 452
1955 ¹⁾	32 416	29 377	+ 3 039	246	1 080	- 834	+ 21	+ 2 322	+ 2 301	- 96
1956 ¹⁾	39 218	33 618	+ 5 600	226	1 447	- 1 221	+ 1 208	+ 6 070	+ 4 862	- 483
1957 ¹⁾	46 924	39 281	+ 7 643	157	2 039	- 1 882	+ 1 502	+ 8 929	+ 7 427	- 1 666
1958 ¹⁾	48 341	40 543	+ 7 798	173	2 173	- 2 000	- 238	+ 5 255	+ 5 493	+ 305
1959 ²⁾	53 537	46 296	+ 7 241	203	3 482	- 3 279	- 159	+ 4 257	+ 4 416	- 454
1960	62 483	54 502	+ 7 981	326	3 814	- 3 488	+ 4 361	+ 10 598	+ 6 237	- 1 744
1961	65 441	58 168	+ 7 273	263	4 693	- 4 430	+ 1 118	+ 4 555	+ 3 437	- 594
1962	68 927	65 667	+ 3 260	214	5 424	- 5 210	+ 2 715	+ 2 105	- 610	- 1 340
1963	75 139	69 383	+ 5 756	251	5 346	- 5 095	+ 4 763	+ 5 243	+ 480	+ 181
1964	83 830	78 535	+ 5 295	305	5 616	- 5 311	+ 3 685	+ 5 885	+ 2 200	- 2 216
1965	92 464	92 810	- 346	390	6 767	- 6 377	+ 5 154	+ 1 509	- 3 645	- 3 078
1966	103 963	97 600	+ 6 363	497	6 792	- 6 295	+ 4 931	+ 6 002	+ 1 071	- 1 003
1967	112 543	96 685	+ 15 858	515	6 937	- 6 422	+ 1 759	+ 11 617	+ 9 858	- 422
1968	126 761	108 543	+ 18 218	1 419	8 731	- 7 312	+ 9 342	+ 23 586	+ 14 244	- 3 338
1969	144 466	129 790	+ 14 676	2 185	10 635	- 8 450	+ 8 483	+ 17 229	+ 8 746	- 2 250
1970	161 747	150 015	+ 11 732	2 749	11 808	- 9 059	+ 22 766	+ 33 673	+ 10 907	- 8 234
1971	177 162	166 190	+ 10 972	3 301	13 852	- 10 551	+ 10 334	+ 19 258	+ 8 924	- 8 503

1) Bundesgebiet ohne Saarland. — 2) Bis 5. 7. 1959: Bundesgebiet ohne Saarland.

2. Staatliche und private Leistungen an Entwicklungsländer und multilaterale Stellen

Mill. DM

Bundesgebiet

Jahr	Insgesamt	Staatliche Leistungen				Private Leistungen		
		zusammen	an			zusammen	an	
			Entwicklungs-länder	internationale Fonds	internationale Ent-wicklungs-banken		Ent-wicklungs-länder	internationale Finanzie-rungs-institute
1950 bis 1955 ¹⁾ ..	2 536	1 321	1 259	2	60	1 215	1 215	—
1956 ¹⁾	1 753	598	439	4	155	1 155	1 155	—
1957 ¹⁾	2 196	1 157	324	5	828	1 039	1 037	2
1958 ¹⁾	2 148	1 129	520	92	517	1 019	1 008	11
1959 ²⁾	3 428	1 398	923	116	359	2 030	1 781	249
1960	2 638	1 478	1 054	158	266	1 160	1 145	15
1961	3 388	2 473	1 330	223	920	916	927	- 11
1962	2 437	1 865	1 456	349	60	572	574	- 2
1963	2 483	1 739	1 637	48	54	744	699	45
1964	2 826	1 692	1 653	58	- 19	1 134	905	229
1965	2 939	1 884	1 728	52	104	1 055	753	302
1966	3 154	1 944	1 799	57	88	1 210	1 234	- 24
1967	4 582	2 188	1 922	116	150	2 394	2 415	- 21
1968	6 654	2 381	1 941	225	215	4 273	3 096	1 177
1969	7 951	2 068	1 832	285	- 49	5 883	4 467	1 416
1970	5 168	2 686	1 998	309	379	2 482	2 251	231
1971	6 308	3 136	2 353	440	343	3 172	2 767	405

1) Bundesgebiet ohne Saarland. — 2) Bis 5. 7. 1959: Bundesgebiet ohne Saarland.

Quellennachweis

Bei den in dieser Veröffentlichung enthaltenen Angaben handelt es sich zum überwiegenden Teil um Ergebnisse der von den Statistischen Ämtern durchgeführten Erhebungen. Ergänzend wurden auch einige Statistiken anderer amtlicher und nichtamtlicher Stellen aufgenommen.

A. Veröffentlichungen der Reichs- bzw. Bundesstatistik

Als primäre Quelle wurden für die Zeit bis 1945 die Statistischen Jahrbücher des Deutschen Reiches und für die Zeit ab 1945 die Statistischen Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland herangezogen. In den Statistischen Jahrbüchern nicht oder nicht vollständig enthaltene Angaben wurden den Jahressbänden zur Statistik des Deutschen Reiches bzw. zur Statistik der Bundesrepublik Deutschland (ab 1960 Fachserien des Statistischen Bundesamtes) entnommen. In Ausnahmefällen fanden auch Angaben aus Monatsheften, Vierteljahresheften und Einzelschriften bzw. Sonderbeiträgen der Reichs- und Bundesstatistik Verwendung.

B. Veröffentlichung anderer Stellen

Bei den nachstehend aufgeführten Ergebnissen handelt es sich um Material aus Erhebungen anderer amtlicher oder nichtamtlicher Stellen. Es ist teilweise auch in den Statistischen Jahrbüchern des Reiches oder Bundes abgedruckt, aber überwiegend den nachstehend angegebenen Originalquellen entnommen worden.

Gesundheitswesen

Statistik der meldepflichtigen übertragbaren Krankheiten (bis 1944), der Sterbefälle nach ausgewählten Todesursachen (bis 1938) und der Berufe des Gesundheitswesens (bis 1939):

Reichsgesundheitsblatt, Reichsgesundheitsamt, Berlin.

Erwerbstätigkeit

Statistik der Arbeitslosen, offenen Stellen, ausländischen Arbeitnehmer und Auszubildenden:

Arbeits- und sozialstatistische Mitteilungen, Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bonn.

Industrie

Index der industriellen Produktion:

Konjunkturstatistisches Handbuch 1936, Institut für Konjunkturforschung, Berlin (1870 bis 1913),
Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, Institut für Konjunkturforschung, Berlin (1914 bis 1918),
Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung, Berlin (1926 bis 1938).

Industrielle Produktionsstatistik:

Kohlenförderung:

Reichskohlenverband (1940 bis 1944),
Statistik der Kohlenwirtschaft e. V. (ab 1945).

Roheisen-/Rohstahlproduktion:

Wirtschaftsgruppe Eisenschaffende Industrie (1939 bis 1942),
Reichsvereinigung Eisen (1943, 1944).

Erdölgewinnung:

Wirtschaftsverband Erdölgewinnung, Wirtschaftsgruppe Kraftstoffindustrie und Reichsamt für Bodenforschung (bis 1944),
Amt für Bodenforschung (1945 bis 1947),
Wirtschaftsverband Erdölgewinnung (ab 1948).

Elektrizitätserzeugung:

Vereinigung deutscher Elektrizitätswerke Frankfurt a. M. (bis 1944),
Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen, Bonn (ab 1945).

Verkehr

Eisenbahnstatistik:

Statistische Mitteilungen, Geschäftsberichte, Reichs-Eisenbahnamt, bzw. Reichsverkehrsministerium, Berlin (bis 1937),

Statistische Monatsübersichten, Geschäftsberichte, Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn, Frankfurt a. M., Bundesverband Deutscher Eisenbahnen, Köln (ab 1950).

Statistik des Kraftfahrzeugbestandes:

Statistische Mitteilungen, Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg.

Statistik der Handelsschiffstonnage:

Lloyd's Register of Shipping, London.

Statistik der Deutschen Reichs- bzw. Bundespost:

Geschäftsberichte, Mitteilungen, Deutsche Reichspost, Berlin (bis 1937),

Geschäftsberichte, monatliche Pressemitteilungen, Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen, Bonn (ab 1950).

Geld und Kredit

Statistik des Bargeldumlaufs, Gold- und Devisenbestandes, der Spareinlagen, der Diskont- und Geldmarktsätze:

Geschäftsberichte, Deutsche Reichsbank, Berlin (bis 1938),

Monatsberichte, Deutsche Bundesbank, Frankfurt a. M. (ab 1948).

Statistik über Kurs, Dividende und Rendite börsennotierter Aktien und festverzinslicher Wertpapiere:

Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, Institut für Konjunkturforschung, Berlin (bis 1913).

Versicherungen

Statistik der Lebens-, Schaden- und Unfallversicherung:

Geschäftsberichte, Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung, Berlin (bis 1938),

Jährliche Geschäftsberichte, monatliche Veröffentlichungen, Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen, Berlin (ab 1948).

Öffentliche Sozialleistungen

Statistik der gesetzlichen Krankenversicherung, der gesetzlichen Unfallversicherung, der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten, der knappschaftlichen Rentenversicherung und der Kriegsopferversorgung:

Amtliche Nachrichten, Reichsversicherungsamt, Berlin sowie Reichsarbeitsblatt, Reichsarbeitsministerium, Berlin (bis 1938),

Geschäftsberichte, Arbeits- und sozialstatistische Mitteilungen, Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bonn (ab 1949).

Sachregister

Die Seitenangabe bezieht sich auf die Stelle des Tabellenteils, an der das genannte Stichwort zum ersten Mal in Erscheinung tritt. Es empfiehlt sich, auch die jeweils folgenden Seiten auf weiteres Zahlenmaterial zu dem angegebenen Stichwort durchzusehen.

A

Abgeordnete	136
Absatz, s. Umsatz	
Absterbeordnung	109
Ackerland	153, 159, 160
Ärzte	124
Aktien	212, 214
Aktiengesellschaften	169, 170, 172
Aktienkurse, Index	214
Altersgruppen	
— Bevölkerung	95
— Erwerbspersonen	144
— Gestorbene	110
— Verurteilte	133
Anbauflächen	160
Angestellte	
— Erwerbspersonen	142, 145
— Erwerbstätige	147
— Öffentliche Verwaltung	236, 237
— Verdienste	256
Angestelltenversicherung	223
Anlageinvestitionen	266
Anlandungen, Fischerei	165
Anstaltshaushalte	98
Apotheken, Apotheker	124
Arbeiter	
— Arbeitszeit	147
— Bauhauptgewerbe	185
— Erwerbspersonen	142, 145
— Erwerbstätige	147
— Industrie	176
— Öffentliche Verwaltung	236, 237
— Verdienste	254, 255, 257
Arbeiterrentenversicherung	222
Arbeiterstunden, Arbeitsstunden	
— Industrie	176, 254
— Handwerk	185
Arbeitnehmer, s. a. Angestellte, Arbeiter	
— Arbeitszeit	147
— Ausländer	148
— Auszubildende	149
— Bauhauptgewerbe	185
— Einkommen	262, 263
— Erwerbspersonen	143
— Industrie	176
— Öffentliche Verwaltung	236, 237
— Streikende	149
— Verdienste	254, 255, 257
Arbeitnehmerbeiträge	262
Arbeitslose	148
Arbeitsproduktivität, Index	180
Arbeitsstätten, s. a. Betriebe	167
Arbeitsstage, verlorene	149
Arbeitszeit, Index	254, 255
Aufwand	
— Kriegsopferversorgung	225
— Sozialhilfe	225

Ausbildung	149
Ausfuhr	191, 195, 200, 266
Außenhandelspreise, Index	251
Ausgaben	
— Gebietskörperschaften	229, 231
— Krankenversicherung	219
— Rentenversicherungen	222, 223, 224
— Unfallversicherung	220
Auslandsgäste	189
Ausländer	
— Arbeitnehmer	148
— Studenten	129, 130
Auslandschulden, öffentliche	234
Auslandsumsatz, Industrie	176
Ausrüstungen	266
Auswanderer	115
Außenbeitrag	266
Außenhandel, -volumen, -werte, Indices	191
Autos, s. Kraftfahrzeuge	

B

Bargeldumlauf	211
Bankdiskont	215
Baufertigstellungen	185
Bauhauptgewerbe	185
Baupreise, Index	248
Bauten	
— Investitionen	266
— Öffentliche Ausgaben	229
Bausparkassen	211
Beamte	
— Erwerbspersonen	142, 145
— Erwerbstätige	147
— Öffentliche Verwaltung	236, 237
Bebauungsflächen	159
Bedarfsgruppen, Lebenshaltung	250
Beherbergungsgewerbe, Umsatz, Index	188
Beiträge, Rentenversicherungen	222, 223, 224
Beschäftigte, s. a. Angestellte, Arbeiter, Arbeitnehmer, Erwerbstätige	
— Arbeitsstätten	167
— Arbeitszeit	147
— Ausländer	148
— Bauhauptgewerbe	185
— Handwerk	183
— Industrie	176
Besitzverhältnisse, Landwirtschaft	151
Betriebe	
— Bauhauptgewerbe	185
— Einheitswerte	239
— Industrie	176
— Land- und Forstwirtschaft	151
— mit Waldfläche	158
— vom Streik betroffene	149
Betriebsfläche, Landwirtschaft	151
Betten	125

Sachregister

Bevölkerung	90, 91	Entschädigungen, Unfallversicherung	220
— Altersgruppen	95	Entwicklungshilfe	270
— Erwerbstätigkeit	140	Erdöl	
— Familienstand	96	— Produktion	181
— in Gemeinden	92, 94	— Rohrleitungsverkehr	208
— in Haushalten	98	Erbschaftsteuer	240
— Religionszugehörigkeit	97	Erkrankungen	118
Bevölkerungsbewegung	101	Ernteerträge	161
Bevölkerungsdichte	90, 91	Ernährung, Preisindex	250
Bevölkerungsentwicklung	90, 91	Ersparnisse	268
Bienenvölker	163	Erwerbsleben, Beteiligung am	140
Bierverbrauch	243	Erwerbspersonen	140, 142, 144, 145
Bilanzen, Aktiengesellschaften	170	Erwerbstätige, s. a. Angestellte, Arbeiter, Arbeitnehmer, Beschäftigte	146, 147, 268
Bildung	127	Erwerbstätigkeit	141
Binnenschiffe	206	Erwerbsquoten	144
Binnenwasserstraßen	207	Erzeugerpreise, Index	246, 248
Bodenkreditinstitute	213		
Bodennutzungsarten	159	F	
Branntweinverbrauch	243	Fahrzeuge	
Braunkohle, Produktion	181	— Binnenschiffe	206
Briefsendungen	209	— Eisenbahnen	203
Bruttoinlandsprodukt	264, 268	— Handelsschiffstonnage	207
Bruttoproduktion, industrielle, Index	179	— Kraftfahrzeuge	205
Bruttosozialprodukt	260, 266	Faktorkosten, s. Sozialprodukt	
Bruttoverdienste, s. Löhne, Gehälter, Verdienste		Familienangehörige, mithelfende	142, 145, 147
Bundesbahn, Deutsche	203	Familienstand	
Bundespost, Deutsche	209	— Bevölkerung	96
Bundestagswahlen	138	— Eheschließende	104, 105
		— Erwerbspersonen	144
D		Feldfrüchte, Anbau und Ernte	160, 161
Darlehen, Gebietskörperschaften	229	Ferngespräche	209
Dauergrünland	153, 159	Fernsehgenehmigungen	209
Devisenbestand	211	Festsprechdienst	209
Dienstleistungen	266	Festverzinsliche Wertpapiere	212, 214
Dienstverhältnis, öffentliche Verwaltung	236	Finanzen, öffentliche	229
Diskontsätze	215	Fischerei	165
Dividende	214	Fläche, s. a. Wirtschaftsfläche	
Düngemittelverbrauch	163	— Gesamfläche	90
		— Land- und forstwirtschaftliche Betriebe	151
E		Fleischgewinnung	165
Ehescheidungen	114	Flugverkehr, s. Luftverkehr	
Eheschließungen	101, 104, 106	Forsten	159
Eigenland	151	Forstwirtschaftliche Betriebe	151
Einfuhr	191, 192, 198, 266	Forstwirtschaftliche Produkte, Preisindex	246
Einheitswerte	239	Fortzüge	115
Einkaufspreise, Auslandsgüter, Index	251	Fremdenankünfte und -übernachtungen	189
Einkommen, s. a. Gehälter, Löhne		Fruchtarten	153, 160, 161
Einkommen aus unselbständiger Arbeit	262, 263	Fruchtbarkeitsziffern	109
Einkommensteuer	238	Fürsorge	225
Einnahmen		Futterpflanzen	153, 160
— Gebietskörperschaften	229, 231		
— Krankenversicherung	219	G	
— Rentenversicherungen	222, 223, 224	Gastgewerbe, Umsatz, Index	188
— Unfallversicherung	220	Gaststättengewerbe, Umsatz, Index	188
Einwohner, s. Bevölkerung		Gebäude	186
Einzelhandel, Umsatz, Index	188	Gebiet, Fläche	90
Einzelhandelspreise, Index	249	Gebietskörperschaften	
Eisen, Produktion	181	— Ausgaben	229, 231
Eisenbahnen	203	— Einnahmen	229
Elektrizitätserzeugung	181	— Personal	236
		— Schulden	234

L

Landwirtschaft	
— Anbauflächen	160
— Betriebe	151
— Besitzverhältnisse	151
— Erzeugerpreise, Index	246
— Fruchtarten	160
— Löhne	257
— Nutzfläche	246
Lastkraftwagen	205
Lebendgeborene	101, 107, 109
Lebenserwartung	110
Lebenshaltungspreise, Index	250
Lebensunterhalt, Bevölkerung	140
Lebensversicherung	217
Ledige	96, 104, 105
Lehrer	127
Lehrlinge	149
Leistungen	
— Krankenversicherung	219
— Lebensversicherung	217
— Schaden- und Unfallversicherung	217
Leistungsbilanz	270
Löhne	254, 255, 257
Lohnsteuer	237
Lohnsumme	176, 185, 262, 263
Lokomotiven	203
Luftfracht	208
Luftpost	208
Luftverkehr	208

M

Marktpreise, Sozialprodukt	260
Milch, Erzeugung und Verwendung	164
Mitglieder, gesetzliche Krankenversicherung	219
Mithelfende Familienangehörige	142, 143, 145, 147
Mittelschulen	127
Moorflächen	159

N

Nachrichtenverkehr	209
Nettoproduktion, industrielle, Index	177
Nettosozialprodukt	260
Nichteheliche Kinder	107, 113
Nichterwerbspersonen	140
Nutzfläche, landwirtschaftliche	152, 159
Nutzungsarten, landwirtschaftliche	153

O

Obstbäume	162
Ödland	159
Öffentliche Haushalte	229
Öffentlicher Dienst, Personal	236
Offene Stellen	148
Omnibusse	205
Ortsgespräche	209

P

Pachtland	151
Paketsendungen	209
Parteien, s. Wahlen	
Personalausgaben, öffentlicher Dienst	229
Personal, öffentlicher Dienst	236
Personenkraftwagen	205
Personenverkehr	
— Eisenbahnen	204
— Luftverkehr	208
Personenwagen, Eisenbahnen	203
Pfandbriefe	213
Pferde	155, 163
Pflegetage	125
Post- und Fernmeldewesen	209
Postgebühren, Index	252
Postsparkassen	211
Prämieneinnahmen	
— Lebensversicherung	217
— Schaden- und Unfallversicherung	217
— Unfallversicherung, gesetzliche	220
Preisindizes	
— Ausfuhr Güter	251
— Auslandsgüter	251
— Einzelhandel	249
— Erzeugerpreise	246, 248
— forstwirtschaftliche Produkte	246
— Großhandel	249
— Grundstoffe	247
— industrielle Produkte	246
— landwirtschaftliche Produkte	246
— Lebenshaltung	250
— Postgebühren	252
— Wohngebäude	248
Privatdiskont	215
Privathaushalte	98
Privater Verbrauch	266, 268
Produktion	
— industrielle	181
— landwirtschaftliche	161
Produktionsindizes	176, 177, 179
Produktivität	
— gesamtwirtschaftliche	268
— industrielle, Index	180

R

Realschulen	128
Rebfläche	162
Rechtspflege	132
Reichsbahn, Deutsche	203
Reichspost, Deutsche	209
Reichstagswahlen	136
Religionszugehörigkeit	97, 106
Rendite	214
Renten, öffentliche Ausgaben	229
Rentenbestand, Rentenempfänger	220, 222, 223, 224
Rentenleistungen	222, 223, 224
Rentenversicherung	
— Angestellte	223
— Arbeiter	222
— knappschaftliche	224
Richter	147, 236

Sachregister

Rindvieh	163	Tariflöhne, Indices	257
Roggen	153, 160, 161	Technische Hochschulen	129
Roheisen, Produktion	181	Telegramme	209
Rohrleitungen	208	Todesursachen	120
Rohstoffe, s. Grundstoffpreisindex		Totgeborene	107
Rohstahl, Produktion	181		
Rohvermögen, Gewerbebetriebe	239	U	
Rundfunkgenehmigungen	209	Übernachtungen	189
Runkelrüben	161	Übertragungen, Zahlungsbilanz	270
S		Umsatz	
Säuglingssterblichkeit	112, 113	— Bauhauptgewerbe	185
Schadenversicherung	217	— Einzelhandel	188
Schafe	156, 163	— Gastgewerbe	188
Schiffe	206	— Großhandel	188
Schiffsverkehr	207	— Handwerk	183
Schlachtungen	165	— Industrie	176
Schulden, öffentliche	234	— Wertpapiere	212
Schuldverschreibungen	213	Umsatzsteuer	241
Schulen, Schüler	127	Unfälle im Straßenverkehr	206
Schweine	156, 163, 165	Unfallversicherung	
Seefischerei	165	— gesetzliche	220
Seehäfen, Güterumschlag	208	— private	217
Selbständige	142, 143, 145, 147	Universitäten	129
Sitzverteilung, Reichs- und Bundestag	136		
Sozialaufwendungen	262	V	
Sozialhilfe	225	Verbraucherpreise, Indices	250
Sozialleistungen, öffentliche	219	Verbrauchsgüter, Produktion, Index	179
Sozialprodukt	260, 266	Verbrauchssteuer	243
Sozialversicherung	219	Verdienste, s. a. Gehälter,	
Spareinlagen	211	Löhne	254, 255, 256, 257
Sparkassen	211	Verfügbares Einkommen	268
Sprechstellen	209	Verheiratete	96
Staatsfinanzen	229, 231	Vergleichsverfahren	215
Staatsverbrauch	266	Verkaufspreise, Ausfuhrgüter, Index	251
Steinkohle, Produktion	181	Verkehr	203
Stellung im Beruf	142, 143, 145, 147	Verkehrsflächen	159
Sterbefälle	110, 120	Verkehrsunfälle	206
Sterbetafeln	109	Verletzte, Straßenverkehr	206
Steuereinnahmen, kassenmäßige	233	Vermögen, Aktiengesellschaften	170
Steuerpflichtige		Vermögensteuer	239
— Einkommensteuer	238	Versicherte	
— Erbschaftsteuer	240	— Unfallversicherung	220
— Körperschaftsteuer	238	— Krankenversicherung	219
— Lohnsteuer	237	Versicherungen	217
— Umsatzsteuer	241	Versorgungsberechtigte, Kriegsofper	225
— Vermögensteuer	239	Verurteilte	132, 133
Steuerschuld		Verwitwete	96, 104, 105
— Einkommensteuer	238	Viehbestand	163
— Körperschaftsteuer	238	Volksschulen	127
— Vermögensteuer	239	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	260
Stimmabgabe, Wahlen	136	Vorratsveränderungen	266
Straftaten	132, 133		
Straßenverkehrsunfälle	206	W	
Streckenlängen, Eisenbahnen	203	Wähler	136
Streiks	149	Wahlberechtigte	136
Stromerzeugung, elektrische	181	Wahlbeteiligung	136
Studenten	129, 130	Waisen, kriegshinterbliebene	225
T			
Tabak, Tabakwaren, Verbrauch	244		
Tagesgeld	215		

Sachregister

Wald, Waldfläche	158	Z	
Wanderungen	116		
Warenverkehr mit der DDR	189		
Wechselproteste	215	Zahlungsbilanz	270
Weinmosternte	162	Zahlungsschwierigkeiten	215
Weizen	153, 160, 161	Zahnärzte	124
Wertpapiere, festverzinsliche	212, 214	Ziegen	163
Wertsendungen	209	Zigaretten, Zigarren, Verbrauch	244
Wirtschaftsfläche (Landwirtschaft)	159	Zölle, Zolleinnahmen	233
Wissenschaftliche Hochschulen	129	Zuchtsauen	156
Wohngebäude, Preisindex	248	Zuckerrüben	153, 160, 161
Wohnungen	186	Zuckerverbrauch	243

